Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros / Marco Eden (Hg.)

DIE ANGESPANNTE MITTE

RECHTSEXTREME UND DEMOKRATIEGEFÄHRDENDE EINSTELLUNGEN IN DEUTSCHLAND 2024/25

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Franziska Schröter

DIETZ

Andreas Zick · Beate Küpper · Nico Mokros · Marco Eden (Hg.)

Die angespannte Mitte

Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25

Mit Beiträgen von
Sabine Achour · Kathrin Ackermann · Ursula Birsl · Marco Eden · Eva Groß · Anja Höppner · Ilka Kammigan · Beate Küpper · Astrid Mayerböck · Nico Mokros · Claudia Neu · Amelie Nickel · Anna Christina Nowak · Jost Reinecke · Fritz Reusswig · Elif Sandal-Önal · Mara Simon · Merle Stöver · Andreas Zick und Interviews mit Ruth Wodak · Meron Mendel und Saba-Nur Cheema · Raj Kollmorgen · Souad Lamroubal

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
von Franziska Schröter

DIETZ

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über *http://dnb.dnb.de* abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0706-9

Copyright © 2025 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Tel. 0228/18 48 770 / info@dietz-verlag.de

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg
Druck und Verarbeitung: Plump Druck & Medien GmbH, Rheinbreitbach

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2025

Weitere Informationen finden Sie unter www.fes.de/mitte-studie.

Friedrich Ebert Stiftung

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin
Franziska Schröter 15

1 Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25
Andreas Zick 19

1.1 Wer ist die Mitte? 22

1.2 Die Mitte in der Zerreißprobe 24

1.3 Polarisierungen, Normalisierungen und Kipppunkte 25

1.4 Die Themen der Mitte-Studie 2024/25 32

1.5 Eine angespannte Mitte 38

Mittendrin: In der Normalisierungsbewegung
Fragen an Ruth Wodak 40

2 Die methodische Grundlage der Mitte-Studie 2024/25
Marco Eden · Nico Mokros · Astrid Mayerböck · Jost Reinecke 49

2.1 Umfragedesign 49

Entwicklung und Pretest des Fragebogens 50
Der Frage-Antwort-Prozess:
Wie werden Einstellungen verstanden? 51
Likert-Skala, »teils/teils«- und fehlende Antworten 54
Auswertungslogik 55
Inhalte des Fragebogens: Kontinuität und Dynamik 57

2.2 Datenerhebung 58
Stichprobenziehung 58
Ausschöpfung 59

2.3 Repräsentativität und Gewichtungsverfahren 61
Gewichtung nach Wahlverhalten
bei der Bundestagswahl 2025 62

2.4 Soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe . . . 64

3 Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft
Andreas Zick · Nico Mokros · Beate Küpper 69

3.1 Nach Zeiten der Polarisierung 69

3.2 Grundverständnis und Erfassung
rechtsextremer Einstellungen 72

3.3 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen
in Deutschland 2024/25 77

3.4 Rechtsextreme Einstellungen nach politischen Positionen . . 83
Politische Selbstverortung 84
Parteipräferenz 86

3.5 Rechtsextreme Einstellungen nach
soziodemografischen Gruppen 88

Geschlecht 88
Alter 89
Schulbildung 89
Einkommen 90

3.6 Rechtsextreme Einstellungen nach regionalen Unterschieden 91

3.7 Haltungen zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Bevölkerung 93

3.8 Zur Interpretation von Nichtantworten bei Fragen zu rechtsextremen Einstellungen 96

3.9 Fazit und Diskussion 98

Fokus | Politische Gewalt
Andreas Zick 104

Politische Gewalt in der Mitte 2024/25 – Erfassung und Ergebnisse 109
Soziodemografische Unterschiede 109
Politische Orientierungen 112
Politische Gewalt, GMF und Rechtsextremismus 113
Mehr tun gegen die Gewaltbilligung der Mitte? 115

Mittendrin: Tödliche Gewalt gegen wohnungslose Menschen
Merle Stöver 116

Die Tat 116

Motive und Muster 118

Tödliche Gewalt gegen wohnungslose Menschen 120

Gewalterfahrungen von wohnungslosen Menschen 121

Was schützt wohnungslose Menschen vor Gewalt? 122

4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte
Nico Mokros · Andreas Zick 125

4.1 Hintergründe und Messung von GMF 126
GMF in den Erhebungen der Vorjahre 129
Die vier zentralen GMF-Facetten in der Mitte-Studie 2024/25 131

4.2 Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen in der Mitte-Studie 2024/25 138
Soziodemografische Unterschiede 141
Politische Unterschiede 145

4.3 Die Ideologie der Ungleichwertigkeit – Zusammenhänge menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen . . 149
Zusammenhänge von GMF und Rechtsextremismus 151

4.4 Normal menschenfeindlich ? 151

Fokus | Maskulinismus und Antifeminismus
Mara Simon · Ursula Birsl 157

Erfassung der Gegnerschaft zur Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse in der Mitte-Studie 2024/25 161
Antifeministische Einstellungen im Ergebnisprofil 162
Antifeminismus mit antisemitischer und autoritärer Grundierung 167
Vorstellungen von essenzialistischen Differenzen zwischen den Geschlechtern als Scharnier in die Mitte der Gesellschaft . . . 169

Maskulinismus und Antifeminismus:
Klare Positionierungen und Verunsicherungen 171

Mittendrin: In der Kontroverse und im Dialog
Fragen an Saba-Nur Cheema und Meron Mendel 173

5 Demokratievorstellungen und Demokratiewahrnehmung in der Mitte
Marco Eden · Elif Sandal-Önal · Andreas Zick · Kathrin Ackermann . 180

5.1 Vorstellungen von Demokratie 181

5.2 Wahrnehmung und Unterstützung der Demokratie in der Mitte-Studie 2024/25 185

5.3 Demokratievorstellungen in der Mitte 192
Majoritäre und liberale Orientierung 192
Demokratievorstellungen 196

5.4 Demokratievorstellungen und demokratiegefährdende Einstellungen 198

5.5 Demokratievorstellungen, politische Positionen und soziale Lage 201

5.6 Zwischen Stabilität, Polarisierung und Kipppunkten 202

Mittendrin: In der Mehrheitsmigrationsgesellschaft
Fragen an Souad Lamroubal 205

6 Libertär-autoritäre Versuchungen der Gegenwart – eine Brücke in den Rechtsextremismus?
Amelie Nickel · Eva Groß · Ilka Kammigan 214

6.1 Libertärer Autoritarismus in der Bevölkerung 219

6.2 Libertärer Autoritarismus und antidemokratische Einstellungen 220

6.3 Rechtsextrem – die neue libertär-autoritäre Normalität? . . 222

6.4 Fazit 224

7 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als Gegenstand populistischer Instrumentalisierung
Fritz Reusswig · Beate Küpper · Marco Eden 226

7.1 Reale Ungerechtigkeiten, populistische Instrumentalisierung 230

7.2 Progressive und regressive Haltungen zu Klimaschutz und Energiewende 233

7.3 Klimapolitische Einstellungen und Demokratiedistanz . . . 237

7.4 Zur Frage der Gerechtigkeit von Klima- und Energiepolitik . 241
Gefühl von Gerechtigkeit, Anspruchsdenken und eine neoliberale Orientierung 241
Klimaschutz contra Freiheit und Gerechtigkeit? 243
Solidarische oder instrumentelle Klimagerechtigkeit? 244

7.5 Gerechtigkeit beim Klimaschutz und politische Positionierung. 249

7.6 Kippt die Demokratie am Thema Klimaschutz? 251

8 Raum, Daseinsvorsorge und Demokratie
Claudia Neu · Marco Eden · Beate Küpper 254

8.1 Peripherisierungserfahrung 256

8.2 (Land-)Populismus 257

8.3 Die überwiegende Mehrheit bewertet die Lebensqualität in ihrer Region als gut 259

8.4 Positive Bewertung der Lebensqualität auf dem Land, doch Kritik an der Daseinsvorsorge 263
Zusammengefasster Indikator: Lebensqualität in der Region 264

8.5 Deutschland verändert sich für viele zu langsam, zudem auch noch in die falsche Richtung 268

8.6 Demokratiezugewandtheit oder -distanz ist auch eine Frage der regionalen Lebensqualität 269

8.7 Politische Positionierung und Beurteilung der regionalen Lebensqualität 271

8.8 Missachtet die Politik das Land und das Land die Demokratie? 272

8.9 Abschließende Betrachtung 276

Mittendrin: In der Transformation im Osten
Fragen an Raj Kollmorgen 279

9 Lebenszufriedenheit, Gesundheit und ein Rückblick auf die Coronapandemie als Treiber der Demokratiedistanz
Anna Christina Nowak · Beate Küpper 289

9.1 Radikalisierung und mentale Gesundheit 291

9.2 Psychische Gesundheit, Parteipräferenz und rechtsextreme Einstellungen 292

9.3 Lebenszufriedenheit, Gesundheit und Stress in der Mitte-Studie 2024/25 294

9.4 Die Coronapandemie im Rückblick 302

9.5 Fazit und Ausblick 307

10 Sozialisation durch die Eltern und der Rechtsextremismus der Mitte
Nico Mokros 311

10.1 Biografische und soziale Vorläufer rechtsextremer Einstellungen 313
10.1.1 Sozialisation von Autoritarismus 314
10.1.2 Hypothesen und Messung 316

10.2 Sozialisation als Verstärker rechtsextremer und den Rechtsextremismus verharmlosender Einstellungen – Ergebnisse aus der Mitte-Studie 2024/25 318

10.3 Fazit und Diskussion 323

11 Schule als ideologische Kampfarena oder Rettungsanker der Demokratie? Schul- und Bildungsvorstellungen in der Mitte
Sabine Achour · Anja Höppner 329

11.1 Bildungsvorstellungen und strategische Angriffe auf die demokratische Schule von Rechtsaußen 331

11.2 Einstellungen zu Bildungszielen von Schule in der Mitte-Studie 2024/25 334

11.3 Marktförmiges Denken und autoritäre Schule 339

11.4 Gewalt, Disziplinlosigkeit und ein autoritäres Schulkonzept? 342

11.5 Rechtsaußen und dennoch diskriminierungssensibel? . . . 344

11.6 Kippt die Schule in eine ideologische Kampfarena? 346

11.7 Oder doch Schule als Rettungsanker der Demokratie? . . 347

12 Gegen Rechtsextremismus – für politische Bildung: Politische Signale aus den Ergebnissen der Mitte-Studie 2024/25
Sabine Achour 349

12.1 *Vibe Shift* als Gefahr für politische Bildung und Zivilgesellschaft: Unabhängigkeit sichern 351

12.2 (Politische) Bildung wirkt: Schulen als Ort des Demokratielernens schützen 355

12.3 Triggerthemen als Polarisierungstreiber: (Wie) Emotionen in der politischen Bildung adressieren? . 357

12.4 Kipppunkt Autoritarismus: Demokratie zurück an die Macht – über Algorithmen und Meinungsfreiheit . . . 359

12.5 (Identitäts-)Politische Bildung gegen Menschenfeindlichkeit? Ganz im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung! . . . 362
12.5.1 (Keine) Vereinnahmung antisemitismuskritischer Bildung . . . 364
12.5.2 Mehr Aufregung tut Not – aber über Queerfeindlichkeit statt über Gendersternchen . . . 366
12.5.3 Faszination für autoritär-rechte Männlichkeit: Politische Bildung gegen Maskulinismus ist Bildung gegen Rechtsextremismus . . . 368

12.6 Adé Klimaschutz? Mit politischer Bildung aus der Polarisierungs- und Machtlosigkeitsfalle?! . . . 372
12.6.1 Mit Solidarität gegen reale Ungleichheit (nicht nur) beim Klimaschutz . . . 375
12.6.2 Menschen zum (Klima)Diskurs zusammenbringen: Infrastruktur politischer Bildung schaffen . . . 376
12.6.3 Rechtsaußennarrative »spielend« entzaubern . . . 377
12.6.4 De-Instrumentalisierung von Grundwerten: Mit politischer Urteilskompetenz reale Lebenslagen erfassen und emotionale Polarisierung versachlichen . 378
12.6.5 Handlungskompetenz und Selbstwirksamkeit anstatt politischer Machtlosigkeit . . . 379

Anhang

Glossar statistischer und methodischer Begriffe . . . 380
Literatur . . . 390
Die Autorinnen und Autoren . . . 423

Vorwort der Herausgeberin

Gewissheiten und Gelerntes sind nicht mehr selbstverständlich. Viele dachten, die Welt würde immer demokratischer und liberaler, der Klimaschutz schreite voran, nachhaltige Energiesicherheit sei nur noch eine Frage der Zeit. Stattdessen erleben viele Menschen Unsicherheiten und Druck von innen wie von außen: durch polarisierende und unerbittlich geführte Debatten, Konflikte, geschürte und reale Ängste; durch Inflation, Krisen und Kriege. Diese Anspannung, die uns zum aktuellen Titel inspirierte, können viele Menschen spüren.

Gleichzeitig erleben Politiker:innen, ehren- und hauptamtlich Engagierte, Menschen im öffentlichen Dienst oder Dienstleistungsberufen Angriffe auf ihre Person. Dies geschieht verbal, aber auch tätlich, online und offline, regelmäßig und nicht als Einzelfall. Aber nicht nur einzelne Menschen stehen im Fokus solcher Angriffe – sie gelten auch allgemein der Schulbildung und Wissenschaft, der Demokratieförderung und demokratischen Prozessen. Unzufriedenheit mit dem Funktionieren, aber auch mit den alltäglichen Problemlösungsfähigkeiten der Demokratie, sorgt nachvollziehbar für Enttäuschung. Dies in konstruktive Ideen und solidarisches Mitmachen, Verbessern und Weiterentwickeln, getragen von den Werten des Grundgesetzes, und nicht in eine destruktive Delegitimierung von Demokratie oder gar in Gewalt gegen Menschen münden zu lassen, erscheint in diesen Zeiten – die auch global von großen Unsicherheiten geprägt sind – wichtiger denn je. Wir alle als Gesellschaft – als Mitte – sind hier gefordert!

Einfache Antworten zu geben auf sehr komplexe Probleme ist eines der Hauptmerkmale von Populismus, häufig unterfüttert durch einfache Schuldzuweisungen an Politik, »die Anderen« oder sonstige von Abwertung betroffene Gruppen. Dabei werden auch Narrative der extremen Rechten aus der Mitte heraus bedient, die Menschen ausgrenzen und abwerten. Dieser Normalisierung und Polarisierung gehen wir in der neuen »Mitte-Studie« auf den Grund. Gibt es auf der Einstellungsebene messbare Verschiebungen, Normalisierungseffekte oder gar Hinweise auf Kipppunkte der Demokratie?

Seit 2006 untersuchen die »Mitte-Studien« der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) rechtsextreme, demokratiegefährdende und menschenfeindliche Einstellungen.[1] Diese regelmäßigen Momentaufnahmen erlauben es, Langzeittrends aufzuzeigen und gleichzeitig auf aktuelle Entwicklungen zu blicken.

Die leitende Frage ist dabei, wo die Grenze verläuft zwischen Vorurteilen (die wir alle in uns tragen), offener Menschenfeindlichkeit (z. B. Rassismus oder Antisemitismus), zwischen legitimer Kritik am Funktionieren der Demokratie und gefährlicher Delegitimierung bis hin zu hartem Rechtsextremismus, der beides in sich vereint – den Hass auf das demokratische System und den Hass auf Menschen. Wir versuchen, diese Phänomene zu bestimmen, zu analysieren und einzuordnen. Mit der Bereitstellung solcher Daten wollen wir aber nicht nur Fakten beschreiben. Wir wollen darüber hinaus einen Gesprächsanlass und Debattengrundlagen bieten. Wir halten es für absolut unerlässlich, diese Debatten zu führen, sachlich und offen. So kann man zum Beispiel Erleichterung über die wieder gesunkene Anzahl von Befragten, die ein rechtsextremes Weltbild aufweisen, äußern. Nach dem deutlichen Anstieg in der letzten Studie ist dies eine gute Nachricht. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Werte weiterhin hoch sind, der Nationalchauvinismus gestiegen ist und damit ein Einfallstor für die Zustimmung zu weiteren Dimensionen rechtsextremer Einstellungen bietet.

Zugleich – und das ist uns wichtig zu betonen – ist die große Mehrheit in Deutschland klar nicht rechtsextrem, im Gegenteil, 70 % der Befragten finden es bedrohlich, dass der Rechtsextremismus zunimmt. Auch dies ein Indiz für eine angespannte Mitte.

Unsere Interpretation der Daten ist ein Diskussionsangebot, nicht das Ende der Debatte. Immer noch steht die Mehrheit der Befragten zu Demokratie und Gleichwertigkeit und äußert Sorgen über die Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen. Gleichzeitig beobachten wir aber, dass mehr Befragte mit

1 Seit 2006 erscheint etwa alle zwei Jahre eine neue Ausgabe (mit Vorstudien ab 2002), seit 2014 mit dem Team des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld, vorher in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftler:innen der Universität Leipzig (bis 2012), die alle zwei Jahre die »Leipziger Autoritarismusstudie« veröffentlichen.

»teils/teils« antworten, sich im Graubereich bewegen und nicht mehr so eindeutig den demokratiegefährdenden Einstellungen widersprechen.

Das soll nicht in Alarmismus münden, sondern Debatten anstoßen, zum Beispiel darüber, wie nützlichkeitsorientiert unser gesellschaftlicher Blick auf Menschen ist, die aus sehr verschiedenen Gründen solidarische Unterstützung von der Gemeinschaft benötigen. Die teilweise aufgeheizten Diskussionen über soziale Sicherungssysteme – seien es die Kosten des Klimaschutzes und deren solidarische soziale Abfederung, Pflege- und Krankenversicherung, der Umgang mit Asyl, Flucht und Arbeitsmigration oder auch die teilweise menschenverachtend geführte Auseinandersetzung um das Bürgergeld – zeigen, wie anfällig das demokratische System für Populismus, Desinformation oder offen rechtsextreme Kampagnen ist.

Ein solch umfangreiches Studienprojekt wäre nicht möglich ohne die vielen Köpfe und Hände, die daran mitgearbeitet haben. Da sind die Wissenschaftler:innen, die mit den vorhandenen Daten gearbeitet und sie für ihre Themen analysiert haben – teilweise unter großem Zeitdruck. Danke an *Sabine Achour*, *Kathrin Ackermann*, *Ursula Birsl*, *Eva Groß*, *Anja Höppner*, *Ilka Kammigan*, *Claudia Neu*, *Amelie Nickel*, *Anna Christina Nowak*, *Jost Reinecke*, *Fritz Reusswig*, *Elif Sandal-Önal* und *Mara Simon* für die Denkanstöße und die Geduld.

Unsere Befunde wurden angereichert und in der Perspektive erweitert durch die Interviews mit *Raj Kollmorgen*, *Souad Lamroubal*, *Saba-Nur Cheema* & *Meron Mendel* sowie *Ruth Wodak*, die in den Mittendrin-Kapiteln die Debatten und Kontroversen der Mitte versiert in den Blick nehmen. *Merle Stöver* hat einen eindrucksvollen Fallbericht zu dieser Mitte-Studie beigetragen. Die Mitte wird stärker durch das wissenschaftliche, publizistische und gesellschaftliche Engagement unserer diesjährigen Gastautor:innen!

Das Kernteam der Herausgeber:innen hat Vieles in dieser Studie auf den Weg gebracht und möglich gemacht. Danke an *Marco Eden*, *Beate Küpper*, *Nico Mokros* und vor allem *Andreas Zick* für ihren unermüdlichen Einsatz für das Gute, Wichtige und manchmal auch Schöne. Ihr seid die Besten!

Das gilt auch für all die vielen Kolleginnen und Kollegen, die in der FES dafür gesorgt haben, dass trotz aller Unruhe und Kurzfristigkeit am Ende alles gut wird. Namentlich seien hier stellvertretend *Karolin Paschedag* und *Jonas Reichel* genannt, aber alle sind gemeint.

Und beim Dietz-Verlag seien neben den vielen anderen Kolleg:innen vor allem *Flora Frank* und *Alexander Behrens* und der externe Grafikzauberer *Gerd Kempken* erwähnt, ohne deren Dauereinsatz das alles nicht zu diesem Buch geführt hätte.

Ein Dank auch an *Astrid Mayerböck, Thomas Krüger* und das *uzbonn* für die gelassene und kompetente Betreuung bei der Datenerhebung durch alle politischen und methodischen Stürme hindurch. Aber vor allem auch ein Dank an all die Tausenden Menschen, die sich befragen ließen – das ist nicht selbstverständlich und ohne dieses Engagement könnten wir eine solche Untersuchung nicht durchführen.

Die Zeiten sind angespannt. Anspannungen lösen sich durch Bewegung. Diese sollten aus unserer Sicht demokratisch und menschenorientiert sein. Die Mehrheit ist weiterhin demokratisch eingestellt, sie muss auch aktiv zeigen, wofür sie steht und wofür es sich lohnt zu kämpfen.

Berlin im November 2025

Franziska Schröter
Verantwortlich für das Projekt gegen Rechtsextremismus
der Friedrich-Ebert-Stiftung

1 Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25

Andreas Zick

Die Mitte-Studie ist ein Seismograf für demokratische und antidemokratische Stimmungen im Land. Sie richtet ihren Blick scharf auf rechtsextreme Einstellungen in der Mitte sowie auf vorgelagerte Stimmungen und Bewegungen. Die vergangenen zwei Jahre seit der letzten Mitte-Studie 2022/23 ließen sich ebenso schwer bewerten, wie es beim aktuellen Zustand der Mitte möglich ist. Sie wirken teilweise verstörend oder auch gegensätzlich. Einerseits grölen wohlhabende Bürger:innen[1] in der Mitte generationenübergreifend den rechtsextremen Slogan »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« zur Melodie eines alten Chartsongs. Andererseits gehen Millionen von Menschen nach der Enthüllung des rechtsextremen Masterplans durch das Rechercheteam CORRECTIV auf die Straße und demonstrieren gegen Faschismus, Rechtsextremismus und für die Solidarität mit Zugewanderten. Einerseits hat die Zahl der organisierten Rechtsextremist:innen, die auch aus der Mitte rekrutiert werden, ein neues Rekordniveau erreicht, ebenso wie Hasstaten und Verbrechen. Andererseits bleibt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie stabil, wie die Vertrauensstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt (Best et al. 2024).

1 Wir haben beschlossen, die Vielfalt der Geschlechter und Identitäten zu respektieren und nutzen dafür den Binnen-Doppelpunkt »:«. Gerade in Zeiten, in denen die Suche nach angemessenen Formen geschlechtergerechter Sprache unter Druck gerät – in der Mitte-Studie 2024/25 stimmen der Aussage »Geschlechtergerechte Sprache – das sogenannte ›Gendern‹ – regt mich auf.« 56 % zu, 15 % sagen »teils/teils« und 30 % lehnen ab – müsste es gelingen, die Ergebnisse der diesjährigen Studie auch unabhängig von unserer Sprachwahl ernst zu nehmen. Da wir zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit forschen und wissen, dass es im Kern um Gleichwertigkeit geht, bemühen wir uns, Geschlechter und Identitäten so inklusiv wie möglich zu berücksichtigen und ihre Vielfalt anzuerkennen.

Einerseits gewinnen rechtsextreme Politiker:innen an Zuspruch, verbreiten sich Hassbilder und -kampagnen millionenfach in sozialen Medien und färbt sich das Land auf Karten mit den Wahlergebnissen im Osten nahezu komplett blau ein. Andererseits engagieren sich Tausende ehrenamtlich in Vereinen oder privat für die Integration von Migrant:innen und die Stärkung der Demokratie. Zudem fordert die Mehrheit der Deutschen mehr Demokratie (Kleist/Weiberg/Schöll 2023). Diese Gegensätze und Spannungen reichen tief in die Politik und die bürgerliche Mitte hinein. Einerseits lassen sich beide von populistischem Nationalchauvinismus und Abschottungsforderungen treiben. Andererseits gelingt es den Parteien der Mitte, Konsens zu finden und regierungsfähig zu bleiben.

Konflikte gehören zur Demokratie, doch die Mitte wirkt gespalten, polarisiert, zerrissen, orientierungslos – oft still und leise angesichts des offensichtlichen Hasses und der herrschenden Gewalt. Sie ist angespannt. Sie wird von ideologischen Kräften gereizt, getrieben und gefordert. Laut der Mitte-Studien der Vorjahre haben sich Teile der Mitte rechtsextremen Positionen zugewandt, andere sind in eine Grauzone der rechtsextremen, menschenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen abgedriftet, indem sie solche Einstellungen »teils/teils« befürworteten und ihnen damit nicht widersprechen. Sie haben sich bewusst oder unbewusst auf Distanz zu demokratischen Grundwerten und -normen begeben, sie haben der Polarisierung nachgegeben und rechtspopulistischen wie -extremistischen Ideen Raum verschafft – indem sie diese als »im Kern richtige oder wahre Meinungen« normalisierten. Ein großer Teil der Mitte blieb aber auch standhaft und demokratisch.

Wo steht die Mitte? Sind die Menschen, die sich zur Mitte zählen, nach den vielen Krisen wieder demokratisch gefestigt und haben sie neue Kraft geschöpft? Oder bleiben sie gespalten zwischen engagierten Verteidigern der Demokratie und jenen, die sich an eine rechtsradikale Normalität gewöhnen und sie weiter vorantreiben?

Die Mitte-Studie 2024/25 gibt dazu Antworten auf Basis einer Bevölkerungsumfrage und greift zugleich auf Erkenntnisse zahlreicher anderer Studien zurück. Sie dient als Seismograf und geht der Frage nach den größten Gefahren für die

Demokratie nach: *In welchem Maß teilt die Mitte der deutschen Gesellschaft rechtsextreme Einstellungen, Meinungen, Überzeugungen und Weltbilder?* Seit vielen Jahren untersuchen die FES-Mitte-Studien diese Frage. Sie beleuchten den Rechtsextremismus in Deutschland, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung und Gesellschaft angreift und infrage stellt. Die Frage ist unbequem, denn sie bringt das Selbstbild einer demokratisch orientierten Mitte ins Wanken, auf die politische Parteien ihre Aufmerksamkeit richten und vorgeben, sie zu vertreten.

Die deutsche Demokratie hat in der Idee der Mitte ein sinnvolles Regulativ gefunden, das ihrer Natur als Konfliktgebilde entspricht. Demokratien wie die Bundesrepublik müssen ständig scheinbar oder tatsächlich unvereinbare Ziele und Interessen verschiedener Gruppen und Parteien in Einklang bringen, also Konflikte lösen. Es geht um Verteilungskonflikte, Rangordnungskonflikte, Identitätskonflikte und vieles mehr. Die Aushandlung ist zentral für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Demokratie. Umso wichtiger ist es, jede Form des Extremismus abzuwehren – auch und insbesondere jene, die direkt, indirekt oder schleichend in die Mitte drängen. Die Abgrenzung stärkt die Konfliktfähigkeit und Wehrhaftigkeit der Demokratie. Vereinbarungen und Kooperationen mit Extremist:innen, auch wenn sie verlockend erscheinen und der Extremismus sich harmlos gibt, schwächen die Demokratie und die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv zu regulieren.

Gleichzeitig muss die Mitte kritisch auf sich selbst blicken, um ihr demokratisches, menschenrechtsbasiertes und ethisches Wertegerüst nicht zu verlieren – ein Gerüst, welches sie sich mit dem Grundgesetz gegeben hat. Dieses Wertegerüst, geprägt von den schrecklichen Erfahrungen des Nationalsozialismus, wurde mit der Gründung der Bundesrepublik verankert, aber erst nach und nach umgesetzt. Die zögerliche Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union, die späte Verabschiedung von Gleichstellungsgesetzen für Frauen, Menschen mit Behinderung oder auch gleichgeschlechtlich Liebende sowie die ungleiche Behandlung von Religionsgemeinschaften zeigen dies. Über die Jahrzehnte hat sich die Bundesrepublik ihrem Werte- und Normgerüst, wie es zum Beispiel im Grundgesetz festgehalten ist, angenähert. Doch angesichts der globalen (Rück-)Entwicklungen hin zu autoritäreren Regimen und weg von der

Demokratie wird dieses Fundament auch in Deutschland zunehmend infrage gestellt – selbst aus der Mitte heraus.

1.1 Wer ist die Mitte?

Box 1

Infokasten

Die Mitte-Studie basiert auf einer repräsentativen Umfrage in der deutschen Wohnbevölkerung (➟ Kap. 2). Die Methodik spiegelt das gesellschaftliche Mitte-Verständnis wider: Gefragt wird eine Stichprobe von Menschen, die sich in weiten Teilen politisch, sozial und/oder ökonomisch als Mitte verstehen lässt. Personen aus dem organisierten Extremismus oder Terrorismus sind vermutlich nicht darunter. Doch auch wenn es unwahrscheinlich ist, lässt sich nicht ausschließen, dass vereinzelt solche Personen in der Stichprobe auftauchen (vgl. Zick 2021a). In der aktuellen Mitte-Studie 2024/25 geben 57 % an, ihre politischen Ansichten seien »genau in der Mitte«. Das sind knapp 2 % mehr als 2 Jahre zuvor. Weitere 18 % sehen ihre Ansichten rechts der Mitte: davon verorten sich 14 % »eher rechts« und 4 % ganz »rechts«. 25 % positionieren sich links der Mitte: darunter 18 % »eher links« und 7 % ganz »links«. Im Vergleich mit den Vorjahren nimmt die politische Selbstverortung im rechten Spektrum insbesondere nach 2020/21 wieder zu, während das linke Spektrum und die politische Mitte eher schrumpfen. Dabei ordnen sich »links« wie »rechts« mehr Befragte vor allem den äußersten Rändern zu. Gleichzeitig stimmt eine Mehrheit von 70 % der Aussage zu: »Ich zähle mich zur Mitte der Gesellschaft«, von diesen ordnen 62 % derjenigen, die sich als Mitte fühlen, ihre politischen Meinungen »genau in der Mitte« ein.

53 % der Befragten zählen zur mittleren Einkommensgruppe und bilden damit eine ökonomische Mitte. 27,5 % gehören zur unteren und 20 % zur oberen Einkommensgruppe. Diese Mitte hat linke und rechte Ränder, zunehmend auch Querfronten – politische Positionierungen, die unter-

schiedliche ideologische Strömungen verbinden. Gleichzeitig ordnen sich viele, die sich politisch rechts oder links der Mitte verorten, ökonomisch der Mitte zu (56 % der links und 58 % der politisch rechts Orientierten gehören zur Einkommensmitte).

Eine Alternative zur gesellschaftspolitischen Definition der Mitte wäre, sie rein nach ökonomischen Kriterien wie der Einkommensgruppe zu bestimmen. Wir analysieren in der Mitte-Studie auch rechtsextreme Einstellungen in verschiedenen ökonomischen Gruppen. Doch diese Perspektive ist weniger entscheidend für die Bindung an die Demokratie als die politische beziehungsweise weltanschauliche Mitte. Die Definition von Mitte als Einkommensmitte grenzt wichtige Teile der Gesellschaft aus und verdeckt, dass sich die demokratische Mitte an Werten und Normen orientiert, die sie wehrhaft gegen Extremismus macht. Es ist sinnvoll, sich die demokratischen und antidemokratischen Einstellungen nach Einkommensgruppierungen anzusehen – das tut die Mitte-Studie –, aber der damit verbundene Fokus auf ökonomische Ungleichheit entbindet alle Mitglieder der verschiedensten ökonomischen Gruppen in einer Demokratie nicht davon, sich demokratisch zu orientieren und zu verhalten.

Das Mitte-Modell bietet eine Orientierung. Es fordert die Gesellschaft auf, sich zu öffnen und alle Menschen einzubeziehen. Es verpflichtet die Politik, konsensfähig zu sein. Die »Mitte« kann verbinden und eine ausgleichende Kraft entfalten. Doch sie läuft Gefahr, demokratiefeindliche Tendenzen zu übersehen, zu ignorieren oder sogar zu normalisieren. Die Mitte schließt aus, und vielen gesellschaftlichen Gruppen fällt es schwer, sich mit ihr zu identifizieren. Im Interview mit *Souad Lamroubal* wird genau das angesprochen (➟ Kap. 5, Mittendrin). Die Mitte neigt dazu, weltanschauliche, politische und ökonomische Konflikte auf Kosten anderer Gruppen auszutragen, insbesondere solcher, die keine ausreichende Lobby haben.

Die Frage, wer die Mitte bildet, hängt damit zusammen, wer als »normal« und »zugehörig« gilt – und wer nicht. Die »Mitte« beansprucht aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und der ihr von sich selbst zugeschriebenen Überlegenheit die Definitionshoheit. Deshalb kämpfen auch Rechtsextreme um die Mitte. Sie haben das Ziel, die Mitte zu verschieben und »Rechts« als das »neue Normal« zu etablieren. Das Konzept von Mitte lässt sich kritisch hinterfragen oder ablehnen, nicht zuletzt, weil es eben unscharf ist. Die Unbestimmtheit ermöglicht aber auch Offenheit, und genau darin kann eine Bindungskraft für die Demokratie bestehen. Letztendlich ist die Mitte, die in der Mitte-Studie analysiert wird, die Gesamtheit der Menschen, die demokratisch und nicht extremistisch orientiert sind und demokratische Werte (Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte, Meinungsfreiheit etc.) anerkennen und verteidigen. Die Mitte-Studie analysiert also die Einstellungen einer potenziell demokratischen Mitte.

1.2 Die Mitte in der Zerreißprobe

Krisenzeiten treffen das Land besonders hart: Sie grenzen ein, sie machen Entscheidungen dringend, die aber aufgrund der Krisen gar nicht schnell getroffen oder umgesetzt werden können (Sandal-Önal/Zick 2024). Sie erhöhen die Ungewissheit und machen einen autoritären Populismus stark, der Scheingewissheiten anbietet. In der Mitte-Studie 2022/23 standen Krisendynamiken im Vordergrund der Analyse zum Eindringen des Rechtsextremismus in die Mitte (Zick/Küpper/Mokros 2023). Krisen verlangen Meinungen, Beurteilungen und Entscheidungen an Wendepunkten – ihr Ausgang bleibt offen. Zentrale Fragen in Krisenzeiten lauten: Kippt die Demokratie oder bleibt sie stabil? Wie verändern sich die Wahrnehmungen, Einstellungen und Urteile? Wählen die Bürger:innen weniger oder mehr Demokratie? Wenn sie für mehr Demokratie sind, welche Art von Demokratie meinen sie? Gelingt es dem Populismus und Extremismus, ein antidemokratisches Angebot als demokratisch zu verkaufen? (➟ Kap. 5).

Deutschland steckt in einem Spannungsfeld zwischen Abgrenzung und Akzeptanz des Extremismus. Der Aufschwung rechtspopulistischer und -extremistischer Positionen und Stimmen in Parlamenten stellt die klare Trennung zwischen Mitte und Extremismus infrage. Gleichzeitig erschweren neue extrem rechte wie linke und demokratiefeindliche Strömungen den mühsamen Versuch, Konsens und Interessenausgleich in der Mitte zu finden. Polykrisen und der Trend zu autoritären »Durchregierungsmodellen«, wie sie weltweit zunehmen, untergraben den demokratischen Prozess der Konsensfindung. Sie stehen oft unter internationalem Einfluss und locken mit einfachen Parolen wie: »Wir, das Volk, zuerst!«

In den letzten beiden Jahren haben sich politische Kräfte, analog wie digital, rasant in den Vordergrund gedrängt und Kommunikationsräume besetzt. Sie nutzen Krisen, Konflikte und Kriege für offensichtliche oder kaum erkennbare rechtsextreme Kampagnen. Bedrohungs- und Gefahrenbilder wie völkische Heilsbilder finden in der Mitte Anklang. Die Mitte-Studie hat die zunehmende Distanzierung der Mitte von demokratischen Orientierungen, wie sie sich vor allem in einer Akzeptanz rechtsextremer Orientierungen zeigt, dokumentiert. Deshalb trug die letzte Mitte-Studie 2022/23 den Titel »Die distanzierte Mitte« (Zick/Küpper/Mokros 2023).

1.3 Polarisierungen, Normalisierungen und Kipppunkte

Die wachsende Demokratisierung sollte es immer mehr Menschen erlauben, sich als Teil der Mitte zu begreifen und von ihr anerkannt zu werden. Gleichzeitig empfinden dies manche, die sich als Mitte verstehen, als Verlust einer vormals selbstverständlichen Vormachtstellung: Wer zur Mitte gehört, will und darf mitbestimmen – und nun dürfen auch jene mitbestimmen, die lange als »andere« galten, zum Beispiel Menschen, die eingewandert sind. Der Rechtspopulismus und Rechtsextremismus versprechen, diese erweiterte Mitte zurückzudrängen, alte Vormachtstellungen wiederherzustellen und die frühere Deutungshoheit zurückzugewinnen. Diese Versprechen sind verlockend. Zugleich verlangt Demokratisierung immer komplexere Verhandlungen. Der Niedergang der großen Volksparteien und der Aufstieg kleinerer Parteien spiegeln dies wider.

Die Sehnsucht nach einfachen, hierarchischen Macht- und Entscheidungsstrukturen verstärkt die Anziehungskraft des Rechtspopulismus und -extremismus.

Die angespannte Lage erzeugt polarisierte Debatten und macht Ideologievorwürfe attraktiv. Ist »Wokeismus« – der Anspruch, Ungleichheit stärker zu beachten und Gleichheit energischer einzufordern – schuld am Aufstieg der äußersten Rechten? Teils ja, teils nein. Ja, weil man so überkommene Machtverhältnisse herausfordert und damit Gegenwehr provoziert. Nein, weil er die Werte der liberalen Demokratie widerspiegelt und konsequent verlangt, diese einzulösen. Ob dabei politisch und didaktisch klug vorgegangen wird, bleibt umstritten. Einerseits braucht es kämpferischen Aktivismus, um Fortschritt zu erzwingen. Andererseits schreckt dieser Teile der Mitte ab und bietet ihnen Anlass, sich Angeboten von Rechtsaußen zuzuwenden. Der Konflikt um das Thema »Gender« zeigt dies besonders deutlich: Es fällt leichter, sich über ein drittes Geschlecht (das betrifft nur sehr wenige Menschen, diese aber existenziell) zu empören, als den Klimawandel zu bekämpfen, die marode Infrastruktur zu sanieren oder den drohenden Kollaps von Renten- und Pflegesystemen anzugehen. Diese Verschiebung der Aufmerksamkeit von echten hin zu symbolischen (Kultur-)Kämpfen ermöglicht es den Populist:innen und Rechtsextremen, sich als »normale Leute«, »Stimme des Volkes« oder die einzigen mit »gesundem Menschenverstand« darzustellen.

Wachsende Meinungsunterschiede und populistische Kampagnen setzen die Mitte immer stärker unter Druck, belasten sie und erschüttern das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen. Die Polarisierung des öffentlichen Diskurses und der Verlust einer gemeinsamen Faktenbasis sowie nüchterner Kommunikationsräume bedrohen die Demokratie. Populist:innen und Radikale schüren Emotionen und normalisieren dadurch rechtsextreme Positionen. Rechtsextreme agieren als »Polarisierungsunternehmer« (Mau/Lux/Westheuser 2023). Sie greifen reale, teils ungelöste Probleme der Demokratie auf – etwa Wohnungsmangel, die Aufarbeitung der Coronapandemie, Energieversorgung oder Risiken der industriellen Transformation – und nutzen sie für vereinfachte ethnokulturell aufgeladene Erzählungen. So erklären sie »Migration von Kulturfremden« zur Hauptursache für soziale, sicherheits- oder wohlfahrtsstaatliche Konflikte und behaupten, die »Klimapolitik zerstört den Wohl-

stand«. Mit Vorwürfen von Staatsversagen, Anklagen gegen die politische Elite und dem Schlagwort »Verrat« stellen sie die demokratische Logik von Aushandlung und Kompromiss infrage und delegitimieren die liberale Demokratie.

Verschwörungserzählungen von einem »großen Austausch des Volkes durch Migration« oder von der »Coronadiktatur« bieten einfache Deutungen, die die komplexen, vielschichtigen und oft widersprüchlichen globalen Ursachen auf einfache »Freund-Feind«-Schemata reduzieren. Mit gezielter Dramatisierung und Emotionalisierung schüren sie ein Gefühl akuter Bedrohung, das eine differenzierte und ergebnisoffene Lösungssuche emotional überlagert. Abweichende Meinungen scheinen eine Gefahr, was die Fähigkeit blockiert, reflektiert abzuwägen, sachlich zu verhandeln und ausgewogene Kompromisse zu finden.

Die Mitte kann ihre Fähigkeit verlieren, sich von rechtsextremen Positionen abzugrenzen, wenn sie kontroverse Debatten über drängende, krisenhafte Probleme scheut, Fakten nicht mehr abwägt und gemeinsame Gesprächsgrundlagen verschwinden. Dann kann sich der Fokus auf symbolische Kultur- und Identitätskonflikte verschieben, die die notwendige wie mühsame Lösung der tatsächlichen Probleme behindern. Die daraus wachsende Frustration treibt einen Teufelskreis an, woraus Polarisierungsakteure wie -unternehmer zusätzlich Zulauf und Legitimation schöpfen. In einem polarisierten politischen Klima verschwimmen die Grenzen des Sagbaren: Radikale, verschwörerische wie extreme Ansichten dringen in den Alltag ein. Gleichzeitig schwindet die Fähigkeit der Gesellschaft, faktische Herausforderungen auf der Grundlage gemeinsamer Werte, geteilter Tatsachen und demokratischer Debatten auszuhandeln.

Umso wichtiger ist es, neben der Frage der Polarisierung die Folgen und Prozesse zu beleuchten, die damit einhergehen. Besonders entscheidend für die Demokratie ist die Analyse von möglichen Kipppunkten und der schleichenden Normalisierung des Rechtsextremismus in der Mitte. Schwinden dort die Kräfte, sich dem Rechtsextremismus entgegenzustellen – oder fehlt es gar an Willen? Die Mitte-Studie 2022/23 zeigte eine wachsende Distanzierung von der Demokratie. Das Vertrauen in die Demokratie war gesunken, während die Bereitschaft, Verschwörungsmythen zu glauben, populistischen Denkmustern zu folgen und politische Gewalt (wenigstens) zu billigen, deutlich gestiegen war. Diese Ent-

wicklungen stützen sich auf rechtsextreme Einstellungen, die zwischen 2020/21 und 2022/23 von 1,7 % auf 8,3 % angestiegen sind. Zugleich verblasst die Erinnerung an den Nationalsozialismus und mit ihr das Wissen um die Folgen einer Normalisierung des Rechtsextremismus. In Teilen der jüngeren Generationen ist »rechtsextrem« wieder en vogue. Parolen wie »jung und stark«, »deutschnational« und »national und stolz« zeigen nach Jahren gezielter Kampagnen erste strukturelle und systemische Effekte: Die Jugend lässt sich im rechten Spektrum leichter organisieren und prägen.

Zeigen sich hier Anzeichen für ein Kippen der Mitte nach rechts außen? Die Frage nach den *Kipppunkten* hat sich mit dem Rechtsruck in der Gesellschaft und den Wahlerfolgen rechtsradikaler und -populistischer Parteien rasch verbreitet. Wissenschaftlich fundierte und präzise Definitionen davon, was ein Kipppunkt ist, sind jedoch rar, wie Janusch et al. (2022) feststellen. Ein Kipppunkt ist ein Schwellenwert: Nach einer längeren Entwicklung genügt eine kleine Veränderung, um das System plötzlich und oft unwiderruflich zu ändern. Martina Steber beschreibt Kipppunkte aus geschichtswissenschaftlicher Sicht als Momente des Wandels: »In Kipppunkten manifestiert sich historischer Wandel in verdichteter Weise. Im Augenblick des Kippens streben alle Kräfte auf das Neue, das Andersartige zu. Hatten sich Veränderungsdynamiken zuvor angestaut, brechen sie sich nun Bahn.« (Steber 2024, S. 12) Georg Diez (2025) sieht Kipppunkte als Momente und Konstellationen, in denen Geschichte hätte anders verlaufen können. Das Projekt »Social Sentiments in Times of Crises« weist darauf hin, dass Kipppunkte nicht per se schlecht sein müssen. Entscheidend sei jedoch, »[…] dass beim Erreichen eines Kipppunktes Kaskaden von Meinungsänderungen durch scheinbar unbedeutende Ereignisse ausgelöst werden. Dies passiert dann plötzlich und mit enormer Wucht. Vor allem mit Hinblick auf demokratiegefährdende Tendenzen kann ein plötzliches Kippen der gesellschaftlichen Stimmung verheerende Folgen nach sich ziehen«.[2] Janusch et al. (2022, S. 5) nennen die Verschiebung der Einhaltung gesellschaftlicher Normen als Beispiel. »Am Anfang müssen die Menschen gegen den gesellschaftlichen

2 FZI – Forschungszentrum Informatik/KIT – Karlsruher Institut für Technologie (2023). Gesellschaftliche Kipppunkte. https://www.socialsentiment.org/gesellschaftliche-kipppunkte/ [Aufruf am 15.7.2025].

Druck ankämpfen, um eine neue Norm zu verbreiten. Aber irgendwann, wenn die Norm breiter akzeptiert ist, beginnt sich der gesellschaftliche Druck zugunsten der Verbreitung der Norm zu verschieben« (S. 5). Kipppunkte folgen einer oft schleichenden Normalisierung, die einen unumkehrbaren Trend erzeugen.

Viele rechtsextreme Akteure, insbesondere neurechte wie radikale rechtspopulistische Gruppen, zielen darauf ab, die Mitte der Gesellschaft ins Wanken zu bringen. Sie wollen die Demokratie aus der Mitte heraus destabilisieren und zum Kippen bringen. Allein deshalb ist es relevant, die Verbreitung des Rechtsextremismus, die Präferenz für autokratische Regierungsformen, Menschenfeindlichkeiten und weitere Haltungen in der Mitte als Indikatoren für Kipppunkte zu untersuchen. Laut der Mitte-Studie 2022/23 hatte nur noch gut die Hälfte der Bevölkerung (57 %) Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Rund ein Viertel der Bevölkerung, besonders Jüngere, hält laut der Jugendstudie der TUI-Stiftung (2025) die Demokratie nicht mehr für die beste Staatsform oder zumindest andere Staatsformen für ebenbürtig. Im Osten Deutschlands wählen Mehrheiten eine Partei am äußersten rechten Rand, die mehrere Verfassungsschutzämter als demokratiegefährdend und teilweise »gesichert rechtsextrem« einstufen.

Unklar bleibt, wie viele Menschen in Deutschland die Wahrnehmung teilen, die Demokratie stehe an einem Kipppunkt. Das ist auch nicht einfach zu messen, denn sowohl liberal-demokratisch gesinnte Personen als auch Demokratieferne können der Meinung sein, die Gesellschaft sei an einem Kipppunkt oder sogar am Ende, sehen aber Gegensätzliches als Gründe dafür an. Die Strategie der äußersten Rechten, die Demokratie auszuhöhlen, Begriffe, Themen und Prozesse neu mit antidemokratischen Inhalten zu füllen und die Normalisierung ihrer Ideologie voranzutreiben, zeigt Wirkung. So hielten in der Mitte-Studie 2022/23 bereits 74 % der rechtsextrem Eingestellten die Demokratie für gefährdet, während es nur 31 % der Nichtrechtsextremen so einschätzten.

Umso wichtiger ist es, die Frage nach der Normalisierung des Rechtsextremismus *durch die Mitte* zu stellen. Sie folgt einer langen »braunen Linie« (Frei et al. 2019), die weit in die Geschichte des Nationalsozialismus zurückreicht. Diesem ging auch eine Normalisierung der faschistischen Ideologie voraus. Vor allem

Antisemitismus, Rassismus und ein exklusives Volksverständnis bereiteten ihm den Weg (vgl. z. B. Payne 2001). Kipppunkte entstehen, wenn sich rechtsextreme Positionen durch *schamlose Normalisierung* etablieren. Die Linguistin *Ruth Wodak* hat diesen Mechanismus im Kontext des Rechtspopulismus untersucht. Sie erklärt ihn genauer in einem Interview in diesem Band (➟ Kap. 1, Mittendrin). Wodak (2018, S. 324) beschreibt Normalisierung als »die Enttabuisierung und Akzeptanz früher tabuisierter Inhalte wie Äußerungsformen. […] Eine solche Normalisierung geht, wie zu beobachten ist, mit einer gewissen ›Schamlosigkeit‹ vor sich: Demnach verschieben sich einerseits die Grenzen des Sagbaren, sowohl, was die Häufigkeit von Unwahrheiten und das Infragestellen und Brechen von Diskurskonventionen betrifft, als auch in Bezug auf wiederholte Angriffe auf zentrale demokratische Institutionen«.

Rechtsextremismus findet auf vielfältige Weise den Weg in die Mitte der Gesellschaft. Das Spektrum reicht von der bewussten bis hin zur unbewussten oder naiven Übernahme rechtsextremer Begriffe, Bilder, Ideologien und Narrative durch Menschen, die sich nicht als »rechtsextrem verstehen«. Je nach Zeitgeist, historischen Umständen und individuellen Lebenslagen wie politischen und sozialen Orientierungen verlaufen diese Normalisierungsprozesse unterschiedlich. Rechtsextremismus wird heruntergespielt und als legitime Weltanschauung dargestellt. Die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in der Mitte-Studie 2024/25 drückt diese Normalisierung aus (➟ Kap. 3). Sie entsteht oft durch die Akzeptanz rechtspopulistischer, verschwörungsorientierter und demokratieablehnender Haltungen. Besonders Rechtspopulismus bietet sogenannte Brückennarrative, die Radikalisierung vorantreiben und rechtsextreme Positionen salonfähig machen. Erzählungen von »Überfremdung« und Verschwörungserzählungen gehören dazu.

Ein weiteres Mittel der Normalisierung sind Behauptungen wie »Das hat mit Rechtsextremismus nichts zu tun«. Hinzu kommen Beteiligungen an rechtsradikalen und rechtsextremen Hasskampagnen, Demonstrationen und Aufmärschen. Diese Aktivitäten werden oft mit der Vorstellung gerechtfertigt, sie seien ein »Rebellentum« – eine vermeintlich notwendige Bürgerpflicht, die sich gegen »die da oben« richtet. Auch die Übernahme des von Neurechten proklamierten »vorideologischen Raums« befördert direkt die Normalisierung.

Ebenso verstärken menschenfeindliche Stereotype, Vorurteile und rassistische Ansichten von Gruppen, die sich gegen »Feinde« richten, die Normalisierung. Begriffe wie »Remigration« oder Konzepte von »Rasse« und »Volk«, die aus dem rechtsextremen Milieu stammen, finden zunehmend Anklang in der Mitte der Gesellschaft. Zahlreiche Studien belegen, wie erfolgreich sich rechtsextreme sowie neurechte Begriffe und Sprachmuster im rechtsextremen Milieu etabliert haben und darüber hinaus in die Mitte vorgedrungen sind (vgl. z. B. Detering 2019; Kämper 2024; Pfahl-Traughber 2022).

Schwerer zu erkennen sind die subtilen Formen, mit denen rechtsextreme Ideologien verharmlost und gerechtfertigt werden. Dazu gehört zum Beispiel das Herunterspielen, indem die rechtsextreme Gefahr als Medienprodukt dargestellt wird oder rechtsextreme Äußerungen als Wut oder Empörung verstanden werden. Ebenso verbreitet ist die schleichende Akzeptanz, wenn Begriffe, die den Rechtsextremismus kennzeichnen, uminterpretiert werden: »Hitler war Kommunist« oder »Bürgerwehren sind Widerstand«. Auch die Umkehrung von Schuld und Verantwortung, das Ausweichen in ungefähre Haltungen, die sich in halbherzigen Zustimmungen und latenter Billigung zeigen, sind Ausdrucksformen einer subtilen Akzeptanz. Die vielen »teils/teils«-Zustimmungen zum Rechtsextremismus in der Mitte-Studie 2024/25 werden daher im Folgenden genauer analysiert. Eine Demokratie verlangt, Rechtsextremismus klar abzulehnen und nicht mit »teils/teils«-Antworten auszuweichen oder ihn klammheimlich zu akzeptieren.

Auch die indirekte Befürwortung durch eine *Umwegkommunikation* rechtsextremer Ideologien befördert die Normalisierung. Sie drückt sich aus in Behauptungen wie: »Wer demokratisch gewählt ist, muss demokratisch sein« oder in der Behauptung, die Einteilung in rechts und links sei überflüssig oder das sei »alles gleich schlimm«. Ebenso werden politische Maßnahmen, wie die Förderung von Wärmepumpen oder Windrädern, als Ausdruck einer Diktatur interpretiert (➟ Kap. 7).

Es gibt viele politische und kommunikative Wege der Normalisierung des Rechtsextremismus. Sie stehen im Vordergrund der Mitte-Studie 2024/25. Sie

berichtet, wie der Rechtsextremismus sich in der Mitte etabliert, wie stark die Mitte polarisiert ist und welche Kipppunkte sich erkennen lassen.

1.4 Die Themen der Mitte-Studie 2024/25

In den folgenden Kapiteln berichten wir darüber, ob sich der Rechtsextremismus in der Mitte normalisiert. Zudem setzen wir besondere Schlaglichter beziehungsweise einen *Fokus* auf die Ergebnisse, wie wir auch in den *Mittendrin*-Beiträgen Expert:innen nach Hintergründen und ihren Einschätzungen gefragt haben. Es sind bekannte und renommierte Beobachter:innen der Gesellschaft, deren Einordnungen die Studienergebnisse mit wertvollen Perspektiven bereichern.

Das zweite Kapitel erläutert die methodischen Grundlagen der Studie. Die Daten wurden im Frühjahr/Sommer 2025 erhoben. Diese Einordnung der Erhebung ist wichtig. Wir haben die Einstellungen in einer Zeit untersucht, die von politischen Umbrüchen gekennzeichnet war: Die neue Bundesregierung nahm gerade erst ihr Amt auf. Am 6. Mai 2025 wurde der Bundeskanzler gewählt. Der Verfassungsschutz hat im Mai 2025 einen 1.100-seitigen Bericht vorgelegt, der Grundlage dafür sein kann, die Partei Alternative für Deutschland (AfD) als »gesichert rechtsextrem« einzustufen. Die Mitte-Studie entstand nach dem Massaker der Hamas an der israelischen Bevölkerung am 7. Oktober 2023 mit Geiselnahmen und der daran anschließenden Offensive Israels im Gazastreifen auf dem Rücken der dortigen Bevölkerung. Der Krieg Russlands in der Ukraine tobt weiterhin, und der neue Präsident der USA, Donald Trump, erlässt fast täglich ein neues Dekret oder Zölle und übt Druck auch auf Deutschland aus. Die aktuelle Erhebung fiel ferner in die Zeit nach der Europawahl im Juni 2024 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, bei denen es massive Wahlerfolge für die extrem rechte AfD gab. Mit dem Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) erschien zudem eine neue Partei in der politischen Landschaft. Die zeitliche Einbettung wird in den Analysen der folgenden Kapitel vertieft.

Die Mitte-Studie untersucht, inwieweit rechtsextreme Einstellungen in der Mitte verbreitet sind. Dies erfolgt im dritten Kapitel. Damit setzen wir die

lückenlose Dokumentation rechtsextremer Einstellungen seit 2014 fort. Die Fragen, ob antidemokratische Einstellungen den Rechtsextremismus begleiten, wo und bei wem er besonders stark auftritt und welche Ursachen und Folgen rechtsextreme Einstellungen in der Mitte haben, bilden das Kernstück der Studie. Die Mitte-Studie 2024/25 zeigt einen klaren Rückgang rechtsextremer Einstellungen im Vergleich zur letzten Studie und landet somit wieder auf dem Niveau von 2020/21. Etwa 3 % stimmen allen Aussagen zu, die ein rechtsextremes Weltbild messen. Gleichzeitig wachsen jedoch die Graubereiche zwischen Zustimmung und Ablehnung in der Mitte, wobei die Zustimmung zum Nationalchauvinismus sogar zunimmt. Außerdem sind die Zustimmungswerte in verschiedenen demografischen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt, und die allgemeine politische Orientierung spielt eine zentrale Rolle dafür, wie die abgefragten Aussagen eingeschätzt werden.

Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild billigen auch stärker politische Gewalt. Der *Fokus politische Gewalt* untersucht, inwieweit und von wem in der Mitte politische Gewalt akzeptiert wird. Der Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Gewalt liegt nahe: Gewalt gilt oft als fester Bestandteil der rechtsextremen Ideologie und geht mit einer schleichenden Normalisierung politischer Einstellungen einher, die Gewalt rechtfertigen und fördern können.

Die Mitte-Studien erfassen nur die Akzeptanz von Gewalt, nicht aber konkrete Gewalttaten. Dazu gibt es andere Quellen, etwa Berichte von Bundes- und Landesbehörden sowie Studien aus NGOs und von Forschenden (vgl. z. B. Baier/Krieg/Kliem 2022; Farrokhzad/Jagusch 2024; Logvinov 2017). Betrachtet man schwere rechtsextreme Gewalt, zeigt sich, dass bestimmte Gewaltformen besonders Menschen treffen, die kaum repräsentiert sind, kaum eine Stimme haben und deren Schicksale kaum dokumentiert und analysiert worden sind (Kocyba/Bohmann 2025). Diese Menschen finden selten eine geeignete Anlaufstelle, um über ihre Gewalterfahrungen zu reden – ein Umstand, der auch auf eine stillschweigende Toleranz gegenüber Gewalt hinweisen kann. Daher haben wir *Merle Stöver* (➟ Kap. 3, Mittendrin) gebeten, aus ihrer Forschung über rechtsextreme Morde an wohnungslosen und obdachlosen Menschen zu berichten.

Solche Gewalt wie auch rechtsextreme Ideologien wurzeln in Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, kurz GMF. Sie zeigt sich in Stereotypen, Vorurteilen, rassistischen Ideologien und Feindseligkeiten gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten – Gruppen mit wenig Einfluss, die oft herabgewürdigt, herabgesetzt und ausgegrenzt werden. In Kapitel 4 beleuchten wir die aktuellen Zustimmungen zu GMF, wie wir das mit diesen Studien seit vielen Jahren tun. Abwertungen aufgrund von Rassismus, Hetero-/Sexismus, Klassismus oder auch Antisemitismus sind tief verankert in unserer Gesellschaft, und wir versuchen, die Entwicklungen nachzuzeichnen.

Im Rechtsextremismus erweist sich eine völkisch wie ethnisch-rassistische Ideologie von Frauen und Geschlecht als anschlussfähig für die Mitte. Die Rückbesinnung auf traditionelle Rollenbilder von Frauen, die Ablehnung von Geschlechteridentitäten jenseits von »Mann und Frau«, überholte Vorstellungen von Männlichkeit und andere Abgrenzungen zwischen normativen und alternativen Geschlechtervorstellungen spielen eine zentrale Rolle bei der Normalisierung des Rechtsextremismus. Im Extremfall rechtfertigen solche Geschlechtervorstellungen sogar Terroranschläge (Jasser/Rothermel 2024). Ein weiterer *Fokus Antifeminismus* untersucht deshalb in einem empirischen Beitrag, inwieweit solche Ideologien in der Mitte verbreitet sind und welche Einstellungen damit einhergehen.

Ein zweiter Beitrag vertieft die GMF-Analyse mit einem besonderen Blick auf den Antisemitismus. Nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem eskalierenden Nahostkonflikt hat der Antisemitismus in Deutschland – sichtbar in analogen wie digitalen Kampagnen und Hasstaten – dramatisch zugenommen. Inmitten dieses Konflikts führen wir ein Gespräch mit *Saba-Nur Cheema* und *Meron Mendel* über die Hintergründe wie Zusammenhänge zwischen Nahostkonflikt, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit (➟ Kap. 4, Mittendrin). Die beiden renommierten Expert:innen forschen zu diesen Themen und diskutieren die Möglichkeiten, wie GMF eingedämmt und Demokratie gestärkt werden kann.

Rechtsextremismus und GMF bedrohen die Demokratie und können sie an einen Kipppunkt bringen. Demokratie kann allerdings auf unterschiedliche

Weise gelebt werden, und Menschen haben verschiedene liberale oder illiberale Vorstellungen von der Demokratie. Wir haben in der Mitte-Studie 2024/25 untersucht, wie und welche Vorstellungen mit rechtsextremen Einstellungen zusammenhängen. Kapitel 5 zeigt, wie deutlich illiberale Vorstellungen zu Minderheitenrechten und Entscheidungen durch Mehrheiten die Demokratiedistanz erhöhen.

Viele Menschen aus Minderheiten in Deutschland – vor allem migrantische Gruppen – fühlen sich nicht zur Mitte zugehörig, weil sie ausgegrenzt werden. *Souad Lamroubal* hat zeitgleich zur Mitte-Studie 2024/25 ihr neues Buch »Die Demokratie der anderen« veröffentlicht. Wir sprechen mit ihr über das Verhältnis von Migrant:innen zur Mitte und darüber, wie die Migrationsdebatte die Demokratie gefährdet (➟ Kap. 5, Mittendrin). Verstehen sich Menschen mit Migrationsgeschichte als Mitte? Und wenn nicht, woran liegt das?

Nicht nur Zugewanderte erleben Konflikte und Verdrängungswettbewerbe. Nach schweren Wirtschaftskrisen, grassierender Inflation und angesichts einer politisch angespannten Weltlage erreichen Verteilungskonflikte die Mitte noch stärker. Gleichzeitig wächst ein neuer unternehmerischer Populismus und Extremismus, der vor allem von Techmilliardären vorangetrieben wird. Sie drängen darauf, Regierungen und den Markt zu formen und produzieren Verschwörungsmythen über ihre politischen wie ökonomischen Gegner. Kapitel 6 beleuchtet eine Entwicklung, die die Autor:innen und andere schon vor Jahren erkannt haben und die nun noch deutlicher zutage tritt: den Zusammenhang zwischen *Marktförmigkeit* und autoritären, menschenfeindlichen sowie rechtsextremen Einstellungen. Der wachsende politische Einfluss libertär-autoritärer Akteure wie Elon Musk, Javier Milei oder Donald Trump, die sich öffentlich – teils durch aktive Wahlkampfunterstützung – mit politischen Kräften rechts außen in Deutschland solidarisieren, rückt das Thema auch in Deutschland in den Fokus. Der Beitrag zeigt, wie der *libertäre Autoritarismus* als eine Normalisierungsstrategie fungiert, die antidemokratische und (extrem) rechte Einstellungen fördert.

Ein radikaler Marktautoritarismus lehnt meist auch Klimaschutzmaßnahmen ab. Der Klimawandel und die Energiewende bilden ein Konfliktfeld, in dem

Rechtsextreme und Rechtspopulist:innen seit Jahren Einfluss ausüben. Sie prägen Debatten zur Energiewende und manipulieren sie mit Falschinformationen und Verschwörungserzählungen. Kapitel 7 untersucht die Zusammenhänge zwischen Einstellungen zum Klimawandel, Gerechtigkeitsvorstellungen und rechtsextremen Einstellungen. In diesem Kapitel unterscheiden wir zwischen klimaprogressiven, klimaregressiven, aber auch ambivalenten und unklaren Einstellungen zur Energiewende. Die Mehrheit der Befragten antwortet progressiv und unterstützt Maßnahmen zur Energiewende. Doch sie steht einer antidemokratischen, klimaregressiven Minderheit gegenüber, die sich kaum für demokratische Werte gewinnen lässt und in den vergangenen zwei Jahren gewachsen ist.

Gerechtigkeit steht besonders in Krisenzeiten mit Verteilungskonflikten im Fokus – insbesondere dann, wenn es um die Grundversorgung geht. So beleuchten wir in Kapitel 8 die Daseinsvorsorge und deren Verbindung zu rechtsextremen und antidemokratischen Haltungen. Die Untersuchungen zeigen einen klaren Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Distanz zur Demokratie.

Bewohner:innen ländlicher Regionen spüren Veränderungen und Lücken in der Grundversorgung auf ganz eigene Weise – besonders in Ostdeutschland, wo das Tempo des Wandels anders wahrgenommen wird. Im Interview erläutert der Soziologe und Transformationsforscher *Raj Kollmorgen* das Konzept der Transformationsgesellschaft und richtet dabei den Fokus auf Ostdeutschland (➟ Kap. 8, Mittendrin). Seiner Einschätzung nach haben die schnellen Umbrüche im Osten einen Rechtsruck gefördert. Zudem beleuchtet er die Bindung an die Demokratie, setzt die Entwicklungen in einen historischen Kontext und skizziert Wege, um die Demokratie zu stärken.

Ein lebenswertes Klima, soziale Gerechtigkeit und Gesundheit sind Grundpfeiler der Daseinsvorsorge. Besonders die Coronapandemie hat das verdeutlicht. Dabei bleibt die Gesundheitspolitik ein zentrales Konfliktfeld, wie der Konfliktmonitor von Dezember 2024 zeigt (Zick et al. 2025). In Kapitel 9 untersuchen wir den Zusammenhang zwischen Gesundheit, Stress und antidemokratischen Einstellungen. Zudem haben wir die Befragten um einen

Rückblick auf die Maßnahmen zur Coronapandemie gebeten. Geringe Lebenszufriedenheit, schlechte Gesundheit, Stress, Ängste und Depressionen beeinflussen das Verhältnis zur Demokratie. Viele Menschen, die die Maßnahmen als Freiheitseinschränkungen erlebt haben, öffnen sich für antidemokratische Einstellungen.

Die folgenden Kapitel der Mitte-Studie widmen sich verstärkt dem Thema der Erziehung und Bildung. »Demokratie ist die einzige Regierungsform, die gelernt werden muss«, schrieb Oskar Negt (2004, S. 197). Offenbar kann sie auch leicht wieder verlernt werden. Sie kann zu anstrengend, zu komplex, zu kompliziert, zu langwierig sein, gerade in Zeiten, in denen der Unterhaltungswert extremer Positionen verlockend ist und selbst Regierungsvertreter:innen – bewusst oder nicht – auf den Kanälen der sozialen Medien entsprechende Bilder und Parolen posten, um »Likes« zu bekommen und Führung zu suggerieren. Wie beeinflusst die individuelle Entwicklung die Entstehung rechtsextremer Einstellungen? Welche Ansichten hat die Mitte zum Bildungssystem? Und kann politische Bildung Rechtsextremismus eindämmen?

Kapitel 10 zeigt, wie eine autoritäre und leistungsbetonte Erziehung durch die Eltern die Neigung zu rechtsextremen Überzeugungen und die Verharmlosung von Rechtsextremismus begünstigen kann. Dort wird festgestellt: Befragte mit autoritärer Einstellung, die ihre Erziehung oder Sozialisation als von Gehorsam, Unterordnung und Leistungsdruck geprägt beschreiben, entwickeln häufiger ein rechtsextremes Weltbild. Zudem verharmlosen sie den aktuellen Rechtsextremismus in Deutschland fast doppelt so oft wie andere.

In Kapitel 11 untersuchen wir, wie die Befragten der Mitte-Studie 2024/25 Schule und Bildung beurteilen und ob ihre Ansichten von Bildung mit der Akzeptanz oder Ablehnung antidemokratischer Einstellungen zusammenhängen. Sie zeigen, dass eine autoritäre Vorstellung von Schule, die demokratischen Bildungszielen widerspricht und statistisch auffällig oft mit antidemokratischen Haltungen einhergeht, in der Mitte breite Zustimmung findet.

Zum Abschluss beleuchtet *Sabine Achour* die Ergebnisse der Mitte-Studie im Hinblick auf die Chancen und den Bedarf politischer Bildung. Die Expertin

für politische Bildung fordert eindringlich, diese zu stärken, statt sie mit fadenscheinigen Neutralitätsargumenten, wie sie Rechtspopulist:innen oft vorbringen, zu schwächen.

1.5 Eine angespannte Mitte

Die Beiträge der Mitte-Studie 2024/25 zeichnen das Bild einer angespannten Gesellschaftsmitte. Sie zeigt sich einerseits zufrieden mit dem Leben, andererseits politisch gespalten und unentschlossener als zuvor. Die Graubereiche in vielen Einstellungen wachsen. Nach Jahren der Polarisierung, Distanzierung und Radikalisierung mag die Mitte den aktuellen Zahlen zufolge gemäßigter erscheinen, doch ihre Haltung zur Demokratie, ihren Institutionen und gesellschaftlichen Minderheiten bleibt fragil und steht unter Druck. Ihre Rolle als schwer fassbare, aber orientierungsgebende Einheit könnte schwinden, wenn die Spannungen und Versuche des Populismus und Extremismus, in die Mitte einzudringen, weiter zunehmen. Das Vertrauen in Institutionen hat in den vergangenen Jahren massiv abgenommen, die Mitte rückt näher an die politischen Ränder, wie die Analyse der Einstellungen in der Mitte-Studie 2024/25 zeigt. Statusverluste machen die Mitte anfällig für populistische Angebote, weil sie sich unter Druck fühlt und angespannt ist.

Diese Wahrnehmung des Drucks entsteht einerseits von innen, andererseits ist sie durch äußere Einflüsse bedingt sowie durch Abwanderungsbewegungen aus der Mitte an die politischen Ränder. Die einst orientierende und Konflikte mäßigende Mitte hat sich an ihren Rändern in radikale oder extremistische Milieus verschoben und dabei den Extremismus jenseits dieser Ränder normalisiert. Diese Normalisierung beschreiben wir in der Mitte-Studie 2024/25. Solche Prozesse und Dynamiken setzen das demokratische Mitte-Modell der Bundesrepublik unter Druck. Radikale Gegenentwürfe von rechts treiben die Gesellschaft in Richtung eines Kipppunktes, und Teile der Mitte folgen in der Hoffnung auf ein »Wir zuerst!«. Es ist erstaunlich, wie erfolgreich der Rechtspopulismus und Rechtsextremismus Untergangsszenarien und Wissenschaftsfeindlichkeit schüren, um Anhänger:innen zu gewinnen.

Die Mitte-Studie 2024/25 liefert aber auch ermutigende Nachrichten: Die Demokratieorientierung wächst, der Rechtsextremismus in der Mitte nimmt wieder ab. Die liberale Demokratie gibt den meisten Menschen Halt und stärkt die Ablehnung von Extremismus. Viele fordern mehr Solidarität, Klimagerechtigkeit und Schutz vor Diskriminierung. Diese positiven Entwicklungen verdeutlichen, wie sich die Bindung an demokratische Werte und Regeln stärken lässt. Demokratie entsteht nicht von selbst. Gerade jetzt, da Rechtsextreme die Normalisierung vorantreiben, sich im analogen und digitalen Raum tarnen und als »lupenreine Demokraten«, »Rebellen« oder »echte Deutsche« inszenieren, muss Demokratie aktiv gestaltet und gelebt werden. An Kipppunkten können Entwicklungen auch in eine demokratische Richtung kippen. Das erfordert allerdings die Fähigkeit, sich dann auch für die Demokratie zu entscheiden und entsprechend zu handeln. Die Herausforderungen sind groß, denn jene Institutionen, die die Demokratie repräsentieren und verteidigen, werden zunehmend angegriffen, unterwandert und delegitimiert. Deshalb kommt es mehr denn je auf die Mitte an, die konfliktfähig sein muss.

Mittendrin
In der Normalisierungsbewegung

Fragen an Ruth Wodak

Ein Schwerpunkt der Mitte-Studie 2024/25 ist auf die Normalisierung des Rechtsextremismus in der Mitte bezogen. Dabei verweist die Studie auf Ihre Forschungen zur »schamlosen Normalisierung«. Was verstehen Sie darunter?

Ruth Wodak: Nicht erst Donald Trumps Demagogie, die durchaus an Löwenthal und Gutermans ausgezeichnete Analyse totalitärer Rhetorik erinnert (*Prophets of Deceit* 1947), weist darauf hin, dass sich die sogenannten »Grenzen des Sagbaren« verschoben haben. Mir fielen Normalisierungsprozesse schon in den 1990er-Jahren auf, nach den ersten großen Protesten gegen Jörg Haiders xenophobe und revisionistische Äußerungen. Man erinnere sich an das »Lichtermeer« 1993, die seit 1945 größte Kundgebung in Österreich gegen Fremdenfeindlichkeit am Wiener Heldenplatz, mit Hunderttausenden von Menschen, als viele Punkte von Haiders Volksbegehren »Österreich Zuerst« 1993 und in den darauffolgenden Jahren schrittweise in die österreichische Fremdengesetzgebung einflossen und damit normalisiert wurden. Und zwar von Ministern der ÖVP und SPÖ …

Eine qualitativ-quantitative, diskurshistorische Studie zu den Normalisierungsprozessen unternahmen wir beispielsweise zum Begriff »Integrationsunwilligkeit«, der zunächst nur von der FPÖ verwendet wurde. Aufgrund der wiederkehrenden Skandalisierungen einzelner (oft auch falscher) Geschichten über angeblich »unhöfliche und unwillige Fremde« (Flüchtlinge) – über die Medien, Zeitungen, Interviews, den Boulevard – gelangte der Begriff in den Mainstream und landete schließlich in Gesetzesentwürfen der niederösterreichischen Regierung.

Die sogenannte »Flüchtlingskrise« 2015/16 ist insgesamt ein treffendes Beispiel, wie eine Herausforderung von nativistischer, fremdenfeindlicher und ausgren-

zender Politik und Rhetorik quasi »kolonisiert« wurde. In vielen Ländern wurden während dieser Zeit Ausländerfeindlichkeit und eine damit verbundene *Moral Panic* massiv angeheizt. Nicht zuletzt durch die Rhetorik der äußersten Rechten. Dies führte oft zu konkreten Ausgrenzungspraktiken, beispielsweise bei der Diskussion über Sozialleistungen für »Neuankömmlinge«, die in den Medien immer wieder als »illegale (illegitime) Migranten« (»Nutznießer«; »Sozialparasiten«; »Flüchtlingstourismus«) abgestempelt, dämonisiert und damit vornweg kriminalisiert wurden und werden.

Die »Grenzen des Sagbaren« werden also schrittweise verschoben, Normen und Regeln der politischen Kultur durch ständige Provokationen und Skandalisierungen überschritten, über die Medien verbreitet, häufig von den Mainstreamkonservativen unterstützt (»Populisierung des rechten Flügels«) und damit normalisiert. Diese Dynamik der »Normalisierung« trägt nicht zuletzt dazu bei, unter einflussreichen Politiker:innen ein Verhalten zu inszenieren, das bei ihren jeweiligen Anhänger:innen – oder sogar bei der breiteren Wählerschaft – als »authentisch« ankommt.

Der Begriff »schamlose Normalisierung« bezeichnet eine Art Normalisierungsprozess, der sowohl in Quantität als auch in Qualität seit dem Brexit, Trump I und den Antiimpfbewegungen noch weitere Grenzen der bestehenden Normen und Konventionen verschoben hat (Wodak 2020, S. 6).

In meinem Buch »Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse« habe ich schamlose Normalisierung wie folgt definiert:

> »Die Agenden der Rechtspopulisten (und die damit verbundene Rhetorik) erreichen den politischen Mainstream oder haben ihn bereits erreicht. Daher sind wir mit einer weit verbreiteten und zunehmenden Normalisierung rechtsextremer Politik, ehemals tabuisierter Themen, Formulierungen und unhöflichem oder schamlosem Verhalten konfrontiert. Die ›Grenzen des Sagbaren‹ werden verschoben, und ›anything goes‹. Traditionelle Normen und Regeln der politischen Kultur, des Verhandelns und Beratens werden durch ständige Provokationen transzendiert, über die

> Medien verbreitet, von den Mainstream-Konservativen unterstützt und damit normalisiert.« (Wodak 2020, S. 6)

Als Beispiele könnte man folgende Phänomene anführen:

Eine **Flut (unwidersprochener) Halbwahrheiten und Lügen**, für die man sich NICHT mehr entschuldigen muss.

Dies gilt auch für **Beleidigungen, Ad-hominem-Angriffe (also persönliche Angriffe auf eine Person, statt auf ihr Argument einzugehen), misogyne, muslimfeindliche, antisemitische oder minderheitenfeindliche Behauptungen**, die längst nicht mehr nur latent mitschwingen, sondern explizit geäußert werden (im Sinne: »Endlich traut sich jemand, das zu sagen, was ich immer schon sagen wollte«).

Die **spezifische Kodierung** besteht unter anderem aus Anspielungen auf den **»gesunden Menschenverstand«** der Eingeweihten, gleichzeitig aus einer Ablehnung von »Eliten«, wie Politiker:innen, Expert:innen und Wissenschaftler:innen, sowie aus **Euphemismen**, die Krisen und diskriminierende Politik verschleiern, aus **Argumentations- und Legitimationsstrategien**, die nicht zu Rechtfertigendes rechtfertigen und Unaussprechliches aussprechen sollen. Außerdem gehört hierzu die **Strategie der »kalkulierten Ambivalenz«** – sie spricht gleichzeitig mit widersprüchlichen Aussagen unterschiedliche Zielgruppen an – und die schon genannte **Strategie der Provokation**.

Dazu gehört auch die **Verwendung stark negativ belasteter Begriffe**, die beispielsweise aus der Nazizeit stammen beziehungsweise dort mit bestimmter neuer Bedeutung versehen wurden (»Überfremdung, Umvolkung, Volkskanzler etc.«). Manchmal werden solche Tabubrüche euphemistisch mit der Verletzung »politischer Korrektheit« gleichgesetzt.

Aufgrund der schamlosen Normalisierung setzten sich in der politischen Öffentlichkeit bestimmte wichtige Praktiken durch. Die schamlose Normalisierung dient dabei als **Katalysator** für die **strategische Ablehnung demokratischer Routinen**, garantierter **verfassungsmäßiger Rechte** (wie der Meinungs- und

Pressefreiheit oder der Unabhängigkeit der Justiz), **vereinbarter Geschäftsordnungen** (etwa im Parlament) und von **Gesprächsmaximen** und **Höflichkeitskonventionen**.

Damit werden **erstens** liberale demokratische Institutionen und garantierte Verfassungs- und Menschenrechte Schritt für Schritt untergraben; **zweitens** wird durch kontinuierliche Provokation und das Überschreiten von Tabus die Hegemonie in den Medien übernommen; damit werden **drittens** getrennte und parallele Diskurswelten durch Desinformation geschaffen; und **viertens** wird Menschen, die sich von den sogenannten Eliten ungerecht behandelt, nicht angehört oder aufgrund gesellschaftlicher Konventionen der politischen Korrektheit diskriminiert fühlen, zumindest scheinbar Identifikation und Anerkennung geboten.

In welchen Bereichen beobachten Sie besonders die Folgen einer Normalisierung rechtsextremer Diskurse?

Ruth Wodak: In der medialen Öffentlichkeit, wo häufig TV-Journalist:innen Begriffe wie »Remigration«, »Volkskanzler« usw. einflechten, ohne diese als ehemalige Nazibegriffe bzw. umgedeutete Begriffe zu markieren. Man könnte beispielsweise solche Begriffe immer mit »sogenannt« einleiten; oder – falls Zeit vorhanden – »belastete Begriffe, wie…« – dazusagen. Schriftlich geht dies mit »(sic!)« oder Anführungszeichen leichter. Im Alltag sind viele schon empörungsmüde geworden – »man gewöhnt sich halt«… Tatsächlich sollten wir alle bei der Verwendung solcher Normalisierungen das Gegenüber fragen, ob man wisse, was mit dem jeweiligen Argument, Vergleich, Begriff gemeint sei. Viele junge Menschen wissen dies häufig nicht – dann wird Aufklärung wichtig, nicht Moralisieren. Moderator:innen von TV-Diskussionen sollten bei einer drohenden Normalisierung zumindest kurz auf die Metaebene umsteigen und erklären, warum etwas zum Beispiel ein Tabubruch ist.

Die vielen Medien – und da sind die Social Media noch nicht einbezogen – verbreiten solcherart normalisierte Begriffe, Argumente etc. Unwidersprochen gelangen diese in viele andere Alltagstextsorten und dann Schritt für Schritt in Parteiprogramme und Parteireden, ohne dass dies skandalisiert wird. Hier besteht ein großer Unterschied zwischen Österreich und Deutschland, wo bei-

spielsweise bei der Causa »Remigration« in Deutschland riesige Protestdemonstrationen stattfanden, in Österreich kaum. Dass »Integrationsunwilligkeit« heutzutage fester Bestandteil des allgemeinen Wortschatzes geworden ist, habe ich ja schon vorhin ausgeführt.

Es ist nicht einfach, diese schleichende und oft verdeckte Normalisierung zu messen. Wir haben festgestellt, dass von den 3 % der Befragten, die ein rechtsextremes Weltbild haben, 48 % (im Vergleich zu 29,5 % ohne rechtsextremes Weltbild) der Meinung sind, »Ich denke so wie die meisten Menschen«. Von den 2 %, die antisemitisch eingestellt sind, sind es 37 % (im Vergleich zu 29 % ohne antisemitische Einstellung). Woher kommt bei rechtsextremer beziehungsweise antisemitischer Einstellung diese Gewissheit, so wie die meisten Menschen zu denken?

Ruth Wodak: Bei im Alltag kursierenden ganz unterschiedlichen Statistiken oder anderen Zahlen kommt es bei manchen Menschen zur Anwendung des sogenannten *Topos der Zahlen*, einem Trugschluss, der solche Zahlen und Statistiken als rational, unwiderlegbar und relevant gelten lässt. Diese Zahlen legitimieren dann Vorurteile. Dazu gibt es hervorragende Untersuchungen – zu Interviews und Fragebögen. Viele verstehen ohnehin die Fragen nicht; viele beantworten diese so, wie sie meinen, dass die Interviewer:innen es sich wünschen; andere legitimieren diese Meinungen durch die Autorität der Zahlen, obwohl natürlich Zahlen viele Interpretationen zulassen; und andere wieder fälschen Zahlen und lügen. Selten werden bei solchen Zahlen die notwendigen Quellen überhaupt genannt oder veröffentlicht – ganz anders als bei seriösen Studien wie beispielsweise bei der Mitte-Studie –, daher werden solche Argumente meist sehr vage formuliert.

Wie beeinflussen Begriffe wie »Meinungsfreiheit« oder »politische Korrektheit« die Debatten über rechtsextreme Aussagen?

Ruth Wodak: Diese Begriffe werden zurzeit von konservativen und den äußerst rechten Akteur:innen je nach Bedarf instrumentalisiert: Einerseits beklagt man, dass die Meinungsfreiheit beschnitten würde (von wem eigentlich? – außer es handelt sich um Gesetze gegen Verhetzung, Diskriminierung oder das Verbots-

gesetz zur Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinne); andererseits beschneidet man die Meinungsfreiheit der anderen, kritischeren Menschen. Es ist seltsam, dass dieser Widerspruch zu selten besprochen wird. Die einen – die Rechten – dürfen also beschneiden; die anderen – sogenannte »woke«, also offene, inklusiv denkende Menschen – nicht.

Politische Korrektheit ist zu einem Kampfbegriff in der heutigen Symbolpolitik geworden – lieber kämpft man über gendergerechte Sprache, also Sternchen oder Doppelpunkt et cetera, als gegen ungleiche Bezahlung (*Gender Pay Gap*), Diskriminierung im Beruf oder gegen ein Abtreibungsverbot. Die Geschichte des Konzepts kennen nur wenige. Sowohl die Begriffe »politische Korrektheit« wie »Wokeness« gehen auf das *Civil Rights Movement* in den 1960er-Jahren zurück. **Wokeness** wurde allerdings schon vor dem Zweiten Weltkrieg von der Schwarzen Community in den USA verwendet, um für Wachsamkeit gegenüber Diskriminierung zu plädieren. Der Kampf gegen eine angebliche politische Korrektheit oder »wokeness« dient Trump als Projektionsfläche gegen Errungenschaften und Menschenrechte, die für viele in den letzten Jahrzehnten selbstverständlich geworden sind. Insofern geht es, meiner Meinung nach, um die Implementierung einer *Retrotopie*, also eines anachronistischen Weltbildes und einer wertkonservativen, ausgrenzenden Politik, die letztlich autoritäre Maßnahmen, Sozialabbau und einen Umbau liberaler Demokratien ermöglicht.

Sie leben in Österreich, wo es beinahe eine Regierung unter Kanzler Herbert Kickl, dem Bundesparteiobmann der FPÖ, gegeben hätte. Wäre das eine rechtsextreme Regierung geworden?

Ruth Wodak: Ja, mit hoher Wahrscheinlichkeit. Kickl hatte dies explizit angekündigt: »Machen wir es dem Orbán nach« (1. Mai 2023). Die ÖVP sagte in den Koalitionsverhandlungen Anfang 2025 fast alles zu, bis auf die Vergabe des Innenministeriums an Kickl. Die Wahlprogramme beider Parteien überschnitten sich in vielen Bereichen – außer in Bezug auf Außen- und EU-Politik. Die FPÖ pflegte nämlich lange Zeit enge, gute Beziehungen zu Wladimir Putins Partei. Sie stellt sich momentan gegen die Sanktionen gegen die Russische Föderation. Es wäre, wie man in Österreich sagt, »zappenduster« geworden!

Wie sehen Sie die politischen Entwicklungen in Deutschland? Ähneln sie dem, was Sie in Österreich beobachten?

Ruth Wodak: Das kann ich nicht gut von extern beantworten. In manchen Fällen scheint es anders zu sein (zum Beispiel bei den riesigen Demonstrationen gegen »Remigration« und Rechtsextremismus); andererseits scheinen die deutschen Konservativen nicht ganz sicher zu sein, ob sie ihre sogenannte Brandmauer auf Bundesebene halten werden können oder wollen; also nähern sie sich der Position der Österreichischen Volkspartei.

Hoffentlich lernt man doch aus der Geschichte und schaut sich die Vorgänge in Österreich an, wo die sogenannte **Zähmung** der äußerst Rechten niemals gelungen ist und auch nicht gelingen kann. Rechte kann man nicht rechts überholen – damit verliert man Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Wähler:innen glauben dem »Schmied« eher als dem »Schmiedl«. Außerdem kann ein reflektierter Rückblick in die 1930er-Jahre nicht schaden.

Es gibt diverse Ansätze dazu, den Rechtsextremismus in den Griff zu bekommen. Die einen meinen, man müsse ihn politisch einbinden; andere meinen, man sollte Dialoge führen oder ihn ignorieren und wieder andere rufen zu Demonstrationen auf. Was meinen Sie zu möglichen Ansätzen?

Ruth Wodak: **Dialog** ist immer einen Versuch wert, unter den bestimmten Voraussetzungen einer gemeinsamen Gesprächsbasis, die eine inhaltliche Auseinandersetzung ermöglicht. Wenn es ausschließlich darum gehen sollte, den anderen »fertigzumachen« durch Kampfrhetorik, eine sogenannte *eristische Argumentation* (also eine Argumentation, bei der es ums Gewinnen geht und nicht darum, der Wahrheit auf den Grund zu gehen), voll von Trugschlüssen, Lügen und Ad-hominem-Angriffen, dann wird der Dialog sinnlos. Manche Vertreter:innen der äußersten Rechten sind sehr aggressiv und sehr gut in einem solchen Diskurstil geschult. Man muss als Gegenüber auch imstande sein, aufzustehen und zu gehen oder zumindest den Verlauf infrage zu stellen. Sich auf eine aggressive Dynamik einzulassen, ist jedenfalls nicht zielführend. Dies muss man dann eher auf der Metaebene kommentieren. Ausgrenzende, diskriminierende, verhetzende Aussagen und Lügen gehören beim Namen genannt.

Ignorieren ist bei den vielen Provokationen sinnvoll. Das ist immer eine Fall-zu-Fall-Entscheidung. Denn Schweigen auf eine Provokation hin kann auch als Zustimmung gewertet werden.

Zeit ist sicher ein wesentlicher Faktor. Bei den jetzt fast elf Monaten Trump kommt niemand nach, weder die Medien noch die Gerichte noch die Opposition. Die Aushöhlung einer liberalen Demokratie, die Umwandlung in eine autokratische Oligarchie scheinen offensichtlich sehr schnell zu funktionieren.

Auf jeden Fall ist es wichtig, dass es **sinnvolle zivilgesellschaftliche Aktivitäten** gibt. In Wien und den meisten anderen Bundesländern gab es beispielsweise vom 21. bis 27. Oktober 2025 eine Demokratiewoche »https://buendnis2025.at« als große Aktion der Zivilgesellschaft. Ob solche Aufklärung gelingt, ist natürlich offen.

Sie sind eine Public Intellectual, eine Wissenschaftlerin, die in der Öffentlichkeit steht. Sie haben mit hoher Auflage das Buch »Politik mit der Angst« publiziert. Es wurde angegriffen. Sie haben in einem von Ihnen herausgegebenen Band Alltagsgeschichten mit dem Titel »Das kann immer noch in Wien passieren« veröffentlicht. Müssen Sie sich Sorgen um Ihre Freiheit als Forscherin machen?

Ruth Wodak: Ich bin emeritiert und in Pension. Ich will von niemandem und von keiner Institution mehr Projektgelder oder Ähnliches. Insofern genieße ich eine gewisse Unabhängigkeit. Diese Gelassenheit habe ich nach einigen sehr unangenehmen, ja traumatischen Erfahrungen von meinem Kollegen und guten Freund, dem Politikwissenschaftler Anton Pelinka, zu schätzen gelernt. Sollte es jedoch so weit kommen, dass in Österreich Meinungsfreiheit und Forschungsfreiheit in Gefahr geraten beziehungsweise die von Kickl angedrohten »Fahndungslisten« Wirklichkeit würden, müssten kritische Intellektuelle und Wissenschaftler:innen wahrscheinlich auswandern, wie dies momentan in den USA der Fall ist. Daher sollten wir alle mit unserer jeweiligen Expertise dagegenhalten.

Zum Weiterlesen: Wodak, Ruth (2020). *Politik mit der Angst: Die schamlose Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse* (2. Aufl.). Wien: Edition Konturen.

Ruth Wodak ist österreichische Sprachsoziologin und Diskursforscherin und emeritierte Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Wien und der Lancaster University. Wodak gilt als eine der Entwicklerinnen der Kritischen Diskursforschung.

2 Die methodische Grundlage der Mitte-Studie 2024/25

Marco Eden · Nico Mokros · Astrid Mayerböck · Jost Reinecke

Die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 beruhen auf einer repräsentativen Befragung der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland. Sie wurde im Zeitraum vom 30. Mai bis 4. Juli 2025 durchgeführt. Die Studie setzt die Langzeitbeobachtung von rechtsextremen, menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einstellungen fort. Als Querschnittsstudie gibt die Reihe der Mitte-Studien seit 2014 im Zweijahresrhythmus Auskunft über Entwicklungen und Zusammenhänge der Einstellungen sowie deren unterschiedliche Ausprägungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Mitte-Studien werden seit 2014 durch das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld umgesetzt und von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) beauftragt sowie herausgegeben. Wie auch bei den vorherigen Erhebungen wurde die Befragung mithilfe computergestützter Telefoninterviews (engl. *Computer Assisted Telephone Interview*, kurz: CATI (➞ Glossar) realisiert und durch die damit beauftragten Umfrageinstitute uzbonn – Gesellschaft für empirische Sozialforschung und Evaluation (uzbonn) und nhi² AG Interviews International (nhi²) durchgeführt. Die durchschnittliche Dauer eines Interviews betrug 37,6 Minuten. Für die Anforderungen der Studie eigens geschulte Interviewer:innen führten insgesamt 2.001 vollständige Interviews durch.

2.1 Umfragedesign

Zur Erfassung der zu untersuchenden Einstellungen wurde ein Fragebogen konzipiert, der sich am theoretischen und empirischen Rahmen der bisherigen Mitte-Studien orientiert. Bei der Fragebogenentwicklung wurden die Grundsätze der empirischen Sozialforschung berücksichtigt. Vor der Haupterhebung wurden Vorabuntersuchungen (sogenannte *Pretests*) durchgeführt, um Verständlichkeit und Messqualität der Fragen zu prüfen und Anpassungen vorzunehmen.

Entwicklung und Pretest des Fragebogens

Das IKG hat den von ihm entwickelten Fragebogen mit den durchführenden Umfrageinstituten uzbonn und nhi² abgestimmt, umfassend geprüft und vorgetestet. Der Einsatz des Fragebogens setzt voraus, dass die Fragen wie intendiert verstanden werden, um eine systematische Auswertung gewährleisten zu können. Vor allem neu entwickelte Messinstrumente und Befragungsinhalte sollten vorab auf Akzeptanz, Qualität und Verständlichkeit untersucht werden, um größtmögliche Gültigkeit (Validität, ➠ Glossar) und Zuverlässigkeit (Reliabilität, ➠ Glossar) für die Haupterhebung sicherzustellen (Reinecke 2022).

Dazu wurde zunächst ein qualitativer Pretest (N = 10) durchgeführt. Er diente zur Prüfung der Verständlichkeit und Messgüte neuer Fragen und Einstellungsaussagen. Nach Überarbeitung oder Ausschluss nicht hinreichend verständlicher oder uneindeutiger Aussagen folgte eine Überprüfung der dafür ausgewählten Indikatoren im Rahmen eines webbasierten statistischen Pretests (N = 301). Dieser Pretest wurde durch uzbonn und nhi² nach Sicherstellung der Durchführbarkeit programmiert und unter Nutzung eines Onlinepanels umgesetzt. Die nach Alter, Geschlecht und Bildung annähernd repräsentative Stichprobe des webbasierten Pretests ermöglichte den Einsatz uni- und multivariater statistischer Verfahren (u. a. Faktorenanalysen, ➠ Glossar), mittels derer überprüft wurde, inwieweit sich die Indikatoren als psychometrische Skalen beziehungsweise Einstellungsindizes[1] (➠ Glossar) eignen. Während der webbasierten Befragung konnten die Teilnehmenden zudem offene Rückmeldungen zu Verständnisschwierigkeiten und Unklarheiten geben. Während die Mehrheit keine Schwierigkeiten meldete, erfolgten vereinzelt Rückmeldungen zu unklaren Begriffen, Antwortoptionen und Frageformulierungen, was wertvolle Hinweise für die weitere Verbesserung des Fragebogens lieferte. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse erfolgte eine erneute Überarbeitung und Kürzung des Fragebogens. Vor dem breiten Einsatz in der Haupterhebung wurde der Fragebogen noch im Rahmen eines telefonischen Pretests (N = 15) unter realen Bedingungen erprobt. Ziel war es, die Verständlichkeit und Durchführbarkeit

1 Alle Aussagen, die ein theoretisch angenommenes, latentes Konstrukt abbilden (bspw. Rechtsextremismus), werden nach empirischer Überprüfung jeweils zu einer Skala beziehungsweise einem Index zusammengefasst, gebildet aus dem Mittelwert der dazugehörigen Aussagen. Dies erhöht die Reliabilität der Messung.

sowie Dauer, technische Funktionalität sowie korrekte Programmierung (z. B. Filterführung) zu prüfen. Damit war die empirische Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Fragen wie intendiert verstanden werden und beantwortbar sind.

Der Frage-Antwort-Prozess: Wie werden Einstellungen verstanden?
Die Mitte-Studien erfassen vor allem Einstellungen. Sie können als vorbedingte, nicht direkt beobachtbare (latente) Bereitschaft definiert werden, auf ein Objekt oder einen Sachverhalt hin relativ konsistent positiv oder negativ zu reagieren (Deprez/Persoons 1987). Einstellungen haben eine kognitive (Gedanken), affektive (Gefühle) und gegebenenfalls auch verhaltensbezogene (Handlungen) Komponente. Diese können im Alltag von Menschen wie auch allgemein in der Gesellschaft bewusst oder unbewusst, offen, verdeckt oder subtil zum Ausdruck kommen. Politische Einstellungen gelten dabei als Indikatoren eines dahinterstehenden Überzeugungssystems (Rothmund/Arzheimer 2022). Einstellungen bilden sich überwiegend während der Sozialisation. Sie entwickeln sich in einem zeithistorisch-kulturellen Kontext und sozialen Umfeld (z. B. Zick/Küpper 2016). Davon auszugehen, dass eine Einstellung eine latente Bewertung eines Objekts oder Sachverhalts ist, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass sie stets in genau gleicher Art und Weise auch bei den Einstellungsträger:innen vorliegt, durch sie gedacht oder geäußert wird. Dies *kann* zwar der Fall sein – und es wäre dann auch zu erwarten, dass diese Einstellung zu jeder Zeit und in jedem Kontext berichtet wird (wenn auch mit Messfehlern). Viel häufiger wird es jedoch vorkommen, dass eine Person viele Assoziationen, Affekte und Gedanken zu einem bestimmten Einstellungsobjekt hat, die jeweils Implikationen für die Bewertung haben. Eine Einstellung liegt daher meist nicht in fester Form vor. So liefert eine Einstellung aus der Selbstauskunft nicht nur eine Antwortreaktion und ein numerisches Ergebnis des jeweiligen Messverfahrens, sondern unterliegt umfassenden, komplexen und eben nicht direkt beobachtbaren Prozessen (Krosnick/Judd/Wittenbrink 2019).

Für den Frage-Antwort-Prozess im Rahmen der durchgeführten Telefoninterviews sind in erster Linie kognitive und interaktionale Prozesse von Bedeutung. Dazu liegen unterschiedliche kognitions- und testpsychologische Annahmen darüber vor, welche Prozesse die Befragten durchlaufen müssen, um zu einer

Antwort im gewünschten Schema zu gelangen (Häder 2019, S. 215 ff.). Die Beantwortung kann man sich in einzelnen Schritten vorstellen: (1) Aufmerksamkeitsprozess, (2) Verständnisprozess, (3) Urteilsbildung und (4) Antwortformulierung. Diese Schritte sind jedoch nicht in sich abgeschlossen, sondern verlaufen viel eher zirkulär, sind meist nicht bewusst und laufen größtenteils in sehr kurzer Zeit ab (hier: durchschnittlich 11 bis 13 Sekunden pro Einstellungsaussage). Die in den nachfolgenden Kapiteln berichteten Statistiken der Mitte-Studie zeigen das Ergebnis dieses Frage-Antwort-Prozesses, der die abgefragten Einstellungen abruf- und messbar macht.

Zunächst lesen die Interviewer:innen die Frage vor und signalisieren eine Aufforderung zur Bearbeitung (z. B. »Mich interessiert Ihre persönliche Einstellung zu den Aussagen, inwieweit stimmen Sie diesen zu oder nicht zu?«). Die Befragten müssen verstehen, worauf die Frage abzielt, das heißt sowohl die Instruktion als auch die daraufhin folgenden Einstellungsaussagen müssen kognitiv, emotional und verhaltensbezogen von den Befragten verarbeitet werden. Dies kann in unterschiedlicher Verarbeitungstiefe erfolgen. Dazu kann zum Beispiel auf persönliche Erfahrungen, kulturelle und soziale Normen, Medien- oder Schulwissen, Meinungen von Freunden oder aus der Familie zurückgegriffen werden oder auch auf Informationen, die oft schneller verfügbar und salienter sind, zum Beispiel jüngste Ereignisse, starke Bilder oder vermeintlich vorherrschender Konsens. Dabei können auch sogenannte Metakognitionen eine Rolle spielen, vor allem, wenn die Befragten parallel über die Validität, den Ursprung oder die Angemessenheit ihrer eigenen Gedanken und Affekte nachdenken (Wegener/Clark/Petty 2019). Dies erlaubt den Befragten, über ihre mögliche Antwort und tatsächliche Einstellung zu reflektieren und diese gegebenenfalls bewusst zu korrigieren und sozial erwünscht zu antworten, wenn sie dazu motiviert sind und kognitive Ressourcen dafür haben. Die Tiefe der Verarbeitung hat sich etwa darin ausgedrückt, dass manche Befragte der Mitte-Studie erst länger überlegten, bevor sie eine Antwort gaben, während sich andere direkt für eine der möglichen Antworten entschieden. Wieder andere begannen *laut zu denken* und dadurch vermehrt in Interaktion mit den Interviewer:innen zu treten, um eine Einschätzung vorzunehmen, etwa durch rückversicherndes oder erörterndes Antwortverhalten. Im Schritt der Urteilsbildung werden die abgerufenen Informationen dann bewertet und zu einer

Antworttendenz verdichtet. Anschließend muss diese Tendenz auf das vorgegebene Antwortschema übertragen werden, das in der vorliegenden Erhebung in der Regel einer 5-stufigen Zustimmungsskala entspricht. Zuletzt zeichnen die Interviewenden die gegebene Antwort auf.

Um die kognitive Belastung der Befragten zu reduzieren und die Qualität ihrer Antworten zu sichern, erfolgen klare Instruktionen und Formulierungen der Items (➟ Glossar), eine prägnante und konsistente Skalenstruktur sowie insgesamt eine standardisierte Darbietung der Fragen durch die Interviewer:innen. Dabei kann die Reihenfolge der Fragen und Indikatoren zusätzlich relevant sein. Durch die abgerufenen, gesammelten und vorgegebenen Informationen, die den Befragten zur Beantwortung zur Verfügung stehen, können sich über das Telefoninterview hinweg vorherige Antworten auf nachfolgend abgefragte Einstellungen auswirken. Bei der Verwendung der CATI-Methode können solche Reihenfolgeeffekte (➟ Glossar) vor allem dann relevant werden, wenn die Befragten ihr Urteil erst im Frage-Antwort-Prozess bilden müssen und nicht bereits über eine klare Meinung oder Wissen zur Beantwortung der Frage verfügen (Eid/Schmidt 2014, S. 88 ff.). Durch die Abfrage mehrerer Einstellungen zu einem Sachverhalt werden mögliche Verzerrungen oder unterschiedliche Verständnisse einzelner Items der Konstrukte (➟ Glossar) in den Mitte-Studien weitgehend ausgeglichen.

Die Anonymität der Interaktion am Telefon kann es mit sich bringen, dass die mitunter sensiblen und schwierigen Fragen, etwa zu rechtsextremen Einstellungen, seltener so beantwortet werden, wie es den eigenen Einstellungen womöglich tatsächlich entspricht. Eine Vielzahl der Einstellungen, die in der Mitte-Studie erhoben wurden, steht in enger Verbindung mit sozialen Normen. Die Billigung oder Missbilligung dieser Normen kann wiederum mit soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht oder Bildung variieren und sich dann auf das Antwortverhalten einwirken. Auch kann sich am Telefon der Tonfall, die Betonung oder das mögliche Nachfragen der Interviewer:innen auf das Antwortverhalten der Befragten auswirken, ebenso wie situative Merkmale und Begleitumstände des telefonischen Interviews wie ablenkende Reize oder Ermüdung. Um diesen Verzerrungsrisiken einer Telefonbefragung vorzubeugen und sie einzudämmen, wurde neben den oben genannten formal-inhaltlichen

Kriterien ein erweiterter Rahmen aus Qualitäts- und Designmaßnahmen implementiert. Dazu gehören die wiederholte Zusicherung der Anonymität der Teilnahme, die Platzierung besonders sensibler und schwieriger Frageblöcke zum Ende der Befragung sowie randomisierte (also zufällige und unterschiedliche) Itemreihenfolgen. Für alle Items wurden optionale Ausweichkategorien vorgesehen (»weiß nicht« oder »keine Angabe«). Der Interviewer:innen-Einfluss wurde durch eine heterogene Zusammensetzung des Telefonteams, gezieltes Training, verbindliche Verhaltensregeln (u. a. zum Umgang mit Nachfragen), laufendes Monitoring und Qualitätskontrollen begrenzt. Situativen Störquellen wurde über Rückrufangebote, Tageszeitvariation sowie Abbruch- und Fortsetzungsregeln begegnet.

Likert-Skala, »teils/teils«- und fehlende Antworten

Bei den allermeisten Fragen wurde den Befragten vorgegeben, ihre Einstellung auf in Umfragestudien bewährten Likert-Skalen anzugeben. Dieses Antwortformat umfasst genauso viele zustimmende wie ablehnende Kategorien sowie eine Mittelkategorie. In der Mitte-Studie lauten diese verbalisierten Werte – seit 2021/22 vollständig und 2018/19 vorbereitet von einer 4- auf eine 5-stufige Antwortskala umgestellt – (1) »überhaupt nicht«, (2) »eher nicht«, (3) »teils/teils«, (4) »eher« und (5) »voll und ganz« (Berghan/Faulbaum 2019). Die Verbalisierungen der Antwortkategorien sollen einem schnelleren Verständnis und geringeren kognitiven Aufwand bei der Beantwortung der Fragen am Telefon dienen (Krosnick/Fabrigar 1997). Gegenüber rein numerischen Kategorien, die für verschiedene Befragte unterschiedliche Bedeutung haben können, spricht für die Nutzung verbaler Antwortkategorien auch, dass eine spontanere Reaktion und Urteilsbildung zu den Items erwartet werden kann (Windschitl/Wells 1996).

Die Mittelkategorie »teils/teils« gibt den Befragten die Möglichkeit, eine entsprechend mittlere, unentschlossene oder ambivalentere Einstellung auszudrücken, was einerseits zu genaueren Antwortmustern (Sturgis/Roberts/Smith 2014) sowie höherer Reliabilität und Validität von Skalen beiträgt (Lozano/Garcia-Cueto/Muniz 2008). Andererseits hat die Bereitstellung einer Mittelkategorie den Nachteil, dass diese nicht immer eindeutig interpretiert werden kann: »teils/teils« kann bedeuten, dass jemand einer Aussage zu einem Teil zustimmt und

sie zu einem anderen Teil ablehnt; oder der Aussage mittelstark zustimmt beziehungsweise sie mittelstark ablehnt; oder aber eine ambivalente Einstellung im Sinne von »sowohl als auch« oder »weder noch« ausdrücken möchte. Wenn die Teilnahmemotivation gering und die Aufgabenlast hoch ist, kann es zudem sein, dass die zu bewertenden Aussagen oberflächlicher bearbeitet werden und die Neigung zur Mittelkategorie steigt. Vor allem aber bei politisch oder gesellschaftlich sensitiven Themen, wie sie in den Mitte-Studien behandelt werden, kann es sein, dass Befragte dazu neigen, sich nicht eindeutig zu positionieren. Dahinter können auch unterschiedliche Antwortstile stehen, wie ein Bemühen um positive Selbstdarstellung anderen und sich selbst gegenüber. Gerade für den Gegenstand und die Fragestellungen der Mitte-Studien sollte reflektiert werden, was es gesellschaftlich bedeuten würde, wenn zu rechtsextremen und demokratiegefährdenden Einstellungen in der Bevölkerung nicht die tatsächlichen Meinungen und Ansichten geäußert werden, sondern vermehrt sozial erwünscht oder verdeckt geantwortet wird (Faulbaum/Mokros 2023).

Darüber hinaus können Antworten bei bestimmten Fragen aufgrund mangelnden Frageverständnisses ausbleiben, was Gegenstand der zuvor berichteten Fragebogenentwicklung sowie der Pretests war. Selektionseffekte aufgrund eines unzureichenden Sprachverständnisses können nicht ganz ausgeschlossen werden, weil die Telefoninterviews ausschließlich auf Deutsch durchgeführt wurden. Nichtantworten haben die Interviewer:innen gemäß der Vorgabe dokumentiert, beim Antwortverhalten der Befragten zwischen den Kategorien »weiß nicht« (im Sinne von Unwissen beziehungsweise Unsicherheit) sowie »keine Angabe« (im Sinne einer Antwortverweigerung) zu unterscheiden. Allerdings erfassen diese Kategorien zumeist nicht, ob dies möglicherweise sogar passend die jeweilige Einstellung widerspiegelt, den Befragten keine notwendigen Informationen dazu vorlagen und sie wirklich nicht antworten *konnten*. Oder, ob die Aussage entweder formal oder inhaltlich nicht verstanden und dies nicht an den Interviewer zurückgemeldet wurde oder ob schließlich doch die Schwierigkeit und Sensibilität der Frage der Grund für eine fehlende Antwort war.

Auswertungslogik

Beim Einsatz 5-stufiger Likert-Skalen geht man davon aus, dass die Antwortkategorien gleichabständig sind und die numerischen Antworten über die In-

dikatoren hinweg aufsummiert beziehungsweise gemittelt werden können. Einzelne Likert-Items werden zwar überwiegend als ordinalskaliert angesehen, jedoch soll die Zusammenfassung von einzelnen Likert-Items zu einer dem gemeinsamen Konstrukt entsprechenden Likert-Skala erlauben, diese in statistischen Analysen als quasi intervallskaliert (➟ Glossar) zu behandeln.

Auf der Basis der Mittelwerte beziehungsweise Summen der Antworten können Cut-off-Werte festgelegt beziehungsweise festgelegte Gruppen gebildet werden, etwa anhand der Anzahl der Befragten, die die höchste respektive niedrigste Zustimmung aufweisen. Der Wertebereich bleibt dabei derselbe wie bei den einzelnen Items. Für mögliche Fälle mit fehlenden Antworten wurde festgelegt, dass je Fall mindestens die Hälfte der Items beantwortet sein muss, um in die Berechnung eines Mittelwertindex einzufließen. Über den Mittelwertindex wird wiederum der Ablehnungs- beziehungsweise Zustimmungsbereich für die Skalen definiert. Sofern es für die Auswertung in den folgenden Kapiteln nicht anders angegeben ist, werden Mittelwerte < 3,5 zur Ablehnung und Mittelwerte ≥ 3,5 zur Zustimmung gezählt. Die Mittelkategorie (»teils/teils«) wird in diesen Fällen noch als Ablehnung gewertet, was zur Folge haben kann, dass neben ablehnenden und mittleren Antworten auch geringe Anteile an Zustimmungstendenzen in der berichteten Ablehnung enthalten sein könnten. Zur differenzierteren Auswertung haben wir uns daher überwiegend dazu entschieden, diese mittleren Mittelwerte zwischen 2,5 und 3,5 als sogenannten *Graubereich* zu bezeichnen und damit drei Antwortbereiche zu berichten. Die Ablehnung der Einstellung umfasst dann entsprechend alle Werte < 2,5, und davon unberührt zählen alle Werte ≥ 3,5 zur Zustimmung. Aufgrund des im Vergleich zu ähnlichen Untersuchungen statistisch eher konservativen Vorgehens bei der Auswertung der Mittelkategorie gehen wir davon aus, die ermittelten Zustimmungs- beziehungsweise Einstellungspotenziale in der Bevölkerung tendenziell eher zu unterschätzen als zu überschätzen. So konnten wir in der Mitte-Studie 2018/19 durch die parallele Messung mittels 4- und 5-stufiger Antwortskala bereits feststellen, dass die »teils/teils«-Antwort bei der Bewertung von Einzelaussagen auf der 5-stufigen Skala häufiger von Befragten gewählt wurde, die auf der 4-stufigen Skala eher zustimmend als ablehnend geantwortet haben (Zick/Berghan/Mokros 2019). Das spricht dafür, dass die Mittelkategorie beziehungsweise der Graubereich eine Ausweichkategorie für verdeckte Zustimmung sein kann.

In den Kapiteln werden die einzelnen Antwortanteile wie auch die über Mittelwertskalen zusammengefassten Bereiche der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung in *gültigen Prozent* berichtet. Fehlende Werte (v. a. »weiß nicht« oder »keine Angabe«) werden hingegen von der Auswertung ausgeschlossen. Die jeweils in Summe berichteten 100 % beziehen sich daher nur auf alle vollzähligen Antworten im Sinne einer Zustimmung beziehungsweise Ablehnung von voll oder eher über teils/teils bis eher nicht oder gar nicht.

Inhalte des Fragebogens: Kontinuität und Dynamik

Als Langzeitbeobachtung erfordert die Mitte-Studie, fortlaufend dieselben Fragen zu stellen, um Aussagen darüber treffen zu können, ob die untersuchten Phänomene in der Gesellschaft im Zeitverlauf mehr oder weniger weit verbreitet sind. Gleichzeitig machen gesellschaftliche Veränderungen auch die Anpassung bestehender oder die Entwicklung neuer Messinstrumente erforderlich. Die Studie verfolgt das Ziel, beiden Erfordernissen gerecht zu werden, indem wir einerseits einen gleichbleibenden Stamm an Fragen verwenden und andererseits aktuelle Aspekte und weitere Fragen aus der wissenschaftlichen wie öffentlichen Debatte aufgreifen (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023).

Auch in der aktuellen Studie werden daher bewährte Messinstrumente der Mitte-Studien fortgeschrieben, wie etwa zu den rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen. In jeder Mitte-Studie gibt es auch Fokusthemen. Neu in die diesjährige Mitte-Studie 2024/25 aufgenommen wurden etwa Fragen zum Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland (➟ Kap. 3) sowie eine etwas umfangreichere Erhebung zum Antisemitismus (➟ Kap. 4) und zur Billigung von politischer Gewalt (➟ Kap. 3, Fokus). Ebenfalls neu entwickelt und gemessen wurden zentrale Aspekte des normativen Verständnisses sowie der Wahrnehmung von Demokratie (➟ Kap. 5) wie auch zu Schul- beziehungsweise Bildungsvorstellungen (➟ Kap. 11). Die Messungen zum Antifeminismus (➟ Kap. 4, Fokus), zum libertären Autoritarismus (➟ Kap. 6) sowie zu Fragen der Energiewende und Klimagerechtigkeit (➟ Kap. 7) wurden fortgeschrieben und ergänzt. Erstmals erhoben wurden zudem Fragen zur Transformation und lokalen Versorgungslage (➟ Kap. 8), zur persönlichen Gesundheit und retrospektiven Bewertung der Coronapandemie (➟ Kap. 9) und zu elterlichen Sozialisationserfahrungen (➟ Kap. 10). Darüber hinaus umfasst der Fragebogen

demografische und sozioökonomische Informationen, unter anderem zu den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Wohnort und Migrationshintergrund (➟ Tab. 2.3). Zur sparsameren Erfassung der Vielzahl an Fragen und Themen wurde – wie bereits in den Vorjahren – ein *Split-Design* (➟ Glossar) für die Befragung genutzt. Dazu wurden die Befragten zufällig in zwei Hälften (Splits) aufgeteilt und bekamen teilweise unterschiedliche Frageblöcke zur Beurteilung.

2.2 Datenerhebung

Stichprobenziehung

Die Umfrage ist repräsentativ für die erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland. Zur Erfüllung dieser Anforderung wurde der *Dual-Frame*-Ansatz aus 40 % Festnetz- und 60 % Mobilfunkanteil gewählt. Die Methode berücksichtigt den wachsenden Anteil der Bevölkerung, der ausschließlich über Mobiltelefone erreichbar ist und keinen Festnetzanschluss mehr nutzt. Auch in Haushalten mit Festnetzanschluss sind insbesondere junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahren häufig schwerer per Festnetz erreichbar. Da diese *Mobile-only*-Nutzer:innen sich systematisch von Personen mit Festnetzanschluss unterscheiden, wäre ein reines Festnetzsampling folglich nicht ausreichend repräsentativ.

Grundsätzlich wird Repräsentativität erreicht, indem jedes Element der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit hat, zufällig ausgewählt und befragt zu werden. Für das Festnetzsample wurde eine zweistufige Zufallsauswahl angewandt: Zunächst erfolgte die Generierung von Festnetznummern mittels *Random Digit Dialing* (RDD) entsprechend des Gabler-Häder-Verfahrens. Es stellt sicher, dass alle Haushalte mit Festnetzanschluss – unabhängig davon, ob sie im Telefonbuch verzeichnet sind – Teil der Bruttostichprobe sein können. Haushalte, die nicht im Telefonbuch eingetragen sind, unterscheiden sich oft systematisch von eingetragenen Haushalten, beispielsweise in Bezug auf Alter, Geschlecht oder sozialen Status.

In einem zweiten Schritt wurde innerhalb der erreichten Haushalte die Zielperson mithilfe des sogenannten *Last-Birthday*-Schlüssels ermittelt. Dieses Verfahren dient dazu, im erreichten Haushalt eine zufällige Auswahl der zu be-

fragenden Person zu treffen (diejenige Person, die zuletzt Geburtstag hatte). Dadurch wird sichergestellt, dass alle erwachsenen Personen im Haushalt die gleiche Chance haben, in die Stichprobe zu gelangen – unabhängig davon, wer gerade ans Telefon geht.

Auch die Mobilfunknummern wurden zufällig generiert. Hierbei arbeitete uzbonn mit der GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim zusammen. In Deutschland gibt es theoretisch rund 300 Millionen vergebene Mobilfunknummern, die von der Bundesnetzagentur an verschiedene Anbieter (Telekom, Vodafone und Telefónica mit o2/E-Plus) verteilt wurden. Da nur ein kleiner Teil dieser Nummern im Telefonbuch verzeichnet ist, ist eine zufällige Generierung unerlässlich. Die GESIS erstellt hierfür regelmäßig aktualisierte Auswahlrahmen, die sowohl vergebene als auch nicht vergebene Mobilfunknummern umfassen. Nicht geschaltete Nummern (stichprobenneutrale Ausfälle (➟ Glossar)) werden im Anschluss aussortiert. Im Gegensatz zum Festnetzsampling wurde beim Mobilfunksample auf den Last-Birthday-Schlüssel verzichtet, da Mobiltelefone in der Regel nur von einer Person genutzt werden.

Bei Erstkontakt mit potenziellen Teilnehmer:innen wurden diese über den wissenschaftlichen Zweck der Studie, die Anonymität und die Freiwilligkeit der Teilnahme informiert wie auch darüber, dass die Universität Bielefeld Auftraggeberin der Befragung und die Friedrich-Ebert-Stiftung Herausgeberin der Studie ist. Zudem wurde ihnen erläutert, dass die Telefonnummer beziehungsweise der Haushalt zufällig für die repräsentative Befragung angewählt wurde. Bei Bedarf wurden diesbezüglich auch datenschutzrechtliche Informationen per E-Mail an die Befragten verschickt.

Ausschöpfung

Wie Tabelle 2.1 zeigt, wurden im Rahmen der Studie insgesamt 233.845 zufällig generierte Festnetz- und Mobilfunknummern kontaktiert. Etwa 80 % dieser Bruttostichprobe schieden als sogenannte stichprobenneutrale Ausfälle aus, da die Nummern entweder nicht funktionierten, zu gewerblichen Anschlüssen führten oder die erreichten Personen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht befragbar waren. Nach Abzug der stichprobenneutralen Ausfälle umfasste die Nettostichprobe 72.175 Telefonnummern; hiervon konnten

circa 67 % im Rahmen der Feldzeit nicht erreicht beziehungsweise angetroffen werden (Frei- oder Besetztzeichen, Anrufbeantworter). Der erreichbare Stichprobenanteil lag bei 23.824 Telefonnummern. Circa 90 % der erreichbaren Stichprobe verweigerten aus verschiedenen Gründen die Teilnahme an der Befragung. Mit 9,5 % des um stichprobenneutrale Ausfälle sowie um nicht erreichbare Adressen bereinigten Samples wurden Interviews begonnen, in 8,4 % der Fälle wurden diese bis zum Ende geführt.

Tab. 2.1

Zusammenfassung der Erhebung der Mitte-Studie 2024/25
(Angaben absoluter Häufigkeit und in Prozent)

	absolut	%
Bruttostichprobe (angewählte Telefonnummern insgesamt)	357.876	100
Stichprobenneutrale Ausfälle (falsche Nummer, Fax/Modem, kein Privathaushalt, Zielperson nicht befragbar, sonstige Gründe)	285.701	79,8
Bereinigtes Brutto I (ohne stichprobenneutrale Ausfälle)	72.175	100
Nicht erreicht oder nicht angetroffen (Frei- oder Besetztzeichen, Anrufbeantworter, max. Kontaktversuche, in Feldzeit nicht erreichbar)	48.351	67,0
Bereinigtes Brutto II (erreichbarer Stichprobenanteil)	23.824	100
Verweigerungen (durch Ziel- oder Kontaktpersonen)	21.559	90,5
Abbrüche (im Interview)	264	1,1
Vollständige Interviews	2.001	8,4
Durchschnittliche Anzahl der Kontaktversuche bis zum Interview	2,9	
Durchschnittliche Interviewdauer in Minuten	37,6	
Feldphase	30.05.–04.07.2025	

Im Vergleich zu persönlichen Befragungen weisen telefonische Befragungen in der Regel geringere Ausschöpfungsquoten auf (Steinkopf/Bauer/Best 2010). Die in dieser Erhebung erzielten Werte bewegen sich jedoch im üblichen Rahmen (Blasius/Reuband 1995).

2.3 Repräsentativität und Gewichtungsverfahren

Die Repräsentativität der Stichprobe wird zunächst durch das Auswahlverfahren zur zufälligen Ziehung der Bruttostichprobe gewährleistet. Es können trotz dieses Verfahrens systematische Verzerrungen der Nettostichprobe auftreten, insbesondere durch Teilnahmeverweigerungen, die häufig mit bestimmten Merkmalen wie dem Bildungsniveau oder mit der politischen Orientierung zusammenhängen. Um derartige Stichprobenverzerrungen auszugleichen und eine möglichst gute Annäherung der Daten an die tatsächliche Bevölkerungsstruktur zu erreichen, wird die Stichprobe gewichtet. Das bedeutet, dass jeder befragten Person ein statistischer Gewichtungsfaktor zugeordnet wird, der ihre Aussage so stark oder schwach in die Analysen einfließen lässt, bis die Verteilung zentraler Merkmale des Samples mit derjenigen der Gesamtbevölkerung übereinstimmt (Kiesl 2022). Hierfür wurde ein gängiges Vorgehen gewählt, bei dem zwei Gewichtungsmethoden (Designgewichtung und Anpassungsgewichtung) miteinander kombiniert werden.

Das im ersten Schritt berechnete *Designgewicht* berücksichtigt die unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Personen. Eine zentrale Annahme repräsentativer Erhebungen ist, dass jede Person der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit hat, in die Stichprobe zu gelangen und befragt zu werden. In der Praxis ist diese Annahme jedoch nicht immer erfüllbar. So haben Haushalte mit mehreren Telefonnummern beispielsweise eine höhere Wahrscheinlichkeit, zufällig angerufen zu werden, als Haushalte, die nur über einen Telefonanschluss verfügen. Innerhalb eines Haushalts ist die Wahrscheinlichkeit, befragt zu werden, umso höher, je weniger andere Personen im Haushalt ebenfalls zur Zielgruppe gehören. Darüber hinaus haben Personen, die sowohl über Festnetz- als auch über Mobilfunknummern erreichbar sind, eine höhere Chance, in die Stichprobe zu gelangen, als Personen, die ausschließlich über eine der beiden Kontaktmöglichkeiten erreichbar sind. Das Designgewicht korrigiert diese Abweichungen, die auf die unterschiedliche Anzahl der Festnetz- beziehungsweise Mobilfunknummern pro Person sowie auf die Haushaltsgröße (bezogen auf die Zielpopulation) zurückzuführen sind. Das Designgewicht wurde entsprechend des Dual-Frame-Ansatzes als die Auswahlwahrscheinlichkeit einer Person aus der kombinierten Festnetz- und Mobilfunkstichprobe berechnet (Gabler/Häder 2009).

Das im zweiten Schritt berechnete *Anpassungsgewicht* orientiert sich an einer möglichst engen Annäherung an zuvor festgelegte Sollkriterien der deutschen Wohnbevölkerung, um die erwähnten, in Zufallsstichproben häufigen Verzerrungen in der Verteilung bestimmter Merkmale auszugleichen. Um die Repräsentativität der Stichprobe sicherzustellen, wird das Designgewicht daher durch ein Anpassungsgewicht ergänzt, welches Verteilungsinformationen zu Merkmalen der Grundgesamtheit berücksichtigt, die vom Statistischen Bundesamt bereitgestellt wurden. Die in enger Abstimmung mit dem uzbonn durchgeführte Anpassungsgewichtung berücksichtigte die (gekreuzten) Merkmale Geschlecht, Alterskategorie, Bundesland des Wohnsitzes, Bildungsstand, Gemeindegröße, Haushaltsgröße sowie Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl.

Gewichtung nach Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025

Die Stichprobe 2024/25 wurde zusätzlich zu den soziodemografischen Sollmerkmalen erstmals ebenfalls auf Basis der von den Befragten erinnerten Zweitstimmenwahl bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 nachgewichtet. Ein solches Vorgehen ist in der Meinungsforschung etabliert, wobei die repräsentative Wahlstatistik als Referenz dient.[2] Für die diesjährige Mitte-Studie ist diese Zusatzgewichtung zulässig und notwendig, weil (1) die Befragung nur drei bis fünf Monate nach der Wahl stattfand und Erinnerungseffekte somit geringer sind, (2) das Rohsample – wie häufig bei freiwilligen Telefoninterviews – eine Überrepräsentation von höher Gebildeten und Grünen-Wähler:innen bei gleichzeitiger Unterrepräsentanz von geringer Gebildeten und AfD-Wähler:innen zeigte und (3) ohne Korrektur der Schätzwerte demokratiegefährdende Einstellungen systematisch unterschätzt worden wären. Durch diese Nachgewichtung auch anhand der Bundestagswahl blieb die Varianz der Gewichte noch moderat, während das politische Profil der gewichteten Nettostichprobe die tatsächliche Wähler:innenstruktur weitgehend widerspiegelt (➟ Tab. 2.2). Die Berücksichtigung der Kategorie »nicht wahlberechtigt« in der Gewichtung hatte den Nebeneffekt, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund nahezu deckungsgleich mit bekannten Verteilungen innerhalb der deutschen Wohnbevölkerung ausfiel. Die Validität des Verfahrens wurde zusätzlich geprüft,

2 https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Methodik/[Aufruf am 10.10.2025].

indem die Frage nach der aktuellen politischen Präferenz mit im Erhebungszeitraum veröffentlichten demoskopischen Umfragen verglichen wurde: Die Abweichungen lagen hierbei durchweg im sehr geringen einstelligen Prozentpunktbereich, oft jedoch auch darunter. Die Ergänzung der Gewichtung durch das Wahlverhalten stärkt sowohl die sozialstrukturelle als auch die politische Repräsentativität der Nettostichprobe, verhindert eine systematische Unterschätzung politischer Einstellungen durch untererfasste Wahlsegmente und trägt somit entscheidend zur Validität der Mitte-Studie 2024/25 bei.

Tab. 2.2

Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2025 der gewichteten Stichprobe der Mitte-Studie 2024/25 (n = 2.001 | Angaben absoluter Häufigkeiten, in Prozent und gültigen Prozent zum Vergleich mit amtlichem Endergebnis der Bundestagswahl 2025)

	Ausprägung	absolut	%	gültige %	BTW 25 %
Welche Partei haben Sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt?	CDU/CSU	413	20,7	29,7	28,6
	AfD	301	15,0	21,6	20,8
	SPD	237	11,8	17,0	16,4
	Die Grünen	168	8,4	12,1	11,6
	Die Linke	127	6,4	9,1	8,8
	BSW	72	3,6	5,2	4,9
	FDP	62	3,1	4,5	4,3
	Andere	10	0,5	0,7	4,6
	Nicht gewählt	307	15,3		
	Nicht wahlberechtigt	249	12,4		
	Weiß nicht/keine Angabe	55	2,7		

Anmerkungen **n** = Stichprobengröße. BTW 25 % = Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl 2025 in Prozent. Die Reihenfolge der Parteien richtet sich nach dem Wahlergebnis. Die absoluten sowie prozentualen Häufigkeiten der Bevölkerungsgruppen wurden mit einer kombinierten Design- und Anpassungsgewichtung ausgewertet und die Fälle auf ganze Zahlen gerundet.

2.4 Soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe

Tabelle 2.3 gibt einen Überblick über die soziodemografische Zusammensetzung der auf Basis der Telefonbefragung erhobenen Stichprobe der Mitte-Studie 2024/25. 82 % der Befragten leben in einem westdeutschen Bundesland und 17 % in einem ostdeutschen Bundesland. Etwas mehr als jede:r Fünfte ist zudem überwiegend in Ostdeutschland aufgewachsen (22 %), und rund 78 % sind in Westdeutschland aufgewachsen. 73 % der Befragten leben in einer Stadt und 25 % auf dem Land. Das Durchschnittsalter der Stichprobe liegt bei 52,3 Jahren (Standardabweichung = 18,9 Jahre). Es wurden annähernd gleich viele Frauen (51 %) wie Männer (49 %) befragt. 32 % der Befragten haben einen Volks- oder Hauptschulabschluss, 26 % einen Realschulabschluss (oder einen gleichwertigen) und 36 % eine Fach- oder Hochschulreife als höchsten Schulabschluss erreicht. Mehrheitlich wohnen die Befragten in Ein- oder Zweipersonenhaushalten ohne Kinder (25 % bzw. 32 %). In Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind oder Kindern unter 14 Jahren leben 20 %. Weitere 23 % der erwachsenen Befragten leben in einem Haushalt mit mehreren anderen Erwachsenen und/oder mit einem oder mehreren Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, darunter etwa Alleinerziehende. Ein Anteil von 68 % der Stichprobe verfügt über die deutsche Staatsangehörigkeit, ist in Deutschland aufgewachsen und hat Eltern, die in Deutschland geboren wurden. 30 % der Befragten verfügen über einen sogenannten Migrationshintergrund, was beides annähernd genau den Bevölkerungsanteilen nach Migrationshintergrund[3] im

3 Die Bezeichnung Migrationshintergrund wurde vom Statistischen Bundesamt als Kategorie für die Sozialberichterstattung eingeführt und ist, trotz aller Kritik, längst in den Alltagsgebrauch, in Medien- oder Studienberichte und Bildungsmaterialien eingegangen. Dabei variiert, wer damit aus welchen Gründen bezeichnet wird. Oft wird die Bezeichnung nicht nur statistisch genutzt, um zu bestimmen, wer selbst oder wessen Vorfahren eine andere als die deutsche Herkunft haben, sondern um deren Integrationsbereitschaft oder -fähigkeit infrage zu stellen (Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020). Menschen mit Migrationshintergrund werden manchmal auch verallgemeinernd als »Ausländer« bezeichnet (siehe analytisch dazu auch ➟ Kap. 3 u. ➟ Kap. 4), selbst dann, wenn sie deutsche Staatsbürger:innen sind. Zum Migrationshintergrund alternative Bezeichnungen bringen ebenfalls Schwierigkeiten und Uneindeutigkeiten mit sich. Die tendenziell weiter gefasste Bezeichnung einer Migrationsgeschichte wird für die Sozialberichterstattung als angemessener angesehen (ebd.). Allerdings impliziert diese in Bezug auf die damit behelfsweise bezeichnete Person, dass es Teil ihrer eigenen Biografie sei, von einem Land in ein anderes Land migriert zu sein. In

Mikrozensus 2024 des Statistischen Bundesamts entspricht.[4] Insgesamt entspricht auch die soziodemografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe recht genau der tatsächlichen Bevölkerungsstruktur in Deutschland, insbesondere wenn die sehr geringen Anteile fehlender Angaben nicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse dieses Bandes sind somit ebenso repräsentativ für die allgemeine Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren wie die der vorherigen FES-Mitte-Studien. Dabei kann es geringe Abweichungen der berichteten Ergebnisse geben, da bis einschließlich 2018/19 nur Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit in die Auswertungen einbezogen wurden.

In der Mitte-Studie 2024/25 werden all jene Befragten als *Deutsche ohne Migrationshintergrund* zusammengefasst, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, in Deutschland geboren und überwiegend aufgewachsen sind und Eltern haben, die ebenfalls in Deutschland geboren wurden. Als *Deutsche mit Migrationshintergrund* wurden hingegen Befragte klassifiziert, die deutsche Staatsangehörige sind, aber entweder selbst nicht in Deutschland geboren wurden oder aufgewachsen sind und dadurch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen können oder mindestens einen nicht in Deutschland geborenen Elternteil haben. Dadurch wird zum einen die deutsche Staatsangehörigkeit als primär rechtliches Kriterium für die Zuordnung zur Gruppe der Deutschen berücksichtigt. Zum anderen wird möglichen Einflüssen auf die Person durch ihre Geburt oder Sozialisation in einem anderen Land beziehungsweise dadurch, dass ein oder beide Elternteile nicht in Deutschland geboren wurden, Rechnung getragen. Denkbar wäre in diesen Fällen, dass die Eltern der Befragten nach Deutschland eingewandert sind, wobei auch das nicht unbedingt der Fall sein muss. Zum Wohnsitz oder zur Staatsangehörigkeit der Eltern wurden keine Angaben gemacht. Die Ursachen für den entsprechend eigenen oder elterlichen Migrationshintergrund können daher vielfältig sein, genauso wie die Herkunftsländer. Als in *Deutschland lebende Ausländer* werden Befragte gruppiert, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, unabhängig davon, ob sie in Deutsch-

Anlehnung an die Definition des Statistischen Bundesamts verwenden wir in der Mitte-Studie die Bezeichnung eines Migrationshintergrunds, ohne damit Eindeutigkeit zu erreichen oder den persönlichen Erfahrungen und Geschichten der Befragten vollends gerecht werden zu können.

4 https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/[Aufruf am 05.09.2025].

Soziodemografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe der Mitte-Studie 2024/25 (n = 2.001 | Angaben absoluter Häufigkeiten und in Prozent)

	Ausprägung	absolut	%
Alter	18–24	149	7,5
	25–34	292	14,6
	35–44	284	14,2
	45-54	337	16,9
	55–64	355	17,7
	65–74	304	15,2
	75 und älter	278	13,9
	Weiß nicht/keine Angabe[a]	–	–
Geschlecht	Männer	972	48,6
	Frauen	1.022	51,1
	Nicht binär	5	0,3
	Weiß nicht/keine Angabe	–	–
Schulabschluss	Schule beendet ohne Abschluss	8	0,4
	Volks-/Hauptschulabschluss	639	31,9
	Mittlere Reife/Realschulabschluss/Fachschulreife	523	26,2
	Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8./10. Klasse	78	3,9
	Fach-/Hochschulreife	718	35,9
	Anderer Schulabschluss	8	0,4
	Noch Schüler:in	25	1,3
	Weiß nicht/keine Angabe	2	0,1
Ausbildungs-abschluss	Noch in Ausbildung	76	3,8
	Ohne abgeschlossene Ausbildung	169	8,4
	Abschluss einer Berufsausbildung	1.222	61,1
	Hochschulabschluss	508	25,4
	Anderen Abschluss	24	1,2
	Weiß nicht/keine Angabe	3	0,1
Haushaltsnet-toeinkommen	Unter 500 Euro	52	2,6
	500 bis unter 1.000 Euro	194	9,7
	1.000 bis unter 1.500 Euro	167	8,3
	1.500 bis unter 2.000 Euro	368	18,4
	2.000 bis unter 2.500 Euro	282	14,1

Tab. 2.3

	Ausprägung (Forts.)	**absolut**	**%**
Haushaltsnet-toeinkommen (Forts.)	2.500 bis unter 3.000 Euro	279	13,9
	3.000 bis unter 3.500 Euro	145	7,2
	3.500 bis unter 4.000 Euro	103	5,2
	4.000 bis unter 4.500 Euro	43	2,2
	4.500 bis unter 5.000 Euro	34	1,7
	5.000 Euro und mehr	93	4,6
	Weiß nicht/keine Angabe	240	12,0
Haushalts-mitglieder	Einpersonenhaushalt (alleinlebende Erwachsene)	502	25,1
	Zweipersonenhaushalt (Erwachsene)	639	31,9
	Zwei-/Mehrpersonenhaushalt (i. d. R. mehrere Erwachsene, ggf. mit Jugendlichen 14–17 Jahren)	457	22,8
	Mehrpersonenhaushalt mit Kind/Kindern unter 14 Jahren	396	19,8
	Weiß nicht/keine Angabe	7	0,3
Region	Ostdeutschland	342	17,1
	Westdeutschland	1.641	82,0
	Weiß nicht/keine Angabe	17	0,9
Wohnort	Stadt	1.452	72,6
	Land	506	25,3
	Weiß nicht/keine Angabe	43	2,1
Migration	Deutsche ohne Migrationshintergrund	1.369	69,6
	Deutsche mit Migrationshintergrund	381	19,4
	In Deutschland lebende Ausländer	218	11,1
	Weiß nicht/keine Angabe	33	1,6
Religions-zugehörigkeit	Evangelisch	467	23,4
	Katholisch	523	26,1
	Jüdisch	–	–
	Muslimisch	101	5,0
	Anderer Glaube[b]	134	6,7
	Keine	750	37,5
	Weiß nicht/keine Angabe	25	1,3

Anmerkungen **n** = Stichprobengröße. Die absoluten sowie prozentualen Häufigkeiten der Bevölkerungsgruppen wurden mit einer kombinierten Design- und Anpassungsgewichtung ausgewertet und die Fälle auf ganze Zahlen gerundet. [a]»Weiß nicht« und »keine Angabe« wurden getrennt erhoben. [b]Anderer Glaube enthält u. a. die Zugehörigkeit zu einer freikirchlichen, anderen christlichen oder fernöstlichen Glaubensgemeinschaft.

land geboren wurden oder nicht. Darunter fallen zudem jene Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit, deren Eltern beide nicht in Deutschland geboren wurden. Dieser Gruppe können unterschiedliche Personen angehören, etwa Asylbewerber:innen, Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit oder auch Staatenlose. Für die Unterscheidung von Befragten mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund wurden die beiden Gruppen der in Deutschland lebenden Ausländer und der Deutschen mit Migrationshintergrund zusammengefasst. 90 % der Befragten mit einem solchen Migrationshintergrund wohnen in Westdeutschland und nur 10 % in Ostdeutschland.

3 Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft

Andreas Zick · Nico Mokros · Beate Küpper

3.1 Nach Zeiten der Polarisierung

»Wir sind die Brandmauer« und »Wir sind mehr« – unter diesen und ähnlichen Slogans versammelten sich seit Anfang des Jahres 2024 Hunderttausende Menschen auf Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie. Unter dem gemeinsamen Aufruf von zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Vereinen, Sozialverbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen gingen insgesamt rund vier Millionen Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in den großen Städten und auch auf dem Land auf die Straße. Auslöser waren Enthüllungen des Recherchеteams *CORRECTIV* zu Plänen massenweiser Zwangsausweisung von Migrant:innen. Besprochen wurden diese Pläne im November 2023 von einem ausgewählten Kreis einschlägig bekannter Rechtsextremer zusammen mit Politiker:innen und Funktionären der AfD sowie der CDU bei einem geheimen Treffen an einem See nahe Potsdam (Hensel/Jasser 2024). Etwa ein Jahr später gab es erneut eine Protestwelle, nachdem die CDU/CSU-Fraktion am 31. Januar 2025 ihr »Zustrombegrenzungsgesetz« im Bundestag beschließen wollte und der designierte Kanzlerkandidat Friedrich Merz dafür in Kauf nahm, die AfD zur Mehrheitsbeschafferin zu machen. Das Gesetz wurde damals mit sehr knapper Mehrheit abgelehnt. Kurze Zeit später folgte auf die Proteste der Zivilgesellschaft gegen eine potenziell weitere CDU-AfD-Front bei Abstimmungen eine »Kleine Anfrage« der CDU/CSU, damals noch in der Opposition, an die Regierung zur »politischen Neutralität« staatlich geförderter zivilgesellschaftlicher Organisationen. Das hinterließ an vielen Stellen den Eindruck, Teile der Zivilgesellschaft sollten politisch eingeschüchtert werden, auch wenn sie sich um das Eindringen des Rechtsextremismus in die Mitte sorgten.

Die Demonstrationen, Aktionen und Kampagnen für eine stabile »Brandmauer« gegen den Rechtsextremismus und seine vermeintliche Bürgerlichkeit waren

womöglich deshalb lauter als die Jahre zuvor, weil der Rechtsextremismus in all seiner Bedrohlichkeit und Gewalt noch sichtbarer geworden ist. Rechtsextreme erzielten Gewinne bei fast allen Wahlen, sie organisieren sich immer besser und treten selbstbewusst auf. Der organisierte Rechtsextremismus umfasste im Jahr 2024 nach Angaben des Verfassungsschutzes 50.250 Personen – ein größeres Personenpotenzial als je zuvor. Im selben Jahr wurden 37.835 rechtsextreme Straftaten registriert – ein Anstieg von über 47 % gegenüber dem Vorjahr. Für Menschen, die Ziel rechtsextremer Angriffe, Akteure und Ideologie sind, ist die Bedrohungslage ernster denn je.

Der national organisierte Rechtsextremismus in Deutschland folgt dabei einem globalen Rechtsruck. Weltweit sind derzeit wieder mehr Staaten autoritär als demokratisch regiert, auch wenn diese sich teilweise selbst noch als Demokratien bezeichnen (Economist Intelligence Unit 2024). Begleitet wird diese Entwicklung von einer internationalen Bewegung der äußersten und extremen Rechten, in der sich alte und neue Kräfte gut vernetzt und gebündelt haben. Zwischen den Phänomenen Rechtspopulismus, Neue Rechte und Rechtsextremismus verschwimmen die Grenzen inzwischen (Pirro 2023). Allianzen rechtsextremer populistischer Parteien in Demokratien sind dabei mehr als Selbstdarstellung, wie es ein Trumpismus vielleicht vermuten lässt. Sie verstehen sich als Verbündete in einem Spektrum, das von einem radikalisierten Konservatismus bis zum schleichenden Faschismus reicht, unterstützen sich und mischen sich sogar in innere Angelegenheiten anderer Länder ein, etwa auch unter neoliberaler Macht und Einflussnahme von Techmilliardären. Sie eint die Ideologie eines völkischen Nationalismus – die Auffassung, jedes Volk sei eine ethnisch-kulturell geschlossene und homogene Einheit, die mit der jeweiligen Nation gleichgesetzt wird. Jedes Volk sei eine eigene, naturgegebene Schicksalsgemeinschaft, die nur bestehen könne, wenn »fremde« Einflüsse ausgeschlossen würden. Angehörige vermeintlich anderer Volksgruppen, Nationen, Ethnien, Kulturen oder »Rassen« sollten demnach dort bleiben oder dorthin zurückkehren, wo sie nach Meinung der völkischen Ideologen ethnisch-kulturell-natürlich »herstammen«. Diese Ideologie wird verharmlosend auch als »Ethnopluralismus« bezeichnet. Im Kern bleibt es jedoch eine Überhöhung des »eigenen« Volkes, die mit rassistischen und fremdenfeindlichen Ausschlüssen einhergeht. Zugleich stimuliert diese Ideologie das provinziell-lokale Wirken rechtsextremer Kräfte jener internatio-

nalen Allianz. Der globale Rechtsruck zeigt sich zunehmend vor Ort und wird auch in einer Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger, die wieder mehr Wert auf ihre eigene, »deutsche« Kultur und Identität legt.

Die Mitte-Studien richten sich auf die zentrale Frage, wieweit rechtsextreme Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte verbreitet sind. Der dort nachweisbare Rechtsextremismus war und ist in Teilen eine Reaktion auf globale Bewegungen und Krisen. Er war und ist geprägt von sozialen, ökonomischen und kulturellen Konflikten sowie gegenwärtigen Kriegen. Zugleich scheint sich die Mitte der Gesellschaft – teils bewusst, teils unbemerkt – an rechtsextreme Politik, Kampagnen und Ideologie zu gewöhnen. Das Potenzial dazu könnte durch aggressiven Populismus von rechts außen geweckt und gelenkt worden sein (Reuband 2023). Demnach gäbe es zwar keinen ideologischen Rechtsruck, wohl aber eine lautere und handlungsorientiertere Umsetzung der bereits verbreiteten Ideologie. Die zentralen Fragen für die Mitte-Studie 2024/25 drängen sich umso stärker auf: Tritt ein bislang schlummerndes Potenzial rechtsextremer Einstellungen offener und selbstbewusster zutage? Normalisieren oder polarisieren die Einstellungen zwischen Befürwortung und Ablehnung in der Bevölkerung?

Die wachsende Offenheit vor allem junger Menschen für Angebote von rechts außen deutet darauf hin. Überproportional oft fielen in den vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen die Wahlentscheidungen junger Menschen polarisiert aus, sie votierten beispielsweise entweder für die Partei Die Linke oder die AfD. Es gibt sowohl eine größere Bereitschaft, rechte Ideologie offener zu äußern und danach zu handeln, als auch den Prozess einer unbedachten Übernahme rechter Ideologien (Herold et al. 2023). Auch die Erfahrungen von Umfrageinstituten zeigen, dass Interviewer:innen nicht mehr nur auf Zurückhaltung bei Fragen zum Rechtsextremismus stoßen, sondern zunehmend auf ein selbstbewusst-provokantes Bekenntnis zu rechtsextremen Positionen oder auch eine Zustimmung zu solchen, ohne dass die Befragten sich letztlich darüber im Klaren sind. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in der Mitte muss sich also nicht unbedingt darin erweisen, dass mehr Menschen rechtsextremen Einstellungen gezielt zustimmen, sondern kann sich auch darin äußern, dass bestimmte Aspekte oder Fragmente rechtsextremer Einstellungen nicht

mehr als solche wahrgenommen werden. Ein weiterer Teil lehnt rechtsextreme Positionen weder eindeutig ab noch befürwortet er sie. Als Ausdruck der Widerständigkeit einer Demokratie gegen Rechtsextremismus ist die klare Ablehnung rechtsextremer Einstellungen jedoch entscheidend, besonders vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Die Mitte-Studie 2022/23 hatte einen erheblichen Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung festgestellt. Dies zeigte sich auch in ähnlichen Studien, wenngleich weniger drastisch (u. a. Decker et al. 2024).[1] Allerdings sind rechtsextreme Einstellungen über die vergangenen fast 20 Jahre eher rückläufig und während der Coronapandemie besonders wenig verbreitet gewesen (Reuband 2024).

3.2 Grundverständnis und Erfassung rechtsextremer Einstellungen

Immer wieder wird diskutiert, ob die in der Mitte-Studie gemessenen Einstellungen für die Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus überhaupt eine Rolle spielen oder ob sie lediglich individuelle und flüchtige Auffassungen sind, die keine Konsequenzen haben. Nach der gängigen Definition von Stöss (2010) umfasst Rechtsextremismus sowohl rechtsextreme Einstellungen als auch Handlungen oder Taten. Dazu gehören zum Beispiel die Verbreitung rechtsextremer Propaganda, der Beitritt zu rechtsextremen Gruppen, die Wahl rechtsextremer Parteien und rechtsextrem motivierte Gewalt. Rechtsextreme Ein-

1 Während in der Reihe der Leipziger Autoritarismus-Studien eine Paper-Pencil-Befragung (PAPI) eingesetzt wird, wird in der Reihe der Mitte-Studien eine computergestützte Telefonbefragung (CATI) eingesetzt(➞ Kap. 2). Trotz des identischen Messinstruments zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen schienen die unterschiedlichen Befragungsmethoden der beiden Studienreihen bereits wiederholt Einfluss auf das Antwortverhalten und die Ergebnisse zu haben. Dazu wird diskutiert, inwiefern sich welche Methode auf Selektions- und Intervieweffekte wie auch die Datenqualität auswirken kann (Heller et al. 2024). Im Vergleich zu Paper-Pencil-Befragungen mit direktem Kontakt zu einem Interviewer könnte für die Durchführung von Telefoninterviews von einem schwächeren Effekt sozialer Erwünschtheit ausgegangen werden, aufgrund einer stärker wahrgenommenen Distanz der Befragten gegenüber den Interviewern. Andererseits können Telefoninterviews mit sich bringen, dass zu persönlich erscheinende Angaben, sensible und schwierige Fragen wie zu rechtsextremen Einstellungen seltener wahrheitsgemäß beantwortet werden als bei einem selbst ausgefüllten Fragebogen zu Hause. Es ist davon auszugehen, dass der Befragungskontext eine Rolle spielt und es einen Unterschied macht, ob jemand allein einen Fragebogen zum Thema beantwortet oder in einem telefonischen Gespräch mit einem Interviewer (dazu auch Reuband 2023).

stellungen und Verhaltensweisen können zusammen auftreten, müssen es aber nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass rechtsextreme Einstellungen in entsprechendes Verhalten übergehen, steigt, wenn das soziale Umfeld, geltende Normen und wahrgenommene Gelegenheiten dies ermöglichen (Küpper/Zick 2024). In einer Umgebung, in der rechtsextreme Einstellungen geteilt werden und als normal gelten, übernehmen Einzelne diese Einstellungen eher, wie wir in einer der letzten Mitte-Studien gezeigt haben (Rees/Rees/Zick 2021). Umgekehrt kann auch das Handeln, etwa das Begehen einer Hasstat oder das Verfassen sowie Teilen eines Onlinepostings, dazu führen, dass die Einstellungen dahingehend angepasst werden, um Kohärenz zwischen dem eigenen Handeln und Denken herzustellen. Die Forschungsgruppe Anti-Asyl-Agitation (2020) hat solche Radikalisierungsverläufe von Menschen aus der Mitte untersucht und aufgezeigt, wie durch die Teilnahme an rechtsextremen Demonstrationen – vor allem gegen Asylunterkünfte – zunehmend rechtsextreme Weltbilder übernommen und als normal empfunden wurden.

Die hier vorgenommene Erfassung rechtsextremer Einstellungen basiert auf einer Konsensdefinition von Experten (Kiess 2023). Danach handelt es sich bei Rechtsextremismus um »ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (Decker/Brähler/Geißler 2006, S. 20). Zentral sind also Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die sich mit Blick auf das politische System und das soziale Zusammenleben ausdifferenzieren. Die Billigung politischer Gewalt zur Durchsetzung dieser Vorstellungen oder auch die Bereitschaft, sie auszuüben, wird dabei nicht als notwendiger Bestandteil rechtsextremer Ideologie betrachtet, aber systematisch in die Analyse des Rechtsextremismus einbezogen (➟ Kap. 3, Fokus).

Das rechtsextreme Einstellungsmuster wird auf einer Skala mit 18 Aussagen erfasst, die wiederum die sechs Dimensionen aus der Konsensdefinition mit je drei Aussagen abbildet (➟ Abb. 3.1 u. 3.2). Die Aussagen und Dimensionen hängen dabei sowohl theoretisch als auch empirisch systematisch miteinander

zusammen (Küpper et al. 2025, im Druck).[2] Sie bilden ein gemeinsames Konstrukt (➟ Glossar), das wir als *rechtsextremes Weltbild* bezeichnen. Die Dimensionen des rechtsextremen Weltbildes können wiederum mehr oder weniger stark ausgeprägt sein. Auch wenn einige Dimensionen mehr Zustimmung erfahren und andere weniger, und selbst dann, wenn es immer einzelne Personen gibt, die einer Aussage oder Dimension aus einem anderen Grund zustimmen als dem, ein rechtsextremes Weltbild zu teilen, so bleibt doch im Querschnitt das Muster der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung bestehen.

Die Befragten sollen dazu auf einer 5-stufigen Antwortskala angeben, ob sie den jeweiligen Aussagen, die ihnen stets in derselben Reihenfolge vorgelesen werden, (1) »völlig ablehnen«, (2) »überwiegend ablehnen«, ihr (3) »teils zustimmen/teils nicht zustimmen«, (4) »überwiegend zustimmen« oder (5) »voll und ganz zustimmen«. Sie können die Antwort auch verweigern (➟ Kap. 2). Die Bewertungen der drei Aussagen einer Dimension werden aufsummiert, sodass die Werte von 12 bis 15 den Zustimmungsbereich, Werte von 8 bis 11 den Graubereich und Werte von 3 bis 7 den Ablehnungsbereich darstellen. Ein rechtsextremes Weltbild ergibt sich aus dem Summenwert über alle 18 Aussagen. Dieser kann grundsätzlich zwischen 18 und 90 Wertpunkten liegen. Haben Befragte einen Summenwert größer als 63, wird die gegebene Zustimmung als rechtsextremes Weltbild eingestuft. Eine Person muss also den Aussagen insgesamt überwiegend zustimmen, nicht nur einigen wenigen Aussagen. Der Graubereich eines rechtsextremen Weltbildes erstreckt sich von 45 bis 62 Wertpunkten. Befragte, die darunterliegen und damit die Aussagen überwiegend ablehnen, gelten als nicht rechtsextrem eingestellt.

Einzelne Dimensionen wie Nationalchauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus treten dabei zwar auch außerhalb eines rechtsextremen Welt-

2 In einer messmethodischen Analyse konnten wir bestätigen, dass die verwendete Skala über die Zeit ein stabiles und zuverlässiges Instrument zur Erfassung der rechtsextremen Einstellungen bietet. Berechnet wurden Strukturgleichungsmodelle mit multiplen Gruppenvergleichen für die Mitte-Studien 2014 bis 2022/23. Die Ergebnisse bestätigen das Modell hinsichtlich der Messinvarianz über Zeit und über demografische Untergruppen hinweg. Eine ergänzende Analyse über die vorliegenden Daten der Mitte-Studie 2024/25 bestätigt das Modell ebenfalls.

Abb. 3.1

Dimensionen des rechtsextremen Weltbilds



bildes auf. Doch wie das empirische Modell zeigt, dienen sie diesem als Einfallstor. Im Folgenden erläutern wir die sechs Dimensionen näher.[3]

3 Wir prüfen auch, ob weitere Dimensionen zum rechtsextremen Weltbild gehören, die vor 20 Jahren, als das Konstrukt entwickelt wurde, noch kein so zentrales Thema waren. So stellen die Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachweislich bedeutende Korrelate mit dem Rechtsextremismus dar (➟ Kap. 4). Sie sind aber aus theoretischer Sicht nicht gleichermaßen bestimmend für das rechtsextreme Weltbild. Ebenso hängt die Billigung politischer Gewalt empirisch eng mit dem Rechtsextremismus zusammen (➟ Kap. 3, Fokus). Statistisch rückt die Gewaltbilligung über die letzten Jahre dabei näher an das Gesamtkonstrukt heran, wie eine Modellprüfung von uns nahelegt, aber sie bildet bisher keine weitere zentrale Dimension.

Das völkisch-nationalistische Weltbild des Rechtsextremismus manifestiert sich in drei Dimensionen: Die *Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur* widerspricht der demokratischen Grundordnung. Sie zeigt sich in der Zustimmung zur Diktatur als »bessere Staatsform«, zu einem Einparteienstaat sowie zu einem Führer, der das Land »mit starker Hand regiert«. Der *Nationalchauvinismus* überhöht die nationale Identität. Er äußert sich in einem übersteigerten »Nationalgefühl«, der Befürwortung, deutsche Interessen gegenüber anderen Nationen hart durchzusetzen, und dem Anspruch auf Macht und Geltung in der Welt. Die *Verharmlosung des Nationalsozialismus* zeigt sich in der Billigung der nationalsozialistischen Vergangenheit, der Relativierung des Holocausts und der Aufwertung Adolf Hitlers.

Das völkisch-rassistische Menschenbild drückt sich wiederum in den folgenden drei Dimensionen aus: *Fremdenfeindlichkeit*[4] als feindselige Abwertung von Gruppen, die als »Ausländer« markiert werden. Sie äußert sich im Mythos einer »Überfremdung« Deutschlands und in dem pauschalen Vorwurf, Ausländer würden das Sozialsystem missbrauchen und Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen. *Antisemitismus* tritt in rassistisch motivierten Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden sowie dem klassischen Verschwörungsmythos von jüdischer Macht und Einflussnahme zutage (➟ Kap. 4) zu weiteren Facetten des Antisemitismus). *Sozialdarwinismus* beruht auf der Überzeugung, Deutsche oder bestimmte Völker seien von Natur aus stärker und anderen überlegen. Er unterscheidet auch menschliches Leben nach wert und unwert. Im Nationalsozialismus legitimierte diese Ideologie etwa die Euthanasie behinderter und psychisch erkrankter Personen oder auch die Verfolgung und Vernichtung von Menschen, die als sogenannte »Asoziale« stigmatisiert wurden – darunter solche in prekären Lebenssituationen wie Obdachlose, Menschen ohne feste Arbeit, Rom:nja und Sinti:zze, Prostituierte oder auch gleichgeschlechtlich Liebende.

4 Der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* ist im wissenschaftlichen Diskurs umstritten, weil er falsch verstanden werden kann und eine Verzerrung beschreibt, was das dahinterliegende Motiv rassistischer Abwertung betrifft. Die Begriffsverwendung könnte suggerieren, dass wir als Autor:innen bestimmte Gruppen, die rassistisch herabgewürdigt werden, als »Fremde« markieren wollten. Er ist hingegen als ideologische Dimension zu verstehen, die Menschen als nicht-*deutsch* oder nicht-*weiß* rassifiziert. Der Begriff soll in diesem Zusammenhang dazu dienen, eben diesen Prozess des Fremdmachens bestimmter Gruppen explizit zu benennen und die entsprechenden Einstellungen als Ergebnis davon darzustellen.

3.3 Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2024/25

Abbildung 3.2 zeigt, wie die sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen erfasst wurden, einschließlich der jeweiligen Antwortanteile und statistischen Kennwerte. Die Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen in der Mitte-Studie 2024/25 gegenüber 2022/23 ist deutlich gesunken, während die Ablehnung gestiegen ist. Auch der Anteil an »teils/teils«-Antworten ist mitunter geschrumpft. Einige Aussagen deuten allerdings auch darauf hin, stärker zu polarisieren als in den Vorjahren: Befragte wählen teilweise häufiger die jeweils äußerste Antwortabstufung, das heißt, sie stimmen etwas deutlicher zu, lehnen aber auch etwas deutlicher ab als noch in der letzten Erhebung. Besonders stark ist der Rückgang an fremdenfeindlichen, NS-verharmlosenden und sozialdarwinistischen Einstellungen. Dies zeigt sich unter anderem beim Vorwurf des Sozialmissbrauchs gegenüber »Ausländern«, dem zwar immer noch 15 % der Befragten zustimmen, aber deutlich weniger als 2022/23, während mit 40 % nun mehr Befragte mit »teils/teils« antworten und der Anteil der Ablehnung unverändert bei 45 % liegt. Die Verklärung Hitlers als »großen Staatsmann« findet mit 6 % nur noch halb so viel Zuspruch wie in der vorherigen Mitte-Studie. Und die Vorstellungen, dass sich in der Gesellschaft immer »der Stärkere« durchsetzen solle oder es »unwertes Leben« gebe, teilen im Jahr 2024/25 jeweils mit knapp 7 % ebenfalls deutlich weniger Befragte als zuvor. Auch der Anteil der Befragten mit antisemitischen Einstellungen ist kleiner geworden. Hingegen stabil bleibt: Jede vierte Person ist davon überzeugt, es brauche in Deutschland »eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Weitere 23 % meinen dies »teils/teils«. Eine Ausnahme bildet auch der Nationalchauvinismus: Dieser findet nach wie vor viel Resonanz und verzeichnet als einzige Dimension einen leichten Anstieg. 43 % der Menschen in Deutschland fordern etwa »endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl«.

Auf der Ebene der Dimensionen rechtsextremer Einstellungen zeigen sich der Rückgang der Zustimmung und die Zunahme der Ablehnung für das Jahr 2024/25 wie folgt: Nur 4 % der Befragten befürworten eine rechtsgerichtete Diktatur, und die große Mehrheit der Befragten lehnt diese ab, während

Rechtsextreme Einstellungen 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur (**M** = 5,85; **SD** = 2,97; **n** = 1.959; **α** = ,69)

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Nationalchauvinismus (**M** = 8,38; **SD** = 3,43; **n** = 1.859; **α** = ,77)

Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.

Verharmlosung des Nationalsozialismus (**M** = 4,95; **SD** = 2,40; **n** = 1.855; **α** = ,67)

Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Fremdenfeindlichkeit (**M** = 6,89; **SD** = 3,12; **n** = 1.928; **α** = ,80)

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Antisemitismus (**M** = 4,94; **SD** = 2,48; **n** = 1.739; **α** = ,79)

Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.

Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Sozialdarwinismus (**M** = 4,93; **SD** = 2,34; **n** = 1.927; **α** = ,62)

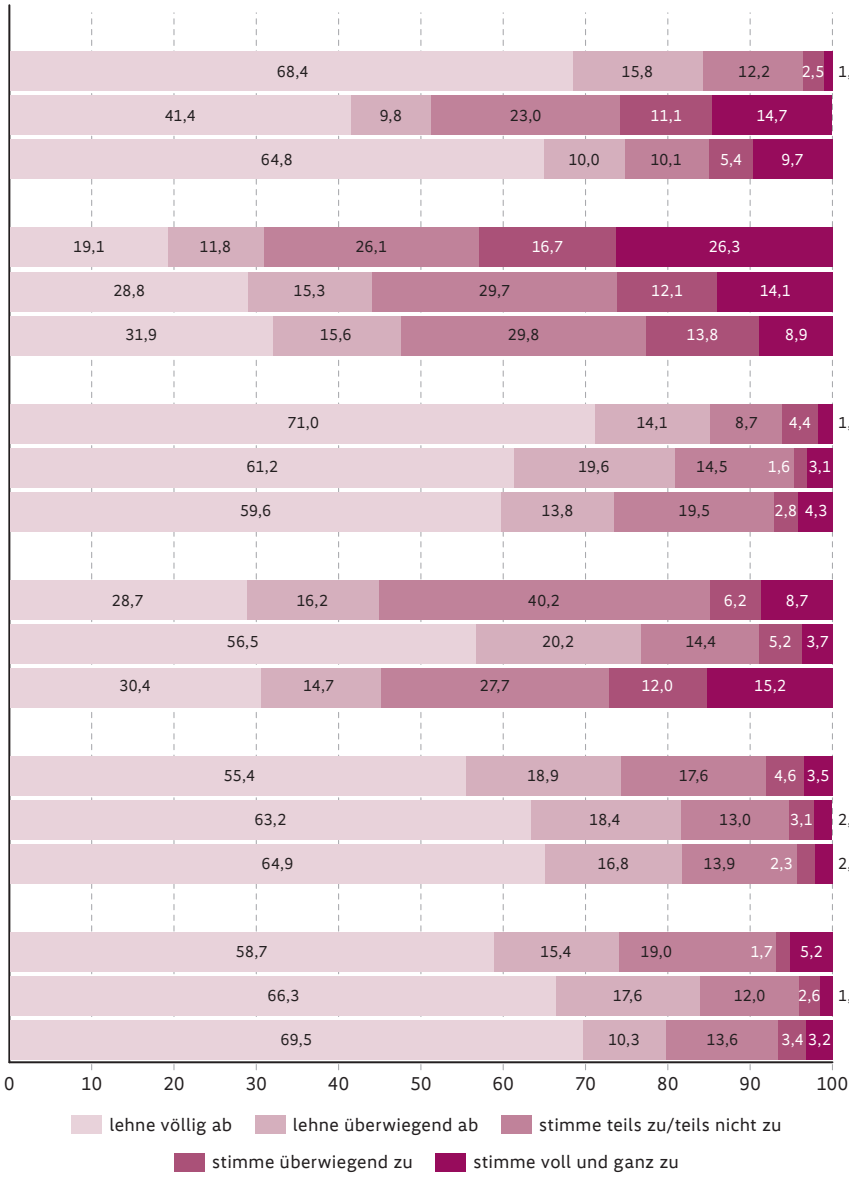
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Anmerkungen **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

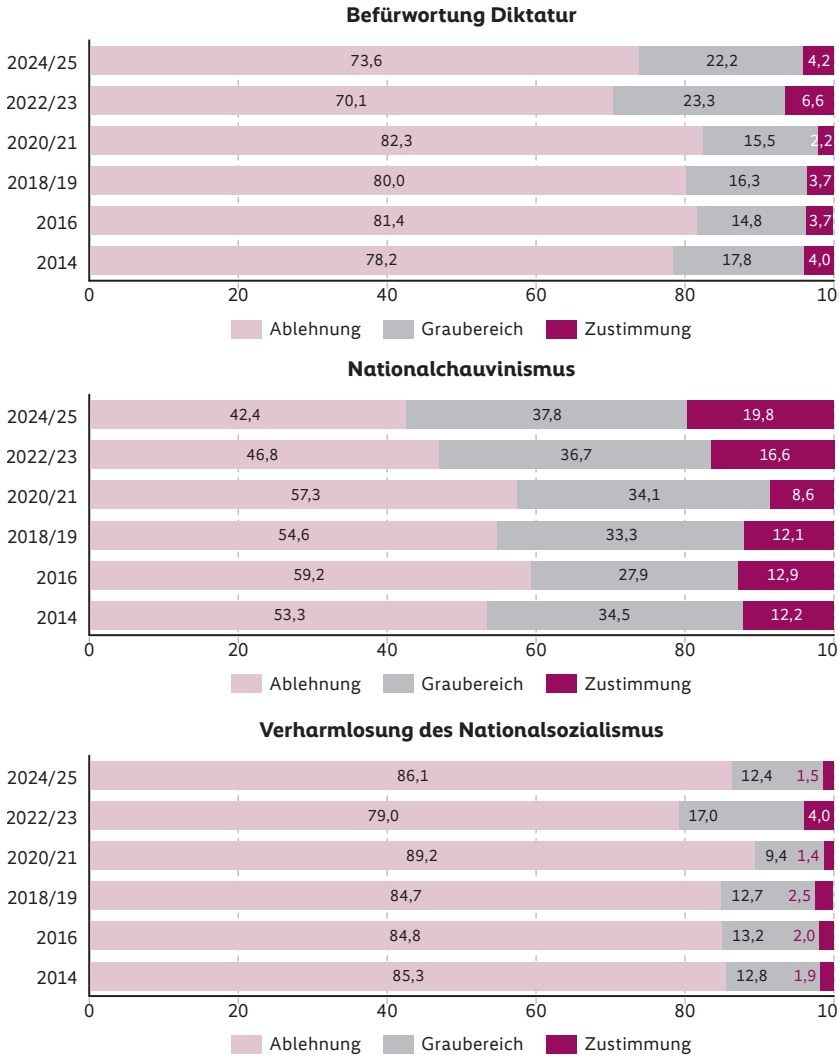
Abb. 3.2


68,4 15,8 12,2 2,5 1,1
41,4 9,8 23,0 11,1 14,7
64,8 10,0 10,1 5,4 9,7
19,1 11,8 26,1 16,7 26,3
28,8 15,3 29,7 12,1 14,1
31,9 15,6 29,8 13,8 8,9
71,0 14,1 8,7 4,4 1,8
61,2 19,6 14,5 1,6 3,1
59,6 13,8 19,5 2,8 4,3
28,7 16,2 40,2 6,2 8,7
56,5 20,2 14,4 5,2 3,7
30,4 14,7 27,7 12,0 15,2
55,4 18,9 17,6 4,6 3,5
63,2 18,4 13,0 3,1 2,3
64,9 16,8 13,9 2,3 2,1
58,7 15,4 19,0 1,7 5,2
66,3 17,6 12,0 2,6 1,5
69,5 10,3 13,6 3,4 3,2
0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100
lehne völlig ab
lehne überwiegend ab
stimme teils zu/teils nicht zu
stimme überwiegend zu
stimme voll und ganz zu

Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland von 2014 bis 2025

Abb. 3.3

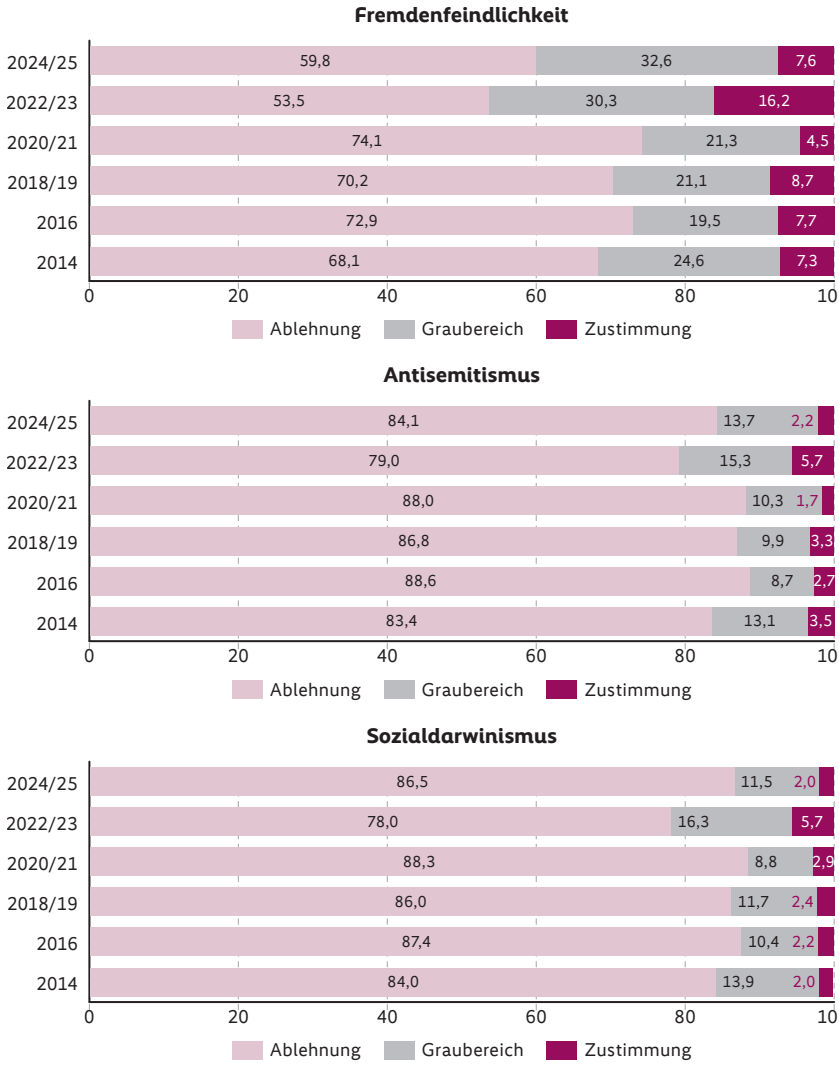
Politisch-historische Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2014–2025 (Angaben in gültigen Prozent)



Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland von 2014 bis 2025

Abb. 3.4

Sozial-völkische Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2014–2025 (Angaben in gültigen Prozent)



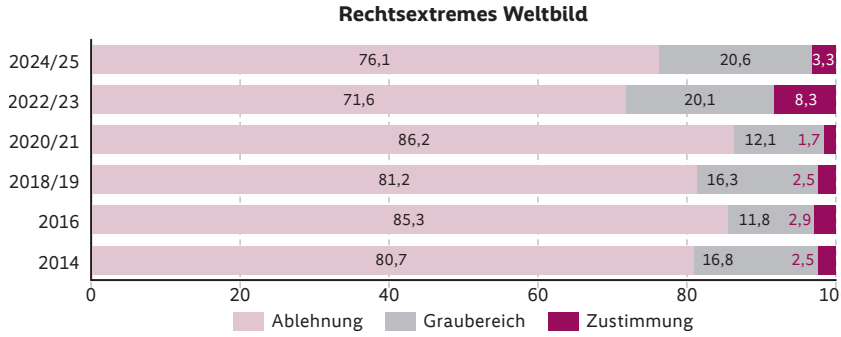
22 % unentschieden sind und sich ihre Antworten im Graubereich bewegen. Der Nationalchauvinismus erfährt 20 % Zustimmung und von weiteren 38 % teilweise Zustimmung, was heißt, dass nur 42 % der Befragten ihn ablehnen. Sehr deutlich abgelehnt wird hingegen die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Lediglich 1,5 % verharmlosen ihn, jedoch liegen rund 12 % im Graubereich.

Die Fremdenfeindlichkeit ist unter knapp 8 % der Befragten verbreitet und damit im Vergleich zu 2022/23 knapp um die Hälfte zurückgegangen, wohingegen der Graubereich mit 33 % annähernd gleich geblieben ist. Den hier gemessenen antisemitischen Einstellungen stimmen 2 % der Befragten zu und 14 % teilweise. Der Sozialdarwinismus erfährt ebenfalls bei 2 % der Befragten Zustimmung, während sich 11,5 % im Graubereich wiederfinden. Der Großteil lehnt antisemitische wie auch sozialdarwinistische Einstellungen dementsprechend ab.

Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland von 2014 bis 2025

Abb. 3.5

Rechtsextremes Weltbild in Deutschland 2014–2025
(Angaben in gültigen Prozent)



Der Anteil von Personen mit einem rechtsextremen Weltbild sinkt von 8 % im Jahr 2022/23 auf rund 3 % in der aktuellen Mitte-Studie. Er liegt damit in etwa auf dem Niveau der Jahre vor 2020/21, wie Abbildung 3.5 entnommen werden

kann.[5] Nahezu unverändert gegenüber der letzten Erhebung liegt ein Fünftel der Befragten mit ihren Einstellungen im Graubereich (21 %). Eine deutliche Mehrheit von 76 % lehnt rechtsextreme Einstellungen ab.

3.4 Rechtsextreme Einstellungen nach politischen Positionen

Rechtsextremismus ist eine politische Ideologie, die sich in Handlungen wie Wahlentscheidungen oder Parteimitgliedschaften zeigen kann, aber nicht zwangsläufig zeigen muss (Arzheimer 2012). Die Wahl einer rechtsextremen Partei spiegelt jedoch oft das politische Profil ihrer Wählerschaft wider, sofern es sich nicht um reinen Protest handelt (Reuband 2025). Im Wahlverhalten kann sich durchaus Protest ausdrücken, der nicht direkt rechtsextrem motiviert ist, aber rechtsextreme Parteien und Politik normalisiert und dadurch den Rechtsextremismus befördert. Mehr noch: Es ist wahrscheinlich, dass Wähler:innen nach der Wahl einer rechtsextremen Partei ihre Einstellungen entsprechend ihrem Verhalten anpassen, um eine möglicherweise dann entstehende kognitive Dissonanz auszugleichen. Das zeigt sich beispielsweise besonders hinsichtlich der Partei AfD. Sozialwissenschaftliche Umfragen zeigen: Die Entscheidung, die AfD zu wählen, spiegelt zunehmend die Einstellungen der Wählerschaft wider. Wer die AfD wählt, neigt deutlich eher dazu, sich selbst im politisch rechten Spektrum zu verorten, rechtsextreme Einstellungen zu teilen und diese zu verharmlosen. In einer Umfrage für den *ARD-DeutschlandTrend* im Mai 2025 meinten 82 % der AfD-Wähler:innen, es sei ihnen »egal, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht« (Vergleich zu Februar 2024: 66 %). Vor diesem Hintergrund haben wir in der Mitte-Studie ebenfalls die Normalisierungs- und Legitimationshaltung in der Bevölkerung gegenüber der AfD abgefragt.[6] 33 % der Befragten sehen im Jahr 2024/25 die AfD als »Partei wie jede andere auch« und nicht als Bedrohung für Deutschland, finden ihre

5 Ab 2014 wurden die Befragungen für die Mitte-Studie immer gleich (telefonisch) umgesetzt, sodass methodisch ein direkter Vergleich der Ergebnisse erfolgen kann.

6 Die faktorenanalytische Betrachtung der gemessenen Normalisierungshaltung gegenüber der Partei AfD wies einen gemeinsamen Faktor mit hoher Varianzaufklärung (72 %) und hohen Ladungen der einzelnen Items aus: »Die AfD ist eine Partei wie jede andere auch« (,89), »Die anderen Parteien sollten für eine Zusammenarbeit mit der AfD offen sein« (,87), »Die AfD ist eine Bedrohung

Argumente »oft überzeugend« und befürworten eine Koalitions- beziehungsweise Kooperationsbereitschaft der anderen Parteien mit ihr. Die diesbezüglichen Zustimmungen deuten auf eine niedrig wahrgenommene Normabweichung der AfD vom demokratischen Spektrum, eine positive oder zumindest neutrale Einstellung ihr gegenüber sowie eine erhöhte politische Anschlussfähigkeit der Partei hin. Viele Studien stützen die Annahme, dass die AfD rechtsextrem orientierte Menschen aus der Mitte binden kann. Inwieweit der Rechtsextremismus gleichwohl über weitere Parteien, Schichten und Gruppen in die Bevölkerung eindringen kann und wirksam ist, zeigen die nachfolgenden Analysen.

Die Befragten der Mitte-Studie wurden unter anderem gebeten, ihre politische Selbstverortung auf einer klassischen Links-Rechts-Skala sowie ihre Parteipräferenz zur sogenannten »Sonntagsfrage« anzugeben.[7]

Politische Selbstverortung

Mehr als die Hälfte aller Befragten verortet ihre politischen Ansichten »genau in der Mitte« (57 %). Knapp ein Fünftel sieht sich »eher links« (18 %) und 7 % der Befragten sehen sich »links« der Mitte. Der Anteil des linken Spektrums geht damit tendenziell zurück auf das Niveau von 2014, während der Anteil derjenigen, die sich »eher rechts« (14 %) und »rechts« (4 %) der Mitte verorten, gegenüber dem bisherigen Höchstwert im Jahr 2022/23 gleich geblieben beziehungsweise »rechts« leicht angestiegen ist. Zusammen macht das politisch rechte Spektrum in der Bevölkerung damit 18 % aus. Insgesamt zeigt sich eine wachsende Polarisierung der politischen Selbstverortung.

Die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen nach der politischen Selbstverortung folgt einem klaren Muster: Je weiter rechts die Befragten selbst ihre Ansichten einstufen, desto häufiger weisen sie auch rechtsextreme Einstellungen auf (➟ Tab. 3.1). Am häufigsten stimmen Befragte den rechtsextremen Ein-

---

für Deutschland« (invertiert: ,85) sowie »Ich finde die Argumente der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind oft überzeugend« (,78). Die daraus gebildete Mittelwertskala erweist sich als reliabel (M = 2,64; SD = 1,38; n = 1.934, α = ,91).

7 Aufgrund der kleinen Fallzahlen der politischen Selbstverortung »rechts« (n = 70) sowie der Parteipräferenzen FDP (n = 89) und BSW (n = 64) sollten die Ergebnisse nur zurückhaltend interpretiert werden.

Tab. 3.1

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach politischer Selbstverortung 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	links (n = 134)	eher links (n = 344)	genau in der Mitte (n = 1.084)	eher rechts (n = 273)	rechts (n = 70)
Befürwortung Diktatur* **	1,5	0,9	3,8	9,2	16,4
Nationalchauvinismus* **	2,8	1,8	16,7	49,1	72,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus* **	0,0	0,0	0,7	4,0	15,4
Fremdenfeindlichkeit* **	4,7	1,2	6,1	17,7	28,2
Antisemitismus* **	0,0	0,9	2,0	2,4	17,9
Sozialdarwinismus **	1,6	0,0	3,2	1,1	0,0
Rechtsextremes Weltbild* **	0,0	0,0	2,2	9,6	21,8

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; ** = p < ,01; *** = p < ,001.

stellungen zu, die sich ganz »rechts« positionieren. Am seltensten stimmen diejenigen Befragten den rechtsextremen Einstellungen zu, die sich »eher links« verorten. Teilweise etwas höhere Zustimmungswerte zeigen im Vergleich dazu Befragte, die sich selbst ganz »links« positionieren. Wer sich politisch mit den eigenen Ansichten »genau in der Mitte« einstuft, stimmt den rechtsextremen Einstellungen häufiger zu als jene links der Mitte, in der Regel aber auch deutlich seltener als jene rechts der Mitte.

Am deutlichsten zeigt sich der Anstieg entlang der Links-Rechts-Skala beim Nationalchauvinismus: Nur 3 % der Befragten, die sich selbst »links« verorten, sowie 2 %, die sich »eher links« verorten, sind nationalchauvinistisch eingestellt, gegenüber 17 % derjenigen »genau in der Mitte« und 49 % sowie 73 % der Befragten, die sich »eher rechts« oder »rechts« verorten.

Ähnlich verhält es sich mit der Zunahme von »links« nach »rechts« bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus (0 % bis 15 %), der Fremdenfeindlichkeit (5 % bis 28 %) und der Diktaturbefürwortung (1,5 % zu 16 %). Der Antisemitismus findet unter Befragten »links« und »eher links« dieses Jahr fast keine Zustimmung, liegt »in der Mitte« und »eher rechts« sehr niedrig (je 2 %),

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Parteipräferenz 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	CDU/CSU (n = 381)	AfD (n = 357)
Befürwortung Diktatur* **	4,0	7,3
Nationalchauvinismus* **	15,8	41,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus* **	0,3	2,1
Fremdenfeindlichkeit* **	5,2	25,6
Antisemitismus* **	1,6	2,3
Sozialdarwinismus* **	8,6	0,9
Rechtsextremes Weltbild* **	1,4	11,2

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; *** = p < ,001. Die Reihenfolge der Parteien richtet sich nach dem Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl.

aber deutlich höher bei Befragten, die sich »rechts« verorten (18 %). Der Sozialdarwinismus erhält hingegen mit geringen 3 % in der Mitte noch die häufigste Zustimmung nach der politischen Selbstverortung und verbleibt ansonsten darunter. Im rechtsextremen Weltbild spiegelt sich wiederum erneut das Grundmuster der Zustimmung von »links« und »eher links« (je 0 %) über »genau in der Mitte« (2 %) nach »eher rechts« (10 %) und »rechts« (22 %) deutlich wider.

Parteipräferenz

Auch die Wahlpräferenz der Befragten für unterschiedliche Parteien geht mit mehr oder weniger Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen einher (➟ Tab. 3.2). Unter potenziellen Wähler:innen der AfD teilt jede:r Zehnte ein rechtsextremes Weltbild (11 %) – das ist die häufigste Zustimmung im Vergleich der Parteien. Besonders viele derjenigen, die die AfD wählen würden, sind nationalchauvinistisch (42 %) und fremdenfeindlich (26 %) eingestellt. Auch eine rechtsgerichtete Diktatur wird unter den AfD-Wähler:innen am häufigsten befürwortet (7 %). Anders sieht es bei den Wähler:innen der Parteien Die Grünen oder Die Linke aus: Hier ist die Zustimmung zu allen Dimensionen des Rechtsextremismus nahezu null. CDU/CSU-Wähler:innen äußern je nach Dimension sehr unterschiedlich Zustimmung beziehungsweise Ablehnung. Sie

Tab. 3.2

SPD (n = 268)	Die Grünen (n = 203)	Die Linke (n = 163)	BSW (n = 64)	FDP (n = 89)	Nichtwahl (n = 146)
5,3	1,0	0,0	6,3	0,0	0,0
22,8	1,5	1,4	22,2	28,4	22,7
3,8	0,0	0,0	0,0	3,4	4,5
3,8	0,0	0,6	4,8	0,0	14,4
6,9	0,0	0,0	0,0	0,0	7,8
0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4,2	0,0	0,0	3,7	6,9	0,0

fallen dabei vergleichsweise vermehrt durch Sozialdarwinismus auf (9 %), während unter ihnen so gut wie keine Verharmlosung des Nationalsozialismus gemessen wurde und lediglich etwas mehr als 1 % ein rechtsextremes Weltbild aufweist. Häufiger als Wähler:innen der CDU/CSU, oder auch der Parteien Die Grünen sowie Die Linke, stimmen SPD-Wähler:innen dem Nationalchauvinismus (23 %), Antisemitismus (7 %) und auch der Verharmlosung des Nationalsozialismus (4 %) zu. Entsprechend höher ist der Anteil an SPD-Wähler:innen mit rechtsextremem Weltbild (4 %). Unter FDP-Wähler:innen ist der Nationalchauvinismus mit 28 % ebenfalls weitverbreitet, während fast keine:r von ihnen eine rechte Diktatur befürwortet und auch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus keine Zustimmung erfahren. Dennoch liegt bei durchschnittlich 7 % der FDP-Wähler:innen ein rechtsextremes Weltbild vor.[8]. Das Zustimmungsprofil weicht zwar im Detail von bisherigen Mitte-Studien ab, doch auch in den Vorjahren fielen FDP-Wähler:innen durch vergleichsweise häufigere Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen auf. BSW-Wähler:innen ähneln in ihrer Zustimmung zum Nationalchauvinismus (22 %) und der Diktaturbefürwortung (6 %) denen der SPD. Sie stimmen allerdings nicht dem Antisemitismus zu. Knapp 4 % der BSW-Wähler:innen teilen ein rechtsextremes Weltbild. Auffällig sind noch die Befragten, die angaben, bei einer anstehenden Bundestagswahl nicht wählen zu gehen: Sie stimmen Anti-

semitismus (8 %) und Fremdenfeindlichkeit (14 %) häufiger zu als Befragte der allermeisten Wähler:innengruppen.

3.5 Rechtsextreme Einstellungen nach soziodemografischen Gruppen

Rechtsextreme Einstellungen unterscheiden sich je nach sozialem Umfeld, Lebenslagen und Bevölkerungsgruppen. Darüber geben die Analysen soziodemografischer Unterschiede Aufschluss.

Geschlecht

Männer und Frauen unterscheiden sich statistisch überzufällig in ihrer Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen (➟ Tab. 3.3). Männer befürworten häufiger Nationalchauvinismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus als Frauen. Im Vergleich zur Mitte-Studie 2022/23 treten die Unterschiede zwischen Männern und Frauen stärker hervor.

Tab. 3.3

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Geschlecht 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	Männer (n = 972)	Frauen (n = 1.022)
Befürwortung Diktatur	3,7	4,7
Nationalchauvinismus* **	23,2	16,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus* **	2,7	0,2
Fremdenfeindlichkeit	7,3	7,9
Antisemitismus* **	3,7	0,8
Sozialdarwinismus* **	3,7	0,4
Rechtsextremes Weltbild	3,8	2,8

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; *** = p < ,001.

8 Die FDP-Wähler:innen landen mit ihren Antworten zu den rechtsextremen Einstellungen häufiger im Graubereich, sodass sich trotz geringer oder keiner Zustimmung zu den einzelnen Dimensionen, aufsummiert über die 18 Aussagen, ein rechtsextremes Weltbild im unteren Grenzbereich der Zustimmung ergibt.

Alter

Auch beim Alter der Befragten zeichnen sich deutliche Unterschiede ab (➟ Tab. 3.4). Die Zustimmungswerte für Nationalchauvinismus und Sozialdarwinismus steigen mit dem Alter an und sind bei den Über-65-Jährigen am höchsten. Die Zustimmung zum Antisemitismus nimmt dagegen mit dem Alter ab und ist, wie auch die Fremdenfeindlichkeit, unter 18- bis 34-Jährigen am weitesten verbreitet. Die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur bildet ein u-förmiges Muster: Sie tritt bei jüngeren und älteren Befragten am ehesten auf. Bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus unterscheiden sich die Altersgruppen kaum voneinander. Ein rechtsextremes Weltbild findet sich mit 7 % vor allem unter 18- bis 34-Jährigen, deutlich seltener bei Befragten mittleren Alters (3 %) oder bei Über-65-Jährigen (1 %). Damit setzt sich der Trend der Vorjahre fort: Rechtsextreme Einstellungen waren über lange Zeit unter Älteren weiter verbreitet als unter Jüngeren. Seit einigen Jahren hat sich dies gedreht.

Tab. 3.4

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Altersgruppen 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	18–34 Jahre (n = 441)	35–64 Jahre (n = 977)	ab 65 Jahre (n = 583)
Befürwortung Diktatur*	4,7	2,9	5,9
Nationalchauvinismus***	15,4	18,7	25,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,2	2,1	0,8
Fremdenfeindlichkeit***	12,5	5,9	6,5
Antisemitismus*	3,5	2,1	1,1
Sozialdarwinismus***	0,2	0,8	5,4
Rechtsextremes Weltbild***	6,8	2,6	1,4

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; * = p < ,05; *** = p < ,001.

Schulbildung

Hinsichtlich der formalen Schulbildung bestätigt sich tendenziell der Befund aus den Vorjahren: Befragte mit einem hohen Schulabschluss äußern deutlich seltener Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen als jene mit einem mittleren oder niedrigen Schulabschluss. Das gilt 2022/23 für Nationalchauvinismus,

Antisemitismus und auch insgesamt für ein rechtsextremes Weltbild, welches vermehrt unter Befragten mit einem niedrigen sowie mittleren Schulabschluss vertreten wird. Eine rechtsgerichtete Diktatur wird unter Befragten mit einem niedrigen formalen Schulabschluss mehr als doppelt so häufig befürwortet wie unter denjenigen mit einem mittleren oder hohen Schulabschluss. Bei Befragten mit einem niedrigen Schulabschluss wird vor allem der Nationalsozialismus verharmlost und dem Sozialdarwinismus zugestimmt. Bei Fremdenfeindlichkeit stimmen Befragte mit mittlerem Schulabschluss hingegen deutlich häufiger zu als solche mit niedrigem oder hohem Schulabschluss.

Tab. 3.5

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Schulbildung 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	niedrig (n = 647)	mittel (n = 601)	hoch (n = 718)
Befürwortung Diktatur* **	7,2	3,0	2,4
Nationalchauvinismus* **	33,9	20,2	6,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus* **	3,2	1,3	0,0
Fremdenfeindlichkeit* **	7,0	13,1	3,6
Antisemitismus **	3,7	2,2	0,8
Sozialdarwinismus* **	5,2	0,0	0,6
Rechtsextremes Weltbild* **	4,3	4,8	1,1

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; ** = p < ,01; *** = p < ,001. Kategorisierung der Schulbildung: niedrig = Personen ohne Abschluss oder mit höchstens Volks-/Hauptschulabschluss; mittel = Personen mit höchstens mittlerer Reife; hoch = Personen mit Fach-/Hochschulreife.

Einkommen

Am häufigsten stimmen Befragte mit niedrigerem Einkommen rechtsextremen Einstellungen zu – insbesondere bei Nationalchauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Diktaturbefürwortung sowie Antisemitismus (➟ Tab. 3.6). Bei ihnen tritt auch deutlich öfter ein rechtsextremes Weltbild auf. Beim Sozialdarwinismus zeigen sich hingegen keine Unterschiede nach den drei Einkommensgruppen. Weitere Analysen legen nahe, dass der Einfluss des Einkommens auf die eng damit verknüpfte Schulbildung zurückzuführen ist. So zeigt sich unter Berücksichtigung der Schulbildung der Befragten, dass der statistische Einfluss

des Einkommens auf die Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen begrenzt ist.[9]

Tab. 3.6

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Einkommensgruppen 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

Einkommens…	…schwächere (n = 484)	…mitte (n = 930)	…stärkere (n = 348)
Befürwortung Diktatur* **	7,6	4,2	1,2
Nationalchauvinismus* **	29,4	18,9	9,0
Verharmlosung des Nationalsozialismus*	2,5	1,6	0,0
Fremdenfeindlichkeit* **	12,6	6,4	4,6
Antisemitismus **	4,3	1,9	0,9
Sozialdarwinismus	0,4	0,7	0,6
Rechtsextremes Weltbild* **	6,0	3,2	1,0

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; * = p < ,05; ** = p < ,01; *** = p < ,001. Gemessen am Einkommensmedian der Stichprobe gelten Personen mit weniger als 70 % des bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommens als einkommensschwächer. Personen mit über 150 % des Äquivalenzeinkommens gelten demgegenüber als einkommensstärker. Wer über 70 % und unter 150 % des Äquivalenzeinkommens verfügt, gilt als Einkommensmitte.

3.6 Rechtsextreme Einstellungen nach regionalen Unterschieden

Rechtsextreme Einstellungen können je nach regionalen Strukturen und Bezugssystemen sowie lokalen Kulturen unterschiedlich weit verbreitet sein. Besonders in ländlichen Gebieten und Regionen im Osten Deutschlands weisen die bisherigen Mitte-Studien häufiger auf rechtsextreme Einstellungen hin. In jünge-

9 Es wurden univariante Varianzanalysen mit der unabhängigen Variable der drei Einkommensgruppen und der abhängigen Variable der rechtsextremen Mittelwertskala berechnet: F(2, 1.743) = 38,93; unter Kontrolle der Schulbildung: F(2, 1.736) = 12,05. Die Unterschiede nach der Schulbildung der Befragten schränken die Einkommenseffekte auf die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen ein. Das trifft auch auf das Gefühl zu, »im Großen und Ganzen gerecht behandelt zu werden«, das 13 % der Befragten nicht teilen. Unterschiede nach Einkommen zur Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen unter Kontrolle des Gefühls gerechter Behandlung: F(2, 1.741) = 18,22. Alle Unterschiede sind signifikant mit p < ,001.

rer Zeit schwächen sich dahin gehende Unterschiede zwischen den Regionen in Ost- und Westdeutschland allerdings ab.

Tab. 3.7

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	Ostdeutschland (n = 342)	Westdeutschland (n = 1.641)
Befürwortung Diktatur	4,1	4,2
Nationalchauvinismus	17,1	20,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus	0,6	1,6
Fremdenfeindlichkeit**	11,1	6,9
Antisemitismus*	0,4	2,6
Sozialdarwinismus*	0,3	2,4
Rechtsextremes Weltbild	4,9	3,0

Anmerkungen n = Anzahl der Befragten; * = p < ,05; ** = p < ,01.

Die Mitte-Studie 2024/25 zeigt uneinheitliche Unterschiede in der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland (➟ Tab. 3.7). Tendenziell ist der Anteil an Befragten mit einem rechtsextremen Weltbild in Ostdeutschland zwar etwas höher als in Westdeutschland, der Unterschied ist statistisch jedoch nicht signifikant.[10] Auch der Graubereich zum rechtsextremen Weltbild fällt mit rund einem Fünftel in Ost- und Westdeutschland nahezu gleich aus. Wenn man die einzelnen Dimensionen betrachtet, findet sich in Ostdeutschland eine signifikant höhere Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit als in Westdeutschland, während in Westdeutschland mehr Befragte dem Antisemitismus und Sozialdarwinismus zustimmen. Hinsichtlich Diktaturbefürwortung, Nationalchauvinismus und NS-Verharmlosung unterscheiden sich die Befragten in Ost- oder Westdeutschland nur geringfügig voneinander und eher zufällig.

10 Etwas deutlicher wird der Unterschied, wenn berücksichtigt wird, ob die Befragten überwiegend in Ost- oder Westdeutschland aufgewachsen sind. Die Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild liegt dann bei 6 % unter jenen, die im Osten aufgewachsen sind, gegenüber 3 % unter jenen, die im Westen aufgewachsen sind. Anders als beim Wohnort spielen dabei weniger die unmittelbar regionalen Lebensumstände oder die Normalität von Rechtsextremismus vor Ort eine Rolle, sondern eher biografische Erfahrungen, die die Einstellungen prägen (➟ Kap. 10).

Tab. 3.8

Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Wohnort 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

	Stadt (n = 1.452)	Land (n = 506)
Befürwortung Diktatur*	4,8	2,7
Nationalchauvinismus***	22,5	13,1
Verharmlosung des Nationalsozialismus*	1,8	0,4
Fremdenfeindlichkeit	7,0	9,8
Antisemitismus	2,0	3,0
Sozialdarwinismus*	2,6	0,6
Rechtsextremes Weltbild	3,3	3,4

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; * = p < ,05; *** = p < ,001.

Zwischen Stadt- und Landbevölkerung zeigen sich ebenfalls nur leichte Unterschiede (➟ Tab. 3.8). Dabei fällt jedoch auf, dass Befragte auf dem Land deutlich seltener Zustimmung zum Nationalchauvinismus, zur Diktaturbefürwortung und zum Sozialdarwinismus äußern als Befragte in der Stadt. Auf dem Land fällt in der Tendenz lediglich die Fremdenfeindlichkeit leicht höher aus als in der Stadt, wo die Zustimmung sonst größtenteils durchschnittliche Werte erreicht. Hinsichtlich eines rechtsextremen Weltbilds unterscheiden sich Befragte auf dem Land und in der Stadt nicht.

3.7 Haltungen zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Bevölkerung

Für eine Demokratie zählt nicht nur, wie stark der Rechtsextremismus als Ideologie in der Mitte verankert ist: Genauso entscheidend ist, wie die Mitte gegenüber dem Rechtsextremismus, seinem Erstarken wie auch seiner Gefährlichkeit für die Demokratie eingestellt ist. In der Mitte-Studie 2024/25 wurden die Befragten dazu um ihre Einschätzung gebeten.[11] Die Aussagen zum Umgang mit dem Rechtsextremismus zeigen diese Einschätzungen (➟ Abb. 3.6).

11 Erstmalig haben Zick, Küpper und Legge (2009) dies im Rahmen der GMF-Langzeitstudie gemessen.

Ablehnung bzw. Zustimmung zu Aussagen zum Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland (Angaben in gültigen Prozent | n = 833)

Der Rechtsextremismus wird in den Medien hochgekocht.

Ohne den Linksextremismus würde es den Rechtsextremismus gar nicht geben.

Es ist am besten, den Rechtsextremismus gar nicht zu beachten.

Es liegt vor allem in der Verantwortung der Sicherheitsbehörden, gegen den Rechtsextremismus aktiv zu werden.

Es braucht mehr politische Bildung gegen den Rechtsextremismus.

Ich wüsste nicht, was ich gegen den Rechtsextremismus tun sollte.

Ich finde es bedrohlich, dass der Rechtsextremismus zunimmt.

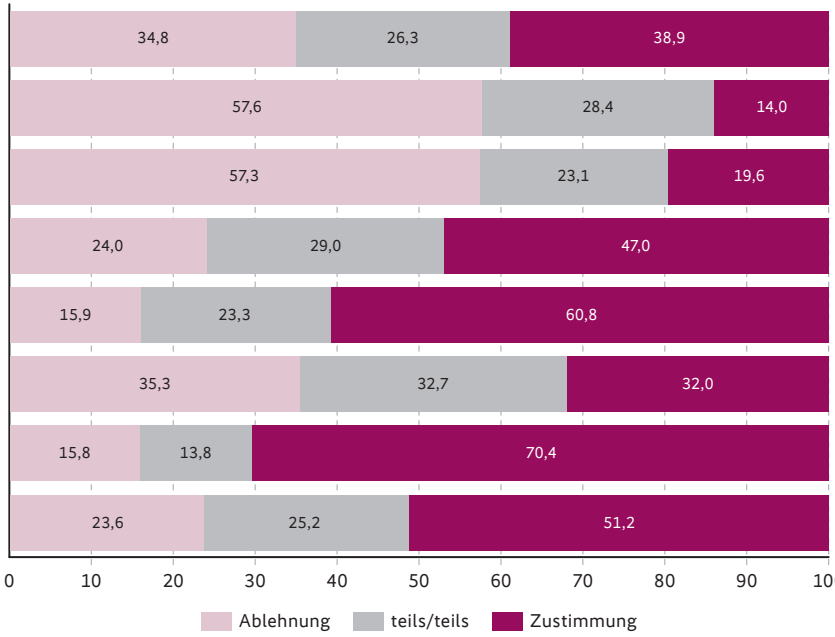
Ich bin bereit, selbst etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun.

Anmerkungen n = Anzahl der Befragten

70 % der Menschen in Deutschland empfinden den zunehmenden Rechtsextremismus als bedrohlich, wie es auch mit 67 % die allermeisten Befragten ablehnen, den Rechtsextremismus »am besten gar nicht zu beachten«. Dass der Linksextremismus für den Rechtsextremismus verantwortlich sei, wird ebenfalls mehrheitlich abgelehnt (58 %) und von nur wenigen bejaht (14 %). Etwas weniger als ein Drittel meint dies »teils/teils«. Deutlich mehr Befragte stimmen hingegen der Auffassung zu, dass der Rechtsextremismus »in den Medien hochgekocht« werde (39 %), und rund ein Viertel teilweise.[12] 61 % fordern »mehr

12 Die Aussagen zum Umgang mit dem Rechtsextremismus wurden im Rahmen eines Pretests statistisch vorgeprüft und für die Haupterhebung angepasst, in der sie von einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten bewertet wurden (➟ Kap. 2). Ergänzend zu den hier berichteten Häufigkeiten der Ablehnung bzw. Zustimmung wurden die Aussagen mittels einer Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation auch hinsichtlich ihrer Dimensionalität untersucht. Dabei konnten zwei zentrale

Abb. 3.6



politische Bildung«, wobei auch fast jede:r Zweite die Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus bei den Sicherheitsbehörden sieht. Ein Drittel der Befragten gibt an, nicht zu wissen, was man persönlich gegen den

---

Faktoren extrahiert werden, die inhaltlich in *Verharmlosung* und demgegenüber in *Verantwortungsbewusstsein* für den Rechtsextremismus unterschieden werden können. Zusammen erklären beide Faktoren 47 % der Gesamtvarianz in den entsprechenden Einstellungen. Die Verharmlosung des Rechtsextremismus findet Ausdruck über die drei Aussagen »Ohne den Linksextremismus würde es den Rechtsextremismus gar nicht geben.« (r = ,68), »Der Rechtsextremismus wird in den Medien hochgekocht.« (r = ,56) und »Es ist am besten, den Rechtsextremismus gar nicht zu beachten.« (r = ,49). Eine daraus konstruierte Mittelwertskala zeigt eine hinreichende Reliabilität (M = 2,58; SD = 1,03; n = 970; α = ,66). Das Verantwortungsbewusstsein für den Rechtsextremismus findet wiederum Ausdruck über die drei Aussagen »Es braucht mehr politische Bildung gegen den Rechtsextremismus.« (r = ,74), »Ich finde es bedrohlich, dass der Rechtsextremismus zunimmt.« (r = ,74) und »Ich bin bereit, selbst etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun.« (r = ,50), die ebenfalls eine reliable Mittelwertskala bilden (M = 3,77; SD = 1,07; n = 974; α = ,73).

Rechtsextremismus tun sollte, während jeweils ein weiteres Drittel dies zumindest teilweise meint beziehungsweise zu wissen scheint. Mit 51 % ist die Mehrheit »bereit, selbst etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun«. Ein Viertel ist unentschlossen, und ein knappes Viertel ist dazu nicht bereit und weist damit die eigene Verantwortung für eine wehrhafte Demokratie von sich.

Wird zu den Einschätzungen noch die Wahlpräferenz der Befragten für eine Partei berücksichtigt, zeigt sich, dass 33 % der AfD-Wähler:innen es bedrohlich finden, dass der Rechtsextremismus zunimmt, 30 % »teils/teils« und 45 % darin keine Bedrohung sehen. Sehr ähnlich verteilt sich die Bedrohungseinschätzung unter Wähler:innen des BSW.

Interessant sind zudem die Zusammenhänge zwischen den Haltungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und den rechtsextremen Einstellungen selbst: Wenig überraschend verharmlosen rechtsextrem eingestellte Befragte deutlich eher den Rechtsextremismus in Deutschland ($r = ,61$; $p <,001$). Sie meinen, dieser werde in den Medien hochgekocht, es sei am besten, ihn nicht zu beachten, und er sei durch den Linksextremismus verschuldet. Hingegen hängen rechtsextreme Einstellungen signifikant negativ mit Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Rechtsextremismus zusammen ($r = – ,48$; $p < ,001$). Das heißt, Befragte, die dessen Zunahme bedrohlich finden, mehr politische Bildung fordern oder auch selbst bereit wären, gegen den Rechtsextremismus aktiv zu werden, weisen rechtsextreme Einstellungen eher zurück.

3.8 Zur Interpretation von Nichtantworten bei Fragen zu rechtsextremen Einstellungen

Ein weiteres Phänomen der Mitte-Studien soll an dieser Stelle hervorgehoben werden: Ein nicht unerheblicher Anteil an Befragten macht zur Frage nach den rechtsextremen Einstellungen keine Angabe oder gibt an, keine Einschätzung vornehmen zu können beziehungsweise nicht zu wissen, welche Antwort ihrer Einstellung entspricht (➡ Kap. 2). Dies zeigte sich relativ stabil bereits über die Vorjahre mit unterschiedlicher Ausprägung bei den einzelnen Aussagen und Dimensionen. Mit Blick auf das rechtsextreme Weltbild und den Anteil der Nichtbeantwortung der 18 Aussagen lässt sich ein kontinuierlicher Rückgang

seit der Erhebung im Jahr 2016 feststellen, als noch 30 % der Befragten keine Antwort gegeben haben (2018/19: 26 %; 2020/21: 25 %; 2022/23: 21 %). In der vorliegenden Mitte-Studie sind es noch 18 % der Befragten, deren Antworten zur Frage nach einem rechtsextremen Weltbild ausbleiben. Mit Blick auf die Frage nach der Normalisierung von Rechtsextremismus kann diese Form der Antwortverweigerung eine bedeutsame Reaktion und Information sein, der wir daher genauer nachgehen wollen.

Die Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen bringen einerseits eine gewisse Schwierigkeit in der Bewertbarkeit mit. Die Befragten könnten aus unterschiedlichen Gründen keine Auskunft dazu geben, etwa weil sie die Fragen nicht verstehen oder nicht nachvollziehen können oder auch so empörend finden, dass sie die Antwort verweigern. Tatsächlich rufen die Aussagen bei einigen Befragten starke Spontanreaktionen hervor, wie die Interviewer:innen berichten. Befragte könnten auch deshalb nicht antworten, weil sie verunsichert sind, was die möglicherweise »richtige« oder »erwartete« Antwort ist. Ebenso könnten sie zustimmen wollen, sich dann jedoch zurückhalten, wenn sie vermuten, damit gegen bestimmte Normen und Werte zu verstoßen(➟ Kap. 2).

Anders als bei den Befragten, die bereit sind, Auskunft über ihre Einstellungen zu geben, differenziert sich bei genauerer Betrachtung das Bild jener, die auf viele der Aussagen keine Antwort geben: Sie sind mehrheitlich älter als diejenigen, die ihre rechtsextremen Einstellungen mitteilen, sind tendenziell eher Frauen als Männer, und sie verorten ihre eigenen politischen Ansichten meist in der Mitte. Zudem geben sie auch überdurchschnittlich an, nicht zu wählen.

Auch ihr Antwortmuster zum Umgang mit dem Rechtsextremismus deutet auf die Tendenz hin, bei politischen Fragen verunsichert zu sein und sich möglichst bedeckt zu halten. So finden es die Antwortverweiger:innen rechtsextremer Einstellungen zwar durchaus »bedrohlich, dass der Rechtsextremismus zunimmt« und fordern auch häufiger mehr politische Bildung als etwa jene Befragten mit einem rechtsextremen Weltbild, aber sie meinen – ähnlich wie jene im Graubereich –, dass der Rechtsextremismus »in den Medien hochgekocht« werde. Zugleich geben sie mehr als alle anderen an, nicht zu wissen, was sie gegen den

Rechtsextremismus tun sollten, und sehen vor allem die Sicherheitsbehörden in der Verantwortung.

3.9 Fazit und Diskussion

Die Mitte hat sich vorerst nicht weiter einer rechtsextremen Ideologie zugewandt, aber auch nicht eindeutig abgewandt. Nur ein kleiner Teil der Mitte in Deutschland vertritt ein rechtsextremes Weltbild, während die große Mehrheit das nicht tut. Im Vergleich zum deutlichen Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Mitte-Studie 2022/23 bewegen sich die Zustimmungswerte wieder auf dem Niveau der Vorjahre. Zwei Drittel der Befragten der aktuellen Mitte-Studie 2024/25 nehmen hingegen ein bedrohliches Erstarken des Rechtsextremismus wahr. Die meisten fordern, ihn zu bekämpfen, und setzen dabei auf die Sicherheitsbehörden und politische Bildung. Drei Viertel zeigen sich teilweise auch selbst bereit, Verantwortung im Widerstand gegen rechtsextreme Bestrebungen zu übernehmen. Dies sind wichtige Signale für die demokratische Gesellschaft.

Eine Ausnahme im Rückgang rechtsextremer Einstellungen stellt dennoch der Anstieg des Nationalchauvinismus dar. Er bezeichnet mehr als ein starkes Nationalgefühl, das sich in Stolz und Zugehörigkeit zum Heimatland ausdrückt. Es geht beim Nationalchauvinismus um ein aggressives Durchsetzen deutscher Interessen, um Macht und Geltung im Streben nach Überlegenheit gegenüber und auf Kosten von anderen Nationen. Der Nationalchauvinismus geht oft mit den anderen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen einher und ist fester Bestandteil des rechtsextremen Weltbilds. Er dient als Brücke, die Teile der Mitte in den Rechtsextremismus führen kann. Diese Funktion ist aus der deutschen Geschichte bekannt: Der »Hurrapatriotismus« der Weimarer Zeit und die Emotionspolitik des Nationalsozialismus sind Beispiele dafür (Frevert 2015). Der moderne Rechtspopulismus beherrscht die nationalchauvinistische Gefühls- und Symbolindustrie in herausragender Weise (Illouz 2024). Das kann in nationaler Nostalgie zum Ausdruck kommen (Duyvendak 2011) und durch ein verklärendes Nationalgefühl eine emotionale Bindung schaffen (z. B. Strick 2021). Die vehemente Propaganda, um die eigene nationale Identität »beraubt« zu werden, verfängt (z. B. Hillje 2022). Das wirft nicht zuletzt die Frage auf,

welche demokratisch orientierten Symbole, Identitäten, Affekte und Ideen man denjenigen Menschen bieten kann, die sie suchen.

Durchschnittlich ein Fünftel der Befragten bewegt sich mit den Einstellungen im Graubereich, der in den Mitte-Studien über die Jahre leicht angewachsen ist. Die Einstellungen der Mitte wirken dadurch diffuser, unentschlossener und ambivalenter. Dieser Teil der Mitte tendiert im Zweifelsfall eher zu einer distanzierten Haltung zur Demokratie. Daran kann sich eine Normalisierung des Rechtsextremismus anschließen, wenn dessen Akteure, Politik und Ideologie Menschen aus der Mitte zu einer schleichenden Akzeptanz und Übernahme autoritärer sowie antidemokratischer Positionen treiben. Dass dies erfolgreich sein kann, dafür sprechen unter anderem die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien. Ein Grund hierfür könnte auch darin bestehen, dass mit 79 % die große Mehrheit der Befragten der Mitte-Studie 2024/25 überzeugt ist, selbst Demokrat:in zu sein. Dieses demokratische Selbstbild verhindert möglicherweise, antidemokratische Positionen bei sich zu hinterfragen (➞ Kap. 5).

Ein weiteres Fünftel der Befragten äußert sich nicht zu den rechtsextremen Aussagen – entzieht sich, will oder kann keine Position beziehen. Zwar empfinden sie das Erstarken des Rechtsextremismus in Deutschland als bedrohlich, doch bleiben sie insgesamt zurückhaltend und unsicher bei politischen und gesellschaftlichen Fragen. Ihre Positionen könnten der Brandmauer gegen den Rechtsextremismus jedoch fehlen und vielleicht nehmen sie demokratiefeindliche Angebote sogar leichter an. Im Rahmen der politischen Bildung und Demokratiearbeit scheinen diese Befragten aber wichtig und durchaus empfänglich zu sein für die Entwicklung einer demokratischen Orientierung, wenngleich sie eben schwer identifizierbar und erreichbar sind. Vor allem auch die Schulbildung spielt eine zentrale Rolle und beeinflusst die Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen: Je höher das formale Schulbildungsniveau, desto eher sinkt die offene Zustimmungsbereitschaft. Dieser Befund ist seit Langem bekannt, und doch kann nicht abschließend geklärt werden, auf welche Art und Weise (Schul-)Bildung vor rechtsextremen Einstellungen schützen kann. Einige Erklärungen zum Bildungseffekt scheinen dabei zwar plausibel Auskunft darüber zu geben, wie ein gewisser Einfluss sozialer Erwünschtheit zu bedenken ist, ob also etwa Personen mit Abitur eher so antworten, wie es gesellschaft-

lichen Normen und Erwartungen entspricht. Allerdings kann das in der Schule erworbene Wissen um gewisse Normen zusammen mit der sozialen Kompetenz, negative Affekte und Meinungen verstecken oder unterdrücken zu können, kaum zur Gänze den Bildungseffekt erklären (Ostapczuk/Musch/Moshagen 2008). Auch der gesellschaftliche Kontext, in dem Bildung stattfindet, kann einflussreich sein und mit mehr oder weniger demokratischen Orientierungen einhergehen (Thomsen/Olsen 2016). Die kritische Frage, warum es denn trotz steigenden Bildungsniveaus in Deutschland sowie der insgesamt liberalisierenden Wirkung von Bildung immer noch Rechtsextremismus gibt, übersieht zwei wichtige Momente: Erstens ist Demokratie ein anspruchsvolles Verfahren zur Konfliktlösung und Kompromissfindung, in dem demokratische Normen, Werte und Prinzipien immer wieder gegen antidemokratische Tendenzen verteidigt, im Alltag und in der politischen Kultur gelebt, in Institutionen verankert und in der Gesellschaft gefestigt werden müssen. Durch formale Bildung und den Schulbesuch allein ist das nicht garantiert. Zweitens sollte nicht übersehen werden, dass rechtspopulistische und -extreme Akteure viel strategisches Geschick und medialen Aufwand zur Verbreitung ihrer Ideologie aufbringen, insbesondere mit Blick auf die Bildungspolitik(➟ Kap. 11 Schule).

Zum Kampf gegen Rechtsextremismus gehört auch die Stärkung des Sozialstaates. Eine prekäre Lebenslage macht anfällig für rechtsextreme Einstellungen – diese These hält sich hartnäckig und findet mit Einschränkungen auch empirische Belege (z. B. Butterwegge 1995; Rippl/Seipel 2024; Stark et al. 2017). Wie schon in früheren Erhebungen steigt die Neigung zu rechtsextremen Einstellungen bei einem niedrigeren Einkommen auch in den Ergebnissen der Mitte-Studie 2024/25 an. Bei genauerem Hinsehen steht dabei das Einkommen meist in einem wechselseitigen Verhältnis zum Bildungshintergrund der Befragten. Zudem konnte festgestellt werden, dass sich nicht zuletzt die subjektive Einschätzung der sozioökonomischen Lage, wie etwa das Gefühl, nicht gerecht behandelt zu werden, auf die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen auswirkt (u. a. Küpper/Zick 2011; Kiess et al. 2024). Rechtsextreme Akteure und Ideologien haben Menschen in prekären und benachteiligten Lebenslagen zwar zum Feindbild erklärt, erreichen aber gerade sie paradoxerweise als Adressaten ihrer Propaganda (u. a. Müller 2017; Diehl 2018). Im Kapitel 8 (➟ Kap. 8) wird

dem Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und sozialer Lage mit Blick auf die Daseinsvorsorge weiter nachgegangen.

Daneben kann es eine Rolle spielen, in welcher Region Menschen leben oder aufgewachsen sind. Für das Jahr 2024/25 unterscheidet sich die Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland nur gering und in einzelnen Dimensionen. Ein rechtsextremes Weltbild liegt dennoch häufiger bei Befragten vor, die überwiegend in Ostdeutschland aufgewachsen sind. Entscheidend scheinen weniger die aktuellen Verhältnisse als vielmehr die kulturellen Prägungen und Erfahrungen zu sein (➟ Kap. 8, Mittendrin). Die Wahlerfolge der AfD im Osten lassen sich unseres Erachtens darauf zurückführen, dass sie gezielt an kollektive Gefühle und Erfahrungen wie auch an alte ideologische Erzählungen anknüpft – sei es im preußischen, sächsischen oder völkischen Denken. Diese regionalen Unterschiede dürfen jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen im Zusammenhang mit politischen Selbstverortungen und Wahlentscheidungen gesehen werden. So sind es vor allem Befragte, die ihre politische Position selbst als »rechts« einstufen, die nachweislich rechtsextreme Einstellungen teilen oder der AfD ihre Stimme geben würden. Wer die AfD wählt, tut dies oft aus rechtsextremer Überzeugung. Dennoch wählen Befragte mit rechtsextremen Einstellungen auch andere Parteien oder gar nicht. Umgekehrt gibt es potenzielle AfD-Wähler:innen, die selbst kein rechtsextremes Weltbild vertreten. Gerade das Verhältnis von rechtsextremen Einstellungen und Wahlverhalten zeigt die Anschlussfähigkeit und Wechselwirkungen der ideologischen Orientierungen und Strömungen in der Bevölkerung.

Mit Blick auf soziodemografische und politische Gruppen gibt es aktuell noch weitere Herausforderungen: Gerade junge Menschen scheinen durch die politischen Entwicklungen verunsichert zu sein, und diejenigen von ihnen, die sich für die Demokratie engagieren, erleben vermehrt Einschüchterung und Bedrohung. Berichte aus der Jugendarbeit und aus Schulen, vor allem in Ostdeutschland, beschreiben eine schwierige Lage (➟ Kap. 11 u. Kap. 12). Die Mitte-Studie 2024/25 zeigt, dass junge Menschen auffallend oft rechtsextrem eingestellt sind und darin die Älteren übertreffen. Dennoch bleibt diese Gruppe eine Minderheit. Ob die zunehmende (Re-)Kultivierung neonazistischer

Codes, Kleidung und Ästhetik unter Jugendlichen und jungen Menschen sich als eine provozierende Geste, ein kurzzeitiges Phänomen oder doch als ein Alarmsignal erweist, ist eben regional sehr unterschiedlich und sollte genau beobachtet werden. Auch unter den Jüngeren treten Männer eher mit rechtsextremen Einstellungen in Erscheinung als Frauen. Junge Männer, die durch gesellschaftliche Veränderungen und Neuanforderungen verunsichert sind, etwa einen Bedeutungsverlust traditioneller Männlichkeit wahrnehmen, scheinen diesbezüglich besonders anfällig zu sein, wie auch andere Untersuchungen unterstreichen (z. B. Fischer et al. 2024). In bestimmten Teilen der Bevölkerung gibt es größere Potenziale für ein maskulinistisch überhöhtes und verschwörungsideologisches Denken, dem Vorstellungen von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Geschlechter anhängen (➟ Kap. 4, Fokus). Gleichwohl erweisen sich auch Frauen als zentrale Unterstützerinnen rechtsextremer Akteure, Ideologien und Strukturen. Durch ihre Inszenierung als »besorgte Mütter«, Hausfrauen oder Lifestyle-Influencerinnen fungieren sie wie Knotenpunkte in rechten Online-Netzwerken, verbreiten völkische und antifeministische Narrative und stabilisieren so die Szene (z. B. Kracher 2024).

Trotz Anfälligkeiten und Schwächen der Mitte gegenüber rechtsextremen Einstellungen, die sich auch im Jahr 2024/25 zeigen, bleibt das ermutigende Fazit: Die breite Mehrheit lehnt rechtsextreme Einstellungen ab, und der Rechtsextremismus wird von vielen Menschen als ernsthafte Bedrohung gesehen – für die Demokratie in Deutschland insgesamt sowie für all jene, die sich offen für die menschliche Würde, Gleichwertigkeit und Vielfalt einsetzen. Ein Teil der Mitte verharmlost jedoch den Rechtsextremismus und übersieht, dass dies nicht nur historisch fatal ist, sondern selbst zur rechtsextremen Strategie der Normalisierung in der Mitte gehört. Viele in der Mitte mögen durch eine Meinungspolarisierung in der Gesellschaft verunsichert sein und nicht wissen, was sie denken, fühlen oder sagen sollen. Einige denken nicht darüber nach, weil sie mit dem Alltag beschäftigt sind. Andere ziehen sich zurück ins Private, ermüdet von den vielen Debatten. Viele Menschen in der Mitte mögen sich zudem darauf verlassen, dass es schon »irgendwie gut geht«, klagen vielleicht, möchten aber keine Verantwortung übernehmen. Doch die wehrhafte Demokratie braucht wachsame, aktive und handelnde Bürger:innen, die sich rechtsextremen Aussagen und Entwicklungen entgegenstellen, selbst und gerade dann, wenn sie

aus der Mitte kommen. Rechtsextreme Ideologie führt dazu, dass Menschen bedroht, verfolgt und getötet wurden – und werden. Diese Ideologie ist weltweit erfolgreich und wird auch hierzulande selbstbewusst vorgetragen. Der Rechtsextremismus ist gut organisiert und bereit, die eigenen Positionen mit Gewalt durchzusetzen (➟ Kap. 3, Fokus). Eine sich in Gewohnheit ausruhende Mitte, die zaudert und schwankt, sich bei Hass und Hetze abwendet oder beides herunterspielt, hat Deutschland bereits einmal die Demokratie gekostet. Das von den Nationalsozialisten 1933 eingebrachte Ermächtigungsgesetz passierte unter Zustimmung der damaligen Parteien der Mitte – mit Ausnahme der SPD – das Parlament. Die Mitte kapitulierte, zog sich zurück oder lief über. Viele Intellektuelle – vor allem jene, die verfolgt wurden – beobachteten diese Entwicklung früh und ahnten, dass später niemand die Verantwortung dafür übernehmen würde. Deshalb ist es so wichtig, wie sich die Mitte positioniert und welchen Überzeugungen sie folgt.

Fokus | Politische Gewalt

Andreas Zick

Die folgende Analyse ergänzt die empirische Untersuchung zum Rechtsextremismus in der Mitte und richtet dabei den Fokus auf die Billigung politischer Gewalt. Solche Gewalt zielt darauf ab, politische Entscheidungen zu erzwingen, zu verhindern oder gegen deren Folgen zu protestieren.[1] In der Mitte-Studie erfassen wir die Billigung politischer Gewalt als Befürwortung oder gar Forderung von Gewalt, die sich gegen Politiker:innen, Andersdenkende und »Fremde« richtet. Im Kontext des Rechtsextremismus ist dies von besonderem Interesse, da dieser eng mit politischer Gewalt verknüpft ist. Der organisierte Rechtsextremismus ist ideologisch wie auch in seinen Handlungen auf die Herstellung eines Herrschaftsideals ausgerichtet, welches auf einer Ungleichwertigkeit zwischen dem »eigenen Volk« und »den Anderen« basiert. Rechtsextreme drohen mit Gewalt und setzen sie ein, um die eigenen autoritären Staats- und homogenen Gesellschaftsvorstellungen durchzusetzen. Die Billigung solcher Gewalt schafft eine Brücke in die Mitte. Wird politische Gewalt in der Mitte gebilligt, dann befördert dies die Normalisierung des Rechtsextremismus direkt oder indirekt. Rechtsextreme Milieus können so leichter Menschen ansprechen und binden. Die Billigung in der Mitte befeuert wiederum ihr Selbstbild, »Vollstrecker des Volkswillens« zu sein beziehungsweise den »gesunden Menschenverstand« zu vertreten.[2]

Zahlreiche Beobachtungen unterstützen den Eindruck, dass die Akzeptanz von Gewalt auch in der Mitte zugenommen und sich dort normalisiert hat. Behördliche Berichte bestätigen dies. So verzeichnet der Verfassungsschutzbericht des vergangenen Jahres einen Anstieg der Straftaten mit rechtsextremistischem

1 Das entspricht der Definition politischer Gewalt der Gewaltkommission der Bundesregierung aus dem Jahr 1987 (Schwind et al. 1990).

2 Dies zeigt sich sehr deutlich in unserer Studie mit Verurteilten, die eine rechtsextreme Straftat begangen haben und eher aus der Mitte der Gesellschaft stammten (Forschungsgruppe Anti-Asyl-Agitation 2020).

Hintergrund um rund 47 % auf 37.835 Fälle (2023: 25.660) (BMI 2025a). Außerdem meldet die Behörde mehr aktive Personen im Phänomenbereich politisch motivierter Gewalt von rechts sowie einen drastischen Zuwachs an vorurteilsbasierten Hasstaten. Zur Hasskriminalität zählen Taten, »die sich unmittelbar gegen eine Person oder Personengruppe, eine Institution oder ein Objekt/eine Sache richten« (BMI 2025b, S. 11). Die Taten richten sich dabei gegen Menschen, die von den Tätern ideologisch konstruierten Fremdgruppen zugeordnet werden, zum Beispiel Menschen einer vermeintlich anderen »Rasse« oder »Ethnie«, anderer Religionen oder politischer Gegner. Ebenso zielen sie auf Personen, deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität die Täter als »abweichend« betrachten. Häufig trifft ihre Gewalt auch jene, die sie als »minderwertig« einstufen, etwa aufgrund von Behinderungen oder Obdachlosigkeit (➞ Kap. 3, Mittendrin).

Kaum diskutiert und beachtet stellt das Bundesinnenministerium auch fest, dass die Gewalttaten im Bereich »sonstiger«, nicht zugeordneter Ideologien in den Vorjahren zugenommen haben und nun stabil hoch sind. Dahinter stecken rechtspopulistische, sektiererische und andere ideologisch motivierte Taten. Die Behörde sieht die Zunahme der Gewalt als Folge einer wachsenden Polarisierung und Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft. Soziale Medien trügen dazu bei, weil sie Hass, Hetze, Desinformation und Propaganda »enorm und rasant« verbreiteten.[3]

Hinter den von den Behörden erfassten Gewalttaten stecken nicht nur organisierte Extremist:innen, die solche Taten planen, sondern auch Menschen aus der Mitte. Sie handeln aus Überzeugung, lassen sich mitreißen oder begehen spontane Gewalttaten. Das Ausmaß dieser politischen Gewalt der Mitte spiegelt sich immer stärker in den Alltagserfahrungen von Politiker:innen und vieler anderer Berufsgruppen wider: Die Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft prägt zunehmend den Alltag von Amts- und Mandatsträger:innen, wie etwa Bürgermeister:innen, Angestellten in Ämtern und Personal in Krankenhäusern oder auch im öffentlichen Fern- und Nahverkehr. In einer aktuellen Umfrage des

3 https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html [Aufruf am 16.8.2025].

Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen gaben 46 % der zwischen Mai 2024 und Februar 2025 befragten Politiker:innen an, in den letzten sechs Monaten Aggressionen und Gewalt erlebt zu haben (KfN 2025). Besonders auffällig war die Zunahme offener Gewalt im Umfeld der Europawahl sowie der Landtagswahlen 2024. Auch zivilgesellschaftliche Akteure, die sich hauptberuflich oder ehrenamtlich für die Demokratie engagieren, sind Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt, die von Sachbeschädigung, Todesdrohungen bis hin zu körperlichen Angriffen reichen (Leber/Mertens/Küpper 2024). Die Gewalt zeigt sich zudem in aggressiven und gewaltorientierten Äußerungen, vor allem in den sozialen Medien. Verlässliche Daten über dieses Ausmaß von Hass und Gewaltandrohungen fehlen weitgehend, doch im Zuge aufklärender Kampagnen und konsequenter Strafverfolgung werden Angriffe heute häufiger angezeigt. Dies verbessert die Dokumentation der Hellfeldzahlen.

Ablehnung/Zustimmung zu den Aussagen politisch motivierter Gewalt 2024/25

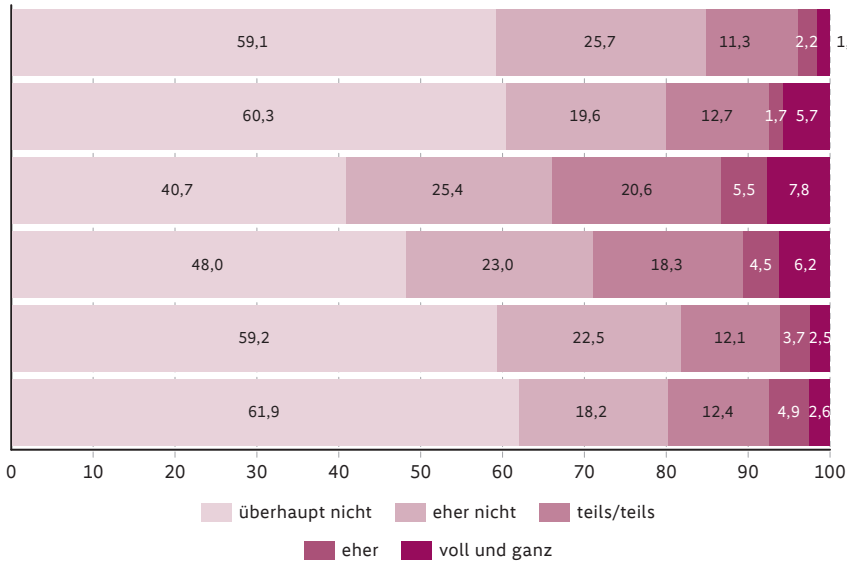
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.	
Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie schon mal in Gewalt umschlägt.	
Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.	
Ich kann es verstehen, wenn sich Menschen in Deutschland mit Gewalt gegen die Politik wehren.	
Gegen politische Gegner muss man auch mal Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.	
Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen.	

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

Die Zunahme der Gewalt in der Mitte wird auch als »Verrohung« oder »rohe Bürgerlichkeit« bezeichnet. Diese Entwicklung folgt einem schleichenden Prozess der Normalisierung, der bereits vor Jahren begann. Das Forschungsteam der Langzeitstudie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* stellte diese Verrohung etwa gegen Ende der 2000er-Jahre im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise fest. Während die Finanzkrise abklang und der Wettbewerb um die Verteilung von Ressourcen wieder zunahm, häuften sich aggressive Töne und der Ruf nach einer »härteren Gangart gegen Minderheiten«, vor allem unter jenen, die ein autoritäres Rechts- und Normverständnis haben. 2010 wurde im Rahmen der Langzeitstudie festgestellt, dass insbesondere ökonomisch besser gestellte

(Angaben in gültigen Prozent | n = 1.915)

Abb. FG.1



Befragte mit autoritären Einstellungen eine aggressive Ausgrenzung von Minderheiten befürworteten und damit selbst »verrohten« (Heitmeyer 2011). Die politische Gewalt einer krisengeschüttelten Mitte zeigte sich als autoritär-instrumentelle Aggression. Sie zielte darauf ab, die »angestammten« Ressourcen zu sichern, indem insbesondere Gruppen wie Migranten oder Arbeitslose herabgewürdigt wurden. Stereotype und Vorurteile werden aktiviert, um diese Bevorteilung zu rechtfertigen. Sie unterstellen sozial schwächeren beziehungsweise weniger einflussreichen Gruppen, sie seien »dumm«, »faul« oder »kriminell« (Fraser/Nejagholdi/Kiritschenko 2021).

Auf die Wirtschafts- und Finanzkrise folgte ein Siegeszug des Rechtspopulismus, der vor allem die Fluchtzuwanderung im Jahr 2016 skandalisieren konnte. Mit dem Eindringen des Rechtspopulismus in die Mitte nahmen polarisierte Auseinandersetzungen zu. Zugleich konnten sich dessen Anhänger:innen über Feindbilder sowie identitäre Volksvorstellungen verbinden und organisieren.

Rechtsextreme und Rechtspopulisten haben die politische Mitte über Reiz- und Triggerthemen wie Migration und Integration erreicht. Dies gelang auch, weil der Populismus aggressive Emotionen von Wut und Hass als politisches Statement veredelte und Menschen in der Mitte empören und abholen konnte (➟ Kap. 1, Mittendrin). Bereits 2020/21 zeigte die Mitte-Studie eine völkisch-autoritär-rebellische Orientierung, die sich als neue Ideologie neben dem Rechtsextremismus und -populismus in Teilen der Mitte herausbildete (Häusler/Küpper 2021).

Inzwischen entzünden sich Hass und Gewalt nicht mehr nur an Migrationsthemen, sondern auch an anderen politischen Themen, die als »woke« bezeichnet werden. Unter anderem Klimaschutz (➟ Kap. 7, Klima) und Gleichstellungsmaßnahmen (➟ Kap. 4, Fokus) stehen im Fokus, wie etwa die verbreiteten Falschbehauptungen in der Debatte um die Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes mit der Professorin Brosius-Gersdorf im Sommer 2025 zeigten.

Die Normalisierung politischer Gewalt in der Mitte hat zugenommen, auch weil rechtsextreme und -populistische Akteure systematisch, immer stärker und besser organisiert Social Media nutzen, wie Analysen zur Hassrede im Netz nachweisen (Wachs/Koch-Priewe/Zick 2021). Studien zum Populismus zeigen zudem, wie sich die politische Mitte davon emotional anstecken und aufheizen lässt, besonders im medialen Wettbewerb um Law-and-Order-Inszenierungen wie »Wir greifen durch« oder »Wir lösen das Problem« (Salmela/Van Sheve 2017).

Populismus und Extremismus haben offensichtlich die Aggressivität in der Mitte beflügelt. Diese zeigt sich in menschenfeindlichen, verschwörungsorientierten, rechtspopulistischen und rechtsextremen Orientierungen. Diese Entwicklungen machen es notwendig, die Zustimmung zu politischer Gewalt in der Mitte genauer in den Blick zu nehmen.

Politische Gewalt in der Mitte 2024/25 – Erfassung und Ergebnisse

Die Mitte-Studie 2024/25 erfasst die Zustimmung und Ablehnung politischer Gewalt anhand von sechs Aussagen (➟ Abb. FG.1). Die Aussagen spiegeln die Billigung und teilweise auch die Bereitschaft zur Ausübung politischer Gewalt wider.

Die meisten Befragten lehnen politische Gewalt ab. Die Einstellung »Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Haus ist«, findet mit 13 % noch vergleichsweise häufig Zustimmung sowie bei 21 % zumindest teilweise. Fast 11 % zeigen auch Verständnis dafür, »wenn sich Menschen in Deutschland mit Gewalt gegen die Politik wehren«, während weitere 18 % dies »teils/teils« meinen. 8 % geben zudem an, sie wären bereit, »körperliche Gewalt gegen Fremde auszuüben«, und 12 % zum Teil. Dabei tritt die Zustimmung zu all diesen Aussagen statistisch überzufällig häufig zusammen auf. Wer einer Aussage zustimmt, neigt dazu, auch anderen Aussagen zuzustimmen. Umgekehrt lehnen Befragte, die eine Aussage ablehnen, auch eher die übrigen ab.

Um die diesjährigen Ergebnisse mit denen der Vorjahre vergleichen zu können, haben wir einen entsprechenden Index (➟ Glossar) für die Billigung politischer Gewalt erstellt. Dieser fasst die Zustimmung zu den drei ersten Aussagen aus Abbildung FG.1 zusammen.[4] Im Durchschnitt billigen demnach 6 % aller Befragten politische Gewalt. Im Vergleich zur Mitte-Studie 2022/23 bedeutet das einen deutlichen Rückgang, jedoch auf ein insgesamt höheres Niveau als noch 2020/21 (➟ Abb. FG.2).

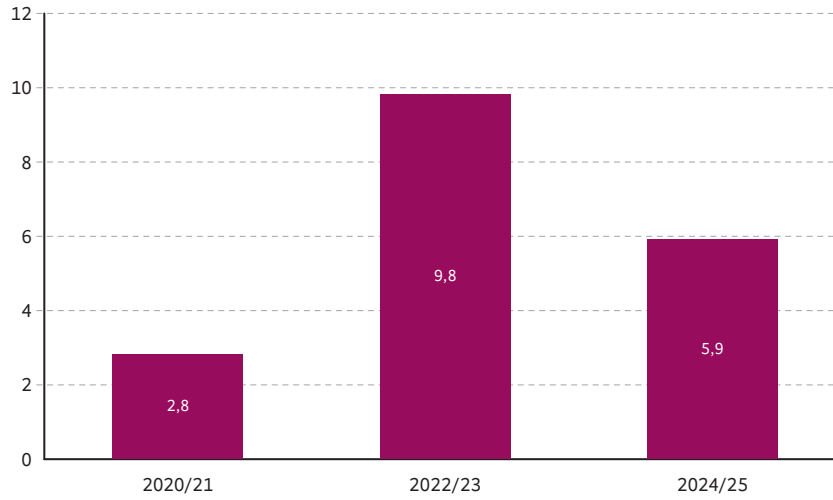
Soziodemografische Unterschiede

Die Gewaltbilligung unterscheidet sich je nach Bevölkerungsgruppe. Abbildung FG.3 zeigt die jeweiligen Anteile der Zustimmung und der Graubereiche, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter, Schulbildung und Einkommen der Be-

4 Der Index zur Billigung politischer Gewalt erklärt 59 % der Varianz und weist eine noch hinreichende Reliabilität auf (M = 1,83; SD = ,84; n = 1.986; α = ,56).

Abb. FG.2

Zustimmung zur Billigung politischer Gewalt im Zeitvergleich 2020–2025 (Angaben in gültigen Prozent)



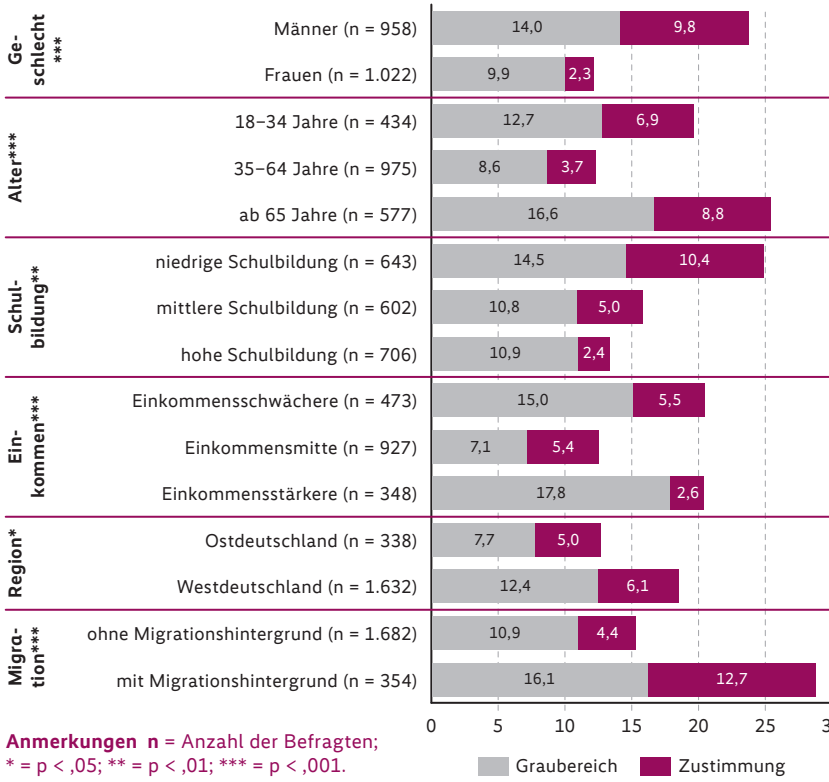
Anmerkungen Für den Zeitvergleich wurde der Index nur aus den drei Aussagen gebildet, die in allen drei Mitte-Studien erhoben wurden.

fragten sowie der Frage, ob sie in Ost- oder Westdeutschland wohnen und ob sie selbst oder mindestens ein Elternteil keine oder noch eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (➡ Kap. 2).

Ein Blick auf das *Geschlecht* der Befragten macht deutlich: Fast ausschließlich Männer und kaum Frauen billigen politische Gewalt (10 % zu 2 %). Weitere 14 % der Männer und 10 % der Frauen bewegen sich im Graubereich. Nach *Altersgruppen* zeigt sich ein u-förmiges Bild: Jüngere und Ältere (7 % bzw. 9 %) billigen häufiger politische Gewalt als Befragte mittleren Alters (4 %). Auch die *Schulbildung* spielt eine Rolle. Befragte mit einem niedrigen Schulabschluss billigen Gewalt doppelt so oft wie jene mit einem mittleren Schulabschluss (10 % zu 5 %) und mehr als viermal so oft wie Befragte mit einem hohen Schulabschluss (rund 2 %). Die Graubereiche unterscheiden sich zwischen den Bildungsgruppen mit Anteilen zwischen 11 % und 14,5 % kaum. Beim *Einkommen* zeigen sich ebenfalls Unterschiede, die eine stärkere Billigung von

Abb. FG.3

Zustimmung und Graubereich zur Billigung politischer Gewalt nach Soziodemografie (Angaben in gültigen Prozent)



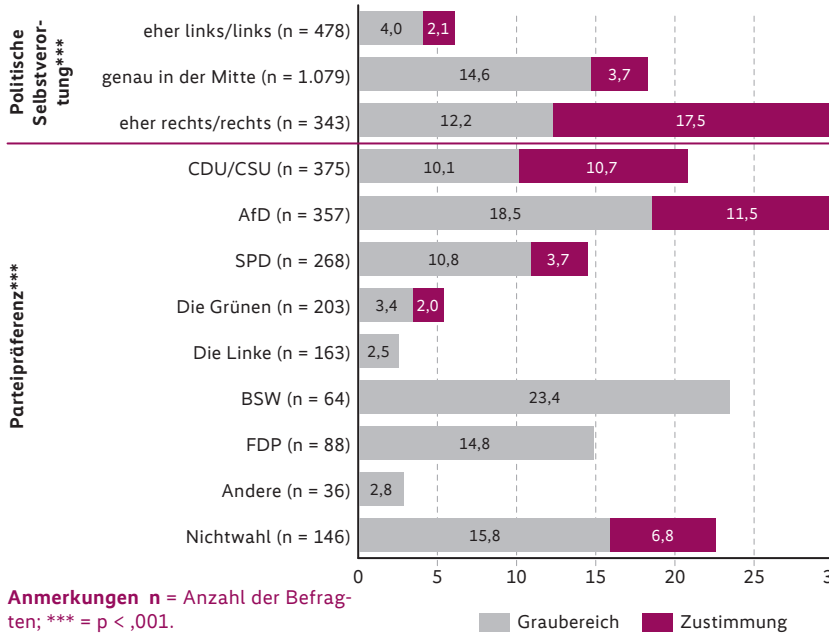
Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten;
* = p < ,05; ** = p < ,01; *** = p < ,001.

Gewalt bei Personen mit geringerem Einkommen (5,5 %) als mit höherem Einkommen (3 %) anzeigen. Allerdings fällt bei Befragten mit höherem Einkommen der etwas größere Graubereich auf (18 % zu 15 %). Befragte aus der Einkommensmitte unterscheiden sich in der Zustimmung nicht von jenen mit einem niedrigeren Einkommen, allerdings bewegen sich mehr Einkommensschwächere (15 %) im Graubereich als Angehörige der Einkommensmitte (7 %).

Zwischen Befragten in *Ost- und Westdeutschland* gibt es mit 5 % beziehungsweise 6 % keine bedeutenden Unterschiede bei der Gewaltbilligung. Allerdings

Abb. FG.4

Zustimmung und Graubereich zur Billigung politischer Gewalt nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen n = Anzahl der Befragten; *** = p < ,001.

fallen in Westdeutschland mehr Antworten in den Graubereich (12 % zu 8 %). Hingegen unterscheidet sich die Zustimmung zwischen Befragten mit und ohne *Migrationshintergrund* zunächst deutlich. Befragte mit einem eigenen Migrationshintergrund oder einem der Eltern billigen Gewalt im Vergleich zu Befragten ohne Migrationshintergrund häufiger (13 % zu 4 %). Der Unterschied sollte jedoch in Relation zur Gesamtzustimmung betrachtet werden. 72 % von denen, die politische Gewalt billigen, sind deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund. Dies ist zu beachten, um vorschnelle Rückschlüsse auf Migrationseinflüsse zu vermeiden und sorgsam zu diskutieren.

Politische Orientierungen

Die Billigung politischer Gewalt unterscheidet sich auch nach der *politischen Selbstverortung* der Befragten, wie in Abbildung FG.4 aufgeführt. Befragte im

linken Spektrum lehnen Gewalt besonders stark ab, gefolgt von jenen, die ihre politische Position »genau in der Mitte« sehen. Wer sich hingegen im rechten Spektrum verortet, billigt politische Gewalt häufiger. Auffällig sind wiederum die Graubereiche: Hier stimmen nur 4 % aus der politischen Mitte der Gewaltbilligung zu, weitere 15 % liegen im Graubereich.

Bei der *Parteipräferenz* zeigt sich Zustimmung zur politischen Gewalt fast ausschließlich unter CDU/CSU- (11 %) und AfD-Anhänger:innen (11,5 %) wie auch unter Nichtwähler:innen (7 %). Die Anhänger:innen anderer Parteien bewegen sich vor allem im Graubereich, etwa unter jenen der SPD, des BSW oder der FDP. Weder billigen sie politische Gewalt explizit noch lehnen sie diese ab. Am deutlichsten wird die Gewalt von Anhänger:innen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Politische Gewalt, GMF und Rechtsextremismus

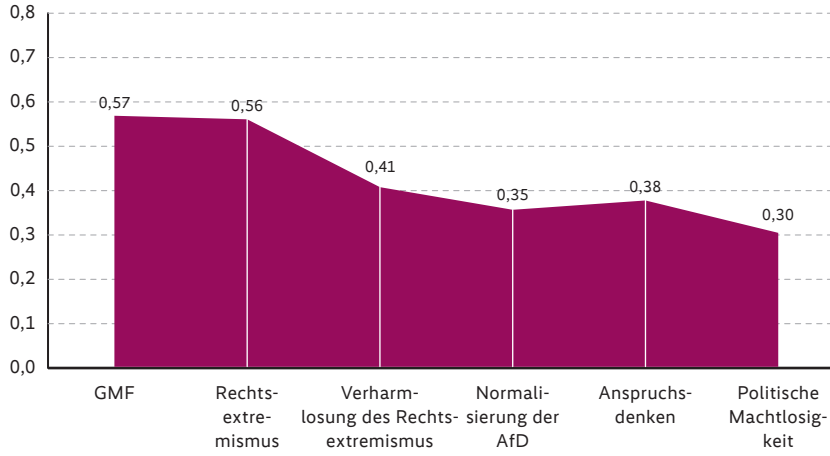
Die Billigung politischer Gewalt legitimiert direkt oder indirekt Angriffe auf Politiker:innen, »Fremde« und Andersdenkende. Dabei geht sie oft mit Feindbildern, Abwertungen sowie Aggression gegenüber Minderheiten einher. Politische Gewalt kann zur Normalisierung rechtsextremer Ansichten beitragen. Umso mehr liegt die These nahe, dass jene, die sie billigen, dies weniger aus Gefühlen von politischer Wut oder Machtlosigkeit heraus tun. Vielmehr scheinen sie politische Ideologien zu vertreten, die Gewalt als Mittel der sozialen Kontrolle und Machtherstellung nutzen. Wie in Abbildung FG.5 dargestellt, erhält diese These Unterstützung durch die statistisch überzufälligen Zusammenhänge der Gewaltbilligung mit Rechtsextremismus (➟ Kap. 3) und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (➟ Kap. 4).

Die Zusammenhänge bestehen ebenso zu allen Subfacetten von GMF und Rechtsextremismus.[5] Auch die Verharmlosung des gegenwärtigen Rechtsextremismus in Deutschland (➟ Kap. 3) geht vermehrt mit der Billigung politischer

5 Zusammenhänge der Billigung politischer Gewalt mit den Facetten menschenfeindlicher Einstellungen: Rassismus: r = ,52; Antisemitismus: r = ,40; Hetero-/Sexismus: r = ,47; Klassismus: r = ,43. Zusammenhänge der Billigung politischer Gewalt mit den Dimensionen rechtsextremer Einstel-

Abb. FG.5

Zusammenhänge der Billigung politischer Gewalt mit menschenfeindlichen, rechtsextremen und weiteren politischen Einstellungen
(Korrelationskoeffizienten)



Anmerkungen Die Abbildung zeigt die Stärke der statistischen Zusammenhänge im Vergleich. Alle Korrelationen sind signifikant mit p < ,001.

Gewalt in der Gegenwart einher. Diese Ergebnisse deuten auf zwei Aspekte hin: erstens auf die Normalisierung von rechtsextremen Positionen und Akteuren sowie zweitens auf den instrumentellen Charakter politischer Gewalt, die darauf abzielt, ein bestimmtes Weltbild durchzusetzen. Befragte, die die AfD für eine Partei wie jede andere halten, sie argumentativ überzeugend und nicht bedrohlich finden sowie der Meinung sind, andere Parteien sollten mit ihr zusammenarbeiten, billigen politische Gewalt deutlich häufiger als Befragte, die dies nicht über die AfD denken (➟ Kap. 3). Gleichzeitig geht die Billigung politischer Gewalt mit einem Anspruchsdenken der Befragten einher, also der Meinung, Menschen wie ihnen stünde mehr zu und sie verdienten eine bessere Behandlung als andere. Die Gewaltbilligung geht allerdings auch mit dem Gefühl von politischer Machtlosigkeit einher: Leute wie sie hätten keinen Einfluss auf das

lungen: Befürwortung rechtsgerichtete Diktatur: r = ,40; Nationalchauvinismus: r = ,45; Verharmlosung des Nationalsozialismus r = ,41; Fremdenfeindlichkeit: r = ,48; Antisemitismus: r = ,47; Sozialdarwinismus: r = ,45. Alle Korrelationen (r) sind signifikant mit p < ,001.

Regierungshandeln, weshalb es »sinnlos« sei, sich politisch zu engagieren. Dies tritt jedoch deutlich seltener auf als die Zusammenhänge mit menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen.

Mehr tun gegen die Gewaltbilligung der Mitte?

Die Ergebnisse machen deutlich: Die Billigung politischer Gewalt ist nicht einfach ein Tabubruch von Leuten, die das staatliche Gewaltmonopol infrage stellen oder gar ablehnen. Ein beachtlicher Teil der Befragten bewegt sich im Graubereich, billigt teilweise den Einsatz politischer Gewalt oder äußert Verständnis dafür. Staat und Zivilgesellschaft müssen sich intensiver mit der Gewalt in der Mitte beschäftigen und sie nicht als Randphänomen des Extremismus abtun. Drängend ist die Frage: Wie verändert sich die Demokratie, die Konflikte aushandeln muss, wenn selbst in der Mitte der Gesellschaft eine Radikalisierung hin zur Gewalt beziehungsweise Gewaltbilligung stattfindet? Wer ist bereit, Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen, und woher stammt die Vorstellung, dies sei legitim?

Die Ergebnisse können Anlass sein, gezielte Maßnahmen zur Prävention gegen politische Gewalt zu entwickeln. Politische Gewalt in der Mitte kann entschiedener bekämpft werden. Dies sollte auch ein zentraler Bestandteil von Diskriminierungs- und Opferschutz sein. Gleichzeitig gilt es, politische Gewalt aus der Mitte zuverlässiger ins Hellfeld zu rücken und sichtbar zu machen. Politische Gewalt in der Mitte ist kein Randproblem.

Mittendrin – Tödliche Gewalt gegen wohnungslose Menschen

Ein Beitrag von Merle Stöver

Im Jahr 2023 töteten drei Jugendliche im nordrhein-westfälischen Horn-Bad Meinberg einen obdachlosen Mann. Sie filmten die Erniedrigungen samt der tödlichen Messerstiche und verbreiteten die Aufnahmen noch am selben Abend über den Messagingdienst *Snapchat*. Im Februar 2024 verurteilte das Landgericht Detmold die zum Tatzeitpunkt 14- und 15-Jährigen wegen Totschlags zu Jugendstrafen von fünf und sechseinhalb Jahren. Die Frage nach dem Tatmotiv blieb jedoch weitestgehend unbeantwortet. Dieser Beitrag ist ein Versuch, die tatbegleitenden Motive und Hintergründe auszuleuchten und hier Licht ins Dunkel zu bringen. Er skizziert zunächst die Tat anhand der gerichtlichen Urteilsschrift und ordnet sie schließlich in den größeren Kontext von Hasskriminalität gegen wohnungslose Menschen ein. Damit soll im Rahmen der Mitte-Studie 2024/25 der Versuch unternommen werden, die Realität wie Banalität politischer Gewalt genauer zu verstehen.

Die Tat

Am Abend des 25. Oktober 2023 saßen die drei Tatbeteiligten P., I. und A. auf dem umzäunten Außengelände eines Kindergartens in Horn-Bad Meinberg, hörten Musik und tranken Wodka. Während P. den Ort kurzzeitig verlassen hatte, um Amphetamin und Cannabis zu kaufen, stieß Thorsten D. hinzu. Der 47-Jährige war alkoholisiert und den Tatbeteiligten als obdachlos bekannt. Nach einem anfänglich harmlosen Gespräch mit Thorsten D. fühlten sich die drei Jugendlichen nach eigenen Aussagen zunehmend von ihm genervt: Er habe ungefragt aus ihrer Wodkaflasche getrunken, ihnen ein mitgeführtes Messer gezeigt und I. mehrfach an der Jacke gezupft. Dem Urteil zufolge fassten die Tatbeteiligten, die durch Alkoholkonsum und, im Fall von P. und I., den Konsum auch von Amphetamin und Cannabis berauscht waren, daher einen Be-

schluss. Sie entschieden, Thorsten D. »seine Grenzen aufzuzeigen, indem sie ihn im bewussten und gewollten Zusammenwirken körperlich verletzen und die Verletzungshandlungen mit dem Mobiltelefon filmen wollten. […] Das Tatvideo wollten die Angeklagten später in den sozialen Medien verbreiten, um mit ihrer Tat zu prahlen« (LG Detmold, Urteil vom 23.2.24). Mit den Kommentaren »So, Discord« und »Für die Chayas«[1], mit denen die drei Tatbeteiligten viele ihrer gemeinsamen Videoaufnahmen einleiteten, startete P. das verabredete Handyvideo. A. hielt Thorsten D. zurück, der bereits im Begriff war zu gehen, woraufhin I. ihm wie geplant ins Gesicht schlug und versuchte, ihn zu Boden zu ziehen. Aufgrund der Gegenwehr des Attackierten griff A. ebenfalls ein und schlug Thorsten D. mindestens dreimal mit der Faust ins Gesicht. Anschließend zog P. ein Messer, startete eine zweite Videoaufnahme und stach auf den bereits Verletzten ein. Im weiteren Verlauf beleidigten die Jugendlichen den 47-Jährigen als »Bastard«, drohten ihm und misshandelten ihn mit weiteren Schlägen, Tritten und Messerstichen. P. lief schließlich davon und forderte I. und A. auf, ihm zu folgen, indem er rief: »Ich hab den abgestochen, geht da weg.«

Nachdem die drei geflüchtet waren, gelang es Thorsten D. noch, den Zaun des Kindergartengeländes zu übersteigen. Wenige Minuten später erlag er dort seinen Verletzungen.

Im Anschluss versteckte P. zunächst das Messer auf dem Reifen eines geparkten Anhängers. Später sahen sich P., I. und A. die Videos an und überlegten, ob sie Thorsten D. tatsächlich getötet hätten. Einem gemeinsamen Freund berichteten sie bereits, dass sie einen Obdachlosen »ermordet« hätten. Um sicherzugehen, kehrten sie zum Tatort zurück, fanden Thorsten D. jedoch nicht mehr vor und gingen daher davon aus, dass er die Misshandlungen überlebt habe und weg-

1 Bei *Discord* handelt es sich um eine Online-Plattform, die zum gemeinsamen Gaming genutzt wird und Livestreams, Chatten und Videotelefonie ermöglicht. Der Kommentar »So, Discord« fungiert an dieser Stelle als Startsignal der Videoaufnahme. »Chaya« ist eine Bezeichnung für eine Frau, die entweder als Kompliment oder Beleidigung verwendet werden kann. An der genannten Stelle könnte die Verwendung gleichbedeutend mit »Für die Gang« verstanden werden, zumal das Video später in privaten Gruppenchats mit Freunden geteilt wurde. Diese werden mit dem Kommentar direkt angesprochen.

gegangen sei. Daraufhin nahm P. das versteckte Messer wieder an sich, und I. versendete die Tatvideos an Bekannte. Ein Jugendlicher, der die Videos schließlich auf Snapchat erhielt und die Tatbeteiligten erkannte, übergab sie tags darauf der Polizei.

Die selektiven Informationen aus dem Gerichtsurteil ermöglichen zumindest vorsichtige Annahmen hinsichtlich der Tatmotivation und des Tathergangs sowie der Konstellation zwischen den Tätern und dem Opfer.

Motive und Muster

Auf eine mögliche Tatmotivation verweist einzig die Aussage der Jugendlichen, dass sie von Thorsten D. und seinem Verhalten »genervt« gewesen seien und ihm hätten Grenzen aufzeigen wollen. Trotz der Banalität seines vermeintlichen Vergehens – immerhin hätten sich die Jugendlichen auch von dem Ort entfernen können – erscheint die Handlungsdynamik als eine Form von Vigilantismus, also Selbstjustiz. Sie ist ein zentrales Motiv bei Gewalttaten gegen wohnungslose Menschen: Die Täter[2] schreiben dem Opfer Devianz – »Abweichungen« und »Nichtnormalität« – zu, die sich entweder auf ein konkretes oder vermeintliches Vergehen oder auf die allgemeine Tatsache der Wohnungslosigkeit beziehen kann, und glauben, diese bestrafen zu müssen und zu dürfen. In der Tathandlung wähnen sie sich in der Position der Richtenden und Ausführenden gleichermaßen. In Bezug auf die Tat von Horn-Bad Meinberg bleibt wegen der selektiven Informationen aus dem Gerichtsurteil allerdings unklar, ob die Jugendlichen das Strafbedürfnis lediglich aus dem vermeintlich störenden Verhalten am Tatabend oder zudem auch aus der allgemeinen Tatsache der angenommenen Devianz und der Obdachlosigkeit des 47-Jährigen abgeleitet hatten.

Der Tathergang umfasst zunächst drei Handlungen, die auf die Erniedrigung des Opfers zielen: die körperliche Misshandlung mit Schlägen und Tritten, die

2 Die Verwendung der männlichen Form ist in Bezug auf die hier beschriebenen Taten bewusst gewählt. Sie verdeutlicht das Geschlechterverhältnis, wie es sich in der Realität der Gewalt gegen wohnungslose Menschen abzeichnet: Die Täter sind zumeist männlich. Mädchen und Frauen sind nur in wenigen Fällen an den Taten beteiligt und treten dann insbesondere als Komplizinnen der Haupttäter auf (Pollich 2012).

verbale Erniedrigung durch Beleidigungen und die soziale Beschämung durch die Videoaufnahme. Gleichzeitig sollte das Video und seine Verbreitung den Tatbeteiligten dazu dienen, ihre Dominanz auch über die Tat hinaus zu manifestieren. Thorsten D. wiederum, der den Jugendlichen als obdachlos bekannt war, sollte dieser Machtdemonstration als Objekt dienen – was er jedoch nicht ohne Gegenwehr geschehen ließ. In dem Moment, in dem er der Anforderung der Objektifizierung nicht nachkam, die Gewalt und Erniedrigung passiv zu erdulden, wurde die Tathandlung durch eine vierte Komponente ergänzt: P. holte zu den tödlichen Messerstichen aus, mit denen dem Urteil des Gerichts zufolge alle Tatbeteiligten einverstanden waren. Die Verbreitung der Videoaufnahme erfolgte in dem Moment, in dem die Tatbeteiligten vom Überleben ihres Opfers ausgingen und keine nennenswerte Sanktion mehr befürchteten.

Die drei Täter werden in der für ein Gerichtsurteil üblichen Darlegung der jeweiligen persönlichen Verhältnisse als eine Freundesgruppe beschrieben, deren Zeitvertreib insbesondere durch täglichen gemeinsamen Alkoholkonsum geprägt ist. Der Verweis auf die Verwendung der Kommentare »So, Discord« und »Für die Chayas« als regelmäßige Einleitung gemeinsamer Videos verstärkt den Eindruck der drei Jugendlichen als Freundesgruppe und attestiert der geplanten Ausgangstat einen »Erlebnischarakter« unter Freunden. Für die Tat in einer Gruppe adoleszenter Jungen dürfte zudem das Empfinden von Druck und Gruppenzwang relevant gewesen sein, wie das Urteil in Bezug auf den jüngsten der Tatbeteiligten, A., feststellte: Dieser habe sich bereits vor der Tat an mehreren Diebstählen beteiligt und diese damit begründet, er habe es »für die Gruppe« getan. Auch darüber hinaus kann die Konstellation unter den Tatbeteiligten sowie zwischen den Tätern und dem Opfer als nahezu prototypisch beschrieben werden: Die meisten (tödlichen) Gewalttaten von nicht wohnungslosen gegen wohnungslose Menschen werden von männlichen Jugendlichen beziehungsweise jungen Männern verübt, die häufig alkoholisiert sind und in Gruppen agieren. Wie auch im Fall des 47-jährigen Thorsten D. ist den Tätern das Opfer meistens nicht oder nur vom Sehen bekannt.

Zusammenfassend muss bei der Tat vor allem die Gleichgültigkeit der Täter gegenüber dem Leben eines anderen Menschen gesehen werden: Zwar haben sie das Opfer weder im Vorfeld bewusst ausgesucht noch explizit aufgesucht,

doch haben sie das Gelände des Kindergartens auch nicht einfach verlassen oder Thorsten D. gehen lassen, um sich dem aus ihrer Sicht »nervigen« Verhalten zu entziehen. Gleiches gilt für den Tathergang: Die Ausgangstat diente zwar in erster Linie der eigenen Machtdemonstration und der Erniedrigung des Opfers und zielte nicht auf dessen Tötung, doch hat keiner der Beteiligten der Tötung im weiteren Verlauf widersprochen oder versucht, diese zu verhindern. Diese Gleichgültigkeit gegenüber einem menschlichen Leben lässt sich nicht allein durch den Druck innerhalb einer adoleszenten Peergroup oder den Konsum von Alkohol und anderen Drogen erklären – sie ist das Produkt von wohnungslosen- und obdachlosenfeindlichen sowie sozialdarwinistischen Einstellungen in breiten Teilen der Gesellschaft.

Tödliche Gewalt gegen wohnungslose Menschen

Thorsten D. ist einer von mindestens 667 wohnungslosen Menschen, die der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zufolge seit 1990 getötet wurden (BAG W 2025). In etwas mehr als der Hälfte der Fälle waren die Täter ebenfalls wohnungslos. Hier stehen die Tathintergründe oft in einem direkten Zusammenhang mit den Umständen der Wohnungslosigkeit und sind auf Konflikte zurückzuführen, die beispielsweise aus der zwanghaften gemeinsamen Unterbringung oder aus Kämpfen um knappe Ressourcen wie Geld, Kleidung oder Drogen resultieren (Neupert 2024).

Dem stehen etwa 300 Tötungsdelikte an wohnungslosen Menschen seit 1990 gegenüber, die durch nicht wohnungslose Täter begangen wurden. Diese zeichnen sich durch meist überfallartige, brutale Misshandlungen oft wehrloser Opfer aus, die in vielen Fällen mehrere Stunden oder sogar Tage andauern. Selten geht der Tat ein Streit voraus, was einen zentralen Unterschied zu tödlichen Gewalttaten unter Wohnungslosen darstellt. Zudem befinden sich viele der Täter selbst in prekären Lebenssituationen, sind oft arbeitslos, suchtkrank und in einigen Fällen bereits wegen Delikten wie Sachbeschädigung oder Diebstahl vorbestraft. Mit Blick auf die Tatmotivationen ist das insofern relevant, als die Tathandlungen meist mit Demütigungen des Opfers aufgrund seines sozialen Status einhergehen, während der mögliche Verlust der Wohnung für viele Täter eine realistische Gefahr ist.

Aufgrund der Tatsache, dass die Täter »nach unten treten« und ihre Aggressionen gegen marginalisierte und hilflose Personen richten, zielen die Taten nicht nur auf die individuell angegriffenen Personen ab. Vielmehr ist den Taten ein Hass- und Vorurteilskriminalität kennzeichnender Botschaftscharakter inhärent, der eine Drohung an die gesamte soziale Gruppe derjenigen richtet, die das Merkmal der Wohnungslosigkeit teilen (Mokros/Stöver 2025). Die Taten dienen der Einschüchterung und der Schaffung von Angsträumen sowie der kollektiven Viktimisierung (Coester 2020). Trotz der oft eindeutigen Bezugnahme auf den sozialen Status werden solche Taten jedoch nur selten als politisch motiviert eingeordnet. Stattdessen ist sowohl in Gerichtsurteilen und Medien als auch in gesellschaftlichen Debatten eine Entpolitisierung der tödlichen Gewalt gegen wohnungslose Menschen zu beobachten. Die Tatmotivationen werden oftmals lediglich im Kontext von Frust und Langeweile verortet.

Neben den beiden an dem Fall aus Horn-Bad Meinberg aufgezeigten motivatorischen Komponenten des Vigilantismus und der Objektifizierung des Opfers zeichnen sich viele Taten durch offene und eindeutig sozialdarwinistische Motivations- und Legitimationsmuster aus. In diesen Fällen reichen die Aussagen der Täter von der Behauptung, dass wohnungslose Menschen den Steuerzahler:innen »auf der Tasche liegen«, bis zu der Überzeugung, dass sie »asozial«, »minderwertig« und »nutzlos« seien und daher nicht einmal das Recht haben sollten, zu leben. Wohnungslosigkeit wird dabei nicht als Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden, sondern auf eine unveränderbare Ungleichwertigkeit der Betroffenen zurückgeführt.

Gewalterfahrungen von wohnungslosen Menschen

Tötungsdelikte sind lediglich die Spitze des Eisberges. Oft ist bereits der Alltag wohnungsloser Menschen von unterschiedlichen Gewalterfahrungen geprägt, die jedoch nur selten polizeilich bekannt werden oder anderweitig Aufmerksamkeit erhalten. Unterschieden wird dabei in direkte und strukturelle Gewalt. Die Erfahrungen direkter Gewalt reichen vom absichtlichen Wegtreten des Kaffeebechers, Beleidigungen, Bedrohung und Einschüchterung, Schubsen, Schlägen und Tritten bis zu schwerer körperlicher Gewalt. Dabei unterscheiden sich die Gewalterfahrungen und Risiken wohnungsloser Frauen insofern von

denen wohnungsloser Männer, als dass sie zudem sexualisierten Übergriffen ausgesetzt sind und beispielsweise in gewalttätigen Beziehungen bleiben oder in diese zurückkehren, um der Wohnungslosigkeit zu entgehen.

Strukturelle Gewalt bezeichnet den Ausschluss wohnungsloser Menschen von grundlegenden Bedürfnissen, also zum Beispiel den Ausschluss aus dem Gesundheitssystem, den erschwerten Zugang zu demokratischen Prozessen oder auch die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum und aus öffentlicher Infrastruktur durch euphemistisch als »defensive Architektur« bezeichnete Baumaßnahmen (z. B. Parkbänke, die ein Liegen unmöglich machen oder erschweren) oder die Durchsetzung von Hausverboten, Platzverweisen und Aufenthaltsverboten. Sowohl die Erfahrung direkter Gewalt als auch Maßnahmen struktureller Gewalt bewirken eine zunehmende Marginalisierung wohnungsloser Menschen.

Eine umfängliche Erfassung der Gewalterfahrungen wohnungsloser Menschen gestaltet sich schwierig. Das Dunkelfeld dürfte die polizeilich bekannten Fälle weit übersteigen. Die Gründe dafür, dass viele Betroffene Taten nicht anzeigen, sind vielseitig (Lang 2014; Neupert 2019). Sie befürchten zum Beispiel, dass ihre Anzeigen nicht ernst genommen werden oder ins Leere laufen oder verfügen nicht über die Ressourcen für eine entsprechende Anzeige. Zudem haben viele oft negative und diskriminierende Erfahrungen mit Sicherheitsdiensten und der Polizei, etwa bei der Durchführung von Räumungen und Zwangsmaßnahmen, gemacht und fürchten eine Täter-Opfer-Umkehr. Auch haben viele Betroffene Angst vor Konsequenzen durch die Täter oder deren Umfeld, da sie durch ihren Aufenthalt im öffentlichen Raum jederzeit erneut angegriffen werden können und Racheakten schutzlos ausgeliefert sind (Neupert 2019).

Was schützt wohnungslose Menschen vor Gewalt?

Gewalt gegen wohnungslose Menschen ist in Politik, Medien und Gesellschaft nur selten ein Thema. Meist beschränkt sich die Berichterstattung skandalisierend auf besonders brutale Taten. Oft gelten diese als Einzelfälle. Debatten über Maßnahmen, die wohnungslose Menschen konkret und effektiv vor Gewalt

schützen, finden in diesem Rahmen keinen Platz. Aus diesem Grund soll der Beitrag hier mit einem Ausblick enden.

Die Auseinandersetzung mit tödlicher Gewalt gegen wohnungslose Menschen und den politisch motivierten Hintergründen der Taten ist von großen Diskrepanzen geprägt. Während die Bundesregierung seit 1990 17 wohnungslose Menschen als Todesopfer rechter Gewalt anerkennt[3], verzeichnen die Langzeitrecherchen der *ZEIT* und des Vorgängerprojektes von *ZEIT* und *Tagesspiegel* unter Anwendung derselben Definition für denselben Zeitraum 35 wohnungslose Todesopfer rechter Gewalt.[4] Bereits diese Diskrepanz, die nahelegt, dass die Zahl mindestens doppelt so hoch sein könnte, wie von Seiten staatlicher Erfassung angenommen, zeigt zwei Dinge auf: Weder scheint (tödliche) Gewalt gegen wohnungslose Menschen den bisherigen Vorstellungen von politisch motivierter Gewalt zu entsprechen, noch werden das Ausmaß der Gewalt und die Erfahrungen wohnungsloser Menschen anerkannt. Dass diese Abwertung auch auf der Einstellungsebene fest in der Gesellschaft verankert ist, zeigen wiederholt die Daten der Mitte-Studien (dazu auch Mokros/Stöver 2025). Die Überprüfung von Taten und die nachträgliche Anerkennung politischer Motive im Sinne des Konzeptes der Hasskriminalität hätte daher nicht nur erhebliche Auswirkungen auf Angehörige und deren Auseinandersetzung mit der Tat, sondern könnte zur angebrachten Sichtbarkeit des Problems beitragen, mit der wiederum der Druck auf Entscheidungsträger:innen erhöht werden kann.

Der Schutz von wohnungs- und obdachlosen Menschen muss schließlich an einem entscheidenden Punkt ansetzen: Sie werden Opfer von Gewaltverbrechen, während sie sich wehrlos im öffentlichen Raum aufhalten, ohne Möglichkeit, sich Übergriffen zu entziehen. Die Beendigung der Wohnungslosigkeit ist die wirksamste und langfristigste Maßnahme, durch die Menschen sowohl vor

3 Deutscher Bundestag (2025, 5. Februar). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke - Tötungsdelikte in Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität seit 1990*. Drucksache 20/14905.

4 Grunert, Johannes/Kleffner, Heike/Steinhagen, Martín (2025, 7. Juli). *Wieso fehlen 86 Tote in den Zahlen? Todesopfer rechter Gewalt*. https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-07/todesopfer-rechter-gewalt-faelle-statistik-personen/komplettansicht [Aufruf am 23.7.2025]

Maßnahmen struktureller Gewalt als auch effektiv vor direkter Gewalt geschützt werden können. Wohnraum bedeutet Schutz!

Zum Weiterlesen: Mokros, Nico/Stöver, Merle (2025). Empirische Untersuchungen von Motiven und Mustern der Vorurteilsgewalt gegenüber wohnungslosen Menschen. *wohnungslos 67(2)*, S. 56–51.

Merle Stöver, M. A., studierte Soziale Arbeit an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin und Interdisziplinäre Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas war sie an der vom Bundestag beschlossenen Ausstellung zur Verfolgung der als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« stigmatisierten Menschen im Nationalsozialismus beteiligt. Seit 2023 promoviert sie mit einem Stipendium der FES an der Universität Bielefeld zu Tatmotivationen bei Tötungsdelikten an wohnungslosen Menschen seit 1990. Darüber hinaus liegen ihre Forschungsinteressen im Bereich der Antisemitismus- und Antiziganismusforschung. Nebenberuflich arbeitet sie als freie Journalistin und politische Bildnerin.

4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte

Nico Mokros · Andreas Zick

Für viele Menschen in Deutschland prägen Stereotype, Vorurteile und Feindseligkeiten den Alltag. Sie werden ausgegrenzt, benachteiligt und erfahren Hass, Hetze oder sogar Gewalt, weil sie etwa als Flüchtlinge, Muslime, Juden, Trans*-Menschen oder Obdachlose stigmatisiert und abgewertet werden. Dies geschieht offen, verdeckt, gezielt oder auch »wohlmeinend« mit dem Hinweis, dass sie ja schließlich »fremd« und »anders« wären. Zuschreibungen eines geringeren Werts gegenüber bestimmten Gruppen reichen weit in die Mitte der Gesellschaft hinein und bestehen dabei auch jenseits rechtsextremer Ideologien, Milieus und Identitätsvorstellungen von einem »wahren deutschen Volk«. Aber sie bieten der Mitte immer wieder auch eine Brücke in den Rechtsextremismus. Das zeigt sich in der Mitte-Studie darin, dass der Sozialdarwinismus, Antisemitismus sowie die generelle Feindseligkeit gegenüber als »fremd« markierten Gruppen zentrale Dimensionen des rechtsextremen Weltbildes sind (➟ Kap. 3). Der Rechtsextremismus braucht, ähnlich wie der Nationalsozialismus, eine alltäglich feindselige Stimmung gegen vermeintliche Randgruppen. Rechtsextreme Kampagnen und Slogans wie »Unsere Bürger zuerst«, »Deutschland, aber normal«, »Stolzmonat« oder »Remigrationspläne« verharmlosen die dahinterstehende Menschenfeindlichkeit und öffnen die Mitte für antidemokratische Orientierungen. Je weiter und tiefer vorurteilsvolle und diskriminierende Einstellungen – was wir als *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) bezeichnen – in der Mitte verbreitet und verankert sind, umso leichter fällt es rechtsextremen Akteuren, ihre Ideologie und demokratieverachtenden Ziele in der Bevölkerung zu normalisieren – oder auch nur dabei zuzusehen, wie die Mitte selbst zu deren Normalisierung beiträgt. Die Wirkung von Hass und Hetze, ob digital oder analog, zeigt, wie wichtig es ist, die Analyse Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit so regelmäßig wie möglich – und so begrenzt, wie durch den Rahmen der Umfrage nötig – fortzusetzen. Dazu schließen wir in der Mitte-Studie 2024/25 an das GMF-Konzept der vorangegangenen Studie an und berichten über die aktuelle Verbreitung, Unterschiede und Zusammenhänge von Rassis-

mus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus in Deutschland. Zudem betrachten wir deren Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen und diskutieren, welche Bedeutung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für die Normalisierung rechtsextremer Ideologien in der Mitte der Gesellschaft hat.

4.1 Hintergründe und Messung von GMF

GMF drückt sich empirisch in abwertenden Vorurteilen aus. Sie markieren Gruppen als »die Anderen«, schreiben ihnen negative Merkmale wie »fremd«, »kriminell«, »bedrohlich«, »pervers«, »dumm« oder »faul« zu und verallgemeinern diese über sie. Vorurteile sind dabei immer sozial erworbene und gesellschaftlich geteilte Einstellungen. Sie schaffen Zugehörigkeit und Identität zwischen denen, die die Vorurteile teilen (Zick 2019, 2020). Sie steuern und vereinfachen die alltägliche Wahrnehmung von Ereignissen, helfen, schnelle Entscheidungen zu treffen, und beeinflussen die Art und Weise, wie Menschen miteinander interagieren (Degner 2022). Sie dienen unter anderem dazu, die Komplexität in der Welt zu reduzieren und es sich einfacher zu machen, als es tatsächlich ist, aber oft, ohne dass die teils schwerwiegenden Folgen dieses Verhaltens erkannt werden. Die Kategorisierung und Stereotypisierung von Menschen in Gruppen aufgrund bestimmter Merkmale bergen dabei ein Dilemma: »Nationalität«, »Ethnizität«, »Kultur«, »Religion«, »Geschlecht«, »Sexualität«, »Behinderung« oder »soziale Klasse« markieren nicht nur Unterschiede zwischen Menschen, sondern haben reale Ungleichheiten zur Folge, die wiederum selbst der Kategorisierung und Stereotypisierung von Gruppen dienen. Vorurteile können – insbesondere, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden und die soziale, kulturelle oder politische Situation es zulässt – in systematische Diskriminierung, gesellschaftliche Exklusion und politische Gewalt münden (➟ Kap. 3, Fokus). Grundsätzlich besteht jedoch ein Unterschied zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen. Offen diskriminierendes Verhalten ist kein notwendiges Kriterium für Vorurteile, aber Vorurteile bilden den Nährboden für Diskriminierung (Zick 2023). Bestimmte Gruppen erfahren dabei häufiger Abwertung und Diskriminierung, andere seltener oder gar nicht. Vorurteile begleiten die Menschheit auf diese Weise schon lange, sind seit Jahrhunderten dokumentiert und haben in der Geschichte bereits wiederholt zur Verfolgung, Unterdrückung und auch Ermordung von Gruppen geführt. Eine vorurteilsfreie Gesellschaft gab es wohl nie.

Vorurteile, wie sie sich in GMF ausdrücken, sind immer auf eine ganz bestimmte Weise motiviert. Sie sollen Menschen *zu Anderen machen* im Vergleich zur eigenen Bezugsgruppe (z. B. »Wir«, »unser Volk«, »Deutsche«). Bei der Abwertung von anderen tritt nicht zuletzt eine hohe Identifikation mit der eigenen (Mehrheits-)Gruppe in den Vordergrund, die im Vergleich zu Fremdgruppen in aller Regel als statushöher und machtvoller angesehen wird oder dies etwa aufgrund sozialer oder rechtlicher Privilegien auch ist: »Wenn wir also einer Gruppe mit hohem Status und Wert angehören, so können wir uns – einfach gesagt – als Gruppenmitglieder auch selbst in einem positiven Licht sehen. So sind wir denn auch motiviert, unsere Eigengruppe gegenüber einer Fremdgruppe zu bevorzugen« (Turner/Hewstone 2012, S. 331). Stereotype und Vorurteile sollen auf Kosten von benachteiligten Gruppen zur Selbstaufwertung von bevorteilten Gruppen beziehungsweise einer Mehrheit dienen.

Umso mehr kommt es auf die Frage an, wie zuverlässig sie von sozialen Normen, demokratischen Prinzipien und einer couragierten Zivilgesellschaft eingehegt werden. Der gesellschaftlichen Mitte kommt dabei eine besondere Funktion zu. Sie ist eine Bezugsgruppe beziehungsweise ein Bezugssystem, das es einem breiten und heterogenen Teil der Bevölkerung ermöglicht, sich selbst als Mehrheit und Vertretung des »Normalen« zu verstehen – auch dann, wenn es oft unbestimmt bleibt, wer oder was genau diese Mitte ist. In der deutschen Demokratie und ihrer Geschichte ist sie allemal ein Orientierungspunkt für die Politik und Bevölkerung (➟ Kap. 1). Dies schließt unterschiedliche Abgrenzungen im politischen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Raum ein, die die Identität als Mitte stabilisieren und traditionellerweise auch definieren, wer ihr angehört und wer nicht (Münkler 2018). Wer sich zur Mitte zählt – sozial, ökonomisch oder politisch – versichert sich selbst, einen festen Platz in der Gesellschaft zu haben und diesen zu »verdienen«. Daher ist es problematisch, wenn Menschen, die zugewandert sind, erleben, dass sie ungeachtet ihres Beitrags nicht als selbstverständlicher Teil der Mitte angesehen werden (➟ Kap. 5, Mittendrin). Zur Mitte zu gehören, prägt das Selbstverständnis und das wirkt sich auf die Wahrnehmung, Bewertung und Verhaltensweisen gegenüber anderen Menschen aus. Dadurch wird die Mitte zum Anzeiger für den Zustand, die Stabilität und Entwicklung einer an ihr orientierten Demokratie respektive ihrer Orientierung an der Demokratie: In dem Maße, wie sich in der Mitte, aus

ihr heraus und in sie hinein, Normen, Werte, Wissen, Diskurse, Bräuche und Praxen von Ungleichwertigkeit gegenüber Minderheiten ausbreiten und normalisieren, droht die liberale Demokratie einen Kipppunkt zu erreichen. Dabei hat es sich unseres Erachtens als sinnvoll erwiesen, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit der Mitte genauer zu betrachten. Mit dem GMF-Konzept richten wir den Blick auf die Zusammenhänge der Abwertungen von Gruppen und Menschen. Das GMF-Konzept erklärt, inwieweit und warum Menschen mehr oder weniger Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen haben. Dies setzt wiederum voraus, Auskunft über typische Vorurteile zu erhalten, die den Alltag prägen können.

Um die Bedingungen, Entwicklungen und Zusammenhänge von vorurteilsvollen Einstellungen im Querschnitt der Bevölkerung zu untersuchen, müssen sie als ebensolche messbar gemacht werden. In Repräsentativerhebungen wie der Mitte-Studie wird dazu ein Fragebogen eingesetzt, der unter anderem aus einer Reihe von Aussagen zu bestimmten Gruppen besteht, die kognitiv und emotional bewertet werden sollen.[1] Diesen Einstellungsaussagen können die Befragten (1) »überhaupt nicht«, (2) »eher nicht«, (3) »teils/teils«, (4) »eher« oder (5) »voll und ganz« zustimmen (➟ Kap. 2). So wird der verbale Ausdruck eines Einstellungswerts beziehungsweise Urteils erfasst, das auf eine gesellschaftliche Gruppe und Mitglieder dieser Gruppe gerichtet ist (Quasthoff 1987). Die Aussagen adressieren bestimmte, meist negative Merkmale, die in Bezug auf die betreffende Gruppe relevant werden sowie Bestandteil des Alltagswissens sind. Es sind Vorstellungen davon, wie Menschen als vermeintliche oder tatsächliche Mitglieder einer sozialen Gruppe »typischerweise« seien, was sie gemeinsam hätten, wie sie aussehen würden und was sie als ebensolche unterscheidbar mache.[2] Inhaltlich birgt diese Art der Messung grundsätzlich die Schwierigkeit, Aussagen zu identifizieren, die sowohl zustimmungs- als auch ablehnungsfähig

1 Instruktion, die die Interviewer:innen den Befragten vorlesen: »Ich würde nun gern von Ihnen wissen, wie Sie über verschiedene gesellschaftliche Gruppen denken. Ich lese Ihnen dazu einige Aussagen vor, die man manchmal hört. Mich interessiert Ihre persönliche Einstellung zu diesen Aussagen.«

2 Dafür herangezogene Hinweisreize (z. B. Kleidung, Figur, Stimme, Haut, Haare) können bereits konfundiert sein mit Erwartungen, Stereotypen, Emotionen, Sympathien und Motivationen, die auf die Wahrnehmung einwirken (Kawakami/Dovidio/van Kamp 2017).

sind. Dabei kommt in der Mitte-Studie mit dem GMF-Konzept ein langjährig erprobtes und etabliertes Messinstrument zum Einsatz, das bereits seit über 20 Jahren durch einen zentralen Befund gekennzeichnet ist: Die unterschiedlichen menschenfeindlichen Einstellungen hängen in der Weise systematisch miteinander zusammen, dass die Zustimmung zu einer der Aussagen in der Regel mit der Zustimmung zu weiteren Aussagen einhergeht. Im Mittelpunkt dieser Zusammenhänge steht dabei seit jeher die sogenannte *Ideologie der Ungleichwertigkeit*. Es wurde wiederholt geprüft und bestätigt, dass der Gehalt und die Bedeutung der unterschiedlichen Vorurteile ein entsprechend syndromatisches Einstellungsmuster beziehungsweise ein latentes Konstrukt (➟ Glossar) bilden.

GMF in den Erhebungen der Vorjahre

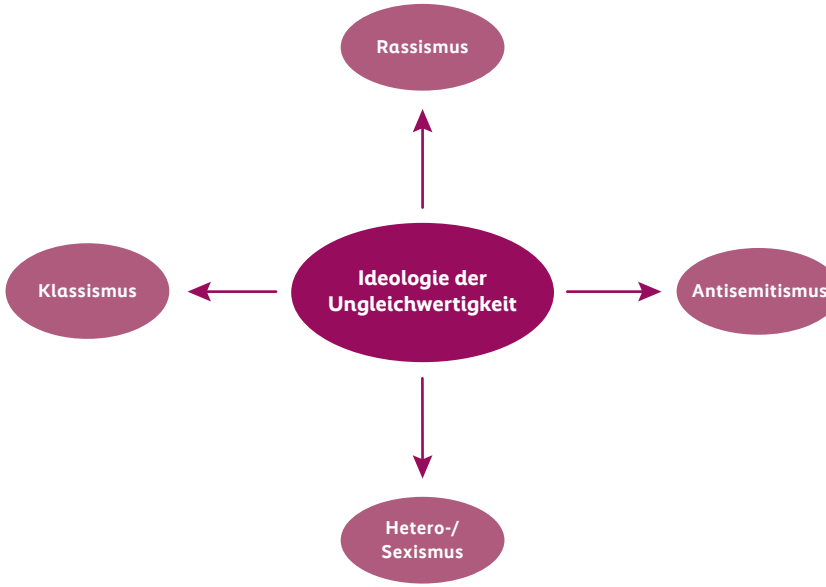
Die Langzeituntersuchung dazu wurde mit Beginn der Studienreihe *Deutsche Zustände* (Heitmeyer 2002–2011) in Form von sieben Facetten abwertender und diskriminierender Aussagen aufgenommen, unter anderem gegenüber Muslimen, Juden, Obdachlosen und Homosexuellen. Diese wurden in den Folgejahren um weitere Facetten menschenfeindlicher Einstellungen ergänzt und deren Verbreitung jeweils am Grad der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung in der Bevölkerung bemessen. Die einzelnen Facetten wurden zuverlässig über Kurzskalen erfasst – in der Regel anhand von zwei Aussagen (Krause/Zick 2013). Da sich die Menschenfeindlichkeit mit den gesellschaftlichen Umständen, politischen Verhältnissen und dem Zeitgeist in der Mitte nicht nur quantitativ verändert hat, sondern auch in ihren Ausdrucksformen, sind über die Zeit auch qualitative Anpassungen an den Aussagen vorgenommen worden. Im Rahmen der Langzeitstudie zu GMF wurden größtenteils gleiche Aussagen verwendet, wobei auch dort Anpassungen vorgenommen, neue Aussagen und moderne Formen in das Konzept aufgenommen oder auch bestehende Aussagen von manchen Erhebungen ausgeschlossen wurden. Es galt, dies im Sinne der Analyse der Ideologie der Ungleichwertigkeit gut zu begründen, und zwar sowohl empirisch als auch theoretisch. Mit der Fortschreibung der Untersuchung von GMF im Zuge der FES-Mitte-Studien konnte das Konzept weiter systematisch Anwendung finden. Vollumfänglich erfasst und berichtet wurden die gruppenbezogenen Abwertungen zuletzt in der Mitte-Studie 2018/19 (Zick/Berghan/Mokros 2019), bevor in der Mitte-Studie 2020/21 bereits eine reduzierte Zahl an Vorurteilen erhoben wurde (Zick 2021b). Die anschließende Messung wur-

de in der Mitte-Studie 2022/23 weiter reduziert, insbesondere aber neu systematisiert und begründet (Mokros/Zick 2023). Seitdem wird GMF im Rahmen der Mitte-Studie entlang von vier zentralen Facetten der Ungleichwertigkeit erfasst: *Rassismus*, *Klassismus*, *Hetero-/Sexismus* und *Antisemitismus* (➟ Abb. 4.1).[3] Diese können dem Forschungskonzept von GMF integrativ zur Seite gestellt werden. Die bisherigen Kurzskalen beispielsweise zu Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit oder auch der Abwertung von Obdachlosen haben davon unberührt weiterhin Bestand.

3 Insgesamt umfasst das in Anschluss an die Mitte-Studie 2022/23 veränderte und weiterentwickelte Messmodell von GMF 14 Indikatoren, die erneut eingängig auf ihre Eignung geprüft wurden, die angenommenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen in struktureller Weise abzubilden. Im Vorfeld wurden die Indikatoren dazu intern evaluiert und bei positiver Bilanz fortgeschrieben. Zudem wurden neue Indikatoren zur Sicherstellung der Inhaltsvalidität im Pretestverfahren geprüft und zur möglichen Integration in das GMF-Konzept der Haupterhebung aufgenommen. Die sorgfältige Konzeptualisierung und Operationalisierung der Indikator- und Konstruktvariablen ist im Weiteren Voraussetzung zur Prüfung von Konstruktvalidität sowie zur Anpassung des Messmodells. Ausgehend von der Neusystematisierung von GMF in der Mitte-Studie 2022/23 wurde für die vier theoretisch angenommenen Konstrukte zunächst wieder eine explorative Faktorenanalyse durchgeführt. Die durchweg positiven (> ,18) und signifikanten (p < ,001) Zusammenhänge der Indikatoren sowie deren KMO-Wert (,92) und der Bartlett-Test (Chi² (91) = 8513,49; p < ,001) indizierten dafür eine gute Eignung. Die vorgegebene 4-Faktoren-Lösung ergibt in einer Hauptachsenanalyse mit Oblimin-Rotation einen starken Faktor mit Eigenwert > 1, der (1) 38 % der gemessenen Varianz aufklärt, während die drei weiteren Faktoren mit (2) 6 %, (3) 3 % und (4) 2 % nur geringe Anteile an zusätzlicher Varianzaufklärung ergeben. Dieses Ergebnis deutet im Einklang mit der bestehenden Ideologie der Ungleichwertigkeit auf die Evidenz der Eindimensionalität der Indikatoren hin, die sich explorativ zusätzlich bekräftigen ließ. Bei der 4-Faktoren-Lösung passen die Ladungen der einzelnen Indikatoren dennoch weitgehend zu den angestellten Vorüberlegungen und zu bereits berichteten Ergebnissen in der Mitte-Studie 2022/23, sodass sich theorie- und empiriegeleitet erneut vier latente Abwertungsmuster annehmen lassen. Mittels einer konfirmatorischen Faktorenanalyse sowie unter Rückgriff auf Maße der internen Konsistenz wurden daher vier Faktoren erster Ordnung (Rassismus, Klassismus, Hetero-/Sexismus und Antisemitismus) sowie die Ideologie der Ungleichwertigkeit als Faktor zweiter Ordnung spezifiziert und zusammen auf ihre Güte und Modellanpassung getestet. Das Modell weist bei einer Maximum-Likelihood-Schätzung einen guten Fit auf (χ^2 = 548,69; d.f. = 73; χ^2/d.f. = 7,5; p = ,000; AGFI = ,92; NFI = ,94; CFI = ,94; RMSEA = ,06; PCLOSE = ,000; SRMR = ,05). Es bestätigt die Annahmen zu den Zusammenhängen der GMF-Indikatoren und wurde für geeignet befunden, die innere Struktur des Modells wiederzugeben. Hinsichtlich der standardisierten Ladungen auf den übergeordneten GMF-Faktor sowie der jeweils durch die Indikatoren erklärten Varianz der vier Facetten ergeben sich folgende Unterschiede: Rassismus (χ = ,97; R^2 = ,95) und Klassismus (χ = ,87; R^2 = ,75) werden am stärksten von dem GMF-Faktor erfasst und deren Indikatoren erzielen eine sehr hohe Varianzaufklärung, während die Ladungen vom Hetero-/Sexismus (χ = ,80; R^2 = ,64) sowie Antisemitismus (χ = ,73; R^2 = ,53) etwas niedriger ausfallen und deren Indikatoren auch etwas weniger Varianz erklären. Die Berechnungen wurden mit ungewichteten Daten in IBM SPSS Statistics und AMOS 30 durchgeführt.

Abb. 4.1

Das empirische und theoretische Modell Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Mitte-Studie 2024/25



Anmerkungen Das Modell mit vier zentralen GMF-Facetten wurde im Zuge explorativer und konfirmatorischer Faktorenanalysen getestet und erneut für geeignet befunden, um die innere Struktur der Ungleichwertigkeitsvorstellungen abzubilden (➞ Fn. 3, Kap. 4 GMF).

Die vier zentralen GMF-Facetten in der Mitte-Studie 2024/25

Der *Rassismus* umfasst negative, verallgemeinernde Einstellungen gegenüber Sinti:ze und Rom:nja, Muslimen, Flüchtlingen und Schwarzen Menschen, die als »hinzukommende Fremde« markiert und in Bezug auf vermeintlich ethnische, religiöse, nationale und kulturelle Merkmale und Motive »ihres« Handelns und Seins abgewertet werden. Die Kategorien »Ethnie«, »Religion«, »Nationalität«, »Kultur« und »Hautfarbe« prägen die rassistische Abwertungsgrundlage jener wie auch weiterer Gruppen, deren Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft abgelehnt und als »nicht passend« zurückgewiesen wird. Die Aussagen bezichtigen sie fehlender Anpassung, des Sozialmissbrauchs oder der Kriminalität, wie

Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

Rassismus (**M** = 2,26; **SD** = ,87; **n** = 2.000; **α** = ,75)

Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen.

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.

Sinti und Roma neigen zu Kriminalität.

Wenn sich Schwarze Menschen mehr anstrengen würden, würden sie es auch zu etwas bringen.

Antisemitismus (**M** = 2,03; **SD** = ,95; **n** = 1.947; **α** = ,70)

Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.

Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.

Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

Hetero-/Sexismus (**M** = 2,01; **SD** = 1,06; **n** = 1.991; **α** = ,74)

Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.

Ich finde es albern, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt, eine Frau lieber ein Mann.

Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.

Klassismus (**M** = 2,42; **SD** = ,86; **n** = 2.000; **α** = ,71)

Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben.

Empfänger von Sozialhilfe und Bürgergeld neigen zu Faulheit.

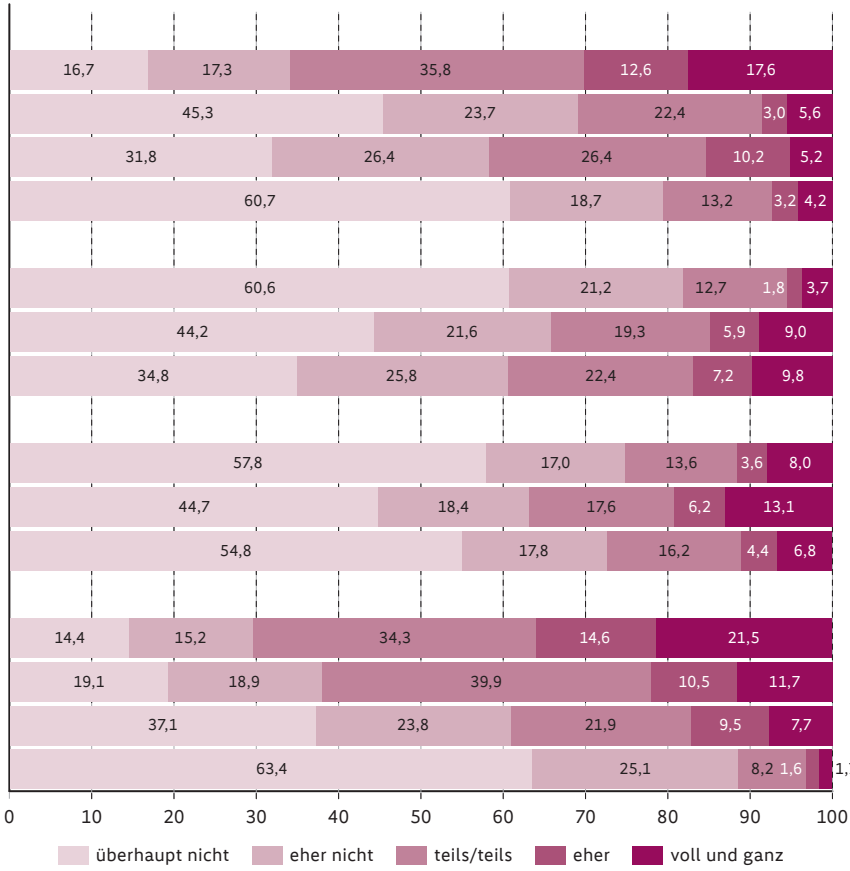
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.

Für behinderte Menschen wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.

Anmerkungen **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

es unter anderem in den beiden Aussagen »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.« sowie »Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen« zum Ausdruck kommt (➠ Abb. 4.2). Der Rassismus kann sich auch in einer ablehnenden Haltung zu Migration äußern, etwa in der Forderung nach einem pauschalen Einwanderungsverbot: »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.« Kulturalisierende und ethnisierende Abwertungen funktionieren dabei äquivalent zu »Rasse«-Vorstel-

Abb. 4.2



lungen und ersetzen diese häufig auch.[4] In der vorangegangenen Untersuchung von GMF haben wir diese Aussagen als Ausdruck eines kulturellen Rassismus gesehen, der gleichwohl in Beziehung zu einem klassischen Rassismus stand

4 Vorstellungen von menschlichen »Rassen« sind in ein kulturell-historisches Denksystem eingebettet. Dass aufgrund äußerlicher, biologischer oder kultureller Merkmale Menschen in »Rassen« unterschieden werden können, ist wissenschaftlich widerlegt. Hingegen erfüllt rassistisches Denken eine ideologische und legitimierende Funktion für *weiße* Vorherrschaft gegenüber kolonialisierten,

und zu verstehen ist (Mokros/Zick 2023). Die Aussagen zum klassischen Rassismus haben dezidiert mit einer Bluts- und Abstammungslogik zu tun, die an körperliche Eigenschaften (z. B. Hautfarbe, Aussehen, Stärke, Geruch etc.) und eine daraus vermeintlich biologisch abzuleitende Höherwertigkeit *weißer* Menschen gekoppelt wird. Dieser klassische, tief verwurzelte Rassismus wird seit Beginn der GMF-Untersuchung mittels der Aussage »Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt« erhoben und seit 2021 ergänzt durch die Aussage »Wenn sich Schwarze Menschen mehr anstrengen würden, würden sie es auch zu etwas bringen«[5]. Die teils subtile Defizitzuschreibung gegenüber Schwarzen Menschen dient dazu, alltägliche, strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlung zu legitimieren. Nach der damit zuletzt vorgenommenen Unterscheidung des klassischen vom kulturellen Rassismus werden im vorliegenden GMF-Modell beide Facetten in eine Subskala integriert. Der Rassismus gegen Schwarze Menschen fällt empirisch zusammen mit der Abwertung von Sinti:ze und Rom:nja, Muslimen und Flüchtlingen. Sie bilden gemeinsam ein rassistisches Abwertungsmuster, ohne jedoch vollständig ineinander aufzugehen. Aus inhaltlichen und statistischen Abwägungen ausgeschlossen wurde wiederum der Indikator zu den sogenannten Etabliertenvorrechten.[6] Diese stehen zwar weiterhin eng im Zusammenhang mit Rassismus, stellten sich jedoch als raumzeitliche, rechtliche und ressourcenbezogene Vorrang- und Vormachtstellung von »Etablierten« gegenüber »Neuhinzukommenden« seit Beginn der Untersuchung als ein besonderes Korrelat heraus (Heitmeyer 2002). In Anlehnung an Elias und Scotson

---

»farbigen« oder Schwarzen Menschen (Arndt 2011). Der Auftaktstudie des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors nach glaubt dennoch fast die Hälfte der Menschen in Deutschland an die Existenz menschlicher »Rassen« (DeZIM 2022).

5 Dieses Item ersetzt dabei seit der letzten Erhebung das Item »Aussiedler sollten bessergestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.«. Die Bezeichnung Aussiedler wurde offiziell seit den 1990er-Jahren für Menschen mit verschiedenen Hintergründen verwendet, die in der Folge des Zweiten Weltkriegs aus der ehemaligen Sowjetunion oder osteuropäischen Staaten nicht vertrieben wurden, dortbleiben konnten oder mussten und erst später nach (West-)Deutschland eingewandert sind. Hier wurden sie jedoch nicht wie andere Einwanderungsgruppen als Migranten, Ausländer oder »Fremde« behandelt, weil sie nach wie vor als Deutsche galten. Die Bezeichnung wird jedoch immer seltener verwendet, was in den vergangenen Bevölkerungsumfragen vermehrt zu Verständnisschwierigkeiten sowie fehlenden Antworten führte.

6 Messspezifisch deuten Informationen im Modellvergleich diesbezüglich auf einen kontextuell weniger klar operationalisierten und weniger im Gesamtkonstrukt verankerten Indikator der Etabliertenvorrechte hin.

(1990) muss davon ausgegangen werden, dass die Merkmale, Muster und Mechanismen der Abwertung und Unterordnung unterschiedliche Gruppen adressieren können, die als »Außenseiter« gelten, sodass die Forderung nach Etabliertenvorrechten erst im gruppenbezogenen Zusammenhang zu bestimmen ist.

Der *Antisemitismus* stellt ebenfalls eine Facette Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dar, die von Rassismus, Klassismus und Sexismus unterscheidbar ist, aber mit ihnen einhergehen kann. Innerhalb der Antisemitismusforschung werden eine *klassische*, *sekundäre* und *israelbezogene* Facette unterschieden, die jeweils auf einen eigenen Teil der jahrhundertelangen Geschichte des Antisemitismus verweisen, sich aber gegenseitig bedingen, einbetten und fortschreiben. Der klassische Antisemitismus, wie er im GMF-Konzept erfasst wird, bezieht sich vor allem auf alte und tief verankerte Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden, denen eine Mitschuld an den an ihnen begangenen Verfolgungen und Verbrechen gegeben wird. Dadurch wird eine Schuldumkehr gerechtfertigt, wie es die Aussage »Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig« misst. Im sekundären Antisemitismus wird Jüdinnen und Juden wiederum vorgeworfen, sie würden einen Vorteil daraus ziehen wollen, dass jüdische Menschen dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen sind, was anhand der Aussage »Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen« gemessen wird. Die Täter-Opfer-Umkehr markiert die Besonderheit und Legitimierung des Antisemitismus nach dem Holocaust. Zur modernen Facette des Antisemitismus gehört auch, dass oft vermieden wird, über Juden als Gruppe oder Jüdischsein zu sprechen, stattdessen aber antisemitische Motive wie Rachsucht, Gier oder Machtstreben in Zusammenhang mit der israelischen Politik gebracht werden. Die Aussage »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat« zielt genau auf diese Kommunikationslatenz (Bergmann/Erb 1986) antisemitischer Einstellungen durch die Wendung gegen Israel. Auf der empirischen Ebene von Einstellungen bilden die drei Aussagen miteinander ein valides und reliables Vorurteilsmuster. Die Frage, ob und inwieweit möglicherweise legitime »Israelkritik« antisemitisch geäußert wird oder nicht, steht im Anschluss an dieses Kapitel zur Diskussion (➥ Kap. 4, Mittendrin). Antisemitismus ist zudem ein zentrales Element des Rechtsextremismus (➥ Kap. 3).

Ein weiteres Abwertungsmuster bildet der *Hetero-/Sexismus*. Darunter fallen Einstellungen, die Menschen allein aufgrund des ihnen zugeschriebenen oder sozialen Geschlechts beziehungsweise ihrer Sexualität benachteiligen und abwerten. Dies geht auf die vorherrschende Vorstellung zurück, es gebe nur Mann und Frau, die heterosexuell in Beziehung zueinanderstehen müssen, meist in Form von Ehe und Familie. Es handelt sich dabei um ein soziokulturelles Ordnungs- und Hierarchiesystem, das sich in strengen Normen und Rollenbildern ausdrückt – etwa darin, Frauen seien primär für Hausarbeit und Kinder zuständig oder Männer sollten hart sein und der Hauptverdiener der Familie. Trotz Unterschieden weisen Sexismus und Heterosexismus wesentliche Gemeinsamkeiten auf, und in vielen Gesellschaften stützen sie sich gegenseitig: Beide Facetten beruhen auf gesellschaftlicher Dominanz von Männlichkeit und Unterordnung von Weiblichkeit, was Ungleichwertigkeit und Ungleichbehandlung rechtfertigen soll. Dabei werden einzig Heterosexualität und Cis-Geschlechtlichkeit als »natürliche« Ausprägungen menschlichen Empfindens und Begehrens behauptet, während Abweichungen davon als »unnatürlich« missbilligt, lächerlich oder unsichtbar gemacht werden. Das geschieht etwa, wenn Schwulsein als Schwäche ausgelegt und als Schimpfwort benutzt wird oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften benachteiligt werden. Das betrifft im GMF-Konzept zunächst die Abwertung von Homosexuellen und Trans*-Menschen, gleichwohl aber auch die Unterordnung von Frauen. Diese Abwertungsphänomene sind in den bisherigen GMF- und Mitte-Studien durchgehend eng miteinander verknüpft gewesen und besonders häufig gleichzeitig aufgetreten. Gemessen an den Einstellungen drückt sich Hetero-/Sexismus zum einen in der Aufrechterhaltung und Reproduktion traditioneller Geschlechterrollen aus wie an der weiterhin erhobenen Aussage, »Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen«. Zum anderen kommt er in dem Vorwurf »sichtlicher Unangepasstheit« und öffentlicher Sichtbarkeit von Homosexualität zum Ausdruck wie auch in der kategorischen Missbilligung und Verächtlichmachung von Trans*-Menschen. Erhoben wird dies über die beiden Aussagen »Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen« und »Ich finde es albern, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt, eine Frau lieber ein Mann«. In der letzten Erhebung 2022/23 haben wir darüber hinaus gezeigt, wie als gegenwärtiger Ausdruck von Hetero-/Sexismus auch Bestrebungen zur Gleichstellung von Frauen zurückgewiesen werden, was in der vorlie-

genden Mitte-Studie nicht wieder in das GMF-Konzept aufgenommen wurde, dafür aber nochmals gesondert in den Blick kommt (➟ Kap. 4, Fokus).

Die vierte Facette *Klassismus* umfasst die Herabsetzung sowie Ausgrenzung bestimmter Gruppen aufgrund ihrer sozialen wie ökonomischen Lage, Position oder Herkunft. Er ist zumeist gerichtet gegen Menschen, denen als Angehörige einer »niedrigeren« Schicht oder Klasse pauschal vorgeworfen wird, ihr Leben ohne Arbeit, in Armut, auf der Straße oder mit Behinderung selbstverschuldet und deshalb nichts anderes verdient zu haben. Dabei würden sie der Gesellschaft willentlich und mutwillig zur Last fallen und gegenüber dem »arbeitenden« Teil der Bevölkerung »nutzlos« und »faul« sein. Dies betrifft in erster Linie die Abwertung von langzeitarbeitslosen oder obdachlosen Menschen. Beide Gruppen sind oft strenger Sanktionierung und Zurückdrängung aus dem öffentlichen Leben ausgesetzt, die nicht zuletzt staatlich und strukturell angelegt sind, aber auch in der Bevölkerung befürwortet werden. Die Aussage »Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben« misst seit Aufnahme in das GMF-Konzept zuverlässig die Überzeugung, Langzeitarbeitslose seien faul und würden das Sozialsystem ausnutzen. Ergänzend dazu wurde die Aussage »Empfänger von Sozialhilfe und Bürgergeld neigen zu Faulheit« in die Messung aufgenommen. Stärker auf den Umgang mit einer klassistisch abgewerteten und marginalisierten Gruppe ausgerichtet ist die Aussage »Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden«. Sie ist ein Maß für die Aggression und Feindseligkeit gegenüber meist als »störend« wahrgenommenen Obdachlosen, denen in der Öffentlichkeit oft abfällig begegnet wird. Dieses Jahr ebenfalls in die Subskala Klassismus integriert wurde die Aussage »Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben«[7], was eine Besonderheit darstellt. Die Frage nach der Abwertung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung hat eine lange Tradition in den Untersuchun-

7 Dieses Item ersetzt zudem das Item »Arme Menschen können nicht mit Geld umgehen«, welches in der Mitte-Studie 2022/23 erstmals zu Testzwecken und zur Sicherstellung der Reliabilität der Subskala erhoben wurde. Das Item kann weiterhin als Indikator für klassistische Einstellungen betrachtet werden, wurde jedoch zugunsten einer breiteren Messung der Abwertung von sozial benachteiligten Gruppen hier ausgeschlossen. Die Zustimmung zu dem Item fällt 2024/25 gegenüber der Vorerhebung von 9 % auf 4 %, der Anteil an »teils/teils«-Antworten steigt von 20 % auf 25,5 %.

gen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gleichzeitig unterlag diese in jüngerer Zeit immer wieder Problemen der Messbarkeit, was bereits zur Folge hatte, dass sie in den Mitte-Studien verändert (Zick/Berghan/Mokros 2019) oder auch ausgesetzt wurde (Zick 2021b). Eine behindertenfeindliche Aussage unter Klassismus zu subsumieren, liegt in der theoretischen und empirischen Perspektive begründet, dass er als Abwertungs- und Vorurteilsmuster in der Lage ist, Zuschreibungen eines vermeintlichen Leistungsdefizits, die Zurückweisung von Unterstützungsbedarfen sowie die Verweigerung von Teilhabe gegenüber unterschiedlichen Gruppen abzubilden. Dafür liegt eine ausreichende Evidenz vor, sodass hier von einer gemeinsamen wie auch eigenständigen Facette gesprochen werden kann, die sich analog zu Rassismus, Antisemitismus und Hetero-/Sexismus in das GMF-Modell einfügen lässt.

4.2 Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen in der Mitte-Studie 2024/25

Abbildung 4.2 zeigt zunächst den durchschnittlichen Anteil der Ablehnung beziehungsweise Zustimmung zu den einzelnen Aussagen der vier Einstellungsfacetten Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus. Zudem sind dort auch der arithmetische Mittelwert (M), die Standardabweichung (SD), die Anzahl der Befragten (n) sowie Cronbachs Alpha (α) als zentrale Skalenkennwerte angegeben (➟ Glossar).

Tendenziell ist für den Großteil der erhobenen Aussagen – vor allem gegenüber dem Jahr 2022/23 – ein leichter bis moderater Rückgang der Zustimmung zu verzeichnen, wobei sich im Einzelnen auch deutliche Unterschiede feststellen lassen. Ein Anstieg der Zustimmung ist eher die Ausnahme, aber wenn dies der Fall ist, dann fällt dieser vergleichsweise stark aus. Mitunter werden auch Ablehnungen eindeutiger in Form der vollständigen Zurückweisung der Aussagen vertreten, was teilweise auf eine Polarisierung der Antworten hindeutet.

Beim Rassismus sind die Unterschiede in der Bewertung der Aussagen besonders deutlich. Jede:r dritte Befragte unterstellt Flüchtlingen Sozialmissbrauch, und mehr als ein Drittel (36 %) tut dies zumindest »teils/teils«, was im Vergleich mit 2022/23 zwar auf mehr Unentschiedene hinweist, aber sonst eher gleich

verteilt bleibt. Währenddessen befürworten in der Bevölkerung nur knapp 9 % »eher« oder »voll und ganz« ein Einwanderungsverbot für Muslim:innen. Das entspricht halb so vielen Befragten wie noch 2022/23 und liegt auch unter dem Niveau der anderen Vorjahre. Der Anteil der »teils/teils«-Antworten ist mit 22 % nach deren deutlicher Zunahme in der letzten Erhebung gleich geblieben. Ebenfalls halbiert hat sich gegenüber 2022/23 die Zuschreibung einer generellen Kriminalitätsneigung von Sinti:ze und Rom:nja, die mit 15 % unter das bisher niedrigste Niveau von 18 % in 2020/21 fällt. Der Anteil der mittleren Antworten bleibt auch hier unverändert bei 26 %. Dem seit 2020/21 erhobenen Anti-Schwarzen-Rassismus stimmen mit rund 7 % etwas weniger Befragte als zuvor zu, was sich weitestgehend einfügt in eine zunehmende Verschiebung während der letzten Jahre von biologistischen zu eher kulturalistischen »Rasse«- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen. So wandelt sich der Ausdruck des modernen Rassismus. Über die vier Aussagen hinweg wurde eine entsprechende Mittelwertskala (➟ Glossar) gebildet. Daraus ergibt sich dieses Jahr eine Zustimmung von 11,5 % in der Bevölkerung. Unter Berücksichtigung der gleichen Aussagen lag diese zum Vergleich 2020/21 bei 13 % und 2022/23 bei 24 %. In den Graubereich eines »teils/teils«-Rassismus und fast unverändert zu den beiden Vorjahren fallen rund 20 % der Antworten der Befragten.

Weitgehend stabil geblieben sind die Zustimmungswerte zum Antisemitismus. Dabei stimmt die Mehrheit der Befragten den drei Aussagen nicht zu, wenngleich sich das Antwortverhalten gegenüber der klassischen, sekundären und israelbezogenen Aussage deutlich unterscheidet. 5,5 % meinen »eher« oder »voll und ganz«, Juden hätten eine Mitschuld an ihren Verfolgungen. Knapp 13 % meinen dies »teils/teils«, womit die Befragten ähnlich antworten wie in den Vorjahren. Auch der subtileren Aussage des sekundären Antisemitismus stimmen mit 15 % fast unverändert viele Befragte zu, wie auch 19 % zumindest teilweise den Vorwurf einer heutigen Vorteilsnahme von Juden aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus teilen. Aufgrund der Politik Israels im Nahostkonflikt geben zudem 17 % an, sie könnten »gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«. Der israelbezogene Antisemitismus findet damit rund 2 % mehr Zustimmung als bereits nach dem deutlichen Anstieg in der letzten Erhebung, wobei der Anteil der »teils/teils«-Antworten gleichermaßen zurückgegangen ist. Insgesamt stimmen etwa 8 % der Befragten den Aussagen, anhand derer Antisemitismus

gemessen wird, zu – unwesentlich weniger als 2022/23. Weitere 20 % antworten im Mittel zwischen Ablehnung und Zustimmung. Eine Besonderheit stellt beim Antisemitismus bereits seit Beginn der Erhebungen der erhöhte Anteil an Befragten dar, die auf die Aussagen mit »weiß nicht« antworten oder keine Angabe machen wollen. Diese Antworten sind umso häufiger, je höher der Anteil der Zustimmung zu den antisemitischen Aussagen in der Bevölkerung liegt.

Beim Hetero-/Sexismus zeigt sich gegenüber dem Jahr 2022/23 ein weiterer Anstieg der Zustimmung. Anders als bei den anderen GMF-Facetten und entgegen dem langjährigen Trend zunehmend egalitärer Einstellungen nehmen sexuelle und geschlechtsbezogene Vorurteile wieder zu. Weiterhin am häufigsten und mit 19 % einen neuen Höchstwert erreicht die Verächtlichmachung von Trans*-Menschen, die von weiteren 18 % der Befragten auch teilweise geteilt wird. Dafür etwas weniger Zustimmung, als in der letzten Mitte-Studie berichtet, findet mit 12 % der affektive Ausdruck von Ekel gegenüber Homosexuellen, die in der Öffentlichkeit Zuneigung füreinander zeigen. Hingegen bleibt die Zurückweisung von Frauen ins häusliche Umfeld bei 11 %, bei tendenziell mehr »teils/teils«-Antworten. Insgesamt stimmen dieses Jahr rund 11 % der Bevölkerung allen drei Aussagen der hetero-/sexistischen Menschenfeindlichkeit zu. 18 % liegen durchschnittlich im Graubereich. Das ist ein Anstieg gegenüber 2020/21 um 7 % sowie gegenüber 2022/23 um 4 %.

Die Einstellungen zum Klassismus finden bereits seit Beginn ihrer Messung einzeln hohe Zustimmungen, aber auch sie zeigen über die Zeit deutliche Veränderungen. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen findet in den Mitte-Studien die allermeiste Verbreitung. Wie in der letzten Erhebung teilt mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) die Auffassung, Langzeitarbeitslose seien eine gesellschaftliche Belastung und machten sich ein »bequemes Leben«. Ein weiteres Drittel (34 %) stimmt dem teilweise zu. Ähnlich meinen 22 % »eher« oder »voll und ganz«, Empfänger:innen von Sozialhilfe und Bürgergeld neigten zu Faulheit, während mit 40 % mehr Befragte als 2022/23 (32,5 %) diese Meinung »teils/teils« vertreten. Der Forderung, Obdachlose aus den Fußgängerzonen zu »entfernen«, stimmen 17 % zu. Der Anteil an Befragten, die diese Forderung zumindest teilweise befürworten, bleibt gegenüber den Vorjahren stabil bei etwa 20 %. Die abwertenden Aussagen gegenüber Menschen mit Behinderung er-

halten deutlich weniger Zustimmung. Nur 3 % meinen, es werde in Deutschland »zu viel Aufwand« für Menschen mit Behinderung betrieben. Etwas mehr Befragte äußern sich diesbezüglich mit »teils/teils« zwar verhaltener, die insgesamt geringe Zustimmung zur Abwertung von Menschen mit Behinderung weist jedoch auf die oben bereits erwähnte Schwierigkeit hin, die Einstellungen zu einer Gruppe zu erfassen, die gesellschaftlich wenig wahrgenommen und oft ausgeschlossen wird (z. B. Aktion Mensch e. V. 2025).[8] Dennoch bilden die Herabwürdigungen gegenüber Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger:innen, Obdachlosen und Menschen mit Behinderung nach statistischer Prüfung ein klassistisches Einstellungsmuster, das von insgesamt 15 % der Befragten geteilt wird. 23 % liegen durchschnittlich im Graubereich zwischen Ablehnung und Zustimmung. Ein direkter Vergleich der Werte für die Gesamtskala zu den Vorjahren ist aufgrund der veränderten Messung nicht möglich.

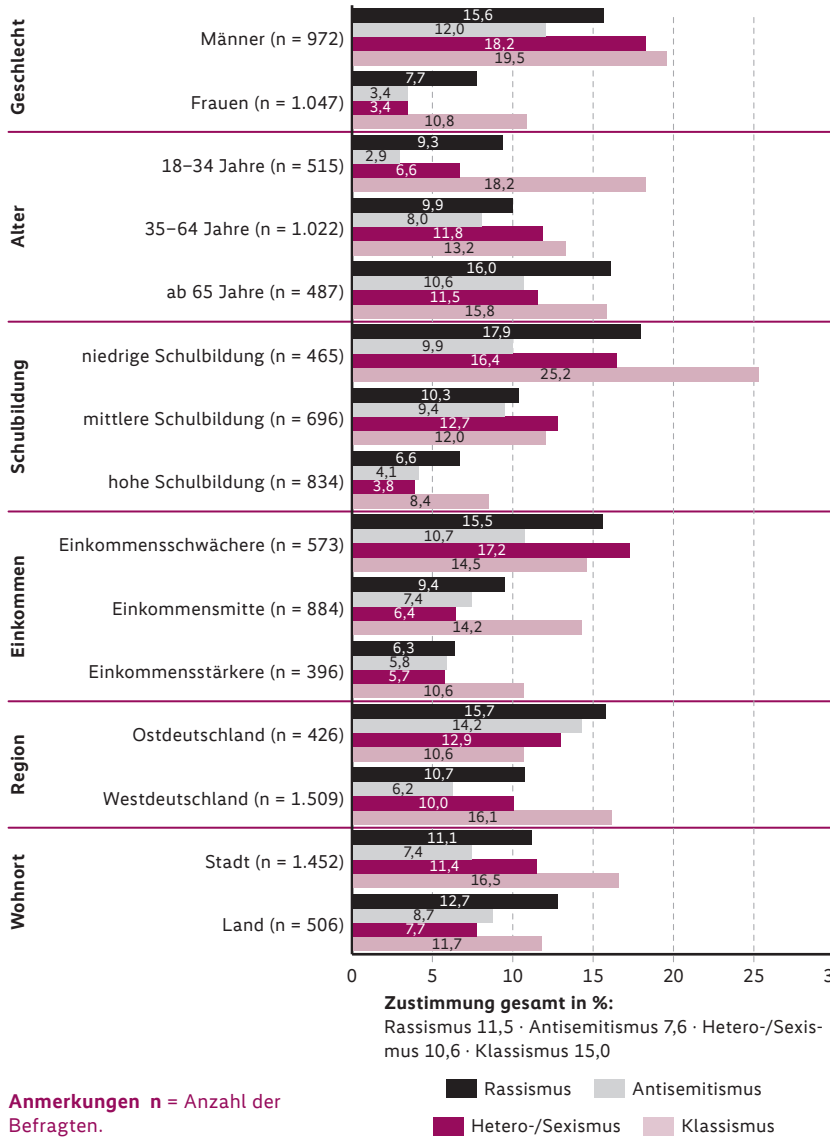
Soziodemografische Unterschiede

Die Zustimmungsbereitschaft zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verteilt sich nicht zufällig oder gleichmäßig in der Gesellschaft. Menschen können vielmehr unterschiedlich motiviert sein, über andere Menschen Vorurteile zu haben und ihnen die Gleichwertigkeit abzusprechen. Die Motive zur Abwertung und Diskriminierung stehen wiederum selbst unter dem Einfluss von sozialen Ungleichheiten. Mit der Zugehörigkeit und Unterscheidung nach Merkmalen wie Geschlecht, Alter oder Einkommen gehen häufig ähnliche Lebenslagen und Erfahrungen einher, welche die Wahrnehmung, das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen beeinflussen. Sie prägen Werte, Normen und Deutungen der sozialen Wirklichkeit, lassen gesellschaftliche Orientierungen entstehen und können zur Folge haben, dass in bestimmten Teilen der Bevölkerung manche Einstellungen häufiger oder eben seltener geteilt werden. Wie auch im vorherigen Kapitel zur Analyse rechtsextremer Einstellungen wurde dazu die Zustimmung zu den vier GMF-Facetten hinsichtlich bewährter Vergleichsgruppen ausgewertet. In Abbildung 4.3 sind diese soziodemografischen Unterschiede in den Zustimmungen aufgeführt. Zusätzlich gibt es Auffälligkeiten im Grau-

8 Zum Vergleich haben wir dieses Jahr eine ableistisch-selektionistische Einstellung in die Befragung aufgenommen, die tendenziell sogar etwas mehr Zustimmung erfährt. Knapp 6 % der Befragten in Deutschland teilen die Auffassung »Behinderte Menschen sollten besser keine Kinder bekommen«. Weitere 17 % bewerten dies mit »teils/teils«.

Abb. 4.3

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nach Soziodemografie (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

bereich der durchschnittlichen Antworten (➟ Kap. 2). Dabei wurden die Unterschiede in den Gruppen jeweils auf statistische Bedeutsamkeit geprüft (➟ Fußnoten 9 bis 14). Zentrale Ergebnisse sind im Folgenden beschrieben.

Geschlecht: Männer stimmen allen Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich häufiger zu als Frauen. Besonders ausgeprägt ist dieser Unterschied beim Hetero-/Sexismus (18 % zu 3 %) und beim Antisemitismus (12 % zu 3 %). Aber auch beim Rassismus (16 % zu 8 %) und Klassismus (19,5 % zu 11 %) liegt die Zustimmung bei Männern statistisch überzufällig höher.[9] Männer und Frauen unterscheiden sich beim Rassismus zwar nicht wirklich hinsichtlich ihrer Antworten im Graubereich (20,5 % zu 19 %), jedoch fallen Männer gegenüber Frauen im Graubereich bei den anderen GMF-Facetten weiter auf.

Alter: Die Altersprofile variieren je nach Einstellungsfacette. Rassismus erreicht bei den älteren Befragten ab 65 Jahren den höchsten Wert (16 %) und liegt bei den beiden jüngeren Altersgruppen niedriger (9 bis 10 %). In der mittleren Altersgruppe fallen zudem 20 % der Befragten in den Graubereich. Der Antisemitismus ist bei 18- bis 34-Jährigen sehr gering vertreten und steigt mit dem Alter deutlich in der Zustimmung an (3 % zu 11 %), mit einem erheblich größeren Graubereich von 31 % unter den über 65-Jährigen. Hetero-/Sexismus ist in der mittleren und älteren Altersgruppe ähnlich verbreitet (12 % bzw. 11,5 %) und findet bei den Jüngeren deutlich weniger Zustimmung (7 %). Hingegen zeigt sich beim Klassismus die meiste Zustimmung in der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen (18 %), während diese unter Befragten mittleren Alters am geringsten ausfällt (13 %). Über 65-Jährige fallen bei einer mittleren Zustimmung (16 %) hingegen durch einen erhöhten Graubereich auf (27 %).[10]

Schulbildung: Personen mit niedriger formaler Schulbildung weisen in allen vier GMF-Facetten die höchsten Zustimmungswerte auf, während Befragte mit

9 Chi²-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Geschlecht: Rassismus: Chi² (2, 1.993) = 33,30, p < ,001; Antisemitismus: Chi² (2, 1.941) = 116,46, p < ,001; Hetero-/Sexismus: Chi² (2, 1.985) = 139,70, p < ,001; Klassismus: Chi² (2, 1.994) = 47,94, p < ,001.

10 Chi²-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Altersgruppen: Rassismus: Chi² (4, 1.999) = 36,98, p < ,001; Antisemitismus: Chi² (4, 1.947) = 90,10, p < ,001; Hetero-/Sexismus: Chi² (4, 1.990) = 14,21, p < ,01; Klassismus: Chi² (4, 2.000) = 14,91, p < ,01.

hoher Schulbildung die niedrigsten Werte äußern. Die Abstände zwischen niedriger und hoher Bildung sind teils beträchtlich und signifikant.[11] Beim Klassismus fallen sie am größten aus (25 % zu 8 %), gefolgt von Hetero-/Sexismus (16 % zu 4 %) und Rassismus (18 % zu 7 %). Beim Antisemitismus unterscheiden sich Befragte mit niedriger und mittlerer Schulbildung fast nicht (10 % zu 9 %), während der Abstand zur Gruppe mit hoher Schulbildung (4 %) geringer ausfällt als bei den anderen Facetten. Gleichzeitig birgt der Antisemitismus mit 36 % den insgesamt größten Graubereich unter jenen mit niedriger Schulbildung. Ansonsten ähnelt die Zustimmung unter Befragten mit einer mittleren Schulbildung eher derjenigen, die auch Befragte mit einem hohen Schulabschluss äußern, wie es bei Rassismus (10 % zu 7 %) sowie Klassismus (12 % zu 8 %) der Fall ist. Beim Hetero-/Sexismus hingegen ist der Abstand zwischen mittlerer und niedriger Schulbildung geringer (13 % zu 16 %) als zu hoher Schulbildung (4 %). Eine hohe Schulbildung erweist sich damit erneut als zentraler Prädiktor niedrigerer Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Einkommen: Die Einkommenssituation der Befragten wird anhand des ihnen monatlich zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommens ermittelt, woraus drei Einkommensgruppen für die Stichprobe gebildet werden (➟ Kap. 2). Im Ergebnis stimmen Einkommensschwächere den GMF-Facetten häufiger zu als Einkommensstärkere. Dabei ist eine stufenförmige Abnahme der Zustimmung von Einkommensschwächeren über die Einkommensmitte zu Einkommensstärkeren zu erkennen. Insbesondere bei Hetero-/Sexismus (17 % zu 6 %), Rassismus (15,5 % zu 6 %) und auch Antisemitismus (11 % zu 6 %) zeigen sich in den Einkommensgruppen signifikante Unterschiede.[12] Demgegenüber fällt der Einkommenseffekt bei der Zustimmung zu Klassismus deutlich schwächer aus. Dabei stimmen die Befragten mit mittlerem und hohem Einkommen dem Klassismus in etwa genauso häufig zu (14 % bzw. 11 %) wie Befragte mit niedrigem Einkommen (14,5 %).

---

11 Chi^2-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Bildungsgruppen: Rassismus: Chi^2 (4, 1.965) = 119,20, p < ,001; Antisemitismus: Chi^2 (4, 1.913) = 173,47, p < ,001; Hetero-/Sexismus: Chi^2 (4, 1.956) = 121,63, p < ,001; Klassismus: Chi^2 (4, 1.964) = 103,27, p < ,001.

12 Chi^2-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Einkommensgruppen: Rassismus: Chi^2 (4, 1.761) = 33,74, p < ,001; Antisemitismus: Chi^2 (4, 1.727) = 25,52, p < ,001; Hetero-/Sexismus: Chi^2 (4, 1.753) = 50,83, p < ,001; Klassismus: Chi^2 (4, 1.762) = 7,43 (n. s.).

Ost-West-Unterschied: Befragte in ostdeutschen Bundesländern stimmen Rassismus (16 %) und vor allem Antisemitismus (14 %) deutlich häufiger zu als Befragte in westdeutschen Bundesländern (11 % bzw. 6 %). Bei Hetero-/Sexismus ist der Unterschied gering ausgeprägt (13 % zu 10 %). Beim Klassismus zeigt sich hingegen ein umgekehrtes Bild mit höherer Zustimmung unter Befragten in West- als in Ostdeutschland (16 % zu 11 %). Ebenfalls unter jenen in Westdeutschland deutlich stärker ausgeprägt ist der Graubereich bei Rassismus (21 % zu 16 %), Antisemitismus (22 % zu 12 %) und Hetero-/Sexismus (19 % zu 14 %).[13]

Wohnort: Hinsichtlich der Unterscheidung, ob Befragte städtisch oder ländlich wohnen, variiert die Zustimmung zu den GMF-Facetten ebenfalls nicht durchgängig. Mehr Zustimmung in der Stadt als auf dem Land findet dabei sowohl Hetero-/Sexismus (11 % zu 8 %) als auch Klassismus (16,5 % zu 12 %). Beim Rassismus und Antisemitismus unterscheiden sich die Zustimmungen zwischen Befragten in der Stadt und auf dem Land hingegen kaum.[14]

Politische Unterschiede

Neben der sozioökonomischen Lage können unterschiedliche politische Positionen der Befragten ebenfalls Aufschluss darüber geben, inwieweit Vorurteile in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Menschenfeindliche Einstellungen sind unseres Erachtens unmittelbar verbunden mit politischen Einstellungen und können als Ausdruck derselben verstanden werden. Für die Mitte-Studie von besonderem Interesse bleiben dabei vor allem die Ansichten und Einstellungen von Befragten, die sich selbst politisch »genau in der Mitte« verorten. Diese Gruppe macht auch weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung aus, wenngleich es gegenüber der letzten Mitte-Studie leichte Verschiebungen in den

13 Chi^2-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Bundesländern in Ost- oder Westdeutschland: Rassismus: Chi^2 (2, 1.983) = 8,78, $p < ,05$; Antisemitismus: Chi^2 (2, 1.930) = 36,74, $p < ,001$; Hetero-/Sexismus: Chi^2 (2, 1.975) = 6,18, $p < ,05$; Klassismus: Chi^2 (2, 1.981) = 6,95, $p < ,05$.

14 Chi^2-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Stadt/Land: Rassismus: Chi^2 (2, 1.955) = 3,04 (n.s.); Antisemitismus: Chi^2 (2, 1.906) = 19,69, $p < ,001$; Hetero-/Sexismus: Chi^2 (2, 1.950) = 13,06, $p < ,001$; Klassismus: Chi^2 (2, 1.958) = 7,01, $p < ,05$.

Selbstverortungen links und rechts der Mitte gegeben hat (➟ Kap. 1). In Abbildung 4.4 sind die Zustimmungen zu GMF nach der politischen Selbstverortung und der Parteipräferenz der Befragten aufgeführt.[15]

Politische Selbstverortung: Die Auswertung zeigt für alle vier GMF-Facetten klare Unterschiede entlang des Links-Rechts-Spektrums. Dabei ergibt sich – mit einer Ausnahme – ein deutlicher Anstieg von »links« nach »rechts«. Personen, die sich eindeutig »links« verorten, stimmen beim Rassismus (5 %), Klassismus (2 %), Antisemitismus (1,5 %) wie auch Hetero-/Sexismus (1,5 %) nur selten zu. Davon unterscheiden sich jene »eher links« nur wenig, auch wenn die Zustimmung zum Antisemitismus (3 %) und Klassismus (4 %) tendenziell etwas eher auftritt, beim Rassismus hingegen noch seltener (<1 %). Unter Befragten, die sich politisch »genau in der Mitte« positionieren, liegt die Zustimmung nahe am Gesamtniveau in der Bevölkerung und damit um ein Vielfaches höher als unter den Befragten, die ihre Position (eher) »links« der Mitte einordnen. Nach »eher rechts« ist die Zustimmung zum Rassismus (28 % zu 11 %) und Hetero-/Sexismus (22 % zu 11 %) teils mehr als doppelt so verbreitet wie unter Befragten »genau in der Mitte«. Auch beim Klassismus liegt sie deutlich höher (23,5 % zu 14 %). Lediglich die Zustimmung zum Antisemitismus ist in der Mitte fast genauso verbreitet wie unter jenen, die sich »eher rechts« verorten (9 % zu 8 %). Am häufigsten wird Antisemitismus mit 25 % nach der Selbstverortung ganz »rechts« zugestimmt. Auch den anderen GMF-Facetten wird unter Befragten, die angeben, politisch »rechts« zu stehen, im Vergleich die meiste Zustimmung zuteil: 56 % von ihnen sind klassistisch eingestellt, 33 % hetero-/sexistisch und 31 % rassistisch, wobei sich die Zustimmung zum Rassismus zu Befragten »eher rechts« kaum unterscheidet. Darüber hinaus fallen »eher rechts« positionierte Befragte vermehrt durch ihre Antworten im Graubereich von Rassismus (33,5 %) und Klassismus (30 %) auf.[16]

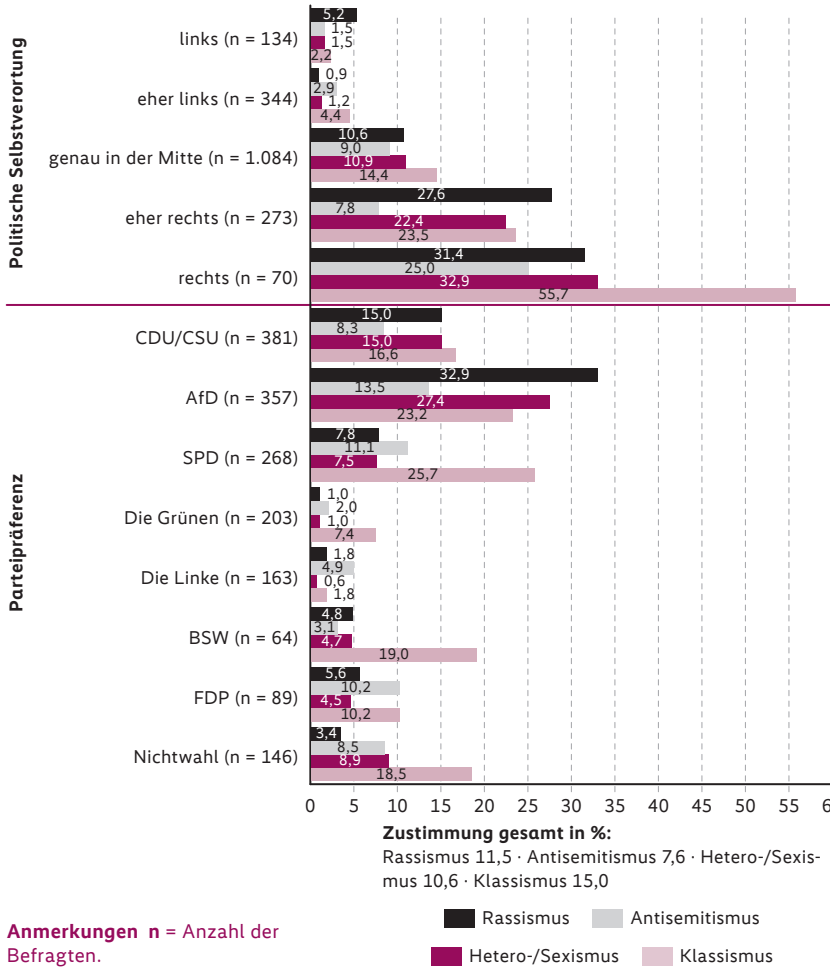
---

15 Bestimmte Gruppen umfassen kleinere Fallzahlen, z. B. »rechts« (n = 70) oder BSW (n = 64), wodurch die Schätzungen unsicher werden können. Für belastbare Schlüsse auf die Grundgesamtheit sind hier in den Fußnoten die Ergebnisse aus den durchgeführten Chi-Quadrat-Tests berichtet.

16 Chi^2-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach Parteipräferenz: Rassismus: Chi^2 (14, 1.667) = 362,14, p < ,001; Antisemitismus: Chi^2 (14, 1.629) = 148,00, p < ,001; Hetero-/Sexismus: Chi^2 (14, 1.663) = 303,02, p < ,001; Klassismus: Chi^2 (14, 1.668) = 205,31, p < ,001.

Abb. 4.4

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nach politischer Selbstverortung und Parteipräferenz
(Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

Parteipräferenz: Die Unterschiede in der Parteipräferenz – gemessen an der Frage, welche Partei die Befragten zum Zeitpunkt der Befragung bei einer Bundestagswahl gewählt hätten – zeigen ein ähnliches Muster der politischen Ein-

stellungen. AfD-Anhänger:innen kommen im Vergleich der Parteipräferenzen insgesamt auf die höchste Zustimmung mit 33 % zu Rassismus, 27 % zu Hetero-/Sexismus und 13,5 % zu Antisemitismus. Überdurchschnittlich hohe Zustimmung erreichen AfD-Anhänger:innen mit 23 % auch bei Klassismus. Ebenfalls über dem Bevölkerungsschnitt liegen CDU/CSU-Anhänger:innen in ihrer Zustimmung zu Rassismus und Hetero-/Sexismus mit je 15 %. Demgegenüber verzeichnen SPD-Anhänger:innen deutlich niedrigere Zustimmung zu Rassismus (8 %) und Hetero-/Sexismus (7,5 %), fallen aber durch überdurchschnittliche Zustimmung von 11 % zu Antisemitismus auf, wie auch durch die vergleichsweise meiste Zustimmung zu Klassismus mit 26 %. Anhänger:innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen äußern durchgehend sehr niedrige Zustimmungsraten von 1 bis 2 %, nur beim Klassismus sind es 7 % Zustimmung, die nur bei jenen der Partei Die Linke niedriger ausfällt mit knapp 2 %. Auch den anderen GMF-Facetten stimmen Anhänger:innen der Partei Die Linke kaum zu, lediglich die Zustimmung zum Antisemitismus erscheint im Vergleich dazu mit 5 % etwas erhöht. Bei Anhänger:innen des BSW zeigt sich ein gemischtes Bild mit häufigerer Zustimmung zu Klassismus (19 %) bei sonst weit unterdurchschnittlichen Zustimmungen, aber beachtlichen Graubereichen in allen Abwertungsfacetten. Ebenfalls gemischt ist die Zustimmung zu GMF unter Anhänger:innen der FDP. Sie liegt insgesamt im mittleren bis unteren Bereich, weist aber mit 10 % einen vergleichsweise hohen Antisemitismuswert auf. Darüber gibt es noch die Gruppe der Nichtwählenden, die Rassismus nur selten zustimmt (3 %), sich bei Antisemitismus und Hetero-/Sexismus im Bereich der mittleren Zustimmung bewegt und tendenziell häufiger Klassismus zustimmt als der Bevölkerungsdurchschnitt (18,5 %).[17]

17 Chi^2-Tests zur Bestimmung signifikanter Unterschiede nach politischer Selbstverortung: Rassismus: Chi^2 (8, 1.904) = 283,86, $p < ,001$; Antisemitismus: Chi^2 (8, 1.872) = 145,90, $p < ,001$; Hetero-/Sexismus: Chi^2 (8, 1.895) = 287,36, $p < ,001$; Klassismus: Chi^2 (8, 1.903) = 276,48, $p < ,001$.

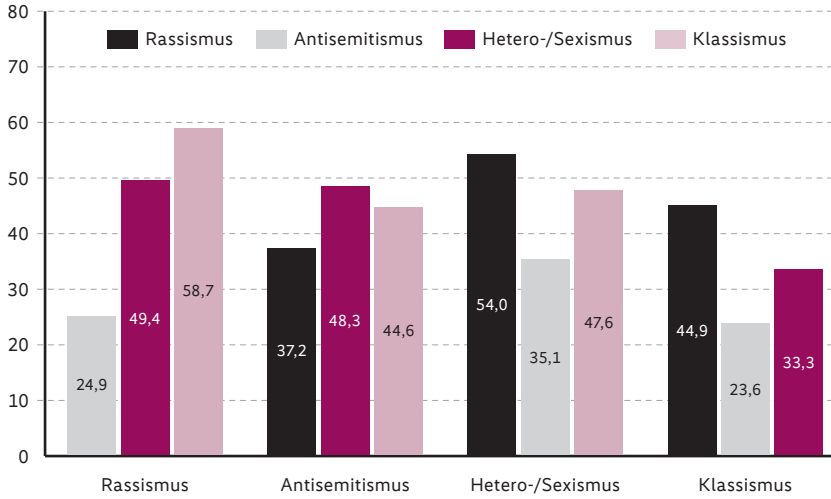
4.3 Die Ideologie der Ungleichwertigkeit – Zusammenhänge menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen

Wenn vom Konzept beziehungsweise dem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Rede ist, dann erwarten wir, dass Befragte, die einer Facette der abwertenden Einstellungen zustimmen, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch den anderen Facetten zustimmen. Dabei können die Zustimmungen häufiger oder weniger häufig miteinander auftreten. Um die entsprechenden Zustimmungsverhältnisse der GMF-Facetten zu veranschaulichen, zeigt die Abbildung 4.5, inwieweit die Befragten, die einer Facette wie dem Rassismus zugestimmt haben, den jeweils anderen Facetten, in dem Fall Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus, ebenfalls zustimmen. Dabei bestätigt sich, dass die gruppenbezogenen Abwertungen häufig gemeinsam auftreten und sich gegenseitig verstärken.

Hetero-/Sexismus zeigt dabei die größte Schnittmenge zu den anderen GMF-Facetten. Von den Befragten, die hetero-/sexistisch eingestellt sind, stimmte jede zweite Person auch rassistischen und klassistischen Aussagen zu, wie auch jede dritte Person antisemitischen Aussagen zustimmte, die jeweils ebenso eine hohe Überlappung zeigen. Mehr als die Hälfte der Befragten mit rassistischen Einstellungen sind auch klassistisch und ziemlich genau die Hälfte hetero-/sexistisch eingestellt. Umgekehrt beträgt der Anteil der Befragten mit klassistischen Einstellungen, die ebenfalls rassistisch eingestellt sind, fast die Hälfte, während ein Drittel zudem hetero-/sexistisch eingestellt ist. Antisemitismus tritt hingegen weniger häufig mit anderen GMF-Facetten beziehungsweise am ehesten noch getrennt auf, wenngleich auch hier beachtliche Überschneidungen zu erkennen sind. So teilt mehr als jede dritte Person mit hetero-/sexistischen Einstellungen und knapp jede vierte Person mit rassistischen oder klassistischen Einstellungen auch antisemitische Einstellungen. Umgekehrt stimmen jene, die antisemitisch eingestellt sind, deutlich häufiger den anderen Facetten zu. 37 % von ihnen sind ebenfalls rassistisch und 45 % klassistisch eingestellt, jede zweite Person zudem hetero-/sexistisch. Darüber hinaus kommt beim Antisemitismus dem (hier nicht abgebildeten) Graubereich der Antworten eine besondere Bedeutung zu: Befragte mit rassistischen, hetero-/sexistischen oder klassistischen Einstel-

Abb. 4.5

Wechselseitige Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Im Querschnitt abgebildet ist die Zustimmung zu den vier GMF-Facetten in wechselseitiger Abhängigkeit voneinander: Für jene Befragten, die den jeweiligen auf der x-Achse angeführten GMF-Facetten zugestimmt haben, weist jede Säule auf der y-Achse den Anteil der Zustimmung zu den entsprechend anderen drei GMF-Facetten aus. Die Unterschiede sind signifikant mit $p < ,001$.

lungen äußern zwar weniger offene Zustimmung zu den antisemitischen Aussagen als zu den anderen GMF-Facetten, sie fallen jedoch durch einen deutlich höheren Anteil von je rund 40 % an ambivalenten Antworten im Bereich zwischen Ablehnung und Zustimmung auf. Dieses Muster zeigt sich für die anderen Facetten nicht. Zwar besteht durchweg ein nicht zu vernachlässigender Graubereich mit einem Anteil von um die 30 %, jedoch übersteigt die jeweilige Zustimmung diesen in der Regel deutlich, wenn die Befragten einer oder allen anderen Facette(n) ebenfalls zustimmen.

Insgesamt weisen die Zusammenhänge und Gleichzeitigkeit der Zustimmungen auf den Kern von GMF hin: Menschen werden aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe als ungleichwertig betrachtet. Ihnen werden weniger Rechte, weniger Teilhabe und weniger

Menschlichkeit zuerkannt als anderen. Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit, das generalisierte Denken und Forcieren in Höher- und Minderwertigkeit, bildet eine Brücke zum Rechtsextremismus – auch und gerade in der Mitte (➟ Kap. 3).

Zusammenhänge von GMF und Rechtsextremismus

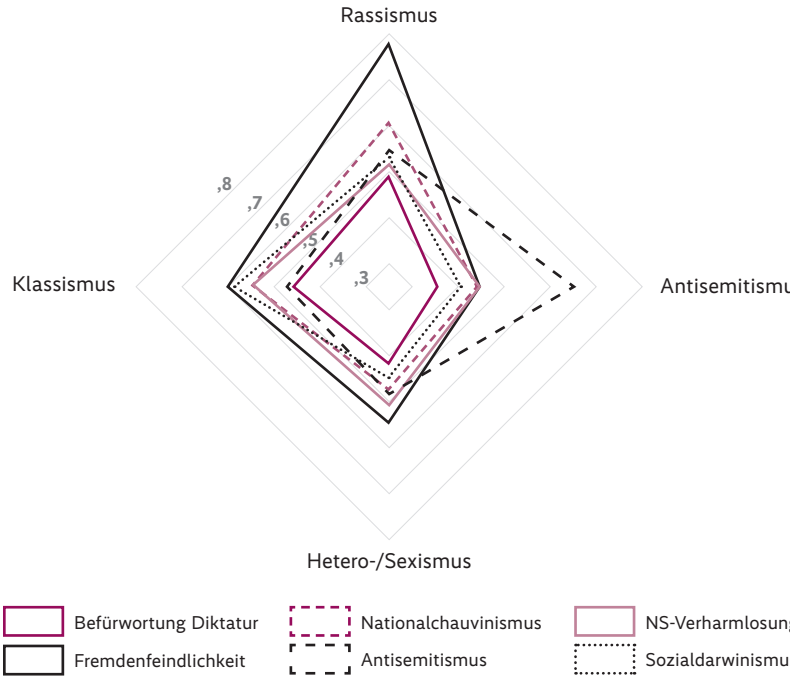
Wie stark die menschenfeindlichen Einstellungen mit rechtsextremen Einstellungen einhergehen – und umgekehrt –, zeigt die Abbildung 4.6. Alle vier GMF-Facetten hängen eng und überzufällig mit allen sechs Facetten des rechtsextremen Weltbildes zusammen. Das heißt, Befragte, die menschenfeindliche Einstellungen teilen, teilen sehr wahrscheinlich auch rechtsextreme Einstellungen, und andersherum. Konkret liegen die Korrelationskoeffizienten (r), die die Stärke eines statistischen Zusammenhangs beschreiben (➟ Glossar), im Bereich zwischen ,37 und ,77. Rassismus geht dabei durchschnittlich am stärksten mit rechtsextremen Einstellungen einher, besonders mit Fremdenfeindlichkeit (r = ,77) und Nationalchauvinismus (r = ,61). Auch der Antisemitismus, so wie er als GMF-Facette erfasst wurde, geht häufig mit dem rechtsextremen Antisemitismus einher (r = ,66). Ebenfalls eng zusammen hängen Klassismus und Fremdenfeindlichkeit (r = ,60). Die anderen Facetten menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen korrelieren etwas schwächer, aber im Bereich zwischen ,40 und ,50 noch deutlich miteinander.

4.4 Normal menschenfeindlich?

Insgesamt weisen die Analysen erneut auf ein Reservoir an Vorurteilen und Herabwürdigungen von Menschen und Gruppen in der Mitte der Gesellschaft hin. Vor allem negative Einstellungen gegenüber Arbeitslosen und Geflüchteten finden vermehrt Zustimmung. Dabei fällt auf, dass sie so oder so ähnlich auch in medialen und politischen Debatten auftauchen und immer wieder befeuert werden, etwa wenn Zugewanderte allein nach ihrer volkswirtschaftlichen »Nützlichkeit« und »Verwertbarkeit« beurteilt, aufgenommen oder abgewiesen werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass Befragte grundsätzlich weniger Hemmungen haben, diese Aussagen offen zu bejahen – was die Messung erleichtert. Jedoch ist es auch möglich und aus der Forschung bekannt, dass Befragte das Vorurteil gar nicht als Vorurteil erkennen, sondern es für wahr und

Abb. 4.6

Zusammenhänge der Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen
(Korrelationskoeffizienten)



Anmerkungen Jedes Viereck steht für eine Dimension des rechtsextremen Weltbilds. Je weiter sich deren Eckpunkte nach außen zu den GMF-Facetten ausrichten, desto stärker hängen die menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen wechselseitig zusammen. Alle Korrelationen sind signifikant mit $p < ,001$.

gerechtfertigt halten (Degner 2022) – was die Messung durchaus beeinflussen kann (➠ Kap. 2). Es hat sich daher als sinnvoll erwiesen, die Menschenfeindlichkeiten gegenüber den unterschiedlichen Gruppen genauer zu betrachten. Rassismus ist etwa nicht identisch mit Antisemitismus und Klassismus, wie auch Antisemitismus und Rassismus nicht identisch sind mit Hetero-/Sexismus. Aber die GMF-Facetten sind miteinander eng verbunden, überschneiden und verstärken sich. Grundsätzlich legen die Asymmetrien der wechselseitigen Zu-

stimmung auch nahe, dass die Richtung der Abwertung nicht unerheblich ist und auf spezifische Ideologiefragmente zurückzuführen sein könnte. In der aktuellen Mitte-Studie gehen dabei klassistische Einstellungen am stärksten mit rassistischen Einstellungen einher und umgekehrt. So können beispielsweise Armut, Arbeits- und Wohnungslosigkeit oder auch Behinderung rassistisch geprägt oder Flucht, Migration und Ethnizität klassistisch aufgeladen sein. In beiden Abwertungsdimensionen spiegeln sich ergänzende Positionen wider, die mit weit verbreiteten Leistungsprinzipien und Ansprüchen auf nationale Überlegenheit zusammenwirken können, die sich oft in deklassierender Arbeitsteilung ausdrückt (Ha 2012). Klassismus tritt dabei mit am häufigsten in Kombination mit den anderen GMF-Facetten auf und richtet sich typischerweise gegen Menschen und Gruppen, die gesellschaftlich »unten« stehen beziehungsweise als solche stereotypisiert werden. Die Vorurteilsforschung zeigt, wie die generelle Befürwortung einer solchen, vermeintlich natürlichen Rangordnung von Gruppen dazu dient, Ungleichheit zu rechtfertigen und in vielen Studien mit stärkeren Vorurteilen gegenüber Gruppen einhergeht, die als »faul« und Last für die Gesellschaft abgewertet werden (u. a. Sainz/Jiménez-Moya 2023).

Die Forschung weiß auch um die weitverbreitete Annahme vieler Menschen, dass in den Vorurteilen doch immer »ein Körnchen Wahrheit« liege (Degner 2022). So nennen Menschen, die etwa klassistische Vorurteile teilen, oft ein Beispiel von einer Person, die sie kennen würden und die dem Stereotyp entspreche, um den Glauben aufrechtzuerhalten, dass das Vorurteil stimme. Dennoch ist es nicht Ziel der Forschung zu GMF, den subjektiven Wahrheitsgehalt oder eine relative Begründbarkeit der Aussagen zu prüfen, sondern zu erklären, wie Menschen über verallgemeinerte und zu »Anderen« gemachte Gruppen denken und urteilen, unabhängig davon, wie sie dazu kommen.

In diesem Sinne stellt sich auch Rassismus häufiger als autoritäres Straf- und Kontrolldenken gegenüber als »fremd« markierten Gruppen dar – oft auch in Kombination mit einer starken Hierarchiebefürwortung (Carvacho et al. 2013; Mokros/Zick 2023). Ebenso zeichnet Antisemitismus in der Konkretion von Jüdinnen und Juden das Zerrbild einer weiteren Gruppe, der einerseits ein Überhang an Macht, Gier und Einfluss zugeschrieben wird. Andererseits, und scheinbar nicht im Widerspruch dazu, werden sie als »schwächlich« und »wehr-

los« markiert (Glick 2002). Darin unterscheidet sich der Antisemitismus von den anderen GMF-Facetten: Die gemessenen antisemitischen Einstellungen treten eigenständiger auf und äußern sich ambivalenter. Beispielsweise befürwortet ein erheblicher Teil der antisemitisch eingestellten Personen auch klassistische, rassistische und insbesondere hetero-/sexistische Abwertungen, während umgekehrt einige Personen rassistische, klassistische und hetero-/sexistische Einstellungen teilen, ohne dabei zwangsläufig antisemitische Stereotype zu übernehmen. Anders beim Hetero-/Sexismus, der auf hierarchische Geschlechterverhältnisse aufbaut und sowohl am häufigsten mit antisemitischen und rassistischen Einstellungen einhergeht als auch umgekehrt, diese am häufigsten gemeinsam mit hetero-/sexistischen Einstellungen auftreten. Die Unterordnung und Abwertung von Frauen, Homosexuellen und Trans*-Menschen scheint dabei eine breite Grundlage für andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu bieten und als Brückenideologie in die Mitte fortzubestehen (Mokros/Rump/Küpper 2021). An dem Anstieg queerfeindlicher Hasstaten und rechtsextremer Mobilisierungen gegen *Christopher-Street-Day*-Proteste in jüngerer Zeit wie auch gegen die rechtliche und institutionelle Gleichstellung von Frauen und queeren Menschen zeigt sich, wie fragil die von ihnen errungenen Rechte und Freiheiten bleiben, wenn reaktionäre Kräfte zum Kulturkampf gegen jede sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung aufrufen und Ungleichbehandlung forcieren. Dabei wird ein Nations- und Zweigeschlechterprinzip verfolgt: Die Auffassung von Männlichkeit und Weiblichkeit als einander ausschließende, aber sexuell aufeinander bezogene Kategorien, die einer natürlichen Ordnung entspreche und zum Erhalt der Nation diene. Insbesondere in Verbindung mit Antisemitismus setzt sich im Hetero-/Sexismus der Vorwurf durch, dass von diesem Prinzip als »abweichend« und »unnatürlich« markierte Gruppen das Nationale, Geschlechtliche und Natürliche »verweiblichen« und zersetzen würden (➟ Kap. 4, Fokus).

Neben den Zusammenhängen der Facetten der Menschenfeindlichkeit machen die Analysen auch deutlich, welche Bevölkerungsgruppen in der Mitte besonders häufig zustimmen, im Graubereich liegen oder resilient gegenüber Abwertungen sind. Männer, ältere Menschen, Personen mit niedriger Bildung sowie Befragte mit geringerem Einkommen stimmen den abwertenden Einstellungen vermehrt zu. Im Osten Deutschlands sind die Zustimmungen zum Rassismus und Anti-

semitismus weiter verbreitet, im Westen der Klassismus. Das Kapitel 8 (➟ Kap. 8) vertieft die Analysen zu regionalen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. Ein hoher formaler Schulabschluss erweist sich über alle GMF-Facetten hinweg als stärkster protektiver Faktor. Personen, die bis zum Abitur die Möglichkeit haben, die Schule zu besuchen, entwickeln einerseits vermutlich mehr Toleranz oder die Fähigkeit, soziale Probleme und Konflikte zwischen Gruppen unterschiedlich zu deuten, Widersprüche und demokratische Vielfalt auszuhalten wie auch konstruktiv damit umzugehen, anstatt vorschnelle Urteile aufgrund von Überzeugungen der Ungleichwertigkeit anderer zu fällen (➟ Kap. 12). Andererseits geht mehr Bildung auch mit mehr Wissen um die soziale Norm und soziale Erwünschtheit von Toleranz gegenüber benachteiligten und diskriminierten Gruppen einher. Somit ist nicht auszuschließen, dass Befragte mit höherer Bildung eher dazu neigen, so zu antworten, wie sie glauben, dass es von ihnen aufgrund ihrer (politischen) Bildung erwartet wird, nicht aber, wie sie möglicherweise tatsächlich denken. Ein solcher Bildungseffekt bei GMF hält sich über all die Jahre und auch in vielen anderen Studien hartnäckig, wobei die Frage, wie und welche Bildung genau vor GMF schützen kann, ungeklärt ist. Über den Bildungseffekt hinaus weisen zudem die Unterschiede in den Altersgruppen auf Einflüsse generationsspezifischer Sozialisation hin. Jüngere zwischen 18 bis 35 Jahren weisen Antisemitismus deutlich eher zurück als ältere Befragte, äußern jedoch eher Zustimmung zum Klassismus – möglicherweise ein Hinweis auf aktuelle Leistungs- und Konkurrenzlogiken. Inwieweit dabei marktförmiges Denken eine Rolle spielt, wird in Kapitel 6 (➟ Kap. 6) beleuchtet.

Darüber hinaus zeigen sich bestehende Konfliktlinien der Gesellschaft entlang der politischen Positionen der Befragten und ihrer Zustimmungen zu GMF. Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus und Klassismus nehmen dabei von den Selbstverortungen »links« über »genau in der Mitte« nach »rechts« stark zu. Zudem finden sich, nach der Parteipräferenz gefragt, Rassismus und Hetero-/Sexismus vor allem unter Anhänger:innen der AfD, während Klassismus besonders unter SPD-Anhänger:innen auffällt. Dieses Ergebnis scheint beachtenswert, denn in den klassistischen Einstellungen wird sozial benachteiligten und ausgeschlossenen Gruppen die Schuld an ihrer Lage zugeschrieben. Gleichwohl lehnt die Mehrheit aller Befragten die negativen Aussagen über arbeits-

lose, sozial schwache, wohnungslose und behinderte Menschen ab. Wie solche Aussagen dennoch – sozialdarwinistisch motiviert – in brutale Gewalt münden können, wird an einem konkreten Fall in Kapitel 3 (➟ Kap. 3, Mittendrin) berichtet.

Die Befunde machen deutlich, dass unterschiedliche Bevölkerungsteile – und damit eben auch die Mitte – nicht frei von Herabwürdigungen gegenüber Minderheiten sind. Es besteht vielmehr ein breites Spektrum an rassistischen, antisemitischen, hetero-/sexistischen und klassistischen Einstellungen, die sich gegenseitig verstärken können und je nach Kontext mehr oder weniger anschlussfähig sind. Auch der Befund, dass GMF besonders häufig mit der rechtsextremen Facette des Nationalchauvinismus einhergeht, scheint diskussionswürdig. Wie im Kapitel 3 (➟ Kap. 3) beschrieben, ist die Mitte besonders offen für einen nationalistisch gefärbten Chauvinismus, der als scheinbar harmlos erlebt wird. Die Herausforderung, Menschen und Gruppen in der Gesellschaft als gleichwertig wahrzunehmen und zu behandeln, ist für viele Menschen der Mitte eng verbunden mit Gefühlen des Verlustes von »deutscher« Identität und ihren Ansprüchen auf Geltung und Nationalstolz. Normalisierung findet dann dort statt, wo diese Diskurse, Konflikte und Krisen in der Mitte aus der extremen Rechten korrumpiert werden und antidemokratische Positionen wiederum in die Mitte einsickern, legitimiert und kooptiert werden. Deshalb bleibt es wichtig, die Mitte nicht als das »Normale« oder allein als demokratische Instanz zu idealisieren, sondern sie als sozial und historisch geprägtes Bezugssystem zu begreifen, in dem Vorstellungen der Ungleichwertigkeit gegenüber bestimmten Gruppen auf unterschiedliche Weise motiviert und aufrechterhalten werden. Demokratische Bildung und der aktive Widerspruch gegen menschenfeindliche Aussagen sind zentrale Voraussetzungen, um Normalisierungsprozesse zu unterbrechen und den Anspruch auf die Gleichwertigkeit aller Menschen zu verteidigen.

Fokus | Maskulinismus und Antifeminismus

»Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken…« – Maskulinismus und Antifeminismus als antidemokratische Orientierungen

Mara Simon · Ursula Birsl

»… Nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, dann werden wir mannhaft. Nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft« – so der Co-Sprecher des AfD-Landesverbandes Thüringen und AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Björn Höcke, 2017 bei einer Kundgebung.[1] Den ehemaligen Europaabgeordneten und heutigen Bundestagsabgeordneten der AfD, Maximilian Krah, wundert es zudem nicht, dass heterosexuelle Männer keine Partnerin mehr finden, da »schwache, postheroische und unmännliche Männer und kühle, einseitig berufsorientierte und unweibliche Frauen einander gegenüber« stünden (2023, zit. n. Sauer 2024). Die Äußerungen der beiden AfD-Funktionäre zeigen, welche besondere Bedeutung Männern und Männlichkeit für den Fortbestand der Gesellschaft in diesem Denken zugesprochen wird, bei Höcke scheint zudem das Soldatische in seinen Männlichkeitsvorstellungen auf. Unter anderem durch Männerrechtsbewegungen hat dieser *Maskulinismus*[2] seit den 1990er-Jahren wieder an Einfluss gewonnen und kann bis zur Misogynie führen, also zu einem Hass auf Frauen sowie zu Gewalt gegen Frauen, weil sie Frauen sind (Sauer 2024). Autoritär rechte Parteien wie die AfD oder die FPÖ in Österreich knüpfen an diesen maskulinistischen Trend an. Dabei kann Maskulinismus als eine Ideologie verstanden werden, die »die Überlegenheit, die Suprematie von Mannsein und Männlichkeit, vor allem von

1 https://www.youtube.com/watch?v=dvFJiPv93gc [Aufruf am 10.8.2025].

2 Vielfach wird in wissenschaftlichen Beiträgen der Begriff des Maskulismus oder des Maskulinismus verwendet. Da es sich um eine Selbstbezeichnung von sogenannten »Männerrechtsgruppen« handelt, wird hier der Begriff des Maskulinismus gewählt.

weißer Männlichkeit, und die Abwertung von Frauen und Weiblichkeit« (Sauer/Penz 2023, S. 20) betont. Diese Ideologie basiert auf einem binären und naturalistischen Verständnis von »Männlichkeit« und »Weiblichkeit«, wonach Männern und Frauen »naturgegeben« besondere Eigenschaften und gesellschaftliche Rollen zugeschrieben werden. Dass im maskulinistischen Denken das Verständnis von einer solchen essenzialistischen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen einhergeht, unterscheidet es von geschlechterkonservativen Denkweisen.

Maskulinismus ist auf eine autoritär strukturierte Herrschaftspraxis gerichtet, die durchaus flexibel und variabel an (gewandelte) gesellschaftliche Kontextbedingungen angepasst werden kann. Als eine solche »ist sie unabhängig vom biologischen Geschlecht und kann damit von allen Geschlechtern verfolgt werden« (ebd.). Maskulinismus ist eng mit Antifeminismus verknüpft. Jedoch sind Antifeminist:innen nicht zwingend Maskulinist:innen, aber Maskulinist:innen sind immer auch Antifeminist:innen.

Unter *Antifeminismus* kann demokratietheoretisch und ideengeschichtlich eine dem jeweiligen historischen Prozess der Emanzipation, der Universalisierung, der gesellschaftspolitischen Flexibilisierung und Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse immanente weltanschauliche Gegenbewegung verstanden werden (Birsl 2023, S. 38). Zugespitzt formuliert, ist Antifeminismus eine antidemokratische Weltanschauung. Der Begriff des Antifeminismus wird auf die Frauenrechtsaktivistin Hedwig Dohm zurückgeführt, die bereits 1902 schrieb: »Die Frauenfrage in der Gegenwart ist eine akute geworden. Auf der einen Seite werden die Ansprüche immer radikaler, auf der anderen die Abwehr immer energischer. Letzteres ist erklärlich. Je dringender die Gefahr der Fraueninvasion in das Reich der Männer sich gestaltet, je geharnischter treten ihr die Bedrohten entgegen« (ebd., S. 5).

In der gegenwärtigen historischen Situation geht es gleichfalls um pluralisierte Lebensentwürfe, sexuelle Orientierungen und Geschlechteridentitäten. Studien aus der vergleichenden politischen Kulturforschung dokumentieren, dass seit den 1980er-Jahren ein liberaleres Verständnis der Geschlechterordnungen weltweit an Bedeutung gewinnt – selbst dann, wenn Religionen Lebensweisen

prägen (Alexander/Inglehart/Welzel 2016).[3] In etablierten Demokratien – so auch in Deutschland – ist dieser Wandel hin zu einer Liberalisierung der Geschlechterordnungen besonders spürbar. Er erfasst jedoch nicht alle sozialen Klassen gleichermaßen: Bessergestellte der sogenannten *Upper Class* oder *Upper Middle Class* nehmen hiernach dezidiert häufiger illiberale Positionen ein (Alexander/Welzel 2017, S. 11).[4] Sie markieren die weltanschauliche Gegenbewegung zur Liberalisierung der Geschlechterordnungen. Ronald F. Inglehart und Pippa Norris bezeichnen diese Gegenbewegung als kulturelle Gegenreaktion auf die »stille Revolution« der letzten Jahrzehnte (2016, S. 14 ff.). Diese ist der entscheidende Unterschied zur historischen Situation um die vorletzte Jahrhundertwende, also zu der Epoche, in der Hedwig Dohm aktiv war: Damals ging es um fundamentale politische, soziale und bürgerliche Rechte von Frauen. Vor allem die Forderung nach dem Frauenwahlrecht mobilisierte breite soziale Bewegungen, insbesondere aus sozialdemokratischen und liberalen Milieus, sowie Gegenbewegungen aus dem bürgerlich-konservativen Milieu (Birsl 2008). Die gegenwärtige Liberalisierung der Geschlechterordnungen verläuft eher schleichend und ist nicht durch ein »Trigger-Thema« getragen, wie damals das Frauenwahlrecht. In der gegenwärtigen »Kampfarena« um LSBTIQ+-Rechte sowie plurale Lebensweisen und Gleichstellungspolitiken geht es vielmehr in einem schleichenden Prozess um gesellschaftliche Akzeptanz oder Nichtakzeptanz. Die kulturelle Gegenreaktion hält Mobilisierungschancen für autoritär rechte Parteien und antifeministisch orientierte Akteur:innen bereit (Birsl 2020, S. 52 f.). Aber können sie diese auch für sich nutzen? Verfangen Anti-Gender-Diskurse oder Kampagnen gegen Gendermainstreaming und die als solche diffamierte »Genderideologie«, wie sie seit 2006 in Deutschland zu beobachten sind (Henninger 2020, S. 9 f.)? Können gar Vorstellungen von einer überlegenen Männlichkeit verfangen, wie sie in den Äußerungen von Höcke oder Krah deutlich werden?

Bislang liegen noch keine Studien mit zeitlichen Längsschnittdaten vor, die Aufschluss darüber geben, ob solche Diskurse und Kampagnen ihre Wirkung

3 Bei diesen Studien handelt es sich um Sonderauswertungen des World Value Surveys.

4 In der Sonderauswertung waren die Länder Deutschland, Spanien, Schweden, USA, Japan, Südkorea und Argentinien vertreten.

zeigen und ob sich die politische Kultur in Geschlechterfragen illiberaler entwickelt. Die 19. Shell Jugendstudie von 2024 kommt in einer Momentaufnahme zu dem Ergebnis, dass Mädchen und junge Frauen sehr viel offener dem Feminismus gegenüberstehen als Jungen und junge Männer, aber eine Polarisierung zwischen den Geschlechtern wird in den Befunden nicht gesehen (Albert/Quenzel/Schneekloth 2024, S. 273). Carsten Wippermann kommt in seinen Studien über »Männer-Perspektiven« zu der Erkenntnis, dass die Vorstellungen der männlichen Befragten im Alter ab 18 Jahren von der Gleichstellung der Geschlechter seit der ersten Erhebung 2007 liberaler geworden und breiter gefächert sind, auch wenn traditionelle Rollenerwartungen noch ausgeprägt vertreten werden. Gleichzeitig »haben sich Zellen radikal traditioneller Männlichkeit jener Männer etabliert, die eine Rückkehr zu bewährten, klaren und vermeintlich ›natürlichen‹ Formen von Männlichkeit wollen«, die Wippermann in Teilen der »bürgerlichen Mitte« verortet (Wippermann 2016, S. 29). Bis zur bisher letzten Erhebung von 2023 ist der Anteil der ausgeprägt maskulinistisch Orientierten im Vergleich zu 2015 weiter leicht zurückgegangen. Dennoch sind rund 30 % der befragten Männer empfänglich für einzelne Facetten des Maskulinismus (Wippermann 2023, S. 55). Zusammengenommen kann aus diesen Studien geschlossen werden, dass unter Männern nicht von einem »Maskulinismus reloaded« gesprochen werden kann, sondern dass sich deren Positionierungen zur Geschlechterordnung tendenziell liberalisieren – vor allem unter jüngeren Jahrgängen. Maskulinistische und antifeministische Einstellungen sind ebenfalls leicht auf dem Rückzug, allerdings muss bei einer kleinen Gruppe mit solchen Einstellungen von einem Prozess der »Verhärtung« oder auch von einem geschlossenen maskulinistischen/antifeministischen Weltbild gesprochen werden.

Auch die Mitte-Studie 2024/25 zeigt, dass maskulinistische und antifeministische Überzeugungen nur zu einem geringen Anteil von Männern und einem noch geringeren Anteil von Frauen vertreten werden. Die Daten offenbaren aber noch mehr. Sie bieten Hinweise auf ein sehr viel breiteres Mobilisierungspotenzial für antiliberale Genderdiskurse und dafür, dass eine Gegnerschaft zur Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse eng mit autoritärer Aggression, Verschwörungserzählungen und Antisemitismus verknüpft ist. Das Mobilisierungspotenzial ist etwa in der Verteidigung naturalistisch begründeter Vorstellungen von Geschlechterdifferenzen zu finden.

Erfassung der Gegnerschaft zur Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse in der Mitte-Studie 2024/25

Um die Gegnerschaft zur Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse zu untersuchen, nutzen wir zwei Items (➟ Glossar), welche unterschiedliche antifeministische Haltungen erfassen, eine aus dem maskulinistischen und eine aus dem verschwörungsideologischen Spektrum. Die maskulinistische Haltung erheben wir mit der Aussage »Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt«. Dieses Item wurde erstmals in der Mitte-Studie 2018/19 zur Erhebung einer antifeministischen Einstellung eingesetzt (Häusler/Küpper 2019). Es erfasst die maskulinistische Erzählung, dass es sich bei Feminismus um eine männerfeindliche Bewegung handele und Männer zu Opfern von Gleichstellungspolitiken würden (dazu auch Pohl 2012; Claus 2014).

Eine eher verschwörungsideologische Haltung erfassen wir über die Aussage »Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer«. Dieses Item wurde in der Mitte-Studie 2021/22 erstmalig erhoben (Mokros/Rump/Küpper 2022). Diese Unterstellung ist im Kontext sogenannter Anti-Gender-Kampagnen anzutreffen. Sie entstammt der antifeministischen Erzählung, dass es Feminist:innen nicht um eine Überwindung des hierarchisch strukturierten Geschlechterverhältnisses oder den Abbau von Diskriminierung gehe, sondern dass sie vielmehr einen geheimen Plan gegen Männer verfolgten. Diese Form des Antifeminismus geht mit Antisemitismus und oft auch Rassismus Hand in Hand (Stögner 2014, S. 23 ff.; Rahner 2020).

Da die beiden Aussagen eher unterschiedlichen Denkweisen zuzuordnen sind, fassen wir sie nicht zu einer Skala zusammen, auch wenn es durchaus Überschneidungen im Antwortverhalten zu beiden Aussagen gibt.[5]

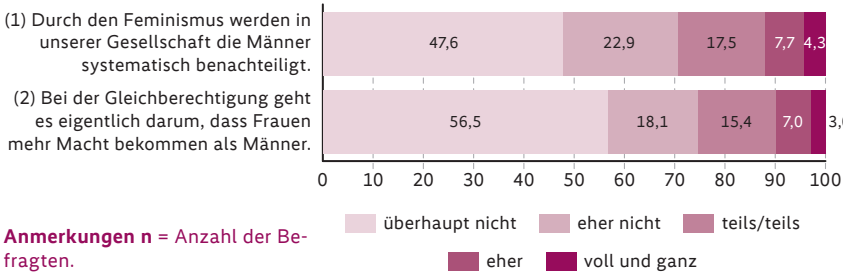
5 Diese Entscheidung wird durch einen Reliabilitätstest gestützt. Dieser legt nahe, dass die beiden Items zwar eng miteinander zusammenhängen, aber nicht das gleiche Phänomen messen (α = ,64). Die Zustimmung zu einer der beiden Aussagen bedeutet zudem nicht zwangsläufig, dass die Befragten dem maskulinistischen oder verschwörungsideologischen Spektrum zuzurechnen sind. Was beide Aussagen jedoch eint, ist, dass sie eine Gegnerschaft zur Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse zum Ausdruck bringen.

Antifeministische Einstellungen im Ergebnisprofil

Insgesamt stimmen in der Mitte-Studie 2024/25 rund 12 % der Befragten der maskulinistischen und 10 % der verschwörungsideologischen Aussage zu. Weitere 17 % beziehungsweise 15 % äußerten sich unentschlossen und liegen damit im Graubereich (➟ Abb. FA.1). Es gibt demnach ein erhöhtes Potenzial von Personen, die zwar keine überzeugten Unterstützer:innen maskulinistischer oder verschwörungsideologischer Denkweisen sind, sie aber auch nicht ablehnen. Diese könnten für antifeministische Mobilisierungskampagnen erreichbar sein.

Abb. FA.1

Ablehnung bzw. Zustimmung zur (1) maskulinistischen und (2) verschwörungsideologischen Aussage (Angaben in gültigen Prozent | n = 987)



Anmerkungen n = Anzahl der Befragten.

Dabei zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede zwischen unterschiedlichen soziodemografischen Gruppen (➟ Abb. FA.2 u. FA.3). Auffällig ist: Während rund 8 % der Frauen die maskulinistische und knapp 5 % die verschwörungsideologische Einstellung teilen, sind es unter den Männern mit 16 % und 15 % Zustimmung zwei- beziehungsweise dreimal so viele (hierzu auch Fritzsche 2022).

Weniger eindeutig sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Die eingangs erwähnte These einer »stillen Revolution« geht davon aus, dass Gesellschaften von Generation zu Generation liberaler werden (Ingelhart 1977). Die Zustimmung in den unterschiedlichen Altersgruppen zeigt hier jedoch ein weniger eindeutiges Bild. Die Zustimmungsraten zum maskulinistischen Item unterscheiden sich zwischen der jüngsten und der mittleren Alters-

kohorte kaum, die höchste Altersgruppe weist hingegen mit rund 8 % die geringste Zustimmung, aber auch einen relativ großen Graubereich (knapp 20 %) auf. Bei der verschwörungsideologischen Aussage hingegen stimmen Jüngere deutlich seltener zu (knapp 4 %) als Befragte in der mittleren und höheren Altersgruppe (jeweils ungefähr 12 %).

Auch nach dem Bildungsniveau unterscheidet sich die Zustimmung zu den beiden Aussagen: Während Personen mit mittlerem oder hohem Schulabschluss eher die maskulinistische Einstellung teilen, sind es bei der verschwörungsideologischen Einstellung eher Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss.

Keine großen Unterschiede zwischen den beiden Einstellungen zeigen sich beim Vergleich der Einkommensgruppen und der Wohnregion. Bei beiden Items ist die Zustimmung unter Befragten mit niedrigen und mittleren Einkommen im Verhältnis am höchsten, ebenso bei denjenigen, die in Westdeutschland leben.

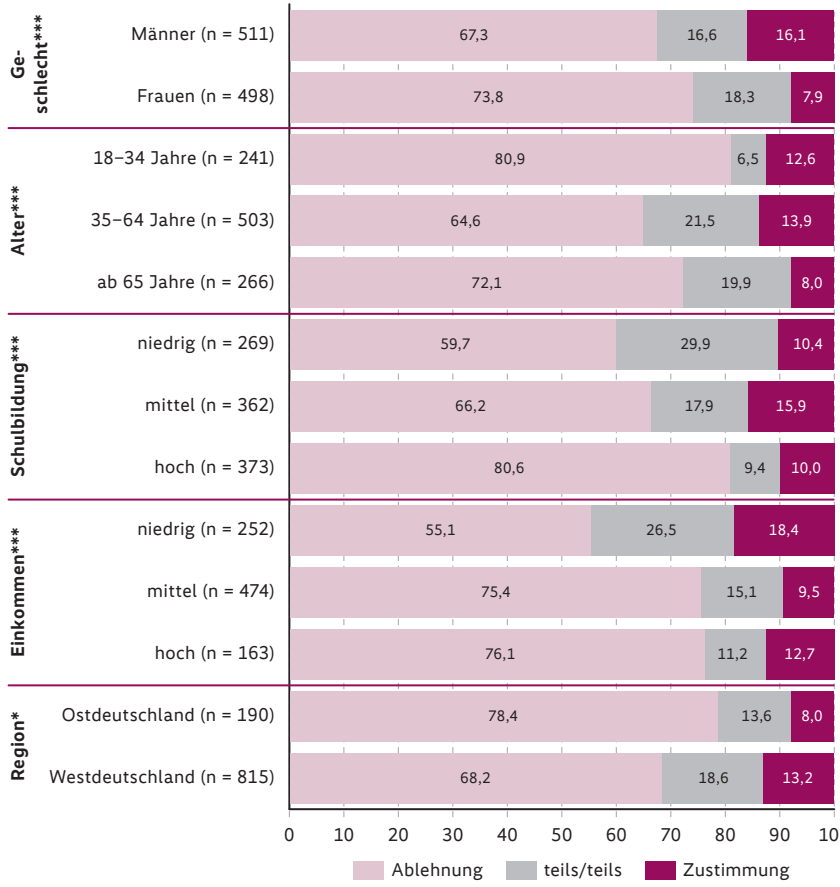
Neben der Zustimmung ist auch der Anteil an Befragten interessant, die womöglich unschlüssig sind, aber den Aussagen zumindest teilweise zustimmen (➞ Kap. 2). Vor allem bei denjenigen mit niedrigerer Schulbildung und niedrigerem Einkommen ist der Anteil an indifferenten beziehungsweise ambivalenten Antworten (»teils/teils«) relativ groß. In ihrer Ambivalenz zu maskulinistischen und verschwörungsideologisch-antifeministischen Aussagen könnten diese Befragten sowohl für rechte Mobilisierungen empfänglich sein als auch für Aufklärungskampagnen zu Geschlechterfragen.

Durch die Betrachtung der soziodemografischen Gruppen können wir Aufschluss über Unterschiede in der Verbreitung antifeministischer Einstellungen sowie über das Mobilisierungspotenzial in der Bevölkerung gewinnen. Diese Betrachtungsweise kann jedoch auch in die Irre führen. Es kann schnell der Eindruck entstehen, ein besonders hoher Anteil von Zustimmung innerhalb einer soziodemografischen Gruppe bedeute, dass diese Gruppe auch quantitativ besonders relevant ist. Um die Liberalisierungsgegner:innen etwas besser einschätzen zu können, werden wir daher im Folgenden die Analyseperspektive verschieben: von der Verbreitung von Zustimmung und Ablehnung nach soziodemografischen

Abb. FA.2

Zustimmung bzw. Ablehnung der maskulinistischen Aussage nach soziodemografischen Gruppen (Angaben in gültigen Prozent)

»Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.«



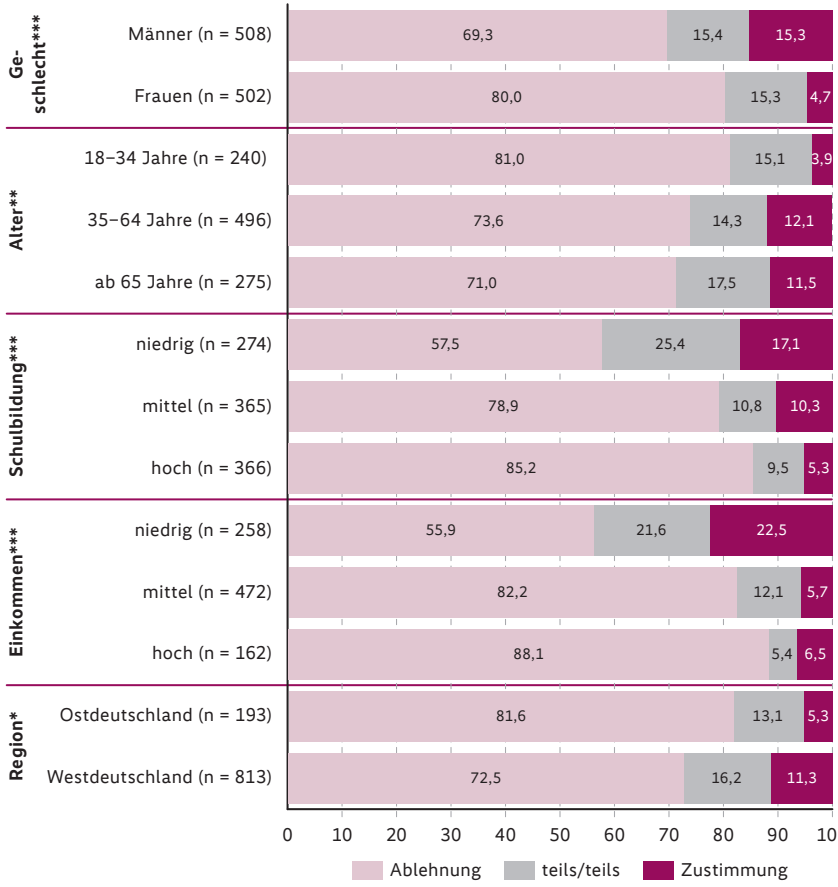
Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; * = p < ,05; *** = p < ,001.

Kriterien zur Zusammensetzung der Gruppen der Liberalisierungsgegner:innen. Hierfür nehmen wir die Gesamtheit derjenigen, die jeweils einer der beiden Aussagen zustimmen, als Grundlage.

Abb. FA.3

Zustimmung bzw. Ablehnung der verschwörungsideologischen Aussage nach soziodemografischen Gruppen (Angaben in gültigen Prozent)

»Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer.«

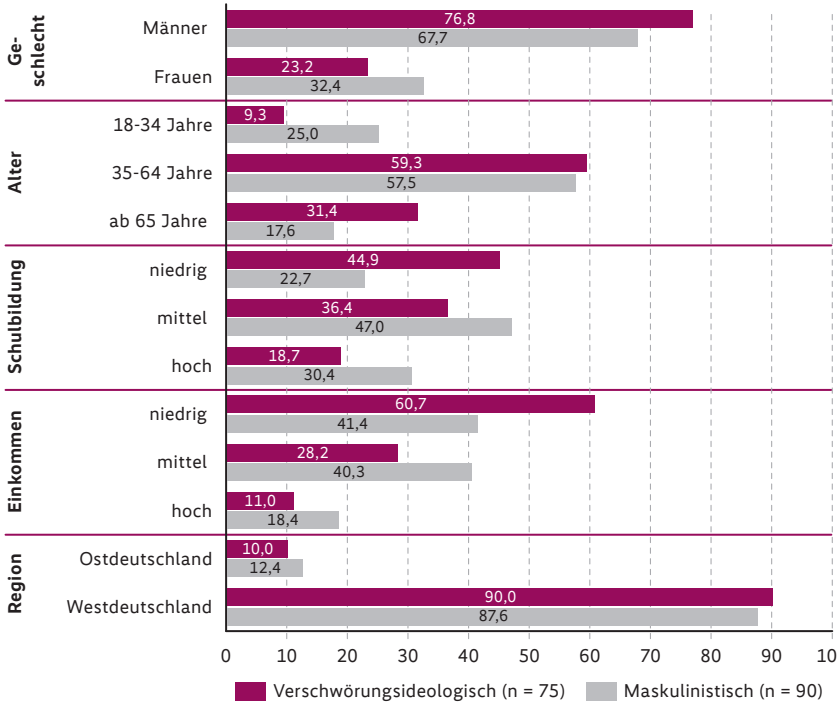


Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; * = p < ,05; ** = p < ,01; *** = p < ,001.

Wenn wir die kleine Teilgruppe derjenigen betrachten, die den antifeministischen Aussagen zustimmen, dann setzt sie sich überwiegend aus Männern und Befragten zusammen, die in Westdeutschland leben. Außerdem eher aus Befragten

Abb. FA.4

Gegner:innen der Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse im soziodemografischen Profil (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten. Die Abbildung zeigt unterschieden nach Geschlecht, Alter, Schulbildung, Einkommen und Wohnort, wie sich die Gruppe der Befragten zusammensetzt, die der verschwörungsideologischen beziehungsweise maskulinistischen Aussage zustimmen. Aufgrund des insgesamt geringen Zustimmungsanteils in der zufällig befragten und hier zugrundeliegenden Teilstichprobe sind die soziodemografischen Gruppen entsprechend klein. Diese geben dennoch Hinweise auf einstellungsrelevante Unterschiede in der Bevölkerung.

mittleren Alters sowie solchen mit niedrigeren oder mittleren Schulabschlüssen und niedrigeren oder mittleren Einkommen.[6]

6 Aufgrund der relativ niedrigen Fallzahlen können keine Kombinationen der unterschiedlichen soziodemografischen Kategorien untersucht werden. Es kann also nicht überprüft werden, ob die Mehrzahl der Befragten in diesen Gruppen beispielsweise Männer der mittleren Alterskategorie und mit mittlerem Einkommen sind, die in Westdeutschland leben (➟ Kap. 2).

Antifeminismus mit antisemitischer und autoritärer Grundierung

Oftmals wird in der öffentlichen und auch wissenschaftlichen Debatte übersehen, dass Anti-Gender-Diskurse und -Kampagnen eine antisemitische Grundierung aufweisen und ein ausgeprägter, weltanschaulicher Antifeminismus auch als ein *antisemitischer Antifeminismus* gelesen und verstanden werden muss (Birsl 2020). Nur: Bislang war unklar, ob ein solch antisemitischer Antifeminismus nicht nur bei politischen Akteur:innen, sondern gleichfalls in der breiten Bevölkerung und politischen Kultur zu finden ist.

Wir sind dieser Frage mit den Daten der Mitte-Studie 2024/25 nachgegangen und haben beide Aussagen zur Erfassung antifeministischer Einstellungen mit denen zur GMF-Facette des Antisemitismus[7] (➟ Kap. 4) einer Korrelationsanalyse[8] (➟ Glossar) unterzogen. Diese Analyse zeigte einen deutlichen signifikanten Zusammenhang der beiden Phänomene (➟ Abb. FA.5). Wenn wir zudem berücksichtigen, dass antifeministische Einstellungen mit Verschwörungsglauben – der oftmals einer antisemitischen Erzählung folgt – verknüpft sind, dann verdichten sich die Belege eines antisemitischen Antifeminismus (Birsl 2020).

Gleichfalls hängen antifeministische Überzeugungen signifikant mit einem Law-and-Order-Autoritarismus zusammen. Unter Law-and-Order-Autoritarismus haben wir die beiden Aussagen »Verbrechen sollten härter bestraft werden« und »Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen« gefasst.[9] Eine autoritäre Unterwürfigkeit

7 Die GMF-Skala Antisemitismus umfasst drei Indikatoren mit folgenden Aussagen: »Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig«, »Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen« und »Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«.

8 Zur Absicherung der Befunde wurden zusätzlich Regressionsanalysen (➟ Glossar) unter Kontrolle der soziodemografischen Variablen Geschlecht, Alter, Bildung, Wohnort berechnet. Diese bestätigen, dass die Zusammenhänge stabil und signifikant sind.

9 Die faktorenanalytische Betrachtung der Indikatoren zur Erfassung von Autoritarismus wies einen einheitlichen Faktor aus, zeigte jedoch eine schwache Faktorladung (,34) für eines der Items autoritärer Unterwürfigkeit (»Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen.«) gefolgt von einer höheren Ladung (,59) des anderen Items der unterwürfigen Facette (»Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir sicher leben können.«). Die beiden Items der aggressiven Facette (»Verbrechen sollten härter bestraft werden.« und »Um Recht und Ordnung zu be-

Abb. FA.5

Zusammenhänge der antifeministischen Einstellungen mit Vorstellungen essenzialischer Geschlechterdifferenz, autoritärer Aggression und Antisemitismus (Korrelationskoeffizienten)

	Essenzialistische Geschlechterdifferenz-vorstellungen	Autoritäre Aggression	Antisemitis-mus (GMF)
Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.	0,33	0,33	0,31
Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer.	0,32	0,33	0,32

Anmerkungen Alle Korrelationen sind signifikant mit $p < ,001$.

unter nationale Führer oder Vordenker, wie sie theoretisch ebenfalls zum Autoritarismus gehört und diesen bedingen kann, steht hingegen in keinem signifikanten Zusammenhang mit den antifeministischen Einstellungen. Insgesamt unterstreichen die angeführten Erklärungszusammenhänge, dass Antifeminismus als eine autoritäre, verschwörungsgläubige und antidemokratische Weltanschauung zu verstehen ist.

wahren, sollte man härter gegen Unruhestifter und Außenseiter vorgehen.«) weisen eine deutlich stärkere Faktorladung (,76 und ,75) auf und bilden gemeinsam bereits eine reliable Skala (α = ,78). Daher haben wir uns an dieser Stelle entschieden, nur die Facette der autoritären Aggression zu betrachten. Für die Ergebnisse der Faktorenanalyse kann es unterschiedliche Gründe geben: Es ist möglich, dass sich der Autoritarismus verändert hat und eine unterwürfige Haltung weniger relevant für das Phänomen geworden ist. Ebenfalls ist möglich, dass sich die eingesetzten Items nicht mehr gut für die Messung autoritärer Unterwürfigkeit eignen, etwa weil die Bedeutung von »führende Köpfe« sehr unterschiedlich interpretiert wird und diese auch mit Personen assoziiert werden, die von autoritären Personen abgewertet werden. An späterer Stelle des Buches wird diese gesellschaftliche Entwicklung aufgegriffen, jedoch für die Anwendung der Autoritarismusskala ein alternatives Vorgehen verfolgt (➡ Kap. 6 u. Kap. 10).

Vorstellungen von essenzialistischen Differenzen zwischen den Geschlechtern als Scharnier in die Mitte der Gesellschaft

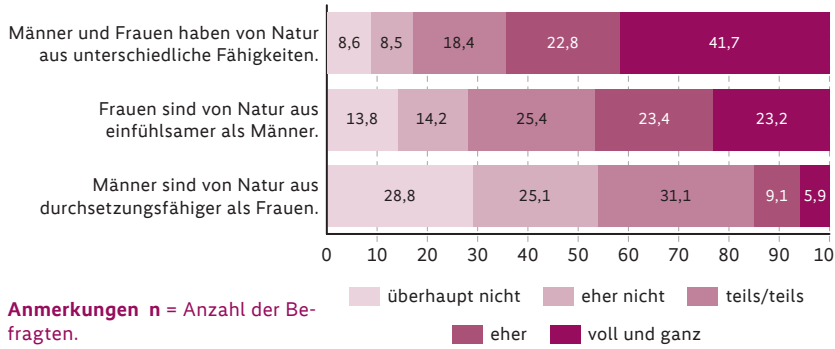
Die Agitation gegen die Liberalisierung von Geschlechterverhältnissen kann an gesellschaftlich geteilte Normalitätsvorstellungen und Alltagserfahrungen über Geschlecht und Geschlechterverhältnisse andocken (Sauer 2017). Diese Vorstellungen basieren auf der Idee der Zweigeschlechtlichkeit, nach der die beiden Geschlechter sich »von Natur aus« in Verhalten und gesellschaftlicher Rolle unterscheiden. Häufig wird hierbei die Gleichwertigkeit der Geschlechter trotz vermeintlich natürlicher Ungleichheit betont (»Gleichheit in der Differenz«). Rechte Agitation gegen die Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse kann an diese Vorstellungen anknüpfen und so unverblümt in die gesellschaftliche Mitte eindringen.

Um diese Annahme zu überprüfen, haben wir den Zusammenhang zwischen den beiden maskulinistischen und verschwörungsideologisch-antifeministischen Aussagen sowie einer Skala (➟ Glossar) zur Messung von naturalistisch begründeten, also essenzialistischen, Geschlechterdifferenzvorstellungen[10] berechnet. Das Ergebnis offenbart einen signifikanten Zusammenhang sowohl zwischen der maskulinistischen als auch der verschwörungsideologischen Aussage mit den Differenzvorstellungen. Befragte, die an naturgegebene Geschlechterdifferenzen glauben, neigen also stärker zu einer Gegnerschaft zur Liberalisierung von Geschlechterverhältnissen als Befragte, die solche Differenzvorstellungen ablehnen. Gleichzeitig ist die Vorstellung, dass Männer und Frauen von Natur aus unterschiedliche Eigenschaften hätten, in der Bevölkerung durchaus weit verbreitet. Während die antifeministischen wie auch hetero-/sexistischen Einstellungen (➟ Kap. 4) ebenfalls Zustimmung, aber gleichzeitig relativ viel Ablehnung erfahren, weisen die essenzialistischen Geschlechterdifferenzvorstellungen deutlich mehr Varianz in den Antworten auf (➟ Abb. FA.6). Besonders die Vorstellung, dass unterschiedliche Fähigkeiten von Männern und Frauen in der Natur begründet sind, wird von der Mehrheit der Befragten geteilt. Dazu gehört auch das Stereotyp, dass Frauen von Natur aus einfühlsamer

10 Die Skala ist angelehnt an die Skalenentwicklung von Simon/Kohl 2023. Das Ergebnis der Reliabilitätsanalyse ist hier nicht völlig zufriedenstellend (α = ,69), weswegen im weiteren Verlauf die einzelnen Items anstelle des Mittelwertindexes betrachtet werden.

Abb. FA.6

Essenzialistische Geschlechterdifferenzvorstellungen
(Angaben in gültigen Prozent | n = 1.013)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

seien als Männer. Es wird von rund 47 % der Befragten geteilt, während weitere 25 % dem zumindest teilweise zustimmen. Die Idee einer stärkeren Durchsetzungsfähigkeit von Männern wird hingegen, anders als erwartet, nur von knapp 15 % der Befragten geteilt, 31 % stimmen ihr jedoch in Teilen zu.

Diese Varianz bei der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung essenzialistischer Aussagen deutet darauf hin, dass sich gesellschaftliche Vorstellungen von Geschlecht durchaus progressiv entwickelt haben. Gleichzeitig ist erkennbar, dass traditionelle Vorstellungen der Geschlechterordnung nach wie vor breite Unterstützung finden. Der hohe Anteil an »teils/teils«-Antworten deutet außerdem auf eine verbreitete Unsicherheit hin. Dies kann bedeuten, dass diese Befragten offen dafür sind, sich ebenso von geschlechterdemokratischen wie essenzialistischen und, darauf basierend, regressiven Auffassungen überzeugen zu lassen.

Maskulinismus und Antifeminismus: Klare Positionierungen und Verunsicherungen

Maskulinistische und verschwörungsideologisch-antifeministische Vorstellungen werden in der Mitte-Studie 2024/2025 nur von einer kleinen Minderheit vertreten, jedoch mit klarer Positionierung und Abgrenzung. Diese Vorstellungen verdichten sich mit antisemitischen sowie autoritären Haltungen zu einer Weltanschauung. Diese Minderheit wird vorrangig – wenn auch nicht nur – von männlichen Befragten aus der Mitte der Gesellschaft in Westdeutschland vertreten: Sie verfügt mehrheitlich über eine mittlere Schulbildung, ein durchschnittliches Einkommen und ist im jüngeren oder mittleren Alter. Die sukzessive Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse scheint für sie eine Bedrohung ihrer Lebenskonzepte und Geschlechtsidentität zu sein. Es sind Lebenskonzepte, die augenscheinlich in eine traditionelle *hegemoniale Männlichkeit* (Connell 2015) eingebettet sind, die in Westdeutschland seit den 1970er-Jahren am Vergehen ist und deshalb umso vehementer verteidigt und naturalistisch sowie verschwörungsideologisch überhöht wird. Dieses Bedrohungsempfinden macht diese Gruppe besonders empfänglich für Anti-Gender-Kampagnen antidemokratischer Akteure wie Björn Höcke oder Maximilian Krah. In Ostdeutschland dürften diese wiederum nicht so sehr fruchten, da wir dort vergleichbare Einstellungen kaum vorfinden. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, dass die hegemoniale Männlichkeit in Zeiten der DDR und gegenwärtig anders strukturiert ist. Im staatssozialistischen Regime der DDR war die hegemoniale Männlichkeit vornehmlich proletarisch-kleinbürgerlich geprägt und an Erwerbsarbeit gebunden – was sie noch nicht grundsätzlich von ihrer Dominanz in der alten Bundesrepublik unterscheidet. Im Gegensatz zu dieser war sie jedoch weniger individualistisch – Motto: »Jeder ist seines Glückes Schmied« –, sondern eher kollektivistisch ausgerichtet (Brandes 2008, S. 69; Scholz 2008). Auch in Ostdeutschland ist die hegemoniale Männlichkeit der vergangenen Zeiten unter Druck geraten und in »unterprivilegierte gesellschaftliche Randzonen abgedrängt« (Brandes 2008, S. 75). Hier verfangen maskulinistische, antifeministische Diskurse unter Umständen aber deshalb seltener, weil das Vergehen hegemonialer Männlichkeit nicht als persönliche Bedrohung oder individuelles Versagen gedeutet wird, sondern – so unsere These – der westdeutschen kulturellen Dominanz und politischen Eliten zugeschrieben wird (➡ Kap. 8, Mittendrin).

Anders als bei dem maskulinistischen und verschwörungsideologischen Denken verhält es sich bei den naturalistischen, essenzialistischen Differenzvorstellungen. Sie folgen prinzipiell einer Gleichwertigkeit der binär gedachten Geschlechter im Sinn einer »Gleichheit in der Differenz« und werden von einer Mehrheit der Befragten getragen. Jedoch gibt es hier einen relativ großen Graubereich indifferenter Positionierungen, der auf eine Verunsicherung im Verhältnis zur Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse, der »Toleranz« gegenüber pluralen Lebensweisen sowie Geschlechteridentitäten hindeutet. In diesem Feld der gesellschaftlichen Mitte entscheidet sich die Mobilisierungsfähigkeit demokratisch oder antidemokratisch orientierter Akteur:innen. Diskursive Verschiebungen von Rechtsaußen können dabei stark Einfluss nehmen, ob Differenzvorstellungen in ein inklusives oder in ein ausgrenzendes Verständnis der Geschlechterordnung überführt werden.

Mittendrin
In der Kontroverse und im Dialog

Fragen an Saba-Nur Cheema und Meron Mendel

In der Mitte-Studie beschäftigen wir uns mit der Frage, ob und wie sich rechtsextreme Meinungen, Ideologien, Weltbilder oder Stimmungen in der Mitte der Gesellschaft normalisieren. Beobachten Sie solche Normalisierungen?

Saba-Nur Cheema: Ja, zum einen beobachten wir seit einigen Jahren eine Normalisierung. Rassistische, sexistische oder autoritäre Positionen werden häufiger geäußert, ohne dass ihnen klar widersprochen wird. Debatten über Migration, Gender, Islam oder die Impfpflicht während der Covid-19-Pandemie zeigen, wie autoritäres Denken in die sogenannte Mitte der Gesellschaft eindringt und dort Resonanz findet. Zum anderen wird, wenn wir von Normalisierung sprechen, auch immer unklarer, wo eigentlich die Grenze zum Rechtsextremismus verläuft. Ist man rechtsextrem, wenn man eine Obergrenze an Migration fordert? Oder wenn man nicht gendert? Oder wenn jemand das N- oder das Z-Wort ausspricht? Diese Unschärfe hängt eng mit der zunehmenden Polarisierung der öffentlichen Debatten zusammen. Sie führt dazu, dass komplexe Themen und Positionen reflexhaft in ein vereinfachtes Schema von »rechts« und »links« gepresst werden – und damit genau jene Differenzierungen verloren gehen, die für eine demokratische Streitkultur notwendig wären. Wir beobachten also auch, dass das, was heute als »rechts« oder »links« gilt, oft nicht mehr politisch, sondern emotional und identitär verhandelt wird.

Gibt es für Sie nach dem 7. Oktober, also dem Terrorattentat der Hamas auf die israelische Zivilgesellschaft, noch so etwas wie Normalität?

Meron Mendel: In einem persönlichen Sinn ist es eine neue Normalität. Geprägt durch tiefe Sorge für jüdische und palästinensische Freunde vor Ort, die Schlimmes erleben müssen. Der 7. Oktober war ein tiefgreifender Einschnitt für die

israelische Gesellschaft. Die Vorstellung, dass Menschen in ihren Häusern, auf einem Musikfestival, in ihren Kibbuzim überfallen, ermordet, verschleppt werden, hat ein Gefühl von absoluter Verwundbarkeit hinterlassen. Auf das Massaker der islamistischen Terrororganisation Hamas – bei dem etwa 1.200 Menschen ermordet und 250 als Geiseln nach Gaza verschleppt wurden – folgte ein grausamer Krieg der israelischen Armee mit Zehntausenden zivilen Opfern, massiver Zerstörung und einer unbeschreiblichen humanitären Katastrophe. Diese Eskalation hat in westlichen Gesellschaften zu einer enormen Polarisierung geführt: auf Demonstrationen, in Universitäten, Redaktionen und Familien. Viele Debatten verlaufen inzwischen entlang harter Lagerlogiken und oft ohne Raum für Komplexität, für Empathie in beide Richtungen oder für einen ernsthaften Blick auf Ursachen und Folgen.

Ein weiteres zentrales Thema sind potenzielle Kipppunkte. Also Punkte, an denen etwas in der Gesellschaft oder die Gesellschaft als Ganze von einem demokratischen Zustand in einen undemokratischen Zustand kippt. Sehen Sie solche neuralgischen Punkte?

Saba-Nur Cheema: Die Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt schrieben vor einigen Jahren, dass Demokratien nicht mit einem Knall sterben, sondern langsam dahinsiechen. Doch der Kahlschlag autoritärer Politik in den USA unter Trump zeigt das Gegenteil: Auch ein *Sudden Death* – ein plötzlicher Tod – scheint möglich. In Deutschland sind wir von einem solchen Zustand zwar entfernt, und doch beobachten wir eine paradoxe Entwicklung: Einerseits wächst die Polarisierung an den politischen Rändern, traditionelle Volksparteien verlieren an Bindungskraft, und die Brandmauer nach rechts gerät ins Wanken – zunächst in Kommunen und Ländern, inzwischen auch im Bundestag. Andererseits zeigt sich eine stabile demokratische Mitte: Die Mehrheit der Bevölkerung wählt demokratische Parteien, engagiert sich zivilgesellschaftlich, und wir leben in einem Land mit freien Medien und einer aufmerksamen Öffentlichkeit. Kipppunkte entstehen nicht zwingend durch einzelne, spektakuläre Ereignisse, sondern dort, wo demokratische Institutionen und Normen schleichend ausgehöhlt werden, während wir glauben, alles sei noch im Rahmen. Die entscheidende Frage ist daher viel mehr, ob wir die kippenden Tendenzen rechtzeitig erkennen und klar benennen.

In den Kapiteln zuvor berichten wir von antisemitischen wie auch muslim- oder islamfeindlichen Einstellungen in der Mitte. Wie interpretieren Sie die Ergebnisse? Fällt Ihnen etwas Besonderes auf?

Saba-Nur Cheema/Meron Mendel: Muslimfeindliche Einstellungen bleiben auf einem konstant hohen Niveau und stehen weiterhin in engem Zusammenhang mit der Migrationsdebatte. Der 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg im Gazastreifen scheinen jedoch kaum Einfluss – weder in positiver noch in negativer Richtung – auf die Vorurteilsstruktur gegenüber Muslim:innen in Deutschland gehabt zu haben.

Ganz anders ist die Entwicklung beim Antisemitismus: Die Indikatoren für israelbezogenen Antisemitismus sind deutlich angestiegen. Diese Tendenz zeichnete sich bereits 2023 ab, die aktuelle Erhebung markiert jedoch einen vorläufigen Höhepunkt. Auffällig ist vor allem, dass deutlich mehr Menschen antisemitische Einstellungen offen vertreten: Mehr als dreimal so viele wie vor vier Jahren stimmen voll und ganz der Aussage zu, dass man aufgrund der Politik Israels generell etwas gegen Jüdinnen und Juden haben dürfe. Ebenso hat sich die Zahl derjenigen, die ebenfalls Jüdinnen und Juden »voll und ganz« eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zuschreiben, mehr als verdreifacht.

Diese Entwicklungen verdeutlichen auch den fließenden Übergang vom israelbezogenen zum klassischen Antisemitismus. Für die Bildungsarbeit ist das ein dringender Handlungsauftrag. Es ist essenziell, deutlich zwischen der Politik der israelischen Regierung, der israelischen Zivilgesellschaft sowie Jüdinnen und Juden weltweit zu differenzieren. Dieses Wissen gilt es in der Bildungsarbeit konsequent zu vermitteln.

Sie sind bekannt und ausgezeichnet worden für Ihren Dialog, den Sie als »Muslimisch-jüdisches Abendbrot« 2024 auch als Buch veröffentlicht haben. Gibt es Punkte oder Themen, wo Ihnen beiden der Dialog besonders gut gelungen ist?

Saba-Nur Cheema/Meron Mendel: Seit dem 7. Oktober 2023 waren wir an unzähligen Orten unterwegs – an Universitäten, in linken Zentren, muslimischen

Gemeinden, jüdischen Gruppen, Kunst- und Kulturhäusern. Wir haben Diskussionsräume geschaffen, Konferenzen organisiert und viele Gespräche geführt – über die Situation der Menschen vor Ort, über die deutsche Nahost-Debatte, über Polarisierung. Besonders wichtig war uns dabei eine Botschaft: Man muss sich diesem Lagerdenken widersetzen, das oft einem Fußballspiel gleicht. Es geht darum, sowohl »proisraelisch« als auch »propalästinensisch« zu sein. Es ist unsere Aufgabe, jene Stimmen auf beiden Seiten zu stärken, die für Frieden, Dialog und Menschenrechte eintreten. Diese Haltung wurde sehr gut aufgenommen. Viele Menschen spüren den Druck, sich einseitig positionieren zu müssen, und sind zugleich müde davon. Uns geht es nicht darum, eine versöhnliche Wohlfühlhaltung zu propagieren. Sondern es geht darum, klare humanistische Positionen zu entwickeln, die jenseits von selektiver Empathie und moralischen Doppelstandards sind.

Und wo ist der Dialog in der Debatte steckengeblieben?

Meron Mendel: Natürlich haben wir auch Widerstand erlebt – Anfeindungen, hitzige Reaktionen, Menschen, die wütend waren, oder auch Teilnehmende, die während der Diskussion in Tränen ausgebrochen sind. Für uns sind emotionale Reaktionen oder Gegenwind von Gesprächspartner:innen kein Zeichen dafür, dass der Dialog gescheitert ist – im Gegenteil. Dialog heißt eben nicht, einen Konsens zu finden, sondern das Aushalten und Austauschen gegensätzlicher Perspektiven. Er darf emotional, laut und unbequem sein. Gerade bei polarisierenden Debatten, wie über den Nahostkonflikt oder damals die Coronapandemie, ist es entscheidend, dass wir wieder lernen, miteinander zu sprechen, anstatt einander nur als Feind zu markieren. Wir haben uns in den letzten Jahren allzu sehr daran gewöhnt, in unseren *Safe Spaces* zu bleiben, unter Gleichgesinnten zu diskutieren. Aber echte demokratische Streitkultur entsteht nicht im Schutzraum, sondern im Streit, der respektvoll bleibt, gerade wenn es schwierig wird.

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte können sich nicht als Mitte verstehen, können nichts anfangen mit dem deutschen Konzept der Mitte. Wie ist das bei Ihnen?

Saba-Nur Cheema: Sprechen wir über die »Mitte« als politischen oder als moralischen Standpunkt? Wenn nicht die politische Mitte gemeint ist, sondern jene stabilisierenden Kräfte innerhalb der Bevölkerung, die den demokratischen Zusammenhalt tragen, bleibt das Konzept eher abstrakt und diffus – und eignet sich kaum als ein Identitätsmerkmal für Gruppen oder Individuen. Was oder wer sind die stabilisierenden Kräfte? Welche Werte müssen sie vertreten und vor allem: Wer entscheidet darüber? Gerade in migrantischen Kontexten wird »Mitte« deshalb nicht selten mit der Idee einer Leitkultur gleichgesetzt, also mit der impliziten oder expliziten Forderung, sich einer vermeintlich homogenen »deutschen Kultur« unterzuordnen.

Dass migrantisches Leben in seiner Vielfalt selbst Teil dieser Mitte ist und wesentlich zur Stabilität der Demokratie beiträgt, wird in öffentlichen Debatten kaum anerkannt. Im Gegenteil: Migration und migrantisches Leben werden noch immer allzu oft mit Belastung, Gewalt und Fremdheit assoziiert.

Wo geht die Reise für Deutschland hin? Wie wird sich das Land entwickeln? Wagen Sie eine Prognose?

Meron Mendel: Wir tragen eigentlich zwei Szenarien im Kopf, zwischen denen sich die Entwicklung Deutschlands in den kommenden Jahren bewegen könnte. Im pessimistischen Szenario gewinnt die AfD – oder auch andere populistische Parteien von links oder rechts – weiter an Zustimmung. Das Vertrauen in staatliche Institutionen, Medien und Gerichte sinkt, demokratische Spielregeln werden infrage gestellt oder gezielt untergraben. Soziale Medien und KI werden noch weiter das Misstrauen schüren und die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge für viele Menschen unmöglich machen. Die Polarisierung nimmt weiter zu, gesellschaftliche Gruppen sprechen kaum noch miteinander, sondern nur noch übereinander. Migration, Klimapolitik, Erinnerungskultur – all das wird nicht mehr verhandelt, sondern instrumentalisiert. In diesem Szenario erleben wir kein abruptes Ende der Demokratie, sondern ein schlei-

chendes Aushöhlen – durch Gleichgültigkeit, Empörungsroutine und das Verschwinden gemeinsamer Grundlagen.

Saba-Nur Cheema: Aber es gibt auch ein optimistisches Szenario. Darin gelingt es, dem wachsenden Populismus von rechts und von links eine klare, demokratische Kultur entgegenzusetzen. Und zwar nicht durch moralische Überlegenheit, sondern durch politische Glaubwürdigkeit und soziale Gerechtigkeit. Wir beobachten, dass Menschen sich stärker einmischen: junge Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, engagierte Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr darauf warten, dass ›die Politik‹ alles richtet. Denn genau dies ist uns Demokratinnen und Demokraten passiert: Zu sehr sind wir in eine passive Rolle gerückt, in der Partizipation oft nur als Kreuz auf dem Wahlzettel verstanden wird. Entsprechend groß sind die Erwartungen und Wünsche an die Politikerinnen und Politiker, umso größer die Enttäuschungen, wenn es nicht gut läuft. Welches der beiden Szenarien sich durchsetzt, ist offen. Aber es hängt davon ab, ob wir als Zivilgesellschaft bereit sind, aus der Zuschauerrolle herauszutreten und uns einzumischen.

Zum Abschluss eine Frage für Menschen, die in ihrem Alltag, Beruf oder in ihrer Familie politische Themen aus Sorge vor Streit zusehends vermeiden und sich zurückziehen: Was tun Sie, wenn ein Streitthema gänzlich unversöhnlich erscheint?

Meron Mendel: Wir beobachten, dass der Rückzug immer häufiger als Schutzmechanismus erklärt wird – aus Angst vor Verletzungen oder Eskalation. Doch das darf nicht zur Gewohnheit werden. Wenn wir aufhören zu sprechen, zu streiten, zu diskutieren, überlassen wir das Feld denen, die laut und oft gnadenlos sind. Wir sollten uns in Resilienz üben, also darin, Widerspruch auszuhalten, ohne gleich zu zerbrechen – und Kritik zu üben, ohne den anderen abzuwerten. Es geht nicht darum, jede Meinung stehen zu lassen, sondern darum, unterschiedliche Positionen auszuhalten, ohne die Beziehung zu kappen.

Saba-Nur Cheema: Wenn ein Thema unversöhnlich erscheint, versuchen wir nicht zu überzeugen. Es geht uns darum zu verstehen, was hinter der Haltung des Gegenübers steht: Angst? Verletzung? Unwissen? Oft hilft es, Fragen zu

stellen, statt Argumente abzufeuern. Und manchmal hilft es auch, die eigene Unsicherheit offen zuzugeben, statt in Abgrenzung zu gehen. Streit muss nicht gelöst werden, um produktiv zu sein. Aber er kann so geführt werden, dass Beziehung möglich bleibt. Die Herausforderung besteht manchmal weniger darin, Unterschiede zu überwinden, sondern sie ohne Abwertung auch mal bestehen zu lassen.

Zum Weiterlesen: Cheema, Saba-Nur/Mendel, Meron (2024). *Muslimisch-jüdisches Abendbrot: Das Miteinander in Zeiten der Polarisierung*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Saba-Nur Cheema ist Politologin, Publizistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung in Frankfurt. **Meron Mendel** ist Historiker, Professor für Soziale Arbeit und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt. Gemeinsam schreiben sie die monatliche Kolumne in der FAZ »Muslimisch-Jüdisches Abendbrot«.

5 Demokratievorstellungen und Demokratiewahrnehmung in der Mitte

Marco Eden · Elif Sandal-Önal · Andreas Zick · Kathrin Ackermann

Liberale Demokratien geraten weltweit zunehmend ins Wanken. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist ein deutlicher Rückgang liberaldemokratischer Standards und zugleich ein Vormarsch autoritärer Formen von Regierungsführung in vielen Ländern zu beobachten.[1] Bei diesem globalen demokratischen Rückschritt gewinnen Vorstellungen autoritärer Führung nicht nur als Systemalternative an Boden, sondern dringen über die schleichende Erosion demokratischer Normen, Werte und Institutionen auch in bestehende Demokratien ein (Adler et al. 2023; Nord et al. 2025). Freie Wahlen gehen keineswegs mehr automatisch mit liberal-demokratischen Prinzipien einher. In Ländern wie Ungarn, Polen und aktuell den USA zeigt sich, dass diese sogar bewusst entkoppelt werden: Grund- und Minderheitenrechte werden eingeschränkt, Kontrollmechanismen der Gewaltenteilung und Medienfreiheit ausgehöhlt. In dieser Phase des Aufstiegs von »illiberalen Demokratien« oder »Wahlautokratien« (Cooley 2015) spitzt sich der Konflikt um die Deutungshoheit darüber, welche Vorstellung von Demokratie die richtige ist, zu: Was genau ist Demokratie und wie soll »die« Demokratie sein? Im Folgenden werden die in der Mitte-Studie 2024/25 näher untersuchten Konzepte zur Demokratie erläutert. Dazu gehören vor allem Demokratievorstellungen, die Wahrnehmung von Demokratie und Einstellungen zu ihrer Legitimität. Anschließend präsentieren wir die Ergebnisse der Umfrage.

1 Vergleiche den Demokratieindex: https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024/ [Aufruf am 10.10.2025].

5.1 Vorstellungen von Demokratie

In einer Demokratie gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sie sein sollte. *Demokratievorstellungen* beschreiben die individuelle oder gesellschaftliche, ideelle Vorstellung davon, was Demokratie bedeutet und wie sie funktionieren *soll*. Demokratievorstellungen lassen sich dabei nicht einfach als die eine Vorstellung ausmachen (Joshi 2013): Je nach kulturellem, politischem oder historischem Kontext kann der Begriff Demokratie ganz unterschiedliche Bedeutungen haben (Davis/Goidel/Zhao 2021). In Deutschland ist mit Demokratie üblicherweise die *liberal-parlamentarische* Demokratie gemeint, doch auch hier lässt sich ein zunehmender Kampf um die Frage beobachten, wer und was demokratisch oder undemokratisch ist (u. a. Manow 2024). Dass Demokratie das beste Regierungssystem ist – Umfragen zufolge immer noch ein breiter Konsens –, wird häufig als »prozedurales Einverständnis« (Landwehr/Ojeda/Stallbaum 2025) interpretiert. Damit ist eine gemeinsam geteilte Akzeptanz freier und fairer Wahlen, des politischen Wettbewerbs um Ämter und Stimmen und des Mehrheitsprinzips als Grundlage der Herrschaft des Volkes, der Volkssouveränität, gemeint. Diese – minimale – Demokratievorstellung unterscheidet sich von substanziellen Konzepten, die den Schutz individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit betonen, sowie von maximalen Demokratievorstellungen, die zusätzlich inklusive Mitbestimmung und soziale Voraussetzungen demokratischer Teilhabe in den Blick nehmen (Dahl 1971; LeVan 2024). Eine solche Differenzierung verdeutlicht, warum sich die Zustimmung zu demokratischen Wahlen und illiberale Haltungen nicht ausschließen. Wer Demokratie ausschließlich minimalistisch versteht, rückt von liberalen Kernprinzipien ab: Statt Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechten treten grenzenlose Mehrheitsmacht, nationale Homogenität und ein geringes Interesse an institutionellen Kontrollen in den Vordergrund (Cooley 2015). Autoritäre Verschiebungen äußern sich dann häufig in Forderungen nach unmittelbarer Volksherrschaft, der Ausschaltung unabhängiger Gerichte und der Vorrangstellung einer »einheimischen« (*nativistischen*)[2]

2 »*Nativismus* beruht auf der Überzeugung, dass Nationalstaaten ausschließlich aus Einheimischen bestehen sollten und dass Einwanderer die nationale Identität, Kultur und ethnische Einheit bedrohen« (Duyvendak/Kesic 2022). Diese Trennung drückt sich in einer Bevorzugung und Besserstellung des scheinbar »genuinen« Staatsbürgers aufgrund dessen inhärenter Zugehörigkeit (*nativeness*) aus (De Genova 2016).

Identität vor individuellen Freiheitsrechten (Dowling 2025). Die Herausforderung liberaldemokratischer Normen ist damit also doch so kompliziert, dass sie nicht einfach durch grundsätzlich demokratiefeindliche Haltungen zu erklären ist.

In Deutschland betrachten die meisten Bürger:innen die Demokratie als die wünschenswerteste Regierungsform und identifizieren sich mit ihr als politischem System (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2021; Hebenstreit et al. 2024; Krause et al. 2021). Das gilt auch für viele derjenigen, die populistische Einstellungen teilen – also der Erzählung von den »korrupten Eliten« folgen, die das »ehrliche Volk« angeblich betrügen. Im Fall des Rechtspopulismus kommt hier die Erzählung von den »gefährlichen Fremden« hinzu, die das Volk bedrohen würden (u. a. Mudde/Rovira Kaltwasser 2018). Doch nicht immer sind populistische Einstellungen eindeutig antidemokratisch – zwar gehen sie, Studien zufolge, durchweg mit Unzufriedenheit gegenüber bestehenden demokratischen Institutionen und einer Bevorzugung majoritärer oder direkter gegenüber liberal-pluralistischen[3] Modellen von Demokratie einher. Doch nur nativistische und radikal rechte Orientierungen bedingen eine klare Unterstützung illiberaler oder antidemokratischer Staatsalternativen (Rovira Kaltwasser/Van Hauwaert 2020; Lewandowsky/Jankowski 2023; Mohrenberg/Huber/Freyburg 2021; Zaslove et al. 2021). Wenn die Mehrheit der Bürger:innen die Demokratie als beste Regierungsform befürwortet – warum distanzieren sich dann immer mehr Menschen von der liberalen Demokratie und delegitimieren sie?

3 Die »Mehrheitsdemokratie« oder *majoritäre* Demokratie beschreibt nach Lijphart (2012) politische Systeme, in denen sich Macht stark in den Händen einer Regierungsmehrheit bündelt – etwa durch Einparteienkabinette, zentralisierte Strukturen oder eine Exekutive, die sich auf nur eine Partei stützt. In majoritär orientierten Demokratien ist der Wille der Mehrheit handlungsleitend: Was die Mehrheit will, wird durchgesetzt – auch auf Kosten etablierter rechtlicher Rahmenbedingungen oder des Schutzes abweichender Meinungen (Bourne/Rijpkema 2022). In der *direkten* Demokratie treffen Bürger:innen Richtungsentscheidungen selbst per Referendum oder Volksinitiative, statt die Entscheidungskompetenz an gewählte Repräsentant:innen abzugeben. In *liberal-pluralistischen* Demokratien wiederum werden politische Entscheidungen aus dem Wettbewerb unterschiedlicher organisierter Interessen heraus getroffen. Dieses Prinzip der »Polyarchie« (Dahl 1971) bedeutet, dass Macht nie ausschließlich nur durch eine Gruppe oder Mehrheit monopolisiert, sondern stets von mehreren, miteinander konkurrierenden Akteuren ausgehandelt wird.

Demokratievorstellungen sind eng mit der Demokratiewahrnehmung verbunden, also der Frage, in welchem Zustand die aktuelle Demokratie in Deutschland aus Sicht der Befragten ist. Hier geht es um die Bewertung der tatsächlichen demokratischen Praxis, insbesondere im Hinblick auf ihre Fähigkeit, demokratische Verfahrensweisen (*Inputs*) und politische Ergebnisse (*Outputs*) effizient, fair und nachhaltig zu gestalten (Easton 1965; Scharpf 1999; Merkel 2024). Die Wahrnehmung einer Abweichung zwischen Ideal (*Soll*) und Praxis (*Ist*) kann dazu führen, dass Unzufriedenheiten wachsen und die Legitimität des politischen Systems – in einer Demokratie die zentrale Ressource ihrer Wehrhaftigkeit gegen alternative Ideen der Regierungsführung – abhandenkommt. Bleiben politische Versprechungen unerfüllt, Problembewältigung ineffizient, politische Verfahren und Ergebnisse ungerecht oder verliert sich die öffentliche Debatte im Parteienstreit, kann dies den Eindruck nähren, dass das politische System eben nicht (mehr) funktioniert. In der vergangenen Mitte-Studie 2022/23 waren in einem rückläufigen Trend nur noch 57 % der Befragten der Ansicht, die Demokratie funktioniere alles in allem gut. Dies geht mit schwindendem Vertrauen in ihre Institutionen und Akteure einher (z. B. Küpper et al. 2021; Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023; Best et al. 2023; Hebenstreit et al. 2024).

Demokratische Prinzipien wie Wahlen, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit werden von der großen Mehrheit als sehr wichtig eingeschätzt, doch ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung sieht einige dieser Werte nur unzureichend verwirklicht (Kriesi/Ferrin 2016, 2025). In einer Studie der Körber-Stiftung (2024) nannten 47 % der Befragten Gerechtigkeit als nicht realisiert, 33 % sahen die Gleichheit aller Bürger:innen vor dem Gesetz und 27 % die freie Meinungsäußerung als nicht erreicht. Als konkrete Probleme oder Schwachstellen der liberaldemokratischen Praxis identifizieren die Befragten insbesondere Aspekte der Parteiendemokratie – etwa negative Eigenschaften von Parteien oder Politiker:innen, den vermeintlichen Mangel an Kompetenz oder unerfüllte Wahlversprechen. Hinzu kommen strukturelle Kritikpunkte, beispielsweise an mangelnder Repräsentation, fehlenden direkten Beteiligungswegen, zu kurzfristigen Politikzyklen, fehlenden sozialen Ausgleichen, der Schwerfälligkeit von Entscheidungsprozessen und am Einfluss des Lobbyismus (Best et al. 2023; Pickel/Celik/Decker 2024).

Die Frage der *Legitimität* von Demokratie ist neben der Vorstellung und Wahrnehmung ein wesentlicher Aspekt für die Bindung an oder die Distanzierung von der Demokratie. Gesunder Zweifel, Skepsis und demokratische Kritik sind nicht nur wünschenswert, sondern unverzichtbar für eine liberale Demokratie (Klein 2014; Mühlfried 2019; Grande/Saldivia Gonzatti 2025). Wenn sich jedoch ein pauschaler Zweifel am politischen System der liberal-parlamentarischen Demokratie als solches ausbreitet, untergräbt das ihre Legitimität. Legitimität beruht auf dem öffentlichen Vertrauen, dass eine bestimmte politische Ordnung die beste für die Gesellschaft ist (Lipset 1959). Sie ist essenziell für die Stabilität politischer Systeme und die grundlegende Voraussetzung der Demokratie (Baviskar/Malone 2004; Claassen 2020). Ob die Demokratie für ihre Bürger:innen als legitim gilt, hängt entscheidend davon ab, wie ihre Leistungs- und Funktionsfähigkeit wahrgenommen wird. Legitimität schützt vor antidemokratischen Deutungen von Regierungsführung: Nur wenn Menschen das demokratische System als gerechtfertigt ansehen, halten sie sich freiwillig an die gemeinsam beschlossenen Regeln für Entscheidungen und das soziale Zusammenleben. Schwindet jedoch der Glaube an die Rechtmäßigkeit der liberal-parlamentarischen Demokratie, kann Zweifel in politische Distanzierung und schließlich in die Delegitimierung der Demokratie umschlagen. Menschen können dann auf der Suche nach anderen Auslegungen von Politik zu einer Neubewertung demokratischer Prinzipien gelangen – zugunsten minimalistischerer Demokratievorstellungen, die eine »entschlackte« Entscheidungsfindung ohne Gegengewichte wie parlamentarische Vermittlung, Minderheitenschutz oder gerichtliche Kontrolle beinhalten. Das würde einen Rückbau liberaldemokratischer Standards bedeuten. Anzeichen dafür gibt es: In der genannten Studie befürworteten 60 % der Befragten mehr Macht für Politiker:innen, 39 % lehnten bei wichtigen Entscheidungen eine parlamentarische Kontrolle der Regierung ab. 30 % sprachen sich für Einschränkungen der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit aus. Jeweils 24 % unterstützten die Begrenzung der Befugnisse von Gerichten und sogar die Einschränkung von Wahlen in Krisenzeiten (Körber-Stiftung 2024).

Unzufriedenheit kann grundsätzlich als konstruktiver Zweifel und demokratische Kritik helfen, Probleme zu erkennen, zu benennen und anzugehen – sei es, um die Demokratie zu verbessern oder gar innovativ zu erneuern. Doch

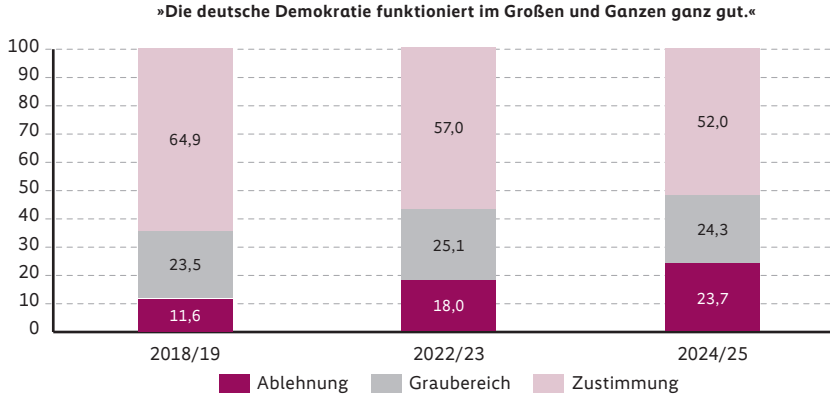
entwickelt sich die Unzufriedenheit mit der Demokratie zu einem destruktiven Misstrauen und einer pauschalen Ablehnung des politischen Systems, dann birgt dies eine Gefahr für die Demokratie (Mühlfried 2019; Grande/Saldivia Gonzatti 2025). Dabei speist sich diese Stimmung nicht nur aus realen Enttäuschungen wie etwa unerfüllten Wahlversprechen, schleppenden Entscheidungswegen oder dem Gefühl, nicht gehört zu werden, sondern sie ist auch politisches Kalkül sogenannter »Polarisierungsunternehmer« (Mau/Lux/Westheuser 2023): Diese schüren die Unzufriedenheit gezielt und nutzen politische Probleme oder diffuse Frustrationen zu ihrem politischen Vorteil, indem sie auf komplexe Probleme scheinbar einfache Antworten liefern und Schuldige benennen oder durch die Verbreitung von Verschwörungsmythen neue, faktisch nicht existierende Probleme skandalisieren. Solche Mythen erzeugen Feindbilder, benennen klare Adressat:innen ihrer Wut und dienen als Rechtfertigung für den propagierten »Widerstand gegen das System« (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023, S. 92). Die Mitte-Studie zeigte bereits vor sechs Jahren (Berghan/Zick 2019), dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung dem System der liberalen Demokratie skeptisch gegenübersteht. Viele misstrauten pauschal ihren Akteuren, Verfahren und Institutionen und sprachen dem System die Legitimität ab. Diese Delegitimierung kann die Akzeptanz von Gewalt als politischem Mittel des »Widerstands« fördern und rechtsextreme Ideologien als Alternativen erscheinen lassen (➠ Kap. 3, Fokus).

5.2 Wahrnehmung und Unterstützung der Demokratie in der Mitte-Studie 2024/25

Die diesjährige Mitte-Studie zeigt: 79 % der Befragten stimmen der Aussage »Ich bin ein überzeugter Demokrat/eine überzeugte Demokratin« zu – ein Plus von 6 % gegenüber 2020/21. Gleichzeitig sinkt die generelle Ablehnung von 9,5 % im Jahr 2021 auf 7,5 %, und auch die teilweise Ablehnung schrumpft von 17,5 % auf gut 13 %. Die große Mehrheit sieht sich also demokratisch. Dies kann als stärkere Zustimmung zur Demokratie gewertet werden, jedoch bleibt zunächst unklar, was genau diese Selbstbezeichnung als Demokrat:in bedeutet. Das generelle Bekenntnis muss weder eine Zustimmung zur repräsentativen noch zur liberalen Demokratie bedeuten (Best et al. 2023).

Abb. 5.1

Wahrgenommene Funktionsfähigkeit der deutschen Demokratie im Zeitvergleich 2018–2025 (Angaben in gültigen Prozent)

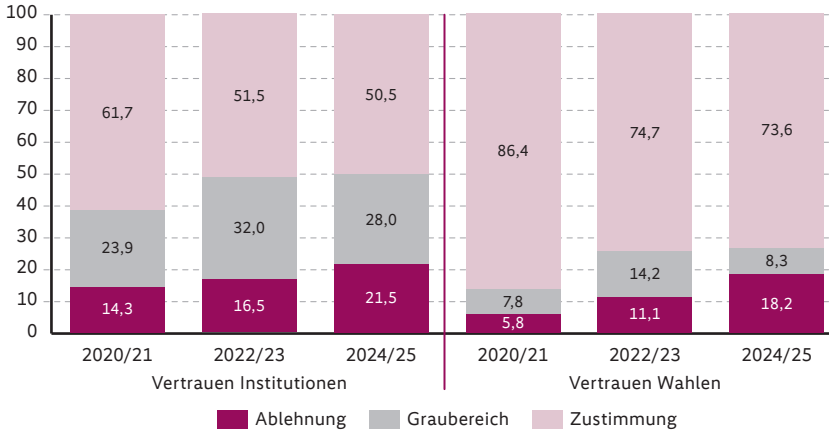


Zugleich hält fast ein Viertel (24 %) die deutsche Demokratie für nicht funktionsfähig (➟ Abb. 5.1) – der höchste Wert seit Beginn der Erhebung der Frage im Jahr 2016. Ein weiteres knappes Viertel (24 %) äußert Demokratiezweifel. Damit zeigt sich erstmals seit 2016 wieder fast die Hälfte der Befragten skeptisch bis pessimistisch gegenüber der Praxis der deutschen Demokratie.

Auch das für die Demokratie wichtige Vertrauen in Institutionen wie Behörden, Gerichte und Universitäten sowie in die Korrektheit von Wahlen in Deutschland sinkt in der Mitte-Studie 2024/25, wenn auch nicht sehr stark (➟ Abb. 5.2, *Zustimmung*). Der drastische Vertrauensverlust, der sich in der Mitte-Studie 2022/23 im Vergleich zu der Befragung von 2020/21 abgezeichnet hatte, hat sich offenbar nicht fortgesetzt. Auffällig ist jedoch auf der anderen Seite das weiter gewachsene Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen (21,5 %) und Wahlen (18 %) (➟ Abb. 5.2, *Ablehnung*). Seit 2020/21 hat sich das Misstrauen in Institutionen um die Hälfte erhöht, jenes in Wahlen sogar verdreifacht. Ein erheblicher Teil dieses Anstiegs entfällt auf die vergangenen zwei Jahre. Dies deutet darauf hin, dass Menschen, die 2020/21 noch Vertrauen in die Demokratie hatten, in den letzten zwei Jahren zunächst Zweifel hegten und schließlich ein ausgeprägtes Misstrauen gegen sie entwickelten – hier ist Demokratievertrauen in Misstrauen gekippt.

Abb. 5.2

Vertrauen in staatliche Institutionen und Wahlen im Zeitvergleich 2020–2025 (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Aussagen im Wortlaut: »Alles in allem vertraue ich den staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten in Deutschland.« und »Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland alles in allem korrekt ablaufen.«

In der Mitte-Studie 2024/25 wurde die *Demokratiewahrnehmung* als allgemeines Maß der Demokratielegitimität erfasst. Zentral für die Legitimität ist die Fähigkeit des politischen Systems, Probleme effizient, fair und nachhaltig zu erkennen und zu lösen (Merkel 2024). Die Messung erfasst diese durch vier Einstellungsaussagen (➟ Abb. 5.3).[4] Die Aussagen zur *Problemlösefähigkeit der Demokratie* (Effizienz) erfassen, inwiefern der Demokratie als System zugetraut wird, Herausforderungen und Probleme wirksam zu lösen. Die Aussagen zur *wahrgenommenen Gerechtigkeit* (Fairness) erfassen die Wahrnehmung individueller Gerechtigkeit sowie der Gerechtigkeit im Land.[5]

4 Die Messung erfasst die Aspekte der Effizienz und Fairness, die Nachhaltigkeit konnte aus Platzgründen nicht erhoben werden.

5 Die Aussagen sprechen Demokratie nicht direkt an, sondern erschließen sie indirekt. Dass dieser Schluss zulässig ist, zeigt die Statistik: Eine Faktorenanalyse (➟ Glossar) belegt die Eindimensionalität der vier Items bei gleichzeitiger Abgrenzung von anderen Skalen – Hinweise auf ihre Konstrukt- und diskriminante Validität (➟ Glossar). Mit Cronbachs $\alpha = 0{,}78$ verfügt die Mittelwertskala (➟ Glossar) zudem über eine gute interne Konsistenz (Reliabilität).

Nur 52 % der Befragten trauen der deutschen Demokratie zu, Probleme effizient zu lösen. 24 % halten sie für nicht funktionsfähig. Ähnlich skeptisch ist ein gutes Viertel (26 %), das glaubt, die Demokratie könne die Anliegen der Menschen nicht mehr bewältigen; 48 % widersprechen dieser Einschätzung. Ein weiteres Viertel stimmt beiden Ansichten teilweise zu und zeigt damit zumindest Zweifel an der Effizienz der Demokratie. Während 59 % der Befragten angeben, sich persönlich gerecht behandelt zu fühlen, sinkt die Zustimmung deutlich, wenn es um die allgemeine Fairness im Land geht: Nur 37 % finden, es gehe in Deutschland insgesamt gerecht zu. 28,5 % antworten bei dieser Frage mit »teils/teils« und äußern damit möglicherweise Zweifel an der Gerechtigkeit der Demokratie.

Demokratiewahrnehmung 2024/25

Problemlösefähigkeit der Demokratie
(**M** = 3,34; **SD** = 1,08; **n** = 2.001; **α** = ,591)

Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.

Die Demokratie kann die Probleme der Menschen nicht mehr lösen. (–)

Wahrgenommene Gerechtigkeit
(**M** = 3,26; **SD** = 1,12; **n** = 2.001; **α** = ,726)

Ich fühle mich im Großen und Ganzen gerecht behandelt.

Insgesamt gesehen geht es in Deutschland gerecht zu.

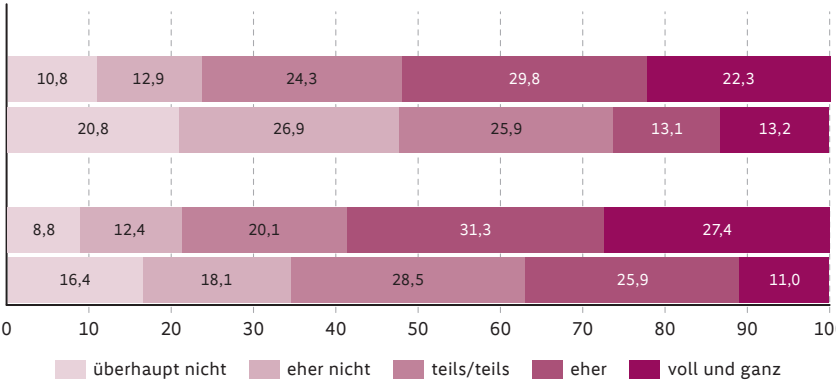
Anmerkungen **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

Die *Distanzierung von und Delegitimierung der Demokratie* wurde in der Mitte-Studie 2024/25 durch eine verdichtete Skala erfasst, in die Elemente von Demokratiedistanz eingehen, die in den vergangenen Mitte-Studien separat untersucht wurden. Die Skala beruht also auf früheren Messungen.[6] So enthält sie etwa Aussagen zur Erfassung von Elitenkritik. Elitenkritik ist ein zentraler Bestandteil des Populismus, der einen moralischen Gegensatz zwischen dem »reinen Volk« und der »verkommenen Elite« konstruiert (Mudde 2004). Diese vertika-

6 Zur Erfassung dieses Phänomens wurde in der diesjährigen Studie ein neues Messinstrument operationalisiert. Die Studie bewegt sich hierbei immer in einem Spannungsfeld zwischen der Fortentwicklung von Messinstrumenten gemäß gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Bewahrung, um Zeitverläufe abzubilden. Dieses Problem wird hier durch die Neukonzeption einer verdichteten Skala auf Basis einer neuen und sechs bisher schon verwendeter Aussagen gelöst. Einige der hier den Befragten vorgelegten Aussagen waren in früheren Mitte-Studien Teil anderer Skalen, z. B. von Populismus, Verschwörungsmythen oder neurechten Einstellungen.

Abb. 5.3

(Angaben in gültigen Prozent)



Aus den beiden Indikatoren lässt sich auch der Gesamtindex *Demokratiewahrnehmung* berechnen (**M** = 3,30), der nachfolgend auch invertiert (–) als *Negative Demokratiewahrnehmung* (**M** = 2,70) verwendet wird. Die einzelnen Indikatoren werden nachfolgend invertiert als *Mangelhafte Problemlösefähigkeit* (**M** = 2,66) und *Wahrgenommene Ungerechtigkeit* (**M** = 2,74) verwendet.

le Grenzziehung gegenüber dem politischen System und seinen Akteur:innen – wie Politiker:innen oder der Regierung – in Form einer zynischen und delegitimierenden Systemablehnung wird hier als *distrust* (Grande/Saldivia Gonzatti 2025) oder *zentrifugales Misstrauen* (Mühlfried 2019) verstanden.[7] Hierbei verbindet sich Wut mit Elitenkritik und Verschwörungserzählungen, die Feindbilder schaffen. Im Kern steht die Überzeugung, dass die Akteure des politischen Systems unethisch handeln (Devine et al. 2020). Daraus leiten sich die Delegitimierung des Systems und der Ruf nach Widerstand ab. Die einzelnen Aussagen gehen statistisch eng miteinander einher, die Skala erfasst die Distanz zum politischen System entsprechend hoch reliabel. Das Messinstrument enthält dabei im Gegensatz zu den *neurechten Einstellungen* 2022/23 bewusst keine horizontalen Grenzziehungen wie ethnische oder religiöse Ausgrenzungen, Feindbilder oder völkische Deutungen. Diese explizite Trennung ist zur Unter-

7 Kennzeichnend für diese Haltung ist, dass sie eben kein Ausdruck eines *zentripetalen Misstrauens* (Mühlfried 2019) oder *demokratischer Kritik* (Grande/Saldivia Gonzatti 2025) ist – diese ist wichtig für demokratische Gesellschaften, zielt auf spezifische Probleme und darauf, die Gesellschaft zu verbessern (Klein 2014).

Distanz zum politischen System 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

Politische Distanzierung und Delegitimierung (**M** = 2,56; **SD** = 1,04; **n** = 984; **α** = ,895)

Ich bin wütend auf die Politiker in diesem Land.

Die regierenden Parteien betrügen das Volk.

Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.

Was die Regierung tut, ist illegal.

Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.

Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.

Politische Machtlosigkeit (**M** = 2,77; **SD** = 1,17; **n** = 1.999; **α** = ,601)

Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

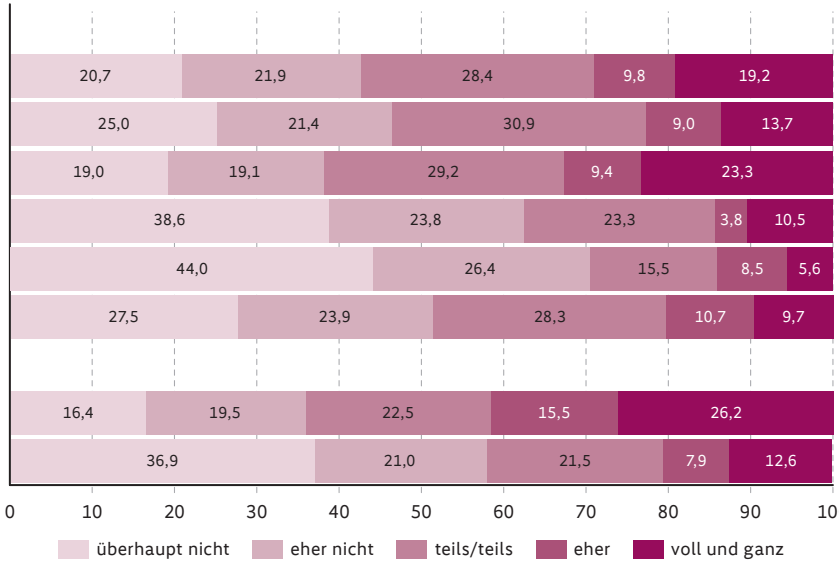
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.

Anmerkungen **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

suchung von Kipppunkten in der Mitte analytisch erforderlich: Sie wird bedeutsam, wenn wir die Verbreitung politisch delegitimierender Einstellungen auch in der liberal-orientierten Mitte untersuchen.

Viele Befragte teilen distanzierende und delegitimierende Ansichten in erheblichem Maße (➟ Abb. 5.4). Am häufigsten stimmen sie der verschwörungstheoretischen Behauptung zu: »Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte«. Hier liegt die Zustimmung bei 33 %. Auch die Aussage »Ich bin wütend auf die Politiker in diesem Land« findet mit 29 % breite Zustimmung. 23 % der Befragten glauben, die regierenden Parteien betrügen das Volk. Radikalere Aussagen, die das System grundsätzlich infrage stellen, stoßen auf weniger, aber dennoch spürbare Zustimmung: 14 % halten die Annahme »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie« für richtig, ebenso 14 % die Aussage »Was die Regierung tut, ist illegal«. Die Forderung »Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen« unterstützen 20 %.

Abb. 5.4



Das Gefühl *politischer Machtlosigkeit* als Gegenteil von *politischer Selbstwirksamkeit* kann als ein weiterer Indikator für die Distanz zum politischen System interpretiert werden. In einer Demokratie ist Beteiligung ein wichtiges Element und die Möglichkeit, Einfluss nehmen zu können, zentral. Ein hoher Prozentsatz fühlt sich politisch machtlos (➟ Abb. 5.4). Fast 42 % der Befragten meinen, Leute wie sie hätten »sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut«. Zudem halten 20,5 % politisches Engagement für sinnlos.

Die Indikatoren für Demokratievertrauen, Demokratiewahrnehmung sowie politische Distanzierung und Delegitimierung werden nun kombiniert betrachtet, um einen möglichen Kipppunkt der demokratischen Legitimität zu bestimmen. Eine positive Wahrnehmung der Demokratie als effizient und fair gilt dabei als zentrale Voraussetzung für ihre Legitimität. Ein Rückgang des Demokratievertrauens und die wachsende politische Distanzierung und Delegitimierung können einen kritischen Kipppunkt markieren (Merkel 2024).

Die große Mehrheit der Befragten (94 %), die die Demokratie als effizient und fair wahrnimmt, vertraut auch demokratischen Institutionen und Wahlen (➟ Abb. 5.5). Demgegenüber misstrauen knapp zwei Drittel (62 %) derjenigen, die die Demokratie für ineffizient und unfair halten, dem System, während weitere 19 % daran zweifeln. Ähnlich verhält es sich bei politischer Distanzierung und Delegitimierung: Über drei Viertel (77 %) derjenigen, die das System als effizient und fair bewerten, lehnen eine Systemdelegitimierung ab. Dagegen stimmen knapp zwei Drittel (64 %) derjenigen, die es als ineffizient und unfair empfinden, Aussagen zur Systemdelegitimierung zu. Weitere 29 % zeigen sich offen für solche Einstellungen, nur 7 % weisen sie zurück. Die Graubereiche der Demokratiewahrnehmung sind entscheidend für die Frage nach Kipppunkten: Zwei Drittel (66 %) vertrauen der Demokratie trotz Zweifeln an ihrer Effizienz und Fairness. Gleichzeitig hegen 17 % Zweifel und weitere 17 % Misstrauen gegenüber Institutionen und Wahlen. In diesem Bereich zeigen sich 42 % mit Zweifeln an Effizienz und Fairness offen für eine teilweise Zustimmung zu systemdelegitimierenden Aussagen, während 17,5 % diesen bereits mehrheitlich zustimmen.

5.3 Demokratievorstellungen in der Mitte

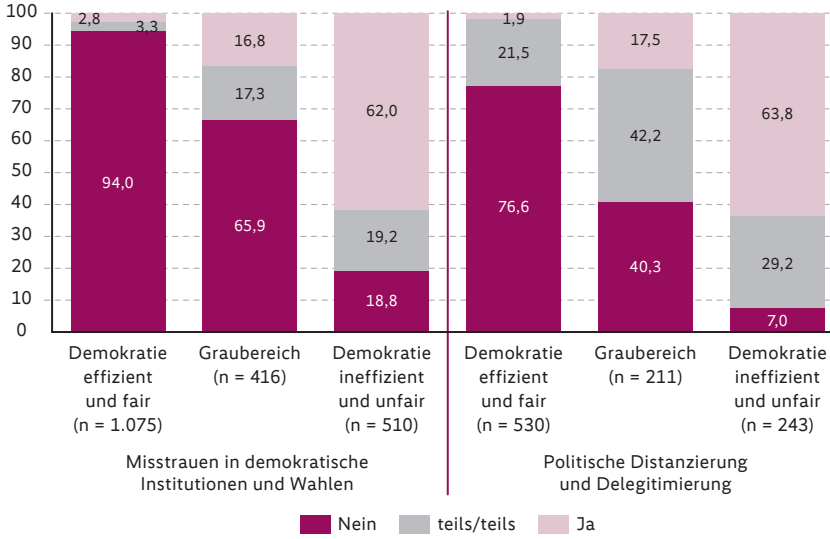
Die Zustimmung zur Demokratie als Herrschaftsform ist in Deutschland zwar groß, jedoch bleibt der Befund vage, solange unklar ist, welches Demokratieverständnis die Befragten tatsächlich vertreten. Um mehr über antidemokratische Tendenzen und Kipppunkte in der politischen Mitte herauszufinden, haben wir in einem nächsten Schritt erhoben, inwieweit Bürger:innen die Grundsätze der liberal-parlamentarischen Demokratie stützen – oder ob sie eher unbeschränktere Formen der Volksherrschaft oder illiberale Regierungsansätze bevorzugen.

Majoritäre und liberale Orientierung

In der Mitte-Studie 2024/25 haben wir dazu ein Messinstrument zu *Demokratievorstellungen* entwickelt. Es soll Unterschiede in der Interpretation von Demokratie erfassen und baut auf moderner vergleichender Forschung auf, die empfiehlt, verschiedene Dimensionen der Demokratie getrennt zu messen, statt auf eindimensionale Indikatoren zu setzen (König/Siewert/Ackermann 2022; Claassen et al.

Abb. 5.5

Demokratiemisstrauen und politische Distanzierung in Abhängigkeit der Demokratiewahrnehmung 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten. Die Aussagen zum Konstrukt Politische Distanzierung und Delegitimierung wurden bei einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten erhoben (➟ Kap. 2: Methodik), weswegen die Anzahl der Befragten dort geringer ist.

2025). Das liberal-parlamentarische Demokratiemodell in Deutschland vereint zwei Ideale: die elektorale Demokratie – auch Wahldemokratie genannt – und die liberale Demokratie (Coppedge et al. 2024). Diese Ideale erfassen wir durch die Analyse zweier Orientierungen: Majoritäre Orientierung und liberale Orientierung.[8]

Majoritäre Orientierung. Die Wahldemokratie betont die kollektive Selbstbestimmung des Volkes, klassisch formuliert als Volkssouveränität. Sie zeigt sich in demokratischen Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip. Wir messen die Präferenz für eine unbeschränkte Mehrheitsherrschaft, die repräsentative Mandate, deli-

8 Die Operationalisierung dieser Orientierungen erfolgte unter Rückgriff auf validierte Messinstrumente internationaler Studien (u. a. Claassen et al. 2025; Davis/Gaddie/Goidel 2022; Landwehr/Steiner 2017; Zaslove/Meijers 2024; Heinisch/Wegschneider 2020; Haerpfer et al. 2022).

Demokratievorstellungen 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

Majoritäre Orientierung (**M** = 3,55; **SD** = 1,00; **n** = 1.998; **α** = ,635)

Gewählte Abgeordnete sollten unter keinen Umständen vom Willen ihrer Wähler abweichen.

Wenn die Mehrheit der Bürger eine andere Politik befürwortet, sollte das sofort durchgesetzt werden.

Die Bürger sollten über wichtige politische Fragen des Landes in Volksabstimmungen direkt entscheiden.

Liberale Orientierung (**M** = 3,61; **SD** = 0,81; **n** = 2.001; **α** = ,585)

Die Grundrechte von Minderheiten sollten geschützt werden, auch wenn eine Mehrheit dagegen ist.

Politische Entscheidungen sollten von Gerichten korrigiert werden können.

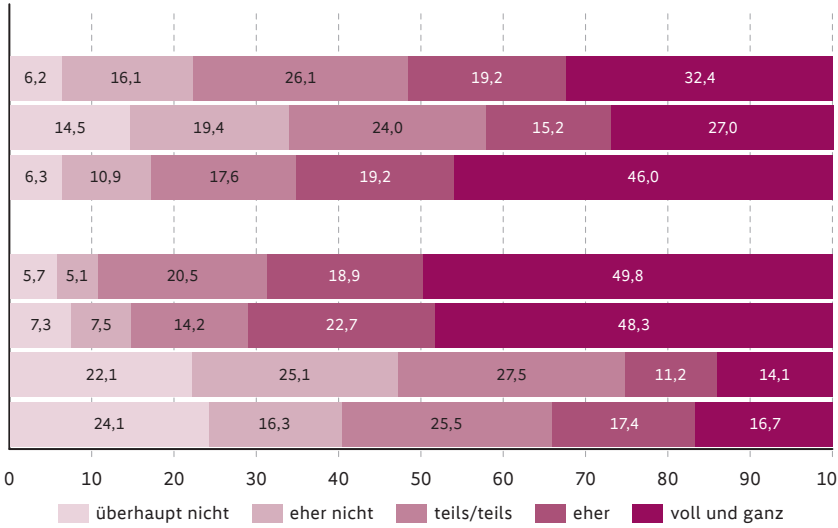
Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen. (–)

Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren. (–)

Anmerkungen **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha. Die faktorenanalytische Prüfung bestätigt, dass die beiden Orientierungen statistisch eigenständige Indikatoren bilden und somit keine Gesamtskala darstellen.

berative Prozesse und Mehrebenenvermittlung skeptisch sieht oder ablehnt. Diese Zuspitzung der Wahldemokratie, teils als populistisch bezeichnet, erfassen wir als majoritäre Orientierung (➠ Abb. 5.6). Sie zeigt sich in der Ablehnung deliberativer Aushandlung (»[…] sollte das sofort durchgesetzt werden«), der Bevorzugung von Volksabstimmungen und der Forderung nach einem imperativen Mandat (»[…] unter keinen Umständen vom Willen ihrer Wähler abweichen«). Obwohl majoritär Orientierte oft unzufrieden mit repräsentativen Institutionen sind, lehnen sie das Prinzip der Repräsentation nicht grundsätzlich ab. Vielmehr vertreten sie die Ansicht, dass nur die Mehrheit repräsentiert werden sollte. Sie kritisieren die Ausweitung der Repräsentation auf eine breitere, nicht zur Mehrheit gehörende Gruppe und fordern eine Neudefinition dessen, wer innerhalb der demokratischen Repräsentation als »das Volk« gilt (Wuttke/Schimpf/Schoen 2023). Das Gegenstück zur majoritären Orientierung bildet die *repräsentative Orientierung* (M = 2,45). Sie wird als umgekehrte (invertierte) Skala gemessen. Das bedeutet: Höhere Werte signalisieren stärkere Ablehnung reiner Mehrheitsentscheidungen zugunsten parlamentarischer Aushandlung.

Abb. 5.6



Liberale Orientierung. Die liberale Demokratie zielt auf individuelle Selbstbestimmung, also auf die Freiheit und den Schutz jeder und jedes Einzelnen. Sie wird durch Grund- und Minderheitenrechte sowie Gewaltenteilung gesichert, die Mehrheitswillkür und die exekutive Macht der Regierung begrenzen. Eine liberale Orientierung (➟ Abb. 5.6) erfassen wir durch die Zustimmung zur verfassungsrechtlichen Absicherung von Minderheitenrechten, zur Gleichberechtigung und zu richterlicher Kontrolle der Politik, einem wichtigen Aspekt der Gewaltenteilung. Das Gegenstück bildet die *illiberale Orientierung* (M = 2,39). Dafür haben wir die Skala so umcodiert, dass nun höhere Werte eine stärkere Ablehnung von Grund- und Minderheitenrechten sowie Skepsis gegenüber gerichtlicher Kontrolle signalisieren.

Die Demokratievorstellungen legen ein komplexes Spannungsverhältnis zwischen dem majoritären Entscheidungsprinzip und dem liberalen Schutzprinzip offen: Zwei Drittel der Befragten (65 %) unterstützen ein unbeschränkteres Volksvotum. Weiterhin befürwortet mehr als die Hälfte (52 %) ein imperatives

Mandat, also dass gewählte Abgeordnete »unter keinen Umständen vom Willen ihrer Wähler abweichen« sollten. Gleichzeitig findet das liberale Schutzprinzip breite Unterstützung: 71 % der Befragten befürworten, dass politische Entscheidungen von Gerichten korrigiert werden können. Auch der Schutz der Grundrechte von Minderheiten, selbst wenn eine Mehrheit dagegen ist, wird von 69 % bejaht. Insgesamt wird ein starkes liberales Schutzprinzip unterstützt. Diesem steht hingegen auch eine spürbare illiberale Haltung gegenüber: Ein Drittel (34 %) der Befragten relativiert den Schutz gleicher Rechte vor dem Hintergrund nationaler Interessen. Zudem finden 25 % der Befragten, dass »zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen« wird.

Demokratievorstellungen

Das System der liberal-parlamentarischen Demokratie verbindet zwei historische Ideale: Während das *majoritäre Entscheidungsprinzip* als kollektive Selbstbestimmung die Basis von Demokratie ist, entwickelte sich das *liberale Schutzprinzip* als Schutz der individuellen Selbstbestimmung vor einer »Tyrannei der Mehrheit« (Tocqueville 2021[1835/40]). Zwischen den Orientierungen besteht ein Spannungsverhältnis, dessen Ausgleich ständige politische Aufgabe demokratischen Regierens ist. So greifen unabhängige Gerichte etwa ein, wenn parlamentarische Mehrheiten Freiheits- oder Minderheitenrechte unverhältnismäßig stark beschneiden. Beispielsweise verpflichtete das Bundesverfassungsgericht im Klimabeschluss von 2021 den Gesetzgeber, künftige Generationen stärker zu schützen. Wird dieser liberal-institutionelle Schutz ausgehebelt, dann droht eine »Tyrannei«, weil politische Mehrheiten die Opposition an den Rand drängen oder Rechte nach Belieben abbauen könnten. Umgekehrt kann das Pendel auch zu weit in Richtung Liberalismus ausschlagen, wenn vormals politisch ausgefochtene Fragen nahezu vollständig in den Rechts- oder Expertisebereich verlagert werden und supranationale Regeln sowie unabhängige Akteure wie die EZB und die EU-Kommission die nationalen Parlamente so stark binden, dass das Mehrheitsprinzip an Gewicht verliert (Streeck 2015). Werden wesentliche Gestaltungsräume der demokratischen Aushandlung entzogen, dann werden Bürger:innen vom Mehrheitsprinzip abgekoppelt, und das Fundament der Volkssouveränität gerät in die Krise. Einerseits kann das Mehrheitsprinzip also ohne robuste Grundrechte in Tyrannei umschlagen, andererseits erodiert die Volkssouveränität ohne ausreichende politische Gestaltungsspielräume.

Abb. 5.7

Zustimmung zu vier unterschiedlichen Demokratievorstellungen
(Angaben in gültigen Prozent | n = 1.998)

		Schutzprinzip	
		stark *(liberal)*	**schwach** *(illiberal)*
Entscheidungsprinzip	**Parlament & Kompromisse** *(repräsentativ)*	liberal-repräsentativ **31,2 %**	illiberal-repräsentativ **13,7 %**
	Unbeschränkte Mehrheitsentscheidung *(majoritär)*	liberal-majoritär **30,6 %**	illiberal-majoritär **24,5 %**

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten. Die Skala *liberale Orientierung* wird hier als Schutzprinzip, die *majoritäre Orientierung* als Entscheidungsprinzip abgebildet. Sie wurden auf einer Skala von 1–5 gemessen. Für die Kreuzung der beiden Orientierungen zu den Demokratievorstellungen wurde der Cut-off beim Mittelwert ≥ 3,5 für Zustimmung gewählt. Mittelwerte darunter wurden als (teilweise) Ablehnung interpretiert.

Die Stabilität der liberal-parlamentarischen Demokratie hängt folglich davon ab, diesen Balanceakt immer wieder neu auszutarieren: Das Mehrheitsprinzip braucht feste Schranken – doch auch die liberalen Schranken dürfen die demokratische Gestaltungsmacht nicht ersticken. Uns interessiert im Rahmen der Mitte-Studie 2024/25, welchem Ideal die Befragten welches Gewicht beimessen und wie sie den Balanceakt zwischen beiden für sich austarieren. Hierfür kombinieren wir die beiden Orientierungen zu vier unterschiedlichen *Demokratievorstellungen* (➠ Abb. 5.7).[9]

Knapp ein Drittel der Befragten (31 %) bevorzugt eine *liberal-repräsentative* Demokratie (LR). Sie wollen, dass Entscheidungen nach Beratung und Inter-

9 Aus der empirischen Kreuzung der beiden Demokratievorstellungen ergeben sich aufgrund der Graubereiche eigentlich neun Demokratievorstellungen, die sich jedoch inhaltlich und statistisch gut begründbar auf vier reduzieren lassen. Die ganz mittlere Kategorie der 9 × 9-Matrix wurde aufgrund ihrer inhaltlich-statistischen Passung der illiberal-repräsentativen Demokratievorstellung zugerechnet.

essenausgleich im Parlament getroffen werden. Für sie sind starke individuelle und Minderheitenrechte sowie unabhängige Gerichte unverzichtbar. Eine gleich große Gruppe (31 %) vertritt die *liberal-majoritäre* Sicht (LM). Auch sie schätzt den liberalen Schutz, fordert aber unbeschränkte Mehrheitsentscheidungen durch Volksabstimmungen und weniger parlamentarische Vermittlung. 14 % gehören zur *illiberal-repräsentativen* Gruppe (IR). Diese setzt auf parlamentarische Verfahren und Kompromisse, steht jedoch dem Schutz individueller Rechte und der gerichtlichen Kontrolle skeptisch gegenüber. 25 % zählen zur *illiberal-majoritären* Gruppe (IM), die sowohl unbeschränkte Mehrheitsentscheidungen als auch ein schwaches liberales Schutzprinzip befürwortet. Insgesamt unterstützen knapp zwei Drittel (62 %) ein starkes liberales Schutzprinzip, während 55 % das majoritäre Entscheidungsprinzip bevorzugen.

5.4 Demokratievorstellungen und demokratiegefährdende Einstellungen

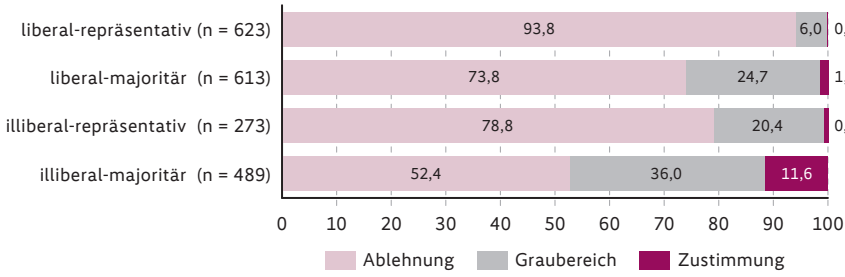
Wir analysieren Demokratievorstellungen mit Blick auf rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen, um Hinweise auf mögliche Kipppunkte der Mitte zu erhalten. Liberal-repräsentativ eingestellte Befragte lehnen rechtsextreme Aussagen mit einer deutlichen Mehrheit von 94 % ab (➟ Abb. 5.8). Nur 6 % bewegen sich im Graubereich. Dagegen vertreten 12 % der illiberal-majoritären Gruppe der Befragten ein rechtsextremes Weltbild, während weitere 36 % im Graubereich liegen.

Nur gut die Hälfte (52 %) dieser Gruppe lehnt rechtsextremes Gedankengut klar ab. Die beiden mittleren Gruppen (liberal-majoritär und illiberal-repräsentativ) wirken auf den ersten Blick wie Zwischenstufen und ähneln sich: Beide zeigen eine Zustimmung von etwa 1 bis 2 % und größere Graubereiche – knapp ein Viertel (LM) und ein Fünftel (IR) – als die erste Gruppe (LR) und kleinere als die vierte Gruppe (IM). Eine genauere Analyse der legitimitätsbezogenen Einstellungen offenbart jedoch ein bemerkenswertes Muster in den beiden majoritären Gruppen LM und IM.

Fast die Hälfte der illiberal-majoritär eingestellten Personen (47 %) sieht die Demokratie negativ. Sie hält sie für ineffizient und unfair (➟ Abb. 5.9). Unter

Abb. 5.8

Rechtsextremes Weltbild in den vier Demokratievorstellungen
(Angaben in gültigen Prozent)



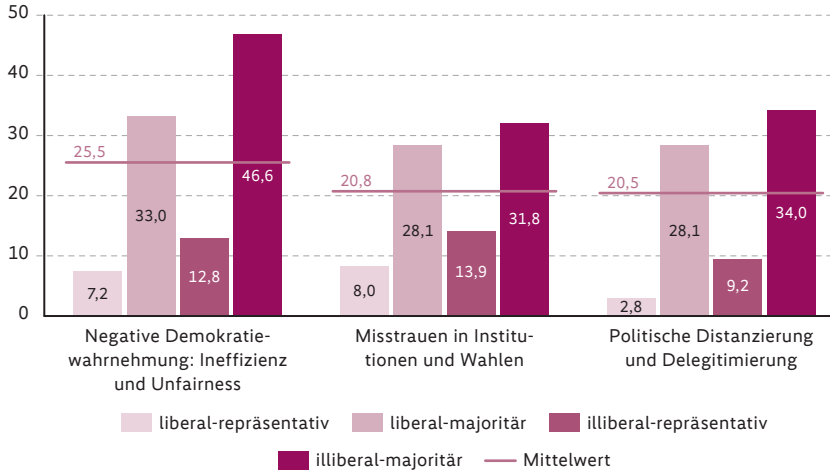
Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

den liberal-majoritären teilt jede:r Dritte (33 %) diese Einschätzung. Beide majoritären Gruppen zeigen zudem am häufigsten Misstrauen gegenüber Institutionen und Wahlen: 32 % der illiberal-majoritären Gruppe und 28 % der liberal-majoritären äußern Misstrauen. Diese Werte heben sich deutlich von den 8 % und 14 % der beiden prozeduralen Gruppen ab. Auch bei der Ablehnung des politischen Systems ähneln sich die majoritären Gruppen: 34 % der illiberal-majoritären und 28 % der liberal-majoritären delegitimieren das System.

Trotz dieser Parallelen bei legitimitätsbezogenen Einstellungen unterscheiden sich die Gruppen stark in ihren demokratiegefährdenden Haltungen. Beim Rechtsextremismus liegen die Werte der Liberal-Majoritären bei 2 %, während sie bei den Illiberal-Majoritären 12 % erreichen. Ähnlich verhält es sich bei der Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (➟ Kap. 4): 2 % LM gegenüber 17 % IM. Hier stehen sich die illiberalen Gruppen näher (7 % IR und 17 % IM), während die liberal-repräsentative Gruppe mit 1,1 % deutlich abweicht. Auch bei der Billigung politischer Gewalt (➟ Kap. 3, Fokus) zeigen sich Unterschiede: 3 % LM gegenüber 16 % IM. Die liberalen Gruppen (1 % LR und 3 % LM) und die illiberal-repräsentative Gruppe (3 %) liegen hier auf ähnlichem Niveau.

Abb. 5.9

Verteilung von Demokratiewahrnehmung, Demokratievertrauen sowie politischer Distanzierung und Delegitimierung nach Demokratievorstellung (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Zum Vergleich mit den vier Gruppen zeigen die horizontal eingezogenen Linien den durchschnittlichen Anteil der Zustimmung aller Befragten auf den jeweiligen Skalen an. Lesebeispiel: 46,6 % der Befragten mit illiberal-majoritären Einstellungen stimmen einer negativen Demokratiewahrnehmung zu, während von den liberal-repräsentativen Befragten nur 7,2 % zustimmen. Unter allen Befragten sind es 25,5 %. Signifikanzen: Negative Demokratiewahrnehmung (IM > LM > IR > LR***); Misstrauen in Institutionen und Wahlen (IM, LM > IR > LR***); politische Distanzierung und Delegitimierung (IM, LM > IR > LR***). Chi²-Test zur Bestimmung signifikanter Unterschiede überall *** = p < ,001.

Die liberal-majoritäre Gruppe hebt sich in zwei weiteren Punkten von allen anderen ab: Nur 67 % der LM-Befragten berichten Lebenszufriedenheit, verglichen mit 83 bis 86 % in den anderen Gruppen. Zudem sehen sich 63 % der LM als Teil der gesellschaftlichen Mitte, während es in den anderen Gruppen 72 bis 74 % sind. Bei der Zustimmung zur Aussage »In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen«, also der Leitidee des Grundgesetzes, erreichen die LM mit 95 % den höchsten Wert. Zum Vergleich: Die LR liegen bei 90 %, IR bei 80 % und IM bei 79,5 %. Hier zeigt sich eine klare Trennlinie zwischen liberalen und illiberalen Gruppen.

5.5 Demokratievorstellungen, politische Positionen und soziale Lage

Eine Analyse der politischen Positionen zeigt deutliche Unterschiede in den Demokratievorstellungen. Die *liberal-repräsentative* Gruppe (31 %) sieht sich politisch zu 46 % »genau in der Mitte«, 51 % links der Mitte – davon 8 % ganz links – und nur 4 % rechts der Mitte. Bei den Parteien neigen diese Befragten vor allem zu Bündnis 90/Die Grünen mit 36 %, gefolgt von SPD (20 %), CDU/CSU (21 %) und Die Linke (14,5 %). AfD- und BSW-Sympathien bleiben mit je 1 % marginal. Drei Viertel (76 %) haben eine hohe Schulbildung, mehr als ein Drittel (34 %) ein hohes Einkommen. Die meisten leben in Westdeutschland (91 %) und in Städten (77,5 %).

Die *liberal-majoritäre* Gruppe (31 %) ordnet sich politisch zu 51 % »genau in der Mitte«, 37 % links der Mitte – davon 10 % ganz links – und 11 % rechts der Mitte ein. Sie ist die demografisch und politisch vielfältigste Gruppe: SPD (20 %), CDU/CSU (17 %), Grüne (14 %), Linke (13 %) und AfD (16 %) liegen nah beieinander. BSW (8 %) und andere Parteien (8 %) finden hier die meisten Anhänger:innen, 12 % würden nicht wählen. 61 % haben eine hohe Schulbildung, doch auch der Anteil mit niedrigem Einkommen ist mit 21,5 % am höchsten. Ebenso viele (21,5 %) verdienen gut. Die Gruppe lebt etwas häufiger in Städten (76 %), der Ostanteil ist mit 14 % leicht erhöht.

Die *illiberal-repräsentative* Gruppe (14 %) verortet sich politisch zu 66 % »genau in der Mitte«, 15 % links der Mitte und 19 % rechts der Mitte. Mit 45 % hat sie den höchsten Anteil an Ruheständlern und wirkt politisch konservativ bis desinteressiert: Fast die Hälfte (48 %) wählt CDU/CSU, die AfD erreicht 6 %, 16 % geben an, nicht zu wählen. Die Gruppe ist männlicher (56 %) und weist bei 58 % eine hohe und bei 28 % eine mittlere Schulbildung auf. Ein Drittel (34 %) hat ein hohes Einkommen. Die Gruppe lebt etwas ländlicher (28 %).

Die *illiberal-majoritäre* Gruppe (25 %) sieht sich politisch zu 63,5 % »genau in der Mitte«, zu 8 % links der Mitte und zu 28 % rechts der Mitte – davon 4 % ganz rechts. Die AfD erreicht mit 37 % hier die höchsten Zustimmungswerte vor der CDU/CSU (32 %), während jene von SPD (10 %), BSW (5 %) und

den Grünen (3 %) deutlich darunter liegen. Der Anteil Ostdeutscher (23 %), im ländlichen Raum lebender Menschen (31,5 %) ist hier deutlich höher, der Anteil der Männer (56 %) etwas höher. Vergleichsweise wenige haben eine hohe Schulbildung (46,5 %), ein mittlerer Bildungsabschluss ist dagegen weit verbreitet (40 %). Jeweils ein Fünftel gehört zur unteren (19 %) und oberen (20 %) Einkommensgruppe, während 61 % zur Mittelschicht zählen – der höchste Wert aller Gruppen.

5.6 Zwischen Stabilität, Polarisierung und Kipppunkten

Die Analyse der Demokratieeinstellungen in der Mitte-Studie 2024/25 ergibt ein gemischtes Bild. Einerseits bleibt die große Mehrheit der Bevölkerung dem demokratischen Prinzip verpflichtet – die Unterstützung der Demokratie als politisches System ist sogar gewachsen. Andererseits wächst unter den Bürger:innen offenkundig kontinuierlich der Zweifel an der Wirksamkeit der liberalen Demokratie, ihr Misstrauen in Institutionen und Wahlen ist so hoch wie noch nie seit Beginn der Erfassung in der Mitte-Studie 2019/20. Nur die Hälfte der Befragten traut der deutschen Demokratie zu, Probleme effizient zu lösen, und lediglich etwas mehr als ein Drittel findet, es gehe in Deutschland insgesamt gerecht zu. Diese entscheidenden Aspekte für die Legitimität der Demokratie erweisen sich als Kern ihrer Widerstandskraft. Wer die Demokratie als effizient und gerecht erlebt, hält ihr die Treue: Die absolute Mehrheit (94 %) dieser Befragten vertraut der Demokratie, und mehr als drei Viertel weisen systemdelegitimierende Aussagen zurück. Das Bild ändert sich bei den Befragten, die die Demokratie als ineffizient und unfair empfinden – knapp zwei Drittel von ihnen stimmen Aussagen zu, die Misstrauen in die Demokratie zeigen und das System delegitimieren. Dazwischen liegt ein Graubereich: Bereits ein teilweiser Zweifel an der Problemlösefähigkeit und Fairness der Demokratie macht rund 42 % der Befragten für delegitimierende Einstellungen empfänglich. Das sind Anknüpfungspunkte für Polarisierungsakteure, die den Zweifel mit Populismus und Extremismus für sich ausnutzen können.

Der Vergleich der Zustimmungen zu den Varianten der Demokratievorstellungen zeigt, wo die demokratische Mitte stabil ist, wo sie ins Wanken gerät – und

wo sie bereits kippt. Die Polarisierung reicht bis tief in die demokratische Mitte hinein. Die Anhänger:innen einer liberal-repräsentativen Demokratie achten Minderheitenrechte, Parlamentarismus und rechtsstaatliche Verfahren und zeigen kaum Anzeichen von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Sie vertrauen den Institutionen und können als das soziale Rückgrat der liberal-parlamentarischen Demokratie bezeichnet werden. Am anderen Ende des Spektrums finden sich die illiberal-majoritären Bürger:innen, die eine unbeschränkte Mehrheitsherrschaft fordern und dies mit einer Ablehnung liberaler Schranken verbinden. Sie zweifeln an der Würde und Gleichheit aller Menschen, stimmen rechtsextremen Einstellungen stärker zu und billigen eher politische Gewalt. Sie glauben an einen identitär-populistischen Gegenentwurf zur liberal-parlamentarischen Demokratie und stellen in Teilen das demokratische System grundsätzlich infrage. Diese Gruppe ist in Gefahr, in antidemokratische Strukturen abzugleiten.

Knapp zwei Drittel der Bevölkerung weisen ein klar liberaldemokratisches Wertebewusstsein auf. Sie bekennen sich zum liberalen Schutzprinzip, auch wenn sie in der Frage uneins sind, wie Entscheidungen getroffen werden sollen. Die eine Hälfte setzt eher auf parlamentarische Aushandlung, die andere Hälfte wünscht sich weniger stark beschränkte Mehrheitsentscheide. Besonders interessant ist die Gruppe der liberal-majoritären Bürger:innen. Sie macht fast ein Drittel der Befragten aus. Sie halten formal am liberalen Rechtsstaat fest, fordern allerdings auch unbeschränkte Mehrheitsentscheide. Sie zeigen kaum rechtsextreme oder menschenfeindliche Tendenzen, empfinden die Demokratie jedoch in Teilen auch als ineffizient, ungerecht und wenig repräsentativ. Hier bündeln sich Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Fairness der Demokratie, Misstrauen gegenüber Institutionen, Wut auf die Politik und delegitimierende Narrative wie »die Regierenden betrügen das Volk«. Die Gruppe ist sozial wie politisch heterogen, aber in ihr finden sich im Durchschnitt die meisten Menschen mit geringem Einkommen und niedriger Lebenszufriedenheit. Persönliche wie politische Unzufriedenheiten nähren vielleicht die Sehnsucht nach Mehrheitsentscheidungen, die vom Wunsch einer stärker und schneller auf sie eingehenden Politik geprägt ist. Sollten sich rechtsextreme Feindbilder und menschenfeindliche Schuldzuweisungen in dieser Gruppe verbreiten, könnte der systemkritische Unmut einen Wendepunkt erreichen, an dem die liberal-

demokratische Mitte in einen identitären, illiberalen und ausgrenzenden Populismus kippt (Möller 2024).

Wehrhaftigkeit und Resilienz der Demokratie hängen davon ab, dass die Mitte eine stabilisierende Kraft gegen antidemokratische Polarisierung und Radikalisierung ist. Sie muss nicht nur rechtsextreme Ideen ablehnen, sondern auch der Normalisierung delegitimierender und systemfeindlicher Einflüsse entgegentreten. Die Befunde legen den Eindruck nahe, dass die Stabilität der liberal-parlamentarischen Ordnung tatsächlich auch in einer Mitte entschieden wird, in der die Zustimmung zu Grund- und Minderheitenrechten zwar weiterhin überwiegt, das Vertrauen in Effizienz und Fairness des Systems jedoch bröckelt. Ob diese angespannte Mitte künftig als Stütze der Demokratie dient oder ob delegitimierende Erzählungen weiter in die Mitte dringen, hängt davon ab, ob es gelingt, den schwindenden Glauben an die Demokratie zu stoppen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Mittendrin
In der Mehrheitsmigrations-gesellschaft

Fragen an Souad Lamroubal

In Ihrem neuen Buch »Die Demokratie der anderen« fragen Sie, ob Deutschland wirklich allen offensteht, wenn es um das Deutschsein geht. Haben Sie eine kurze Antwort auf diese Frage?

Souad Lamroubal: Die kürzeste Antwort wäre: nein! Genau aus diesem Grund ist das Buch entstanden. Es geht nicht nur um die Frage, ob Deutschland allen offensteht, wenn es um das Deutschsein geht, sondern auch um die Vorstellung von Deutschsein und darum, was dafür gesellschaftlich und gesetzlich gefordert wird. Genauso geht es aber auch um die Frage, ob man als Mensch mit Migrationsgeschichte überhaupt irgendwann wirklich deutsch sein kann oder ob es nicht vielmehr so ist, dass man zwar einen deutschen Pass hat, aber trotzdem nie zugehörig sein wird. Äußerungen bestimmter Politikerinnen und Politiker tragen dazu bei, dass sich diese Zweifel erhärten beziehungsweise überhaupt entstehen. Ist deutsch auf dem Papier also nur deutsch auf dem Papier? Sind mit dem Deutschsein nur positive Eigenschaften verbunden, und machen jegliche Abweichungen Menschen dann wieder zu Fremden?

Es wirkt oftmals, als könne man nicht deutsch sein, wenn man an bestimmten kulturellen und religiösen Werten festhält oder einfach nur äußerlich nicht ins Bild passt. Stehen Deutschsein und Vielfalt im Widerspruch? Demokratie ist ein Schutz, aber wen schützt sie wirklich? Ich lese in der Verfassung die Antworten und sehe sie als ein verbindendes Element, das uns davor schützt, uns aufgrund bestimmter Merkmale zu benachteiligen oder auszugrenzen. Sie fordert uns auf, im ständigen Wandel zu bleiben. Gelebte Demokratie stellt uns dennoch vor Herausforderungen und zeigt immer wieder auf, wie sehr manche Menschen die Demokratie und das Deutschsein für sich beanspruchen wollen und keiner-

lei Veränderung zulassen, aus Angst, dass diese Veränderung sie abwerten könnte. Vielleicht sollten wir das Deutschsein vielmehr an einem Demokratieverständnis als an äußerlichen Merkmalen messen.

Wir vermessen mit der Mitte-Studie die Gesellschaft nach ihren demokratischen und antidemokratischen Einstellungen. Wie ist das Verhältnis von Menschen mit Migrationsgeschichte, die in Deutschland eine Heimat haben, zur Mitte? Fällt es Menschen wie Ihnen leicht oder schwer, sich mit der Mitte zu identifizieren?

Souad Lamroubal: Ich kann mich mit einer Mitte identifizieren, die Menschen wie mich als Normalität und gleichwertig anerkennt und akzeptiert, dass Menschen wie ich in allen wichtigen Positionen vertreten sind. In Positionen, die maßgeblich dieses Land mitgestalten. Das bedeutet auch, dass ich mich mit einer Mitte identifiziere, die eine neue deutsche Gesellschaft realistisch abbildet. Ich löse mich also von dem alten Begriff der Mitte, einer Mitte privilegierter Einheimischer, und glaube fest daran, dass eine neue Mitte längst entstanden ist. Dieser Wandel ist allerdings mit enormen Widerständen verbunden und findet kaum Akzeptanz.

Es ist genau dieser Konflikt, der dazu führt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte sich nicht mit dem Begriff identifizieren möchten, weil sie wissen, dass sie in der Mitte nicht ausreichend vertreten sind und bewusst daran gehindert werden. Der Begriff Mitte ist ambivalent. Er löst auf der einen Seite den Wunsch nach Zugehörigkeit aus, kann aber genauso zu Distanz und Ablehnung führen, vor allem dann, wenn sich rechtspopulistische Parteien damit schmücken, die Partei der Mitte zu sein.

Viele behördliche Statistiken wie auch Studien zeigen einen massiven Anstieg an menschenfeindlichen Hasstaten wie rechtsextremen Straftaten in den letzten Jahren. Das bleibt nicht ohne Einfluss auf Menschen mit einer Migrationsgeschichte. Was sind Ihrer Meinung nach die schlimmsten Folgen für die Wahrnehmung von Deutschland in den Communities?

Souad Lamroubal: Menschen fühlen sich nicht mehr sicher, ziehen sich zunehmend zurück und geraten in Identitätskonflikte. Die Entwicklung hat auch zu einer Art Entwurzelung und Entfremdung geführt. Menschen mit Migrationsgeschichte, die Deutschland bisher als ihre Heimat ansahen, setzen sich jetzt vielfach mit dem Gedanken auseinander, auszuwandern. Sie wollen zurückkehren zu einer Kultur und einer Heimat, von der sie sich schon verabschiedet hatten oder zu der bisher durch die Sozialisierung in Deutschland kaum Verbindung bestand. Sie begeben sich auf die Suche nach Sicherheit, Vertrautheit und vor allem Akzeptanz. In meinem Buch »Die Demokratie der anderen« schreibe ich Folgendes:

> »Sie haben die Kontrolle. Die Kontrolle, uns teilhaben zu lassen oder an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Diese Ungewissheit zerfrisst mich. Ich kann weder ankommen noch abreisen. Auf das Ankommen habe ich keinen Einfluss und für das Abreisen fehlt mir der Mut.«

Man fühlt sich ausgeliefert, weil es einerseits zu wenige Schutzräume für Menschen mit Migrationsgeschichte gibt und die Normalisierung rechtsextremer und/oder rechtspopulistischer Strukturen unaufhaltsam erscheint. Man verliert das Vertrauen in Politik und Justiz. Die größte Gefahr ist eine Desillusionierung oder ein Rückzug aus demokratischen Prozessen, weil die Erfahrung vorherrscht, dass die Demokratie einen nicht schützt.

Immer wieder wird diskutiert, warum jetzt mehr Menschen mit Migrationsgeschichte rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wählen. Was würdest du sagen, ist ihre Motivation dazu? Was an diesen Parteien spricht sie an?

Souad Lamroubal: Diese Entwicklung ist zutiefst beängstigend und mit großer Enttäuschung verbunden, denn über all dieser Angst und Enttäuschung schwebt der Gedanke, dass Rechtsextremismus nun auch da angekommen ist, wo eigentlich der größte Widerstand herrschen sollte. Es löst Unsicherheit aus, da viele sich die Frage stellen, wer denn noch Widerstand leisten wird, wenn nicht jene, die selbst von Rechtsextremismus betroffen sind. Es ist die Angst vor Verlust der Demokratie. Die Perspektive von Personen, die aufgrund ihrer eigenen Er-

fahrungen ihre Stimme erheben, macht das, was rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien zu verschleiern und zu verharmlosen versuchen, dennoch greifbar, authentisch und real. Genau diesen Widerstand braucht es in diesen schwierigen Zeiten. Jetzt passiert genau Gegenteiliges, denn die Authentizität von Menschen mit Migrationsgeschichte trägt in diesem Fall zur Stärkung rechtsextremer Strukturen bei und beeinflusst Teile der Gesellschaft.

Diese schreckliche Entwicklung hat dennoch einen versöhnlichen Aspekt, der uns alle vereint, denn niemand kann sich davon freisprechen, für demokratiegefährdende Einstellungen anfällig zu sein. Es ist also nicht mehr ein Problem einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, und zwar der Menschen ohne Flucht- und Migrationsgeschichte, sondern es ist tatsächlich ein gesamtgesellschaftliches Problem. Dieser Gedanke erscheint vielleicht auf den ersten Blick nicht tröstlich, aber er hilft bei der Entwicklung von Strategien und der Adressierung von Problemen.

Ich habe mit einigen Menschen gesprochen, um ihre Beweggründe zu verstehen, und was mir in vielen Gesprächen begegnet ist, ist die Auffassung, dass es okay sei, sich zum Schutz dieses Landes gegen Menschen zu richten, die eine vermeintliche Gefahr darstellen, wie Menschen, die sich angeblich nicht integrieren, das Sozialsystem ausnutzen würden oder einfach hierherkommen, obwohl sie keinen Anspruch darauf hätten. Menschen, die sich in dieser Weise äußern, bedienen sich somit nicht nur der Terminologie der Rechten, sondern stimmen dieser Haltung durchaus zu.

Ich schreibe dazu in meinem Buch »Die Demokratie der anderen« Folgendes:

> »Ich kehre zurück an den Ort, wo ich aufwuchs. Mache einen Spaziergang in meiner alten Heimatstadt Neuss und setze mich auf eine Bank im Park. Ich schließe die Augen und versuche, mir vorzustellen, dass alles nur ein Albtraum ist. Ich höre Geschrei. Erst Kinderstimmen, dann Männerstimmen. Ich höre Beleidigungen. Die Situation scheint zu eskalieren. Ich beschließe zu schauen, was los ist. Ein Mann attackiert einen anderen. Einer der Beteiligten verteidigt sich und fragt immer wieder, was er denn getan hätte. Der Mann, der sich verteidigt, ist schwarz, sein Deutsch sehr gebrochen. Der andere Beteiligte schubst ihn, beleidigt ihn rassistisch und

schreit, solche Menschen wie ihn wolle man nicht hier in Deutschland haben. Er solle endlich abhauen. Es sei kein Platz für ihn hier. Auch der Aggressive hat eine Migrationsgeschichte. Ich kann nicht tatenlos zusehen: ›Was machst du? Hör auf!! Ihr seid Brüder, verdammt.‹ Er verliert völlig die Kontrolle und schreit, dass so jemand niemals sein Bruder sein könne, denn solche Männer wie ihn wolle man nicht hier haben. Er möchte sich mit so jemandem nicht auf eine Stufe stellen. Es seien genau solche Männer, vor denen er seine Schwestern und Nichten schützen müsse. Er holt noch einmal aus und versucht, ihn vor die viel befahrene Straße zu schubsen. Ich stelle mich erneut dazwischen und drohe, die Polizei anzurufen. Dann drehe ich mich zu dem Mann um, der sich immer noch nicht wehrt: ›Lauf weg, verdammt!‹ Es dauert, bis er reagiert. Er wirkt völlig erstarrt. Sein Gesichtsausdruck spiegelte genau das wider, was ich in diesem Moment spürte und nicht als Realität anerkennen wollte. Passiert das wirklich?

Konnte sich der Täter mit dieser Aktion nun von den anderen abheben? Wovor fürchtet er sich? Er hat Angst um seine Stellung in der Gesellschaft. Er muss beweisen, dass er anders ist als die anderen. Er muss beweisen, zu den Guten zu zählen. Er möchte sich davor schützen, selbst zum Opfer zu werden. Machen seine Taten ihn wirklich zu einem besseren Menschen? Rechtspopulismus ist auch dort angekommen, wo der größte Widerstand herrschen sollte. Ich hoffte, es sei ein Einzelfall. Dem ist leider nicht so, denn die AfD erfährt auch Zuspruch von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, aber das scheint für viele keine Überraschung mehr und schon fast normal zu sein. Ich werde diese Normalisierung nicht annehmen, werde ihr so lange wie möglich mit Widerstand begegnen.

Ich muss verstehen, wie es dazu kommen konnte, suche nach Antworten und komme zu dem Ergebnis, dass auch sie sich in der Pflicht fühlen, dieses Land vor Überfremdung zu schützen. Sie verstehen diesen Schritt als ein Zeichen gelungener Integration. Sie versuchen, sich zu assimilieren, nicht aber an die deutsche Kultur, sondern an jene, die diese Kultur im Kern zerstören. Ist ihnen die Demokratie denn nichts wert oder ist es einfach ihr falsches Demokratieverständnis? Kaum jemand wagt, dieses Problem zu thematisieren. Es ist die Aufgabe derjenigen geworden, für die

die Demokratie immer mehr in die Ferne rückt. Einige von ihnen nehmen Abschied. Abschied von der Hoffnung, Abschied von Teilen ihrer Identität, Abschied von ihrer Heimat Deutschland. Sie fühlen sich entwurzelt. Mein Schmerz zeigt mir deutlich, wie viel mir an diesem Land liegt. Er zeigt mir aber auch, wie sehr mich trifft, dass ich so viele Menschen aus der eigenen Community verliere.«

Wir haben festgestellt, dass 43 % der Befragten ganz der Meinung sind, dass für Fachkräfte die Zuwanderung nach Deutschland erleichtert werden sollte. Ein weiteres Viertel stimmt der Aussage eher zu. Wie bewerten Sie diese hohe Zustimmung?

Souad Lamroubal: Konsens herrscht oftmals beim Thema Fachkräfte und Zuwanderung. Es ist für viele ein wichtiges und überzeugendes Argument im Diskurs um Migration. Wenn allerdings hauptsächlich für Fachkräfte die Zuwanderung nach Deutschland erleichtert werden sollte, ist das in Bezug auf Rassismus nicht unbedingt eine positive Entwicklung. Hier steht der Faktor der Nützlichkeit, der Erhalt der eigenen Standards und des Wirtschaftsstandorts im Fokus. Es geht also nicht um die Menschen, sondern eher darum, wie durch Migration eine Destabilisierung der deutschen Wirtschaft verhindert werden kann. Es gibt dabei einen durchaus ambivalenten Zusammenhang zwischen einer offenen Einwanderungs- und Arbeitspolitik für Fachkräfte und der Forderung nach einer restriktiven Asylpolitik gegenüber Geflüchteten und Migrant:innen, die aus anderen Gründen nach Deutschland kommen. Es kann also sein, dass Menschen fordern, vereinfachte Rahmenbedingungen für Fachkräfte aus dem Ausland zu schaffen und dennoch die Haltung vertreten, durch Flucht und Migration werde das deutsche Sozialsystem ausgenutzt. Das ist in Bezug auf demokratiegefährdende Einstellungen sehr kritisch zu betrachten. So ist die hohe Zustimmung für eine Erleichterung der Zuwanderung für Fachkräfte nicht unbedingt als Indiz für nicht rassistische Einstellungen zu werten. Anders wäre es, wenn vereinfachte Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Qualifikationen gefordert würden oder mehr Chancen für alle Menschen unabhängig von einer vorhandenen fachlichen Qualifikation. Hier kommt es in der Regel zu mehr Vorsicht und Zurückhaltung. Die rassismuskritische Perspektive sieht genau da ein Problem.

Was muss die neue Bundesregierung unbedingt ändern oder in Angriff nehmen mit Blick auf das Thema Integration und Demokratie?

Die Bundesregierung muss aus der Demokratie das machen, was sie ist, eine Demokratie für alle. Hier sollte es nie darum gehen, ausschließlich Anpassung einzufordern. Vielmehr sollten wir die Möglichkeiten von Partizipation eröffnen und diese kontinuierlich fördern. Teilhabe und Partizipation sind Kernelemente der Integration, und diese muss für jede Person möglich und zugänglich sein. Integration darf keine Frage der Herkunft oder des Aufenthaltsstatus sein. Schon gar nicht darf sie eine Frage von Kapazitäten sein. Überlastung muss die Bundesregierung mit der Erweiterung und Weiterentwicklung wichtiger Kapazitäten begegnen, das tut sie aktuell nicht. Demokratie bedeutet eine ständige Fortentwicklung und den Ausbau von Strukturen, denn sie wächst mit ihrer sich verändernden Gesellschaft. Was wir derzeit erleben, ist eher ein Stillstand und in Teilen sogar ein Rückschritt. Mit bestimmten Verschärfungen und Begrenzungen erhofft sich die Bundesregierung eine Entlastung. Dass der einzige Effekt allerdings Desintegration und Spaltung ist, wird völlig ausgeblendet.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zeigt beim Thema Integration genau das Deutschland, das sich immer mehr von einer Demokratie distanziert und sich zunehmend isoliert. Integration verträgt keine Selektion und vor allen Dingen funktioniert diese nicht mit Einsparungen an den falschen Stellen. Wir haben bereits 2015 beobachtet, zu welcher Spaltung es in Kommunen geführt hat, dass wir Integrationschancen an der Bleibeperspektive messen. Zehn Jahre später wiederholen wir genau diese Fehler und stellen die Kommunen vor größte Herausforderungen, weil diese beim Thema Integration nicht ausreichend gestärkt werden. Ohne mehr Handlungsspielraum und Flexibilität kann auf unterschiedliche Lebensumstände nicht reagiert werden. Es muss uns als demokratische Gesellschaft gelingen, die Individualität in den Mittelpunkt zu stellen und danach Integration auszurichten.

Zum Weiterlesen: Lamroubal, Souad (2025). *Die Demokratie der anderen*. Bonn: Dietz.

Souad Lamroubal ist Beauftragte für Gleichstellung, Integration und Inklusion, Autorin und Moderatorin. Im September 2022 erschien ihr Buch »Yallah Deutschland, wir müssen reden«. Im Oktober 2025 ist ihr neues Buch »Die Demokratie der anderen« erschienen. Im April 2025 veröffentlichte sie ebenfalls den Dokumentarfilm »Akte Integration«. Seit 2015 lehrt sie als Dozentin die Schwerpunkte interkulturelle Handlungskompetenz und Rassismuskritik mit dem Fokus öffentliche Verwaltung und ist seit 2006 Kommunalbeamtin in Nordrhein-Westfalen.

Box 2

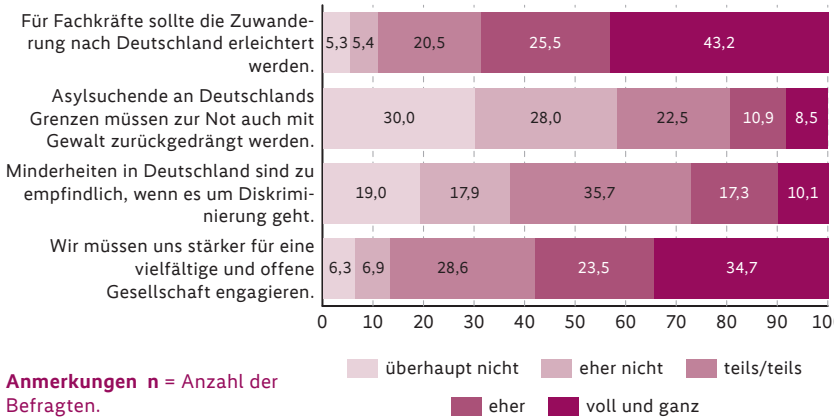
Migration und die offene Gesellschaft in der Mitte-Studie 2024/25

In Deutschland lebende Ausländer zeigen mehr Vertrauen in den demokratischen Staat, die Behörden und Wahlen als deutsche Befragte ohne Migrationshintergrund, während Deutsche, die selbst oder deren Eltern einen Migrationshintergrund haben, weniger Vertrauen gegenüber der Demokratie äußern. Sie teilen zudem seltener die Meinung, dass es in Deutschland gerecht zugeht und fühlen sich auch selbst weniger gerecht behandelt im Vergleich zu den nicht-deutschen Befragten. 67 % der Deutschen mit Migrationshintergrund und 42,5 % der in Deutschland lebenden Ausländer fühlen sich als Deutsche. Als Europäer:innen fühlen sich wiederum deutlich mehr von ihnen (71 % bzw. 82 %). Mehr als zwei Drittel der Deutschen mit als auch ohne Migrationshintergrund zählen sich selbst zur Mitte der Gesellschaft.

58 % der Befragten der Mitte-Studie fordern: »Wir müssen uns stärker für eine vielfältige Gesellschaft engagieren«. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den Vorjahren. Zugleich meinen 27 % der Befragten: »Minderheiten sind zu empfindlich, wenn es um Diskriminierung geht«. Weitere 36 % meinen dies »teils/teils«. Dreiviertel der Befragten spricht sich für eine leichtere Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland aus, während rund 19 % der Aussage zustimmen und 22,5 % teilweise: »Asylsuchende an Deutschlands Grenzen müssen zur Not auch mit Gewalt zurückgedrängt werden« (➟ Abb. M.1).

Abb. M.1

Ablehnung bzw. Zustimmung zu Aussagen des Umgangs mit Migration und Diskriminierung (Angaben in gültigen Prozent | n = 1.016)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

Allerdings ist eine positive Haltung zur Fachkräfteeinwanderung nicht gleichbedeutend mit einer positiven Haltung gegenüber Gruppen, die möglicherweise aus anderen Gründen nach Deutschland kommen. Von den Befragten, die zwar eine erleichterte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften befürworten, teilt ein nicht unerheblicher Anteil von knapp 23 % die Auffassung, »Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen« (➠ Kap. 4).

6 Libertär-autoritäre Versuchungen der Gegenwart – eine Brücke in den Rechtsextremismus?

Amelie Nickel · Eva Groß · Ilka Kammigan[1]

Gesellschaftliche Bewegungen und Trends, die in den USA ihren Ursprung haben, erreichen oft – mit zeitlicher Verzögerung – auch Europa. Beispiele finden sich in Popkultur, Mode und Lifestyle, aber auch in gesellschaftspolitischen Bewegungen wie *#MeToo*, *Black Lives Matter* oder Ideologien und Weltanschauungen wie *QAnon*-Verschwörungserzählungen, die immer schneller nach Europa gelangen. Der britische Historiker Niall Ferguson beschreibt dies als »Stimmungswandel« (*Vibe Shift*), eine rasante und signifikante Veränderung des politischen und kulturellen Klimas, die zu dem Gefühl führt, von einem Tag auf den anderen habe sich die Welt geändert (Ferguson 2024). Nicht erst seit dem US-Wahlkampf 2024 und der zweiten Amtszeit Donald Trumps hat sich eine rechtskonservative, autoritäre Gegenbewegung in Stellung gebracht und den progressiven Veränderungen der letzten Jahrzehnte den Kampf angesagt. Im Namen individueller (unternehmerischer) Freiheiten kämpft jene Seite für ihr Recht auf freie Meinungsäußerung – das ihr angeblich abgesprochen wird –, gegen Gleichstellung, Vielfalt und Minderheitenrechte, und damit gezielt gegen jene demokratischen Freiheitsrechte, die liberal-demokratische Bewegungen in den letzten Jahrzehnten errungen und erkämpft haben. Was sich hier abzeichnet, ist das Eindringen eines globalen libertären Autoritarismus, der in den USA, aber auch in Europa und Deutschland, zunehmend an Deutungshoheit gewinnt.[2] Zentrales Element im libertären Autoritarismus ist die Vorstellung von Freiheit als individuellem Besitz und nicht als inklusivem, gesellschaftlich vermitteltem Modus (Amlinger/Nachtwey 2022; Groß/Hövermann/Nickel 2023). In ihr vereinen sich autoritäre und radikal wirtschaftsliberale Weltanschauungen,

1 Alle Autor:innen haben zu gleichen Anteilen zur Entstehung des Manuskripts beigetragen.

2 Ein nahezu identisches Phänomen, das sie als »flexiblen Autoritarismus« bezeichnet, arbeitet Anna Schwenck (2023) für Russland in ihrer Ethnografie in sibirischen Jugendcamps heraus.

deren gemeinsamer Kern unter anderem auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber verschiedenen, als fremd, wenig erfolgreich und wenig nützlich markierten Gruppen beruht. Gruppen, die vermeintlich die individuellen Freiheiten bedrohen und einschränken könnten (ebd.).

Libertäre (Tech-)Akteure befeuern und beschleunigen diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Während Tech-Funktionäre wie Mark Zuckerberg (*Meta*), Sam Altman (*OpenAI*) oder Jeff Bezos (*Amazon*) früher noch als Unterstützer der Demokratischen Partei in den USA galten und dem liberalen Spektrum zugeordnet wurden, hat sich bei ihnen ein »Stimmungswandel« hin zu autoritären und rechten Positionen vollzogen.[3] Das massive Vordringen von Tech-Unternehmen und Silicon-Valley-Oligarchen in staatliche Machtbereiche sowie das gleichzeitige Abdriften der USA ins Autoritäre (Levitsky/Ziblatt 2024) wird gegenwärtig auch unter dem Begriff des »Technofaschismus« diskutiert.[4] Eine Entwicklung hin zu einem System, in dem zwar die formale Demokratie erhalten bleibt, aber grundlegende demokratische Prinzipien wie fairer Wettbewerb, Meinungsfreiheit und politische Teilhabe zunehmend ausgehöhlt werden, sich Macht einseitig konzentriert und demokratische, auf strenger Gewaltenteilung basierende Kontrolle zurückgedrängt wird (➟ Kap. 5). Hierbei geht es nicht nur um die Machtpositionen einzelner Personen, wie etwa die von Vizepräsident JD Vance, den der selbsternannte Antidemokrat und Tech-Investor Peter Thiel unter der Regierung Trump in das zweithöchste Amt der USA manövriert hat. Oder um die von Tech-Milliardär Elon Musk, der wie kein anderer die Verschmelzung von »Big Tech« und Staat verkörpert hat und von Trump zeitweise mit einem Sonderposten in einer neu geschaffenen Behörde für Staatsrückbau und Effizienz (»Department of Government Efficiency – DOGE«) ausgestattet wurde. Es geht grundlegender um den wachsenden und systematischen politischen Einfluss libertär-autoritärer Akteure und deren Weltanschauungen. Ohne

3 Mangold, Ijoma (2025, 17. März). Vibe-Shift: Jetzt kommt die rechte Gesinnungspolizei. Zeit Online. https://www.zeit.de/kultur/2025-03/vibe-shift-usa-rechte-linke-freiheit-donald-trump [Aufruf am 26.8.2025].

4 Folco, Jonathan Durand (2024, 23. März). How Elon Musk's chatbot Grok could be helping bring about an era of techno-fascism. The Conversation. https://theconversation.com/how-elon-musks-chatbot-grok-could-be-helping-bring-about-an-era-of-techno-fascism-261449?utm_medium=article_clipboard_share&utm_source=theconversation.com [Aufruf am 16.8.2025].

demokratische Legitimation und Rechenschaftspflicht nehmen sie gegenwärtig Einfluss auf öffentliche Diskurse und politische Entscheidungsprozesse – bis hin zu Fragen der nationalen Sicherheit, wie etwa jüngst die Entscheidung von OpenAI zeigt, seine KI-Tools zur militärischen Nutzung an die US-Streitkräfte zu verkaufen (Khanal/Zhang/Taeihagh 2025). In den politischen Agitationen der libertär-autoritären Gallionsfiguren verfangen alternative Zukunftsvisionen, wie etwa die Vision des »ewigen Lebens«[5] oder die eines »tech-optimierten Übermenschen«, wie »Tech-Guru« und Trump-Unterstützer Marc Andreessen in seinem »Techno-Optimistischen Manifest« schreibt: »Wir können zu einer weitaus höheren Lebensweise vorstoßen und zu einem höheren Sein. […] Wir glauben, dass Technologie befreiend ist. Sie befreit das menschliche Potential. Sie befreit die menschliche Seele, den menschlichen Geist.«[6]

Die in den libertär-autoritären Visionen zentrale Verknüpfung von marktliberalen und autoritären Bestrebungen transportiert ein hyperindividualisiertes Menschenbild und eine Abkehr von der Vorstellung des Individuums als Mitglied einer liberaldemokratischen und solidarischen Gemeinschaft. Solche negativen Freiheitsvorstellungen – von einer Freiheit, die vor allem im Konsumieren, Erleben und Investieren gesucht wird, einer auf Abwehr beruhenden, ökonomischen Freiheit, die sich gegen als hinderlich empfundene staatliche oder gesellschaftliche Beschränkungen stellt (Amlinger/Nachtwey 2022) – entfalten ein destruktives Potenzial, indem sie sich mit autoritärer Härte und ungehemmter Aggressivität gegen all jene richten, die diesem individualistischen Freiheitsgedanken (vermeintlich) entgegenstehen. Besonders deutlich wird dies in der Debatte um Meinungsfreiheit. JD Vance hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 und nun wiederholt von einer Bedrohung der Meinungs-

5 Wallnöfer, Isodora (2023, 8. November). Kurz-Chef Peter Thiel will ewig leben. https://www.derstandard.at/story/3000000194692/kurz-chef-peter-thiel-will-ewig-leben [Aufruf am 26.8.2025].

6 Becker, Winke (2025, 24. August). *Das dunkle Erbe der Hippies*. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, NR. 34. Ein weiteres aktuelles Beispiel sind die sogenannten »Enhanced Games«, alternative Olympiaspiele, bei denen die Sportler:innen mit gezieltem Doping zu »übermenschlichen« Leistungen optimiert werden sollen. Ziel ist laut der Webseite (https://www.enhanced.com/), eine Weiterentwicklung der Menschheit. Finanziert wird dieses Vorhaben unter anderem durch Donald Trump Jr. und den libertär-autoritären Paypal-Gründer Peter Thiel.

freiheit in Deutschland gesprochen.[7] Er spielt damit auch dem Argument des vermeintlichen »Meinungstotalitarismus«[8] der AfD in die Hände, womit diese beispielsweise gegen Akteure wie HateAid vorgeht, die sich gegen Hetze und Hass im Netz einsetzen.[9] Dieses libertär-autoritäre Narrativ bedient unter anderem auch Mark Zuckerberg, der Faktenchecks bei Instagram und Facebook abschaffen möchte, um »zu den Wurzeln der freien Meinungsäußerung« zurückzukehren. Auch er wirft der EU etwa im Zusammenhang mit staatlichem Vorgehen gegen menschenfeindliche Hassrede im Internet Meinungszensur vor.[10] Über das Argument der Meinungsfreiheit, das zentraler Bestandteil libertärer Argumentationen ist, werden autoritäre Ideen, Argumente und Politiken für Menschen plausibel und akzeptabel. So wird ein Prozess der Normalisierung des Antidemokratischen und Autoritären in Gang gesetzt, den Levitsky und Ziblatt (2024) auch als »Banalität des Autoritarismus« (S. 61) beschreiben.[11]

Wie sich libertäre Ideologien in den Einstellungsmustern der Bevölkerung niederschlagen, wurde in den Erhebungen der Mitte-Studie schon in der Vergangenheit unter dem Konzept der *Marktförmigkeit* untersucht. Marktförmigkeit entspricht einer subjektiven Unterwerfung und Ausrichtung des Individu-

7 Tagesschau (2025, 21. Februar). Vance spricht erneut von angeblich eingeschränkter Rede. https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/vance-us-schutz-deutschland-100.html [Aufruf am 16.8.2025].

8 Aktuelle Stunde im Bundestag zum Thema »Meinungsfreiheit schützen, Zensur verhindern – Debattenkultur bewahren« vom 07.05.2021 https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-de-aktuelle-stunde-meinungsfreiheit-839450 [Aufruf am 26.8.2025].

9 So heißt es im aktuellen Wahlprogramm der AfD unter Verweis auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung im Kontext der Bekämpfung von Hate Speech im Netz, dass »selbst ernannte ›Faktenprüfer‹ und Meinungswächter […] keine staatliche Finanzierung erhalten [dürfen].« (siehe Seite 131) https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-de-aktuelle-stunde-meinungsfreiheit-839450 [Aufruf am 26.8.2025].

10 Tagesschau (2025, 7. Januar). Warum Facebook und Instagram Faktenprüfer abschaffen. https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/meta-moderation-trump-100.html [Aufruf am 16.8.2025].

11 Banalität verstehen die Autoren als Ergebnis eines Prozesses der Normalisierung antidemokratischer/autoritärer Politik und Einstellungen. Banalität meint hier, dass diese als etwas Alltägliches, Gewöhnliches und Unspektakuläres erscheinen – als Teil der »normalen« Politik und gängiger Einstellungen. Genau das macht eine Normalisierung mit dem Ergebnis der Banalität antidemokratischer Einstellungen gefährlich. Etwas, was normal oder banal erscheint, wird in der Regel auch nicht mehr hinterfragt. Das Argument der Meinungsfreiheit in Bezug auf menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen trägt zu einer solchen Normalisierung – im Endpunkt Banalität – selbiger bei. Normalisierung ist der Prozess, Banalität ist das Ergebnis.

ums unter beziehungsweise nach unternehmerischen Leitbildern (Bröckling 2007). Diese erfolgs- und wettbewerbsorientierten Leitbilder sind ein zentrales Element libertär- oder flexibel[12]-autoritärer Weltanschauung und halten Individuen dazu an, »ihre Lebenswege in einer ökonomisch effizienten, Kosten und Nutzen abwägenden – eben unternehmerischen – Weise zu führen« (Groß/Hövermann/Nickel 2023, S. 245). Marktförmige Leitbilder beruhen auf einem individualisierten und konkurrenzbasierten Menschenbild, das sich mit der Betonung *Individuum vor Gesellschaft* und dem Prinzip *Wettbewerb vor Solidarität* beschreiben lässt. Es ist erkenn- und messbar in Einstellungen, in denen die Verantwortung für Erfolg und Misserfolg alleine dem/der Einzelnen und dessen/deren (fehlender) Fähigkeit zur (unternehmerischen) Selbstvermarktung und Selbstoptimierung zugeschrieben wird. Wie in vergangenen Untersuchungen gezeigt werden konnte, gehen solche Einstellungen mit einer Ablehnung gesellschaftlicher Solidarität und einer Abwertung von Gruppen einher, die als ökonomisch »unprofitabel« stigmatisiert werden, beispielsweise geflüchtete Personen, ältere, kranke oder arme Menschen (Groß/Hövermann 2014; Hövermann/Groß 2016; Groß/Hövermann/Nickel 2023) (➟ Kap. 4 u. Kap. 3, Mittendrin). Es konnte auch gezeigt werden, dass eine starke Identifikation mit marktförmigen Leitbildern, vor allem in konfliktreichen Krisenzeiten, mit antidemokratischen, rechtspopulistischen und gewaltbefürwortenden Einstellungen einhergeht (ebd.).

In der Mitte-Studie 2024/25 schließen wir hier an und untersuchen, inwiefern sich über Marktförmigkeit im Sinne eines libertären Autoritarismus eine Normalisierung rechtsextremer Einstellungen in der Mitte vollzieht. Auch in Deutschland finden sich mittlerweile Hinweise auf Verbindungen zwischen libertärem Autoritarismus und extrem rechten Positionen, wie jüngst der Schulterschluss zwischen Elon Musk und Alice Weidel verdeutlicht, die nun selbst die AfD als »libertär-konservativ« bezeichnet. Unserer Analyse nach bildet der libertäre Autoritarismus und sein Freiheitsangebot eine Art Brückennarrativ, weil er sich vordergründig innerhalb der Grenzen des »Sagbaren« bewegt. So vermittelt er eine reaktionäre Grundidee, die anschlussfähig ist für die Normalisierung von rechtsextremen Einstellungen.

12 Zum eng verwandten Begriff des flexiblen Autoritarismus siehe Schwenck (2023).

6.1 Libertärer Autoritarismus in der Bevölkerung

Wie oben beschrieben, zeichnet sich der libertäre Autoritarismus im Kern durch Marktförmigkeit, libertäre Ideen im Sinne einer individualisierten Entsolidarisierung[13] und autoritäre Einstellungen aus.[14] Um das gegenwärtige Phänomen empirisch abzubilden, haben wir einen Faktor aus diesen drei Kernelementen erstellt, der sich in den Daten gut zeigt.[15]

Unter allen Befragten vertreten 25 %, also ein Viertel, eine libertär-autoritäre Ideologie. Die Zustimmung unterscheidet sich jedoch deutlich zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Männer stimmen dem libertären Autoritarismus mit 30 % deutlich stärker zu als Frauen mit rund 20 %. Befragte ab 65 Jahren stimmen dem libertären Autoritarismus mit 31,5 % am stärksten zu, gefolgt von den Jüngsten (18- bis 34-Jährige mit knapp 30 %). Die mittelalte Gruppe der 35- bis 64-Jährigen stimmt am wenigsten zu (18,5 %). Auch der Bildungsgrad spielt hierbei eine entscheidende Rolle: Befragte mit niedriger Schulbildung stimmen mit 34 % am häufigsten libertär-autoritären Einstellungen zu.[16] Mit Blick auf das Einkommen zeigt sich, dass Libertär-Autoritäre mit 28 % eher in den unteren Einkommensgruppen zu finden sind.[17] Am höchsten fällt die Zustimmung zum libertären Autoritarismus bei denjenigen aus, die sich politisch eher rechts oder rechts einordnen – hier beträgt sie knapp 40 %.[18]

---

13 Marktförmigkeit wird über die Zustimmung zum Unternehmerischen Universalismus (»Wer nicht bereit ist, was Neues zu wagen, der ist selber schuld, wenn er scheitert« und »Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, der ist selber schuld, wenn er scheitert«) und der Zustimmung zu ökonomistischen Werten (»Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten«) erfasst.

14 Autoritarismus wurde über eine bewährte Skala aus vier Aussagen ermittelt (»Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen.«; »Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir sicher leben können.«; »Verbrechen sollten härter bestraft werden.« und »Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.«): M = 3,31; SD = ,82; n = 2.000; α = ,70.

15 In einer konfirmatorischen Faktoranalyse (➞ Glossar) kann der latente Faktor die gemeinsame Varianz der beschriebenen Teilelemente befriedigend erklären (alle Faktorladungen > ,50; Coefficient of determination (CD) = ,64). Mittelwertskala Libertärer Autoritarismus: M = 3,00; SD = ,72; n = 1.989; α = ,60.

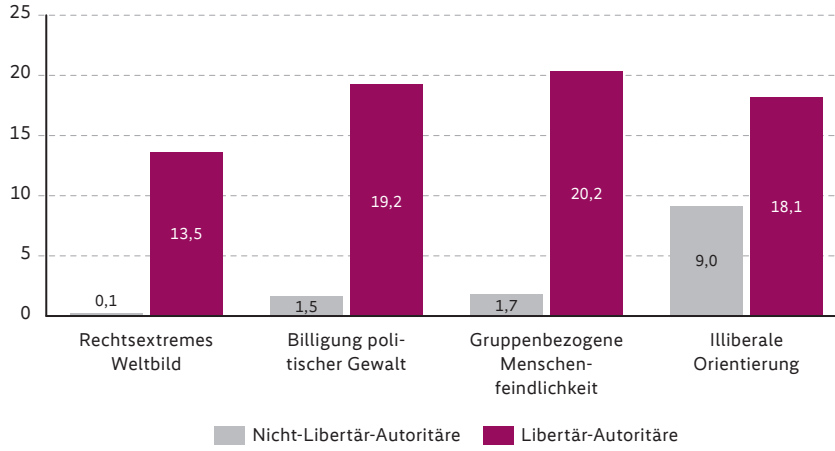
16 Mittlere Schulbildung: 26 %, hohe Schulbildung: 14 %.

17 Mittlere Einkommensgruppe: 24 %, hohe Einkommensgruppe: 20 %.

18 Eher links/links: 11 %, Mitte: 25,5 %.

Abb. 6.1

Zustimmung zu rechtsextremen, menschenfeindlichen, gewaltbilligenden und illiberalen Einstellungen unter Libertär-Autoritären und Nicht-Libertär-Autoritären (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Signifikante Unterschiede zwischen Nicht-Libertär-Autoritären und Libertär-Autoritären: Rechtsextremes Weltbild*** (**n** = 1.633); Billigung politischer Gewalt*** (**n** = 1.975); GMF*** (**n** = 1.988); Illiberale Orientierung*** (**n** = 1.989). *** = p < ,001. **n** = Anzahl der Befragten.

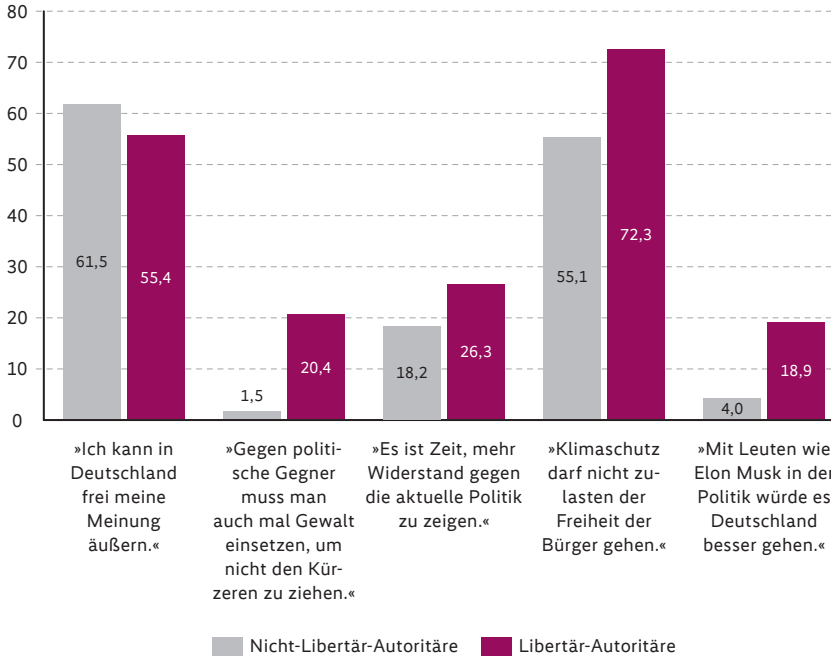
Keine Unterschiede zeigen sich hingegen in Bezug auf die Regionen Ost- beziehungsweise Westdeutschland.

6.2 Libertärer Autoritarismus und antidemokratische Einstellungen

Libertärer Autoritarismus geht einher mit antidemokratischen und illiberalen Einstellungen (➟ Abb. 6.1 u. Abb. 6.2). Unter Menschen, die libertär-autoritäre Vorstellungen teilen, haben knapp 14 % ein rechtsextremes Weltbild (➟ Kap. 3). Unter denen, die nicht libertär-autoritär eingestellt sind, liegt der Anteil hingegen unter 1 %. Mit der Zustimmung zu Aussagen wie »Einige Politiker haben es verdient, dass die Wut gegen sie schon mal in Gewalt umschlägt« billigen unter den Libertär-Autoritären 19 % politische Gewalt (im Vergleich zu 1,5 % bei Nicht-Libertär-Autoritären) (➟ Kap. 3, Fokus,). Ein ähnlich

Abb. 6.2

Zustimmung zu ausgewählten Einzelaussagen unter Libertär-Autoritären und Nicht-Libertär-Autoritären (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Signifikante Unterschiede zwischen Nicht-Libertär-Autoritären und Libertär-Autoritären: Meinungsfreiheit** (**n** = 1.989); Gewaltbereitschaft*** (**n** = 1.988); Widerstand gegen Politik** (**n** = 968); Klimaschutz*** (**n** = 1.008); Musk-Befürwortung*** (**n** = 1.989). ** = p < ,01; *** = p < ,001. **n** = Anzahl der Befragten.

hoher Anteil der Libertär-Autoritären stimmt den Aussagen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu (20 %). Dies geht einher mit einer illiberalen Orientierung, das heißt, mit der Ablehnung von Minderheitenrechten und von Rechtsstaatlichkeit, die unter Libertär-Autoritären doppelt so hoch ist wie unter Nicht-Libertär-Autoritären (18 % vs. 9 %).

Neben der Zustimmung zu Gewalt und Menschenfeindlichkeit meinen Libertär-Autoritäre eher, ihre Meinung in Deutschland nicht frei äußern zu können. Sie scheinen somit empfänglicher für das eingangs beschriebene Argument zu

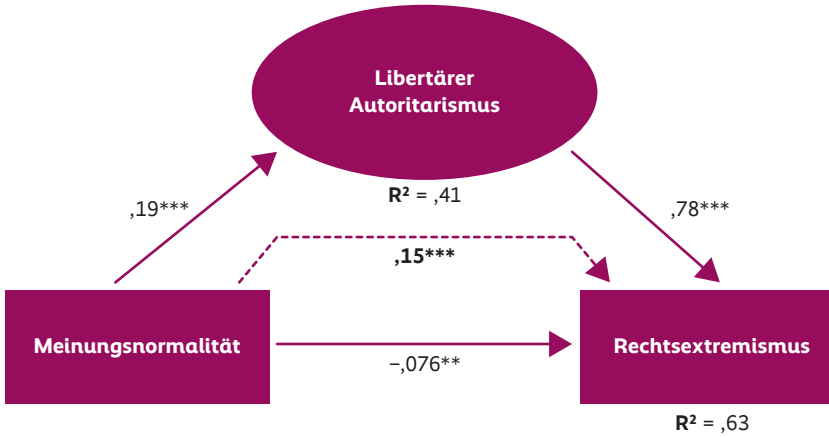
sein, die individuelle Meinungsfreiheit in Deutschland sei gefährdet, als es Nicht-Libertär-Autoritäre sind (➡ Abb. 6.2). Auffällig ist zudem die erhöhte Zustimmung unter Libertär-Autoritären zur Widerstandsrhetorik, also zu der Meinung, dass es an der Zeit sei, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen, in Kombination mit einer stark erhöhten Bereitschaft, auch Gewalt gegen politische Gegner einzusetzen.

Der libertär-autoritäre Widerstand gegenüber der aktuellen Regierungspolitik zeigt sich auch in der Einstellung zum Klimaschutz. Das Freiheitsargument wird unter Libertär-Autoritären deutlich stärker gegen Klimaschutzmaßnahmen in Stellung gebracht als unter Nicht-Libertär-Autoritären (72 % vs. 55 %). Hier deutet sich ein Aspekt negativer Freiheitsvorstellungen an, in denen die individuelle Freiheit über der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung (Klimaschutz) steht (➡ Kap. 7). Wir sehen auch: Libertär-Autoritäre stimmen deutlich häufiger der Aussage zu »Mit Leuten wie Elon Musk in der Politik würde es Deutschland besser gehen« (19 %). Musk und der mit ihm verbundene libertäre Politikstil scheinen also für Libertär-Autoritäre eine attraktive Alternative zur gegenwärtigen Politik in Deutschland zu sein.

6.3 Rechtsextrem – die neue libertär-autoritäre Normalität?

Um zu analysieren, welche Funktion der libertäre Autoritarismus in der Normalisierung rechtsextremer Einstellungen hat, haben wir zunächst geprüft, ob sich empirische Hinweise finden, die auf eine Normalisierung von rechtsextremen Meinungen in den Einstellungen der Befragten deuten(➡ Kap. 3). Hierfür wurde die Zustimmung zu der Aussage »Ich denke so wie die meisten Menschen« untersucht, welche wir als selbst zugeschriebene Meinungsnormalität in den eigenen Einstellungen interpretieren. In den vorhergehenden Mitte-Studien wurde diese Aussage unter anderem bereits zur Erfassung selbst zugeschriebener »Normalität« (Zick/Küpper 2006, S. 137) genutzt und als Spiegelung einer »deskriptiven Normalität« beschrieben (ebd., S. 125). Der Verweis auf die eigene Normalität (Meinungsnormalität) funktioniere dabei als Legitimierung von Vorurteilen. In den aktuellen Daten zeigt sich: 48 % der rechtsextrem eingestellten Personen meinen zugleich, sie seien mit ihren Meinungen in der Mehr-

Mediationsmodell zur Erklärung von rechtsextremen Einstellungen **Abb. 6.3**



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten. Standardisierte Koeffizienten. ** = p < ,01; *** = p < ,001. **R²** = erklärte Varianz. **n** = 1.787. Bei den Berechnungen wurde der Einfluss der Variablen Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und politischer Selbstverortung statistisch kontrolliert.

heit »normal«. Unter jenen, die sich weniger rechtsextrem positionieren, sind dies deutlich weniger (29 %). Meinungsnormalität und Rechtsextremismus hängen also in der aktuellen repräsentativen Umfrage für Deutschland nachweisbar zusammen. Wir deuten diesen Zusammenhang – die Tendenz des gemeinsamen Auftretens von Meinungsnormalität und Rechtsextremismus – als ein empirisches Indiz für eine Normalisierung von rechtsextremen Einstellungen unter den Befragten.[19]

Im nächsten Schritt haben wir geprüft, welche Rolle libertärer Autoritarismus in diesem Zusammenhang zwischen Meinungsnormalität und Rechtsextremismus spielt, indem wir ihn in die Analyse miteinbezogen haben (➟ Abb. 6.3).[20]

19 Der Zusammenhang zeigt sich unabhängig von der eigenen politischen Positionierung (rechts – mitte – links) und unabhängig von Bildung, Alter und Geschlecht der Befragten. In einer bivariaten Korrelationsanalyse, als zusätzliche und alternative Methode des Ermittelns eines statistisch signifikanten Zusammenhangs zwischen den Konstrukten zeigt sich dieser ebenfalls mit ,13***.

20 Dieses Modell lässt sich gut in den Daten abbilden (Fit-Werte: RMSEA = ,08; p_{close} = ,000; CFI = ,94; SRMR = ,03; CD = ,37).

Der libertäre Autoritarismus stellt sich in der vorliegenden Analyse als bedeutsamer Vermittler im Zusammenhang zwischen Meinungsnormalität – also der Ansicht, die eigenen Einstellungen seien Teil der Mehrheitsmeinung – und rechtsextremen Einstellungen dar (➡ Abb. 6.3). Dieser indirekte, also vermittelnde Effekt ist mit ,15*** empirisch bedeutsam. In Anlehnung an das Konzept der »legitimierenden Mythen« (Jost et al. 1994; Jost/Hunyady 2005)[21], stellt der libertäre Autoritarismus damit ein legitimierendes Narrativ für die Normalisierung der eigenen rechtsextremen Haltung der Befragten dar: Die Vorstellungen von der eigenen rechtsextremen Haltung als dem »neuen Normal« (➡ Kap. 1) laufen zu einem bedeutenden Teil über die legitimierende politische Ideologie des libertären Autoritarismus. Alle beschriebenen Effekte zeigen sich unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung und politischer Selbstverortung.

6.4 Fazit

Die vorliegenden Analysen richten ihren Fokus auf den libertären Autoritarismus als politische Ideologie und seine Funktion in den sozialen Mechanismen, die zur Normalisierung rechtsextremer Positionen führen. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass libertärer Autoritarismus nicht nur mit der Meinung einhergeht, mit »Leuten wie Elon Musk in der Politik würde es Deutschland besser gehen«, er befördert auch illiberale und menschenfeindliche Einstellungen und korreliert mit der Billigung politischer Gewalt. Eine Normalisierung solcher Haltungen in der Mehrheitsgesellschaft stellt eine Gefahr für die Demokratie und eine

21 Der Ansatz der legitimierenden Mythen (LM), die auch als *social attitudes* (Levin et al. 1998, S. 374), *cultural ideologies* (Pratto et al. 2006, S. 275) oder *socio-political attitudes* (Pratto et al. 2006, S. 283) bezeichnet werden können, ist eine Subtheorie der Sozialen Dominanztheorie (Sidanius/Pratto 1999) und ursprünglich zur Erklärung von sozialen Hierarchien zwischen Gruppen beziehungsweise sozialer Ungleichheit konzipiert. Empirisch lässt sich ein LM in den genannten Ansätzen über Mediationsanalysen identifizieren, woran wir uns hier anlehnen. Abweichend vom ursprünglichen Ansatz untersuchen wir die Mediation zwischen Meinungsnormalität und Rechtsextremismus, statt zwischen sozialer Dominanzorientierung und Rechtsextremismus/Diskriminierung, daher identifiziert der signifikante vermittelnde Effekt über libertären Autoritarismus eine Legitimierung der *Normalisierung* statt der *sozialen Hierarchisierung* in den vorliegenden Analysen. Weiterführende Analysen sollten den libertären Autoritarismus in Anlehnung an bestehende Untersuchungen zum unternehmerischen Selbst als LM (z. B. Groß 2016) auch in seiner Funktion zur Aufrechterhaltung sozialer Hierarchien und Ungleichheit untersuchen. Normalisierung stellt dabei einen bedeutsamen Schritt zur gesellschaftlichen Verbreitung solcher LM dar.

Voraussetzung für einen Kipppunkt ins Autoritäre und Illiberale dar (Levitsky/Ziblatt 2024) (➟ Kap. 1). Unsere Analysen zeigen, wie bedeutsam die Rolle des libertären Autoritarismus für die Normalisierung antidemokratischer Einstellungen ist. Er funktioniert als vermittelndes Narrativ für diejenigen, die sich selbst und ihre Einstellungen für die Mehrheitsmeinung halten und gleichzeitig rechtsextremen Einstellungen zustimmen. Mithin tarnt der libertäre Autoritarismus die eigene rechtsextreme Menschenfeindlichkeit und befördert sie zugleich. Das nachweisbar gemeinsame Auftreten eines »Sich-in-der-Mehrheitsmeinung-Wähnens« (Meinungsnormalität) und Rechtsextremismus (Normalisierung von Rechtsextremismus) läuft über den legitimierenden Mythos des libertären Autoritarismus – er funktioniert fast wie eine Brücke, die über die Schlucht der gesellschaftlichen Unsagbarkeit rechtsextremer Haltung führt.

Offen über die Grundideen des libertären Autoritarismus zu sprechen – also über individuelle Wettbewerbsfähigkeit, (unternehmerische) individuelle Freiheit, verbunden mit dem Leitbild, jede:r solle in erster Linie auf sich selbst achten und nicht zu viel Solidarität mit Schwächeren zeigen, da dies unprofitabel sei und letztlich die eigene individuelle Freiheit bedrohe – scheint gegenwärtig akzeptierter zu sein als offene Abwertung, wie sie in rechtsextremen Äußerungen mitschwingt. Zugleich sind die Grundideen des libertären oder flexiblen Autoritarismus offenbar anschlussfähig an den Rechtsextremismus. Sie transportieren Menschenfeindlichkeit subtiler als der klassische Rechtsextremismus in die gesellschaftliche Mitte und ebnen den Weg dafür, Illiberalität als etwas Normales, Banales zu sehen – eben für die »Banalität des Illiberalen«. Hierin zeigt sich die Relevanz von libertär-autoritären Bewegungen, deren Zukunftsvisionen und Versuchungen als Herausforderungen für die politische Bildung und für den Demokratieschutz. Allzu verführerisch sind libertär-autoritäre Ideen und Visionen wie die vom ewigen Leben oder die vom techoptimierten Übermenschen, doch die Ideologie, die sie transportieren, geht klar mit antidemokratischen, rechtsextremen und gewaltbilligenden Haltungen einher, die eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen.

7 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als Gegenstand populistischer Instrumentalisierung

Fritz Reusswig · Beate Küpper · Marco Eden

Im Zuge der weltweit beobachtbaren Trendumkehr demokratischer Entwicklungen hin zu autoritären Regierungsformen (➟ Kap. 5) geraten auch die ökologischen und sozialen Anliegen des Klimaschutzes unter Druck. Rechtsautoritäre Eliten setzen darauf, die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen zulasten des Klimas ebenso wie zulasten des globalen Südens und schwächerer sozialer Gruppen hierzulande fortzuführen oder gar auszuweiten (Quent/Richter/Salheiser 2022). Populistische Akteure – von rechts und inzwischen auch von links und aus der Mitte – sprechen dem Kampf gegen den Klimawandel pauschal die Legitimität ab. Nach der Leugnung des (menschengemachten) Klimawandels und diskursiven Verzögerungstaktiken (nicht ich, nicht jetzt, nicht so, sowieso zu spät)[1] operieren sie hierbei nun mit großen, identitätsstiftenden Begriffen: Neben dem Schlagwort der »Freiheit« (➟ Kap. 6) ist inzwischen auch die »Gerechtigkeit« zum Gegenstand polarisierender Diskurse geworden, um den Klimaschutz und eine Energiewende auszubremsen. Der ehemalige Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, sah in der Ablehnung von Klimaschutzvorhaben ein Alleinstellungsmerkmal seiner Partei; die Partei profiliert sich inzwischen erfolgreich bei ihren Wähler:innen über die Leugnung des Klimawandels (Otteni/Weisskircher 2022). Inzwischen profiliert sich auch das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW), das mit »Vernunft und Gerechtigkeit« für sich wirbt, als Anwältin eines »Klimaschutzes mit Augenmaß« (so der Tenor des Parteiprogramms) und als Kämpfer gegen »Klimahysterie«. Die Vorsitzende betont, es gäbe dringlichere Probleme. Und selbst der ehemalige Parteivorsitzende der auf »Freiheit« setzenden FDP, Christian Lindner, sowie der frühere

1 https://www.klimafakten.de/sites/default/files/downloads/discoursesofdelaydeweb.pdf [Aufruf am 20.9.2025].

CSU-Landesgruppenchef und jetzige Bundesinnenminister, Alexander Dobrindt, brachten mit dem Verweis auf Geringverdienende die soziale Gerechtigkeit gegen den Klimaschutz in Stellung.[2]

Einerseits gibt es dabei real existierende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, was das Verursacherprinzip und die Adressaten(un)gerechtigkeit geplanter Maßnahmen angeht. Andererseits wird das Thema mittels allgemeiner Freiheits- und Gerechtigkeitsbezüge pauschal abgewehrt und für politischen Landgewinn populistisch gezielt polarisiert. Hierbei entsteht ein Spannungsfeld zwischen symbolischer Polarisierung und materiellen Ungleichheiten, welches sich in ähnlicher Form auch in anderen Politikfeldern beobachten lässt. Die populistische, oft bewusst emotional-destruktive Entwertung und Instrumentalisierung von Klimaschutz und Energiewende verhindert eine faktenbasierte, lösungsorientierte, als fair und effizient wahrgenommene Aushandlung in der demokratischen Mitte. Damit untergräbt sie zugleich die Legitimität des politischen Systems, weil sie das Vertrauen in dessen Problemlösefähigkeit schwächt (➟ Kap. 5).

Soziale Gerechtigkeit ist ein Kernpfeiler der Demokratie – sie betrifft sowohl die gleiche Behandlung aller Bürger:innen als auch die faire Verteilung gemeinsamer Lasten und Pflichten. Gerechtigkeit gilt daher auch als zentrale Quelle für Legitimität und als soziale Ressource für Demokratievertrauen. Als potenzielle Quelle von Demokratiemisstrauen gilt umgekehrt, wenn Bürger:innen sich vom Staat ungerecht behandelt fühlen. Dann rücken sie eher von der Demokratie ab und wenden sich antidemokratischen Angeboten zu, sei es aus Enttäuschung und Frust, um den Etablierten zur Abstrafung »einen Denkzettel zu verpassen«, oder in der Hoffnung auf mehr Fairness. Was Menschen dabei als gerecht empfinden, ist unterschiedlich und wandelt sich. Eine weithin akzeptierte Gerechtigkeitsvorstellung ist allerdings, dass Lasten und Pflichten (welche sowohl ökonomische Lasten umfasst als auch normative Regelungen) ausgeglichen sein müssen (zur Übersicht unter anderem Liebig/May 2009; Ebert 2015).

2 https://www.fr.de/meinung/gruen-vereinen-13412362.html [Aufruf am 20.9.2025].

Genau an dieser Stelle kommt die Klimapolitik ins Spiel, denn viele Maßnahmen zur Treibhausgasminderung – etwa bessere Gebäudedämmung, die Umstellung auf E-Mobilität oder der Bau von Windkraftanlagen – bedeuten (zumindest in den ersten Jahren) teils enorme finanzielle oder organisatorische Mehrbelastungen, bevor sie sich auszahlen. Gesellschaftlich ist daher auszuhandeln, wer diese (Mehr-)Kosten zu welchem Anteil trägt und wie hier eine sozial gerechte Verteilung der Lasten und Pflichten aussehen kann. Während einkommensschwache Haushalte und kleine Unternehmen von steigenden Preisen für fossile Energieträger infolge der CO_2-Bepreisung überproportional stark belastet werden, fehlt ihnen gleichzeitig der finanzielle Spielraum, um auf emissionsärmere Alternativen umzusteigen. Die Subventionierung des Strompreises für die Großindustrie kommt da nicht gut an. Bei ungenügender sozialer Abfederung der sozial-ökologischen Transformation bleibt sie primär ökologisch und nicht hinreichend sozial. Dadurch droht im unteren Einkommenssegment ein sogenannter fossiler *Lock-in*: Die Energiewende schreitet voran, doch ein Teil der Gesellschaft bleibt zurück und droht, in Energiearmut abzurutschen – also wesentliche Energiedienstleistungen nur noch eingeschränkt oder zu überhöhten Kosten nutzen zu können (Expertenrat für Klimafragen 2025). Als gefährdet gelten hier Haushalte, die mehr als 10 % ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen. Kombiniert mit dem allgemeinen Armutsrisiko betrifft dies – je nach Definition – 4 % bis 25 % der Haushalte. Dieser Anteil droht mit der Energiewende weiter zu steigen, so die Einschätzung von Expert:innen (Bundesnetzagentur/Löschel et al. 2024, S. 26).

Das Risiko, »die Leute nicht mitzunehmen«, bildet den faktischen Nährboden, auf dem populistische Akteure mit ihren polarisierenden, emotionalisierenden Narrativen Resonanz erzeugen, indem sie sich als Verteidiger eines vermeintlich »normalen«, traditionellen, fossilen Lebensstils inszenieren und gegen die abgehobenen Eliten und ihre ungerechte Politik polemisieren.

Die Ampelkoalition zerbrach im November 2024 nicht zuletzt an der Frage, wie sich ihre klimapolitischen Ziele im Kontext einer in der Koalition umstrittenen Schuldenbremse finanzieren lassen. Dieser Konflikt hatte im Frühjahr 2023 mit dem allgemein oft »Heizungsgesetz« genannten Gebäudeenergiegesetz (GEG) einen ersten erkennbaren Höhepunkt erreicht: Während SPD und

Grüne den Umstieg auf Wärmepumpen mit Förderprogrammen aus dem Klima- und Transformationsfonds sozial abfedern wollten, pochte die FDP auf Haushaltsdisziplin und verweigerte zusätzliche Ausgaben. Ausgelöst durch einen Bericht der Bild-Zeitung vom Februar 2023 wurden die (wahrscheinlich gezielt durchgestochenen) Gesetzesentwürfe als neuerlicher Beleg für eine übergriffige grüne »Verbotspolitik« gedeutet, in der Öffentlichkeit emotional diskutiert und heftig kritisiert (Jost/Mack/Hillje 2024).

Im Rahmen aufgeheizter Berichterstattung verfestigte sich unter dem Stichwort »Heiz-Hammer« die populistische Lesart, die »Lastenfahrrad fahrenden Stadteliten« hätten sich sowohl gegen die ländlichen Eigenheimbesitzer verschworen als auch gegen Menschen mit geringem Einkommen in den Großstädten, die ihre Miete kaum mehr bezahlen können. Seither weht nicht nur den Themenkomplexen Klimaschutz und Energiewende hierzulande ein starker Gegenwind entgegen. »Windkraftanlage« und »Wärmepumpe« sind inzwischen emotional aufgeladene Stichwörter, die eine Abwehrreaktion auslösen – diskursive »Triggerpunkte« (Mau/Lux/Westheuser 2023), die sich in Demokratiedistanz übersetzen können.

Es stellt sich also die Frage, wie die »Mitte« in Deutschland auf dieses ideologische Angebot reagiert. Während der Klimawandel weiter voranschreitet, ist die (auch mediale) Aufmerksamkeit für das Problem dramatisch gesunken (Reif et al. 2024). In der Mitte-Studie 2022/23 vertrat noch über die Hälfte der Befragten eine klimapolitisch klar *progressive* Haltung, nur eine Minderheit hatte eine klimapolitisch *regressive* Meinung (Reusswig/Küpper 2023). Doch hat die Bedeutung des Themas Klimawandel und Klimaschutz in der Bevölkerung seitdem abgenommen und liegt im Sommer 2025 nur noch auf Platz vier hinter der Lage der Wirtschaft, Einwanderung und steigenden Lebenshaltungskosten. Zuvor lag das Thema lange auf dem ersten oder zweiten Platz (Hirndorf 2024). Andere Krisen sind in den Vordergrund gerückt. Um »Fridays-for-Future« ist es in der Öffentlichkeit ruhig geworden, und die Energiepolitik steht seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 ganz im Zeichen seiner Folgen (drohende Energieknappheit, Preissteigerungen, Kompensationsmaßnahmen). Eine prorussische Haltung zum Krieg gegen die Ukraine und damit verbundene Sorgen vor Energieknappheit be-

ziehungsweise Energiepreissteigerungen hängen mit einer klimapolitisch regressiven Haltung zusammen (Reusswig/Küpper 2023).

Kippt nicht nur das Klima, sondern mit ihm auch die Bedeutung des Klimaschutzes? Geht dies einher mit dem Kippen der Demokratie, für die der Schutz der Würde und Gleichwertigkeit aller wichtig ist? Wem ist dabei Gerechtigkeit ein tatsächliches Anliegen und wem dient das Gerechtigkeitsargument lediglich als Instrument, um den Klimaschutz zu blockieren? Wird über den Verweis auf Gerechtigkeit gar versucht, nicht nur den Klimaschutz, sondern auch das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie auszuhebeln? In der Mitte-Studie 2024/25 erkunden wir, wie Einstellungen zu Klimaschutz und Energiewende mit sozialer Gerechtigkeit, dem Vertrauen in die Problemlösefähigkeit der Demokratie und ihrer Institutionen sowie demokratiegefährdenden Einstellungen einhergehen.

7.1 Reale Ungerechtigkeiten, populistische Instrumentalisierung

Die weltweiten CO_2-Emissionen befinden sich, allen anderen aktuellen Krisen und Konflikten zum Trotz, auf einem Rekordhoch. Die »Coronadelle« von 2020 ist mehr als »ausgebügelt« (Friedlingstein et al. 2025). Schon heute sind die Folgeschäden durch den Klimawandel auch in Deutschland unübersehbar: Die Dürre- und Hitzesommer 2018 und 2019 haben knapp 35 Milliarden Euro an direkten und indirekten Schäden in der Land- und Forstwirtschaft sowie im verarbeitenden Gewerbe verursacht. Die Flut im Ahrtal 2021 führte zu Schäden in Höhe von rund 40 Milliarden Euro – meist in privaten Haushalten, im Bauwesen und an der Verkehrsinfrastruktur – und forderte viele Todesopfer. Bis zum Jahr 2050 werden für Deutschland Klimaschäden in Höhe von 250 bis 900 Milliarden Euro erwartet, je nach Klimawandelszenario und Anpassungsmaßnahmen (BMWK 2023). Weltweit wird der Klimawandel bis zum Jahr 2050 Schäden in Höhe von etwa 19 % des globalen Bruttosozialprodukts verursachen – sechsmal so viel, wie wirksamer Klimaschutz kosten würde.

Die Klimakrise wird sich in Deutschland negativ auf die Wertschöpfung, die Konsummöglichkeiten und den Schuldenstand auswirken (Stöver et al. 2025)

und damit auch die ohnehin knappen Haushalte weiter belasten. Auch die nicht monetarisierbaren Schäden sind bereits heute erheblich. In den zehn Jahren zwischen 2015 und 2024 starben in Deutschland etwa 41.000 Menschen an den Folgen von Hitze – deutlich mehr als etwa im Straßenverkehr mit knapp 28.000 Toten.[3] Aufgrund vermehrter Hitzeereignisse wird die Zahl der Hitzetoten weiter steigen (an der Heiden et al. 2025). Betroffen sind vor allem die (älteren) Ärmeren mit ohnehin schlechterer Gesundheit, die überhitzten Orten nicht entkommen können.

Die Klimakatastrophe schafft dabei Ungleichheit, weil es die Menschen global wie lokal ungleich trifft: Die Ärmsten im globalen Süden (die faktisch die wenigsten Emissionen verursachen) sind existenziell bedroht (Kotz/Levermann/Wenz 2024). Auch im globalen Norden leiden vor allem prekäre Gruppen schon heute unter steigenden Energiepreisen, Extremwetterfolgen oder Arbeitsplatzrisiken. Wohlhabende, die durch ihr individuelles Verhalten – wie etwa luxuriöse Mobilität – und unternehmerische Entscheidungen beziehungsweise Kapitalanlagen in CO_2-intensiven Branchen deutlich mehr Treibhausgasemissionen pro Kopf verursachen (Schöngart/Nicholls/Hoffmann 2025), leben derweil auf Kosten mittlerer und niedriger Einkommen. Gleichzeitig verfügen sie über die Mittel, sich den unmittelbaren Folgen der Klimakrise (bislang) vergleichsweise gut zu entziehen (Chancel/Bothe/Voituriez 2023).

Doch nicht nur die Folgen der Klimakrise, sondern auch die Klimaschutzmaßnahmen zu ihrer Bekämpfung verteilen Lasten asymmetrisch: Wer die meisten Emissionen verursacht, trägt nicht die Hauptlast der Kosten von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Dekarbonisierung. Höhere CO_2-Bepreisung von Kraft- und Heizstoffen trifft einkommensschwache Haushalte deutlich stärker: 2023 gaben Haushalte im untersten Einkommensdezil rund 12 % ihres Budgets für Energie aus, während es im obersten Dezil weniger als 4 % waren (Bundesnetzagentur/Löschel et al. 2024). Simulationsrechnungen zeigen, dass das verfügbare Einkommen armer Haushalte durch die CO_2-Bepreisung prozentual am stärksten geschmälert wird (DIW/Bach et al. 2025). Investitionspflichten

3 Destatis – Statistisches Bundesamt (2025). *Verkehrsunfälle in Deutschland*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Verkehrsunfaelle/_inhalt.html#238550 [Aufruf am 27.9.2025].

wie der Umstieg auf effiziente Heizsysteme haben das Potenzial, Haushalte mit geringen Rücklagen finanziell und organisatorisch zu überfordern.

Es gibt also jede Menge politischer Sachprobleme, um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nicht zu einem Zielkonflikt werden zu lassen. Im Wahlkampf 2024/25 spielten klima- und energiepolitische Sachfragen aber keine große Rolle (Santarius/Weissenberger 2025). Stattdessen wurde das Narrativ eines sozial ungerechten Klimaschutzes bedient – bemerkenswerterweise aus politischen Richtungen, deren Hauptfokus üblicherweise nicht auf sozialer Gerechtigkeit und dem einkommensschwächeren Teil der Bevölkerung liegt, zum Beispiel von FDP und AfD. Klimaschutz wurde in diesen Diskursen als Klientelanliegen einer gesellschaftlichen Minderheit gebrandmarkt und in eine ideologische Ecke gestellt, auch wenn empirisch evident ist, dass der Klimawandel bereits starke Auswirkungen hat und perspektivisch alle Menschen betreffen wird.

»Polarisierungsunternehmer« (Mau/Lux/Westheuser 2023) – also politische Akteure, die bewusst Spaltungen provozieren, um daraus politisches Kapital zu schlagen – bringen große, identitätsstiftende und emotional aufladbare Begriffe wie Freiheit oder Gerechtigkeit gegen Maßnahmen des Klimaschutzes in Stellung, um ihre politischen Deutungen und Angebote durchzusetzen. In ihren Zuspitzungen werden Klimaschutzvorhaben als Angriff auf das »Volk«, den »kleinen Mann« oder die »wirtschaftliche Vernunft« gedeutet. In dieser Logik wird jede Emissions- oder Effizienzvorgabe zum Angriff auf die persönliche Freiheit, jede Umverteilungsmaßnahme zur Enteignung der vermeintlich Tüchtigen. Die entstehende Rhetorik funktioniert nach dem populistischen Muster, die Gesellschaft entlang einfacher Freund-Feind-Schablonen »wir gegen sie« zu polarisieren.

Die bedeutsame Zukunftsfrage der sozialen Gerechtigkeit von Klimaschutz und Energiewende steht, so die Kernthese dieses Kapitels, im Spannungsfeld zwischen faktischen Herausforderungen real existierender Ungleichheiten einerseits und populistischer Instrumentalisierung und Vereinnahmung andererseits. Beide Herausforderungen haben für sich genommen das Potenzial, den Boden für eine steigende Demokratiedistanz zu bereiten – doch insbesondere die Überdeckung des Realen durch das Symbolische birgt spezifische Risiken: Indem der

politische Streit um symbolische Freiheits- und Gerechtigkeitsdeutungen kreist, rücken reale Verteilungsfragen, Gerechtigkeitsdefizite und die Dringlichkeit ihrer politischen Bearbeitung in den Hintergrund. Die emotionale Polarisierung der Debatte macht es zudem schwieriger, legitime und sachliche Kritik vorzubringen. Dies kann das Vertrauen in die Problemlösefähigkeit und Gerechtigkeit der Demokratie erodieren lassen, weil politische Probleme nicht angemessen diskutiert und bearbeitet werden. So gefährdet der rechtspopulistische Angriff auf Klimaschutz und Energiewende nicht nur die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten, also die *materiale* Grundlage unserer Demokratie. Er gefährdet auch ihre *deliberative* Grundlage, also die Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte faktenbasiert, pluralistisch, gemeinwohl- und lösungsorientiert auszuhandeln, politische Kompromisse in der demokratischen »Mitte« zu schließen und jene Versprechen von Würde, Gleichwertigkeit und gesicherten Lebensgrundlagen einzulösen, die eine demokratische Ordnung tragen sollen.

7.2 Progressive und regressive Haltungen zu Klimaschutz und Energiewende

In der Mitte-Studie 2024/25 haben wir erneut Aussagen zu Klimaschutz und Energiewende erfasst, in denen sich grundsätzlich progressive beziehungsweise regressive klimapolitische Haltungen spiegeln (➞ Abb. 7.1).[4]

Es zeigt sich: Noch immer sieht eine Mehrheit der Deutschen den Klimawandel als eine Bedrohung für ihr Land, aber diese Mehrheit ist in den letzten zwei Jahren geschrumpft. In der Mitte-Studie 2024/25 halten nur noch 56 % der Befragten den Klimawandel für »eine große Bedrohung« für Deutschland, in den beiden Mitte-Studien 2020/21 und 2022/23 lag der Anteil noch jeweils bei rund 70 % Zustimmung. Zugleich lehnt heute ein Viertel der Befragten diese Feststellung ab, in den Vorjahren taten das nur etwa 10 %.

Die aktuelle Forschung zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen Klimasorge, wahrgenommener Selbstwirksamkeit und klimaschützendem Handeln.

4 Alle klimabezogenen Aussagen wurden einer zufälligen und ebenfalls für die Bevölkerung repräsentativen Hälfte der Befragten – also rund 1.000 Personen – zur Beantwortung vorgelegt (➞ Kap. 2).

So sind etwa Menschen, die sich stark um den Klimawandel sorgen, eher davon überzeugt, auch wirksam dagegen handeln zu können – und zeigen nach eigenen Angaben tatsächlich häufiger klimafreundliche Verhaltensweisen, etwa durch Veränderung des eigenen Lebensstils oder die Teilnahme an Klimaprotesten (Hanss et al. 2025). Bürgerbeteiligung an der Energiewende ist ein solches Handlungsfeld, in dem diese Selbstwirksamkeit praktisch wird. In der Mitte-Studie 2024/25 schließen sich 60 % der Befragten der Forderung an: »Die Energiewende braucht mehr Bürgerbeteiligung«, vor zwei Jahren waren dies mit 65 % noch etwas mehr. Beide Aussagen korrelieren positiv miteinander – das heißt, wer sich durch den Klimawandel bedrohter fühlt, fordert mit größerer Wahrscheinlichkeit mehr Bürgerbeteiligung und umgekehrt. Zusammengefasst interpretieren wir die Einschätzung der Bedrohung durch den Klimawandel und die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung bei der Energiewende als Zeichen einer grundsätzlich *klimaprogressiven Haltung*. In der Mitte-Studie 2024/25 ist diese im Vergleich zu vor zwei Jahren deutlich zurückgegangen.

Einstellungen zum Klimawandel und zur Energiewende 2024/25

»Progressive« Haltung
(**M** = 3,65; **SD** = 1,03; **n** = 1.014; **α** = ,42)

Der Klimawandel ist eine große Bedrohung für das Land.

Die Energiewende braucht mehr Bürgerbeteiligung.

»Regressive« Haltung
(**M** = 2,64; **SD** = 1,22; **n** = 1.013; **α** = ,69)

Im Moment können wir uns die Energiewende einfach nicht leisten.

Klimaschutz ist letztlich Ökoterrorismus gegen die Bevölkerung.

Belastung durch Klimaschutz

Klimaschutz darf nicht zulasten der Freiheit der Bürger gehen.

Klimaschutz darf nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen.

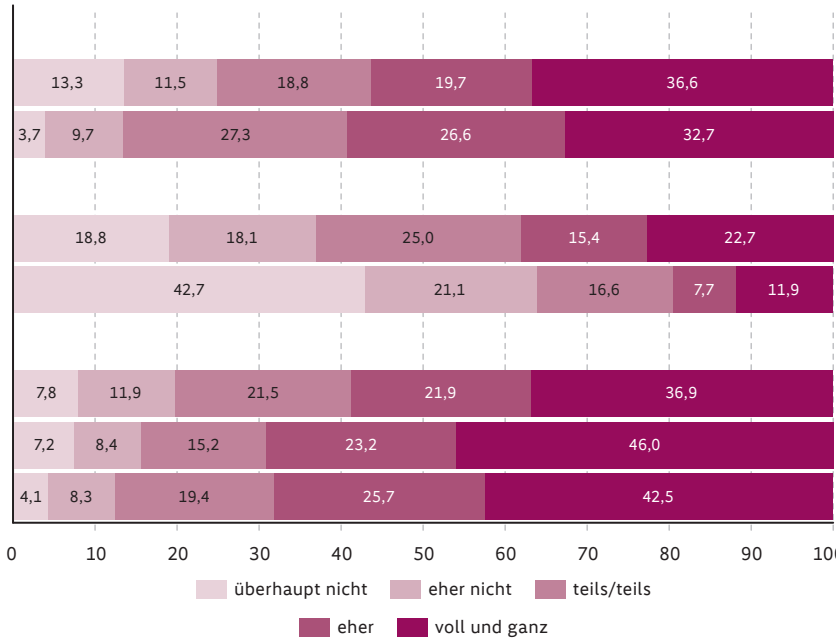
Menschen mit geringem Einkommen sollten vom Staat entlastet werden, wenn Klimaschutzmaßnahmen ihr Leben verteuern.

Anmerkungen Die Aussagen wurden den Befragten in randomisierter Reihenfolge vorgelegt. **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

Umgekehrt werten wir die Zustimmung zu der Aussage »Im Moment können wir uns die Energiewende einfach nicht leisten« als Hinweis auf eine *klimaregressive Haltung*. 38 % der Befragten der Mitte-Studie 2024/25 vertreten diese Auffassung; in der Mitte-Studie 2022/23 waren dies mit 40 % ähnlich viele. Während diese Meinung ein moderater und sachlich anmutender Ausdruck ist, den Klimaschutz – zumindest derzeit – aufgrund fiskalischer Beschränkungen nicht vorantreiben zu können, erfasst die deutlich drastischere Behauptung

(Angaben in gültigen Prozent)

Abb. 7.1



»Klimaschutz ist letztlich Ökoterrorismus gegen die Bevölkerung« ein populistisches Narrativ und spiegelt die generelle Ablehnung von Klimaschutz wider. Fast 20 % der Befragten folgen in der aktuellen Studie dieser Behauptung. 2022/23 waren dies mit 21 % nahezu genauso viele. Im Vergleich zu vor zwei Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die klimaregressiven Positionen zustimmen, also kaum verändert.

Im nächsten Schritt haben wir aus den jeweils zwei Aussagen einen zusammengefassten Indikator für klimapolitisch progressive beziehungsweise regressive Haltung zu Klimaschutz und Energiewende gebildet. Beide Einstellungen korrelieren negativ miteinander ($r = -,50$; $p < ,001$), das bedeutet, wer eine klimaprogressive Haltung hat, vertritt mit einiger Wahrscheinlichkeit keine klimaregressi-

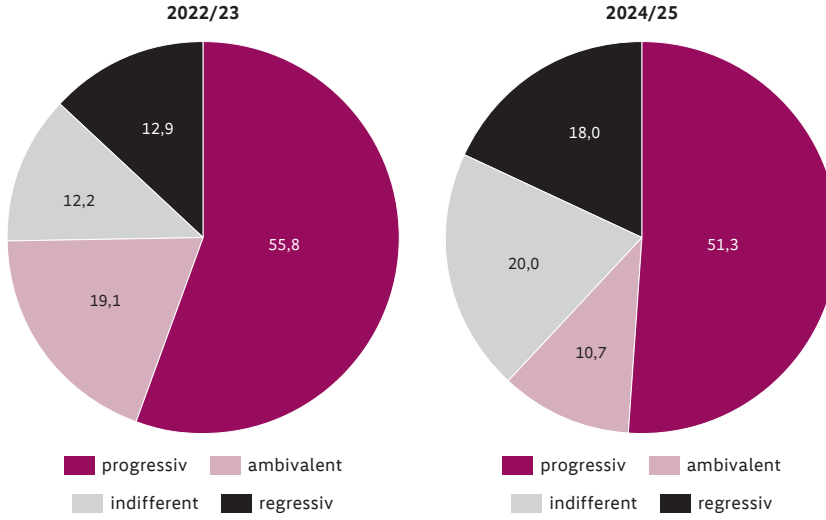
ve Meinung – und umgekehrt, wobei einige auch ambivalenter Meinung sind. Eine grundsätzliche Zustimmung zur Energiewende schließt zudem keineswegs aus, dass Menschen gleichzeitig mit der Umsetzung der Energiewende (etwa in einer Region oder in einem Sektor) unzufrieden sind, dass die konkreten Maßnahmen ihnen zum Beispiel zu teuer oder sozial ungerecht erscheinen (Teune et al. 2021). Bereits in der Mitte-Studie 2022/23 bildeten wir vier Typen ab, die sich aus der jeweiligen Zustimmung beziehungsweise Ablehnung zu klimapolitisch progressiver beziehungsweise regressiver Haltung zu Klimaschutz und Energiewende zusammensetzen (➞ Abb. 7.2): (1) Befragte mit Zustimmung zu *klimapolitisch progressiven* Einstellungen, die zugleich klimapolitisch regressiven Positionen wenig zustimmen, (2) umgekehrt Befragte mit Zustimmung zu *klimapolitisch regressiven* Einstellungen, die zugleich klimapolitisch progressiven Positionen wenig zustimmen, (3) Befragte mit *ambivalenter* Haltung, die beiden Positionen zustimmen, und (4) Befragte mit einer gegenüber Klima und Energiewende *indifferenten* Haltung, die also sowohl den klimapolitisch progressiven als auch den regressiven Aussagen wenig zustimmen.[5]

Die größte Gruppe bilden auch 2024/25 die klar Klimaprogressiven (51 %), ihr Anteil ist im Vergleich zu 2022/23 jedoch leicht gesunken. Die zweitgrößte Gruppe bilden 2024/25 nun die Indifferenten (20 %), deren Anteil im Vergleich zu 2022/23 deutlich gestiegen ist. Auch der Anteil der klar Klimaregressiven hat deutlich zugenommen (18 %), der der Ambivalenten hat sich mit knapp 11 % fast halbiert. Die Mehrheit in Deutschland vertritt also nach wie vor eine klimaprogressive Haltung. Offen regressive klima- und energiepolitische Einstellungen sind nach wie vor klar in der Minderheit. Im Vergleich zur Mitte-Studie 2022/23 schmilzt aber der Anteil einer ambivalenten Haltung zugunsten indifferenterer beziehungsweise eindeutig klimaregressiver Positionen ab. Diese Veränderung

5 Die Unterscheidung der Aussagen in eine grundsätzlich klimapolitisch progressive und regressive Haltung wird empirisch durch die explorative Faktorenanalyse (➞ Glossar) gestützt. Alle vier Aussagen laden sowohl in 2022/23 (56 % Varianzaufklärung) als auch in 2024/25 (53 % Varianzaufklärung) deutlich, jedoch gegenläufig auf einem Faktor. Wir haben uns dennoch für eine getrennte Typenbildung entschieden, um auch ambivalente und indifferente Haltungen deutlich machen zu können. Im Vergleich zu 2022/23 fügt sich die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung bei der Energiewende deutlich lockerer zu den anderen Aussagen, verselbstständigt sich gewissermaßen. Dies zeigt sich auch in der nun deutlich geringeren Korrelation mit der Aussage zur Bedrohung des Klimawandels (2022/23 r = ,49; 2024/2025 r = ,27).

Abb. 7.2

Typen klimapolitisch progressiver und regressiver Haltung 2022/23 und 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Für die Typenbildung wurde für den Vergleich ein verkürzter Indikator jeweils bestehend aus zwei Aussagen genutzt. Daher weichen die Prozentangaben hier für 2022/23 von denen in der Publikation der Mitte-Studie 2022/23 leicht ab.

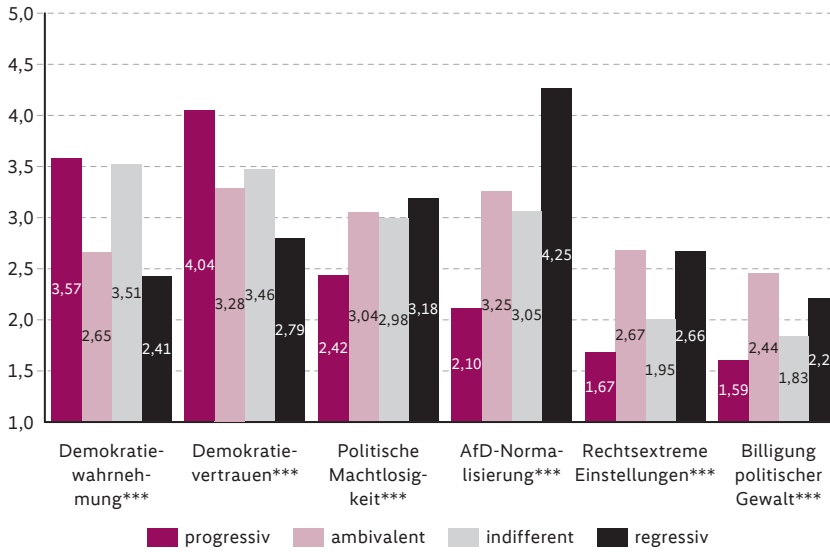
fügt sich in die Verschiebung des eingangs skizzierten Agendasettings ein – weg vom Thema Klimawandel, hin zur Abwehr von Klimaschutzmaßnahmen.

7.3 Klimapolitische Einstellungen und Demokratiedistanz

In der Mitte-Studie 2022/23 haben wir bereits einen Zusammenhang von klimapolitischer Haltung und Demokratiedistanz nachgezeichnet: Klimapolitisch Regressive vertrauen der Demokratie signifikant weniger als klimapolitisch Progressive, sie neigten häufiger zu Populismus und rechtsextremen Einstellungen und präferierten auffallend oft die AfD. Dem gehen wir in der Mitte-Studie 2024/25 noch einmal nach (➟ Abb. 7.3).[6]

Abb. 7.3

Klimapolitische Haltung und Demokratiedistanz in der Mitte-Studie 2024/25 (Mittelwerte)



Anmerkungen Angegeben sind die arithmetischen Mittelwerte der zusammenfassenden Indizes; je höher der Wert, desto größer die Zustimmung auf der 5-stufigen Antwortskala. Varianzanalyse zur Bestimmung signifikanter Unterschiede: *** = p < ,001.

Eine klimapolitisch progressive Einstellung geht 2024/25 mit einer *positiven Demokratiewahrnehmung* einher, nach der die Demokratie funktioniert und imstande ist, die Probleme der Menschen auf gerechte Art und Weise zu lösen. Ebenso korreliert sie mit mehr *Vertrauen in die Institutionen und Wahlen*. Um-

6 Die zur besseren Ausschöpfung der Stichprobe separat berechneten univariaten Varianzanalysen zeigen einen signifikanten Unterschied zwischen den vier Typen klimapolitischer Haltung, alle p < ,001; zur Prüfung der Unterschiede zwischen den vier Ansätzen wurden ergänzend Scheffé-Tests gerechnet (eine ergänzend berechnete multivariate Varianzanalyse bestätigt den Befund): Demokratiewahrnehmung F(3, 919) = 92,36 (regressiv = ambivalent < indifferent = progressiv); Demokratievertrauen F(3, 919) = 61,08 (regressiv < ambivalent = indifferent < progressiv); politische Machtlosigkeit F(3, 919) = 23,85 (progressiv < indifferent = ambivalent = regressiv); AfD-Normalisierung F(3, 919) = 164,25 (progressiv < indifferent = ambivalent < regressiv); rechtsextreme Einstellungen F(3, 889) = 155,74 (progressiv < indifferent < regressiv = ambivalent); Gewaltbilligung F(3, 910) = 50,15 (progressiv = indifferent < regressiv = ambivalent).

gekehrt hängt eine klimapolitisch regressive Einstellung eher mit einer negativeren Demokratiewahrnehmung und Misstrauen in die Demokratie zusammen. Entsprechend hohes Vertrauen in die Demokratie haben daher die klimapolitisch Progressiven, gefolgt von den Indifferenten. Signifikant geringer ist das Vertrauen der klimapolitisch Regressiven, gefolgt von den Ambivalenten. Bei den Progressiven ist zudem das Gefühl *politischer Machtlosigkeit* deutlich geringer ausgeprägt als bei den anderen Gruppen.

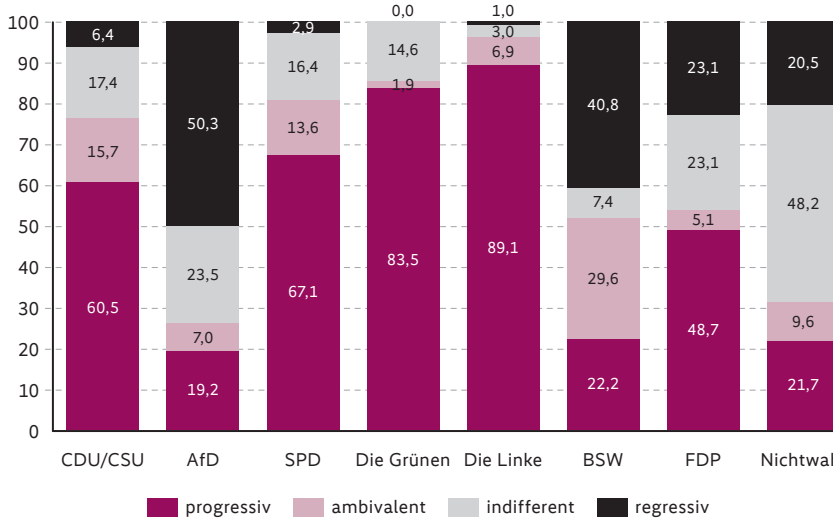
Umgekehrt geht eine klimapolitisch regressive Haltung mit der *Normalisierung der AfD* – also der Ansicht, die AfD sei eine Partei wie jede andere auch und ihre Argumente seien überzeugend (➟ Kap. 3) –, mit *rechtsextremen Einstellungen* (➟ Kap. 3) und der *Billigung politischer Gewalt* (➟ Kap. 3, Fokus) einher. Die Regressiven neigen am stärksten zur Normalisierung der AfD, die Progressiven am wenigsten. Unter den Regressiven und Ambivalenten ist die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen und zur Gewaltbilligung signifikant höher.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den vier Typen klimapolitischer Haltung in der Demokratiedistanz sehr klar und hoch signifikant. Durchweg gehen klimapolitisch Progressive besonders wenig auf Distanz zur Demokratie, klimapolitisch Regressive besonders stark.

Fragt man die Menschen nach ihrer *politischen Selbstverortung* im klassischen Links-Rechts-Schema, dann fällt auf: Von links nach rechts nimmt der Anteil der Klimaprogressiven ab, der Anteil der Klimaregressiven zu. Die klimapolitisch Regressiven fallen zudem durch ihre *Parteipräferenz* für die AfD auf. Die Hälfte würde der Partei ihre Stimme geben, wäre am nächsten Sonntag Bundestagswahl. Auffallend viele sagen auch, sie würden nicht wählen gehen (➟ Abb. 7.4). Auch die Ambivalenten neigen der AfD häufiger zu, als dies im Durchschnitt der Fall ist. Die klimapolitisch Progressiven würden, nicht überraschend, häufiger als andere den Grünen ihre Stimme geben. Umgekehrt gehören unter den Wähler:innen der Grünen fast alle zu den klimapolitisch Progressiven. Doch auch unter den Wähler:innen aller anderen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, überwiegt die klimapolitische Progressivität, mit Ausnahme der Wähler:innen von AfD und BSW. Zum Zeitpunkt der letzten Mitte-Studie gab es das

Abb. 7.4

Klimapolitische Haltung nach Parteipräferenz
(Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Abgebildet ist der jeweilige Anteil der vier Klimatypen in der jeweiligen Wählerschaft einer Partei. Die Reihenfolge der Parteien richtet sich nach dem Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl.

BSW noch nicht. Auf programmatischer Ebene vertritt es zwar einen moderaten Klimaschutz (»mit Augenmaß«) – im Unterschied zur AfD, die jeglichen Klimaschutz vehement ablehnt. Unter seiner Wähler:innenschaft versammelt es jedoch einen fast ähnlich hohen Anteil an Klimaregressiven (41 %) wie die AfD (50 %). Im Gegenzug können wir sehen, wie sich bei den Linken im gleichen Zeitraum der Anteil der Klimaregressiven verringert hat, während sich der Anteil der Klimaprogressiven erhöht hat.

7.4 Zur Frage der Gerechtigkeit von Klima- und Energiepolitik

Im nächsten Schritt geht es um die Frage der Gerechtigkeit von Klima- und Energiepolitik. De facto sind hier die Lasten ungerecht verteilt: Der Klimawandel trifft, wie wir eingangs skizziert haben, besonders ärmere Menschen. Gleiches gilt aber für die Lasten des Klimaschutzes, so wie er derzeit gestaltet ist.

Unter Befragten mit niedrigem Einkommen ist der Anteil der klimapolitisch Progressiven auffallend gering. Umgekehrt ist der Anteil der klimapolitisch Regressiven etwas und jener der Ambivalenten deutlich höher als unter Befragten mit mittlerem und höherem Einkommen (➡ Abb. 7.5).[7] Unter Befragten mit mittlerem Einkommen ist umgekehrt der Anteil jener, die sich gegenüber Klimaschutz und Energiewende progressiv positionieren, besonders groß und eine klimapolitisch regressive Haltung besonders selten. Unter Befragten mit höherem Einkommen ist dies ähnlich, allerdings stehen sie mit ihren Argumenten beim Klimaschutz etwas häufiger auf der Bremse als jene mit mittlerem Einkommen. Das populistische Narrativ, Klimaschutz würde nur von ökonomisch Bessergestellten gewollt, stimmt damit also nicht.

Gefühl von Gerechtigkeit, Anspruchsdenken und eine neoliberale Orientierung

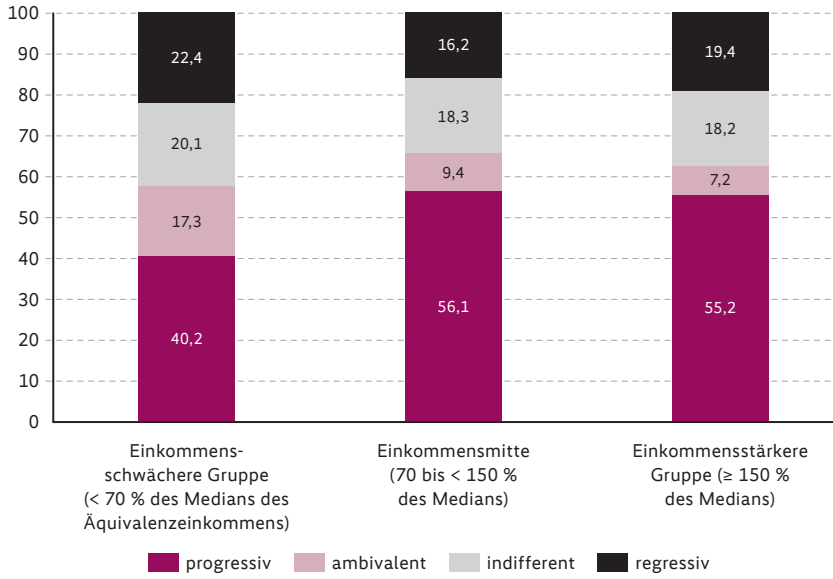
Deckt sich die Gerechtigkeitsvorstellung mit Blick auf die Klima- und Energiepolitik auch mit allgemeinen Gefühlen und Vorstellungen von Gerechtigkeit?[8] Vor allem eine klimapolitisch regressive Haltung korreliert negativ mit dem

7 In der Mitte-Studie werden Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 70 % des Einkommensmedians in Deutschland zu Personen mit niedrigem Einkommen gerechnet, jene mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 150 % des Einkommensmedians gelten als Personen mit höherem Einkommen, bei Personen mit mittlerem Einkommen liegt das Haushaltsnettoeinkommen zwischen 70 und 150 % des Einkommensmedians.

8 Pearson-Korrelationen: Klimapolitisch progressive/regressive Haltung mit dem Gefühl von Gerechtigkeit r = ,22/-,44; Anspruchsdenken r = - ,20/,31; marktförmigem Extremismus r = - ,18/,37; unternehmerischem Selbst r = - ,14/,30; alle p < ,001.

Abb. 7.5

Klimapolitische Haltung nach Einkommen
(Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Abgebildet ist der jeweilige Anteil der vier Klimatypen in den drei Einkommensgruppen.

Gefühl von Gerechtigkeit[9] – besonders viele klimapolitisch Regressive fühlen sich selbst im Großen und Ganzen eher nicht gerecht behandelt und glauben auch eher nicht, dass es insgesamt im Land gerecht zugeht. Umgekehrt teilen Klimaprogressive häufiger das Gefühl von Gerechtigkeit, sowohl mit Blick auf sich selbst als auch mit Blick auf das Land. Das generelle Gerechtigkeitsgefühl hängt jedoch überraschend wenig mit der Forderung zusammen, Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Einkommensschwächeren gehen, auch nicht mit der Forderung, diese Gruppe zu entlasten (Aussagen dazu ➟ Abb. 7.1). Zugleich geht eine klimapolitisch regressive Haltung mit einem Hang zu einer neoliberalen

9 Erfasst über die die Aussage »Ich fühle mich im Großen und Ganzen gerecht behandelt« und die Aussage »Insgesamt gesehen geht es in Deutschland gerecht zu«, die in die Demokratiewahrnehmung einfließen (➟ Kap. 5).

Orientierung (in der Mitte-Studie als *marktförmiger Extremismus* und *unternehmerisches Selbst* bezeichnet) und *Anspruchsdenken* (also der Haltung, einem selbst stünde mehr zu als anderen) einher. Klimapolitisch Ambivalente fallen ebenfalls durch besonders ausgeprägte neoliberale Orientierung und Anspruchsdenken auf (➟ Kap. 6). Beides ist bei den Progressiven besonders niedrig ausgeprägt, wobei auch die Indifferenten vergleichsweise wenig zu einer neoliberalen Orientierung neigen.

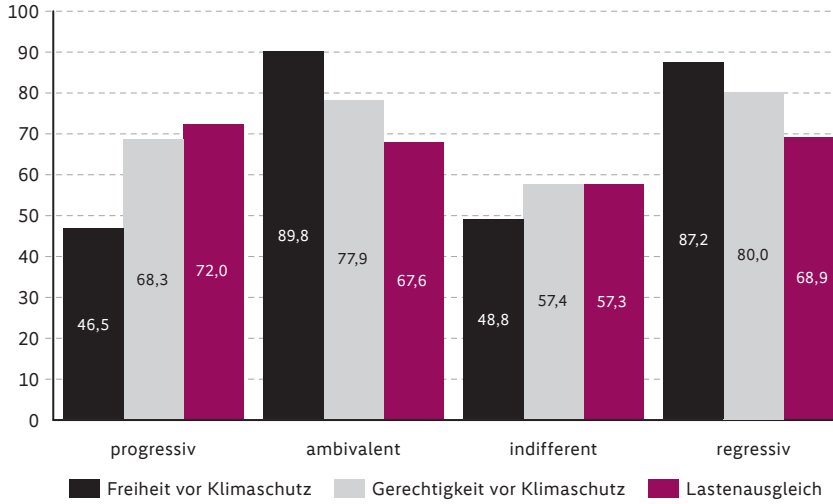
Klimaschutz contra Freiheit und Gerechtigkeit?

Um die Fragen zum Zusammenhang zwischen Vorstellungen von Klimaschutz und Gerechtigkeit sowie dem Anliegen, die Freiheit der Bürger:innen zu schützen, beantworten zu können, haben wir die Befragten außerdem um ihre Position zum *Abwägen des Klimaschutzes gegenüber Freiheit und Gleichheit,* zwei zentralen Werten der Demokratie, gebeten (➟ Abb. 7.1): *(A)* »Klimaschutz darf nicht zu Lasten der Freiheit der Bürger gehen.« Dieser Aussage stimmt mehr als die Hälfte (59 %) der Befragten zu. *(B)* »Klimaschutz darf nicht zulasten von Menschen mit geringen Einkommen gehen.« Dieser Aussage folgen über zwei Drittel (69 %) der Befragten. 38 % aller Befragten fordern beides – Klimaschutz dürfe weder zu Lasten von Freiheit noch von Gleichheit gehen.

Wer eine klar klimapolitisch regressive Haltung vertritt, fordert besonders häufig, Klimaschutz dürfe nicht zulasten der Freiheit der Bürger:innen gehen (dies tun 87 % dieses Typus). Zugleich fordern klimapolitisch regressiv Eingestellte auch besonders häufig, Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen (80 % dieses Typus) (➟ Abb. 7.6). Klimapolitisch Regressive bringen also sowohl Freiheit als auch Gerechtigkeit gegen den Klimaschutz in Stellung. Sehr ähnlich ist dies bei jenen mit klimapolitisch ambivalenter Haltung. Wer hingegen eine klimapolitisch progressive Haltung vertritt, will Klimaschutz seltener zulasten von Freiheit (46,5 % dieses Typus), aber auch nicht zulasten von Gerechtigkeit (68 % dieses Typus) aufgeben. Diejenigen mit klimapolitisch indifferenter Haltung sind insgesamt zurückhaltender mit ihren einschränkenden Forderungen in Bezug auf Klimaschutz.

Abb. 7.6

Klimapolitische Haltung und einschränkende Forderungen an den Klimaschutz (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Abgebildet ist jeweils die Zustimmung (eher/voll und ganz) zu den Aussagen aus Abb. 7.1: (A) »Klimaschutz darf nicht zulasten der Freiheit der Bürger gehen.« (B) »Klimaschutz darf nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen.« (C) »Menschen mit geringem Einkommen sollten vom Staat entlastet werden, wenn Klimaschutzmaßnahmen ihr Leben verteuern.«

Solidarische oder instrumentelle Klimagerechtigkeit?

Doch wem ist Gerechtigkeit ein tatsächliches Anliegen und wem dient das Gerechtigkeitsargument lediglich als Instrument, Klimaschutz zu blockieren? Mit der dritten Aussage *(C)* »Menschen mit geringem Einkommen sollten vom Staat entlastet werden, wenn Klimaschutzmaßnahmen ihr Leben verteuern« haben wir die Zustimmung zu einem staatlichen Lastenausgleich, der zusätzliche Belastungen für Personen mit geringem Einkommen kompensieren soll, erhoben. Einem solchen Lastenausgleich stimmen zwei Drittel der Befragten (68 %) zu, lediglich 12 % lehnen diesen eher ab, ein knappes Fünftel (19 %) ist hierzu ambivalent (➡ Abb. 7.1). Der recht großen Mehrheit der Befragten ist also soziale Gerechtigkeit beim Klimaschutz wichtig. Hierin unterscheiden sich die Befragten mit unterschiedlicher klimapolitischer Haltung kaum. Lediglich die Indifferenten fordern dies seltener.

Aus der Kombination der beiden Aussagen *(B)* (»Klimaschutz darf nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen«) und *(C)* (»Wenn Klimaschutz Mehrkosten verursacht, sollten Menschen mit geringem Einkommen gezielt entlastet werden«) lassen sich vier verschiedene Ansätze von Klima(un)gerechtigkeit ableiten, die jeweils unterschiedlich zur sozialen Kostenfrage des Klimaschutzes stehen und ermitteln, wie ernst es den Befragten tatsächlich mit der Gerechtigkeit ist.

Solidarische Klimagerechtigkeit (*B* Ablehnung/*C* Zustimmung, 12 % der Befragten). Wer die Notwendigkeit des Klimaschutzes erkennt und diesen nicht gegen damit einhergehende Lasten für Menschen mit geringerem Einkommen in Stellung bringt und wem die soziale Gerechtigkeit hierbei tatsächlich wichtig ist, der/die sollte dafür stimmen, Menschen mit geringem Einkommen von zusätzlichen Kosten durch Klimaschutzmaßnahmen zu entlasten. Diese Befragten akzeptieren, dass ehrgeiziger Klimaschutz zunächst alle Haushalte belasten kann, wollen aber einen aktiven Lastenausgleich für Einkommensschwächere. Sie befürworten zwar staatliche Entlastungsmaßnahmen für Personen mit geringerem Einkommen zur Kompensation für den Klimaschutz, wollen jedoch den Klimaschutz nicht vorweg daran scheitern lassen, dass er (auch) kleinere Einkommen belastet. Mögliche soziale Schieflagen, die durch die Klimapolitik entstehen, sollten demnach nicht durch eine Abschwächung dieser Politik, sondern durch zusätzliche, flankierende sozialpolitische Maßnahmen aufgefangen werden. Dieser Ansatz denkt Klimaschutz und gesellschaftlichen Ausgleich zusammen.

Inkonsequente Klimagerechtigkeit (*B* Zustimmung/*C* Zustimmung, 56 %). Hierunter fallen Befragte, die zugleich verlangen, Klimaschutz dürfe niemanden zusätzlich belasten *und* Einkommensschwache müssten entlastet werden. Dieser Ansatz spielt soziale Gerechtigkeit gegen Klimaschutz aus. Die Position ist insofern inkonsequent, als dass gerade ärmere Menschen schon jetzt, und erst recht in der Zukunft, am stärksten vom Klimawandel betroffen sind.

Kalte Klimagerechtigkeit (*B* Ablehnung/*C* Ablehnung, 18 %). Wer zwar die Aussage *(B)* ablehnt, Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen, jedoch zugleich einen Lastenausgleich bei Mehrbelastung durch Klimaschutzmaßnahmen ablehnt *(C)*, teilt eine *kalte Klima-*

gerechtigkeit. Diese Befragten blenden die Lage und sozialen Folgen von Klimaschutzmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte aus, sie ist ihnen nicht bewusst oder egal.

Instrumentelle Klimagerechtigkeit (*B* Zustimmung/*C* Ablehnung, 14 %). Wer jedoch mit Aussage *(B)* fordert, Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen, zugleich aber Aussage *(C)* ablehnt, Menschen mit geringem Einkommen zu entlasten, dem scheint das Thema soziale Gerechtigkeit beim Klimaschutz doch nicht so wichtig zu sein. Der Verdacht liegt entsprechend nahe, dass soziale Gerechtigkeit beim Klimaschutz hier lediglich als Vorwand dient, um Klimapolitik auszubremsen. Der Ruf nach sozialer Fairness scheint ein ersichtlicher Vorwand: Man fordert, Klimaschutz dürfe niemanden belasten, lehnt aber genau die Entlastungsinstrumente ab, die Belastungen abfedern könnten. Gerechtigkeit wird somit instrumentell benutzt, um Klimapolitik zu bremsen oder ganz zu verhindern.

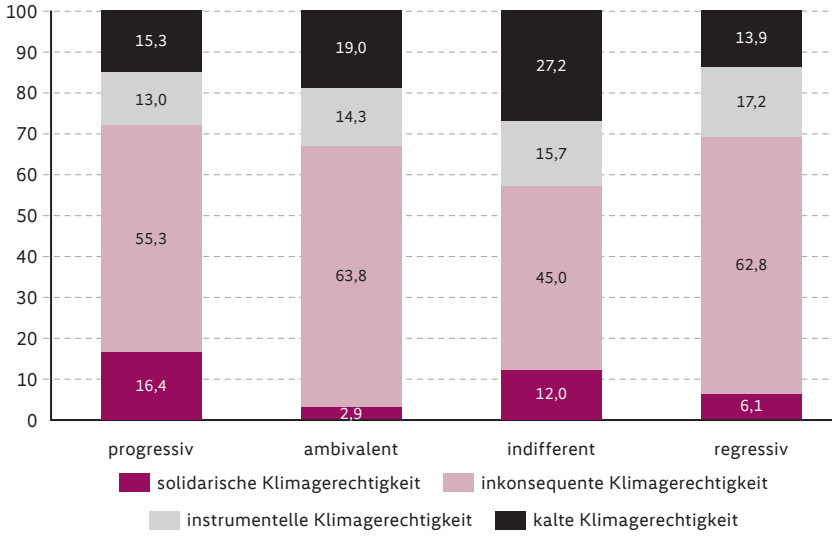
Kurzum: *Solidarische* Klimagerechtigkeit verbindet Klimaziele und Ausgleich, *inkonsequente* Klimagerechtigkeit bleibt kurzsichtig auf die geringere finanzielle Belastung Einkommensschwächerer beschränkt, *kalte* Klimagerechtigkeit ignoriert die Belastungen einkommensschwacher Haushalte durch Klimaschutzmaßnahmen und *instrumentelle* Klimagerechtigkeit nutzt den Verweis auf soziale Gerechtigkeit lediglich als Bremse, ohne diese aber ernst zu nehmen.

Befragte mit unterschiedlicher *klimapolitischer Haltung* fallen durch ein spezifisches Muster des Gerechtigkeitsbezugs beim Klimaschutz auf, wobei die Unterschiede absolut gesehen nicht sehr hoch sind (➟ Abb. 7.7).[10] Befragte mit klimaprogressiver Haltung teilen doppelt so häufig wie die klimapolitisch Regressiven einen Ansatz solidarischer Klimagerechtigkeit (16 % vs. 6 %), bei der sie aber, das wird hier deutlich, mögliche soziale Ungerechtigkeiten in Kauf nehmen. Befragte mit klimapolitisch regressiver (63 %) und ambivalenter (64 %) Haltung vertreten besonders häufig eine inkonsequente Klimagerechtigkeit. Es folgen jene mit progressiver klimapolitischer Haltung (55 %), denen Klima-

10 Das Muster der Klimagerechtigkeit nach Klimatypen unterscheidet sich insgesamt signifikant; $Chi^2(9, 993) = 42{,}28$; $p < {,}001$.

Abb. 7.7

Forderungen von Klimaschutzgerechtigkeit nach klimapolitischer Haltung (Angaben in gültigen Prozent)



schutz wichtig ist, die aber offenkundig dabei mit dem Thema soziale Gerechtigkeit hadern. Auffallend selten vertreten Befragte mit indifferenter Haltung (45 %), die also klimapolitisch insgesamt wenig positioniert sind, eine inkonsequente Klimagerechtigkeit. Befragte mit klimapolitisch indifferenter Haltung fallen hingegen durch eine kalte Klimagerechtigkeit auf (27 %). Befragte mit klimapolitisch regressiver Haltung teilen nur etwas häufiger den Ansatz einer instrumentellen Klimagerechtigkeit (17 %) als Befragte mit anderer klimapolitischer Haltung.

Auch das *Einkommen* spielt für die Beziehung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit eine erstaunlich untergeordnete Rolle, hier zeigen sich kaum Unterschiede in der Zustimmung zu den vier Ansätzen von Klimagerechtigkeit.[11]

11 Das Muster der Klimagerechtigkeit nach Einkommen unterscheidet sich insgesamt signifikant; $Chi^2(6, 897) = 28{,}50$; $p < ,001$. Häufigkeiten der vier Ansätze der Klimagerechtigkeit bei Befragten mit niedrigem/mittlerem/höherem Einkommen: solidarische (7/14,5/9 %), inkonsequente (59/57/48 %), kalte (23/13/23 %), instrumentelle (10,5/16/19 %) Klimagerechtigkeit.

Eine solidarische Klimagerechtigkeit, die den Klimaschutz nicht am Einkommen scheitern lassen will, sich aber für einen Lastenausgleich für Personen mit geringerem Einkommen einsetzt, befürworten 14 % der Befragten mit einem mittleren Einkommen, hingegen nur 9 % der Befragten mit höherem Einkommen und – auffällig wenige – 7 % der Befragten mit niedrigem Einkommen.

Eine inkonsequente Klimagerechtigkeit wird mit 48 % vergleichsweise seltener von Befragten mit höherem Einkommen geteilt. Eine instrumentelle Klimagerechtigkeit verfolgen mit 19 % insbesondere Befragte mit höherem Einkommen. Eine kalte Form der Klimagerechtigkeit, die zwar den Klimaschutz nicht zulasten des Einkommens aufgeben will, aber auch keinen Lastenausgleich anstrebt, wird mit 13 % am seltensten von Befragten mit mittlerem Einkommen geteilt. Fast doppelt so häufig (23 %) folgen Befragte mit höherem Einkommen diesem Ansatz, offenkundig ist ihnen die Rücksicht auf jene mit geringerem Einkommen beim Thema Klimaschutz weniger wichtig. Warum aber auch fast ein Viertel der Personen mit niedrigerem Einkommen diesem Ansatz folgt (ebenfalls 23 %), ist überraschend, geht eine kalte Klimagerechtigkeit klar gegen ihre Interessen. Wir vermuten, diese Befragten haben dies möglicherweise nicht ganz im Blick, denn es sind unter den Befragten mit niedrigem Einkommen die weniger gut Gebildeten, die eine kalte Klimagerechtigkeit vertreten, während diejenigen mit höherer Bildung dies besonders selten tun.

Befragte mit geringem Einkommen teilen auffällig selten einen solidarischen Ansatz und noch etwas häufiger als andere einen inkonsequenten Ansatz der Klimagerechtigkeit. Aufgrund ihrer finanziellen Lage scheint es diesen Befragten zuvorderst wichtig zu sein, keine weiteren finanziellen Lasten tragen zu müssen. Ob sie derzeit schlicht nicht anders können oder es ihnen nicht bewusst oder egal ist, dass die Folgen des Klimawandels gerade für ärmere Menschen hart sind, muss offen bleiben.

7.5 Gerechtigkeit beim Klimaschutz und politische Positionierung

Die Forderung, Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Freiheit *(A)* und Personen mit niedrigem Einkommen *(B)* gehen, zugleich die Forderung, diese bei zusätzlichen Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen zu entlasten *(C)*, geht mit der *Parteipräferenz* einher.[12] Dass der Klimaschutz nicht zulasten der Freiheit der Bürger:innen gehen sollte, ist gerade den Wähler:innen der FDP wichtig, ebenso denen der AfD. Umgekehrt ist dies Wähler:innen der Grünen und Linken vergleichsweise weniger wichtig. Den Wähler:innen der AfD ist es zugleich wichtig, dass Klimaschutz nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen geht; dies ist auch den Wähler:innen der Linkspartei und nahezu allen Wähler:innen des BSW wichtig. Hingegen ist dies nicht so vielen Wähler:innen der Grünen wichtig. Mit Ausnahme der FDP ist es vielen Wähler:innen aller anderen Parteien wichtig, Einkommensschwächere zu entlasten, wenn Klimaschutzmaßnahmen ihr Leben verteuern. Die Wähler:innen des BSW fallen durch sehr verbreitete Zustimmungen zu allen drei Aussagen auf, was auch zu ihren klimapolitisch regressiven Einstellungen passt.

Solidarische Klimagerechtigkeit findet sich am ehesten bei Wähler:innen der Grünen (23 %) und der Linken (20,5 %), besonders wenig einerseits bei den Wähler:innen des BSW – hier steht womöglich die, wenngleich inkonsequente, Sorge um Einkommensschwächere im Vordergrund – und der FDP. Deren Wähler:innen fallen vor allem durch eine kalte Form der Klimagerechtigkeit auf, die auch von rund einem Viertel der Wähler:innen der Grünen und Nichtwähler:innen geteilt wird. Wähler:innen aller Parteien teilen (nahezu) mehrheitlich einen *inkonsequenten* Ansatz mit Blick auf Gerechtigkeit beim Klimaschutz. Mit Abstand die größte Verbreitung findet dieser Ansatz jedoch unter Wähler:innen des BSW. Auch Wähler:innen der AfD fallen hier durch verbreitete Zustimmung auf – beiden Wähler:innengruppen ist zugleich die Freiheit

12 Die Forderungen *(A)* Klimaschutz dürfe nicht zulasten der Freiheit, *(B)* Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Personen mit niedrigem Einkommen gehen und *(C)* nach Entlastung von Personen mit niedrigem Einkommen bei Klimaschutzmaßnahmen *(C)* nach Parteipräferenz CDU/CSU: 60/71/60 %; AfD: 73,5/77/68 %; SPD: 57/66/64,5 %; GRÜNE: 23,5/52/64 %; LINKE: 48/79/93 %; BSW: 90/97/97 %; FDP: 55/52,5/35 %; Nichtwahl: 9/52/69 %.

vor Klimaschutz wichtig. Ebenso folgen recht viele Wähler:innen der Linkspartei diesem inkonsequenten Ansatz, ohne aber Klimaschutz gegen Freiheit auszuspielen. Die Methode, soziale Gerechtigkeit *instrumentell* gegen mehr Klimaschutz in Stellung zu bringen, also ohne sich zugleich für einen Lastenausgleich für Einkommensschwächere einzusetzen, nutzen besonders häufig Wähler:innen der CDU/CSU und der FDP.[13]

Befragte der vier Ansätze von Klima(un)gerechtigkeit unterscheiden sich signifikant in allen Formen der Demokratiedistanz, wenngleich die Unterschiede absolut gesehen nicht sehr hoch sind.[14] Befragte, die einem solidarischen Ansatz von Klimagerechtigkeit folgen, haben die positivste Wahrnehmung von Demokratie mit Blick auf ihr Funktionieren und ihre Gerechtigkeit, neigen am wenigsten dazu, sich politisch machtlos zu fühlen, neigen am wenigsten zur Normalisierung der AfD, zu rechtsextremen Einstellungen und zur Billigung politischer Gewalt. Befragte, die den anderen Ansätzen folgen, unterscheiden sich weniger deutlich voneinander. Befragte mit einem kalten Ansatz, gefolgt von jenen mit einem instrumentellen Ansatz, fallen zudem durch ein vergleichsweise hohes Anspruchsdenken auf (in dem Sinne, ihnen stünde mehr zu als anderen). Die mit einem instrumentellen Ansatz zeigen zudem einen ausgeprägteren Hang zu einer neoliberalen Haltung (➟ Kap. 6).[15]

---

13 Solidarische/inkonsequente/kalte/instrumentelle Klimagerechtigkeit nach Parteipräferenz; $Chi^2(21, 868) = 112{,}93$, $p < ,001$: CDU/CSU: 7,5/52/21/19 %; AfD: 6/62/17/15 %; SPD: 15/50/19/16 %; GRÜNE: 23,5/41/23,5/12 %; LINKE: 20/72/1/7 %; BSW: 3/93/0/3 %; FDP: 2/31/46/20,5 %; Nichtwahl: 15/54/25/6 %. Aufgrund der kleinen Zellenbesetzung bei den kleinen Parteien ist das Ergebnis mit entsprechender Zurückhaltung zu interpretieren.

14 Die univariaten Varianzanalysen zeigen einen signifikanten Unterschied zwischen den vier Ansätzen von Klima(un)gerechtigkeit, alle $p < ,001$; zur Prüfung der Unterschiede zwischen den vier Ansätzen wurden ergänzend Scheffé-Tests gerechnet (eine ergänzend berechnete multivariate Analyse bestätigt den Befund): Demokratiewahrnehmung $F(3, 904) = 15{,}84$ (inkonsequent = instrumentell = kalt < solidarisch); Demokratievertrauen $F(3, 904) = 5{,}48$ (inkonsequent = instrumentell = kalt < solidarisch); politische Machtlosigkeit $F(3, 904) = 6{,}76$ (kalt = solidarisch = inkonsequent, inkonsequent = instrumentell); AfD-Normalisierung $F(3, 904) = 11{,}73$ (solidarisch < inkonsequent = kalt = instrumentell); rechtsextreme Einstellungen $F(3, 887) = 14{,}90$ (solidarisch < inkonsequent = kalt = instrumentell); Gewaltbilligung $F(3, 895) = 14{,}82$ (solidarisch < inkonsequent < kalt = instrumentell).

15 Univariate Varianzanalysen, beide $p < ,001$: Anspruchsdenken $F(3, 896) = 22{,}57$ (inkonsequent = solidarisch, solidarisch = instrumentell, instrumentell = kalt); marktförmiger Extremismus $F(3, 894) = 15{,}82$ (solidarisch = kalt = inkonsequent < instrumentell).

7.6 Kippt die Demokratie am Thema Klimaschutz?

Die Haltung zum Klimaschutz – progressiv oder regressiv – geht einher mit der Haltung zur Demokratie – demokratisch oder demokratiedistanziert: Befragte mit klimapolitisch regressiver Haltung sind in Bezug auf die liberale Demokratie distanziert. Besonders viele Wähler:innen der AfD und des BSW neigen zu einer klimapolitisch regressiven Position. Dieses Muster, das wir bereits in der letzten Mitte-Studie 2022/23 beobachtet haben, bestätigt sich 2024/25. Die Legitimität der Demokratie wird abhängig von ihrer wahrgenommenen Effizienz (wahrgenommene Problemlösefähigkeit der Demokratie) und Fairness (wahrgenommene Gerechtigkeit) offenkundig unterschiedlich bewertet. Effizienz und Fairness gelten als die Resilienzfaktoren der Demokratie – bröckeln diese, kann die Demokratie an einen Kipppunkt geraten, weil ihr das Vertrauen abhandenkommt (➠ Kap. 5).

Umso alarmierender ist der Rückgang einer klimapolitisch progressiven und die Zunahme einer klimapolitisch regressiven Haltung. Das Thema Klimaschutz rückt in den Hintergrund. Obwohl der Klimawandel in großen Schritten voranschreitet, wird er inzwischen als weniger bedrohlich eingeschätzt. Fatalismus, ein möglicher Gewöhnungseffekt und die Überlagerung mit anderen aktuellen Krisen könnten Gründe dafür sein.

Noch bedenklicher ist, dass die für eine Demokratie zentralen Werte von Freiheit und Gerechtigkeit von einigen der Befragten zur Abwehr von Klimaschutz in Stellung gebracht werden und so dem Misstrauen in die liberale Demokratie der Weg bereitet wird. »Polarisierungsunternehmer« verwenden einen instrumentellen Gerechtigkeitsbezug, um Klimaschutzmaßnahmen und – mittelbar – die Demokratie zu delegitimieren. Sie senken hierdurch das Vertrauen in die Demokratie. Menschen mit klimapolitisch regressiver Haltung nutzen hier beide Abwehrstrategien gegen Klimaschutz – die Forderung, Klimaschutz dürfe nicht zulasten der Freiheit gehen, was diesen Befragten besonders wichtig ist, aber auch die Forderung, Klimaschutz dürfe nicht zulasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen. Hier wird die soziale Gerechtigkeit adressiert. Allerdings ist es vielen dieser Befragten gleichzeitig wichtig, gegebenenfalls für einen Lastenausgleich zu sorgen. Ihnen liegen die Belange von Menschen mit

niedrigem Einkommen also durchaus am Herzen, sie sehen aber vor allem den Klimaschutz als Belastung, nicht den Klimawandel, obgleich dieser gerade Menschen mit niedrigem Einkommen trifft.

Insbesondere im klimapolitisch regressiven Spektrum ist die Legitimität der Demokratie auffallend geringer, weil sie als ineffizient (nicht funktionierend und problemlösend) und unfair (geringere wahrgenommene Gerechtigkeit) bewertet wird (➟ Kap. 5).

Diese Bewertung kann einerseits durch Polarisierungsunternehmer wie die AfD geschürt werden; befeuert wird dabei die pauschale Systemabwertung (im Sinne von *distrust*). Andererseits kann diese auch auf die tatsächliche (unfaire) Nichtbearbeitung realer Problemlagen zurückgehen. Hier geht es um sachliche Kritik – (*mistrust*) –, welche, wie eingangs beschrieben, durch polarisierende Diskurse erschwert werden kann (Mühlfried 2019; Grande/Saldivia Gonzatti 2025). Beim Klimaschutz geht es auch darum, »die ökologischen Arbeitsgrundlagen unserer Demokratie« zu erhalten (Neubauer 2025, S. 134). Das Festhalten an fossiler Energie stärkt Autokratien und schwächt individuelle Freiheitsrechte (Ekardt 2025). Das Plädoyer lautet, Ökologie und Demokratie zusammenzudenken (Richter/Ulrich 2024).

Befragte mit klimapolitisch rein progressiver Haltung spielen den Klimaschutz seltener gegen Freiheit aus. Sie bringen jedoch durchaus die Gerechtigkeit beim Klimaschutz ins Spiel. Vielen ist dabei der Lastenausgleich für Personen mit geringerem Einkommen wichtig. Dennoch fallen sie etwas eher als andere durch eine rein auf das Klima bezogene Gerechtigkeit auf – ihnen geht es vorrangig um den Klimaschutz.

Die Forderung von Freiheit und Gerechtigkeit kann als ein Ausdruck dafür verstanden werden, dass einem die Demokratie besonders am Herzen liegt. Sie kann aber in einigen Fällen auch ein Mittel sein, eine reaktionäre Haltung zum Ausdruck zu bringen und diese zu verdecken. Die Befunde legen nahe, dass insbesondere jene mit einem instrumentellen Bezug zu Klimagerechtigkeit mehr Distanz zur Demokratie haben, ihnen scheint es nicht nur weniger um Klimaschutz zu gehen, sondern auch nicht so sehr um die Demokratie. Dies ist eine

Herausforderung für eine Demokratie, die den Willen zu einem gewissen Miteinander braucht und Freiheit in kollektiver Verantwortung ermöglicht – nicht auf Kosten sozial Schwächerer.

Die Befunde legen aber auch nahe, dass der Vorwurf an die Adresse der Besserverdienenden, ihnen sei soziale Gerechtigkeit egal, nicht ganz von der Hand zu weisen ist, auch wenn er nur eingeschränkt zutrifft. In der Tat fallen die Besserverdienenden in der Mitte-Studie 2024/25 durch eine gewisse Ignoranz auf, sowohl gegenüber dem Klimawandel als auch gegenüber den Kosten des Klimaschutzes für Personen mit geringerem Einkommen. Es sind vor allem Bezieher mittlerer Einkommen, unter denen besonders viele eine klimapolitisch progressive Haltung und besonders wenige eine regressive Haltung vertreten und denen dennoch die Gerechtigkeit am Herzen liegt, indem sie für Lastenausgleich beim Klimaschutz eintreten. Aber der Anteil der klimapolitisch progressiv Eingestellten sinkt.

Bei all dem ist zu befürchten, dass die für die Demokratie so wichtigen Interessen von Menschen mit geringem Einkommen auf der Strecke bleiben. Es fällt auf, dass sie Klimaschutz häufiger als jene mit mittlerem Einkommen nicht nur mit Bezug auf Gerechtigkeit, sondern auch auf Freiheit zurückweisen. Die harten Lebensrealitäten des Alltags dieser Menschen dominieren und scheinen eine längerfristige Perspektive zu erschweren. Denn am Ende ist es der ärmere Teil der Bevölkerung, der vor allem die Lasten des Klimawandels tragen muss. Mangelnder Klimaschutz macht unfrei und ist ungerecht. Progressive Politik sollte daher davon Abstand nehmen, im Namen sozialer Gerechtigkeit für Einschränkungen beim Klimaschutz zu plädieren. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen vielmehr zusammengedacht und mit entsprechenden politischen Instrumenten angegangen werden. Mit der passenden Kommunikation eines konsequenten Handelns für mehr Klimaschutz ließe sich dafür in der Bevölkerung wohl auch Resonanz finden.

8 Raum, Daseinsvorsorge und Demokratie

Claudia Neu · Marco Eden · Beate Küpper

Entscheidet die Entfernung zur nächsten Bushaltestelle über den Erfolg der AfD? Schwächt die marode Infrastruktur das Demokratievertrauen? Fühlen sich Landbewohner:innen von der Politik vergessen und entfernen sich deshalb von der liberalen Demokratie, teilen gar rechtsextreme Positionen? Die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen der räumlichen Lebensqualität einschließlich der Daseinsvorsorge und Demokratie besteht, beschäftigt seit einigen Jahren auch die Wissenschaft. Berühmt geworden ist vor allem der Beitrag von Andrés Rodríguez-Pose (2018) »The revenge of the places that don't matter« [»Die Rache der Orte, die keine Rolle spielen«; eigene Übersetzung], in dem faktisches und gefühltes »Abgehängtsein« zusammenfließen. Auch in Deutschland mehren sich die Hinweise, dass nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, Demografie und Infrastrukturausstattung einer Region Demokratievertrauen und AfD-Präferenz beeinflussen (z. B. Salomo 2019, Stroppe 2023, Diermeier 2020, Bläsius/Bollrich/Overmeyer 2025, Heider et al. 2025), sondern auch die Wahrnehmung der regionalen Prosperität (Zentrum für Sozialforschung et al. 2024, BMWK 2024).

Nach wie vor besteht zum Teil eine erhebliche territoriale und soziale Ungleichheit auf dem Gebiet der Bundesrepublik, wie der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung belegt (Neu 2006, BMWK 2024). Zwar haben viele ostdeutsche Regionen in den vergangenen Jahrzehnten beachtliche wirtschaftliche Aufholerfolge erzielt – dennoch verbreiten sich Gefühle des »Abgehängtseins« (Deppisch/Osigus/Klärner 2023) und des Verlustes (Reckwitz 2024). Wirtschaftliche Entwicklung und persönliche Lebenssituation scheinen sich von wahrgenommener Ungerechtigkeit und dem Gefühl der Missachtung zumindest in Teilen zu entkoppeln. Verlust- und Abstiegsängste gehen dabei Hand in Hand mit Transformationsverweigerung (Hövermann 2025). Hierbei scheint auch der Wunsch eine Rolle zu spielen, den hart erarbeiteten, guten Lebensstandard, die ländliche Lebensart und die Heimat gegen »die Städter« zu verteidigen. »Die Politiker im fernen Berlin verstehen das Land doch gar nicht!«, so der Vorwurf.

Die Bauernproteste im Winter 2024 waren dafür sinnbildlich. Die Bauern protestierten nicht nur gegen den Abbau der Agrardiesel-Subventionen, sondern kämpften mit dem Rücken zur Wand – so das offenkundig verbreitete Gefühl –, gegen alles, was ihre traditionelle Lebensweise herausfordert (Pieper 2025). Ihre Wut richtete sich dabei in populistischer Logik (Diehl 2017) pauschal gegen »die da oben«, die Ampelregierung, aber auch konkret gegen Links-Rot-Grün.

In der aktuellen Mitte-Studie 2024/25 gehen wir in einem ersten Schritt dem Zusammenhang von Raum, Daseinsvorsorge und Demokratie mit Blick auf die subjektiven Einschätzungen der regionalen Lage nach. Inwieweit hat die *Beurteilung des Lebens in der eigenen Region,* der *vergangenen Entwicklung* und der *regionalen Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen* einen Einfluss auf die Demokratiewahrnehmung und das Demokratievertrauen sowie rechtsextreme Einstellungen? Wir verfolgen hierbei zwei mögliche Thesen: Führt die Wahrnehmung einer mangelhaften Daseinsvorsorge (➟ Box 3) dazu, dass Menschen von der Demokratie abrücken? Wird also die fehlende beziehungsweise subjektiv als unzureichend erfahrene Daseinsvorsorge nicht nur zu einem faktischen Problem der Teilhabe, sondern zugleich zu einem Signal der Missachtung, das sich dann in Missachtung der Demokratie übersetzt? Oder nehmen umgekehrt Personen, die der Demokratie misstrauen, gar nach Rechtsaußen abgerückt sind oder ohnehin dort stehen, die Daseinsversorgung als besonders »mies« wahr?

In einem zweiten Schritt gehen wir einerseits der Frage nach, wie Transformationsgeschwindigkeit und -richtung wahrgenommen werden und ob sich raumstrukturelle Unterschiede zeigen. Sind die Landbewohner:innen transformationsskeptischer als die Städter:innen? Andererseits untersuchen wir, wie die Befragten das Interesse der Politik für den ländlichen Raum einschätzen. Verweist der vermeintliche kulturelle Gegensatz zwischen Stadt und Land tatsächlich auf unterschiedliche Werthaltungen mit Blick auf die liberale Demokratie oder spielt hier auch ein »Landpopulismus« eine Rolle, der in populistischer Logik das Land gegen die Stadt in Stellung bringt?

Sowohl bei der Frage der Lebensqualität einschließlich der Daseinsvorsorge als auch der Frage nach dem Transformationserleben beziehen wir zusätzlich den Wohnort in Stadt oder Land sowie Ost- oder Westdeutschland mit ein. Die

Peripherisierungs- und umfassenden Transformationserfahrungen in politischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Hinsicht werden vielfach für den Unmut im Osten und das Erstarken der in Ostdeutschland besonders erfolgreichen Rechtsaußenpartei AfD verantwortlich gemacht (➟ Kap. 8, Mittendrin).

8.1 Peripherisierungserfahrung

In den 2010er-Jahren reiste die amerikanische Soziologin Arlie Russell Hochschild in das Herzland der amerikanischen Rechten, nach Louisiana. Sie hörte dort fünf Jahre lang den »Tiefengeschichten« (*deep stories*) der enttäuschten Landbewohner:innen zu, den Aussortierten und Frustrierten, den Abgehängten und Ressentimentgeladenen. Sie erzählt in ihrem Buch »Fremd in ihrem Land« (2017) die Geschichten von Menschen, die sich um ihren amerikanischen Traum betrogen fühlen, dem Staat zutiefst misstrauen und sich der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung angeschlossen haben. Sowohl 2016 als auch 2024 machten vor allem die Wähler:innen aus den ländlichen Räumen des Mittleren Westens und des (heruntergekommenen, industriellen) *Rustbelt* (Rostgürtels) Donald Trump, der ihnen Aufmerksamkeit und neuen Stolz versprach, zum US-amerikanischen Präsidenten.

Nun sind die ländlichen Räume Deutschlands in ihrer Vielfalt nicht mit den US-amerikanischen Weiten gleichzusetzen. Doch längst haben sich – trotz wirtschaftlicher Angleichungsprozesse – in (entlegenen) ländlichen Räumen, nicht allein im Osten der Republik, infrastrukturelle, wirtschaftliche und kulturelle Verlustnarrative (Deppisch/Osigus/Klärner 2023) breitgemacht, die mit Wut und Häme gegen den Staat vorgetragen werden. Diese »Tiefengeschichten« erzählen von Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit, von Abwanderung und De-Infrastrukturalisierung, von der (missglückten) Transformation und dem Niedergang ganzer Regionen (➟ Kap. 8, Mittendrin). Dabei traf nach der Wiedervereinigung die Peripherisierung keineswegs nur entlegene ländliche Räume Ostdeutschlands, sondern auch ganze Stadtviertel und ehemalige Zonenrandgebiete, die nun bei offenen Grenzen zusehen mussten, wie der Aufschwung an ihnen vorbeizog (Neu 2006). Wer weggehen konnte, ging – in die nächste Stadt oder den Westen. Infrastrukturelle Leerstellen wie aufgegebene Ladengeschäfte, verwaiste Sportplätze und geschlossene Jugendklubs zeigten sich inmitten von

Quartieren, Stadtkernen und direkt am Dorfplatz. Zivilgesellschaft und Zusammenhalt zerbröselten regelrecht. In die demokratischen Nutzungsbrachen drangen vielerorts rechtsextreme Kräfte ein und besetzten diese Räume. Nicht selten wurde die verbliebene zivilgesellschaftliche Gegenwehr von rechten Schlägertrupps niedergeknüppelt und im Anschluss der Aufbau eigener Strukturen in Angriff genommen.

8.2 (Land-)Populismus

Hinsichtlich der Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 konnte erstmals auch in Deutschland ein klarer Zusammenhang zwischen Ländlichkeit und AfD-Wahl nachgewiesen werden (Klärner 2025): Die von mehreren Verfassungsschutzämtern als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei erhielt in sehr ländlichen Regionen die meisten Stimmen. Erst kürzlich wies die Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie zur Verdopplung der AfD-Wahlgewinne bei der Bundestagswahl 2025 darauf hin, dass die Rechtsaußenpartei besonders in ihren ländlichen Hochburgen (in Ost und West) zulegen konnte, das heißt in Regionen, in denen die AfD schon bei der Bundestagswahl 2021 mehr als 15 % der Stimmen auf sich ziehen konnte. Die Partei wurde also dort besonders häufig gewählt, wo sie bereits stark war, und konnte so ihre Stärke in der Fläche ausbauen (Hövermann 2025). Rechte Normalisierungsstrategien und rechte Raumgewinne zeigen allerdings nicht nur in ländlichen Regionen Wirkung. Auch in den transformationsgebeutelten nördlichen Regionen des Ruhrgebiets, wo in den Innenstädten die letzten Kaufhäuser von 1-Euro-Shops und Glücksspielhallen abgelöst wurden, gewann die AfD bei den jüngsten Kommunalwahlen mancherorts die meisten Stimmen. Populistische Narrative können hierbei direkt an Transformationssorgen, Ungerechtigkeits- und Benachteiligungsgefühle anknüpfen (untersucht bei Erwerbspersonen von Hövermann 2025) und in ländlicheren Regionen zugleich an eine hohe Heimatverbundenheit und Identitätssuche (Hedtke et al. 2024). Die tiefe Heimatverbundenheit und der verlorene »Arbeiterstolz« könnten in den nördlichen, prekär-städtisch-provinziellen Bezirken des Ruhrgebiets ähnliche Verlustgefühle erzeugen.

Der Populismus erzählt die Geschichte des »hart arbeitenden, rechtschaffenen (kleinen) Mannes«, der von den kosmopolitischen »korrupten Eliten« und den

»gefährlichen Fremden« betrogen und um das gebracht wird, was ihm zusteht (u. a. Mudde/Rovira Kaltwasser 2019; Diehl 2017; Küpper et al. in der Mitte-Studie 2020/21 und 22/23). Diese Erzählung erweist sich als hoch anschlussfähig für die alten simplifizierenden Erzählungen von Stadt-Land-Gegensätzen: Der Bauer respektive die ehrlichen Menschen auf dem Land, betrogen um ihre Träume und missachtet in ihrem Lebensstil, werden gegen »das woke[1] Berlin« in Stellung gebracht, das sie verachtet und ihnen das Leben mit Klimaschutz und Flüchtlingsheimen schwer macht. Diese Argumentation folgt der populistischen Grundlogik »wir gegen die Anderen« (Stadt gegen Land) – im Osten gekoppelt an ein »wir gegen den Westen« (Ost gegen West) – und bestärkt zugleich die Menschen in ihrer Sehnsucht nach Gemeinschaft und in ihrer Abneigung gegenüber weiteren Veränderungen nach vielen Jahren der Transformation. Im (aufgebauschten) Antagonismus von Stadt und Land spiegelt sich eben auch der Kampf um das »gute Leben«, das oft auf dem Land vermutet wird. Die ländliche Tradition wird gegen die urbane Moderne in Stellung gebracht. Wird dann die Lebensqualität auf dem Land nicht mehr als Idylle, sondern – auch aufgrund mangelnder Daseinsvorsorge – als »Abgehängtheit« wahrgenommen, könnte sich dies in der Haltung zur Demokratie und zu demokratischen Werten spiegeln, so unsere These.

Aus städtischer Sicht wird die Provinz idyllisiert, zugleich aber auch Provinzialismus vermutet, wo mangelnde Erfahrung mit »Fremden« zu einer generalisierten Abwertung von allen und allem, was als anders wahrgenommen wird, führt (u. a. Pettigrew 2011). Die weltoffenen, an universellen Normen orientierten »Kosmopoliten« werden dieser Einteilung zufolge, wie der Begriff schon sagt, eher in den Städten verortet und »Kommunitaristen«, die für Grenzschließungen, kulturellen Partikularismus und nationale Souveränität eintreten, eher auf dem Land (aber auch unter städtischen Arbeiter:innen) (de Wilde et al. 2019). Ähnlich die ideologische Gegenüberstellung der auf ihrer »Scholle verwurzelten« angeblichen »Somewheres« und den »ungebundenen, mobilen« angeblichen »Anywheres« (Goodhart 2017).

1 Zum Begriff »woke« siehe ➞ Kap. 1 Einleitung.

Schaut man auf die bisherigen empirischen Befunde, ist die Lage de facto jedoch komplexer und weniger eindeutig. Erst in der letzten Bundestagswahl 2025 zeigten sich eindeutige Zusammenhänge zwischen dem Grad der Ländlichkeit und den AfD-Wahlerfolgen. Zuvor waren es eher die weniger ländlichen Räume, die mit deutlichem AfD-Stimmenanteil auffielen (Klärner 2025). Auch finden sich bislang auf der Ebene der Einstellungen überraschend geringe bis keine Unterschiede zwischen Stadt und Land im Ausmaß *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (Babka von Gostomski/Küpper/Heitmeyer 2007; Küpper 2017) und *rechtsextremer Einstellungen* (vgl. vergangene Mitte-Studien). Populismus von Rechtsaußen und damit verbundene demokratiedistanzierte bis demokratiefeindliche Einstellungen sind, wie oben skizziert, vielmehr anschlussfähig an Gefühle des Verlustes und des »Abgehängtseins« sowie der Missachtung, die sich in einigen ländlichen wie städtischen Regionen verbreitet haben.

8.3 Die überwiegende Mehrheit bewertet die Lebensqualität in ihrer Region als gut

Wie beurteilen die Teilnehmer:innen an der Mitte-Studie 2024/25 das Leben in ihrer Region, die regionale Entwicklung und die regionale Daseinsvorsorge, also die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen? Alle dazu abgefragten Aussagen und Häufigkeiten finden sich in Abbildung 8.1. Drei Viertel der Befragten (77,5 %) sind der Ansicht, es lasse sich in ihrer Region gut oder sehr gut leben. Ein Fünftel (21 %) ist sich nicht ganz sicher und sieht bei der Einschätzung der eigenen Region Vor- und Nachteile. Lediglich eine Minderheit von 2 % teilt den positiven beziehungsweise durchwachsenen Eindruck nicht (schlecht: knapp 2 %, sehr schlecht: 0,5 %). Nahezu die Hälfte (47 %) der Befragten stellt der eigenen Region zudem ein positives Zeugnis im Hinblick auf die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren aus. Fast gleich viele sehen positive und negative Entwicklungen in der Vergangenheit, und 15 % nehmen Veränderungen der eigenen Region zum Schlechteren hin wahr.

Das Angebot und die Verfügbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge vor Ort tragen entscheidend zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei. Fehlt es an ärztlicher Versorgung oder Einkaufsgelegenheiten, so ist dies im täglichen Leben zu spüren und kann die Lebenszufriedenheit empfindlich beeinträchtigen.

Beurteilung von regionaler Lebensqualität, Veränderungen in Deutschland und regionaler sozialer Identität in der Mitte-Studie 2024/25 (Angaben in gültigen Prozent)

Beurteilung der regionalen Lebensqualität
(Mittelwertindex; **M** = 3,74; **SD** = 0,72; **n** = 1.999; **α** = ,71)

Nun geht es um die Region, in der Sie leben. Wie lebt es sich dort, alles in allem?

Denken Sie bitte an die allgemeine Versorgungslage in Ihrer Region, z. B. die Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Verkehrsanbindung und Einkaufsmöglichkeiten. Wie beurteilen Sie die Versorgungslage insgesamt?

Wie hat sich die Region, in der Sie leben, aus Ihrer Sicht in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Stadt/Land-Populismus

Viele politische Entscheidungen gehen am Leben auf dem Land völlig vorbei.

Geschwindigkeit der Veränderungen in Deutschland

Deutschland verändert sich. Was meinen Sie persönlich zu den Veränderungen?
Das Land verändert sich ...

Richtung der Veränderung in Deutschland

Das Land verändert sich in die richtige Richtung.

Regionale soziale Identität

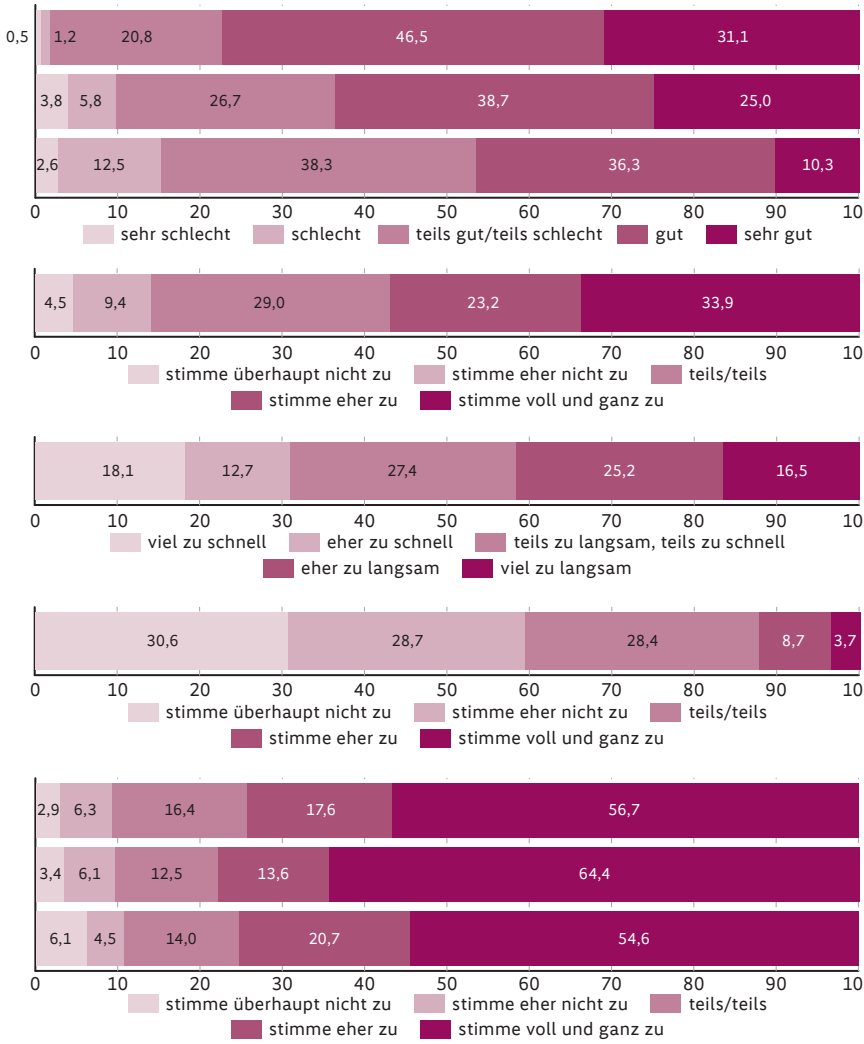
Ich fühle mich mit meiner Gegend sehr verbunden.

Ich fühle mich als Deutscher/Deutsche.

Ich fühle mich als Europäer/Europäerin.

Anmerkungen **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

Abb. 8.1


0,5
1,2
20,8
46,5
31,1
3,8
5,8
26,7
38,7
25,0
2,6
12,5
38,3
36,3
10,3
0
10
20
30
40
50
60
70
80
90
100
sehr schlecht
schlecht
teils gut/teils schlecht
gut
sehr gut
4,5
9,4
29,0
23,2
33,9
stimme überhaupt nicht zu
stimme eher nicht zu
teils/teils
stimme eher zu
stimme voll und ganz zu
18,1
12,7
27,4
25,2
16,5
viel zu schnell
eher zu schnell
teils zu langsam, teils zu schnell
eher zu langsam
viel zu langsam
30,6
28,7
28,4
8,7
3,7
2,9
6,3
16,4
17,6
56,7
3,4
6,1
12,5
13,6
64,4
6,1
4,5
14,0
20,7
54,6

Ein Viertel der Befragten (25 %) ist sehr zufrieden und mehr als ein Drittel (39 %) zufrieden mit dem Vorhandensein von regionalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Kinderbetreuung oder Gesundheitsversorgung. Ein gutes Viertel (27 %) sieht jedoch auch Versorgungslücken und antwortet mit »teils/teils«. Als schlecht oder sogar sehr schlecht beurteilen immerhin 10 % der Befragten das regionale Angebot der Daseinsvorsorge (schlecht: 6 %, sehr schlecht: 4 %).

Insgesamt sind die Menschen bemerkenswert zufrieden mit der Lebensqualität in der Region. So kann es kaum überraschen, dass sich drei Viertel (74 %) der Befragten ihrer Region sehr verbunden fühlen, auf lediglich 9 % trifft dies nicht zu. Die Verteilung der Antworten verändert sich nur ganz geringfügig, wird die Frage auf die Verbundenheit mit Deutschland und Europa ausgeweitet: Auch hier geben jeweils drei Viertel an, sich als Deutsche (78 %) und als Europäer (75 %) zu fühlen. Gut jeder Zehnte (D: 9,5 %, EU: 11 %) empfindet hier keine Verbundenheit.

Die Einschätzungen zum Leben in der Region und zur Daseinsvorsorge sind so eng miteinander verbunden, dass wir entschieden haben, sie zu einem Indikator *Einschätzung der Lebensqualität in der Region* zusammenzufassen.[2] Für die späteren Analysen unterteilen wir die Befragten in jenes knappe Drittel (31 %), das die Lebensqualität in ihrer Region vergleichsweise etwas schlechter einschätzt (wenngleich immer noch deutlich überdurchschnittlich) und die zwei Drittel (69 %), die die Lebensqualität in der Region als gut bewerten.[3] Es geht hierbei allein um die *subjektive Beurteilung*, nicht um die faktische Lage in der Region. Für die Interpretation der Befunde ist dies wichtig zu beachten.

---

2 Pearson-Korrelation zwischen der Einschätzung, wie es sich alles in allem in der Region lebt und der Daseinsvorsorge/der Einschätzung der Entwicklung der Region in den vergangenen zehn Jahren: r = ,40/,46; Einschätzung der Daseinsvorsorge/der Entwicklung der Region in den vergangenen zehn Jahren: r = ,47; alle p < ,001. Die interne Konsistenz der drei Aussagen überzeugt.

3 Hier haben wir zur Einteilung den Cut-off-Wert von ≤ beziehungsweise > 3,5 auf dem zusammenfassenden Indikator Lebensqualität in der Region gewählt. Befragte, die mit ihrer Einschätzung auf der Skala von 1 – 5 einen Wert bis 3,5 erreichen, werden in die Kategorie »schlechtere Lebensqualität« eingeteilt, Befragte mit Werten darüber in die Kategorie »gute Lebensqualität«.

Box 3

Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge umfasst die öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die Bürger für die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit benötigen. Zum Kern der Daseinsvorsorge gehören Energie- und Wasserversorgung, Stadtreinigung und Abwasserentsorgung, Mobilität und Kommunikation, Gesundheit und Bildung (Forsthoff 1938; Kersten 2022). Die daseinsvorsorgenden Infrastrukturen sind nicht lediglich Versorgungs- oder Vorsorgeleistungen, sie sind darüber hinaus entscheidende Motoren der sozialen und territorialen Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Denn sie wirken auf zwei Ebenen sozialer Ungleichheit entgegen: Einerseits sichern sie direkt auf das Individuum bezogene Leistungen des Sozialstaats durch Zugangsgarantien und Absicherung von Risiken (Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit), gesellschaftliche Teilhabe und freie Persönlichkeitsentfaltung. Andererseits zielt die räumliche Komponente dieses infrastrukturellen Integrationsversprechens (Stichwort: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse) auf die Verteilung, Erreichbarkeit und den Zugang zu daseinsvorsorgenden Leistungen auf dem gesamten Bundesgebiet.

8.4 Positive Bewertung der Lebensqualität auf dem Land, doch Kritik an der Daseinsvorsorge

Umfragen ergeben mit schöner Regelmäßigkeit, dass die Deutschen, ungeachtet ihrer tatsächlichen Wohnsituation, am liebsten auf dem Land oder zumindest in ländlicher Umgebung leben möchten. Das Leben in der (Groß-)Stadt erscheint nur noch wenigen als erstrebenswert.[4] Tatsächlich bewerten die Menschen die Lebensqualität in ihrer Region mit zunehmender Gemeindegröße

4 FAZ (2020): Auf dem Dorf ist es am schönsten, 09.02.2020; https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/immobilien-wohnen/sehnsuchtsort-dorf-16622444.html [Aufruf am 9.10.2025].

weniger gut (➟ Abb. 8.2)[5], wenngleich die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen nicht besonders hoch sind und auch nicht ganz linear verlaufen. So beurteilen zwar auch die meisten Großstädter:innen das Leben in ihrer Region positiv, doch noch zufriedener sind die Menschen, die auf dem Land leben. Befragte in mittelgroßen Städten und jene in kleinen Gemeinden (mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000 und unter 20.000) nehmen das Leben in ihrer Region etwas weniger positiv wahr. Sehr ähnlich ist das Muster bei der Einschätzung, wie sich aus Sicht der Befragten die Region in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat. Hier sehen die Bewohner:innen aus allen Gemeindegrößen eher positive Entwicklungen, nicht nur jene in den Großstädten, sondern auch den Kleinstädten. Ganz besonders positiv blicken Befragte in sehr kleinen Ortschaften (mit einer Einwohnerzahl unter 2.000) auf die Entwicklungen.

Umgekehrt verhält es sich allerdings mit der Bewertung der Daseinsvorsorge in der Region, die je nach Gemeindegröße deutlich unterschiedlich beurteilt wird – je größer die Gemeinde, desto besser wird diese bewertet, mit kleinen Abweichungen. Besonders gut wird die Daseinsvorsorge in Großstädten wahrgenommen, besonders schlecht auf den Dörfern. Auffallend negativ sehen allerdings die Bewohner:innen in den Kleinstädten ihre Daseinsvorsorge. Auch das Leben in ihrer Region allgemein beurteilen sie als weniger gut und sehen die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren weniger positiv.

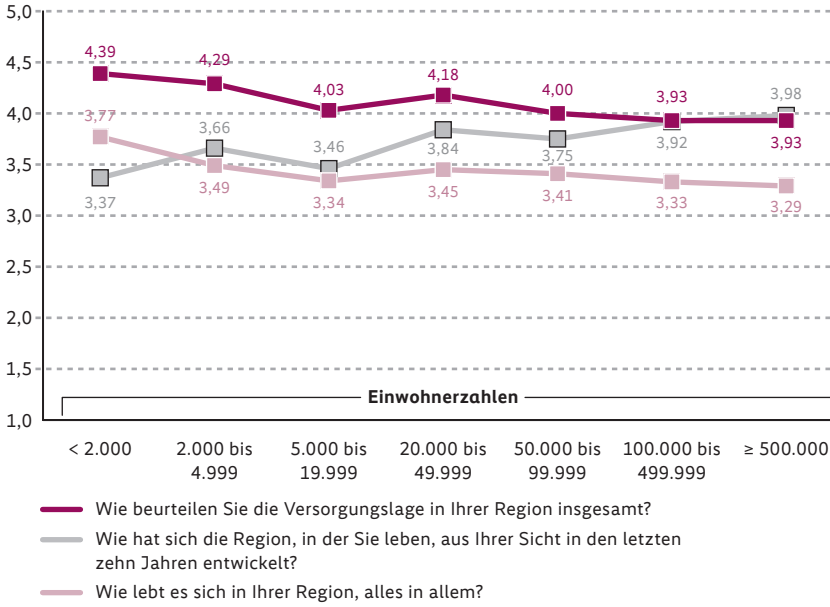
Zusammengefasster Indikator: Lebensqualität in der Region

Die Bewertung des Lebens in der Region unterscheidet sich also nach *Raumstrukturen*. Auf dem Land beurteilen die Bewohner:innen ihre Region positiver, auch wenn die Daseinsvorsorge als schlechter wahrgenommen wird. In der Stadt ist es genau andersherum, hier ist die Daseinsvorsorge subjektiv und objektiv

5 Gerechnet wurde eine multivariate Varianzanalyse mit der unabhängigen Variablen Gemeindegröße und den drei Indikatoren der regionalen Lebensqualität als abhängigen Variablen; $F(18, 4.899) = 11{,}04$; $p < {,}001$. Univariate Analysen: Beurteilung des Lebens in der Region (sehr schlecht – sehr gut), $F(6, 1.734) = 8{,}73$; Beurteilung der Daseinsvorsorge (sehr schlecht – sehr gut), $F(6, 1.734) = 11{,}79$; Beurteilung der Entwicklung der Region in den vergangenen zehn Jahren (sehr schlecht – sehr gut), $F(6, 1.734) = 3{,}13$); alle p mindestens $< {,}05$. Das Muster der Ergebnisse ist sehr ähnlich, wenn statt der Gemeindegröße nach Einwohnerzahl eine Einteilung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen (Kreiszugehörigkeit und Verdichtung) genutzt wird.

Abb. 8.2

Regionale Lebensqualität nach Gemeindegröße (Mittelwerte)



besser, das Leben und die Entwicklungen werden dort aber insgesamt etwas weniger positiv betrachtet. Nehmen wir den zusammengefassten Indikator »Einschätzung der Lebensqualität in der Region« (das Leben in der Region, die Entwicklung und die regionale Daseinsvorsorge), dann bleiben die Städter:innen insgesamt etwas positiver in ihrer Beurteilung: 71 % der Städter:innen und 65 % der Landbewohner:innen nehmen die Lebensqualität in ihrer Region insgesamt als gut wahr (Stadt: 29 % eher schlechter, Land: 35 % eher schlechter). Der Unterschied ist signifikant, aber nicht sehr groß.[6] Auffällig ist allerdings, dass Kleinstädter:innen ihre Lebensqualität insgesamt vergleichsweise niedriger einschätzen.

6 Der Unterschied zwischen Befragten in der Stadt und auf dem Land in der Beurteilung der Lebensqualität in ihrer Region ist signifikant; $Chi^2(1, 1.958) = 5{,}92$; $p < ,05$.

Ein knappes Fünftel der Befragten lebt im *Osten* Deutschlands (17,5 %), die große Mehrheit im *Westen* (83 %); dies entspricht ziemlich genau den Angaben des Statistischen Bundesamtes. Rund ein Viertel der Befragten lebt im ländlichen Raum, also in Kommunen von weniger als 20.000 Einwohner:innen. Der Osten Deutschlands ist deutlich ländlicher geprägt als der Westen, dies bildet sich auch in der Mitte-Studie 2024/25 ab. In Ostdeutschland leben 45 % der Befragten in Städten, 55 % in ländlicheren Regionen, in Westdeutschland leben 80 % der Befragten in den Städten, nur 20 % in ländlichen Regionen.[7] Ostdeutsche blicken insgesamt weniger zufrieden auf ihre Region als Westdeutsche: 62 % der Befragten in Ost- und 71 % der Befragten in Westdeutschland bewerten die Lebensqualität in ihrer Region insgesamt als gut; der Unterschied ist signifikant, aber absolut gesehen nicht sehr hoch.[8] Bei einer kombinierten Betrachtung nach Ost/West und Stadt/Land fällt jedoch auf: Befragte in den *Städten* in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich bemerkenswert wenig in der insgesamt positiven Beurteilung des Lebens in ihrer Region (➟ Abb. 8.3).[9] Doch während die Bewohner:innen auf dem *Land* im Westen ihre regionale Lebenssituation als besonders gut beurteilen – sie betrachten in der Tendenz auch die Entwicklungen in den vergangenen zehn Jahren am positivsten –, sind die Bewohner:innen auf dem Land im Osten vergleichsweise unzufriedener mit dem Leben in ihrer Region. Dabei wird die Daseinsvorsorge im Osten sowohl

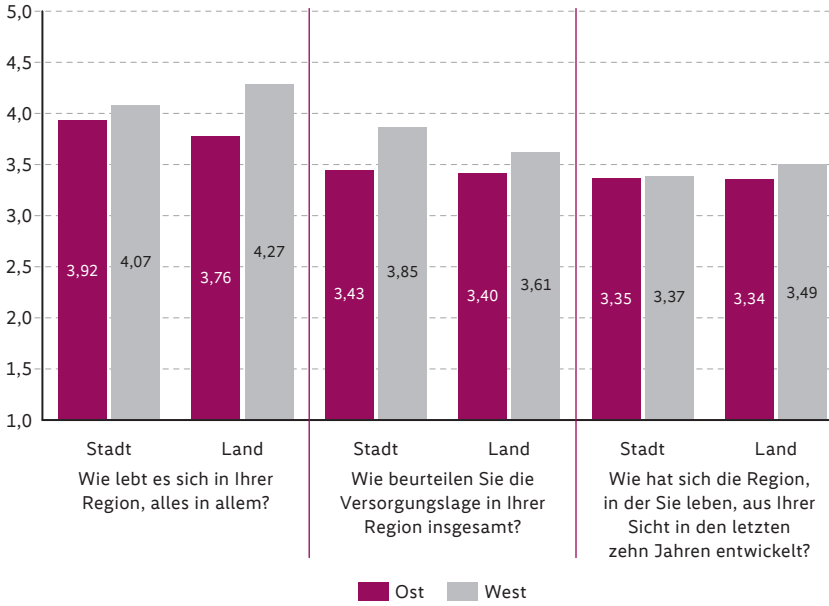
7 Der Unterschied in der Häufigkeit zwischen Befragten, die in Ost- beziehungsweise Westdeutschland in der Stadt und auf dem Land leben, ist deutlich und hoch signifikant; $Chi^2(1, 1.944) = 178{,}72$; $p < ,001$.

8 Der Unterschied zwischen Befragten aus Ost- und Westdeutschland in der Beurteilung der Lebensqualität in ihrer Region ist signifikant; $Chi^2(1, 1.981) = 9{,}96$; $p < ,001$. Im Übrigen sind Befragte, die im Osten aufgewachsen sind, aber im Westen leben, noch zufriedener mit ihrer regionalen Lebensqualität als diejenigen, die im Westen aufgewachsen sind und im Westen leben. Dies kann aufgrund der kleinen Stichprobengröße allerdings nur als ein erster Hinweis für die mögliche weitere Forschung gewertet werden.

9 Gerechnet wurde eine multivariate Varianzanalyse mit den unabhängigen Variablen Stadt-Land und dem Wohnort Ost-/Westdeutschland sowie den drei Aussagen zur Einschätzung der Lebensqualität in der Region als abhängigen Variablen. Multivariate Wechselwirkung zwischen beiden unabhängigen Variablen: $F(3, 1.721) = 6{,}96$; $p < ,001$; univariat erreicht diese allerdings lediglich bei einer Einschätzung der allgemeinen Lebensqualität in der Region das Signifikanzniveau. Multivariater Einfluss des Wohnorts Ost-/Westdeutschland: $F(3, 1.721) = 18{,}82$; $p < ,001$; univariat signifikant bei der Einschätzung der allgemeinen Lebensqualität und der Daseinsvorsorge in der Region. Multivariater Einfluss des Wohnorts Stadt/Land: $F(3, 1.721) = 3{,}24$; alle p mindestens $< ,05$; univariat signifikant bei der Einschätzung der Daseinsvorsorge in der Region.

Abb. 8.3

Regionale Lebensqualität nach Stadt/Land und Ost/West
(Mittelwerte)



Anmerkungen Zugrunde liegt jeweils eine 5-stufige Antwortskala; je höher der Wert, desto besser die jeweilige Beurteilung der Region.

auf dem Land als auch in den Städten schlechter bewertet als im Westen, wo diese in der Tendenz (wenngleich nicht signifikant) vor allem in den Städten besser beurteilt wird. Zusammengefasst bewerten 64 % der Befragten in Ostdeutschland im städtischen Raum und 60 % im ländlichen Raum ihre regionale Lebensqualität als gut. Im Westen sind dies sogar 72 % im städtischen und 68 % im ländlichen Raum. Weder im Osten noch im Westen unterscheidet sich die Bevölkerung auf dem Land und in der Stadt in ihrer Bewertung signifikant.[10]

10 Weder in Ostdeutschland noch in Westdeutschland zeigen sich signifikante Unterschiede in der Bewertung der regionalen Lebensqualität im städtischen und ländlichen Raum, der Gesamtunterschied nach Region ist signifikant, absolut gesehen aber gering; Chi2(1, 1.944) = 5,76; p < ,05.

8.5 Deutschland verändert sich für viele zu langsam, zudem auch noch in die falsche Richtung

Sind die Deutschen tatsächlich transformationsmüde, was vor allem den Ostdeutschen nachgesagt wird, und »kaum bereit für schmerzhafte Reformen«, wie jüngst eine Allensbach-Umfrage festhielt (Petersen 2025)? In der Mitte-Studie 2024/25 zeigen sich die Befragten durchaus offen für Veränderungen. Fast 42 % der in der aktuellen Mitte-Studie Befragten sind der Ansicht, Deutschland verändere sich zu langsam, 16 % geht es sogar viel zu langsam (➟ Abb. 8.1). Ein gutes Viertel (27 %) ist unentschlossen und sieht sowohl eine zu schnelle als auch zu langsame Entwicklung. Ein knappes Drittel (30 %) hingegen meint, die Veränderungen gingen zu schnell vonstatten (eher zu schnell: 12,5 %, viel zu schnell: 18 %).

Einig scheint sich eine überwiegende Mehrheit von 58,5 % zu sein, dass das Land sich nicht in die »richtige Richtung« entwickelt. 28 % sind sich nicht sicher, wie sie die Entwicklung einschätzen sollen, und lediglich 12 % sehen Deutschland hier auf einem guten Weg. Transformationsgeschwindigkeit und Transformationsrichtung scheinen aber eher unabhängig voneinander bewertet zu werden: Denn die Einschätzung der Befragten, die Transformation verlaufe zu schnell oder zu langsam, hängt so gut wie nicht mit der Beurteilung zusammen, ob sie aus ihrer Sicht in die richtige oder falsche Richtung geht (Korrelation $r = -,11$; $p < ,001$). In der Tendenz meinen jedoch jene, die die Transformation zu schnell finden, es gehe nicht in die richtige Richtung – und umgekehrt. Recht ähnlich verhält es sich mit dem Zusammenhang von »Einschätzung der Lebensqualität« und der Transformationsgeschwindigkeit: Die Beurteilung der Lebensqualität in der Region (egal, ob es allgemein um das Leben in der Region, die dortige Daseinsvorsorge oder Entwicklung geht), ist nahezu unabhängig davon, ob die Befragten die Veränderungen eher zu schnell oder zu langsam finden ($r = -,05$; $p < ,05$). Eine gute Einschätzung der regionalen Lebensqualität korreliert aber leicht positiv mit der Einschätzung, es gehe in die richtige Richtung ($r = ,25$; $p < ,001$).

Geht den Landbewohner:innen die Transformation zu schnell und den Städter:innen zu langsam? Die Ergebnisse überraschen ein wenig: Landbewohner:in-

nen im Osten und Städter:innen im Westen gleichen sich in ihrer Ansicht, die Veränderungen in Deutschland gingen *zu schnell*, während die Befragten auf dem Land im Westen und in der Stadt im Osten die Veränderungen in der Tendenz eher *zu langsam* finden. Ein ganz ähnliches Muster zeigt sich bei der Einschätzung, inwieweit sich Deutschland in die richtige Richtung entwickelt: Die Städter:innen im Osten sehen Deutschland besonders selten auf einem guten Weg – womöglich, weil ihnen zu wenig Entwicklung stattfindet. Haben wir es also im Osten mit (sehr) konservativen Landwohner:innen und (sehr) progressiven Städter:innen zu tun? Die Wechselwirkung zwischen den Regionen ist sowohl bei der Einschätzung der Geschwindigkeit als auch der Richtung der Transformation hoch signifikant.

8.6 Demokratiezugewandtheit oder -distanz ist auch eine Frage der regionalen Lebensqualität

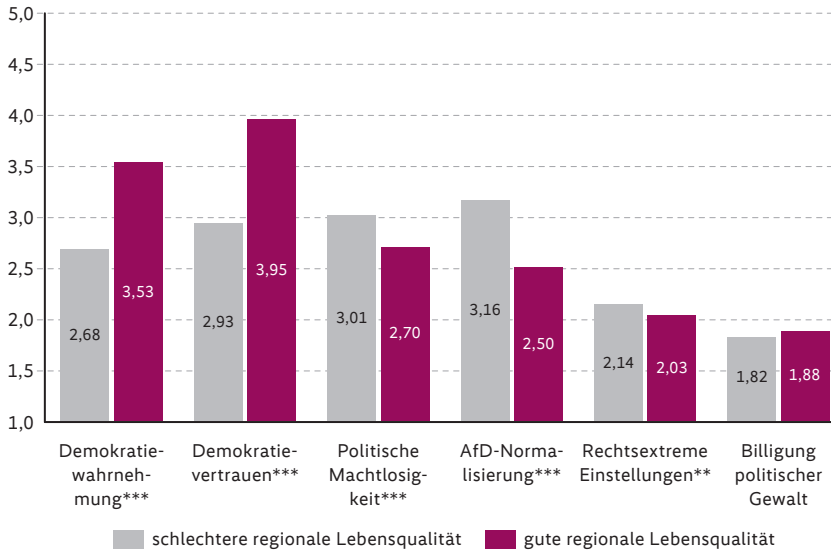
Wie Demokratie wahrgenommen wird und wie sehr man Demokratie vertraut (➟ Kap. 5), ist – dies war die These – auch davon abhängig, wie die Befragten das Leben in ihrer Region bewerten und wie gut sie sich mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen versorgt sehen.

Sehr klar zeigt sich: Befragte, die das Leben in der eigenen Region und die dortige Daseinsvorsorge als schlechter beurteilen, setzen weniger Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Gerechtigkeit der Demokratie, ebenso in ihre Institutionen und die korrekte Durchführung von Wahlen. Diese Befragten fühlen sich zudem politisch machtloser. Sie übersetzen dies eher in eine Normalisierung der AfD und neigen in der Tendenz eher zu rechtsextremen Einstellungen (➟ Kap. 3). Die Unterschiede in der Demokratiedistanz zwischen Befragten, die die Lebensqualität (zusammengefasster Indikator) in ihrer Region vergleichsweise niedriger beziehungsweise höher einschätzen, sind hoch signifikant (➟ Abb. 8.4). Lediglich in der Billigung politischer Gewalt unterscheiden sie sich nicht.

Auch die Meinung zur Geschwindigkeit und Richtung der Transformation hängt mit der Distanz zur Demokratie zusammen: Transformationsskepsis lässt das Vertrauen in die Demokratie schwinden. Wer meint, Deutschland verän-

Abb. 8.4

Demokratiedistanz nach der Beurteilung der regionalen Lebensqualität (Mittelwerte)



Anmerkungen Angegeben sind die arithmetischen Mittelwerte der zusammenfassenden Indizes; je höher der Wert, desto größer die Zustimmung auf der 5-stufigen Antwortskala. Varianzanalyse zur Bestimmung signifikanter Unterschiede: ** = p < ,01; *** = p < ,001.

dere sich zu schnell, und ebenso jemand, der meint, es gehe nicht in die richtige Richtung, wendet sich in allen Aspekten von der Demokratie ab.[11]

11 Pearson-Korrelationen in dieser Reihenfolge: Transformationsgeschwindigkeit (viel zu langsam – viel zu schnell) und Transformationsrichtung (»Das Land verändert sich in die richtige Richtung.« Ablehnung–Zustimmung) mit positiver Wahrnehmung einer funktionierenden und gerechten Demokratie: r = – ,09/,46; Demokratievertrauen: r = – ,12/,43; politischer Machtlosigkeit: r = ,09/-19; AfD-Normalisierung: r = ,14/,24; rechtsextremen Einstellungen: r = ,15/-17; Billigung politischer Gewalt: r = ,10/-07; alle p mindestens < ,05.

8.7 Politische Positionierung und Beurteilung der regionalen Lebensqualität

Führt die weniger gute Einschätzung der regionalen Lage und der Ausstattung mit Daseinsvorsorgeangeboten nun auf direktem Wege zur Wahl der AfD? Oder ist es etwa andersherum: Schätzen die AfD-Wähler:innen die regionale Lebensqualität schlechter ein als andere Wählergruppen?

Von dem knappen Drittel der Befragten, die die Lebensqualität in ihrer Region vergleichsweise schlechter beurteilen, würde ein Drittel (34 %) der AfD ihre Stimme geben, wären am nächsten Sonntag Bundestagswahlen. Die AfD ist unter diesen »unzufriedenen« Befragten die beliebteste Partei. Unter jenen, die die Lebensqualität in ihrer Region als gut beurteilen, würden nur 13 % für die Rechtsaußenpartei AfD votieren. Bei denjenigen Befragten, die positiv auf die regionale Lebensqualität blicken, ist die CDU/CSU die beliebteste Partei (24 %) (nicht abgebildet).

Auch wenn die AfD bei den mit ihrer regionalen Lage und Daseinsvorsorge Unzufriedenen die beliebteste Partei ist, so könnte der Zusammenhang auch umgekehrt bestehen. Tatsächlich schätzen Personen mit AfD-Parteipräferenz die Lebensqualität in ihrer Region deutlich seltener als (sehr) gut ein als Anhänger:innen anderer Parteien: Lediglich 47 % derjenigen, die vorhaben, der AfD ihre Stimme zu geben, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, beurteilen die regionale Lebensqualität als (sehr) gut, gefolgt von 56 % der Wähler:innen des BSW und 64 % der Linkspartei.

Nur Nichtwähler:innen beurteilen ihre regionale Lebensqualität noch seltener als gut (44 %). Im Vergleich dazu bewerten Wähler:innen der CDU/CSU (80 %), der SPD (83,5 %) und der Grünen (89 %) (die oft in Großstädten leben) und der FDP (77 %) ihre regionale Lebensqualität deutlich häufiger als gut. Noch deutlicher wird der Blick der AfD-Wähler:innen auf die Welt, wenn nur die Unzufriedenheit mit der *regionalen Daseinsvorsorge* betrachtet wird: Die AfD-Wähler:innen (und Nichtwähler:innen) sind besonders häufig (sehr) unzufrieden mit den regionalen Versorgungsangeboten. Jeweils 23 % beurteilen ihre Daseinsvorsorge als eher oder sehr schlecht (im Vergleich zu Wähler:innen

anderer Parteien: 4 % CDU/CSU; 4,5 % SPD; 3 % Grüne; 6 % Linke; 8 % BSW) (nicht abgebildet).[12] Zu vergleichbaren Ergebnissen kam kurz vor der NRW-Kommunalwahl eine Umfrage von infratest dimap (2025): Die AfD-Anhänger:innen bewerten im Vergleich zu anderen Parteianhänger:innen die Lebensbedingungen in den NRW-Städten und Gemeinden insgesamt am wenigsten wohlwollend und zeigten sich mit diversen Daseinsvorsorgeangeboten am unzufriedensten.

Die Häufigkeiten der Beurteilung der regionalen Lebensqualität als schlechter oder gut nach Parteipräferenz finden sich in Abbildung 8.5. Das Muster der Ergebnisse korrespondiert mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit (➟ Kap. 9), die sich auch in der Unzufriedenheit mit sämtlichen großen Politikfeldern zeigt (infratest dimap 2025).

8.8 Missachtet die Politik das Land und das Land die Demokratie?

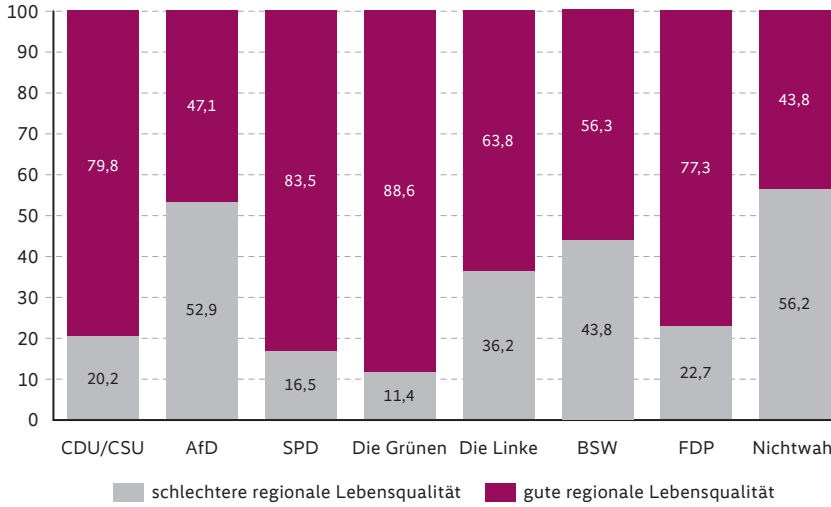
Zwischen Stadt- und Landbevölkerung zeigen sich nur leichte Unterschiede im Ausmaß der Demokratiedistanz.[13] Die Wahrnehmung der Demokratie ist in den westdeutschen *Großstädten* positiver, in den ostdeutschen Großstädten vergleichsweise negativer (wenngleich immer noch auf durchschnittlich mittlerem Niveau). Befragte, die im ländlichen Raum in Ost- beziehungsweise Westdeutschland leben, unterscheiden sich hingegen kaum voneinander. Sie nehmen die Demokratie insgesamt als mittelmäßig gut funktionierend und

12 Der Trend, dass eher rechte Parteipräferenzen mit weniger Zufriedenheit mit der regionalen Daseinsvorsorge korrelieren, spiegelt sich auch in der politischen Selbsteinschätzung: 19 % der Personen, die sich eher rechts einordnen, beurteilen die regionale Daseinsvorsorge als (sehr) schlecht, ebenso empfinden 11 % der Personen, die sich als politisch rechts einstufen (4 % links, 4 % eher links, 9 % Mitte).

13 Gerechnet wurden univariate Varianzanalysen mit den unabhängigen Variablen Stadt-Land und dem Wohnort Ost- und Westdeutschland; Interaktionen: Positive Demokratiewahrnehmung einer funktionierenden und gerechten Demokratie: $F(1,1.782) = 6,28$; $p < ,05$; Demokratievertrauen: $F(1,1.782) = 10,63$; $p < ,001$; univariat Stadt-Land: $F(1,1.782) = 9,11$, $p > ,01$; politische Machtlosigkeit: $F(1,1.780) = 3,54$; $p < ,1$; AfD-Normalisierung: $F(1,1.781) = ,09$, n. s.; univariat Ost-West: $F(1,1.881) = 8,91$, $p < ,01$; rechtsextreme Einstellungen: $F(1,1.748) = ,01$; n. s.; univariat Stadt-Land: $F(1,1.748) = 3,59$, $p > ,1$; Billigung politischer Gewalt: $F(1,1.769) = ,08$; n.s.; soweit nicht angegeben, keine weiteren signifikanten univariaten Effekte.

Abb. 8.5

Regionale Lebensqualität nach Parteipräferenz
(Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen Die Reihenfolge der Parteien richtet sich nach dem Wahlergebnis bei der letzten Bundestagswahl.

gerecht wahr; sie liegen mit dieser Einschätzung zwischen den Städtern im Osten (die sie etwas negativer bewerten) und Westen (die sie etwas positiver bewerten). Zugleich ist in den ostdeutschen Großstädten das Gefühl politischer Machtlosigkeit überraschend gering ausgeprägt. Hier mag die Erfahrung aus der Vergangenheit zum Eindruck politischer Selbstwirksamkeit beigetragen haben. Zu diesen Erfahrungen gehören sowohl die von Städten ausgehenden großen Montagsdemonstrationen im Osten, die das Ende der DDR herbeigeführt oder beschleunigt haben dürften, die Pegida-Demonstrationen in Dresden und vielen weiteren ostdeutschen Städten als auch Proteste gegen die Coronamaßnahmen. Dass populistisches und rechtsextremes Gedankengut vor allem dort verfängt und sich ausbreitet, wo bereits Geländegewinne erzielt wurden (Hövermann 2025), spiegelt sich auch in unseren Ergebnissen: Im Osten neigen die Befragten sowohl auf dem Land als auch in der Stadt signifikant eher zur Normalisierung der AfD.

Bereits frühere Mitte-Studien (etwa 2022/23) belegten allerdings, dass *rechtsextreme Einstellungen* nur geringen Raumbezug haben. In der aktuellen Befragung spielt weder das Wohnen auf dem Land oder in der Stadt noch die Region Ost- oder Westdeutschland eine Rolle für das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen. Der Anteil an Befragten mit manifest rechtsextremem Weltbild liegt bei Befragten auf dem Land und in der Stadt ähnlich niedrig. In der detaillierteren Betrachtung fällt jedoch auf, dass Befragte auf dem Land signifikant seltener Zustimmung zum Nationalchauvinismus und Sozialdarwinismus äußern oder eine Diktatur befürworten als Befragte in der Stadt ($p < ,05$), und zwar sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. In der Tendenz neigen die Befragten im Westen – und insbesondere die westdeutschen Städter:innen – etwas eher zu einer Verharmlosung des Nationalsozialismus ($p < ,1$) (eine ähnliche, wenngleich nicht signifikante Tendenz zeigt sich beim Antisemitismus). Hingegen fallen ostdeutsche Städter:innen durch eine signifikant höhere Fremdenfeindlichkeit auf ($p < ,001$).

Kann an der weitverbreiteten Demokratiedistanz auch das Desinteresse der Politik an ländlichen Räumen schuld sein? Ist die Politik der Grünen im vergangenen Bundestagswahlkampf auf dem Land auch deshalb krachend gescheitert, weil ihnen keinerlei Kompetenz in Fragen ländlicher Entwicklung zugeschrieben wird? Oder auch, weil die Grünen nur als die »woken Pedelec-Fahrer« wahrgenommen werden, die samstags am Berliner Winterfeldtmarkt Biogemüse einkaufen, doch vom »echten« Leben auf dem Land keine Ahnung haben? Wie sehen das die Befragten der Mitte-Studie 2024/25? Die Ansicht »Viele politische Entscheidungen gehen am Leben auf dem Land völlig vorbei« teilt mehr als die Hälfte (57 %) der Befragten. Nur 14 % sehen dies anders (28 % unentschieden). Bemerkenswert ist jedoch, dass Befragte auf dem Land und in der Stadt (in Ost- und Westdeutschland) diese Ansicht gleichermaßen teilen.[14] Bei der Beurteilung, wie sehr Politik das Landleben versteht, spielt die Lebensqualität in der Region wiederum eine Rolle – wer diese in Stadt oder Land, Ost

14 Gerechnet wurde eine univariate Varianzanalyse mit den unabhängigen Variablen Stadt/Land und Ost/West; Stadt/Land $F(1, 1.739) = ,80$; n. s.; Ost/West $F(1, 1.739) = ,00$; n. s.; Interaktion $F(1, 1.739) = 0,74$; n. s.

oder West als weniger gut beurteilt, meint eher, die politischen Entscheidungen gingen am Leben auf dem Land vorbei (Korrelation $r = -,29$, $p < ,001$).

Den Eindruck, die Politik interessiere sich ohnehin nicht für die Belange der Landbewohner:innen oder, schlimmer noch, die Politik fälle Entscheidungen gegen die Interessen des Landes, werten wir als einen Hinweis auf »Landpopulismus«. Wer sich genau in dieser populistischen »Stadt-gegen-Land«-Rhetorik äußert, neigt eher zu allen Facetten der Demokratiedistanz. Tatsächlich vermittelt dieser »Landpopulismus« einen Teil des Effekts, den die Beurteilung einer vergleichsweise schlechteren Lebensqualität für die Wahrnehmung einer funktionierenden und gerechten Demokratie hat. Ebenso vermittelt dieser »Landpopulismus« einen Teil des Einflusses, den die Wahrnehmung einer mangelnden Funktionsfähigkeit der Demokratie auf die Normalisierung der AfD hat. Er holt also tatsächlich einige Befragte ab.

Wir hatten weiter oben zeigen können, dass unter Befragten, welche die regionale Lage und Daseinsvorsorge als weniger gut wahrnehmen, besonders viele AfD-Wähler:innen zu finden sind und umgekehrt AfD-Anhänger:innen ganz besonders wenig mit der regionalen Versorgungslage zufrieden sind. Doch führt die schlechte Einschätzung der regionalen Versorgungslage auf direktem Weg in den Extremismus? Wie ein schrittweises Mediationsmodell deutlich macht, wird die Neigung zur Normalisierung der AfD im ersten Schritt tatsächlich durch die subjektive regionale Lebensqualität vorhergesagt, wie oben beschrieben. Das bedeutet, Personen, die ihre regionale Lebensqualität negativer beurteilen, normalisieren eher die AfD. Wird im zweiten Schritt das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Gerechtigkeit der Demokratie mit in das Modell aufgenommen, reduziert sich der Einfluss der regionalen Lebensqualität auf die Normalisierung der AfD. In einem dritten Schritt wird der Landpopulismus mit in das Modell aufgenommen, der für sich genommen einen starken Einfluss als Prädiktor für die Normalisierung der AfD hat. Nun reduziert sich der Einfluss der regionalen Lebensqualität noch weiter auf ein nun nicht mehr signifikantes Niveau, ebenso reduziert sich der Einfluss des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Der Einfluss der subjektiven regionalen Lebensqualität einschließlich der Daseinsvorsorge wird also zum einen über die als dysfunktional erlebte Demokratie vermittelt, zum anderen über Landpopulismus, der ebenfalls letztere beeinflusst.

8.9 Abschließende Betrachtung

Alles in allem lässt es sich nach Ansicht der in der Mitte-Studie 2024/25 Befragten gut in Deutschlands Regionen leben. Besonders zufrieden mit den allgemeinen regionalen Lebensbedingungen sind die Bewohner:innen kleiner Gemeinden. Diese positive Einschätzung trifft jedoch nicht auf die regionale Daseinsvorsorge zu: Dorf- und Kleinstadtbewohner:innen sehen sich weniger gut mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen versorgt als (Groß-)Städter:innen. Der Blick der Ostdeutschen auf Zustand und Entwicklung ihrer Region ist deutlich eingetrübt im Vergleich zum Westen. Ganz ähnlich wie andere aktuelle Studien (Bläsius/Bollrich/Overmeyer 2025), finden auch wir Zusammenhänge zwischen der weniger guten Einschätzung der regionalen Daseinsvorsorge und AfD-Parteipräferenzen. Dabei bestehen hier offensichtlich Wechselwirkungen: Befragte, die die regionale Daseinsvorsorge als weniger gut einschätzen, tendieren häufiger zur AfD als diejenigen, die die Versorgungslage in der Region als (sehr) gut bewerten. Umgekehrt beurteilen AfD-Anhänger:innen die regionale Daseinsvorsorge entschieden schlechter als alle anderen Wählergruppen. Allerdings führt eine schlechte Bewertung der Versorgungslage nur selten direkt zu extremistischen Ansichten, sondern wird vielmehr über die Wahrnehmung vermittelt, die Demokratie funktioniere nicht mehr richtig. Ohnehin ist deutlich zwischen in die Höhe schnellenden AfD-Wahlerfolgen und gesichert rechtsextremen Einstellungen zu unterscheiden. Finden wir in jüngster Zeit Zusammenhänge zwischen dem Grad der Ländlichkeit und AfD-Wahlerfolgen (Klärner 2025), so gilt dies nicht für Ländlichkeit und ein manifestes rechtsextremes Weltbild.

Erstaunlich einig sind sich die Befragten überall in Stadt und Land, Ost und West, dass Politik sich nicht für die Belange ländlicher Räume interessiert. Das glauben insbesondere die Befragten, die mit ihrer regionalen Versorgungslage nicht zufrieden sind. Auch zeigt sich, dass das wahrgenommene Desinteresse der Politik am ländlichen Raum mit allen Aspekten der Demokratiedistanz einhergeht. So untergräbt das Gefühl der Missachtung also das Demokratievertrauen.

Schließlich erweisen sich die Mitte-Befragten für Veränderungen mehrheitlich aufgeschlossen, und vielen geht die Entwicklung auch nicht schnell genug.

Jedoch sieht eine Mehrheit die Entwicklung in Deutschland in die falsche Richtung laufen. Dabei erweisen sich die ostdeutschen Landbewohner:innen eher als transformationsskeptisch, die ostdeutschen Städter:innen jedoch als besonders transformationsbereit. Offen muss an dieser Stelle bleiben, welche Art der Transformation die Befragten vor Augen haben – eher ökologisch-nachhaltig oder gar antidemokratisch. Im Hinblick auf den Grad der Ländlichkeit erfüllen die Befragten das beliebte Land-Klischee: Je ländlicher eine Region ist, desto häufiger nehmen ihre Bewohner:innen die aktuellen Veränderungen als zu schnell wahr und glauben, Deutschland entwickle sich in die falsche Richtung. Auch Ostdeutsche sehen die Bundesrepublik seltener auf einem guten Transformationspfad. Insgesamt betrachtet lässt sich sagen, dass diejenigen, denen die Transformation zu schnell und nicht in die richtige Richtung geht, häufiger von der Demokratie abrücken.

Wie lässt sich erklären, dass wir Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung der Daseinsvorsorge und dem Abrücken von der Demokratie messen können? Öffentliche Güter und Dienstleistungen ermöglichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Funktionieren diese Daseinsvorsorgeleistungen, die von Kommunen, ihren kommunalen Unternehmen, aber auch privaten Unternehmen und in Kooperation mit der Zivilgesellschaft bereitgestellt werden, nicht oder fehlen gar, dann ist der Mangel unmittelbar spürbar. Zudem existiert in Deutschland eine hohe Erwartung an die tadellose und pünktliche Bereitstellung dieser öffentlichen Angebote. Klappt das nicht, ist der Unmut groß, wie sich aktuell überall an Bahnsteigen oder in überfüllten Bürgerbüros der Stadtverwaltungen beobachten lässt. In vielen peripheren, insbesondere ostdeutschen Regionen, hat sich nicht nur die soziale Infrastrukturausstattung mit Freizeitangeboten und Orten der Begegnung, sondern auch die Stimmung verschlechtert – ein hervorragendes Einfallstor für Populist:innen, die hier mit der Erzählung des von der städtischen Politik-Elite um ihren traditionellen Lebensstil gebrachten Dörflers punkten.

Vor diesem Hintergrund scheint die Einsetzung des Sondervermögens Infrastruktur mit rund 500 Milliarden Euro ein richtiger Schritt zu sein. Allerdings wird entscheidend sein, wie viel bei den Kommunen – geplant sind 100 Milliarden in zwölf Jahren – ankommen wird und ob die Finanzhilfe aus dem

Sondervermögen auch tatsächlich für »zusätzliche« Investitionen verwendet wird und nicht zum Stopfen von kommunalen Haushaltslöchern. So braucht es ergänzend zum Sondervermögen Infrastruktur auch eine Reform der Kommunalfinanzen, damit die Kommunen ihren Aufgaben vor Ort nachkommen können – und im besten Fall wieder Geld für freiwillige Aufgaben wie Freibäder oder Jugendklubs haben.

Eine Politik für ländliche Räume, die diesen Namen auch verdient und keine verkappte Agrarpolitik ist, kann aktiv gegen »Landpopulismus« vorgehen und die Belange ländlicher Räume ernst nehmen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, nicht stets die Transformationsskeptiker in den Fokus zu stellen und politische Entscheidungen nach ihnen auszurichten, sondern die (demokratisch gesinnten) Transformationsbefürworter:innen zu stärken.

Mittendrin
In der Transformation im Osten

Fragen an Raj Kollmorgen

Herr Kollmorgen, wenn Sie von einer »Transformationsgesellschaft« sprechen: Was heißt das konkret und welche Ebenen gehören hier dazu?

Raj Kollmorgen: Transformationsgesellschaften befinden sich in einem spezifischen sozialen Wandlungsprozess, der sich durch Ganzheitlichkeit, Radikalität und eine bestimmbare Grundrichtung bei gleichzeitiger Offenheit auszeichnet: Eine Gesellschaft bewegt sich von einer Form zu einer substanziell anderen, sie transformiert sich. Dabei werden – wenn auch nicht zeitgleich – alle Gesellschaftsbereiche und Ebenen des Sozialen erfasst, insbesondere die Formen der Herrschaftsausübung, die Verteilungsmuster materieller Güter sowie die Interpretationsschemata von Welt, Gesellschaft und individuellem Selbst. Die Bildung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert stellte ebenso eine Transformation dar wie die postsozialistischen Umwälzungen in Ostmitteleuropa und der DDR nach 1989. Allerdings handelt es sich beim Postsozialismus um eine klar eingegrenzte Fallgruppe, deren Wandlungsmodus einen disruptiven, das heißt die alte Ordnung revolutionär zerstörenden Charakter trug. Diese Transformation in den ehemals staatsozialistischen Gesellschaften schloss darüber hinaus die grundsätzliche Absicht ein, die Institutionenordnungen der kapitalistischen Wohlfahrtsdemokratien des Westens nachzuahmen. Heute erleben wir eine sich beschleunigende, weltgesellschaftlich verfasste Transformation, die die Ordnungen und Kulturen der Nachkriegsepoche endgültig beendet und von den sozial-ökologischen Herausforderungen über geopolitische Verschiebungen bis zu krisenhaften Umwälzungen der liberalen Demokratien reicht. Wer die Probleme von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Deutschland verstehen will, muss diese weltgesellschaftlichen Formierungsprozesse in Geschichte und Gegenwart einbeziehen.

Eine These, die in den Feuilletons aufgegriffen wird, ist die, dass der Osten zu sehr unter dem Diktat des Westens stand und steht; zugespitzt, eine Erfindung des Westens ist. Ist also die Frage nach den »Besonderheiten im Osten« falsch gestellt, unpassend, unangemessen oder gar stereotypisierend? Oder ist der Osten doch keine Erfindung des Westens, sondern ein Raum mit eigener Prägung und Kultur?

Raj Kollmorgen: Sie haben recht, es gibt in Teilen der Öffentlichkeit mittlerweile einen Vorbehalt, überhaupt noch »Besonderheiten im Osten« sehen und markieren zu wollen, um sich nicht dem Verdacht einer Abwertung auszusetzen. Ich halte das sachlich und politisch für falsch, denn schon auf den ersten Blick stellt die ostdeutsche ›Großregion‹ einen eigentümlichen sozialgeografischen Raum mit spezifischer Geschichte und Prägung dar, so wie Bayern, das Saarland oder die flämische Region in Belgien. Was sollte daran »unangemessen« sein?

Von einer allgemeinen Regionalperspektive und deren Sinnhaftigkeit zu unterscheiden ist allerdings das Problem der deutsch-deutschen Ungleichheitsverhältnisse, weil es sich hier zusätzlich um die spezifischen Weisen und Folgen einer staatsrechtlichen Vereinigung vorher selbstständiger Gesellschaften, der (alten) Bundesrepublik und der – dabei deutlich kleineren und wirtschaftlich schwächeren – DDR handelt. Von einem »Diktat des Westens« kann hier aber schon deshalb nicht die Rede sein, weil wir eine föderale, parlamentarisch-repräsentative Demokratie besitzen, sodass die ostdeutsche Bevölkerung nicht nur auf der kommunalen, sondern auch auf der Länder- und Bundesebene seit der Vereinigung immer frei *ihre* Volksvertreter:innen wählte. Diese Repräsentant:innen stimmten offenkundig nicht nur bei den politischen Sachentscheidungen mit ab, sondern besetzten selbst wesentliche politische Führungsfunktionen oder entschieden mit über deren Besetzung. Dies zu formulieren, schließt die Feststellung einer langjährigen Dominanz westdeutscher Akteure in der Gestaltung der Einheit und ostdeutscher Wirtschafts- und Sozialverhältnisse aber keineswegs aus, sondern – jedenfalls für mich – ausdrücklich ein. Diese Dominanz gab es nicht nur, weil mit dem Beitritt der neuen ostdeutschen Bundesländer und Ostberlins am 3. Oktober 1990 eine erhebliche ökonomische Ressourcen-, aber auch Wissens- und Organisations- oder kurz: Machtasymmetrie zwischen (typischen) Ost- und Westdeutschen generiert und zugleich befestigt

wurde. Vielmehr fand parallel eine Entwertung praktisch alles Ostdeutschen statt und das Westdeutsche wurde zur Norm erhoben, an der sich die Ostdeutschen orientieren sollten, was viele Ostdeutsche zunächst auch so wollten. Ostdeutsche Kulturen erfuhren eine nachhaltige Subalternisierung, das heißt eine inhaltliche Abwertung gepaart mit unzureichenden Möglichkeiten für Ostdeutsche, sich selbst öffentlich breit und vorurteilsfrei äußern zu können. Um aber nicht missverstanden zu werden und wie schon angedeutet: In diesem sozialen Dominanzverhältnis waren Ostdeutsche nicht nur Objekte, sondern auch handelnde Subjekte. Die heute grassierende Schuldzuweisung für alles ostdeutsche Ungemach nach 1990 an die Adresse der Westdeutschen halte ich auch daher für falsch.

Zugleich habe ich mit dieser Problematisierung eine wichtige Dimension der »Besonderheiten im Osten« angesprochen: Die Friedliche Revolution 1989 und die eigentümlichen Positionierungen wie Erfahrungen nach der Vereinigung zeichnen die Biografien einer großen Mehrheit der Ostdeutschen ebenso aus, wie die Tatsache, dass bis heute eine beachtliche Bevölkerungsgruppe (der jetzt Über-50-Jährigen) auf eine Geburt, ja sogar längere Sozialisationsprozesse in der DDR-Gesellschaft zurückblickt. Das bedeutet eigensinnige, wenn auch nicht einheitliche Prägungen und kulturelle Muster. Der typische Osten ist aber auch strukturell – sozialgeografisch, demografisch, wirtschaftlich oder sozialstrukturell – anders als jedenfalls weite Teile des Westens: unter anderem ländlicher, älter, männlicher, ethnisch weniger plural und ärmer.

Sie haben 2021 das Buch »Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten« veröffentlicht. Wie erklären Sie den Erfolg von Rechtsaußen? Gibt es hier für Ostdeutschland spezifische Faktoren, zum Beispiel in der Historie, im Raum oder in der Identität, welche die Wahrnehmung einer nicht funktionierenden Demokratie besonders nähren? Und welche Bedeutung kommt hierbei »der Mitte« zu?

Raj Kollmorgen: Bevor ich etwas zum Osten der Bundesrepublik sage, ist noch einmal nachdrücklich auf den weltgesellschaftlichen Charakter des neuen Rechtspopulismus aufmerksam zu machen, dessen Aufstieg von Österreich über Frankreich bis Finnland, von Argentinien bis zu den USA reicht. Dieser Aufstieg

hängt – das kann ich hier nur heroisch verkürzt andeuten – mit der Entfaltung der »erweitert liberalen (Nachkriegs-)Moderne« (Peter Wagner) zusammen. Wir werden jetzt mit den (Neben-)Folgen ihrer technisch-ökonomischen, sozio-politischen und kulturellen Erfolge wie auch ihres Scheiterns im Nordwesten und auf globaler Ebene konfrontiert. Diese führten nicht nur zu neuen Ungleichheiten und politischen Polarisierungen, sondern in großen Teilen (klein-) bürgerlicher und arbeiterlicher Bevölkerungsschichten zu einer tiefsitzenden Unzufriedenheit mit den Lösungsstrategien und faktischen Ergebnissen der Mitte-Politiken. Die Wahl oder Unterstützung von Akteuren »rechtsaußen« ist einerseits lautstarkes Protestsignal gegenüber den sogenannten etablierten Eliten, andererseits Ausdruck der Suche nach radikalen Alternativen, weil das abwechselnde Wählen der verschiedenen Mitte-Parteien in den letzten 20 Jahren in der Wahrnehmung dieser Gruppen nichts brachte.

Dass rechtspopulistische und -extremistische Angebote in Ostdeutschland deutlich eher gehört und stärker gewählt werden, hängt mit den angesprochenen spezifischen strukturellen Lagen, den tiefen Einschnitten im Umbruch 1989/90 und den in den letzten Jahrzehnten aufgeschichteten Erfahrungen im Osten zusammen. Die Entstehungslogik zweier politisch-kultureller Facetten soll das verdeutlichen: Zum einen waren alle staatssozialistischen Gesellschaften dramatisch über- und zugleich unterpolitisiert. Überpolitisierung bezieht sich auf den allzuständigen und bis in die Verästelungen des Privaten hineinregierenden autoritären Planwirtschafts- und Kommandostaat. Diese Politik war die Normalität, das Modell von Politik überhaupt – die zugleich befremdete, ja gehasst, aber eben auch anerkannt wurde. Denn alles, was schlecht war, lag in der Verantwortung des Staates, und dennoch durfte man legitimerweise die Lösung aller Lebensprobleme von diesem Staat erwarten. Zugleich hatten wir es mit einer fatalen Unterpolitisierung zu tun, wenn darunter – im Sinne Hannah Arendts – der Raum und die Praxis einer autonomen Bürgergesellschaft und deren Interessenvermittlung verstanden wird. Das gab es in der DDR nur ansatzweise und in wenigen Nischen.

Dieses staatspaternalistisch-populistische Grundverständnis von Politik ragte nicht nur in den Umbruch 1989/90 hinein, wobei es durch eine neue Protest- und Systemwechselkultur angereichert wurde (»jedes System kann durch die

Macht der Straße gestürzt werden«). Vielmehr und als weiterer Baustein in der Erfahrungsaufschichtung wurde diese politische Mentalität – man darf formulieren: geradezu verrückterweise – für viele Ostdeutsche im Vereinigungsprozess keineswegs aufgebrochen, sondern erwies sich als anschlussfähig. Diese Anschlussfähigkeit betraf nicht nur die Erwartungen an den Staat, der nun »blühende Landschaften« erschaffen sollte, sondern paradoxerweise auch die Erwartungsenttäuschungen bezogen auf den Sinn und die Resultate demokratischer Beteiligung. Denn zum einen schienen schon 1991 die Interessen einer Mehrheit der Ostdeutschen, auch derjenigen, die in den Parteien und Verbänden engagiert waren, kaum von Bedeutung für die reale, schnell als »westdeutsch« kodierte Vereinigungspolitik in den Bonner und später Berliner Machtzentralen zu sein. Die Betriebe wurden – so die Wahrnehmung einer ostdeutschen Mehrheit – dennoch geschlossen, das »Volkseigentum« verscherbelt, das eigene Leben in der Öffentlichkeit abgewertet. Das setzte sich fort bis in die Zeit der sogenannten Migrationskrise – die Politik blieb ferne, fremde, westdeutsche Staatspolitik; sie löst die Probleme nicht so, wie das ein wachsender Teil der (west-, mehr aber noch ostdeutschen) Wähler:innen forderte. Zum anderen erfuhr man, dass Politik dann auf die Bürger:innen zugeht, wenn Massenproteste stattfinden und wenn nicht (länger) Mitte-Parteien gewählt werden, sondern deren radikale Konkurrenten. Dann – so beurteilen es viele – wird immerhin ein bisschen zugehört, werden deutliche Änderungen versprochen und Förderprogramme aufgesetzt, wobei immer mehr geredet als gehandelt wird.

Wir haben es in Ostdeutschland mit der Formierung und mittlerweile Konsolidierung einer politischen Kultur zu tun, die stark an Output, das heißt der Durchsetzung eigener Vorstellungen und Interessen, orientiert ist. Sie zentriert Rebellion und (Massen-)Protest als wesentliches Mittel, wertet Partei- und Verbandsarbeit ab und ist skeptisch, teils deutlich distanziert, gegenüber den politischen Institutionen, organisierten Akteuren und deren (West-)Eliten. Zugleich ist sie aber auch staats- und führungsorientiert. Diese politische Kultur wird in den weniger verdichteten, ländlich geprägten Räumen Ostdeutschlands auch von der gesellschaftlichen Mitte getragen – die quantitativ und qualitativ aber eine andere ist als in den westdeutschen Bundesländern. Dabei hat es in den letzten Jahren durchaus Annäherungsprozesse gegeben. Wollte man dramatisieren, könnte formuliert werden: Die westdeutsche Mitte hat in den letzten

Jahren wegen der angesprochenen Transformationsbeschleunigung politisch-kulturelle Erosions- und Reorientierungsprozesse erlebt, welche sie der autochthonen Ost-Mitte anverwandelt. Die westdeutschen Mittelschichten nehmen in den letzten Jahren zunehmende materielle und soziale Verunsicherungen wahr, erkennen für sich eine abschmelzende gesellschaftliche Anerkennung und diagnostizieren parallel die schwindende Problemlösungskompetenz ›ihrer‹ politischen Klasse. In diesem Diskursraum von Verunsicherung, Einbußen und Abwertung einerseits, daraus resultierender Kritik, Distanz, ja Entfremdung von den klassischen demokratischen Parteien andererseits, bewegen sich die Mittelschichten Ostdeutschlands seit der Vereinigung. Insofern haben wir es hier – wie anderswo – durchaus mit einem avantgardistischen Moment der ostdeutschen Gesellschaft zu tun.

Eine gängige These ist: Die faktisch schlechte Lage und mangelnde Daseinsvorsorge in einigen Regionen führen dazu, dass Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren und sich für Angebote von Rechtsaußen öffnen. Dies wird gerade auch mit Blick auf den Osten diskutiert, wo es viel weite, ländlich geprägte Fläche gibt, auch eine Peripherisierung einstmals prosperierender Regionen. Wir argumentieren, dass eine mangelnde Daseinsversorgung auch als Signal für Missachtung interpretiert wird. Oder könnte es auch andersherum sein, also dass die Offenheit für Populismus den Blick auf die eigene Region trübt und dann faktisch wird, etwa weil die offeneren und beweglicheren Menschen abwandern beziehungsweise nicht zuwandern? Was meinen Sie dazu?

Raj Kollmorgen: Ich kann es kurz machen. Im ländlichen Raum Ostdeutschlands, in dem anteilig mehr als doppelt so viele Menschen leben wie im ländlichen Westen (55 % zu 20 %), läuft zweierlei, sich wechselseitig verstärkend, zusammen: einerseits die im rechtspopulistischen Dunst weitaus schneller entstehende Wahrnehmung (nicht notwendig: Realität) einer sich kontinuierlich verschlechternden demografischen, wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Lage beziehungsweise Infrastruktur, andererseits die Missachtungserfahrungen als Ostdeutsche und insbesondere als »konservativ« und an Traditionen orientierte, mit »Klimapolitik«, »Multikulturalität« und »Wokeness« nichts anzufangen wissende ostdeutsche Landbevölkerung. Der beherrschende Eindruck

ist daher, dass die westdeutsch dominierten urbanen Eliten nicht nur die Kernaufgaben der Politik nicht mehr bewältigen wollen oder können, sondern stattdessen ihre Kraft in die ideologische Erziehung und Durchsetzung links-grüner Ideologien stecken. Wer das denkt und verinnerlicht hat, wählt ohne jede Scheu und Zweifel die AfD, deren Weltbilder und Empörungslogiken durch fortgesetzte »Blasen«-Kommunikation weiter bestätigt und gefestigt werden: ein klassischer Teufelskreis.

Sie arbeiten und leben in Görlitz, einer wunderschönen Stadt, in der zugleich die AfD die meisten Sitze hat. Hat das Versprechen der »blühenden Landschaften« die Transformation erschwert und es dem Populismus leicht gemacht? Welche Rolle spielen Wahrnehmungen, Vergleiche und Anerkennung für politische Urteile – auch dort, wo die objektive Lage und das subjektive Gefühl auseinanderdriften?

Raj Kollmorgen: Sie haben recht – und das gilt wahrlich nicht nur für Görlitz –, die Diskrepanz zwischen äußerem Pracht- und Zufriedenheitsschein einerseits und den Wahlerfolgen der AfD mit deren Verfallslamento andererseits sticht ins Auge – manchem ins politische Herz.

Allerdings sollten wir es uns auch hier nicht zu einfach machen. Denn einerseits haben sehr viele Bürger:innen der Stadt an der Sanierung und Stadtentwicklung der letzten Jahrzehnte mitgewirkt und es gibt eine lebendige Zivilgesellschaft, an der auch konservative, ja selbst autoritär eingestellte und die AfD wählende Bürger:innen teilhaben. In diesem Sinne ist auch Görlitz kein AfD-Abziehbild und treffen nicht alle Vorurteile gegenüber AfD-Sympathisant:innen zu. Zugleich gehört ein beachtlicher Teil der Immobilien in der Stadt wie in ganz Ostdeutschland (namentlich in den Mittel- und Großstädten) westdeutschen Eigentümer:innen; oder um es zu verallgemeinern: Der öffentlich sichtbare Wohlstand, ja Reichtum ist nicht einer, der wesentlich den Ostdeutschen gehört. Der Landkreis Görlitz, mit der gleichnamigen Stadt in seiner Mitte, ist – gemessen am durchschnittlichen Bruttohaushaltseinkommen – seit Jahrzehnten einer der ärmsten Kreise in ganz Deutschland. Das registrieren und reflektieren die Einwohner:innen natürlich. Wegen dieser Kluft und weil in Ostdeutschland – egal, ob man die größeren Unternehmen, die Bundesbehörden oder neue

Großforschungseinrichtungen betrachtet – die Mehrheit der elitären und einkommensstarken Positionen weiterhin nicht von Ostdeutschen besetzt wird, dominiert trotz vielfach passabler Lebensverhältnisse und Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlich-sozialen Lage das Gesellschaftsurteil einer übergreifenden Fehlentwicklung und Regierungsunfähigkeit. Darüber hinaus grassiert eine diffuse Zukunftsangst, wofür wiederum die fernen westdeutschen Eliten haftbar gemacht werden, an deren Reichtum in Berlin, München oder Konstanz man sich gerne misst. Umgekehrt werden nicht nur die Arbeits- und Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet oder in Bremerhaven als Referenzgröße für die eigene Region regelmäßig ausgeblendet. Es kommt auch kaum jemand auf die Idee, seine Lage mit jener der durchschnittlich verdienenden Polen jenseits von Oder und Neiße ins Verhältnis zu setzen. Aber das ist wahrlich keine neue Perspektive, sondern weist tief in die Vergangenheit zurück. Dennoch darf kritisiert werden, dass das Versprechen rasch »blühender Landschaften« Erwartungen schürte, die so nicht zu erfüllen waren – was sich jetzt mit dem regionalen Strukturwandel und den »Kohlemilliarden« in bestimmter Hinsicht wiederholt. Das repräsentiert in der Tat eine nicht unwichtige Enttäuschungs- und Entfremdungsquelle, die Populisten aller Couleur in die Hände spielt.

Wie beobachten Sie hier die Entwicklung unterschiedlicher Milieus etwa mit ideologisch rechtsextremistisch gefestigtem Kern oder jener mit Entfremdungsgefühlen? Wie unterscheiden sich diese?

Raj Kollmorgen: Erneut eine große Frage, auf die ich hier nur eine kleine Antwort geben kann. Es bleibt aus demokratischer Perspektive unendlich wichtig, die Wähler:innen und Unterstützer:innen der AfD nicht in einen Topf mit rechtsradikalen Überzeugungstätern zu werfen. Nach all unseren Studien und meiner Einschätzung verfügt heute von der AfD-Gesamtwählerschaft (ca. 25 % bis 35 % Stimmenanteil) etwa ein Drittel über einen ausgehärteten rechtsradikalen Habitus und ein weiteres Drittel über gefestigt rechtspopulistische, teils extremistische Einstellungsmuster. Demgegenüber ist das letzte Drittel zwar politisch-kulturell anschlussfähig, orientiert sich aber bei Bedarf und Gelegenheit auch unproblematisch an anderen Lagern und Parteien (zwischen CDU, Die Linke oder BSW). Die letzten beiden Drittel lassen sich grundsätzlich (wieder) für Parteien der demokratischen Mitte gewinnen; das erste kaum – auch

wenn dessen Mitglieder von den Demokrat:innen und dem demokratischen Staat nicht aufgegeben werden dürfen.

Was folgt aus Ihrer Sicht daraus für die Wehrhaftigkeit der Demokratie? Was muss getan werden, damit wir die inneren und äußeren Herausforderungen unserer Zeit, die Verarbeitung vergangener und Bearbeitung zukünftiger Transformationen meistern können?

Raj Kollmorgen: Eine Nobelpreisfrage, die gegenwärtig vielleicht niemand angemessen beantworten kann. Aber ich will drei prinzipielle Thesen dazu formulieren:

Erstens bedeutet Transformationsperiode, dass wir eben nicht wissen und nicht wissen können, wie die politische Welt in 20 oder 30 Jahren aussieht. Transformationsgesellschaft bedeutet Offenheit, Unsicherheit und intensive politische Kämpfe; die oft formulierte Konsenserwartung ist daher illusorisch. Ebenso illusorisch ist die Annahme, unsere demokratischen politischen Systeme würden veränderungslos in dieser neuen großen Transformation bestehen bleiben und sie gestalten können. Nein, auch unsere Demokratien werden sich institutionell weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht dysfunktional und in den Augen der Mehrheit illegitim werden wollen. Das betrifft Fragen der transnationalen Demokratie oder – angesichts der weiteren Individualisierungsprozesse – neue Formen kollektiver Interessenformierung und -bindung ebenso wie das Problem transformationsspezifischer Institutionen, etwa zur Entscheidungsrelevanz und politischen Durchsetzungsfähigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse (zum Beispiel hinsichtlich ökologischer Grenzwerte). Zweitens können demokratische Systeme nur dann funktionieren, wenn sich deren Mitglieder wechselseitig als Gleiche, also gleich anspruchs- und handlungsberechtigte Bürger:innen, anerkennen und sich im Streit um die Durchsetzung eigener Ideen und Interessen um Perspektivenwechsel bemühen. Erforderlich ist, die Ideen und Interessen der anderen nicht nur abstrakt, sondern auch konkret als sinnvolle und legitime zu verstehen und so miteinander in den Austausch und Wettbewerb zu treten. Diese Grundbedingung gilt – selbstverständlich unter Ausschluss sämtlicher Ideologien und Praktiken, die genau diese Gleichheit etwa aus rassistischer, theokratischer oder leninistischer Perspektive ablehnen – für alle Gruppen und

politischen Lager. Endlich, drittens, ist eine Demokratie nicht längerfristig lebensfähig, wenn sie nicht ihre staatlichen Machtmittel ohne zu zögern einsetzt, um Akteure, die diese prinzipielle politische Gleichheit und soziale Anerkennung gewaltförmig oder Gewalt androhend zerstören, effektiv in die Schranken zu weisen.

Zum Weiterlesen: Schütz, Johannes/Schäller, Steven/Kollmorgen, Raj (2021/Hg.). *Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten*. Köln: Böhlau.

Raj Kollmorgen ist Soziologe, Professor und Institutsdirektor an der Hochschule Zittau/Görlitz. Seit Jahren ist er eine der bekanntesten Stimmen zum Thema Ostdeutschland, Repräsentation und Transformation.

9 Lebenszufriedenheit, Gesundheit und ein Rückblick auf die Coronapandemie als Treiber der Demokratiedistanz

Anna Christina Nowak · Beate Küpper

Am Abend des 18. September 2021 erschoss ein Mann den Verkäufer Alexander W. in einer Tankstelle in Idar-Oberstein. Der damals 20-Jährige stand hinter dem Tresen und hatte den Täter beim ersten Betreten des Ladens, knapp zwei Stunden zuvor, gebeten, eine Maske zu tragen. Die Zahl der Coronafälle war hoch, und es galten strenge Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Der Täter, der sich zuvor ein Sechserpack Bier kaufen wollte und eine Schutzmaske in der Hosentasche hatte, fuhr nach Hause, holte seine Waffe, kehrte hoch alkoholisiert zurück und tötete Alexander W. mit einem Kopfschuss. Wie die Recherchen ergaben, hatte er sich seit Jahren im Internet über Verschwörungsplattformen und Foren der Coronaleugner, Querdenkerszene und der äußersten Rechten radikalisiert. Er selbst führte bei Gericht seinen Frust über die Pandemie an. Er fühle sich durch die damit verbundenen Schutzmaßnahmen unter Druck gesetzt. Nach Auffassung des Gerichts war die Tat vor allem durch seine rechtsextreme Gesinnung und eine staatsfeindliche Haltung motiviert. Das Opfer habe der Täter als Symbol des Staates betrachtet, an dem er ein Exempel statuieren wollte.[1] In der Querdenkerszene wurde die Tat als Inspiration für weitere Verschwörungserzählungen genutzt, in äußerst rechten Milieus als Fall eines »geisteskranken« Einzeltäters interpretiert und für drastische Kritik an den Coronamaßnahmen und »den Regierenden« verwendet.[2]

1 Süddeutsche Zeitung (2022, 13. September). *Lebenslange Haft nach tödlichem Schuss auf Tankstellen-Mitarbeiter*. https://www.sueddeutsche.de/panorama/idar-oberstein-urteil-mord-1.5656068 [Aufruf am 14.9.2025].

2 Blumenthaler, Lorenz (2021, 6. Oktober). *False Flag, Relativierungen, Jubel: Das sind die Reaktionen auf den Mord in Idar-Oberstein*. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/false-flag-relativierungen-jubel-das-sind-die-reaktionen-auf-den-mord-in-idar-oberstein-75441/ [Aufruf am 14.9.2025].

Die Bedrohung gegenüber Einrichtungen und Personen, die dem verhassten Staat zugeordnet werden, hat über die Coronapandemie so deutlich zugenommen, dass der Verfassungsschutz im Frühjahr 2021 den neuen Beobachtungsbereich »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« eingerichtet hat. So berichten etwa Bürgermeister:innen, die bedroht werden, von psychischen Belastungen (unter anderem in einer Studie von Forsa für die Körber-Stiftung von 2024).[3] Einige Amts- und Mandatsträger:innen haben ihr Amt deshalb bereits niedergelegt; andere denken darüber nach. Ebenso erzählen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für die Demokratie engagieren, von ihren Ängsten und ihrem Stress, sehen die Bedrohung aber auch als Antrieb für die eigene Arbeit (Leber/Mertens/Küpper 2024). Zugleich war die Coronapolitik während der Hochphase der Pandemie kein »Kipppunkt« des Vertrauens per se, aber ein weiterer Schub für Vertrauensverlust. Schon vor der Coronapandemie 2019 waren 61 % der Teilnehmenden einer Bevölkerungsbefragung im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes (2024) der Überzeugung, der Staat sei in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme überfordert. Während der Coronapandemie sank diese Zahl auf 40 % ab und steigt seitdem wieder stetig – im Jahr 2024 auf 70 % –, die dem Staat Überforderung attestieren.

Die Mitte-Studie 2024/25 geht auch der Frage nach, welche Rolle die psychische Gesundheit für demokratiedistante und rechtsextreme Einstellungen spielt. In der Mitte-Studie 2022/23 hatten wir bereits Zusammenhänge zwischen Einsamkeit und menschenfeindlichen beziehungsweise demokratiedistanten Einstellungen nachgewiesen (Neu/Küpper 2023). Unter demokratiedistanten Einstellungen verstehen wir Einstellungen, die zu demokratischen Grundwerten und -normen in Distanz stehen und gegebenenfalls auch von der Demokratie als solcher abrücken. Diesmal richten wir den Blick auf die Zusammenhänge zwischen Wohlbefinden – konkret der Einschätzung der eigenen Gesundheit und psychischen Belastung – und demokratiedistanten bis hin zu rechtsextremen Einstellungen. Außerdem fragen wir danach, wie die Befragten rückblickend

3 Forsa (2024, 4. April). *Die Situation ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung*.
https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/38212/2024_04_04_ergebnisbericht_die_situation_ehrenamtlicher_buergermeister_sperrfrist.pdf [Aufruf am 14.9.2025].

die staatlich verordneten Schutzmaßnahmen während der Coronapandemie einordnen und welche Folgen diese nach ihrer Einschätzung für ihr Vertrauen in staatliche Institutionen hatten. Einige Studien haben bereits gezeigt, wie sich Menschen über die Coronapandemie ideologisch radikalisiert haben (Grande/Saldivia Gonzatti 2024). Die Pandemie hatte also nicht nur Folgen für die körperliche und seelische Gesundheit, sondern sie hat auch zu aufgeheizten Debatten rund um die Coronamaßnahmen und das Impfen geführt. Teile dieser Debatte finden sich auch noch in aktuellen Diskussionen um die Aufarbeitung der Pandemie wieder. Zunächst skizzieren wir in aller Kürze, was bereits über Zusammenhänge von mentaler Gesundheit und Radikalisierung bekannt ist.

9.1 Radikalisierung und mentale Gesundheit

Einige Forschungsansätze, wie auch die öffentliche Debatte, ziehen psychische Erkrankungen und Auffälligkeiten zur Erklärung ideologischer Radikalisierung heran (Srowig et al. 2018). Der Forschung zufolge ist jedoch eine psychische Erkrankung nur bedingt ursächlich für Radikalisierung und Gewalttaten (Schumann/Brook/Heinze 2022). Eine Erklärung, die die Ursache allein in der Persönlichkeitsstruktur, individuellen Einstellungen und Emotionslagen sucht, ist einerseits nach Forschungslage nicht hinreichend (Zick et al. 2019) und andererseits auch deshalb kritikwürdig, weil sie die Entpolitisierung einer Tat befördern kann. Wird jemandem etwa gerichtlich oder medial eine psychische Ausnahmesituation oder Erkrankung attestiert, können dadurch politische Motive vernebelt oder vollständig verdeckt werden. Auch psychisch labile Täter:innen können zielgerichtet agieren, indem sie etwa ihre Opfer nicht zufällig auswählen. Bei einer zu engen Fokussierung auf den psychischen Zustand des Täters besteht die Gefahr, dass gesellschaftliche und soziale Mechanismen für die Radikalisierung vernachlässigt werden und die Bedeutung radikalisierter Gruppen unterschätzt wird. Diese problematische Zuschreibung psychischer Erkrankungen wird zum Beispiel im juristischen Umgang mit Terroristen deutlich, etwa im Falle von Anders Behring Breivik. Er zündete eine Autobombe im Regierungsviertel in Oslo und tötete so 8 Menschen, bevor er auf die Insel Utøya fuhr, dort das Zeltlager einer sozialdemokratischen Jugendorganisation stürmte und weitere 69, hauptsächlich junge progressive Menschen ermordete. Brei-

vik hatte zuvor ein umfangreiches »Manifest« zu seinen verschwörungsmythischen, gesellschaftspolitischen Vorstellungen verfasst und im Internet veröffentlicht. In einem ersten Gutachten wurde ihm eine paranoide Schizophrenie attestiert. In einem zweiten Gutachten wurde von dieser Diagnose jedoch Abstand genommen, sodass Breivik für den Tod an 77 Menschen für voll schuldfähig befunden und zu 21 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt wurde (Henningsen 2021).

Die Radikalisierung Einzelner wird selten durch eine einzige Ursache ausgelöst, vielmehr verketten sich Bedingungen auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene (Srowig et al. 2018). Theoretische Modelle der Radikalisierung betrachten hier zum einen persönliche Eigenschaften des (in überwiegenden Fällen männlichen) Täters, zum anderen seine strukturellen (sozialen, ökonomischen und kulturellen) Lebensbedingungen, die – je nach subjektiver Bewertung – in gewaltförmigen Extremismus münden können (Obaidi et al. 2025). Das 3N-Modell der Radikalisierung (Kruglanski/Bélanger/Gunaratna 2019) nennt drei zentrale psychologische Erklärungsfaktoren: individuelle Bedürfnisse und Motivationen (*needs*), der Glaube an Erzählungen der Kultur, durch die eine Person geprägt ist (*narratives*), und die Interaktion zwischen Individuen und Gruppen, etwa die Bindung an Gruppen, psychosoziale Abhängigkeiten und Gruppendruck (*networks*). Psychologische Faktoren beeinflussen, wie stark sich einzelne Personen Gewalterzählungen gegenüber öffnen. Leben Täter zudem unter strukturell ungünstigen Bedingungen (etwa allein und in prekären Umständen), wird die Anfälligkeit gegenüber Gewalterzählungen verstärkt (Lobato et al. 2023). Die psychische Gesundheit kann also Vulnerabilitäten verstärken, etwa die Anfälligkeit für das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, oder den Glauben an Verschwörungsmythen und Gewalterzählungen und so die Radikalisierung befördern.

9.2 Psychische Gesundheit, Parteipräferenz und rechtsextreme Einstellungen

Konservativ eingestellte Personen verfügen im Durchschnitt über einen besseren Gesundheitszustand als jene mit liberaler Orientierung (Backhaus et al. 2019; Subramanian/Perkins 2010). Unter anderem lässt sich dies durch ihren durchschnittlich besseren sozioökonomischen Status und ihr vorteilhafteres Gesund-

heitsverhalten (zum Beispiel, weil sie seltener rauchen) erklären. Bereits die psychische Gesundheit in der Kindheit hat einen Einfluss auf die politische Orientierung. Darauf verweist eine Langzeitstudie aus den USA. Sie zeigt: Erwachsene, die als Kind gesünder waren, sind politisch eher konservativ eingestellt, wobei allerdings weitere Faktoren eine Rolle spielen können (etwa Umweltfaktoren wie bessere finanzielle Lebensverhältnisse und, damit zusammenhängend, unter anderem ein leichterer Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und weniger Luftverschmutzung, weil die Personen seltener an Hauptverkehrsstraßen leben) (Kannan et al. 2022). Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Konservative ihre mentale Gesundheit als besser einschätzen als andere, womöglich, weil sie psychische Belastungen eher als unerwünschtes Stigma betrachten (Schaffner et al. 2025). In den Selbstberichten über eigene psychische Belastungen können sich also gesellschaftliche Überzeugungen und wahrgenommene soziale Normen widerspiegeln.

Weitere Studien weisen darauf hin, dass Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien einen schlechteren subjektiven Gesundheitszustand als Wähler:innen anderer Parteien aufweisen; dies auch nach Kontrolle anderer möglicher Erklärungsfaktoren wie Alter, Geschlecht oder sozioökonomischem Status (Kavanagh/Menon/Heinze 2021). Ihr schlechterer Gesundheitszustand lässt sich nur bedingt auf ungünstigere ökonomische Lebensbedingungen zurückführen oder darauf, dass die Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien überproportional häufig männlich sind. Gleiches gilt auch für Wähler:innen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in Deutschland. Sie geben in Befragungen häufiger an, unter psychischen Belastungen wie allgemeinen Ängsten und Sorgen zu leiden (u. a. Hövermann 2025). Sie erleben die gesellschaftliche Lage auch stärker als krisenhaft, sei es in Zusammenhang mit der Coronapandemie oder mit dem Krieg gegen die Ukraine (ebd.). Individuelle ökonomische Unsicherheiten und soziale Abstiegsängste erhöhen dabei die Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistischen Parteien anzuhängen (u. a. Metten/Bayerlein 2023).

Kritische Lebensereignisse in der Biografie können – insbesondere bei Menschen mit autoritären Einstellungen – zu Radikalisierung führen (Knäble/Brelling/Rettenberger 2021). Die Studienlage zum Zusammenhang von Gesundheit und politischer Orientierung belegt zudem: Wahrgenommene Unsicherheiten und

Gesundheit können sich gegenseitig bedingen. Ein Grund hierfür ist, dass Menschen mit gesundheitlichen Belastungen mit größerer Wahrscheinlichkeit in eine sozioökonomisch schwierige Lage gelangen – oder andersherum, dass Krisenerfahrungen unzufrieden und krank machen können. Beispielsweise können Menschen aufgrund einer längeren Erkrankung arbeitsunfähig werden und dadurch in die Armut rutschen. Andere erleben persönliche Krisen durch unerfüllte Erwartungen, (gefühlte) Degradierung oder Mobbing bei der Arbeit oder eine Trennung im Privaten. Dies kann unzufrieden machen. Einige werden depressiv und ziehen sich zurück. Andere werden wütend auf die Welt und stoßen im Internet auf Verschwörungsmythen, die ihrem Schicksal größere Bedeutung verleihen und sie zum Widerstand auffordern. Es gibt Hinweise auf Zusammenhänge zwischen gesundheitlicher Belastung und Radikalisierung, sie sind jedoch mit anderen Faktoren verwoben. Der positive oder negative Blick auf das eigene Leben und die Welt spielt eine Rolle für die soziale und politische Orientierung. Eine pessimistische Weltsicht und Zukunftsorientierung sind mit einer positiven Einstellung gegenüber der AfD verbunden, wie eine Analyse des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung belegt (Petersen 2023). Ein Mangel an subjektivem Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit kann Misstrauen in die Politik begünstigen, wie eine vergleichende Analyse in unterschiedlichen europäischen Ländern ergibt (Lindholm/Lutz/Green 2025). Depressive Bürger:innen engagieren sich zudem seltener politisch, sind weniger politisch interessiert und gegenüber demokratischen Institutionen negativer eingestellt als andere (Landwehr/Ojeda/Weingärtner 2025). Auch die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt einen Zusammenhang zwischen erhöhter Depressivität beziehungsweise Ängstlichkeit und rechtsextremen Einstellungen, wenngleich es hier nicht um klinisch diagnostizierte Erkrankungen ging (Decker/Brähler 2006).

9.3 Lebenszufriedenheit, Gesundheit und Stress in der Mitte-Studie 2024/25

In der aktuellen Mitte-Studie 2024/25 haben wir die Befragten danach gefragt, wie zufrieden sie mit ihrem Leben sind, wie sie ihre Gesundheit einschätzen und wie viel Stress sie empfinden. Zudem haben wir nach psychischen Belastungen in Form von innerer Unruhe und Hoffnungslosigkeit als Hinweis auf depressi-

ve und ängstliche Verfassungen gefragt. Die Befragung zur Gesundheit wurde in einer repräsentativen Teilstichprobe unter n = 984 Personen durchgeführt (➟ Abb. 9.1). Dafür sind Aussagen verwendet worden, die bereits in anderen Studien geprüft wurden.[4] Zusätzlich haben wir zwei weitere Einstellungen zu freiheitseinschränkenden Maßnahmen der Pandemieprävention und zum Institutionenvertrauen während der Coronapandemie abgefragt (➟ Kap. 9.5).

Die Befragten der Mitte-Studie sind mehrheitlich zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation: 72 % berichten über einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand, fast 22 % schätzen ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig ein, 6,5 % als schlecht oder sehr schlecht. Symptome von Depressivität im Zeitraum der letzten sechs Monate beschreiben gut 17 %, knapp ein Viertel der Befragten (fast 24 %) berichtet von Ängstlichkeit. Das Stresslevel in den letzten sechs Monaten ist vergleichsweise hoch. 39 % der Befragten geben an, sich in den letzten sechs Monaten ständig oder oft gestresst gefühlt zu haben, über ein Viertel (28 %) fühlte sich manchmal gestresst.

Die gesundheitlichen Aspekte korrelieren miteinander – wer mit seinem Leben zufrieden ist, fühlt sich in der Regel gesünder, in der Tendenz auch weniger gestresst, ängstlich oder depressiv – und umgekehrt. Die letzten Aspekte hängen besonders eng zusammen.[5] Die Zusammenhänge lassen es zu, einen Gesamtindikator für die psychische und gesundheitliche Belastung zu bilden.[6] Anhand

4 Dazu gehörten ein Item (eine Aussage) aus dem PHQ-2 (Löwe/Kroenke/Gräfe 2005), ein Item aus der GAD-2 (Kroenke et al. 2007; Löwe et al. 2010) sowie ein daran angelehntes, selbst entwickeltes Item zum Stresserleben in den vergangenen 6 Monaten, ein Item zur Erfassung der subjektiven Gesundheit (De Bruin/Picavet/Nossikov 1996) und ein Item zur Erfassung der Lebenszufriedenheit (Beierlein et al. 2015).

5 Aufgrund der Ordinalskalierung der Gesundheitsitems wurden Korrelationen nach Spearman berechnet: Lebenszufriedenheit mit Gesundheit: r = ,41/Stress: r = – ,25/Ängstlichkeit: r = – ,24/Depressivität: r = – ,33; Gesundheit mit Stress: r = – ,08/Ängstlichkeit: r = – ,33/Depressivität: r = – ,23; Stress mit Ängstlichkeit: r = ,61/Depressivität: r = ,49; Ängstlichkeit mit Depressivität: r = ,54; alle p mindestens < ,05.

6 Die explorative Faktorenanalyse (➟ Glossar) mit Varimax-Rotation über die fünf Aussagen zur psychischen und gesundheitlichen Belastung weist zwei Faktoren mit einem Eigenwert > 1 aus, auf dem ersten Faktor laden Lebenszufriedenheit und Gesundheit, auf dem zweiten Stress, Ängstlichkeit und Depressivität. Die fünf Aussagen lassen sich jedoch auch über einen einzigen Faktor abbilden, mit Faktor laden von $\lambda > ,6$, lediglich die Gesundheit lädt mit $\lambda = ,40$ schwächer; die subjektive Einschätzung der Gesundheit ist also vergleichsweise losgelöst von der psychischen Belastung. Wir

Indikatoren psychischer und gesundheitlicher Belastung sowie einer kritischen Haltung zu Coronamaßnahmen in der Mitte-Studie 2024/25

Lebenszufriedenheit (**M** = 1,98; **SD** = ,83; **n** = 984)

Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?

Subjektive Gesundheit (**M** = 2,14; **SD** = ,86; **n** = 983)

Wie würden Sie Ihren Gesundheitszustand im Allgemeinen einschätzen?

Stresserleben (**M** = 2,94; **SD** = 1,15; **n** = 967)

Wie häufig haben Sie sich in den letzen 6 Monaten gestresst gefühlt?

Psychische Belastungen (**M** = 2,50; **SD** = 1,06; **n** = 983; **α** = ,72)

Wie häufig haben Sie sich in den letzten 6 Monaten innerlich unruhig und angespannt gefühlt?

Wie häufig haben Sie sich in den letzten 6 Monaten niedergeschlagen und hoffnungslos gefühlt?

Kritische Haltung zu Coronamaßnahmen (**M** = 2,70; **SD** = 1,31; **n** = 985; **α** = ,79)

Es war richtig, während der Coronapandemie bestimmte Freiheiten der Bürger einzuschränken.

Durch die Maßnahmen der Coronapandemie habe ich das Vertrauen in den Staat verloren.

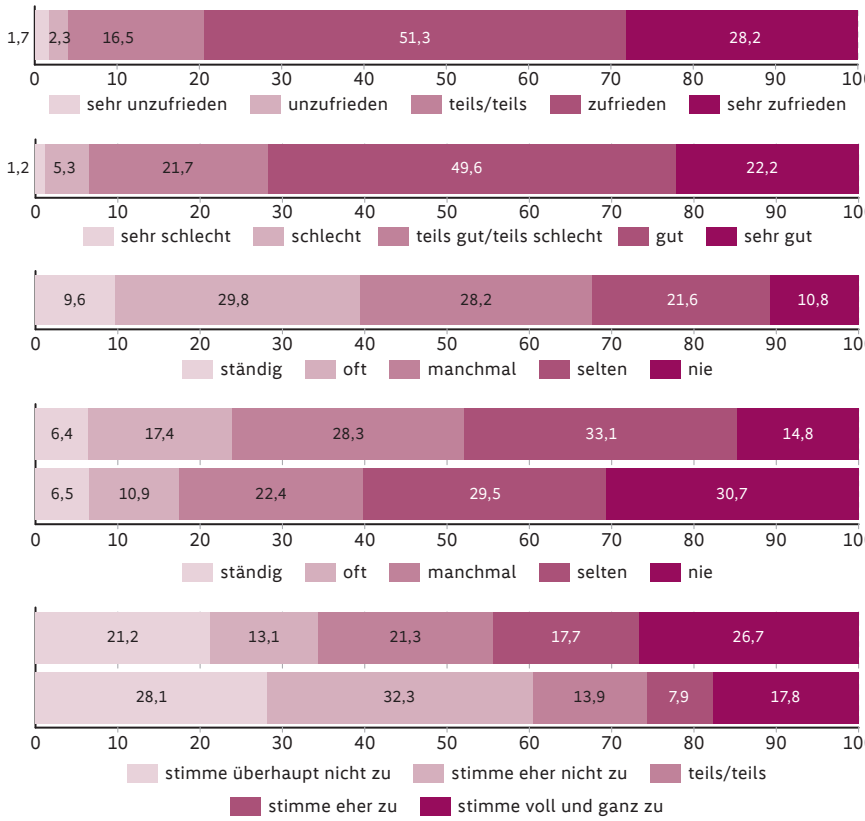
Anmerkungen Die Aussagen wurden bei einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten erhoben (➞ Kap. 2 Methodik). **M** = arithmetischer Mittelwert; **SD** = Standardabweichung; **n** = Anzahl der Befragten; **α** = Cronbachs Alpha.

dieses Indikators unterscheiden wir Befragte mit geringerer (75 %) und höherer Belastung (25 %).[7]

entscheiden uns für die vereinfachte Darstellung dennoch dafür, alle fünf Aussagen zu einem Faktor »psychische und gesundheitliche Belastung« zusammenzufassen, mit guter interner Reliabilität (α = ,77).

Abb. 9.1

(Angaben in gültigen Prozent)



7 Abweichend zu dem sonstigen Vorgehen in der Mitte-Studie wählen wir hier einen etwas niedrigeren Cut-off-Wert von ≤ bzw. > 3, sodass auch Befragte mit insgesamt höherer Belastung zu denen mit deutlicher Belastung hinzugerechnet werden. Legt man den Cut-off-Wert bei den sonst verwendeten ≥ 3,5 an, berichtet knapp jeder zehnte Befragte von insgesamt deutlicher Belastung.

Im nächsten Schritt prüfen wir die Zusammenhänge zwischen dem Indikator *psychische und gesundheitliche Belastung* und demokratiedistanten Einstellungen. Geht auch in der Mitte der Bevölkerung eine (selbst berichtete) psychische und gesundheitliche Belastung mit einer Distanzierung von der Demokratie bis hin zu einer Radikalisierung in den Rechtsextremismus einher? Dazu schauen wir auf die Wahrnehmung einer funktionierenden und gerechten Demokratie, das Vertrauen in die Demokratie und das Erleben politischer Machtlosigkeit (➟ Kap. 5), ebenso auf die Normalisierung der AfD (➟ Kap. 3), rechtsextreme Einstellungen (➟ Kap. 3) und die Billigung politischer Gewalt (➟ Kap. 3, Fokus). Die statistischen Werte zu den berichteten Zusammenhängen finden sich in der Fußnote.[8] Abbildung 9.2 unten zeigt die Unterschiede im Ausmaß der Demokratiedistanz zwischen Personen mit insgesamt geringerer und höherer Belastung.[9]

Demokratiewahrnehmung und *-vertrauen.* Die Wahrnehmung einer funktionierenden Demokratie, die die Probleme der Menschen lösen kann und als gerecht empfunden wird, ist zwar auch bei vielen psychisch und gesundheitlich Belasteten noch gegeben, aber niedriger als bei den gering Belasteten (➟ Abb. 9.2). Sie sinkt mit der Lebenszufriedenheit und steigt mit empfundenem Stresserleben und Depressivität. Die differenzierten Analysen machen deutlich, dass hier mehr noch als die Wahrnehmung einer funktionierenden Demokratie die

8 Pearson-Korrelationen in dieser Reihenfolge: Lebenszufriedenheit mit positiver Demokratiewahrnehmung/Demokratievertrauen/politischer Machtlosigkeit/AfD-Normalisierung/rechtsextreme Einstellungen/Billigung politischer Gewalt (alle Korrelationen ab r = ,07 sind signifikant mit mindestens p < ,05): r = ,30/,24/-,23/-,13/-,20/-,16; Gesundheit mit Demokratiedistanz: r = ,15/,10/,-15/-,03/-,14/-,12; Stress mit Demokratiedistanz: r = – ,12/-,08/,06/-,03/-,02/-,11; Ängstlichkeit mit Demokratiedistanz: r = – ,13/-,07/,05/-,01/,03/,02; Depressivität mit Demokratiedistanz: r = – ,20/-,15/,11/-,00/,04/,05.

9 Die zur besseren Ausschöpfung der Stichprobe separat berechneten univariaten Varianzanalysen zeigen einen signifikanten Unterschied zwischen gering und höher belasteten Personen in der Demokratiewahrnehmung F(1, 911) = 54,41; p < ,001, dem Demokratievertrauen F(1, 911) = 37,51; p < ,001 und politischer Machtlosigkeit F(1, 909) = 6,20; p < ,05, nicht jedoch im Hinblick auf die AfD-Normalisierung F(1, 908) = 2,10; n. s., rechtsextreme Einstellungen F(1, 903) = ,05; n. s. und Gewaltbilligung F(1, 905) = ,03; n. s. Eine ergänzend berechnete multivariate Varianzanalyse bestätigt den Befund.

Wahrnehmung einer gerechten Demokratie ausschlaggebend ist.[10] Mit der Lebenszufriedenheit sinkt auch das Vertrauen in die Demokratie – hier erfasst über das Vertrauen in staatliche Institutionen wie Behörden, Gerichte und Universitäten in Deutschland und darauf, dass die Wahlen in Deutschland alles in allem korrekt ablaufen. Umgekehrt misstrauen Personen, die Stress, Ängstlichkeit und Depressivität erleben, der Demokratie eher.

Politische Machtlosigkeit. Wer mit dem eigenen Leben unzufrieden ist, neigt auch eher zum Gefühl politischer Machtlosigkeit, hat also eher den Eindruck, politisch nicht gehört zu werden und keinen Einfluss nehmen zu können. Umgekehrtes gilt für Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind. In die gleiche Richtung zeigen die Zusammenhänge zwischen der selbsteingeschätzten (schlechten) Gesundheit und (geringerem) Vertrauen in die Demokratie. Weniger eindeutig sind die Ergebnisse für Personen, die häufiger von Depressivität berichten, und Personen, die häufiger Stress erleben.

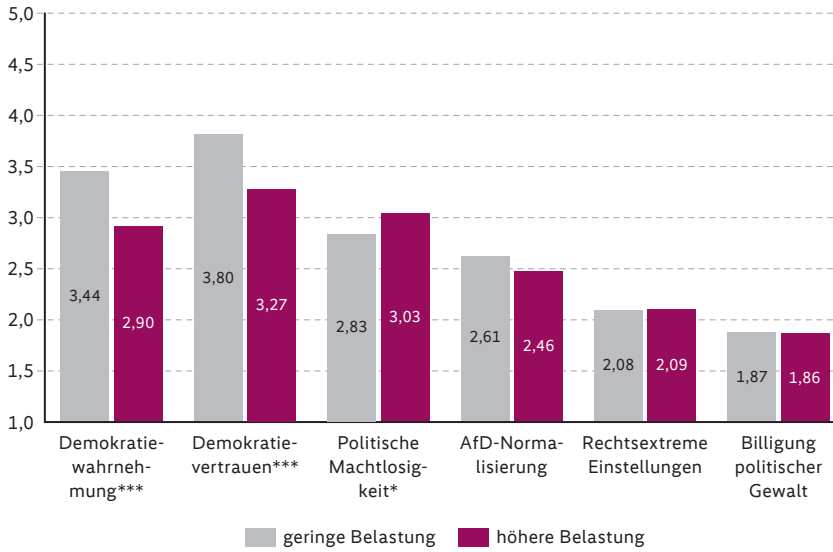
Normalisierung der AfD. Die Tendenz, die AfD als ›normal‹ zu betrachten – erfasst etwa über die Meinung, die Partei sei eine Partei wie alle anderen auch, ihre Argumente überzeugend und die anderen Parteien sollten mit ihr zusammenarbeiten (➟ Kap. 3) – hängt insgesamt wenig mit der gesundheitlichen Belastung zusammen. Mit leichter Tendenz neigen Personen, die mit ihrem Leben unzufrieden sind, eher dazu, die AfD zu normalisieren als diejenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind. Gleiches gilt für Personen, die häufiger depressive oder ängstliche Symptome angeben.

Rechtsextreme Einstellungen. Je zufriedener die Befragten mit ihrem Leben sind, desto weniger neigen sie zu rechtsextremen Einstellungen und umgekehrt. Die differenzierteren Analysen verweisen darauf, dass vor allem eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit vor der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen zu schützen scheint. Eine mittelmäßige Zufriedenheit geht, ähnlich wie eine niedrige Zufriedenheit, stärker mit Zustimmung einher. Für rechtsextreme Einstellun-

10 Univariate Varianzanalysen zwischen gering und höher belasteten Personen in der Demokratiewahrnehmung: Wahrnehmung einer funktionierenden Demokratie $F(1, 911) = 22{,}33$ (gering/hoch belastete Personen $M = 3{,}44$; $M = 3{,}01$)/Wahrnehmung von Gerechtigkeit $F(1, 911) = 74{,}91$ (gering/hoch belastete Personen $M = 3{,}41$; $M = 2{,}71$); beide $p < {,}001$.

Abb. 9.2

Demokratiedistanz nach psychischer und gesundheitlicher Belastung (Mittelwerte)



Anmerkungen Angegeben sind die arithmetischen Mittelwerte der zusammenfassenden Indizes; je höher der Wert, desto größer die Zustimmung auf der 5-stufigen Antwortskala. Varianzanalyse zur Bestimmung signifikanter Unterschiede: * = p < ,05; *** = p < ,001.

gen spielt zudem der eigene Gesundheitszustand eine gewisse Rolle: Wer den eigenen Gesundheitszustand als schlechter beurteilt, vertritt häufiger rechtsextreme Einstellungen und umgekehrt. Dieser Zusammenhang ist zwar nicht sehr deutlich, aber statistisch signifikant. Stress, Depressivität und Ängstlichkeit sind unter unseren Befragten hingegen weniger bedeutsam für rechtsextreme Einstellungen.

Billigung politischer Gewalt. Gesundheitlich belastete Personen unterscheiden sich nicht von gesundheitlich unbelasteten Personen im Hinblick auf die Billigung politischer Gewalt. In Bezug auf die einzelnen Gesundheitsitems zeigt sich jedoch: Wer sich weniger gesund fühlt, häufiger Stress empfindet oder von Ängstlichkeit berichtet, billigt auch eher politische Gewalt. Der deutlichste Zusammenhang zeigt sich bei der Gesundheit: Wer die eigene Gesundheit als schlecht einschätzt, neigt signifikant eher zur Billigung von Gewalt.

Wahlpräferenzen: Insgesamt sind Befragte mit höherer psychischer und gesundheitlicher Belastung (zusammenfassender Indikator) auffallend häufig bereit, der AfD ihre Stimme zu geben. Sie ist bei diesen Befragten die Partei mit den meisten Stimmen (24,5 % des Stimmenanteils unter den höher Belasteten, 16 % unter den geringer Belasteten). Auch der Anteil der Nichtwähler:innen ist unter den Belasteten deutlich höher (14 % vs. 6 %). Hingegen würden nur halb so viele Belastete wie Nichtbelastete die Konservativen wählen und kaum einer die FDP. Weitere Auffälligkeiten in der Parteipräferenz zeigen sich nicht. Auch für die Wahlpräferenz spielt am ehesten die geringere allgemeine Lebenszufriedenheit eine Rolle, weitere Facetten psychischer und gesundheitlicher Belastung hingegen kaum. Befragte der Mitte-Studie 2024/25, die angaben, bei der nächsten Bundestagswahl die AfD oder das BSW wählen zu wollen, sind signifikant häufiger mit ihrem Leben unzufrieden als Wähler:innen anderer Parteien (AfD: 31 %, BSW: 29 %, andere Parteien: 16 %).[11]

Zusammengefasst bedeutet dies: Gesundheit spielt nur eine geringe, Stress und weitere Facetten der psychischen Belastung kaum eine Rolle für die Demokratiedistanz. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist jedoch durchaus von einer gewissen Bedeutung dafür. Wer mit dem eigenen Leben nicht zufrieden ist, steht der Demokratie eher ambivalent bis distanziert gegenüber. Insgesamt sind die Zusammenhänge zwischen psychischer und gesundheitlicher Belastung einerseits und der Demokratiedistanz andererseits jedoch nicht sehr hoch. Es gibt also auch viele Menschen, die mit ihrem Leben zufrieden sind und sich gesund fühlen, insgesamt psychisch und gesundheitlich wenig belastet sind und dennoch auf Distanz zur Demokratie gehen. Umgekehrt gibt es viele, die wenig zufrieden und gesund sind und trotzdem demokratisch bleiben. Am ehesten mindert die gefühlte Belastung die positive Wahrnehmung einer funktionierenden und gerechten Demokratie und das Vertrauen in Demokratie bzw. erhöht den Eindruck politischer Machtlosigkeit. Hierin zeigen sich die deutlichsten Unterschiede zwischen psychisch und gesundheitlich höher belasteten und geringer belasteten Personen. Für die Neigung, die AfD als normal einzustufen,

11 Die Welch-ANOVA mit Games-Howell Post-Hoc-Tests wird signifikant $F(2, 804) = 21{,}59$; $p < {,}001$. Der Gruppenvergleich zeigt, dass signifikante Unterschiede zwischen Wähler:innen anderer Parteien und jeweils den Wähler:innen der AfD und des BSW bestehen, nicht jedoch zwischen Wähler:innen der AfD und des BSW.

zu rechtsextremen Einstellungen und zur Billigung politischer Gewalt spielt die Belastung insgesamt keine signifikante Rolle. Allerdings gehören psychisch und gesundheitlich Belastete überproportional häufig zu den Wähler:innen der AfD, auch unter jenen des BSW ist die Belastung insgesamt höher.

9.4 Die Coronapandemie im Rückblick

Im nächsten Schritt gehen wir der Frage nach, welche Rolle die Coronapandemie für die Distanz zur Demokratie gespielt haben könnte. Dafür zeichnen wir nach, wie sehr die Befragten den freiheitseinschränkenden Maßnahmen während der Pandemie rückblickend zustimmen und wie sehr die Maßnahmen aus ihrer Sicht ihr eigenes Vertrauen in den Staat und seine Institutionen geschwächt haben. Anschließend prüfen wir den Zusammenhang zwischen der rückblickenden Haltung zu den Coronamaßnahmen und Demokratiedistanz.

Wie eingangs beschrieben, machen Krisenzeiten anfällig für psychische Belastungen, und umgekehrt werden sie von belasteten Personen auch eher krisenhaft erlebt. Dies ist allerdings kein Automatismus: In der Mitte-Studie 2022/23 gab lediglich ein Drittel der Befragten an, derzeit durch Krisen und Herausforderungen persönlich betroffen zu sein, hingegen sahen sich 39 % der Menschen selbst und sogar 55 % Deutschland insgesamt von Krisen betroffen. 42 % der Befragten fühlten sich damals durch die Krisen und Herausforderungen verunsichert. Wer sich von Krisen betroffen und verunsichert fühlte, neigte deutlich eher zu Demokratiedistanz und rechtsextremen Einstellungen. Die Coronapandemie kann ganz sicher als eine solche Krisenzeit angesehen werden.

Im Zusammenhang mit der Coronapandemie trafen allgemeine gesundheitliche und psychische Belastungen mit Verschwörungsmythen zusammen, die ihrerseits psychisch belastend sein können. Sie verbreiten oft Bedrohungsszenarien und können so das Gefühl von Unsicherheit verstärken, aber auch von Wut auf den als übergriffig bewerteten und erlebten Staat. Umgekehrt neigen ängstliche und verunsicherte Personen eher zur Übernahme von Verschwörungsmythen (Krüppel/Yoon/Mokros 2023). Die Übernahme von Verschwörungsmythen kann aber auch dem Wohlbefinden zuträglich sein (z. B. Douglas/Sutton/Cichocka 2017), etwa weil Verschwörungsmythen – wie über die Coronapandemie – die Er-

fahrung »endlich die Wahrheit zu erkennen« und neue Zugehörigkeit vermitteln (Hill/Murphy/Canniford 2025). Die zu Beginn zitierte Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt, wie es der AfD gelungen ist, auch die Ängste und Verunsicherungen in Zusammenhang mit der Coronapandemie zur Mobilisierung zu nutzen (Hövermann 2025). Persönliche Belastung während der Pandemie korreliert mit höheren Zustimmungswerten für die AfD, ebenso wie die Sorge, den eigenen Lebensstandard aufgrund von Preisanstiegen nicht halten zu können, und allgemeine Transformationsängste (ebd.).

In der Mitte-Studie 2020/21 haben wir nach der subjektiven Belastung durch die Coronapandemie gefragt: Rund 50 % fühlten sich zum Zeitpunkt der Befragung im ersten Pandemiewinter (dies war noch vor der Möglichkeit zur Impfung) eher negativ, weitere 20 % sehr negativ durch die Pandemie beeinflusst, während knapp 8 % der Situation für ihr eigenes Leben auch positive Seiten abgewinnen konnten, einige wenige auch sehr positive. Ein knappes weiteres Drittel sah sein Leben teils negativ, teils positiv beeinflusst. Wer das eigene Leben durch die Coronapandemie negativ beeinträchtigt sah, glaubte eher an Verschwörungsmythen. Möglicherweise war das eine Coping-Strategie, um mit den Belastungen umzugehen. Zusätzlich neigten die negativ eingestellten Personen eher zu demokratiedistanten bis hin zu rechtsextremen Einstellungen.[12]

Insbesondere die freiheitseinschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden und werden rückblickend zunehmend kritisch diskutiert. Zu Beginn der Pandemie wurden die Maßnahmen zur Pandemieeindämmung – seien es die Abstandsregelungen, die Maskenpflicht oder das Schließen von Schulen und Kitas – von der Mehrheit der Bevölkerung zunächst befürwortet. So hielten in einer Befragung des Bundesamts für Risikobewertung im Mai 2020 92 % der Befragten die Einschränkung von Reisen, 90 % die Abstandsregelungen, 89 % die Absage von Veranstaltungen und 75 % die Kita- und Schulschließungen für angemessen. Die Maßnahmen konnten durch wahrge-

12 Gleiches gilt für die 13 Personen, die ihr Leben sehr positiv beeinflusst sahen. Aufgrund der geringen Anzahl lässt sich über diese Gruppe keine zuverlässige Aussage treffen. Es könnte sein, dass einige die Fragen provozierend beantwortet haben, andere sie auch schlicht missverstanden haben.

nommene Unsicherheiten im Hinblick auf den epidemiologischen Verlauf sowie durch virologische Expertise begründet werden.

Im späteren Pandemieverlauf – spätestens mit Einführung der Impfungen gegen Corona – traten jedoch gesellschaftliche Wissens- und Wertekonflikte zutage (Bogner/Menz 2021). Der Staat wurde erstmalig für alle Bürger:innen direkt als restriktiv erlebbar, indem er die Grundrechte – insbesondere die Bewegungsfreiheit – einschränkte (Amlinger/Nachtwey 2022). Die Folge waren gesellschaftliche Spaltungstendenzen, die in die sogenannte Querdenkerbewegung mündeten. Auch wenn dies den Beobachtungen von Amlinger und Nachtwey zufolge eine recht heterogene Bewegung war (und in Teilen noch ist), zeichneten sich die Teilnehmer:innen durch ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen aus. Sie inszenierten sich als »Widerstandskämpfer« gegen eine »Coronadiktatur« und damit als »wahre Demokraten«. Aus ihrer Sicht setzten sie sich für Freiheit und Selbstbestimmung und gegen staatliche Übergriffe ein. Gleichzeitig hingen sie jedoch einer Vielzahl unterschiedlicher, teils widersprüchlicher Verschwörungserzählungen an (Frei/Schäfer/Nachtwey 2021). Die Anhänger:innen von Verschwörungserzählungen hatten zugleich deutlich weniger Vertrauen in staatliche Institutionen. AfD-Wähler:innen zeigten einen auffallend ausgeprägten Hang zu diesen Verschwörungsmythen (Best et al. 2023; Decker et al. 2023). Die kritische Sicht auf die Coronamaßnahmen korrelierte mit dem Anteil der Wählerschaft für die AfD auf Bundesebene (Reuband 2022).

In der Mitte-Studie 2024/25 haben wir danach gefragt, wie die Teilnehmenden das staatliche Handeln während der Coronapandemie rückblickend bewerten (die Aussagen dazu finden sich in Abb. 9.1). Die damaligen Freiheitseinschränkungen werden von den Befragten der Mitte-Studie sehr unterschiedlich beurteilt. Während 44 % der Befragten die Freiheitseinschränkungen richtig oder eher richtig finden, lehnen 34 % die Maßnahmen retrospektiv (eher) ab. 21 % äußern sich ambivalent. Offenkundig ist die rückblickende Zustimmung zu den Freiheitseinschränkungen gesunken. 26 % der Befragten geben zudem an, infolge der ergriffenen Maßnahmen das Vertrauen in staatliche Institutionen verloren zu haben; weitere 14 % stimmen dieser Aussage zumindest teilweise zu. Beide Aussagen hängen eng zusammen (r = ,65).

Je mehr psychische und gesundheitliche Belastung Personen berichten, desto eher neigen sie zu einer kritischen Haltung gegenüber den Coronamaßnahmen, allerdings ist der Zusammenhang schwach (r = ,12; p < ,001). Die Zusammenhänge zur Feststellung, aufgrund der Coronamaßnahmen das Vertrauen in den Staat verloren zu haben, sind etwas stärker.[13] Es ist also nicht so, dass Befragte mit höherer psychischer und gesundheitlicher Belastung die Maßnahmen zur Pandemieprävention kritischer sehen, gerade Personen mit gesundheitlicher Belastung dürften diese begrüßt haben.

Sehr deutlich hängt eine kritische Bewertung der freiheitseinschränkenden Maßnahmen während der Coronapandemie und – mehr noch – die rückblickende Einschätzung, dadurch das Vertrauen in den Staat verloren zu haben, mit demokratiedistanten Einstellungen zusammen.[14] Wer die Coronamaßnahmen kritisch sieht und meint, dadurch Vertrauen in den Staat verloren zu haben, neigt deutlich eher dazu, der Demokratie insgesamt zu misstrauen, empfindet sich politisch machtloser, teilt eher rechtsextreme Einstellungen und billigt eher politische Gewalt. Der AfD begegnen diese Befragten deutlich häufiger mit Sympathie und normalisieren die Partei.

Da beide Aussagen eng miteinander zusammenhängen und die Zusammenhänge mit demokratiedistanten Einstellungen in die gleiche Richtung weisen, haben wir sie zu einem Indikator *rückblickend kritische Haltung zu den Coronamaßnahmen* zusammengefasst; rund ein Drittel der Befragten zeigt eine solch kritische Haltung (31 %).[15] Abbildung 9.3 zeigt die Unterschiede zwischen

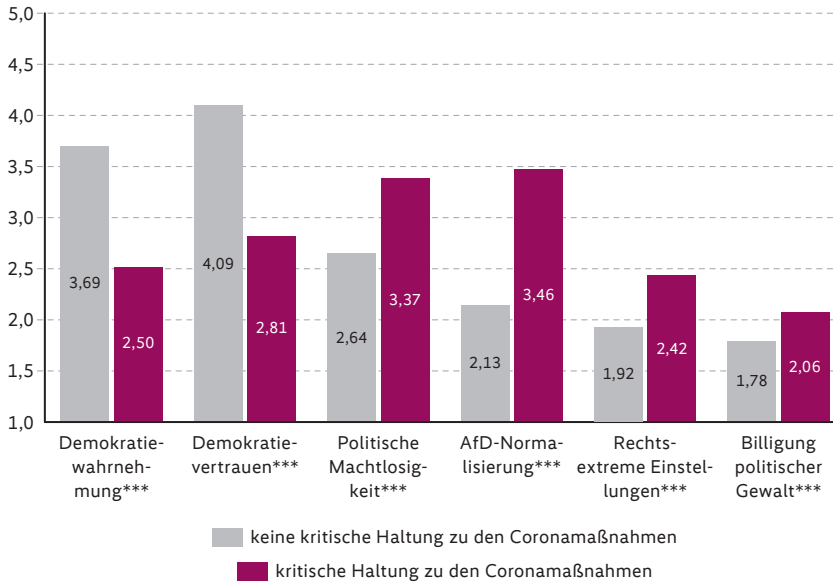
13 Spearman-Korrelation: Ablehnung der Coronamaßnahmen mit höherer Lebenszufriedenheit (r = – ,07), besserer Gesundheit (r = ,05), häufigerem Stressempfinden (r = – ,08), Ängstlichkeit (r = ,05), Depressivität (r = ,04); Vertrauensverlust in den Staat aufgrund der Coronamaßnahmen mit Lebenszufriedenheit (r = – ,18), besserer Gesundheit (r = – ,01), häufigerem Stressempfinden (r = ,11), Depressivität (r = ,10), Ängstlichkeit (r = ,13); ab r = ,07/–,07 p mindestens < ,05.

14 Pearson-Korrelationen: Ablehnung der Coronamaßnahmen/Vertrauensverlust in den Staat aufgrund der Coronamaßnahmen mit pos. Demokratiewahrnehmung (r = – ,43/-,55), Demokratievertrauen (r = – ,50/-,64), politischer Machtlosigkeit (r = ,29/,40), AfD-Normalisierung (r = ,46/,57), rechtsextremen Einstellungen (r = ,31/,47), Gewaltbilligung (r = ,14/34); alle p < ,001.

15 Zur Einteilung haben wir den in der Mitte-Studie gebräuchlichen strengen Cut-off Wert von ≥ 3,5 gewählt, das bedeutet, der Anteil der Befragten, die den Coronamaßnahmen rückblickend kritisch gegenüberstehen, ist konservativ berechnet.

Abb. 9.3

Demokratiedistanz in Abhängigkeit einer kritischen Haltung zu den Coronamaßnahmen (Mittelwerte)



Anmerkungen Angegeben sind die arithmetischen Mittelwerte der zusammenfassenden Indizes; je höher der Wert, desto größer die Zustimmung auf der 5-stufigen Antwortskala. Varianzanalyse zur Bestimmung signifikanter Unterschiede: *** = p < ,001.

Befragten mit und ohne kritische Haltung zu den Coronamaßnahmen in der Demokratiedistanz; hier haben wir den zusammenfassenden Indikator genutzt.[16]

16 Die zur besseren Ausschöpfung der Stichprobe separat berechneten univariaten Varianzanalysen zeigen deutliche signifikante Unterschiede zwischen Personen ohne und mit kritischer Haltung zu den Coronamaßnahmen (zusammengefasster Indikator) in allen Facetten der Demokratiedistanz: positive Demokratiewahrnehmung F(1, 912) = 426,81; Demokratievertrauen F(1, 912) = 317,60; politische Machtlosigkeit F(1, 910) = 98,08; AfD-Normalisierung F(1, 909) = 250,15; rechtsextreme Einstellungen F(1, 904) = 90,72; Billigung politischer Gewalt F(1, 906) = 21,03. Eine ergänzend berechnete multivariate Varianzanalyse bestätigt den Befund. Die Unterscheidung der Demokratiewahrnehmung nach Wahrnehmung einer funktionierenden Demokratie (F(1, 912) = 337,15) und von Gerechtigkeit F(1, 912) = 317,03 zeigt ein sehr ähnliches Bild.

Je kritischer die Befragten den Coronamaßnahmen gegenüberstehen, desto weniger bedrohlich beurteilen sie zudem den Rechtsextremismus. Deutlich eher teilen sie auch neurechte Propaganda, wie sie auf Demonstrationen der selbsternannten Querdenker auftauchte: Der Ausruf »Die regierenden Parteien betrügen das Volk« und handelten illegal, gehören genauso dazu wie der Ruf nach mehr Widerstand gegen »die Politik«, die Behauptung, Deutschland gleiche eher einer Diktatur als einer Demokratie, oder die Unterstellung, man dürfe nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen. Doch auch völkisch-identitäre Untertöne mischen sich darunter, wie die Forderung, »Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen« und »Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden.« Auch hier sind die Zusammenhänge mit der kritischen Betrachtung der freiheitseinschränkenden Maßnahmen sowie der Aussage, über die Pandemie das Vertrauen in den Staat verloren zu haben, jeweils signifikant. Bei der kritischen Betrachtung der Maßnahmen fallen die Zusammenhänge moderat, beim Vertrauensverlust in den Staat hingegen sehr deutlich aus.[17]

9.5 Fazit und Ausblick

Psychische Belastungen und kritische Lebensereignisse sind mögliche Ursachen für politische Radikalisierung. Der jeweilige sozialstrukturelle Kontext und dessen individuelle Bewertung sind mindestens ebenso bedeutsam. Wir haben in der Mitte-Studie 2024/25 nun untersucht, in welchem Verhältnis die Einschätzung der eigenen Lebenslage zu demokratiedistanten sowie rechtsextremen Einstellungen und Gewaltbilligung in der breiten Bevölkerung steht – in der sich ein Teil der Mitte nicht zuletzt auch über die Coronapandemie radikalisiert hat und rechtsextreme Positionen für normal hält. Psychische und gesundheitliche Belastungen öffnen Menschen zwar nicht für eine direkte Radikalisierung

17 Pearson-Korrelationen: Rückblickend kritische Haltung gegenüber den Coronamaßnahmen mit den folgenden Aussagen: »Ich finde es bedrohlich, dass der Rechtsextremismus zunimmt.« r = – ,47; »Die regierenden Parteien betrügen das Volk.« r = ,59; »Was die Regierung tut, ist illegal.« r = ,52; »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.« r = ,59; »Man kann in Deutschland nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.« r = ,51; »Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.« r = ,50; »Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen.« r = ,31; »Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden.« r = ,27; alle p < ,001.

in den autoritären Extremismus – sie können allerdings zu Demokratiedistanz führen und über die Wahrnehmung einer schlecht funktionierenden und ungerechten Demokratie sowie den Vertrauensverlust in die Demokratie den Weg zu rechtsextremen und gewaltbilligenden Einstellungen bereiten; oder die Neigung zu politischen Positionen und Parteien von Rechtsaußen bestärken. Fast ein Viertel der psychisch und gesundheitlich Belasteten möchte für die AfD stimmen. Tatsächlich ist bei all dem vor allem die allgemeine Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben von Bedeutung. Sie geht einher mit mehr Stresserleben und einer schlechteren subjektiven Gesundheit, die aber ihrerseits, ebenso wie Depressivität und Ängstlichkeit, für die Demokratiedistanz nur eine geringe Rolle spielen. Lebensstress und psychische Belastungen machen also nicht einfach und direkt radikal. Wenn, dann scheint es eher andersherum zu sein: Es ist generelle Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, die radikalisiert. Stress und psychische Belastungen können aus einer allgemeinen Unzufriedenheit resultieren, aber auch andere Gründe haben, entsprechend haben sie dann auch wenig mit Radikalisierung zu tun. Die Radikalisierungsgefahr der Unzufriedenen könnte dabei auch durch das eigene Anspruchsdenken (mehr als andere zu verdienen) angetrieben sein, was gerade bei den Wähler:innen der AfD auffällt (Hellmann/Rees 2023).

Wenn es konkreter wird, finden sich für die These der psychischen Belastungen durch krisenhafte Erfahrung als Ausgang für Radikalisierung weitere empirische Belege. Die Coronapandemie und ihre Aufarbeitung sind Treiber. Sie bedeutete für viele Menschen eine große Belastung, begleitet von vielen Ängsten und Sorgen, und wirkt sich für einige bis heute spürbar aus. Für viele Menschen war die Pandemie eine psychische Ausnahmesituation und die Wirkungen halten an. Dabei waren es nicht allein das Virus und die Sorge vor eigener Ansteckung oder einer schlimmen Erkrankung Nahestehender, sondern auch – und für einige zuvorderst – die einschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die unterschiedlichste Belastungen mit sich brachten. Entsprechend kritisch wurden und werden diese diskutiert. Mit der Kritik an den Coronamaßnahmen wurde dabei zunehmend weniger die konkrete Frage thematisiert, wie man am besten mit einer Pandemie umgeht – vielmehr entwickelte sie sich hin zu einer fundamentalen Kritik am als autoritär empfundenen Staat und seinen Akteuren. Dies führte bei einigen zu Demokratiedistanz und mündete

in die Öffnung gegenüber demokratiefeindlichen Angeboten, auch wenn sie unter dem Deckmantel der Demokratie daherkamen. Auf der Suche nach neuer Orientierung in Pandemiezeiten, vielleicht auch, um einen Ausweg aus den strengen, belastenden und für manche auch existenziellen Maßnahmen der Pandemie zu finden, folgten nicht wenige den Angeboten der selbsternannten »Querdenker«, die nicht nur über die Pandemie, sondern auch gegenüber der Demokratie »quer« dachten und denken. Sie waren verwoben mit rechtsoffenen Bewegungen wie der Reichsbürgerszene, mancherorts auch angeführt von rechtsextremen Akteuren, die den Protest gegen Coronamaßnahmen als Mobilisierungsfeld nutzten (u. a. Virchow/Häusler/Döring 2020).

Die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 zeigen eindeutige Zusammenhänge: Je kritischer heute der Rückblick auf die freiheitseinschränkenden Maßnahmen ausfällt und, mehr noch, auf die Einschätzung, dass darüber das Vertrauen in den Staat verloren gegangen ist, desto mehr gehen die Befragten in Distanz zur Demokratie, öffnen sich für die Angebote von Rechtsaußen und billigen politische Gewalt. Es könnte allerdings auch andersherum sein – Populisten diverser Couleur haben sich der Pandemie, insbesondere der Kritik an den freiheitseinschränkenden Maßnahmen, bedient, um Stimmung zu machen. Wer ohnehin zu Demokratiedistanz neigt, wird vermutlich auch diesem Angebot eher folgen und die Coronamaßnahmen kritisch sehen.

Die Ergebnisse lassen sich auch als Warnung lesen, die jetzt so vehement geforderte Aufarbeitung der Coronapandemie über wichtige Fragen, die sich Menschen stellen, sachlich zu führen: Was können wir daraus für künftige Pandemien lernen? Wie lässt sich politisches Handeln in Krisenzeiten in einer Demokratie so transparent und nachvollziehbar umsetzen, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Demokratie nicht verliert? Wird die geforderte Aufarbeitung der Pandemie hingegen von dem impliziten, vorgefassten Schluss begleitet, die freiheitseinschränkenden Maßnahmen wären überflüssig gewesen, gar staatlicherseits unangemessen und übergriffig, wird sich darüber weder gegenseitiges Verständnis entwickeln noch Vertrauen in die Demokratie zurückgewinnen lassen. Denn dies lässt nicht nur die große Angst und Ungewissheit gegenüber dem damals neuen Virus außer Acht, sondern sorgt für weiteres Demokratiemisstrauen – genau das ist eine Bestätigung jener, die die Coronapandemie

geschickt für ihre antidemokratischen Kampagnen instrumentalisieren möchten. Gleichzeitig wird es all jene, die Sorge vor Ansteckungen hatten, die sich so gut wie möglich und dem Wissensstand entsprechend aus ihrer Sicht angemessen vorsichtig und rücksichtsvoll verhalten haben, vor den Kopf stoßen. Die beobachtete Demokratiedistanz geht eindeutig mit einer generell kritischen Haltung gegenüber den Coronamaßnahmen einher. Diese hängt aber nur sehr schwach mit psychischen und gesundheitlichen Belastungen zusammen, und auch die Demokratiedistanz lässt sich nur sehr bedingt auf diese zurückführen, am ehesten noch auf eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Leben. Denkbar ist auch die umgekehrte Wirkungsrichtung: Wer die Demokratie als wenig funktionierend und ungerecht empfindet, das Vertrauen in die Demokratie verliert und in Distanz zur Demokratie geht, könnte dann auch mit dem eigenen Leben weniger zufrieden sein. Demokratiedistanz ist nicht vorrangig ein Zeichen psychischer Belastung, sondern eine politische Bewegung in den autoritären Extremismus. Wer in Distanz zur Demokratie geht oder gar die Abschaffung der liberalen Demokratie anstrebt, verspricht sich davon in Teilen auch, zufriedener mit dem eigenen Leben zu werden.

10 Sozialisation durch die Eltern und der Rechtsextremismus der Mitte

Nico Mokros

Eltern – und generell der Familie – wird grundsätzlich eine zentrale Bedeutung bei der Vermittlung sozialer Werte und Normen sowie politischer Orientierungen zugesprochen. Sie können dahingehend als erste und prägendste Sozialisationsinstanz angesehen werden (Rippl/Seipel/Kindervater 2022). Für die Frage nach den Ursachen und Hintergründen rechtsextremer Einstellungen werden hingegen familiale Interaktionsmuster beziehungsweise die Erziehung und Sozialisation durch die Eltern oftmals nicht oder nur wenig in den Blick genommen. Das hat unterschiedliche Gründe. Einer davon ist sicher der Mangel an Langzeituntersuchungen, verbunden mit der Schwierigkeit, über die Entwicklung von der Kindheit ins Erwachsenenalter fortwährende Zusammenhänge nachzuweisen. Gleichzeitig besteht in der Rechtsextremismusforschung ausreichend Theorie und Empirie, um festzustellen, dass die Hinwendung zur rechtsextremen Ideologie oder Szene ein Zusammenspiel von Risiko- und Resilienzfaktoren auf persönlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ebene ist (Rippl/Seipel 2022). So ist die politische Sozialisation von den entsprechenden Bedingungen der Ebenen abhängig, die es Individuen überhaupt ermöglichen, politisch zu denken und zu handeln. Rechtsextremes Denken bahnt sich daher womöglich »den gleichen Weg durch die Sozialisationsinstanzen wie demokratisches Denken auch« (Kleeberg-Niepage 2012, S. 23).

Für die Anbahnung antidemokratischer Orientierungen gilt oftmals die Jugend, seltener die Kindheit, als sensible Phase: Junge Menschen scheinen in besonderer Weise anfällig zu sein für politische Inhalte, Formate und Gruppierungen, die mit einem einfachen Freund-Feind-Schema, moralischer Rigorosität, gruppenbezogenen Überzeugungen und dem festen Glauben an die Alternativlosigkeit ihrer Ideologie einhergehen (Srowig et al. 2018). Die soziale Identität und Zugehörigkeit werden im Jugend- und jungen Erwachsenenalter zum Kernstück der wechselseitigen Auseinandersetzung mit der Umwelt. Eine unterstützende, bedürfnisorientierte und anerkennende Beziehung von Eltern zu Jugendlichen

kann diese Auseinandersetzung wie auch die Resilienz vor rechtsextremer Radikalisierung stärken (z. B. Müller et al. 2023). Demgegenüber gestaltet sich die politische Sozialisation nicht zuletzt auch als Affirmation gesellschaftlicher Entwicklungen und Verhältnisse, die kontext- und zeitspezifisch vorherrschen, seien es Autoritarismus, Markt- und Leistungsprinzipien, Populismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus. Dabei kann die übermäßige Konzentration auf sozialisatorische Besonderheiten des Jugendalters eine Entlastungsfunktion haben, insbesondere für die Mitte der Gesellschaft, um sich nicht mit der rechtsextremen Normalität in Deutschland auseinandersetzen zu müssen (Zick/Berghan/Mokros 2020). In Alltagsdiskursen dreht sich diese selbstentlastende Thematisierung politischer Orientierungen und Phänomene daher meist um vermeintliche ›Jugendprobleme‹, anlässlich derer die Gesellschaft »über Jugend beunruhigt ist, wo die Genese einer demokratisch gesonnenen Persönlichkeit auszubleiben droht« (Reinders 2001, S. 9).

Was gegenwärtig als eine Rückkehr der »Baseballschlägerjahre« (Bangel 2022) der 1990er diskutiert wird, spiegelt dabei sowohl eine jugendsozialisatorische Konstante als auch ein kulturelles Reaktionsmuster der Mitte darauf wider. In diesem Sinne scheint spätestens seit dem Aufkommen der jugendlichen Protest- und Neonazikultur in der Nachwendezeit zu gelten: »Es genügt ein Hakenkreuz an der ›richtigen‹ Stelle, um die Aufmerksamkeit einer ganzen Nation auf sich zu ziehen!« (Fuchs/Lamnek/Wiederer 2003, S. 14). Der jüngste Auftrieb rechtsextremer Ausdrucksformen und der gesellschaftliche Umgang mit ihnen erscheint weniger als Bruch mit den Eltern- und Großelterngenerationen, denn als intergenerationelles Echo vorausgegangener Sozialisationsprozesse. Das gilt unter anderem für trans- und queerfeindliche Angriffe und Störaktionen rechtsextremer Jugendgruppen gegen CSD- und Prideparaden wie auch für eine zunehmende Bedeutung und Sichtbarkeit von NS-Symboliken als Teil einer digitalen Jugendkultur. Was die Hintergründe und Motive, vor allem aber das jugendliche Alter der Täter angeht, ließen zuletzt auch Gewaltverbrechen gegen Obdachlose die Justiz und Öffentlichkeit ratlos zurück (➟ Kap. 3, Mittendrin). Sind die Taten womöglich ein radikaler und gewaltsamer Ausdruck dessen, was in der »Erwachsenengesellschaft« an menschenfeindlichen Überzeugungen festen Bestand hat? Dies birgt auch die Frage, ob die Eltern der Heranwachsenden in den 1990er-Jahren mitverantwortlich waren für die Angriffe auf »Aus-

länder«, »Gastarbeiter« und Asylsuchende wie in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen – diese Angriffe bejubelt oder zumindest gebilligt haben. Rassismus und Rechtsextremismus erwiesen sich schon damals als ein gesamtdeutsches wie gesamtgesellschaftliches Problem. Doch die medialen und parlamentarischen Debatten dazu richteten sich vor allem auf die Problembeschreibung »junger Männer aus Ostdeutschland« (z. B. Jäger 1997; Lynen von Berg 2000). Es fehlte oft eine Einordnung in vorgelagerte Prozesse der Sozialisation und Radikalisierung. Früh entstandene und langfristig wirkende Orientierungen von Menschen sind von besonderem Interesse, wenn es um Resilienz gegen rechtsextreme Ideologien geht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die elterliche Primärsozialisation einerseits und dominante gesellschaftliche Erfahrungen und Muster andererseits einen Einfluss darauf haben, ob eine rechtsextreme Orientierung entwickelt wird.

10.1 Biografische und soziale Vorläufer rechtsextremer Einstellungen

Frühere, meist qualitative Studien sind bereits dem Einfluss der Eltern auf die Entwicklung von rechtsextremen Einstellungen nachgegangen: Als grundlegend angesehen und erforscht wurden dazu Interaktions-, Erziehungs- und Sozialisationserfahrungen in der Familie, etwa in Bezug auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen (Wahl/Tramitz/Blumtritt 2001), Bindungserfahrungen und autoritäre Dispositionen (Hopf 1993) sowie Emotionsregulations- und Konfliktlösestrategien (Hopf/Hopf 1997), die Haltung zu den Eltern (Frenkel-Brunswik 1950), die Art der Zielförderung der Kinder (Duriez/Soenens/Vansteenkiste 2008) oder auch erfahrene Anerkennung und Unterstützung beziehungsweise ein Mangel daran (Heitmeyer et al. 1992). Es folgten Studien, die sich mit der Frage befassten, inwieweit Jugendliche rassistische und rechtsextreme Einstellungen unmittelbar von ihren Eltern aufnehmen und weiterverarbeiten (z. B. Rippl 2004; Haselbach et al. 2024). Aus einer Metaanalyse konnte zudem resümiert werden, dass zum Beispiel geschlechter- und »rasse«-bezogene Vorurteile von Kindern und ihren Eltern sich ähneln und über die Zeit weitgehend stabil bleiben (Degner/Dalege 2013). So kann es emotionale und erfahrungsbezogene Vorläufer in der Kindheit und Jugend geben, welche beispielsweise die Entwicklung von Vorurteilen gegenüber Fremdgruppen begünstigen. Mit zunehmendem Alter ist hingegen

von einem größeren Einfluss des sozialen Kontextes auf Vorurteile auszugehen (Raabe/Beelmann 2011). Beginnende Kontakte zu rechtsextrem orientierten Gruppen erfolgen dann häufig über Gleichaltrige und sind oft weniger Ausdruck einer ideologischen Überzeugung als bestehender Freundschaften oder zufälliger Gelegenheitsstrukturen, die jedoch im Laufe der Zeit selbst sozialisatorische Wirkung entfalten können. Dies gilt insbesondere »bei der Verfestigung von Orientierungs- und Handlungsmustern und von Zugehörigkeiten« (Möller/Schumacher 2007, S. 281). Zudem werden in der Biografiearbeit mit Personen, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen, oft problematische Verhaltensmuster und psychosoziale Belastungen aufgedeckt, die eine Distanzierung oder gar einen Ausstieg erschweren oder verunmöglichen können (Hohnstein/Greuel/Figlestahler 2021). Qualitative Falluntersuchungen weisen ebenfalls darauf hin, dass krisenhafte Lebensereignisse, die mit familialen und/oder schulischen Problemen einhergingen, einen Einfluss auf rechtsextreme Einstiegsprozesse von Jugendlichen haben (z. B. Fahrig 2020). Auch (Nicht-)Wissen um die Familiengeschichte in Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands kann über Generationen hinweg von normativer Bedeutung für politische Orientierungen in der Gegenwart bleiben (Rees/Papendick/Zick 2021). Neben ungünstigen biografischen Erfahrungen und Aufwachsensbedingungen werden auch bestimmte Persönlichkeitsmerkmale oder genetische Dispositionen, wie Temperament, Aggressivität, Ängstlichkeit oder Narzissmus, als risikohaft für Radikalisierungsprozesse diskutiert (Emmelkamp et al. 2020). Trotz alledem bleibt es schwer abzuschätzen, warum manche Menschen sich eher autoritär und rechtsextrem orientieren als andere. Viele Faktoren und unterschiedliche Risiken können gleichzeitig auf eine Radikalisierung hinwirken, während selbst gleiche Risiken zu unterschiedlichen Entwicklungen führen können (Beelmann 2020). Insgesamt deutet der Forschungsstand darauf hin, dass sich autoritäre und rechtsextreme Orientierungen aufgrund bestimmter Sozialisationserfahrungen bei manchen Menschen wahrscheinlicher entwickeln als bei anderen.

10.1.1 Sozialisation von Autoritarismus

Auch Detlef Oesterreich (1996) betont in der Tradition der Autoritarismusforschung die Rolle früher und familiärer Sozialisationsprozesse. Er bezieht sich dabei – ähnlich wie Altemeyer (1996) zur selben Zeit – auf ein lerntheoretisches Konzept, stellt jedoch nicht das Jugendalter in den Mittelpunkt seiner Überle-

gungen, sondern die grundlegende Bedeutung, die – in Abgrenzung zu Autoritarismus – der Entwicklung persönlicher Autonomie zukomme. Demnach sei Autoritarismus »das Ergebnis einer Sozialisation, die Kinder überfordert oder auch unterfordert« (Oesterreich 2000, S. 88). Autoritarismus biete dem Kind die Möglichkeit, sich vor Risiken und Gefahren einer Welt zu schützen, mit der es nicht zurechtkommt: »Kinder, die einer sozialen Realität gegenüberstehen, die sie nicht bewältigen können, sind gezwungen, sich in den Schutz und die Sicherheit von Autoritäten zu flüchten« (ebd., S. 69). Diese »Flucht in die Sicherheit« bezeichnet Oesterreich auch als »autoritäre Reaktion« (ebd., S. 73). Eine solche Reaktion stelle für Kinder noch einen teilweise lebensnotwendigen Grundmechanismus des Sozialisationsprozesses dar. Wenn Kinder mit einer bestimmten Herausforderung konfrontiert sind, sollte es die Aufgabe der Eltern sein, sie zu beruhigen und ihnen dabei zu helfen, eigene Strategien zu entwickeln, um mit der Realität umzugehen und Unsicherheiten zu überwinden. In dieser Lebensphase ist die Rolle der Eltern entscheidend dafür, ob das Kind zu persönlicher Autonomie oder zu einer lebenslangen Abhängigkeit von Autoritäten sozialisiert wird. In der weiteren Entwicklung müsse diese autoritäre Reaktion aber zunehmend überwunden werden und sei bei Erwachsenen als Zeichen von Unmündigkeit zu werten (Oesterreich 1996). Manzi et al. (2017) kommen in ihrer Studie ebenfalls zu dem Schluss, dass das Versäumnis der Eltern, Autonomie zu gewähren, einen negativen und beeinträchtigenden Effekt auf die Fähigkeit des Kindes habe, auf gesellschaftliche Bedrohungen adaptiv und nicht autoritär zu reagieren, während Kindern, die ein hohes Maß an elterlicher Unterstützung für Autonomie erfahren hätten, dies deutlich besser gelingen würde. Auch Decker et al. (2012) stellen fest, dass über die Generationen und trotz einer grundsätzlichen Zunahme emotionaler Wärme in der Erziehung Kinder vermehrt leistungsbezogene Überforderungen durch ihre Eltern erfahren würden, die zum Teil im Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen stehen. Ebenso würden elterliche Herabwürdigungen und Gewalt im späteren Erwachsenenalter mit autoritären Einstellungsmustern einhergehen (Decker/Schuler/Brähler 2018).

Was den empirischen Nachweis eines Zusammenhangs zwischen Autoritarismus und Sozialisation im Elternhaus betrifft, hat Oesterreich (1974) im Rahmen seiner Untersuchungen bereits sowohl die Notwendigkeit als auch die Schwierigkeit eines retrospektiven Ansatzes erörtert. Auf der Ebene der Entstehungsbedin-

gungen von Autoritarismus als früh entstandener, überdauernder Grundorientierung im Menschen hat er daher spezifische Erziehungs- und Sozialisationserfahrungen im Elternhaus operationalisiert, anhand derer er ein überbehütendes sowie stark kontrollierendes Verhalten der Eltern bestimmte (Oesterreich 2000).

10.1.2 Hypothesen und Messung

Vor diesem Hintergrund haben wir in der Mitte-Studie 2024/25 in Abhängigkeit vom Autoritarismusniveau der Befragten untersucht, inwiefern Sozialisationserfahrungen, an die sich die Befragten aus ihrer Kindheit und Jugend erinnern konnten, die Zustimmung zu einem rechtsextremen Weltbild beeinflussen und sich auch auf die Verharmlosung des Rechtsextremismus auswirken. Die Frage nach der Sozialisation stützt sich auf die Einschätzung und Selbstauskunft der Befragten, ob ihre Eltern sie einer übermäßigen Kontrolle und/oder einem überhöhten Leistungsanspruch ausgesetzt haben. Beide Facetten elterlicher Erwartungen und Verhaltensweisen beziehen sich darauf, die eigenen Bedürfnisse, Interessen und Wertvorstellungen den Entscheidungen, dem Willen und den Zielen der Eltern unterzuordnen. Es wird angenommen, dass Befragte, die eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation durch ihre Eltern erfahren haben, einen höher ausgeprägten Autoritarismus im heutigen Erwachsenenalter aufweisen und dies wiederum signifikant häufiger mit dem Vorliegen eines rechtsextremen Weltbilds sowie der Verharmlosung von Rechtsextremismus einhergeht. Im Vergleich dazu wird erwartet, dass Befragte, die zwar einen ausgeprägten Autoritarismus aufweisen, jedoch keine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation durch ihre Eltern erfahren haben, deutlich seltener ein rechtsextremes Weltbild teilen und den Rechtsextremismus in Deutschland ebenfalls deutlich seltener verharmlosen.

Die Sozialisation durch die Eltern wurde dazu mit einer Kurzskala erhoben, die zum Teil an die Fragen von Oesterreich (1974) angelehnt ist. Darum gebeten, sich an ihre Kindheit und Jugend zu erinnern, wurden den Befragten vier Aussagen zu elterlichen Verhaltensweisen vorgelesen, die sie einschätzen sollten.[1]

1 Zur Vereinfachung wurde, wie bei Oesterreich (1974), nur nach beiden Eltern gemeinsam und nicht getrennt nach dem Vater und der Mutter gefragt, wobei es sein kann, dass die Erinnerung an einen Elternteil überwiegt, etwa weil dessen Verhalten beziehungsweise Erwartungen nachdrücklicher oder kohäsiver waren oder die Befragten auch nur bei einem Elternteil aufgewachsen sind.

Die beiden Aussagen »Meine Eltern haben oft Entscheidungen für mich getroffen, ohne mich einzubeziehen« und »Meine Eltern haben keinen Widerspruch geduldet« beschreiben dabei vor allem eine stark wahrgenommene Kontrolle und Autorität der Eltern. Die gemittelte Zustimmung dazu wird als *autoritärorientierte Sozialisation* bezeichnet. Die beiden Aussagen »Meine Eltern haben oft zu hohe Erwartungen an mich gestellt« sowie »Meine Eltern haben immer von mir verlangt, besser als andere zu sein« bringen eher eine hohe Anspruchshaltung und Leistungsdruck der Eltern gegenüber dem Kind zum Ausdruck, die zusammen als *leistungsorientierte Sozialisation* bezeichnet werden.[2] Den Aussagen konnten die Befragten zwischen (1) »überhaupt nicht« und (5) »voll und ganz« zustimmen beziehungsweise sie ablehnen.

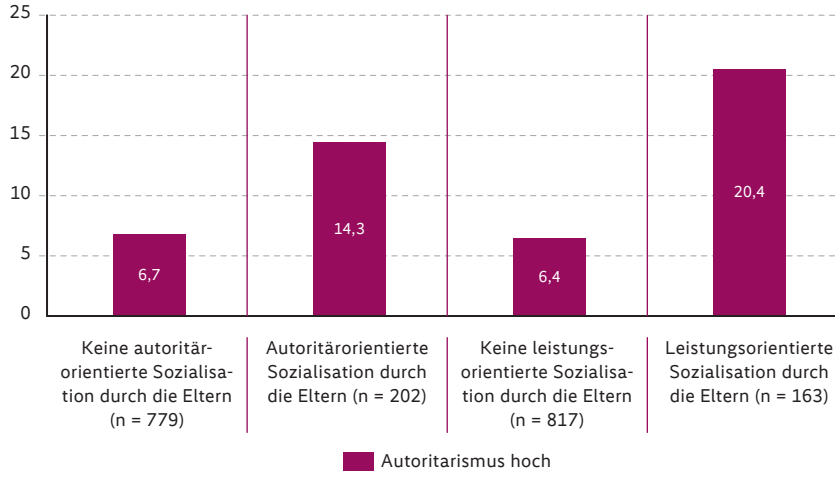
Um den gemessenen Autoritarismus unter den Befragten stärker kontrastieren zu können, wurde eine Mittelwertskala, die aus den Facetten autoritärer Aggression und Unterordnung zusammengesetzt ist (➟ Kap. 6; siehe auch Kap. 4, Fokus, Fußnote 10), in die kategorialen Ausprägungen *Autoritarismus niedrig* und *Autoritarismus hoch* überführt (➟ Kap. 2).

Der Zusammenhang zu rechtsextremen Einstellungen, wie sie in Kapitel 3 konzipiert sind (➟ Kap. 3), wurde im Hinblick auf das strenge Kriterium für das Vorliegen eines *rechtsextremen Weltbilds* untersucht. Die ebenfalls in dem Kapitel berichtete Frage nach dem Umgang mit einer Zunahme des Rechtsextremismus findet hier Anwendung in der gemessenen *Verharmlosung des Rechtsextremismus* (➟ Kap. 3, Fußnote 11). Diese drückt sich in der Ansicht aus, dass die mediale Berichterstattung über Rechtsextremismus übertrieben ist, dass

2 Die Aussagen wurden im Rahmen eines Pretests mehrerer Indikatoren statistisch vorgeprüft und für die anschließende Haupterhebung ausgewählt (➟ Kap. 2). Für die vorliegenden Analysen wurden die vier Aussagen zur Prüfung auf Dimensionalität mittels einer Hauptachsenanalyse mit Oblimin-Rotation analysiert. Es konnte ein gemeinsamer Faktor extrahiert werden, der einschränkende Sozialisationserfahrungen durch die Eltern widerspiegelt und 47 % der Gesamtvarianz umfasst. Berechnet und für geeignet befunden wurde auch eine rotierte 2-Faktoren-Lösung, die inhaltlich in eine autoritär- und eine leistungsorientierte Sozialisation unterschieden werden. Die jeweils mit den zwei hochladenden Items (r = ,65 bis ,81) konstruierten Skalen zur Messung autoritärorientierter Sozialisation (M = 2,40; SD = 1,07; n = 981; r_{tt} = ,67) und leistungsorientierter Sozialisation (M = 2,13; SD = 1,11; n = 980; r_{tt} = ,76) ergeben hinreichende Split-Half-Reliabilitäten (➟ Glossar).

Abb. 10.1

Rechtsextremes Weltbild bei hohem Autoritarismus nach autoritär- bzw. leistungsorientierter Sozialisation durch die Eltern
(Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten. Die Aussagen zur autoritär- bzw. leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern wurden bei einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten erhoben. Der Cut-off-Wert für hohen Autoritarismus liegt bei einem Skalenmittelwert von 3,5 (➟ Kap. 2: Methodik). Die statistischen Unterschiede zwischen den Ausprägungen sind signifikant mit $p < ,001$.

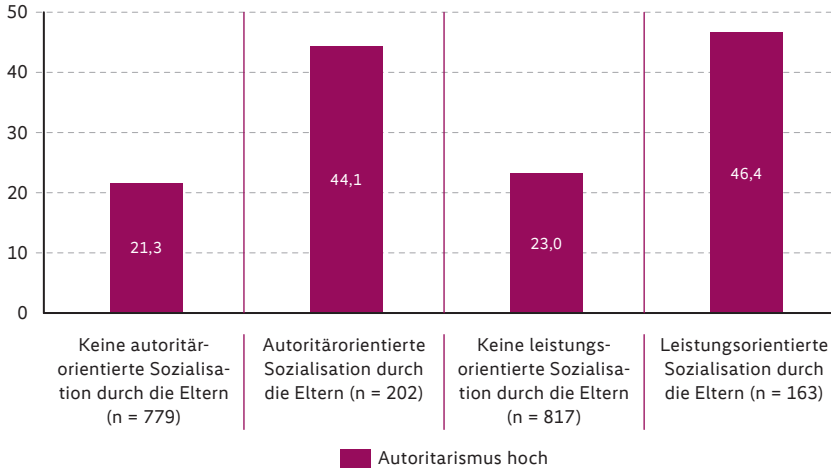
seine Ursachen allein im Linksextremismus liegen und Untätigkeit oder Ignoranz der richtige Umgang mit dem Rechtsextremismus sind.

10.2 Sozialisation als Verstärker rechtsextremer und den Rechtsextremismus verharmlosender Einstellungen – Ergebnisse aus der Mitte-Studie 2024/25

In der zugrunde liegenden Teilstichprobe der Mitte-Studie 2024/25 zeigt sich ein klares Muster: Bei hohem Autoritarismus treten erhöhte Zustimmungsraten zum rechtsextremen Weltbild sowie zur Verharmlosung des Rechtsextremismus auf – und diese fallen noch einmal deutlich höher aus, wenn Befragte von einer autoritär- und/oder leistungsorientiert geprägten Sozialisation berichten beziehungsweise ihre Sozialisation durch die Eltern als solche erinnern. Unter

Abb. 10.2

Verharmlosung des Rechtsextremismus in Deutschland bei hohem Autoritarismus nach autoritär- bzw. leistungsorientierter Sozialisation durch die Eltern (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten. Die Aussagen zur autoritär- bzw. leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern wurden bei einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten erhoben. Der Cut-off-Wert für hohen Autoritarismus liegt bei einem Skalenmittelwert von 3,5 (➟ Kap. 2: Methodik). Die statistischen Unterschiede zwischen den Ausprägungen sind signifikant mit $p < ,001$.

Befragten mit hohem Autoritarismus im Erwachsenenalter ist der Anteil mit einem rechtsextremen Weltbild deutlich höher, wenn sie eine autoritärorientierte Sozialisation oder auch eine leistungsorientierte Sozialisation erinnern (14 % bzw. 20 %), als wenn dies jeweils nicht der Fall ist (7 % bzw. 6 %). Mit niedrigem Autoritarismus tritt ein rechtsextremes Weltbild hingegen nicht auf und das unabhängig vom jeweiligen Sozialisationsprofil (➟ Abb. 10.1).

Bei der Verharmlosung von Rechtsextremismus zeigen sich in der Gruppe mit hohem Autoritarismus ebenfalls deutliche Differenzen innerhalb der unterschiedlichen Sozialisationsprofile (➟ Abb. 10.2). Befragte, die eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation durch ihre Eltern erinnern, neigen doppelt so häufig dazu, den gegenwärtigen Rechtsextremismus in Deutschland zu verharmlosen (44 % bzw. 46 %) gegenüber Befragten, die keine autoritär- oder

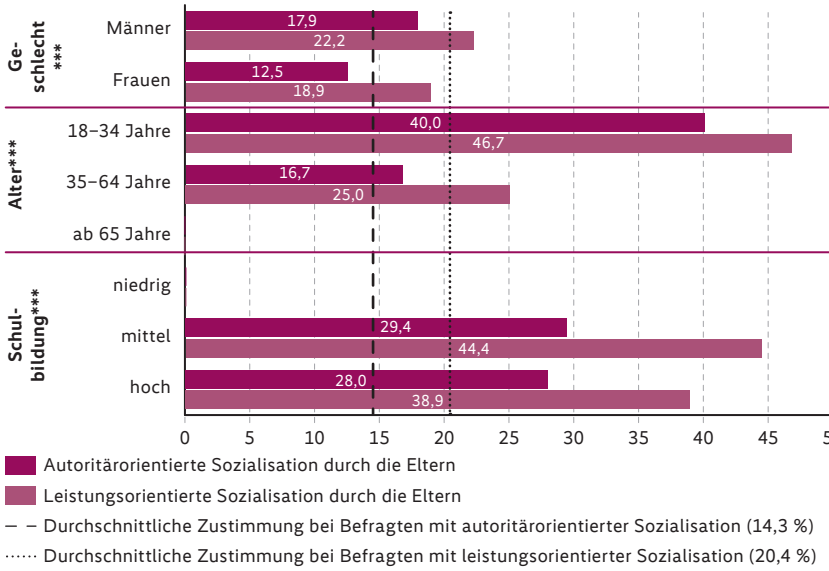
leistungsorientierte Sozialisation durch ihre Eltern erinnern (21 % bzw. 23 %). Bei niedrigem Autoritarismus liegt die entsprechende Zustimmung ohne eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation bei jeweils 11 %, und damit deutlich unter der durchschnittlichen Verharmlosungsrate in der Bevölkerung. Hingegen findet sich keine Person mit niedrigem Autoritarismus, die trotz erinnerter autoritär- und/oder leistungsorientierter Sozialisation den Rechtsextremismus heute verharmlost.

Zudem zeigen sich bei hohem Autoritarismus für beide Sozialisationsprofile markante Unterschiede im Anteil der Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild nach Geschlecht, Alter und Schulbildung (➟ Abb. 10.3). Männer, die eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation durch ihre Eltern angeben, weisen signifikant häufiger ein rechtsextremes Weltbild auf (18 % bzw. 22 %) als Frauen (12,5 % bzw. 19 %). Besonders auffällig sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen: 18- bis 34-Jährige mit autoritären Einstellungen sowie einer als autoritär oder leistungsorientiert erinnerten Sozialisation durch ihre Eltern vertreten zu 40 % beziehungsweise 47 % ein rechtsextremes Weltbild. Das ist doppelt so häufig, wie 35- bis 64-Jährige dies tun (17 % bzw. 25 %), während sich in der Gruppe über 65-Jähriger mit einer solchen Sozialisation keine Person mit einem rechtsextremen Weltbild findet. Bei hohem Autoritarismus scheint sowohl unter Befragten mit einem mittleren als auch unter solchen mit einem hohen Schulabschluss überdurchschnittlich oft ein rechtsextremes Weltbild vorzukommen, insbesondere dann, wenn die Sozialisation durch die Eltern leistungsorientiert war (29 % bzw. 44 % zu 28 % bzw. 39 %). Unter Befragten mit einem niedrigen Schulabschluss besteht im Gruppenvergleich hingegen kein rechtsextremes Weltbild, trotz ausgeprägtem Autoritarismus.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Verharmlosung des Rechtsextremismus (➟ Abb. 10.4). Hier sind es deutlich mehr Frauen als Männer, die unter dem Einfluss von hohem Autoritarismus ihre Zustimmung äußern – sowohl, wenn eine autoritärorientierte Sozialisation erinnert wird (51 % zu 29 %) als auch bei einer leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern (60 % zu 10,5 %). In den Altersgruppen sind es – entgegen den Zustimmungsanteilen beim rechtsextremen Weltbild – nicht die jüngeren Befragten, sondern die Älteren ab 65 Jahren, die überdurchschnittlich häufig den Rechtsextremismus in Deutsch-

Abb. 10.3

Rechtsextremes Weltbild bei hohem Autoritarismus im Profil elterlicher Sozialisation nach Geschlecht, Alter und Schulbildung
(Angaben in gültigen Prozent | n = 84)

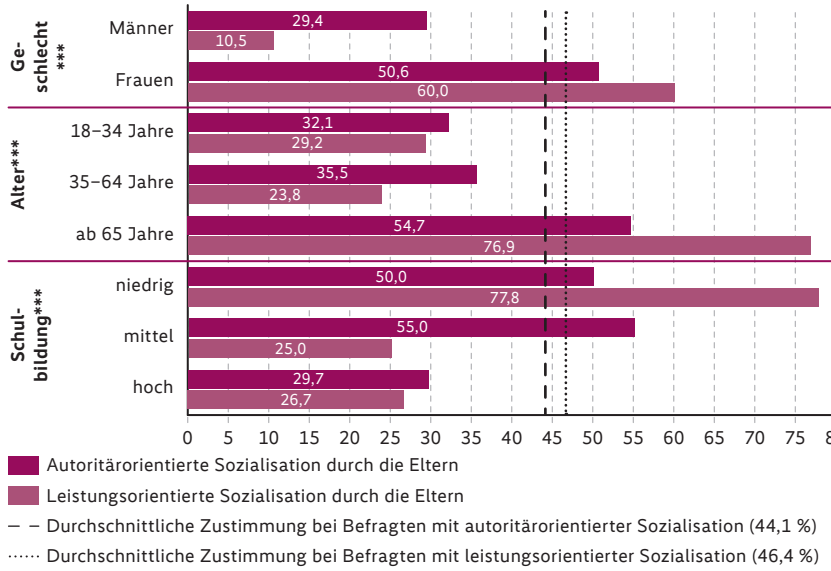


Anmerkungen Die Abbildung zeigt den Anteil der Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild von Befragten mit einer hohen Autoritarismusausprägung nach Geschlecht, Alter und Schulbildung im Vergleich der autoritär- bzw. leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern. Aufgrund des insgesamt geringen Anteils der bedingten Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild sind es absolut betrachtet nur sehr wenige Befragte, die hier signifikante Unterschiede ausmachen. Dennoch geben diese Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Sozialisationsprofilen einstellungsrelevante Hinweise auf die Verbreitung und Entwicklung rechtsextremer Einstellungen. Für die in der Abbildung fehlenden Balken jener Befragten ab 65 Jahren bzw. mit niedriger Schulbildung liegen in der Stichprobe keine Fälle vor. **n** = Anzahl der Befragten; *** = p < ,001.

land verharmlosen, wenn sie eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation erfahren haben (55 % bzw. 77 %). Ein ähnlich konträres Bild im Vergleich zum rechtsextremen Weltbild zeigt sich hinsichtlich der Verharmlosung von Rechtsextremismus nach den Bildungsgruppen: Bei hohem Autoritarismus verharmlosen autoritär wie auch leistungssozialisierte Befragte vor allem mit einem niedrigen Schulabschluss den Rechtsextremismus (50 % bzw. 78 %),

Abb. 10.4

Verharmlosung des Rechtsextremismus in Deutschland bei hohem Autoritarismus im Profil elterlicher Sozialisation nach Geschlecht, Alter und Schulbildung (Angaben in gültigen Prozent | n = 111)



Anmerkungen Die Abbildung zeigt den Anteil der Zustimmung zur Verharmlosung des Rechtsextremismus von Befragten mit einer hohen Autoritarismusausprägung nach Geschlecht, Alter und Schulbildung im Vergleich der autoritär- bzw. leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern. Aufgrund des insgesamt geringen Anteils der bedingten Zustimmung zur Verharmlosung des Rechtsextremismus sind es absolut betrachtet nur sehr wenige Befragte, die hier signifikante Unterschiede ausmachen. Dennoch geben diese Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Sozialisationsprofilen einstellungsrelevante Hinweise auf die Verharmlosung des Rechtsextremismus. **n** = Anzahl der Befragten; *** = p < ,001.

wobei dem auch Befragte mit mittlerer Schulbildung überdurchschnittlich häufig zustimmen, wenn sie eine autoritärorientierte Sozialisation durch ihre Eltern erinnern (55 %). Demgegenüber verharmlosen in beiden Sozialisationsprofilen Befragte mit hoher Schulbildung wie auch Befragte unter 65 Jahren den Rechtsextremismus unterdurchschnittlich oft.

10.3 Fazit und Diskussion

Die Befunde deuten auf einen interaktiven Mechanismus hin, bei dem der eigene Autoritarismus eine notwendige Bedingung und eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation durch die Eltern ein zusätzliches Risiko für die Herausbildung eines rechtsextremen Weltbilds darstellt. Das gilt auch für die Verharmlosung von Rechtsextremismus. Dabei zeigen sich für die vorgenommenen Gruppenunterscheidungen zwei zentrale Effekte in der Zustimmungshäufigkeit zu rechtsextremen und den Rechtsextremismus verharmlosenden Einstellungen. Zum einen tritt innerhalb der gleichen Sozialisationsprofile ein *Autoritarismuseffekt* auf: Im Vergleich von Befragten mit niedrigem zu hohem Autoritarismus steigt der Anteil der Zustimmung zum Rechtsextremismus deutlich; und das unabhängig von einer autoritär- und/oder leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern. So zeigt sich bei keinem der Sozialisationsprofile ein rechtsextremes Weltbild, wenn der Autoritarismus der Befragten niedrig ausgeprägt ist. Und auch die Verharmlosung von Rechtsextremismus liegt hier bei niedrigem Autoritarismus unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Zum anderen tritt ausschließlich bei hohem Autoritarismus ein *Sozialisationseffekt* auf: In diesen Fällen verdoppelt sich der Anteil der Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild und der Verharmlosung von Rechtsextremismus, wenn eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Sozialisation durch die Eltern erinnert wird.

Das legt nahe, dass eine Sozialisation durch die Eltern, die Gehorsam wie Unterordnung und/oder erhebliche Leistung fordert – zumindest in der Wahrnehmung und Erinnerung der Befragten – bei einer hohen Autoritarismusausprägung im Erwachsenenalter mit einem deutlich höheren Risiko für ein rechtsextremes Weltbild und für eine verharmlosende Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus einhergeht. Das zeigt sich insbesondere bei einer stärker leistungsorientierten Sozialisation durch die Eltern.

Aufgrund der Anlage der Mitte-Studie konnten die hier unterschiedenen Sozialisationsprofile nur im Rückblick der Befragten erfasst werden. Offen bleibt dabei, ob über die Frage nach der Erinnerung an Erwartungen und Verhaltensweisen der Eltern die Befragten tatsächliche Erfahrungen aus Kindheit und

Jugend berichten können. Denkbar wäre, dass damit auch aktuelle Einstellungen zu den Themen Erziehung und Sozialisation erfasst werden. Die Schwierigkeit der Messung liegt sowohl in Erinnerungslücken als auch Verzerrungen durch möglicherweise idealisierende, bagatellisierende oder sozial erwünschte Deutungen der Sozialisationserfahrungen im Elternhaus. Gleichwohl kann erwartet werden, dass Erinnerungslücken und Verzerrungen auf eine Weise ausgefüllt werden, die sich als relativ konsistent zu subjektiv entwickelten Theorien über die eigene Kindheit und Erziehung darstellen (Schumacher/Eisemann/Brähler 1999; Titze et al. 2005). Zudem spielt für die hier berichteten Zusammenhänge zu politischen Einstellungen der objektive Tatbestand der eigenen Kindheit und Erziehung kaum eine so entscheidende Rolle wie die subjektive Erinnerung daran: Wer den Aussagen aus heutiger Sicht zustimmt, für den ist diese Erinnerung an möglicherweise als einschränkend wahrgenommene Sozialisationserfahrungen ein Teil der subjektiven Realität – mit realen Auswirkungen auf das Denken und Fühlen. Als methodische Einschränkung ist dennoch zu berücksichtigen, dass hier Einstellungen und keine Handlungen untersucht wurden, auch keine möglicherweise aus den Einstellungen folgenden Handlungen. Aus der Befragung kann nicht auf kausale Zusammenhänge der Messgrößen geschlossen, sondern es können lediglich mögliche Einstellungs- und Überzeugungsmuster in der Bevölkerung festgestellt werden.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Aussagen selbst durchaus traditionelle Mittelschichtsnormen mit einer an sozialem Aufstieg und Sicherheit orientierten Lebensführung widerspiegeln – sowohl über den eigenen Lebensverlauf als auch intergenerational (dazu z. B. Groh-Samberg/Mau/Schimank 2014). Eine (Über-)Anpassung an diese Normen gesellschaftlich wünschenswerter Charakteristika kann zulasten des menschlichen Grundbedürfnisses nach Autonomie gehen. Mit Blick auf die Herausbildung autoritärer Orientierungen betont Oesterreich (1974), dass die Erziehung und Sozialisation zu Autonomie erst »in Negation der Momente bestimmt werden [kann], die gesellschafts-, klassen- und schichtspezifisch die Entstehung der psychischen Voraussetzungen von Autonomie verhindern beziehungsweise Autoritarismus generieren« (ebd., S. 44). Zudem lässt sich davon ausgehen, dass eine solche Autonomie nicht oder nur bedingt direkt gemessen werden kann, sondern aus dem Lebenszusammenhang erschlossen werden muss. Vor allem sogenannte Übergangsphasen von der

Kindheit in die Jugend und, ganz besonders, von der Jugend ins Erwachsenenalter gehen dabei mit spezifischen Risiken in der Entwicklung einher (Soenens/Vansteenkiste 2020). Aus biografischen Interviews mit rechtsextremen Jugendlichen beziehungsweise jungen Erwachsenen und ihren Müttern resümiert Fahrig (2020) unter anderem einen hohen Bedarf an elterlicher Zuwendung und Unterstützung in solchen Übergangsphasen oder anderen Problemlagen, welche oft nur unzureichend gewährt wurde. Stattdessen hätten die Eltern hohe Erwartungen zum Beispiel an die schulischen Leistungen ihrer Kinder gestellt. Eine erlebte Unfähigkeit des Kindes oder des/der Jugendlichen, mit (neuen) Anforderungen aus der Umwelt umzugehen oder adaptive Strategien zu entwickeln, erhöht die Wahrscheinlichkeit, auch in kritischen Situationen im Erwachsenenalter autoritär zu reagieren. So entfaltet sich eine möglicherweise schon in der Kindheit und Jugend angelegte Empfänglichkeit für autoritäre Orientierungen später weiter (Oesterreich 1996). Sigl (2018) liefert hier eine wichtige Ergänzung aus der Analyse von Lebensgeschichten ehemals organisierter Rechtsextremer, indem sie zeigt, dass eine nachhaltige Distanzierung von rechtsextremen Orientierungen nur durch die Reflexion dieser frühen biografischen Erfahrungen möglich ist. Auch der hier für die berichteten Zusammenhänge zur Bedingung gesetzte Autoritarismus wird aus der Sicht der Sozialisationsforschung aufschlussreicher, wenn dieser über die Lebenszeit als überdauerndes Grundmuster betrachtet wird; wofür empirische Evidenz besteht (dazu u. a. Duriez/Soenens/Vansteenkiste 2008; Grob 2009). Dennoch stellt die zum Messzeitpunkt erfasste Ausprägung auf der Autoritarismusskala nur eine Momentaufnahme dar. Diese kann zudem – zum Beispiel mit Blick auf eine autoritäre Reaktion – gesellschaftlichen Kontexteffekten, einer der Befragung vorausgegangenen Situation oder auch der Reihenfolge der Fragen geschuldet sein (➟ Kap. 2). Nicht zuletzt sind es weitere Sozialisationseinflüsse wie Medien und Erfahrungen in der Schule, die sich auf die politischen Einstellungen auswirken können (Rippl/Seipel/Kindervater 2022).

Vor allem der Bildung wird gesellschaftlich eine besondere Wirksamkeit als Schutzfaktor vor Rechtsextremismus zugeschrieben. Allerdings liegt bei der hier berücksichtigten Form von Schulbildung nahe, dass sie weniger vor einem rechtsextremen Weltbild schützt, wenn der Autoritarismus stark ausgeprägt ist. Im Gegenteil: In der Gruppe der Befragten mit einem mittleren und hohen

Schulabschluss bedingt der Autoritarismus überhaupt erst eine überdurchschnittliche Zustimmung, während die Befragten mit einem niedrigen Schulabschluss unterhalb der Zustimmungsgrenze bleiben. Gerade eine leistungsorientierte Sozialisation durch die Eltern scheint mit einem hohen Autoritarismus im Erwachsenenalter einherzugehen und vermag – trotz eines höheren Schulabschlusses – ein rechtsextremes Weltbild zu normalisieren. Zu hinterfragen wäre, ob der eigene Bildungserfolg sogar als Legitimationsgrundlage für autoritäre Deutungen dienen kann, wenn dadurch Gehorsam, Konformität und Hierarchiedenken begünstigt wurden. Schließlich wird nicht der formale Schulabschluss als solcher entscheidend dafür sein, wer anfällig für rechtsextreme Einstellungen ist, sondern die inhaltliche und reflexive Qualität von Bildungsprozessen sowie das Lernumfeld, in welchem diese ermöglicht werden(➟ Kap. 11).

Hinsichtlich der Altersgruppen zeichnet sich in den Ergebnissen ein doppeltes Altersmuster ab: Bei den Jüngeren verdichten sich eine autoritär und/oder leistungsorientierte Sozialisation zusammen mit hohem Autoritarismus zu weit überdurchschnittlicher Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild. Demgegenüber äußert sich dieselbe Disposition bei den Älteren eher als Verharmlosung des Rechtsextremismus – ein anderer Ausdruck des vermutlich gleichen Problems (Zick/Mokros 2023). Die altersspezifischen Anfälligkeiten können dabei besonders vor dem Hintergrund generationaler Erfahrungen der »Wiederkehr« des Rechtsextremismus und deren Affirmation gedeutet werden. Rechtsextreme Codes, Memekulturen und Symboliken wirken breit in jugendliche Sozialisationsräume hinein, während aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus an eine lange Traditionslinie anknüpfen.[3]

Darüber hinaus sind es auch Geschlechterunterschiede, die sozialisatorisch sowohl für die Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild als auch für die Verharmlosung des Rechtsextremismus relevant werden. Die hier im Buch berichteten Befunde bestätigen wiederholt, dass Männer nicht per se häufiger rechtsextrem eingestellt sind, sondern eher bei bestimmten Einstellungsdimensionen Unterschiede auftreten(➟ Kap. 3). Allerdings äußern Männer ihre Zustimmung

3 Deutschlandfunk Kultur (2025, 6. Juni). *Junge Nazis in Deutschland*. https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtsextreme-jugendliche-baseballschlaegerjahre-100.html [Aufruf am 3.10.2025].

oft offener und handeln auch eher danach, zum Beispiel im Wahlverhalten. Dabei können es auch maskulinistische Vorstellungen sein, die autoritärer Aggression und Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit Vorschub leisten, vor allem unter Männern(➟ Kap. 4, Fokus). Bei Frauen zeigt sich eher eine andere Dynamik, die ihre strategische Rolle als Unterstützerinnen, Organisatorinnen oder Ideologinnen des Rechtsextremismus in vermeintlich ›zweiter Reihe‹ bekräftigt: So zeigte zum Beispiel der NSU-Prozess, dass Beate Zschäpe als Frau lange unterschätzt wurde, obwohl sie im Kern des rechtsterroristischen Trios agierte (u. a. Lehnert/Radvan 2016). Auffällig ist in der vorliegenden Untersuchung, dass Frauen selbst bei hohem Autoritarismus und unabhängig von einer autoritär oder leistungsorientierten Sozialisation in ihrer Zustimmung zum rechtsextremen Weltbild unauffälliger als Männer sind, aber deutlich häufiger die Gefahr durch den Rechtsextremismus herunterspielen. Das könnte wiederum ihre eigene Rolle einschließen. Hinsichtlich Geschlecht und Sozialisation ist zudem davon auszugehen, dass qualitative und quantitative Unterschiede darin bestehen, ob sich die Befragten an den einen oder anderen Elternteil erinnern. Andere Untersuchungen zeigten etwa, dass die Beziehung zur Mutter von Jugendlichen oft als positiver, jedoch auch konfliktreicher und überprotektiver beschrieben wird als die zum Vater, bei der eher die Leistung, Kompetenzen und Ziele der Kinder im Fokus stehen (z. B. Schulz/Vormberg/Hahlweg 2021).

Aufgrund der hypothesenkonformen und Oesterreichs Theorie unterstützenden Befunde wird plausibel, dass die Herausbildung eines rechtsextremen Weltbilds wie auch die Verharmlosung des Rechtsextremismus mit einer einschränkenden und autonomiehemmenden Sozialisation durch die Eltern zusammenhängen kann, besonders dann, wenn der Autoritarismus im Erwachsenenalter stark ausgeprägt ist. Ob nun der Autoritarismus und die Unempfindlichkeit gegenüber Rechtsextremismus bereits im Elternhaus der Befragten angelegt worden sind, sich in weiteren Sozialisationszusammenhängen entwickelt haben oder eine Momentaufnahme darstellen, bleibt dabei jedoch unbestimmt.

Für eine wirksame Prävention bedeuten die Befunde zum einen, dass Bildung als oft imponierender Erklärungsfaktor rechtsextremer Einstellungen genauer betrachtet und auch hinterfragt werden sollte. Zum anderen müssten geschlechts-,

alters- und allgemein sozialisationsspezifische Ursachen rechtsextremer Einstellungen stärker in den Blick genommen werden (dazu auch Sigl 2018). Ziel sollte es sein, Menschen dazu zu befähigen, auf Unsicherheit oder Orientierungslosigkeit nicht autoritär zu reagieren beziehungsweise sich demokratisch zu orientieren und »autoritären Versuchungen« (Heitmeyer 2018, S. 21 ff.) zu widerstehen. Dazu kann nicht zuletzt eine Prävention gehören, die Eltern über mögliche Folgen einer autoritär und leistungsorientierten Erziehung und Sozialisation aufklärt und sie zur Autonomiestärkung ihrer Kinder ermutigt – als frühzeitige und altersangemessene Förderung von Selbstwirksamkeit und Verantwortungsbewusstsein sowie eine langfristige Investition in die Demokratiefähigkeit der nächsten Generationen.

11 Schule als ideologische Kampfarena oder Rettungsanker der Demokratie? Schul- und Bildungsvorstellungen in der Mitte

Sabine Achour · Anja Höppner

Bildung ist immer ideologisch umkämpft. Ganz besonders betrifft dies den Bereich Schule: Eine ihrer zentralen Funktionen ist die Integration der jungen Generation in die Gesellschaft (Fend 2006).[1] Die Werte, die gelebt, gelehrt und damit gesellschaftlich reproduziert werden (Schubarth/Gruhne/Zylla 2017), sind stets Gegenstand kontroverser gesellschaftlicher und (partei-)politischer Debatten. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich im (west-)deutschen wie in den westeuropäischen Bildungssystemen zunehmend eine gemeinsame Zielperspektive, der zufolge Schule auf demokratischen Grundwerten fußt. Zudem waren Reformbestrebungen zur Demokratisierung der Schulkultur in Deutschland nach 1945 ein zentrales bildungspolitisches Anliegen, insbesondere von britischer und amerikanischer Seite, die zu einem Wandel abseits autoritärer Formen von Schule führen und »den wahrgenommenen deutschen Untertanengeist besiegen [sollten]« (Levsen 2020). Die Ablehnung autoritär ausgerichteter Schulen sowie die Orientierung an kritischem Denken und an individueller Mündigkeit wurden zu einem Allgemeingut demokratischer Gesellschaften.

Im Fokus von Schulentwicklung standen historisch betrachtet zunehmend demokratisch-liberale, inklusive und diversitätssensible Bildungskonzepte (Halstead 2005[1996]; OECD 2023). Hintergrund dafür sind auch internationale menschenrechtliche Abkommen über die Rechte von Kindern[2] und Menschen

1 Zu den vier zentralen Funktionen von Schule gehören nach Fend neben der Integration (Reproduktion von Normen, Werten und Verhaltensweisen) die Enkulturation (kulturelle Teilhabe und Identität), Qualifikation und die Allokation (Verteilung der Positionen einer Gesellschaft nach erworbenen Qualifikationen).

2 Vereinte Nationen (1989). Konvention über die Rechte des Kindes. New York.

mit Behinderung[3] mit Zielsetzungen wie Inklusion (UN-BRK), der Mitsprache von Kindern (UN-KRK, Art. 12) und der vollen Entfaltung der Persönlichkeit als Bildungsziel (UN-KRK, Art. 29 1a). Das Gedenken an die Shoah sowie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entwickelten sich nach 1945 zu einer weiteren bildungspolitischen Grundüberzeugung.

Mit dem Erstarken der extremen Rechten auch auf parlamentarischer Ebene und den damit einhergehenden Diskursverschiebungen scheint der demokratische Konsens über die Aufgaben und Grundausrichtung von Schule und Bildung infrage gestellt zu werden. Giudici (2020) hebt unter anderem mit Blick auf Deutschland hervor, dass die Bildungspolitik entsprechender Parteien am äußersten rechten Rand im Gegensatz zu nahezu allen Zielen des Bildungssystems der Nachkriegszeit steht. Mit dem Einzug rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in die Parlamente erhalten diese die Möglichkeit, von dort aus Einfluss auf die zentralen Funktionen von Schule, auf die Vermittlung demokratischer Werte sowie gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu nehmen – und damit auch auf die Verfasstheit einer offenen Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund gehen wir im Folgenden der Frage nach, inwiefern Vorstellungen und Ziele von Schule ein potenzieller Kipppunkt für die Demokratie sein können. Öffnet sich die Mitte der Gesellschaft für schulpolitische Vorstöße von Rechtsaußen, sodass Schule als früher Lernort von Demokratie und Vielfalt in Gefahr gerät? Nach einer kurzen Skizzierung von Diskursen und Forderungen bezüglich Schule und Bildung, wie sie von Rechtsaußen ins Feld geführt werden, betrachten wir die Einstellungen zu Zielen und Vorstellungen von Schule in der Mitte-Studie 2024/25.

3 Vereinte Nationen (2006). Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. New York.

11.1 Bildungsvorstellungen und strategische Angriffe auf die demokratische Schule von Rechtsaußen

Die Zielsetzungen in äußerst rechten Bildungsvorstellungen lauten: autoritäre Führung, nationale Homogenität, Exklusion und Platzzuweisungen nach Geschlecht, Fähigkeiten, Migrationserfahrungen, körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung (u. a. Nikolai/Gawert/Saur 2024, Giudici et al. 2024, Berg/Jungblut/Jupskås 2023, Hussain/Yunus 2021, Hafeneger et al. 2021, Hamburger 2022). Diese Zielsetzungen kommen beispielsweise im Programm der AfD zum Ausdruck. Inklusion gilt als »Ideologieprojekt« und behindere vermeintlich »Stärkere« durch Lernschwächere und durch Kinder mit Behinderungen (Riebe 2024). In diesem Sinne soll zwar die traditionelle Gliederung des Schulsystems beibehalten werden, aber in den nicht-gymnasialen Schulen mit »praktischen Unterrichtsinhalten« wie »Holzbearbeitung […] und Haushaltslehre« der »Verkopfung« und dem »Akademisierungswahn« entgegengewirkt werden, wie die AfD in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Thüringen 2024 schreibt[4] (auch Berg/Jungblut/Jupskås 2023). Gymnasien und Hochschulen haben nach der Vorstellung von Rechtsaußen die Aufgabe, Eliten zu fördern (Nikolai/Gawert/Saur 2024; Giudici et al. 2024).

Im Sinne eines völkischen Bildungsideals fordert die äußerste Rechte zudem ein erinnerungspolitisches Umdenken in Gesellschaft und Schule, wonach sich Erinnerungskultur »nicht nur auf die Tiefpunkte« der Geschichte konzentrieren dürfe, sondern »auch die Höhepunkte im Blick haben« müsse.[5] Stärker historisch gewürdigt werden sollten Preußen und das Kaiserreich, während im Gegenzug Vorstöße dahingehend gemacht werden, dass Klassenfahrten zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus gestrichen werden.[6]

---

4 Landesverband AfD-Thüringen (2024). *Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024*. https://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/2025/01/wahlprogramm_2024_web-min.pdf [Aufruf am 7.8.2025], S. 31 f.

5 AfD Bundesverband (2025). *Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag*. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Aufruf am 8.8.2025], S. 171.

6 z. B. Landtag von Sachsen-Anhalt (2025, 6. Mai). *Antrag der Fraktion AfD. #deutschdenken – Ein neues Markenzeichen für Sachsen-Anhalt*. Drucksache 8/5478.

Diese revisionistische Erinnerungspolitik geht einher mit einer nationalistischen Erziehungsagenda. Neben der Betonung von Nationalstolz und Heimatliebe verdeutlicht sich dies in Forderungen nach nationalen Ritualen und Symbolen wie dem Singen der Nationalhymne oder der (dauerhaften) Beflaggung von Schulen.[7] Unerwünscht sind hingegen von der äußeren Rechten in Bayern etwa die Regenbogenflagge, aber auch die Europaflagge.[8] Dies lässt sich als exemplarisch verstehen für den Widerstand von Rechtsaußen gegen verschiedene umkämpfte Themen. Dazu gehören queere Vielfalt und Gendersensibilität[9] – auch bezogen auf Lehrplaninhalte. Der Widerstand richtet sich in dieser nationalen Ausrichtung auch gegen supranationale und migrationsbedingte Vielfalt, zum Beispiel durch die Forderung von Quoten für Lernende mit Migrationsgeschichte (Berg/Jungblut/Jupskås 2023).[10] Letztere werden aufgrund vermeintlich mangelnder Fähigkeiten als zentrale Ursache für ein gesunkenes Bildungsniveau dargestellt.[11]

Um demokratische Schule und demokratische Bildungsakteure zu verunsichern, führt die äußerste Rechte oft das Gebot politischer Neutralität ins Feld. Dies wurde durch die von der AfD online gestellten Meldeplattformen im Jahr 2018 prominent gemacht, auf denen Schüler:innen und Eltern Lehrkräfte (auch anonym) denunzieren sollten, die die Partei im Unterricht kritisch thematisierten. Begründet wurde dies mit dem *Beutelsbacher Konsens* (Wehling 1977) – dieser beinhaltet jedoch gar kein Neutralitätsgebot. Er besagt, dass Lernende

7 z. B. AfD Landesverband Brandenburg (2024). *Es ist Zeit für eine andere Politik. Regierungsprogramm für Brandenburg der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Brandenburg 2024*. https://afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2025/01/LTW24_RP.pdf [Aufruf 8.8.2025]; Thüringer Landtag (2025, 5. Juni). *Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hoheitszeichen des Landes Thüringen – Einführung einer dauerhaften Beflaggung an Einrichtungen des Landes.* Drucksache 8/1220.

8 z. B. Bayerischer Landtag (2025, 14. Mai). *Gesetzentwurf der Fraktion der AfD. Gesetz über das Beflaggen öffentlicher Gebäude (Bayerisches Beflaggungsgesetz – BayBeFlagG)*. Drucksache 19/6689.

9 Schlagworte sind hier: »Trans-Kult«, »Frühsexualisierung«, »Genderideologie« und damit zusammenhängend die Ablehnung einer gendergerechten Sprache (z. B. AfD Bundesverband 2025 (s. o.), S. 151 und 172).

10 s. o. Landesverband AfD-Thüringen (2024), S. 44.

11 AfD-Fraktion im Bundestag (2024, 19. Februar). AfD-Bildungspolitiker beschließen Resolution zum Thema PISA. https://afdbundestag.de/afd-bildungspolitiker-beschliessen-resolution-zum-thema-pisa/[Aufruf am 2.9.2025].

nicht indoktriniert werden dürfen. Damit geht einher, dass gesellschaftliche Kontroversität im Unterricht dargestellt werden soll (ebd.). Dabei sind der Beutelsbacher Konsens und politische Bildung gerade nicht wertneutral, sondern an Grund- und Menschenrechte, Verfassungsprinzipien und Pluralismus gebunden. Das heißt, dass Lehrkräfte sogar verpflichtet sind, einer Verletzung dieser Prinzipien an der Schule deutlich entgegenzutreten und sie nicht als legitime Positionen neben anderen zu tolerieren (Behrens/Besand/Breuer 2021; Koschmieder/Koschmieder 2019). Das ist auch in den meisten Landesschulgesetzen als Pflicht verankert. Die Neutralitätsforderung ist eine Strategie der politischen Einflussnahme, eine »Weaponized Neutrality«, wie sie Deyda (2023) nennt. Sie kann – analog zur Instrumentalisierung des Themas Meinungsfreiheit – den Strategien zur Aushöhlung demokratischer Begriffe und zur Normalisierung rechtsextremer Positionen zugeordnet werden, bei der sich rechte Akteure in einer Opferrolle inszenieren (Cremer 2023, S. 49). Der »Mythos Neutralität in Schule und Unterricht« (Wieland 2019) hat eine große Verunsicherung unter Lehrkräften nach sich gezogen und auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs sehr erfolgreich verfangen (Behrens/Besand/Breuer 2021).

Es verwundert nicht, dass die politische Bildung besonders im Fokus der extremen Rechten steht. Finanzielle Mittel, zum Beispiel für Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Gedenkstättenfahrten, sollen gekürzt oder Institutionen der politischen Bildung ganz abgeschafft werden, wie zuletzt der AfD-Antrag auf Schließung der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zu Beginn des Jahres 2025 deutlich gezeigt hat.[12]

12 Landtag von Sachsen-Anhalt (2025, 15. Januar). *Antrag der Fraktion AfD. Schluss mit politischer Bevormundung und Indoktrination! Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung!* Drucksache 8/5020.

11.2 Einstellungen zu Bildungszielen von Schule in der Mitte-Studie 2024/25

Es stellt sich die Frage, inwiefern antidemokratische Vorstellungen und Ziele von Bildung und Schule in der Mitte verfangen. In der Mitte-Studie 2024/25 wurden dazu die Einstellungen zu einer autoritär ausgerichteten Schule sowie zu nationalen Ritualen in der Schule durch die Positionierung zu den Aussagen erhoben: »Schulen sollten Disziplin und Gehorsam gegenüber Autoritäten beibringen« und »Schulen sollten den Tag mit dem Singen der Nationalhymne beginnen«.[13] Andererseits wurde die Relevanz politischer Bildung in der Schule durch die Aussage erfasst: »Schulen sollten Wissen und Verständnis für politische Zusammenhänge vermitteln«. Ein diversitätssensibles Schulverständnis, welches, wie dargelegt, von Rechtsaußen infrage gestellt wird, wurde anhand der Einstellung zu der Aussage gemessen: »Schulen sollten Diskriminierung und

Tab. 11.1

Ablehnung bzw. Zustimmung zu Vorstellungen und Zielen von Schule (Angaben in gültigen Prozent | n = 1.001)

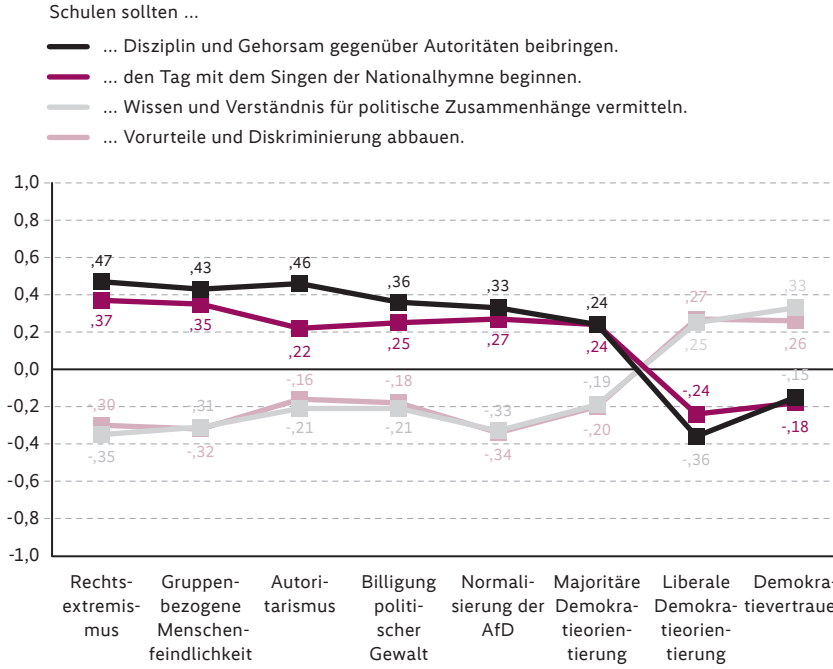
Schulen sollten …	überhaupt nicht	eher nicht	teils/teils	eher	voll und ganz
… Disziplin und Gehorsam gegenüber Autoritäten beibringen.	15,3	15,3	28,9	22,2	18,3
… den Tag mit dem Singen der Nationalhymne beginnen.	64,5	20,4	9,1	4,4	1,5
… Wissen und Verständnis für politische Zusammenhänge vermitteln.	3,7	2,8	12,8	21,0	59,7
… Vorurteile und Diskriminierung abbauen.	2,7	2,9	10,8	18,8	64,9

Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten.

13 Die Einstellungen zu Zielen und Vorstellungen von Schule wurden bei einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten erhoben.

Abb. 11.1

Zusammenhänge von Vorstellungen und Zielen von Schule mit politischen Einstellungen (Korrelationskoeffizienten)



Anmerkungen Alle Korrelationen sind signifikant mit $p < ,001$.

Vorurteile abbauen.« Tabelle 11.1 zeigt die prozentualen Ablehnungen und Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen.[14]

Der Forderung, dass Schulen disziplinieren und Gehorsam beibringen sollten, stimmen 40,5 % der Befragten »eher« oder »voll und ganz« zu, weitere 29 % »teils/teils«. Lediglich ein knappes Drittel (31 %) lehnt eine autoritär ausgerichtete Schule ab. Dass Schulen den Tag mit dem Singen der Nationalhymne beginnen sollten, verfängt dagegen nur bei 6 % der Befragten; 9 % meinen »teils/teils«.

14 Als Zustimmung wurden die beiden Antwortausprägungen »eher« oder »voll und ganz« zusammengefasst und die beiden Ausprägungen »überhaupt nicht« und »eher nicht« als Ablehnung (➡ Kap. 2).

Auffällig ist, dass sich die politischen Ränder im Hinblick auf die Befürwortung nationaler Rituale in der Schule sehr deutlich unterscheiden: Von den Befragten, die sich im politischen Spektrum »eher links« oder »links« einordnen, befürwortet nicht einmal 1 % das Singen der Nationalhymne, 8 % zumindest teilweise. Von den Befragten, die sich politisch »eher rechts« oder »rechts« einordnen, befürworten dies hingegen 13 % »eher« oder »voll und ganz« und 17 % »teils/teils«. Bei denjenigen, die sich politisch in der Mitte positionieren, verfängt die Forderung zum Singen der Nationalhymne bei 6 %. 7 % der Befragten aus der politischen Mitte würden ein solches Ritual zum Teil stützen.

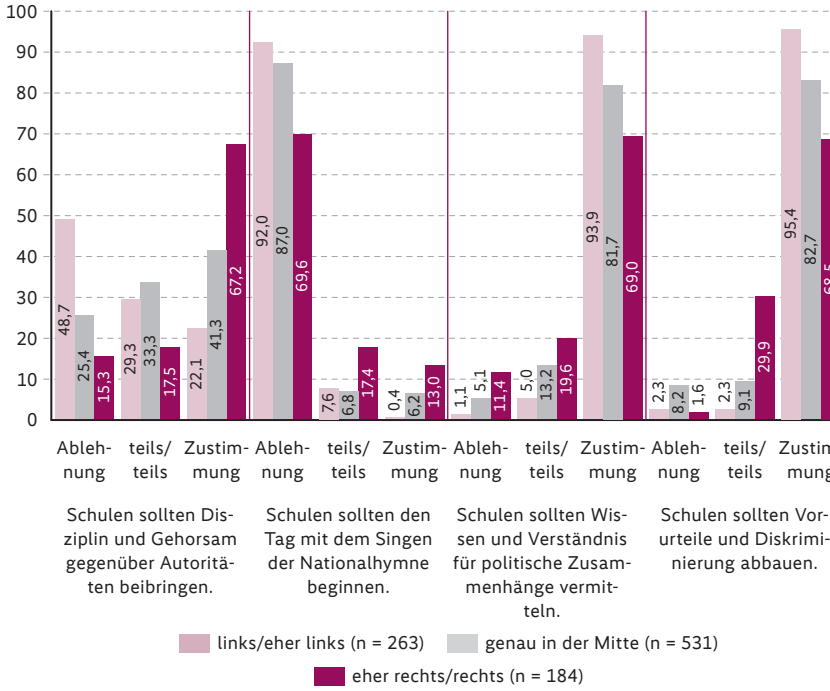
Mehr als 80 % der Befragten fordern von Schulen politische Bildung und Diskriminierungssensibilität (➟ Tab. 11.1). Die absolute Mehrheit der Mitte unterstützt ein demokratisches, partizipatorisches, inklusives und diversitätssensibles Schulverständnis. Ein solches ist bildungspolitisch in den letzten Jahren stark gefördert worden, zum Beispiel durch die Implementierung von schulischer Demokratiebildung als ganzheitlichem Ansatz für Schulen (dazu Achour et al. 2025; SWK 2024) und entsprechende ministeriale Orientierungs- und Handlungsrahmen (z. B. Achour et al. 2020).

In einem Spannungsverhältnis zu dieser breiten Unterstützung steht die beschriebene, eher geringe Ablehnung eines autoritären Bildungsverständnisses (»Disziplin und Gehorsam«) von lediglich einem knappen Drittel der Befragten. Dies ist für die demokratische Aufstellung von Schule bedenklich, denn es sind gerade mit Blick auf Schulen und Schulpolitik Minoritäten, die – teilweise laut und deutlich, teilweise subtil – versuchen, ihr Bildungs- und Schulmodell ideologisch durchzusetzen und letzten Endes das demokratische Schulsystem zu kippen.

Wie eng solche Schulvorstellungen von Rechtsaußen mit einer rechtsextremen Gesellschaftsideologie einhergehen, zeigen in Abb. 11.1 die statistisch überzufälligen Zusammenhänge der autoritär ausgerichteten Schulvorstellung mit rechtsextremen Einstellungen sowie der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (➟ Kap. 3 u. Kap. 4): Je eher die Befragten rechtsextrem respektive menschenfeindlich eingestellt sind, desto eher stimmen sie einer autoritär ausgerichteten Schule zu und umgekehrt ($r = ,47$ bzw. $r = ,43$). Ebenso hängt eine

Abb. 11.2

Ablehnung bzw. Zustimmung zu Vorstellungen und Zielen von Schule nach politischer Selbstverortung (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen n = Anzahl der Befragten. Die Unterschiede in der Ablehnung bzw. Zustimmung sind signifikant mit p < ,001.

autoritäre Schulvorstellung mit der Billigung politischer Gewalt (➟ Kap. 3, Fokus) und Autoritarismus (➟ Kap. 6) zusammen (r = ,36 bzw. r = ,46). Zudem geht sie mit einer Normalisierung der AfD (➟ Kap. 3) einher (r = ,33).

Entlang der politischen Selbstverortung verfängt eine autoritär ausgerichtete Schulvorstellung stärker unter Befragten, die ihre eigene politische Position als »eher rechts« oder »rechts« verorten (67 % Zustimmung; 17,5 % »teils/teils«) im Vergleich zu Befragten, die sich »links« oder »eher links« positionieren (22 % Zustimmung; 29 % »teils/teils«), oder »genau in der Mitte« (41 % Zustimmung, weitere 33 % »teils/teils«) verorten (➟ Abb. 11.2).

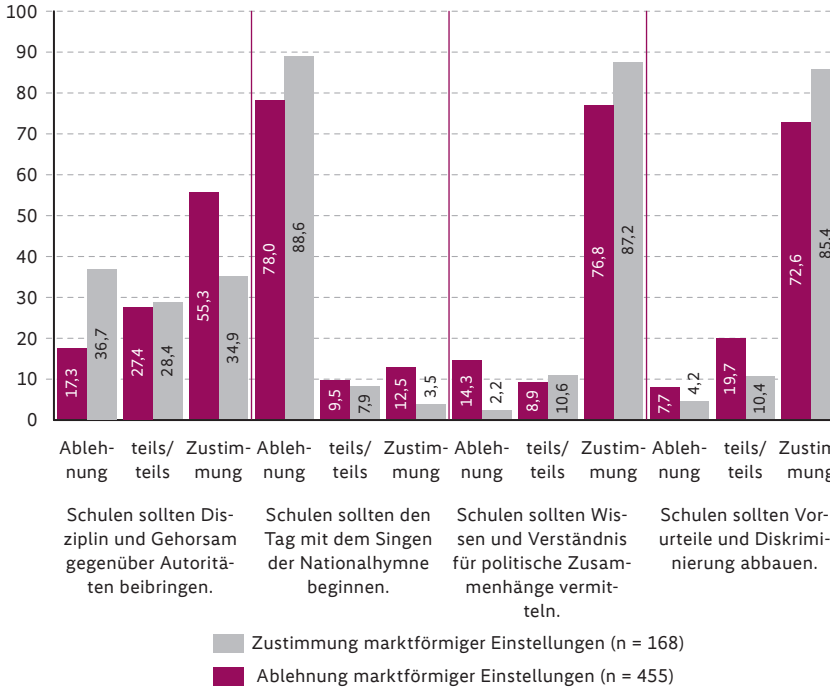
Die Ergebnisse schließen an Erkenntnisse der Forschung zum Autoritarismus (Oesterreich 1996, 2000) (➟ Kap. 10) und die damit verbundene Offenheit für antidemokratische Einstellungen an. Sie erklären zugleich, warum sich, wie oben erwähnt, in demokratischen Gesellschaften vor allem nach 1945 zunehmend ein Grundkonsens entwickelt hat, der eine autoritäre Pädagogik für Schulen als Orte der (politischen) Sozialisation ablehnt (Schubarth/Gruhne/Zylla 2017; Berg/Jungblut/Jupskås 2023). Erziehung zur Mündigkeit (Adorno 2024 [1971]), Autonomie (Oesterreich 1996) und eine demokratische Schule (Dewey 2011) wurden pädagogische Leitlinien der (westeuropäischen) Bildung. Vor diesem Hintergrund lässt sich in der Zusammenschau ein bedenkliches Ergebnis formulieren: Es deutet sich hier eine Normalisierung antidemokratischer Schulvorstellungen an, und Schule könnte potenziell an einen Kipppunkt für die Demokratie gelangen. Darauf weisen hin:

- die insgesamt hohe Zustimmung der Befragten zu Disziplin und Gehorsam,
- die dabei auffällige klare oder auch »teils/teils«-Offenheit für eine autoritär ausgerichtete Schule auch bei Befragten, die sich nicht eindeutig »rechts« positionieren,
- zugleich die statistisch überzufälligen Zusammenhänge zwischen der Zustimmung zu dieser Schulvorstellung und antidemokratischen Einstellungen. Diese sind insbesondere bei rechtsextremen Einstellungen, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Autoritarismus, Gewaltbilligung und – negativ – einer liberalen Orientierung in keinem anderen Bildungsitem so stark wie bei der autoritär ausgerichteten Schule (➟ Abb. 11.1). Das können Indizien für Normverschiebungen und »Schwellenwerte« (zu Kipppunkten ➟ Kap. 1) (Janusch et al. 2022) sein, bei denen ein System hinsichtlich seiner Werte und Ziele ins Wanken gerät.

Wenn in Demokratien Schule einem nationalistisch verstandenen autoritären Schulmodell geopfert würde, dann kippt die Demokratie. Denn: Keine Demokratie ohne (zukünftige) Demokrat:innen.

Abb. 11.3

Ablehnung bzw. Zustimmung zu Vorstellungen und Zielen von Schule nach marktförmigen Einstellungen (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen n = Anzahl der Befragten. Die Unterschiede in der Ablehnung bzw. Zustimmung sind signifikant mit p < ,001.

11.3 Marktförmiges Denken und autoritäre Schule

Da Bildung auch ein Wettbewerbsfaktor in der Leistungsgesellschaft ist, kann ein weiterer möglicher Einflussfaktor auf die Schulvorstellungen ein marktförmiges Denken sein. Darunter wird in der Mitte-Studie 2024/25 eine starke Identifikation mit unternehmerischen Leitbildern verstanden wie Eigenverantwortlichkeit, Wettbewerbs- und Erfolgsorientierung (➟ Kap. 6). Eine zunehmende Ökonomisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge, die erst einmal nicht ökonomisch gedacht sind, wie das Gesundheitswesen, zeigt

sich auch in Bildung und Schule. Sie wird hier beispielsweise durch Formen der Outputsteuerung wie (internationale) Vergleichsarbeiten oder den Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) deutlich.

Die Analysen der aktuellen Mitte-Studie zeigen eine hohe Zustimmung zu einer autoritär ausgerichteten Schule mit 55 % unter Befragten mit marktförmigen Einstellungen (27 % »teils/teils«). Eine solche Schulvorstellung befürworten im Vergleich 35 % ohne marktförmige Einstellungen (28 % »teils/teils«) (➟ Abb. 11.3).

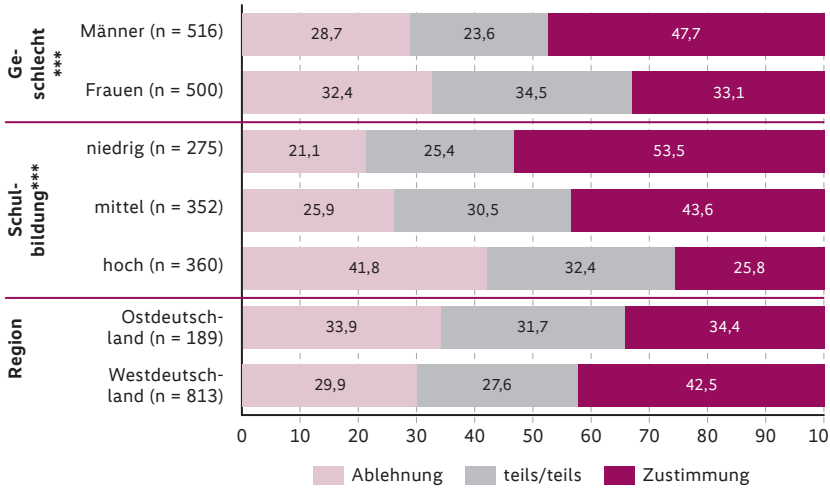
Zugleich stimmt aber auch ein Großteil der Gruppe mit marktförmigen Einstellungen der Relevanz von politischer Bildung (77 %) und Diskriminierungssensibilität (73 %) zu (➟ Abb. 11.3). Dies lässt sich als Handlungsansatz aufgreifen und die Forderung aus der letzten Mitte-Studie 2022/23 unterstreichen (Achour 2023, S. 371–373): die Notwendigkeit einer (kapitalismus-)kritischen politischen Bildung anstatt einer rein affirmativen ökonomischen Bildung. Letztere setzt sich nicht ausreichend mit politischen und ökonomischen Machtstrukturen, sozialen Fragen oder gar einem libertären Autoritarismus (➟ Kap. 6) auseinander, sondern externalisiert Verantwortung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auf als fremd konstruierte Gruppen beziehungsweise individualisiert sozioökonomischen Erfolg und Misserfolg nach dem Motto: Lernende sind »Unternehmer ihrer selbst« (Bröckling 2007). Hier gilt es im Bildungssystem entlang des Inklusionsansatzes einen Perspektivwechsel anzustrengen, der das (Bildungs-)System an die Bedarfe des Individuums anpasst und nicht umgekehrt (vgl. UN-BRK). Dieser pädagogische Paradigmenwechsel mag am ehesten helfen, den Kampagnen von Rechtsaußen[15] gegen die (notwendige) Internationalisierung und Qualitätssicherung von Bildung zu begegnen, wozu auch die oben erwähnten Formen der Outputsteuerung zählen.

Bei weiteren Gruppenvergleichen nach Region, Schulbildung und Geschlecht zeigen sich nur geringe oder erwartbare Unterschiede (➟ Abb. 11.4). Berichtenswert ist vor allem der Unterschied in der Zustimmung zur autoritär ausgerich-

15 z. B. AfD Bundesverband (2017). *Bildung | Schule*. https://www.afd.de/bildung-schule/[Aufruf am 5.9.2025].

Abb. 11.4

Ablehnung bzw. Zustimmung zu der Aussage »Schulen sollten Disziplin und Gehorsam gegenüber Autoritäten beibringen« nach Geschlecht, Schulbildung und Region (Angaben in gültigen Prozent)



Anmerkungen **n** = Anzahl der Befragten; *** = p < ,001.

teten Schule zwischen Frauen und Männern. Fast die Hälfte der Männer (48 %) befürwortet eine autoritär ausgerichtete Schule. Bei den Frauen ist es nur ein Drittel (33 %). Dieses Ergebnis schließt an Geschlechterunterschiede bei rechtsextremen, menschenfeindlichen und autoritären Orientierungen an (➡ Kap. 3, Kap. 4 u. Kap. 6).

Interessant ist, dass die Zustimmung zur autoritär ausgerichteten Schule bei Befragten in Westdeutschland um 8 % höher liegt als bei Befragten in Ostdeutschland. Dies trifft in geringerem Maße auch auf die Forderung nach dem Singen der Nationalhymne zu. Die Zustimmung zu politischer Bildung und diskriminierungssensibler Schule hingegen ist in Westdeutschland – ebenfalls in geringerem Maße – niedriger als in Ostdeutschland.

11.4 Gewalt, Disziplinlosigkeit und ein autoritäres Schulkonzept?

Abgesehen von der Annahme, dass sich autoritäre Schulvorstellungen normalisieren und damit ein Kipppunkt erreicht werden kann, könnten die vergleichsweise hohen Zustimmungswerte zur autoritären Schule bei Befragten, die sich selbst nicht »rechts« positionieren, auf andere Ursachen zurückzuführen sein – wie Gewaltvorfälle an Schulen oder »Disziplinlosigkeit« gegenüber Lehrkräften. Von deren Zunahme wird in den Medien und in der Bildungsforschung vermehrt berichtet (Forsa 2024; Robert Bosch Stiftung 2024). Aus pädagogischer Sicht ist zu hinterfragen, inwiefern Disziplin und Gehorsam überhaupt nachhaltig Gewalt und Störungen reduzieren können. Entlang (rechts-)autoritärer Erziehungsziele verfolgen sie vor allem Verhaltenskontrolle und Bestrafung bei Regelverstößen. Dies gilt umso mehr für Lernende, die als »Problemverursacher« wahrgenommen werden (Berg/Jungblut/Jupskås 2023), häufig einer ohnehin benachteiligten Gruppe angehören und zur Bedrohung stilisiert werden (Rasmussen 2025; Hussain/Yunus 2021). So geht eine autoritäre Orientierung am Bestrafen selbst wieder mit Gewaltbilligung einher, welche stark mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Zusammenhang steht (➟ Kap. 3, Fokus) und einen Teufelskreis von Gewalt und Abwertung erahnen lässt.

Nicht bearbeitet werden aus dieser Perspektive Ursachen und Dynamiken von Gewalt und Disziplinlosigkeit. Diese stehen oft mit Faktoren wie Armut, sozialer Ungleichheit, Diskriminierungserfahrungen, Männlichkeitskonzepten und gesellschaftlicher Gewalt in Zusammenhang, die im Sozialraum Schule kumulieren. Berichte von Gewalt und Disziplinlosigkeit beziehen sich besonders häufig auf marginalisierte Schulen – von Politik und Gesellschaft oft als »Brennpunkt«- oder »Problemschulen« stigmatisiert – mit einer sozioökonomisch besonders benachteiligten Schüler:innenschaft, teils mit familiären Migrationsgeschichten und in segregierten Wohngegenden.[16] Mangelnde Ressourcenaus-

16 Das sieht man auch an Anfragen und Meldeportalen, die z. B. die AfD in Thüringen und Brandenburg im Herbst 2025 zum Thema Schulgewalt schaltete:
https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/afd-landtag-brandenburg-gewaltvorfaelle-portal.html [Abruf am 9.10.2025].

stattungen treffen diese Schulen besonders hart und erschweren es, eine Ordnung, die dort besonders brüchig ist, wiederherzustellen oder zu erhalten (Hertel 2020). Gesellschaftliche Probleme werden dann häufig individualisiert, also den Schüler:innen und dem Lehrpersonal zugeschrieben und nicht den mangelnden Möglichkeiten. Zugleich werden sie auf Gruppen, die häufig schon von klassistischen und rassistischen Abwertungen betroffen sind, externalisiert (➟ Kap. 4).

Dies mag auch die insgesamt hohen Zustimmungswerte der Befragten zur autoritär ausgerichteten Schule erklären: Disziplin und Gehorsam für »die Anderen«, die oft schon sozial und räumlich an entsprechenden Schulen getrennt sind (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024), Diskriminierungssensibilität und Zuwendung für sich und den eigenen Nachwuchs.

Was kann aber schließlich der Faszination einer autoritär ausgerichteten Schule entgegenwirken, die sich konträr zu liberalen und demokratischen Bildungszielen verhält und damit zu einem Kipppunkt für die Demokratie zu werden droht? Mit Blick auf die Ergebnisse lässt sich festhalten: Schule und Bildung selbst. Von den Befragten mit niedriger Schulbildung stimmen mehr als doppelt so viele eher oder voll und ganz einer autoritär ausgerichteten Schule zu als von denen mit hoher Schulbildung (53,5 % vs. 26 %) (➟ Abb. 11.4). Ebenso lehnen Befragte mit höherer Schulbildung ein solches Schulkonzept doppelt so häufig eher oder voll und ganz ab (42 % vs. 21 %). Andere Studien stellen auch mit Blick auf die Zeitdimension fest, dass »[t]raditionelle Konventionen wie Ordnung und Disziplin […] im Zuge der Bildungsexpansion immer weniger in der Bevölkerung als wichtige Zielwerte der Schule gesehen [werden]« (Becker/Gilgen/Anhalt 2024, S. 36).

Dass die extreme Rechte den Zugang zu hoher Bildung einschränken möchte, steht somit nicht nur im Einklang mit ihren oben dargelegten Bildungszielen, sondern auch generell mit einer gewissen Wissenschaftsfeindlichkeit (➟ Kap. 4, Fokus, Kap. 7 u. Kap. 9). Berg, Jungblut und Jupskås (2023) geben darüber hinaus zu bedenken, dass der beschränkte Zugang zu höherer Bildung als eine Wahlstrategie fungieren könnte, da Personen mit einem niedrigeren Bildungshintergrund eher – wenn auch nicht ausschließlich – Rechtsaußenparteien und deren Werte unterstützen (➟ Kap. 3 u. Kap. 4).

Weitere Strategien für ein demokratisches versus ein autoritäres Schulverständnis liegen in der Unterstützung von Schulen – vor allem in schwieriger sozialer und räumlicher Lage –, außerdem darin, soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen proaktiv zu kompensieren, ein diskriminierungssensibles Schulklima zu schaffen sowie fachliche und soziale Kompetenzen zu stärken (Maaz/Marx 2024; Wübben Stiftung Bildung 2025).

Um nicht vermeintlichen, oft simplifizierenden und stereotypisierenden Lösungsangeboten anheimzufallen, bedarf es schließlich auch eines Verständnisses von gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen, das an Schulen gefördert werden kann. Diesen Aspekten nähern sich die Aussagen an, »Schulen sollten Vorurteile und Diskriminierung abbauen« sowie »Schulen sollten Wissen und Verständnis für politische Zusammenhänge vermitteln«, die, wie berichtet, insgesamt eine hohe Zustimmung von den Befragten erfahren. Zustimmungen zu diesen Aussagen gehen unter den Befragten tatsächlich auch mit einer stärkeren Ablehnung von rechtsextremen Einstellungen, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Normalisierung der AfD sowie einem höheren Demokratievertrauen einher (➟ Abb. 11.1).

11.5 Rechtsaußen und dennoch diskriminierungssensibel?

Nichtsdestotrotz sind auch die Zustimmungen zur politischen Bildung und zur Diskriminierungssensibilität von Befragten, die sich »rechts« oder »eher rechts« positionieren, mit 69 % beziehungsweise 68,5 % (➟ Abb. 11.2) hoch.

Wie lässt sich die vergleichsweise hohe Zustimmung interpretieren? Generell nicht auszuschließen ist ein sozial erwünschtes Antwortverhalten (➟ Kap. 2), möglicherweise zeigt sich aber auch die oft zu beobachtende Ambivalenz oder die Anpassungsfähigkeit eines rechten Mindsets an bildungspolitische Entwicklungen (Berg/Jungblut/Jupskås 2023).

Trotz aller Ideologiekämpfe um konkrete Themenfelder wie Geschlechterverhältnisse, Migration und Erinnerungspolitik, die auch als »Triggerpunkte« (Mau/Lux/Westheuser 2023) in der Mitte verfangen, scheint ein Konsens in allen

politischen Lagern weit verbreitet zu sein: die Abkehr von einer traditionellen Schule als Erziehungsanstalt – zumindest für die eigenen Kinder (siehe oben) – hin zu einer Schule als Ort grundlegender Bildung und Zugewandtheit.

Ein naheliegender Erklärungsansatz mag jedoch eher in der Vereinnahmung des bereits genannten Beutelsbacher Konsenses für das Opfernarrativ liegen. Rechtspopulismus und -extremismus versuchen vehement, demokratie- und menschenfeindliche Positionen über das Kontroversitätsgebot als legitim zu labeln: Alle Meinungen aus Wissenschaft und Gesellschaft müssten als gleichberechtigt in der politischen Bildung nebeneinanderstehen. Werden diese Positionen zum Beispiel mit Verweis auf die Verletzung von Verfassung, Grund- und Menschenrechten von Lehrkräften problematisiert, wird dies als Diskriminierung und Indoktrination dargestellt[17] (auch Berg/Jungblut/Jupskås 2023). Insofern kann im Zuge einer inszenierten Opferrolle auch der Antidiskriminierungsauftrag von Schule in ein extrem rechtes Mindset integriert werden.

Wenn zentrale Konzepte demokratischer Schulen wie Antidiskriminierung von Rechtsaußen vereinnahmt werden, kann auch dies auf einen potenziellen Kipppunkt hinweisen. Besand versteht unter »gekippt[en]« Schulen beispielsweise Schulen, die »kein gemeinsames Verständnis darüber, was Demokratie bedeutet«, haben (Limpert 2025).[18]

Das für extrem Rechte »richtige« Wissen über und Verständnis von politischen Zusammenhängen, zum Beispiel bei Kernthemen wie Klima, Migration oder Geschlechterfragen, steht nicht zwingend im Widerspruch zur Bejahung von politischer Bildung im Sinne einer politischen Erziehung zu einer rechten Ideologie. Nicht zuletzt wird Wissen von Rechtsaußen nicht abgelehnt, sondern sogar eindeutig den (»beliebigen«) Kompetenzen im Bildungssystem vorgezogen[19]. Dies könnte auch ein Erklärungsansatz für die ebenfalls hohe Zustimmung zu politischer Bildung unter denjenigen Befragten sein, die sich politisch »rechts«

17 s. o. AfD Bundesverband (2025).

18 Limpert, Anna-Lena (2025, 25. Juni). Demokratiebildung: »Viele Schulen sind gekippt« (Interview mit Anja Besand). https://deutsches-schulportal.de/unterricht/demokratiebildung-deutsches-schulbarometer-2025-viele-schulen-sind-gekippt/ [Aufruf am 25.09.2025].

19 s. o. AfD Landesverband Brandenburg (2024), S. 42.

oder »eher rechts« positionieren. Politische Bildung wurde in der Befragung mit Vermittlung von Wissen und Verständnis für politische Zusammenhänge beschrieben

11.6 Kippt die Schule in eine ideologische Kampfarena?

Die Ausgangsfragen, ob rechte Vorstöße im Raum Schule in der Mitte der Gesellschaft verfangen, normalisiert werden und sich ein potenzieller Kipppunkt der Demokratie andeutet, können mit Blick auf die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 genauer beantwortet werden. Insbesondere das weniger sichtbare und symbolische, aber in rechten Bildungsvorstellungen verankerte Autoritätsdenken mit Disziplin und Gehorsam erfährt – anders als nationale Rituale – eine äußerst breite Zustimmung. Möglicherweise schließt dieses auch an reale Problemwahrnehmungen wie Gewalt, Störungen und entsprechende Überforderung von Schulen vor allem in schwierigen räumlichen und sozialen Lagen an. Dass eben dieser Zusammenhang auch von Rechtsaußen (➟ Kap. 1) für eine rassistische und klassistische Argumentation genutzt wird, unterstreicht, wie wichtig die besondere bildungspolitische Unterstützung eben dieser Schulen mit ausreichenden personellen Ressourcen, sozialräumlicher Vernetzung und multiprofessionellen Teams ist. Schließlich gelten Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalchauvinismus historisch als Aspekte eines exklusiven Volksverständnisses (Frei et al. 2019) (➟ Kap. 4) und damit als Treiber einer Normalisierung rechter Ideologie (➟ Kap. 1).

Alle Schulen zu Orten qualitätsvoller, durchlässiger und damit »höherer« Bildung zu machen, schützt möglicherweise »die demokratische Schule« und die nachwachsende Generation insgesamt, auch jenseits der »Brennpunkte«, vor autoritären Schulvorstellungen. Deren Unterstützung scheint sich bereits stark in der Mitte zu verbreiten und weist zugleich Zusammenhänge mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen sowie Gewaltbilligung auf, was auch ein Hinweis auf die Normalisierung von Schulvorstellungen von Rechtsaußen sein könnte. Des Weiteren verweisen die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 zur Sozialisation und Erziehung darauf, dass sich gerade schulisch höher gebildete Befragte, die autoritär eingestellt sind und von einer autoritär und/oder leistungsorientierten Erziehung durch ihre Eltern berichten, besonders offen

für ein rechtsextremes Weltbild zeigen – anders als Befragte mit niedrigerer Bildung (➟ Kap. 10). Dieser Zusammenhang ist möglicherweise auf autoritär ausgerichtete Schul- und Bildungskontexte übertragbar. Weil damit die mögliche Schutzfunktion von Bildung ausgehebelt zu werden droht, erscheinen Forderungen nach einer autoritär ausgerichteten Schule noch gefährlicher für die Demokratie. Zugleich ist das ein starker Hinweis darauf, dass Autonomie und Mündigkeit als zentrale Aufgabe *aller* Schularten wichtiger sind als das rein formale Erreichen eines Abschlusses.

Einige Überzeugungen zu Schule und Bildung – wie ein gegliedertes Schulsystem, der Ausbau von Förderschulen, sogenannte »Migrantenquoten in Schulklassen«, nur die Leistungsbesten auf das Gymnasium, Genderverbot – existieren auch im Mainstream anderer (auch liberal-konservativer) Parteien oder Verbände (zum Beispiel beim Philologenverband). Wenn solche Positionen von extrem rechten Akteuren schließlich mit dem Ziel gesteigert werden, bestimmte Gruppen und Positionen auszuschließen und abzuwerten, trägt auch dies zur Normalisierung rechtsextremer Ideologie bei.

11.7 Oder doch Schule als Rettungsanker der Demokratie?

Dass politische Bildung und Diskriminierungssensibilität als gesellschaftliche Aufträge von Schule von einer ganz überwiegenden Mehrheit Unterstützung erfahren, lässt möglicherweise auch auf eine Weiterentwicklung in Richtung eines demokratischen Bildungsverständnisses hoffen. Allerdings lassen die mehrheitlichen Zustimmungswerte zur diskriminierungssensiblen Schule und zur politischen Bildung auch in den Gruppen mit rechter politischer Orientierung aufhorchen. Deuten sich hier möglicherweise Vereinnahmungen und Umdeutungen von Bildungszielen wie ein in Teilen ausgehöhlter Diskriminierungsbegriff sowie ein Fehlkonzept politischer Bildung im Sinne einer Vermittlerin »richtigen« Wissens und »richtiger« Positionen an?

Vor diesem Hintergrund lässt sich für eine kritische Reflexion »in der Mitte« plädieren, die sich mit dem Verständnis dieser Begriffe sowie mit Mechanismen von Vereinnahmung auseinandersetzt. Sowohl aus Sicht der politikwissenschaft-

lichen Forschung als auch der politischen Praxis dürften Schule und Bildung – sowie auch die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Interventionen in diesem Bereich – als vernachlässigte Themen gelten (Nikolai/Gawert/Saur 2024, Giudici et al. 2024). Hier zeichnet sich für Wissenschaftler:innen wie Bildungspolitiker:innen ein Auftrag ab: Schulen als Orte früher und umfassender politischer Sozialisation nicht rechten Vereinnahmungen zu überlassen. Dies gilt auch für die vehement in die Öffentlichkeit getragene Forderung einer vermeintlichen Neutralität von Schulen (siehe oben): Schließlich zeigen die Zusammenhänge der Schulvorstellungen von Rechtsaußen mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen, dass diese überhaupt nicht neutral, sondern ideologisch motiviert sind.

Damit die »demokratische Schule« entlang oft subtiler Vorstöße nicht Gefahr läuft, durch Normalisierungsprozesse entsprechender Bildungsvorstellungen an einen Kipppunkt der Demokratie zu gelangen, müssen nicht nur die Lernenden, sondern vor allem die Lehrkräfte, Schulleitungen, das pädagogische Personal bis hin zu den Ministerien in ihrem Wissen über und in ihrer Haltung und Handlungskompetenz gegen rechte Akteure professionalisiert – und besser vor ihnen geschützt – werden.

12 Gegen Rechtsextremismus – für politische Bildung: Politische Signale aus den Ergebnissen der Mitte-Studie 2024/25

Sabine Achour

Die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 fallen in eine Zeit hoher Umfragewerte für Rechtsaußenparteien und zunehmender Kulturkämpfe, die Minderheitenrechte wieder zu verhandelbaren Positionen machen wollen. Im Gegensatz zu vielen Befürchtungen zeigt sie erst einmal Folgendes (➟ Kap. 3): Die große Mehrheit der Befragten lehnt rechtsextreme Einstellungen ab. Rechtsextremismus wird von 70 % als Bedrohung wahrgenommen. Die Hälfte der Befragten ist sogar bereit, selbst aktiv zu werden, um die Demokratie zu schützen; weitere 25 % antworten, sie seien teils/teils bereit dazu. Damit sehen die Befragten eine hohe Relevanz in einer aktiven Zivilgesellschaft, die drei Viertel von ihnen im Kampf gegen den Rechtsextremismus ganz oder teilweise unterstützen würden. Dass der Rechtsextremismus als ein ernsthaftes Sicherheitsproblem wahrgenommen wird, mag in der Haltung gut der Hälfte der Befragten begründet sein, die meinen, dass für seine Bekämpfung besonders die staatliche Seite und ihre Sicherheitsbehörden verantwortlich seien.

Beachtlich ist die Bewertung politischer Bildung: 85 % halten politische Bildung voll und ganz (60 %) oder teilweise (25 %) für ein wichtiges Instrument in der Arbeit gegen den Rechtsextremismus. Ziele, »Zielgruppen«, Aufgaben und Handlungslogiken von Sicherheitsbehörden und politischer Bildung unterscheiden sich dabei allerdings diametral. Menschen individuell in ihrer Politikkompetenz, Demokratiefähigkeit und Demokratiearbeit stark zu machen, ist kein sicherheitspolitischer Auftrag, sondern eine zivilgesellschaftliche (Bildungs-) Aufgabe. Die besondere Relevanz von Bildung als Schutzmechanismus gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit wird von den Ergebnissen der Mitte-Studie so gut wie durchgehend unterstrichen.

Obwohl politische Bildung und Zivilgesellschaft somit als Rettungsanker und demokratische Hoffnungsträger gelten, sind sie vermehrt Angriffen und Diskreditierungen als zu links, zu »woke«, zu identitätspolitisch ausgesetzt und vom Entzug staatlicher Förderung im Gefolge rechter Kulturkämpfe und des sogenannten *Vibe Shift* (Ferguson 2024) (➟ Kap. 6) bedroht. Ein besonders eindrückliches Beispiel stellte die Bundestagsanfrage »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen« kurz vor den Bundestagswahlen 2025 dar. Wenn immer mehr Menschen den von Rechtsaußen forcierten Kampagnen gegen die Zivilgesellschaft und die politische Bildung aufsitzen, droht deren Strategie aufzugehen, Demokratie, Pluralismus und Grundrechte – vor allem von benachteiligten Gruppen – zu schwächen und möglicherweise das ganze System zum Kippen zu bringen. Dass all dies brüchig und fragil ist, zeigte die besorgniserregende Zunahme rechtsextremer Einstellungen in der letzten Mitte-Studie 2022/23. Auch wenn sich diese nicht verstetigt haben, legen die aktuellen Ergebnisse die Normalisierung von Rechtsaußenpositionen sowie mögliche Kipppunkte der Demokratie offen. Zwar halten sich an die 80 % für überzeugte Demokrat:innen, dennoch stimmt ein nicht unerheblicher Anteil distanzierenden, delegitimierenden und verschwörungsgläubigen Positionen über das demokratische System, illiberalen Vorstellungen über Minderheitenrechte sowie identitären Positionen über die politische Entscheidungsfindung zu (»Gewählte Abgeordnete sollten unter keinen Umständen vom Willen ihrer Wähler abweichen«) (➟ Kap. 5). Dazu kommen viele indifferente (keine Antwort) und ambivalente (Graubereich) Haltungen zum Rechtsextremismus. Möglicherweise sind etliche Befragte verunsichert, nicht nur durch den Rechtsextremismus selbst, sondern auch durch dessen Adaptionen und nach rechts gerutschte Diskurse in Politik und Medien.

Der folgende Beitrag illustriert die Bedeutsamkeit von Zivilgesellschaft und politischer Bildung im Kampf gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Er konzentriert sich dabei auf die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25, und er setzt sich kritisch mit den Angriffen und Kampagnen im Zuge des Vibe Shift auseinander (12.1). Mit dem Fokus auf Schule wird versucht, schon frühzeitig auf Bildungs- und Sozialisationsprozesse von Kindern und Jugendlichen Einfluss zu nehmen (➟ Kap. 11). Das unterstreicht den Schutz und Aufbau von allen Schularten als Ort des Demokratielernens (12.2). Die gesellschaftliche Polari-

sierung geht mit einer starken Emotionalisierung einher, die Debatten und die Anerkennung anderer Positionen immer schwieriger machen. Wie kann vor diesem Hintergrund eine emotionssensible politische Bildung aussehen (12.3)? Als Treiber für Polarisierung und Emotionalisierung gelten Polarisierungsunternehmer, darunter Tech-Akteure, welche die Reichweiten des digitalen Raums und die Macht über ihn für die Mobilisierung von Wutpotenzialen, Hass und Hetze ausnutzen. So scheint Autoritarismus als Gegenmodell zur liberalen Demokratie immer attraktiver gemacht zu werden. Doch wie können Demokratie und politische Bildung die Macht über die Algorithmen und die Meinungsfreiheit zurückgewinnen (12.4)? Die Mitte-Studie 2024/25 zeigt, wie tief Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft verankert ist. Zugleich werden entsprechende Bildungsangebote als zu identitätspolitisch infrage gestellt, obwohl sie ganz im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind (12.5). Ihre Wichtigkeit zeigt sich entlang der Ergebnisse, Erfolge und Erfordernisse antisemitismuskritischer Bildung in Verbindung mit rassismuskritischer Bildung (12.5.1), der Bildung gegen Queerfeindlichkeit (12.5.2) und gegen Maskulinismus sowie Antifeminismus (12.5.3). Akteure von Rechtsaußen setzen oft an realen Problemen und Ungerechtigkeiten der Demokratie an und schaffen es damit, nicht nur konkrete Herausforderungen wie den Klimaschutz populistisch zu diskreditieren, sondern die Funktionsfähigkeit und Legitimität der Demokratie eklatant infrage zu stellen. Welche Ansatzpunkte hat die politische Bildung, um diese Strategien zu entkräften, Menschen in ihrer politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit zu stärken und sie damit resilient zu machen (12.6)?

12.1 *Vibe Shift* als Gefahr für politische Bildung und Zivilgesellschaft: Unabhängigkeit sichern

Im Zuge des gesellschaftlichen Vibe Shift (am ehesten vielleicht mit »tektonische Verschiebung« zu übersetzen), im Zuge dessen sich das kulturelle und gesellschaftliche Klima polarisiert, stehen Zivilgesellschaft, NGOs und politische Bildung besonders unter Beschuss. Progressive Errungenschaften wie Emanzipations- und Gleichstellungsprozesse vor allem von benachteiligten Gruppen, die oft Diskriminierung erfahren, sind rechts-autoritären Bewegungen ein Dorn im Auge. Sie gelten als zu links, als zu woke und identitätspolitisch und sollen

sogar eine Mitschuld an Polarisierung und Rechtsextremismus haben. Letztere werden als Abwehr gegen das Infragestellen tradierter Privilegien und Machtverhältnisse gedeutet. Das Verhalten von Donald Trump und seiner Anhänger:innen ist beispielhaft für entsprechende Angriffe und Narrative. Man muss aber nicht in die USA blicken, um zu beobachten, wie Regierungen immer öfter versuchen, die Unabhängigkeit von Zivilgesellschaft und politischer Bildung zu beschränken. Besonders trifft es diejenigen, die sich klar gegen Positionen von Rechtsaußen und gegen alle Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stark machen. Die Eingriffe kommen in Form von Verboten, Finanzierungseinbußen, inhaltlichen Steuerungsversuchen bis hin zur Überprüfung zivilgesellschaftlicher Akteure der Demokratie- und politischen Bildungsarbeit durch den Verfassungsschutz.[1] Eine bundesweite Dynamik entwickelte sich nach der Bundestagsanfrage »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen« (551 Fragen zu gemeinnützigen Organisationen[2]) zwei Tage vor der Bundestagswahl 2025 und drei Wochen nach der gemeinsamen Abstimmung der CDU mit FDP und AfD für einen verschärften Kurs in der Migrationspolitik. Beides war ein politischer Dammbruch, und etliche Akteure der Zivilgesellschaft, teils staatlich finanziert, protestierten gegen Rechtsextremismus und das Agieren der CDU unter Friedrich Merz in bundesweiten Demonstrationen. Seitdem herrschen bei zivilgesellschaftlichen Organisationen ein erhöhter Rechtfertigungsdruck und die stete Sorge vor dem Entzug der Gemeinnützigkeit. Das hat enormen Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung von Förderanträgen und Bildungsangeboten (Jugel/Lewerenz 2022, S. 12). Auch die Landeszentralen für politische Bildung bleiben von staatlichen Eingriffen nicht verschont, wie Beispiele in Berlin oder Nordrhein-Westfalen zeigen[3].

---

1 Lenz, Stephan (2025, 29. Juni). *Politische Bildung: »Demokraten wollen nicht erzogen werden«*. https://www.morgenpost.de/berlin/article409380489/politische-bildung-demokraten-wollen-nicht-erzogen-werden.html [Aufruf am 7.10.2025]; Böldt, Daniel/Kiesel, Robert/Myrrhe, Anke/Vieth-Entus, Susanne (2025, 22. Februar). *Streit um Sparpläne der Bildungsverwaltung: Berliner SPD attackiert Koalitionspartner CDU – Senatorin sieht »keinen Spielraum«*. https://www.tagesspiegel.de/berlin/verantwortungslos-und-brandgefaehrlich-berliner-spd-attackiert-koalitionspartner-cdu-wegen-sparplaenen-13242799.html [Aufruf am 7.10.2025].

2 Deutscher Bundestag (2025, 24. Februar). *Kleine Anfrage Fraktion CDU/CSU. Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen*. Drucksache 20/15035.

3 Bundesausschuss für politische Bildung (2024, 26. September). *Zentralen der politischen Bildung sind zunehmend der Gefahr von politischen Eingriffen ausgesetzt – Politische Bildung droht Verstaatlichung – »Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel«*. https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/

Rechtsaußenakteure votieren sogar für das Abschaffen der Institution, so der Vorstoß gegen die Landeszentrale in Sachsen-Anhalt zu Beginn des Jahres 2025[4]. Die Bundeszentrale kann beispielsweise ohne Beteiligung des Parlaments einfach abgeschafft werden (Brandau/Zillessen 2025). Darüber hinaus existieren Versuche der Einflussnahme von Rechtsaußen dahingehend, Ministerien und Programme eigenen Vorstellungen gemäß umzustrukturieren. Exemplarisch dafür ist die Kampagne von *Nius*[5] gegen das Familienministerium (BMBFSFJ), dessen Mitarbeiter:innen und das Programm »Demokratie leben!«. Danach fördere der selbst unter CDU-Ministerin Karin Prien fortbestehende »linke Beamtendeepstate« linke Aktivisten und Lobbygruppen.

Die Ministerin hatte 2025 – ganz im Sinne von Rechtsaußen – ihrer Fraktion versprochen, »Demokratie leben!« vom Verfassungsschutz durchleuchten zu lassen.[6] Trotzdem wurde die Kampagne aufgesetzt, was offenbart, dass *so* wenig gegen Rechtsaußen zu gewinnen, sondern nur zu verlieren ist. In diesem Sinne rät die Konrad-Adenauer-Stiftung (2025, S. 1) selbst von solchen Schulterschlüssen ab: »Insbesondere den in der Europäischen Volkspartei (EVP) organisierten Mitte-rechts-Parteien kommt angesichts dieser Herausforderung [rechtspopulistische Parteien erzielen Rekordergebnisse] eine entscheidende Rolle zu. Sie sind es, die maßgeblich über den Umgang mit der Konkurrenz von Rechtsaußen entscheiden. […] Angesichts des extremistischen Charakters der AfD leiten sich aus dieser Studie insofern keine Hinweise ab, mit denen sich eine Zusammenarbeit mit der AfD begründen ließe. […] Hier zeigt sich, dass in maßgeblichen Fällen eine ›Zähmung‹ rechtspopulistischer oder gar rechts-

uploads/2024/09/240922-PM-Landeszentralen-Zentralen-der-politischen-Bildung-sind-zunehmend-der-Gefahr-von-politischen-Eingriffen-ausgesetzt.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

4 Landtag von Sachsen-Anhalt (2025, 15. Januar). *Antrag der Fraktion AfD. Schluss mit politischer Bevormundung und Indoktrination! Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung!* Drucksache 8/5020.

5 Harms, Björn (2025). *Der linke Beamten-Deepstate im Bundesfamilienministerium*. https://www.nius.de/politik/news/der-linke-beamten-deepstate-im-undesfamilienministerium/f5068b56-246c-467d-9eaa-15abc4011fb3 [Aufruf am 9.10.2025].

6 BMFSFJ – Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025, 29. August). *Bundesprogramm »Demokratie Leben!«* (Brief der Bundesministerin Karin Prien an die Mitglieder der CDU-/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag). https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2025/09/2025-08-29-Prien-Brief_CDU-CSU-Fraktion.pdf [Aufruf am 7.10.2025].

extremer Parteien durch Kooperation nicht gelungen ist und eher zu einer Schwächung der EVP-Mitgliedsparteien geführt hat«. (ebd.)

Zivilgesellschaft und politische Bildung kennen Vorstöße und Angriffe von Rechtsaußen. Besorgniserregend ist, dass diese nun von staatlicher und Regierungsseite auch aus der politischen Mitte heraus stattfinden, wobei Methoden und Narrative übernommen werden. Ein besonders deutliches Beispiel ist die Instrumentalisierung »politischer Neutralität« (➞ Kap. 11), in deren Namen entweder gegen die Sichtbarmachung von Minderheitenrechten und gegen Kritik an Rechtsaußen oder zur Legitimierung von Menschenfeindlichkeit aufgerufen wird. Deutschland ist nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie so sehr von demokratiefeindlichen Kräften herausgefordert worden, wie dies aktuell der Fall ist. Sigmar Gabriel[7] warnte nach den Bundestagswahlen 2025, Deutschland liege nur eine Wahl vor Donald Trump, und Thomas Krüger, bis 2025 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, mahnte im Interview[8]: »Man muss die demokratischen Parteien fragen, ob sie den Schuss gehört haben. Mir ist unerklärlich, warum sie immer noch den Hauptgegner in den eigenen Reihen suchen.« Die Expertise und Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure, vor allem aber das Vertrauen zwischen ihnen, der politischen Bildung und dem Staat werden in den letzten Jahren eklatant infrage gestellt. Wird die staatliche Förderung selbst der Zivilgesellschaft zum Verhängnis? Wenn die Schutzfunktion der Demokratie nicht von der Demokratie selbst gekippt werden soll, brauchen Zivilgesellschaft und politische Bildung Freiräume, (inhaltliche) Unabhängigkeit und Rechtssicherheit (z. B. Schutz vor missbräuchlichen Klagen). Nur eine autonome politische Bildung kann die – definitiv vorhandenen – gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort, bei und mit den Menschen, aufsuchend, in angemessenen Formaten, entlang von Bedarfen und lebensweltorientiert adressieren (Achour 2023; Gill/Stapf-Finé/Wallentin 2025). Eine

7 Gabriel, Sigmar (2025, 25. Februar). *Schwarz-Rot hat es in der Hand: Deutschland ist nur noch eine Wahl von Trump-Verhältnissen entfernt*. https://www.tagesspiegel.de/politik/schwarz-rot-hat-es-in-der-hand-deutschland-ist-nur-noch-eine-wahl-von-trump-verhaltnissen-entfernt-13271014.html [Aufruf am 7.10.2025].

8 Pauli, Ralf (2025, 17. September). *bpb-Präsident zum Zustand der Demokratie. »Das ist die Stunde der Stabilokraten«*. https://taz.de/bpb-Praesident-zum-Zustand-der-Demokratie/!6110335/[Aufruf am 7.10.2025].

strukturstarke und unabhängige politische Bildung kann auf gesellschaftliche Probleme reagieren, ehe sie zu Krisen werden.

12.2 (Politische) Bildung wirkt: Schulen als Ort des Demokratielernens schützen

Bildung und schließlich Schule zeigen sich als zentrale Einflussfaktoren für die Ablehnung von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Personen, die keinen Zugang zu höherer formaler Schulbildung haben, weisen die höchsten Zustimmungswerte auf. Wer die Möglichkeit hatte, das Abitur abzulegen, lehnt antidemokratische und menschenfeindliche Aussagen am deutlichsten ab. Niedrigere Bildung – und eben nicht zwingend ein geringes Einkommen oder gar Armut – scheint ein bedeutsamer Faktor dafür zu sein, dass Menschen in ungünstigen sozialen Lagen anfälliger für Rechtsextremismus sind (➟ Kap. 3 u. Kap. 4).

Für die Demokratie scheint es (über-)lebensnotwendig, jungen Menschen so viel Bildung wie möglich als *ein* wirksames Mittel für Resilienz gegenüber Demokratiefeindlichkeit zukommen zu lassen. Denn der Trend der letzten Mitte-Studie einer (wieder) rechtsextremeren jungen Generation setzt sich fort (➟ Kap. 3). Besonders hoch ist die Zustimmung zur Fremdenfeindlichkeit. Rassismuskritische Bildung, die unter Ideologieverdacht geraten ist, richtet sich nicht identitätspolitisch an Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern adressiert Stereotype in der Mitte der Gesellschaft, um eine auch durch Migration immer vielfältiger werdende Demokratie gemeinsam ohne Hass gestalten zu können.

Aufgrund der Bildungsabhängigkeit demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen verwundert es kaum, dass Gruppen und Parteien der äußersten Rechten Schule und (politische) Bildung zur ideologischen Kampfarena gemacht haben und eine höhere Bildung zum Beispiel nur einer ausgewählten Elite zukommen lassen wollen (➟ Kap. 11). So lassen sich antidemokratische und menschenfeindliche Gesellschaftsvorstellungen in der Breite normalisieren und möglicherweise auch wahlstrategisch instrumentalisieren: Personen mit niedrigerer Bildung – wenn auch nicht ausschließlich – unterstützen Rechtsaußenparteien und deren Werte häufig stärker (Berg/Jungblut/Jupskås 2023). Ein

besonderes Einflussinteresse haben Rechtsaußenakteure daher bei der beruflichen Bildung (»Meister statt Master«)[9] und nicht gymnasialen Schulformen (»Regelschule als Herzstück unseres Bildungssystems«)[10]. Dass die äußerste Rechte Menschen mit niedriger und mittlerer Bildung in der Breite als Zielgruppen zu erreichen scheint, spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Mitte-Studie 2024/25 wider. Vergleichbar viele Personen mit mittlerem wie niedrigerem Bildungsniveau vertreten ein manifest rechtsextremes Weltbild. Sie sind insbesondere für die Facette der Fremdenfeindlichkeit anfälliger (➟ Kap. 3). Aber auch bei Befragten mit hoher Bildung scheint ein rechtsextremes und völkisches Denken vor allem in autoritären, aber auch leistungsorientierten Einstellungs-, Erziehungs- und Sozialisationskontexten aktiviert werden zu können (➟ Kap. 10). Das heißt, nicht unbedingt der höhere Bildungsabschluss ist ausschlaggebend, sondern auf Mündigkeit, Autonomie, Demokratieerfahrungen und Politikkompetenz[11] ausgelegte Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationssettings, die in Schulen das gesamte Unterrichts- und Schulklima prägen können. Umso besorgniserregender ist die vergleichsweise hohe Zustimmung von 40,5 % der Befragten und weiteren 29 % »teils/teils« zu einer autoritären Ausrichtung von Schule hinsichtlich Disziplin und Gehorsam. Ein entsprechend autoritäres Erziehungskonzept droht bei Befragten mit autoritärer Orientierung auch die demokratische Schutzfunktion von höherer Bildung aufzulösen (➟ Kap. 10): Sie stimmen rechtsextremen Aussagen stärker zu.

Vor diesem Hintergrund muss in einer von Autoritarismus bedrohten Demokratie die Relevanz und Unterstützung von Schule – und zwar von *allen* Schulformen – für die politische, auf Mündigkeit ausgerichtete Sozialisation junger Menschen sowie als Lernort für Demokratie unterstrichen werden. Sie ist im Prinzip der einzige Ort, auf den Demokratie gezielt Einfluss nehmen kann, wenn es um das Lernen sozialen und demokratischen Miteinanders sowie um

9 AfD Bundesverband (2025). *Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag*. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Aufruf am 7.8.2025]

10 Landesverband AfD-Thüringen (2024). *Alles für Thüringen! Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024*. https://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/2025/01/wahlprogramm_2024_web-min.pdf [Aufruf am 7.8.2025]: 31 f.

11 Politikkompetenz setzt sich zusammen aus Wissen, politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie Einstellungen und Selbstwirksamkeit (Detjen et al. 2012).

die Förderung von Politikkompetenz geht. Letztere befähigt auch in einer polarisierten und emotionalisierten Welt zu differenzierten Urteilen. In den Schulen können beziehungsweise »müssen« Interessen und Konflikte – noch – von Angesicht zu Angesicht und in Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt ausgehandelt werden. Dass Rechtsaußenakteure darum wissen, zeigen die auf Autoritarismus und Exklusion ausgerichteten Angriffe auf die demokratische Schule (➟ Kap. 11) ebenso wie jene auf die außerschulische politische Bildung (Jugel/Lewerenz 2022; Laux/Lindenauer 2024), die die Schulen in Form von Kooperationen vielfach in ihrer Arbeit für Demokratie und gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit unterstützt.

12.3 Triggerthemen als Polarisierungstreiber: (Wie) Emotionen in der politischen Bildung adressieren?

Triggerthemen wie Migration, Gender, Klimaschutz oder sexuelle Vielfalt konnten von Rechtsaußen erfolgreich mit Emotionen wie Hass, Wut und Angst besetzt werden, die Gesellschaft spalten und erreichten schließlich sogar, dass der für diese Themen engagierten Zivilgesellschaft und politischen Bildung auch staatliche Unterstützung entzogen worden ist. Dies fordert die politische Bildung, Zivilgesellschaft und demokratische Politik besonders heraus, sich der Emotions- und Symbolpolitik von Rechtsaußen zu stellen, im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts, aber insbesondere auch zum Schutz benachteiligter Gruppen. Hass und Wut können in Gewalt umschlagen (➟ Kap. 3, Fokus). Trotz überwiegender Ablehnung von politischer Gewalt wird sie dennoch von jeder zehnten befragten Person gebilligt. Der Graubereich reicht mit bis an die 20 % weit in die Mitte hinein, vor allem bei Gewalt gegen »Andere« und gegen Politiker:innen. Das ist für den demokratischen Anspruch, Interessenkonflikte gewaltfrei auszutragen, mehr als besorgniserregend. Gewalt dient als Mittel sozialer Kontrolle, Machtherstellung und -sicherung und geht mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit einher. Dies trifft auch auf die undemokratische Emotionalisierung zu. Nach Hillje (2025) wird mit ihr Individuen oder Gruppen das Menschsein abgesprochen (Dehumanisierung), ein auf Lügen basierender absoluter Wahrheitsanspruch erhoben (Wahrheitsmonopolisierung), werden politische Mitbewerber oder Medien als Feinde markiert (Antagonisierung) sowie demokratische Institutionen delegitimiert und zu Agenturen der Unter-

drückung erklärt (Demokratieverachtung). Das heißt, eine politische Bildung, die offensiv Demokratie- und Menschenfeindlichkeit als Themen adressiert, wird von Befragten, die in undemokratischen Emotionalisierungen verfangen sind, vermutlich abgelehnt. Dennoch ist es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, mit ihnen im Gespräch zu bleiben und sie von einer offenen und gewaltfreien Demokratie zu überzeugen. Eine Möglichkeit mag die Bildungsarbeit mit Emotionen darstellen. Wut, Angst, aber auch Hoffnung gelten als die zentralen Emotionskategorien für das politische Verhalten von Menschen (ebd.). Politische Bildung und demokratische Politik müssen diese adressieren, wenn sie Menschen für sich (zurück-)gewinnen wollen.

Emotionen wurden in der politischen Bildung häufig als störendes Moment verortet. Die Orientierung an Rationalität war nicht zuletzt eine Reaktion auf die politische Manipulation von Emotionen im Nationalsozialismus (Frevert 2015). Erst seit kurzer Zeit werden Emotionen wieder als zentrales Element des politischen Lernens und nicht zuletzt der Adressat:innenorientierung berücksichtigt. So fassen Hölzel und Jugel (2019, S. 251) zusammen: »Den Umgang mit eigenen Emotionen und deren Regulation erlernt der Mensch nicht allein, sondern im stimulierenden Austausch mit anderen, Lernen findet in Interaktionen statt, die von emotionaler Zuwendung geprägt sind. Positive und bestärkende emotionale Räume ermöglichen es überhaupt erst zu lernen, während negative und ablehnende Umgebungen das Lernen erschweren oder sogar unmöglich machen.«

Bildungssettings, in denen gerade auch den Emotionen Raum gegeben wird, die häufig mit empfundenen Verletzungen von demokratischen Grundwerten wie Gerechtigkeit, Sicherheit, Freiheit (➟ Kap. 12.6) im Zusammenhang stehen, können Menschen mit verschiedenen Positionen zu einem Austausch zusammenbringen. Zu Beginn steht das emotionale Befinden, kein kognitiv gesetztes, »klassisches Thema« der politischen Bildung oder konkrete Politik. Beispielhaft für das Aufgreifen von Emotionen ist das Projekt »Kompetent Emotional«, in dem eine Teilnehmende zu Beginn äußert: »Ich interessiere mich nicht für Politik. Aber es kotzt mich richtig an!« Deutlich wird, dass die Teilnehmerin an Politik gerade *nicht* nicht interessiert ist, sondern sie bei ihr – negative – Emotionen wie Wut evoziert. Sie erhielt den Raum, von ihren Sorgen, Ungerechtig-

keitsempfinden, Unverständnis gegenüber bestimmten politischen Entscheidungen und medialen Berichterstattungen zu erzählen. Eine andere Teilnehmerin, die sich als politisch rechts positionierte, war von ihren Eltern oft Wut und Hass gewohnt, es war für sie »normal« zu hassen. (Arbeit und Leben 2023, S. 4/8) In Bildungssettings nicht nur von der emotionalen Verfasstheit zu wissen, sondern sie ins Zentrum des Prozesses zu stellen, ermöglicht, Bindungen aufzubauen und mit eben diesen Emotionen zu arbeiten, welche zu konkurrierenden Positionen führen können: Welche Emotionen führen zu welchen politischen Meinungen und Handlungen? Wie wird politisch und auch antidemokratisch mit Emotionen gearbeitet? Wie kann man damit in politischen Diskursen und im politischen Handeln umgehen? So lassen sich auch Themen identifizieren, die in verschiedenen politischen Lagern vergleichbare Emotionen hervorrufen und trotz aller politischen Unterschiedlichkeit gemeinsame Zielsetzungen aufzeigen können wie Defizite in (sozialen) Infrastrukturen, in der Ausstattung von Schulen und Kitas et cetera. Dies kann überführt werden in gemeinsame Ziele, gemeinsames Adressieren von Politiker:innen und gemeinsames politisches Handeln. Schließlich geht es politischer Bildung am Ende darum, Menschen handlungskompetent und selbstwirksam zu machen. Antidemokratische Kräfte nutzen insbesondere Gefühle wie politische Machtlosigkeit, Kontrollverlust, Zukunftsängste oder die Suche nach (nationaler) Identität aus. Rechtsaußen bietet hingegen gerade keine Problemlösungen oder Mitgestaltungsmöglichkeiten an, sondern Bedrohungsszenarien, Feindbilder, Hass und Gewalt.

12.4 Kipppunkt Autoritarismus: Demokratie zurück an die Macht – über Algorithmen und Meinungsfreiheit

Autoritäre Weltanschauungen, welche mit einer autoritär- und leistungsorientierten Sozialisation (➟ Kap. 10) oder mit radikal wirtschaftsliberalen Ansichten (➟ Kap. 6) zusammenfallen, wirken als Normalisierungstreiber und Brücke zu rechtsextremen Positionen und tragen zu deren Verharmlosung bei. Der Autoritarismus droht, eine Systemalternative zur Demokratie zu werden (➟ Kap. 5). Bei Befragten hingegen, die autoritäre Ansichten kaum oder nicht teilen, tritt kein rechtsextremes Weltbild oder dessen Verharmlosung zutage. *Libertärer Autoritarismus*, der mit antidemokratischen und menschenfeindlichen

Einstellungen vor allem gegenüber Gruppen einhergeht, die als ökonomisch »unprofitabel« stigmatisiert werden, verfängt bei einem Viertel der Befragten – bei Männern stärker (30 %) als bei Frauen (20 %), bei jüngeren Befragten (30 %) fast so wie bei jenen ab 65 Jahren (32 %). Am häufigsten stimmen Befragte mit niedriger Schulbildung (34 %) und einer rechten oder eher rechten Selbstverortung (40 %) zu. Als beispielhaft für einen libertären Autoritarismus, welcher demokratische Spielregeln zunehmend aushebelt, gelten Personen wie Donald Trump, aber auch die ehemals liberal-demokratischen (Tech-)Akteure Elon Musk, Mark Zuckerberg oder Jeff Bezos. Als »Polarisierungsunternehmer« (Mau/Lux/Westheuser 2023) und Algorithmenprofis lassen sie nicht nur ihre Weltanschauungen in den Sozialen Medien als Mehrheitsmeinungen erscheinen, sondern nehmen auch im Zuge autoritärer Entwicklungen Einfluss auf die Politik und gesellschaftliche Entscheidungen, ohne dafür je demokratisch legitimiert worden zu sein.

Dass nicht der Autoritarismus – der laut Mitte-Studie 2024/25 als Brücke zum Rechtsextremismus fungiert, als Lösungsmodus für Krisen und Unsicherheit erscheint, sondern Autonomie und demokratische Handlungsfähigkeit – das sind zentrale Aufgaben von politischer Bildung. Dazu gehört es, libertär-autoritäre Meinungsführer und Propagandeure wie Elon Musk und deren technofaschistisches Weltbild zu entzaubern und über die Funktionsmechanismen ihres politischen Sendungsbewusstseins entlang von Algorithmen aufzuklären. Soziale Medien sind zunehmend die Foren politischer (Pseudo-)Öffentlichkeit, auf denen die politische Meinungsbildung stattfindet und autoritäre Weltanschauungen viral gehen. Das heißt, die Mitgestaltung dieser Öffentlichkeit durch demokratische Akteure ist gerade dann wichtig, wenn autoritäre Erklärungsmuster eingefangen werden sollen. Eine digitalisierungsbezogene politische Bildung im Sinne einer kritischen Medienbildung kann einerseits die Autonomie der »Produser:innen«[12] fördern. Dazu gehören neben der oft beschworenen Medienkompetenz der Umgang mit Hassinhalten, eine Sensibilisierung für Manipulationstechniken demokratiefeindlicher Akteure, Wissensvermittlung über Plattformlogiken, eine algorithmische Kuratierung personalisierter Inhalte, der reflektierte Umgang mit den eigenen persönlichen Daten, das Austesten

12 Produzent:innen plus Nutzer:innen (User) = Produser:innen

der eigenen Bubbles sowie das Hinterfragen des Algorithmus. Auch Normen für das digitale Miteinander und Partizipation, *Digital Streetwork* und das Empowerment marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen sind elementar (Amadeu Antonio Stiftung 2025; Dolezalek/Brodersen/Schmidt 2024). Andererseits müssen auch die Grenzen digitaler politischer Bildung kritisch aufgezeigt werden. Wenn sich demokratische Politik und Medien selbst von Algorithmen treiben lassen, wenn Politik und (Tech-)Unternehmen nicht in der Lage sind, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu regulieren, sondern damit lieber Gewinne erzielen, werden mit dem Ruf nach kritischer Medienbildung und einem Verbot Sozialer Medien für Jugendliche die Überforderung oder auch der Unwille der in erster Linie verantwortlichen Akteure ins Feld der Pädagogik geschoben.

Politische Bildung kann mit ihren geringen zeitlichen und personellen Ressourcen kaum den gezielt gestreuten und überbordenden Hass, die Hetze und Falschmeldungen in den omnipräsenten sozialen Medien auffangen. Digitale politische Bildung ist oft auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet, Hass und Hetze verbreiten aber ebenso – wenn nicht noch häufiger und verantwortungsloser – die Erwachsenen. Abgesehen davon scheint es Parteien besonders schwerzufallen, die Kommunikation insbesondere mit jungen Zielgruppen auf Plattformen wie Instagram und TikTok zu gestalten. Ihr Auftreten wird von der Mehrheit als »schlecht« oder »sehr schlecht« bewertet. Gerade Abgeordnete der Landes- und Kommunalebene scheinen den Zugang konkret über Instagram und TikTok zu jungen Menschen besonders wenig zu nutzen, obwohl sich gerade die kommunale Ebene dicht an deren Lebenswelten bewegt (Weiser et al. 2025). Zugleich stellt sich die Frage, inwiefern professionelle Politikgestaltung zu einem Großteil im Generieren von TikTok- und Instagram-Content liegen sollte.

Aus dem Blick gerät die digitale Politikkompetenz der restlichen Bevölkerung. Neben Fragen von Formaten und Erreichbarkeit fungiert insbesondere für diese Zielgruppe demokratische Politik selbst als politischer Bildner. Dass diese weniger auf den digitalen Foren sichtbar ist, ist ebenso problematisch wie deren Offenheit und Reproduktion von Rechtsaußennarrativen und deren Rhetorik (»Schattenstruktur«, »Zwangsgebühren«). Demokratische Parteien müssen viel-

mehr laut dagegenhalten – wenn Faktenchecks mit Zensur gleichgesetzt und abgeschafft, wenn investigativer und kritischer Journalismus eingeschüchtert werden sollen, um angeblich die Meinungsfreiheit zu wahren. Das meint jedoch die Freiheit der Mächtigen, die Machtlosen zu beleidigen, menschen- und demokratiefeindliche Positionen durchzustoßen und kritische Stimmen stumm zu machen. Offensichtlich wird, dass sich mit solchen autoritären Vorstößen der demokratische Rahmen für die Meinungsfreiheit und damit auch für (politische) Urteilsfähigkeit ins Autoritäre zu verschieben droht. Insbesondere durch die Monopolisierung und Kommerzialisierung politischer Kommunikation und Meinungsbildung kommt den Techakteuren eine große Macht zu – auch über unser Wissen – und droht, autoritäre Weltanschauungen als normal erscheinen zu lassen. Politische Bildung verfügt über die Strategien und das Handwerkszeug, um über Algorithmen und Manipulationstechniken aufzuklären und um eigenen demokratischen *Content* zu produzieren oder Gegenrede zu üben. Aber um die Macht des Autoritären im Digitalen einzudämmen, bedarf es ebenso der Haltung und des Handelns demokratischer Politik, Techkonzerne in die Pflicht zu nehmen und entlang von Erhalt und Ausbau demokratisch-rechtsstaatlicher Strukturen zu regulieren. Die politische Kultur der Schamlosigkeit im Netz, getrieben durch den libertären Autoritarismus, gefällt vielen einfach und überträgt sich ins analoge Diskurs- und Wahlverhalten.

12.5 (Identitäts-)Politische Bildung gegen Menschenfeindlichkeit? Ganz im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung!

Die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 verdeutlichen, dass die Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen in der Tendenz von linker nach rechter Selbstpositionierung zunimmt, Menschenfeindlichkeit mit rechten und antidemokratischen Positionen, Rassismus mit rechtsextremen Einstellungen statistisch zusammenhängen. Je stärker sich Normen, Werte, Wissen, Diskurse, Bräuche und Praxen von Ungleichwertigkeit gegenüber Minderheiten ausbreiten und damit normalisieren, droht die liberale Demokratie an einen Kipppunkt zu geraten.

Es bleibt eine Herausforderung, Menschen für Demokratie und Menschenrechte für alle gewinnen zu wollen, ohne dass der Diskurs als »woke« aufs Abstellgleis geschoben, ohne dass er als individueller Angriff empfunden wird und mit Angst vor Privilegienverlust einhergeht.

Politik jedoch, die ernsthaft Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit entgegentreten sowie Zivilgesellschaft und politische Bildung im Kampf dagegen fördern möchte, liegt – auch verfassungsrechtlich – falsch, wenn sie Formate gegen Menschenfeindlichkeit als identitätspolitisch meint, schwächen oder gar abschaffen zu müssen. Das stellt die Werte des Grundgesetzes in Frage, deren schützende Aktivierung gerade für Minderheiten in Deutschland und weltweit ihre Zeit brauchte. Es verletzt sogar die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FdGO), der alle demokratischen Parteien verpflichtet sind. Diese basiert seit dem Urteil über das NPD-Verbot des Bundesverfassungsgerichts 2017[13] auf den Kernprinzipien Menschenwürde, Rechtsstaatsprinzip und Demokratieprinzip und stellt somit einen Wendepunkt zu der oft als starr kritisierten Interpretation von 1952 dar. Ein solches Verständnis erfordert verfassungsrechtlich eine auf gleiche Teilhabe und auf die Menschenwürde des Einzelnen abzielende Bildungsarbeit (Wihl 2020). Diesem fühlen sich beispielsweise die antisemitismuskritische Bildung, in Verbindung mit einer rassismuskritischen Bildung sowie die Bildung gegen Queerfeindlichkeit, Antifeminismus und Maskulinismus verpflichtet. Gerade rassismus- und antisemitismuskritische Angebote sind häufig in den Communities selbst, auch migrantischen, entstanden. Die community-nahe Bildungsarbeit ist dabei ein zartes Pflänzchen, das sich am Recht auf Teilhabe und Partizipation und damit an der Unterstützung der Zivilgesellschaft orientiert. Ein solches Engagement gerade der migrantischen Communities wird aber, wie Souad Lamroubal sagt (➟ Kap. 5, Mittendrin), kaum anerkannt und im drastischsten Fall sogar abgelehnt. Wie notwendig diese Angebote und Perspektiven sind, zeigen die tief in unserer Gesellschaft verwurzelten Abwertungen aufgrund von Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Klassismus (➟ Kap. 3 u. Kap. 4).

13 BVerfG (2017). *Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 –, Rn. 1–1010*. https://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113 [Aufruf am 6.10.2025].

12.5.1 (Keine) Vereinnahmung antisemitismuskritischer Bildung

Der sekundäre und israelbezogene Antisemitismus, der gesellschaftlich einerseits durch die revisionistische Erinnerungspolitik von Rechtsaußen und andererseits durch die Situation in Nahost getrieben wird, ist vor allem bei der letzten Befragung erheblich angestiegen und verbleibt aktuell auf hohem Niveau. Die Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus hat noch einmal um rund 2 % auf 17 % zugenommen. Vor diesem Hintergrund ist zu unterstreichen, dass gerade bei jungen Befragten der Antisemitismus sehr gering ist, während vor allem die älteren Befragten diesem auffällig deutlicher zustimmen (3 % vs. 11 %) und sich in einem erheblichen Graubereich von 31 % bewegen (➟ Kap. 4).

Wie lässt sich das für die antisemitismuskritische Bildung interpretieren? Die geringe Zustimmung zum sekundären und israelbezogenen Antisemitismus bei den jüngeren Befragten mag sich möglicherweise auch mit der sehr engagierten, antisemitismuskritischen Bildungsarbeit der letzten Jahre erklären lassen. Diese hatte sich in der einschlägigen Trägerlandschaft gerade hinsichtlich der Facetten des Antisemitismus inhaltlich und didaktisch vielfältig entwickelt. Viele Projekte sind ausgezeichnet worden. Dabei standen ältere Teilnehmende weniger im Fokus, was nicht nur ein Erklärungsansatz für die höheren Zustimmungswerte sein mag, sondern auch den offensichtlichen Bedarf an dringend notwendigen, passenden Formaten auch für Nichtjugendliche in der Mitte der Gesellschaft unterstreicht. Der anhaltende Bedarf zeigt sich auch entlang der erhöhten »Weiß-nicht«-Antworten in den Mitte-Studien oder eines hohen Graubereichs, welcher mit 36 % unter den Befragten mit niedriger Schulbildung am größten ist.

Schließlich sind die geringen Zustimmungswerte der jungen Befragten in der Mitte-Studie auch mit Blick auf zunehmende familiäre Migrationsgeschichten unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen hervorzuheben. Ebenso teilen Jugendliche postkoloniale Perspektiven auf den Nahostkonflikt, welche mit Antisemitismus einhergehen können. Und trotz der niedrigen Zustimmungswerte ist Antisemitismus, insbesondere der israelbezogene, unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch sichtbar, sodass beispielsweise Lehrkräfte gezielt Unterstützung bei außerschulischen Angeboten suchen. Dies unterstreicht die

Sinnhaftigkeit und Bedeutsamkeit einer antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, die mit einer rassismuskritischen Bildung verbunden ist (Achour/Schmitz 2025). Dies adressiert die Verschränkung der Kritik beider Ideologien der Ungleichwertigkeit und bringt sie gerade nicht gegeneinander in Stellung. Sie zielt darauf ab, neben antisemitischen auch rassistische Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen zu thematisieren, um deren Projektion auf den Nahost-Konflikt pädagogisch bearbeiten zu können. Dazu gehört auch, zwischen dem Handeln der aktuell rechten Regierung Israels, dem Staat Israel und den Israelis zu differenzieren (➟ Kap. 4 u. Kap. 4, Mittendrin). Etliche Jüdinnen und Juden beispielsweise, die in Deutschland von antisemitischer Gewalt betroffen sind, haben Israel gerade wegen ihrer eigenen Kritik an der Regierungspolitik verlassen.

In Anbetracht dieser möglichen positiven Wirkung antisemitismuskritischer Bildungsarbeit ist es besonders bedenklich, dass diese Angebote unter Ideologieverdacht geraten zu sein scheinen. Etlichen der Träger, die solche Angebote machen und viel Expertise angesammelt, interreligiöse (Begegnungs-)Formate aufgesetzt und wichtige Netzwerke, zum Beispiel auch zu Schulen und Lehrkräften, geknüpft haben, werden die finanziellen Ressourcen entzogen. Stattdessen werden Programme und Akteure gefördert, deren Formate oft auf stereotypen und zuschreibenden Annahmen beruhen, wenn es um die Frage geht, von welchen Gruppen Antisemitismus ausgehe.[14] Auch das Programm »Demokratie leben!« vom Bundesfamilienministerium scheint entsprechend neu ausgerichtet zu werden. An die Antisemitismusprävention wird verstärkt Islamismusprävention eng angedockt,[15] womit sich die Perspektive verschiebt. Nicht Diskriminierungserfahrungen von Muslimin:innen stehen im Zentrum der

14 Vieth-Entus, Susanne (2025, 21. August). *»Angriff auf außerschulische Bildung«. Schulsenatorin geht mit Haushaltstrick auf Konfrontation zur SPD*. https://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/angriff-auf-ausserschulische-bildung-schulsenatorin-geht-mit-haushaltstrick-auf-konfrontation-zur-spd-14211839.html [Aufruf am 7.10.2025]; Kiesel, Robert (2025, 4. Juli). *Mittel gegen Antisemitismus. Berliner CDU vergibt Millionen frei Hand*. https://www.tagesspiegel.de/berlin/mittel-gegen-antisemitismus-berliner-cdu-vergibt-millionen-frei-hand-13965686.html [Aufruf am 6.10.2025].

15 Bröcker, Michael (2025, 28. August). *»Demokratie leben!«: Programm soll sich stärker auf Islamismus und Antisemitismus konzentrieren*. https://table.media/berlin/news/demokratie-leben-programm-soll-sich-staerker-auf-islamismus-und-antisemitismus-konzentrieren [Aufruf am 6.10.2025].

Bildungsarbeit, sondern Radikalisierungsverdacht.[16] Solche – politisch gesteuerten – Neuausrichtungen in der antisemitismuskritischen Bildung drohen dem von Rechtsaußen befeuerten Narrativ eines »importierten Antisemitismus« (Arnold/Kiefer 2024) aufzusitzen. Antisemitismus wird so einseitig auf muslimisch sozialisierte Menschen externalisiert. Dies verkennt den Antisemitismus als Problem in der Mitte der Gesellschaft und als Facette des Rechtsextremismus: Der Antisemitismus, so wie er als GMF-Facette erfasst wurde, geht häufig mit rechtsextremem Antisemitismus einher (r = ,66) (➟ Kap. 4). Zu glauben, dass Menschen Rechtsaußen sich gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben einsetzen, heißt, dem Wolf im Schafspelz zu vertrauen.

12.5.2 Mehr Aufregung tut Not – aber über Queerfeindlichkeit statt über Gendersternchen

Auch der Hetero-/Sexismus findet bei den Jüngeren deutlich weniger Zuspruch als bei der mittleren und älteren Altersgruppe (7 % vs. 12 %). In diesem Feld sind in den letzten Jahren ebenfalls viele Bildungsformate für Kinder und Jugendliche aufgelegt worden und zeigen möglicherweise Wirkung. Von Rechtsaußen werden Angebote (➟ Kap. 11), die Queerfeindlichkeit oder geschlechtliche Vielfalt adressieren, torpediert, und mittlerweile werden die Förderungen in diesem Feld unsicherer und schrumpfen zunehmend[17]. Dass sich die politische Stimmung gegenüber der offenen Anerkennung queerer Lebensweisen ändert und auch von Neutralitätsforderungen bedroht wird, zeigt das Beispiel der nicht gehissten Regenbogenflagge am Bundestag. Dabei verzeichnet die

16 Liecke, Falko (2023, 23. Oktober). *Grassierender Judenhass ist die Folge falscher Multikulti-Toleranz*. https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Grassierender-Judenhass-ist-die-Folge-falscher-Multikulti-Toleranz-article24482601.html [Aufruf am 24.2.2025].

17 Thewalt, Anna/Warnecke, Tillmann (2025, 21. Februar). *»Erinnert an schlimmste Verhältnisse in den USA«: Entsetzen über das Streichen queerer Bildungsangebote in Berlin*. https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/erinnert-an-schlimmste-verhaeltnisse-in-den-usa-entsetzen-ueber-das-streichen-queerer-bildungsangebote-in-berlin-13245496.html [Aufruf am 7.10.2025]; Mai, Dominik (2025, 1. Oktober). *Queere Bildungsprojekte in Berlin vor dem Aus: Senatorin Katharina Günther-Wünsch muss Klarheit schaffen*. https://www.tagesspiegel.de/berlin/queere-bildungsprojekte-in-berlin-vor-dem-aus-senatorin-katharina-guenther-wuensch-muss-klarheit-schaffen-14428919.html [Aufruf am 6.10.2025]; Henke, Katharina (2025, 3. Oktober). *Queeres Projekt vor dem Aus: Brandenburg kürzt »Bildung unterm Regenbogen« drastisch*. https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/queeres-projekt-vor-dem-aus-brandenburg-kuerzt-bildung-unterm-regenbogen-drastisch-14401616.html [Aufruf am 6.10.2025].

Mitte-Studie 2024/25 einen Anstieg zu allen drei Aussagen der hetero-/sexistischen Menschenfeindlichkeit (Trans*-Menschen, Homosexuellen und Frauen) im Vergleich zu 2020/21 und 2022/23. Dies ist besonders bedenklich vor dem Hintergrund des langjährigen Trends zunehmend egalitärer Einstellungen. Heute nehmen sexuelle und geschlechtliche Vorurteile wieder zu. Wenn die Agitation von Rechtsaußen gegen eine Bildung verfängt, die sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung unterstreicht, sowie gegen Ungleichbehandlung, indem Aufklärungs- und Bildungsformaten für Kinder und Jugendliche die Ressourcen entzogen werden sollen[18], zeigt dies, dass die Funktion der Brückenideologie von Queerfeindlichkeit wie auch von Antifeminismus und Maskulinismus in den Rechtsextremismus verkannt wird (➟ Kap. 3, Fokus).

Notwendig wäre vielmehr, sich über den mangelnden Schutz vor verbaler und körperlicher Gewalt gegen Homosexuelle, Trans*-Menschen und Frauen oder über den *Gender Pay Gap* aufzuregen, als leidenschaftlich über Gendersternchen zu streiten. Themen von Rechtsaußen werden so durch die politische Mitte nicht nur übernommen, sondern politisch umgesetzt, wie das Verbot von Gendern mit Sonderzeichen an Schulen, Universitäten, Verwaltungen oder Ministerien in verschiedenen Bundesländern zeigt. Schließlich empfiehlt der Rat für deutsche Rechtschreibung (2023) staatlichen Stellen eine »rezeptive Toleranz«, wenn es um eine geschlechtersensible Sprache geht. Vergleichbar zur strategischen Instrumentalisierung des Beutelsbacher Konsens oder der Forderung nach Meinungsfreiheit durch Rechtsaußen rufen gerade *die* Akteure nach Gender- und damit Sprachverboten, die sich über Sprechverbote oder vermeintliche *Political Correctness* echauffieren. So ist der Bild-Zeitung das Verbot von gendersensibler Sprache ein besonderes Anliegen, was die Frage aufkommen lässt, ob deren Sprachvorlieben nun tatsächlich als Maßstab für Schule und Wissenschaft gelten sollen. Solche Verbote stehen exemplarisch für das Sichern überkommener gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die sich in Sprache widerspiegeln.

Mit Blick auf Schule als Lernort von Demokratie handelt es sich damit um starke Eingriffe in die pädagogische Arbeit und letzten Endes in den individu-

18 s. o. AfD Bundesverband (2025), S. 151.

ellen Sprachgebrauch. Sowohl Lehrkräfte als auch Schüler:innen können mit einer gendersensiblen Sprache ihre inklusive Haltung ausdrücken. Schüler:innen, die sich in einer zweigeschlechtlichen Ordnung nicht abgebildet fühlen, können trotz Fürsorgepflicht der Lehrkräfte von diesen sprachlich nicht adressiert werden, sondern bleiben exkludiert. Dabei darf hoheitliches Sprachhandeln insgesamt nicht diskriminieren, was Lehrkräfte somit von Staatsseite selbst in eine verfassungsrechtliche Zwickmühle führt: Werden Frauen oder geschlechtliche Minderheiten vom Staat und seinen Einrichtungen nicht korrekt adressiert, handelt es sich um eine Grundrechtsverletzung (Art. 3 Abs. 2 GG) (Lembke 2023).

12.5.3 Faszination für autoritär-rechte Männlichkeit: Politische Bildung gegen Maskulinismus ist Bildung gegen Rechtsextremismus

Dezidiert antifeministische und maskulinistische Vorstellungen, die von einer Überlegenheit von Mannsein und Männlichkeit, vor allem von weißer Männlichkeit, und einer Abwertung von Frauen und Weiblichkeit ausgehen (➟ Kap. 4, Fokus), vertreten vor allem jüngere, männliche Befragte mit mittlerer Schulbildung und mittlerem Einkommen. Dabei handelt es sich allerdings um eine kleine Minderheit. Rechtsaußenparteien, -bewegungen und -Akteure knüpfen an solche Vorstellungen an. Beispielhaft sind Personen wie die AfD-Politiker Maximilian Krah und Björn Höcke, aber auch Donald Trump oder der Influencer Andrew Tate, welche online viel Zuspruch erhalten. In deren Denken vereint sich hegemoniale Männlichkeit mit autoritärer Aggression, Verschwörungsideologie und Menschenfeindlichkeit. Auch Heimat und Nation haben im Konzept autoritär-rechter Männlichkeit eine große Bedeutung. So ist in der Mitte-Studie 2024/25 auffällig, dass der Nationalchauvinismus bei der Abnahme rechtsextremer Einstellungen negativ hervorsticht. Er verfängt bei den männlichen Befragten mit gut 23 % stärker als bei den weiblichen Befragten mit knapp 17 %. Nationalchauvinismus oder Maskulinismus können so als Brückenideologien vermutlich Rechtsextremismus leicht aktivieren. Besorgniserregend ist vor dem Hintergrund auch, dass Gewalt fast ausschließlich Männer und kaum Frauen billigen (10 % vs. 2 %) (➟ Kap. 3 u. Kap. 3, Fokus) und dass dies mit einem rechtsextremen Weltbild im Zusammenhang steht. Als Ursache für Maskulinismus gilt unter anderem eine (subjektiv empfundene)

Krise von Männlichkeit (Sauer 2024), ausgelöst durch eine bessere Positionierung von Frauen im Bildungssystem, durch die Veränderung des Arbeitsmarktes qua Frauenerwerbstätigkeit oder durch die Reduktion »klassischer Männerarbeit« und die Auflösung der traditionellen Vaterrolle als Alleinernährer (Reeves 2022). Ebenfalls als Bedrohung der privilegierten Stellung von vor allem weißen Männern werden die Emanzipationsbewegungen von Menschen mit Migrationsgeschichten oder der LGBTQ+-Community wahrgenommen. Da Männer sich ihrer Privilegien in der Regel nicht bewusst sind, werden diese Entwicklungen als eigene Zurücksetzung gedeutet (McDermott 2025). Möglicherweise mag das die fast durchgehend höhere Zustimmung von männlichen Befragten zu menschenfeindlichen Aussagen wie Hetero-/Sexismus (18 % vs. 3 %), Antisemitismus (12 % vs. 3 %), Rassismus (16 % vs. 8 %), Klassismus (19,5 % vs. 11 %) sowie zur Gewaltbilligung miterklären. Darüber hinaus zeigte sich im Wahlverhalten 2024/25 gerade unter Jungwähler:innen ein Gender-Vote-Gap (Hudde 2025): Während junge Männer eher AfD wählten, neigten junge Frauen stärker zu linken Parteien. Eine mögliche Ursache mögen auch unterschiedliche Haltungen zur Geschlechtergleichstellung und zum Umgang mit sexuellen (und anderen) Minderheiten sein (Quenzel/Albert/Schneekloth 2024). All dies unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die politische Bildung Männlichkeitskonzepte, Geschlechterrollen, deren mögliche Zusammenhänge mit Demokratie-, Menschenfeindlichkeit und insbesondere Frauenfeindlichkeit (Eppert/Wilke/Zimmermann 2025) sowie mit digitalen Phänomenen der »Manosphere« (Çağlar et al. 2025) kritisch in den Blick nimmt. Am Ende stellt sich die Frage – nicht nur für die politische Bildung –, was diese Zusammenhänge für das soziale Miteinander, für die Gestaltung von Paarbeziehungen und schließlich für die Gesellschaft bedeuten – auch wenn die Shell Jugendstudie bis dato keine Polarisierung zwischen den Geschlechtern erkennt (Quenzel/Albert/Schneekloth 2024, S. 273). Insbesondere für Männer scheinen romantische Beziehungen für die geistige und körperliche Gesundheit bedeutsamer zu sein als für Frauen (Wahring/Simpson/Van Lange 2024). Und die Mitte-Studie 2024/25 verweist auf einen demokratiegefährdenden Zusammenhang (➟ Kap. 9): Wer unzufriedener mit dem Leben ist und sich weniger gesund fühlt, präferiert häufiger die AfD und neigt eher zu rechtsextremen Einstellungen. Die Lebenszufriedenheit und die subjektive Gesundheit sind für das Vertrauen in Demokratie und das Gefühl, politisch gehört zu werden und Einfluss nehmen zu können, von einer

gewissen Bedeutung. Die Förderung von kritischer Männlichkeit scheint – tatsächlich auch im biologischen Sinne – überlebensnotwendig für die Demokratie zu sein. Dabei sollte die politische Bildung aber folgenden Fehleinschätzungen nicht aufsitzen, wenn sie unideologisch in die Breite wirken möchte.

Akzeptanz geschlechterkonservativer Haltungen

Um mit möglichst vielen Teilnehmenden über Männlichkeitskonzepte ins Gespräch kommen zu können, ist ein professioneller Umgang mit geschlechterkonservativen Haltungen, welche auch unter den Befragten der Mitte-Studie 2024/25 recht weit verbreitet sind, besonders relevant – so stimmen 47 % der Befragten der Aussage zu, dass Frauen von Natur aus einfühlsamer seien als Männer, weitere 25 % teilweise (➟ Kap. 4, Fokus), besonders relevant – auch wenn politische Bildner:innen wohl häufig eher ein progressives Geschlechterverständnis teilen. Trotz solcher naturalistischer, essenzialistischer Differenzvorstellungen, denen zufolge Männern und Frauen von Natur aus unterschiedliche Eigenschaften zukommen, gehen die meisten doch zumindest von einer Gleichwertigkeit der binär gedachten Geschlechter aus. Es ist von großer Relevanz in der Bildungsarbeit, dies von antifeministischen und maskulinistischen Einstellungen abzugrenzen und Teilnehmende mit geschlechterkonservativen Positionen dahingehend urteilskompetent zu machen, dass sie sich von eben solchen Narrativen distanzieren oder diesen sogar widersprechen (können). Dass es eine gewisse Offenheit für Anti-Gender-Vorstöße unter den Befragten gibt, zeigt der große Graubereich von bis zu 17 %, die antifeministischen und maskulinistischen Aussagen zustimmen.

Keine Kulturalisierung von Männlichkeitskonzepten

Verhaltensweisen, die als toxisch männlich diskutiert werden, werden oft mit Herkunft und Kultur erklärt, wie es beispielsweise nach der Kölner Silvesternacht 2015 nachwirkte, als zahlreiche Frauen Opfer sexueller Straftaten wurden. Damit droht die in der Gesellschaft durch alle Milieus reichende Gewalt gegen Frauen, die bis zum Tod führt (BKA 2024), externalisiert, verharmlost und damit unsichtbar gemacht zu werden. Hier liegt – ähnlich wie beim importierten Antisemitismus – die Gefahr, ein gesellschaftliches Problem ausschließlich auf »Andere« auszulagern, was sich mit verschwörungsideologischen, antifeministischen und rassistischen Opfernarrativen vermengt: die Bedrohung der –

durch Feminismus »verweichlichten« – weißen Männlichkeit durch die angeblich wilde, nicht gezügelte Sexualität migrierter junger Männer. Deutlich wird der demokratiegefährdende Zusammenhang von hegemonialer Männlichkeit und Menschenfeindlichkeit mit der Öffnung nach Rechtsaußen. Zentral ist es, die eigenen patriarchalen Muster und Strukturen zu reflektieren.

Weibliche Faszination für hegemoniale Männlichkeit und rechte Influencerinnen

Trotz der auch in der Mitte-Studie 2024/25 erkennbaren größeren Offenheit männlicher Befragter für antifeministische, menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen zeigen die Ergebnisse, dass diese auch von weiblichen Befragten geteilt werden. Frauen unterstützen hegemoniale Männlichkeit und traditionelle Geschlechterrollen. Eine Erklärung mag die Erschöpfung durch die Mehrfachbelastung neoliberaler Emanzipation sein (Sauer 2024), während die gebotene Klarheit und Einfachheit der Geschlechterrollen Entlastung suggeriert. Als besondere Einflussfaktoren gelten Rechtsaußeninfluencerinnen. Sie verbreiten in den Sozialen Medien mit unterschiedlichen Strategien menschenfeindliche, völkische und schließlich antifeministische, heteronormative oder sexistische Ideologien (»Feminismus als toxische Weiblichkeit«). Sie fungieren als Türöffner in eine rechte Szene, deren Lebensweise und deren Ansprache über Content attraktiv gemacht wird, der nicht unbedingt (sofort augenscheinlich) politisch ist: Mutterschaft (»Insta-Moms«), Haushalt/Ehe (Tradwives), Mode, Beauty, Natur, Fitness, Reisen, Lifestyle, Gaming (Amadeu Antonio Stiftung 2024; Bauer/Rösch 2023). Rechte Influencerinnen sind gut mit Rechtsaußenakteuren und -gruppen vernetzt, auch international, wie der Kontakt zwischen Naomi Seibt und Elon Musk beispielhaft zeigt.

Diese Einflussnahme auf Rollenbilder und Lebensentscheidungen von jungen Frauen, die nach außen nicht unbedingt rechtsextrem in Erscheinung treten oder Rechtsaußenparteien wählen, wirkt auch »nach innen«: auf Sozialisations- und Erziehungsprozesse in Peergroups, Familien, Elterngruppen in Schule und Vereinen etc. So zeigt die Mitte-Studie 2024/25, dass Befragte mit autoritären Einstellungen sich vor allem dann für ein rechtsextremes Weltbild öffnen, wenn sie sich an eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Erziehung durch ihre Eltern erinnern. Mütter spielen bei der Erziehung eine entscheidende Rolle.

Zugleich zeigte sich, dass gerade Frauen mit autoritären Einstellungen, die selbst eine autoritär- und/oder leistungsorientierte Erziehung meinen, erlebt zu haben, häufiger Rechtsextremismus verharmlosen, als es Männer tun, und sich möglicherweise in Sozialisationskontexten nicht deutlich gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit positionieren (➟ Kap. 10). Das heißt, die Auseinandersetzung mit hegemonialer Männlichkeit, Geschlechterrollen und Antifeminismus ist kein »Männerthema« (zur politischen Bildung & Gender: Girnus/Grün-Neuhof 2025).

12.6 Adé Klimaschutz? Mit politischer Bildung aus der Polarisierungs- und Machtlosigkeitsfalle?!

Auch die Themen Klima und Umwelt sind Opfer des *Vibe Shift* geworden und zählen neben Migration/Rassismus, EU und Geschlechterverhältnissen zu den zentralen Propagandafeldern von Rechtsaußen. Die Aufmerksamkeit für die Klimakrise ist gesunken. Der Klimawandel wird nur noch von 56 % der Befragten als »eine große Bedrohung« eingeschätzt. In den beiden letzten Mitte-Studien waren es noch rund 70 %. Ebenfalls sinkt der Anteil der Befragten mit klimapolitisch progressiven Einstellungen, während regressive Positionen zunehmen, die auch eher mit Demokratieskepsis einhergehen (➟ Kap. 7). Die Ampelkoalition zerbrach auch am Konflikt zwischen Klima-, Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie an misslungener Politikvermittlung. Im Bundestagswahlkampf 2025 sind klima- und energiepolitische Themen kaum in Erscheinung getreten, und aktuell fährt demokratische (Regierungs-)Politik laut Bundesumweltminister Carsten Schneider hier einen »Schlingerkurs«. Dagegen wird Antiklimaschutz von Rechtsaußenakteuren befeuert. Das geht vermehrt mit Angriffen auf die Klimaforschung einher: So stellte die AfD einen Antrag zur Einstellung der Brandenburger Förderung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)[19]. Ferner stehen zivilgesellschaftliche (Bildungs-)Akteure im Fokus, die sich für Klima, Umwelt und Natur einsetzen (z. B. Frohn et al. 2025). Entlang einer »Ökologie von rechts« werden Zielkonflikte instrumentalisiert: Natur-, insbesondere Artenschutz, werden in Stellung gebracht gegen

19 Landtag Brandenburg (2025, 16. September). *Antrag der Fraktion AfD. Förderung des Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung (PIK) durch das Land Brandenburg einstellen*. Drucksache 8/1750.

Klimaschutz und dessen Maßnahmen für eine Energiewende. Ziel ist neben der Verbreitung antidemokratischer und menschenfeindlicher Gesellschaftsbilder, Klimaschutzmaßnahmen zu blockieren, um weiterhin eine »normale« und damit klimaschädliche Lebensweise mit Verbrennerautos, Flugreisen, fossilem Heizen und billigem Fleischkonsum fortzuführen. Dies geschieht auf der Grundlage verschiedener populistischer Narrative (Denk/Siebert 2024), mit denen Klimaschutz von Rechtsaußen delegitimiert wird. Diese beinhalten Klimawandelleugnung (die Klimakrise sei inszeniert) und Verzögerungsstrategien (Klimaschutzmaßnahmen »nicht jetzt«, »bringen nichts«, gehen »auf Kosten der Volkswirtschaft«). An Letztere droht auch demokratische (Regierungs-)Politik anzuschließen, wenn Klimaschutzmaßnahmen infrage gestellt oder verschoben werden. Schließlich dienen diese Narrative Akteuren von Rechtsaußen dazu, eine Gefährdung zentraler, demokratischer Grundwerte wie Freiheit (»Ökodiktatur«) und Gerechtigkeit (»zu Lasten des Volkes«) zu inszenieren und so die Funktionsfähigkeit der Demokratie infrage zu stellen, ihr Versprechen sozialer Gerechtigkeit in Abrede zu stellen und das Vertrauen ins politische System auszuhöhlen (➟ Kap. 7). Dies spiegelt sich bei den Befragten deutlich wider: Lediglich gut die Hälfte stimmt der *Problemlösefähigkeit* (Effizienz) der Demokratie zu, nur 59 % fühlen sich persönlich gerecht behandelt, und 37 % finden, dass es allgemein in Deutschland gerecht zugehe. Fast die Hälfte verneint die Funktionsfähigkeit der deutschen Demokratie voll und ganz, eher (24 %) oder teilweise (jeweils 24 %). Gefährlich ist ein gewisser Wahrheitsgehalt in diesen Narrativen: Die bisherige Klimaschutzpolitik geht eben auch mit realen Ungerechtigkeiten einher, was auf mögliche Leistungs- und Steuerungsprobleme der Demokratie verweist: Höhere CO_2-Preise auf Kraft- und Heizstoffe treffen einkommensschwache Haushalte tatsächlich deutlich stärker, obwohl die Wohlhabenderen das Klima oft viel mehr belasten. Dass sich unsere demokratische Gesellschaft nicht unbedingt solidarisch mit den Einkommensschwächeren zeigt, wenn es um Fragen geht, die das Überleben des Planeten betreffen, legen die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 nahe: Gerade den klimapolitisch Progressiven scheint in Teilen der Klimaschutz als solcher wichtiger zu sein als die staatliche Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen, wenn Klimaschutzmaßnahmen deren Leben verteuern. Eine solche latente Ignoranz mag sich im Stadt-Land-Verhältnis noch verschärfen. Aufgrund schlechter Infrastruktur und Daseinsvorsorge (fehlende Einkaufsmöglichkeiten, Schulen,

Nahverkehr, ärztliche Versorgung) (➟ Kap. 8) treffen Maßnahmen wie das »Verbrenner-Aus« oder die Wärmepumpe die »ländliche« Lebensweise oft stärker, und diese erscheint möglicherweise im Vergleich mit dem »Lastenrad fahrenden und veganen Stadtleben« der Reicheren als falsch. Dass »die Lasten« des Klima- und Umweltschutzes zu einem nicht unerheblichen Teil von den einzelnen Bürger:innen und Konsument:innen getragen werden müssen, drückt sich auch in der Kritik politischer Bildner:innen an verschiedenen Aspekten der klassischen Umweltbildung sowie an der Bildung für nachhaltige Entwicklung aus, sodass Widerstände gegen Klimaschutz möglicherweise nicht ganz überraschend sind. So werden im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BMBF 2017, S. 7 f.) oder im »Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung« der KMK und des BMZ (KMK 2016) beispielsweise »persönliche Mitverantwortung« für Umwelt- und Klimaschutz angesprochen. Im Aktionsplan heißt es, Bildung für nachhaltige Entwicklung ermögliche es jedem und jeder Einzelnen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen (BMBF 2017, S. 7 f.). Damit geht nicht nur eine starke Individualisierung der Verantwortung für Klimakrise und Klimaschutz einher (»Individualisierungsfalle«), sondern ebenfalls eine Pädagogisierung der Problematik und eine Verantwortungszuweisung an Lehrende und Lernende. Dabei liegen globale Verantwortung für politisches und ökonomisches (klimaschädliches) Handeln sowie effiziente Möglichkeiten der Überwindung in besonderem Maße bei Politik und Wirtschaft. Dies auszublenden, entpolitisiert das Problem der Klimakrise ebenso wie die gerade mit einer Klimaschutzpolitik zusammenhängenden Kontroversen, Zielkonflikte, Dilemmata und auch realen Ungleichheiten (Brosi 2021). Dabei zeigen die Ergebnisse der Mitte-Studie, wie relevant die kritische Beschäftigung mit klimapolitischen Zielen, Lösungsansätzen und deren Konsequenzen für die Wähler:innen ist, um diese nicht den Akteuren Rechtsaußen als Argumente gegen die Klimaschutzpolitik und gegen die Demokratie zu überlassen. Welche Ansatzpunkte und Möglichkeiten ergeben sich aus all dem für die politische Bildung?

12.6.1 Mit Solidarität gegen reale Ungleichheit (nicht nur) beim Klimaschutz

Politische Bildung und Politik, die für Solidarität mit Schwächeren und für die Expertise der Wissenschaft werben können, scheinen besonders zielführend zu sein, wenn es darum geht, Krisen insgesamt als Gesellschaft zu bewältigen und das Demokratievertrauen aufrechtzuerhalten. Dies unterstrichen bereits die Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/23 (Küpper/Sandal-Önal/Zick 2023). Allerdings zeigen sich die Wohlhabenderen – im Gegensatz zu denjenigen mit mittleren Einkommen – teilweise als ignoranter gegenüber dem Klimawandel wie auch gegenüber den Kosten (➟ Kap. 7), obwohl sie sich Klimaschutzmaßnahmen am ehesten leisten können. Dagegen ist es für die Ärmeren, die besonders unter der Klimakrise leiden (werden) und häufiger mit diversen Existenz- und Alltagssorgen zu kämpfen haben, besonders herausfordernd, sich zukunftsorientiert klimaprogressiv zu zeigen und zusätzliche Lasten des Klimaschutzes zu tragen. Ohne Solidarität werden sich die kostenintensiven Klimaschutzmaßnahmen für eine sozial-ökologische Transformation nicht umsetzen und das Klima und die Lebensgrundlagen sowie möglicherweise die Demokratie nicht retten lassen. Es muss ausgehandelt werden, wie eine sozial gerechte und auch solidarische Verteilung der Kosten aussieht. Ebenso muss Politik sich dahingehend professionalisieren, wirtschaftliches Handeln entlang wissenschaftlich fundierter, international konsensfähiger »Verzichte und Verbote« (Leppenies 2022) auf nationalstaatlicher Ebene zu regulieren beziehungsweise den Menschen diese »Verzichte und Verbote« verständlich zu vermitteln. Dass das Ozonloch schrumpft, ist ein nachhaltiger Erfolg des Verbots von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (World Meteorological Organization 2025). Mit der Klimakrise geht besonders dringlich die Frage einher, in welcher Gesellschaft wir – auch morgen noch – leben wollen, ökologisch, politisch, sozial und ökonomisch. Ob die Reichen und Mächtigen im Zuge gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse bereit sind, Eigeninteressen zu durchbrechen, um einen Anteil zu leisten, um Energiearmut oder Klimaleid der Nichtreichen zu verhindern und der jungen Generation einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen, ist schließlich ein Zeichen für die Verfasstheit unserer Gesellschaft. Solidarität scheint eine Grundlage dafür zu sein, dass der Klimaschutz nicht an den Strategien von Rechtsaußen scheitert. Die Einstellungen zum Klassismus verweisen allerdings bisher nicht unbedingt auf eine große gesellschaftliche Solidarität hin:

Obwohl die Einkommensstarken keinen »Sozialneid« nötig hätten, werten sie Langzeitarbeitslose, Empfänger:innen von Sozialhilfe und Bürgergeld sowie Obdachlose ebenso umfassend ab, wie es Einkommensschwächere tun. Besonders stark ist der Klassismus bei Befragten mit geringerer Bildung ausgeprägt, möglicherweise in dem Wissen, selbst zu den weniger Privilegierten zu gehören. Auffällig ist auch, dass gerade die jüngeren Befragten stärker als die älteren Klassismus zustimmen (➟ Kap. 4). Dies hängt möglicherweise auch mit den aktuellen Leistungs- und Konkurrenzlogiken zusammen. Darauf, dass diese unserer Demokratie gefährlich werden könnten, verweisen die Ergebnisse zum libertären Autoritarismus (➟ Kap. 6) wie auch zu den Einstellungen der Marktförmigen zur autoritären Schule (➟ Kap. 11). Die Förderung von Solidarität, und zwar nicht nur beim Klimaschutz, steht in der politischen Bildung im Zusammenhang mit der Forderung nach einer (globalen) Durchsetzung von Menschenrechten, demokratischer Haltung und Empathie (Gill 2023). Sie wird zu einer zentralen Bewertungskategorie von Politik (siehe unten politische Urteilsbildung) und hilft, Entsolidarisierungstendenzen, die sich auch bei Fragen zur Asyl-, Migrations-, Gleichstellungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zeigen und von Rechtsaußen befeuert werden, in Bildungsprozessen sichtbar zu machen und Alternativen aufzuzeigen, ohne dabei in Moralisierungsfallen zu tappen.

12.6.2 Menschen zum (Klima)Diskurs zusammenbringen: Infrastruktur politischer Bildung schaffen

Angebote der politischen Bildung zählen inzwischen zu den wenigen Orten und Räumen, wo Menschen mit verschiedenen Positionen und Lebenserfahrungen jenseits analoger oder digitaler Bubbles überhaupt noch von Angesicht zu Angesicht miteinander reden können oder müssen. Dabei geht es nicht zwingend darum, einen Konsens zu finden, sondern dass wir wieder lernen, miteinander zu sprechen, respektvoll, und eben nicht nur mit Gleichgesinnten in »*Safe Spaces*«, wie Meron Mendel und Saba-Nur Cheema sagen (➟ Kap. 4, Mittendrin). Es sind die wenigen Räume, wo demokratie- und menschenfeindliche Narrative sowie einfach Unwahrheiten und Lügen nicht stehenbleiben und reproduziert werden. Es sind die Räume, wo die Fähigkeit zu faktenbasierten, multiperspektivischen, konflikthaften Aushandlungsprozessen gefördert werden kann. Hier dürfen auch polarisierende und delegitimierende Emotionen zum

Ausdruck kommen, aber ihnen wird professionell begegnet. Gesellschaftlich benötigen wir mehr solcher Räume, am besten in Form einer gut und vielfältig aufgestellten Infrastruktur politischer Bildung, aber auch dort, wo die Menschen leben und viel Zeit verbringen. Neben der Schule sind dies der soziale Nahraum, Vereine und Verbände, Religionsgemeinschaften, soziale Jugend- oder Elternarbeit, aber auch Ausbildung, Arbeit, Unternehmen (vgl. den Beitrag zur politischen Bildung in der Mitte-Studie 2022/23; zu politischer Bildung in Unternehmen als eher neues Handlungsfeld: Becker 2025). Hier liegen Chancen, die Diskursräume politischer Bildung wie auch Demokratieerfahrungen auszubauen, indem politische Bildungsstrukturen integriert oder die dort Tätigen entsprechend als politische Bildner:innen professionalisiert werden. Eine Herausforderung stellt dabei besonders der ländliche Raum dar, weil er (mittlerweile) oft sehr viel weniger Möglichkeiten dieser Art bietet (➟ Kap. 8) oder die Diskurse dort schon von Rechtsaußen besetzt sind (Jugel/Hertel 2024). Da mittlerweile kaum noch Träger, Vereine, Institutionen, Unternehmen von Rechtsaußenangriffen gefeit sind, ist die »Ermöglichung demokratischen Handelns« in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen eine echte Demokratieförderung.

12.6.3 Rechtsaußennarrative »spielend« entzaubern

Gute Bildungssettings leben von Widersprüchlichkeiten. Insbesondere auf Basis der Klimaforschung kann die politische Bildung mit zahlreichen überzeugenden Fakten arbeiten: Die Folgen des Klimawandels kosten sechsmal so viel wie der Klimaschutz, wirken sich negativ auf die Wertschöpfung, die Konsummöglichkeiten und den Schuldenstand aus, die Zahl der Hitzetoten wächst, und 2024 gehörte Deutschland zu den am stärksten betroffenen Ländern europaweit (➟ Kap. 7). Insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mögen Irritationen klimaskeptischer Positionen im Rahmen didaktischer Arrangements mit Rollenübernahmen, Plan- und Entscheidungsspielen, Szenariotechniken subtiler und erfolgreicher sein, weil erst einmal gar nicht die eigene, möglicherweise klimaregressive Überzeugung adressiert wird. Im Zentrum stehen zunächst ein »gutes Produkt«, eine »gute Performance« oder einfach Spaß. Im Reflektieren dessen liegt die Chance, auf kognitive Dissonanzen zu stoßen, rechtspopulistische Narrative wie vom »Klimaschwindel« infrage zu stellen und differenzierte Urteilsbildungsprozesse zu

aktivieren. Das simulative Handeln kann schließlich auf reales politisches Handeln vorbereiten.

12.6.4 De-Instrumentalisierung von Grundwerten: Mit politischer Urteilskompetenz reale Lebenslagen erfassen und emotionale Polarisierung versachlichen

Politische Bildung setzt an den Lebenslagen an. Im Zentrum stehen reale Verteilungsfragen, Gerechtigkeitsdefizite und die Dringlichkeit ihrer politischen Bearbeitung. Hier liegt die Chance, Freiheits- und Gerechtigkeitsfragen von symbolischer Überlagerung und Polarisierung freizulegen und möglicherweise Vertrauen in demokratische Politik wiederherzustellen. Dabei müssen gerade Kontroversen und (Ziel-)Konflikte, die mit Klimaschutzmaßnahmen und nachhaltiger Entwicklung einhergehen, zugelassen und in einem offenen Rahmen diskutiert und so politische Urteilskompetenz gefördert werden (Achour/Overwien/Schmidt 2025 i. E.). Förderung von Urteilsfähigkeit heißt konkret (Massing 2020; Detjen et al. 2012), dass politische Bildung Diskussionen entlang verschiedener politischer Bewertungskategorien wie Legitimität (Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Zukunftsfähigkeit etc.) und Effizienz (Leistungsfähigkeit, Kosten etc.) gestaltet. Diese Kategorien werden reflektiert und transparent gemacht und sollten gerade um jene ergänzt werden, die vernachlässigt werden, um so den Diskurs – wieder – zu versachlichen. Ebenfalls motiviert politische Bildung zur Übernahme anderer Perspektiven als der eigenen, um die Standortgebundenheit zum Beispiel über Werte, politische Positionierungen oder sozioökonomische Ressourcen der anderen als legitim anzuerkennen, in die Bewertung von Politik einzubeziehen und möglicherweise Empathie zu motivieren. Das emotionale und negativ aufgeladene Framing zur Abwehr von Klimaschutz durch Polarisierungsakteure in Kombination mit der Besetzung zentraler Urteilskategorien der politischen Bildung verhindern eine wissenschaftsbasierte, lösungsorientierte, gesellschaftliche Auseinandersetzung. Diese ist aber die Grundlage für eine als gerecht wahrgenommene Entscheidungsfindung, die zu einer als effizient und legitim bewerteten (Klimaschutz-)Politik führen kann. Menschen, die die Kompetenz zu politischen Urteilen besitzen, erkennen schließlich die Instrumentalisierung von politischen Bewertungskategorien. Die – im Prinzip ganz klassische – Förderung politischer Urteilskompetenz ist ein Schutzschild gegen die Vereinnahmung von Rechtsaußen

12.6.5 Handlungskompetenz und Selbstwirksamkeit anstatt politischer Machtlosigkeit

Fast zwei Drittel der Befragten meinen, dass sie keinen (42 %) beziehungsweise nur teilweise (23 %) Einfluss auf das haben, was die Regierung tut. Über 40 % halten es für voll und ganz (21 %) beziehungsweise teilweise sinnlos, sich politisch zu engagieren. Das heißt, große Teile der Befragten empfinden sich als politisch machtlos (➟ Kap. 5). Politische Bildung qualifiziert für Aushandlungs- und Mitbestimmungsprozesse, sie eröffnet diese und zeigt, wie Nachhaltigkeitsziele entlang globaler politischer Maßnahmen, wirtschaftlicher Veränderungen und persönlicher Konsum- und Verhaltensanpassungen erreicht werden können. Insbesondere die daraus entstehenden Dilemmata und Zielkonflikte eröffnen für die politische Bildung besondere Lerngelegenheiten, um politisches Handeln zu begleiten und Selbstwirksamkeit zu fördern – wie zum Beispiel die Bürgerbeteiligung bei der Energiewende. Insofern lässt sich die Forderung der Befragten der Mitte-Studie nach mehr Bürgerbeteiligung als eindeutiger politischer Appell im Rahmen von Klimaschutzpolitik verstehen (➟ Kap. 7). Gerade in krisenhaften Zeiten – nicht zuletzt mit Blick auf die geforderte Aufarbeitung der Coronapandemie (➟ Kap. 9) – müssen Menschen an Entscheidungen besser beteiligt werden. Politische Bildung befähigt dafür in ihrer ganz klassischen Funktion mit der Förderung von Urteils- und Handlungsfähigkeit, dem Wahrnehmen von Interessen und Bedarfen. Wenn das Vertrauen in die Demokratie und die Demokratie selbst nicht kippen sollen, sind insbesondere die Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25 ernst zu nehmen, die darauf verweisen, dass es eine politische Bildung zur Stärkung von Selbstwirksamkeit und Mündigkeit der Menschen braucht und eben nicht (nur) Prävention ihres möglichen Fehlverhaltens bezüglich verschiedener »Ismen«.

Glossar statistischer und methodischer Begriffe

*****/**/*** Sternchen in Tabellen, Abbildungen oder im Text drücken das Signifikanzniveau nach statistischen Tests aus. Damit wird die Wahrscheinlichkeit angegeben, mit der sich die Forscher:innen irren, wenn sie von den gefundenen Ergebnissen auf die Grundgesamtheit schließen, die in der Mitte-Studie der volljährigen Wohnbevölkerung in Deutschland entspricht. Bei einem statischen Test wird der p-Wert mit dem festgelegten Signifikanzniveau verglichen, um zu bestimmen, ob ein Zusammenhang, Effekt oder Unterschied überzufällig ist. Wenn der p-Wert kleiner ist als das Signifikanzniveau, ist das Ergebnis statistisch signifikant. Üblicherweise wird ein Signifikanzniveau beziehungsweise eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,1 % (***), 1 % (**) oder 5 % (*) festgelegt. Je kleiner die Irrtumswahrscheinlichkeit, desto bedeutsamer sind die gefundenen Ergebnisse für die Grundgesamtheit. ➟ Signifikanz.

CATI (Computer Assisted Telephone Interview) Befragungsmethode, bei der computerunterstützte Interviews per Telefon durchgeführt werden. Dabei lesen Interviewer:innen die Fragen vom Bildschirm ab und geben die Antworten am Computer ein, sodass die Daten direkt in digitalisierter Form vorliegen.

Chi²-Test Der Test prüft, ob zwei kategoriale oder nominale Variablen statistisch unabhängig voneinander sind beziehungsweise ob ein gefundener Unterschied zufällig ist oder nicht. Dazu wird ein Vergleich zwischen theoretisch erwartbaren und den beobachteten Häufigkeitsverteilungen vorgenommen. Der Test macht dabei keinen Unterschied zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen.

Cronbachs Alpha (α) Koeffizient, der Auskunft über die interne Konsistenz eines Messinstruments gibt, das heißt ausdrückt, wie zuverlässig eine Gruppe von Items das gleiche ➟ latente Konstrukt misst. Der Alpha-Koeffizient berechnet sich aus der ➟ Korrelation zwischen den Items und kann, wie auch der Korrelationskoeffizient, Werte zwischen -1 und +1 annehmen. Ein negatives Cronbachs Alpha wäre allerdings ein Hinweis darauf, dass Items in die Skala aufgenommen wurden, die zum Beispiel etwas Gegensätzliches messen oder umgekehrt gepolt sind. Alpha-Werte über 0,7 gelten als akzeptabel oder zufrie-

denstellend. Alpha-Werte über 0,9 können hingegen ein Hinweis auf redundante Items sein. Dabei ist der Alpha-Koeffizient auch von der Anzahl der Items abhängig. Je mehr Items verwendet werden, umso höher fällt der Wert in der Regel aus. Bei inhaltlich nahezu identischen Items ist eine isolierte Betrachtung des Koeffizienten nur bedingt sinnvoll, wenn diese lediglich eine schmale Bandbreite des Konstrukts messen und im Grunde Gleiches erfassen. Siehe auch ➟ Reliabilität.

Faktorenanalyse, explorativ Ein statistisches Verfahren zur Zusammenfassung mehrerer, direkt gemessener und korrelierender Variablen in wenige Dimensionen beziehungsweise Faktoren, die die Zusammenhänge zwischen den Variablen beeinflussen, möglichst gut erklären und inhaltlich interpretierbar machen sollen. Faktoren sind latente – nicht direkt beobachtbare – Konstrukte, die das Gemeinsame der zu ihnen gehörenden, korrelierenden Variablen erklären und eine Ursache für die Korrelation zwischen den Variablen bilden. Die Regression einer Variablen mit dem Faktor nennt man Faktorladung (–1 bis +1). Dem Betrag nach hohe Faktorladungen geben an, welche Variablen einen Faktor prägen und welchem Faktor eine Variable zugeordnet werden kann. Die Faktorenladungen werden entsprechend auch zur Interpretation einer Faktorenlösung herangezogen. Bei der technischen Durchführung einer explorativen Faktorenanalyse werden die Faktoren induktiv aus dem Datensatz extrahiert. Wie viele Faktoren extrahiert werden, ist nicht nur eine empirische, sondern auch eine theoretische Frage. Dabei wird der Eigenwert des Faktors berücksichtigt und wie viel Varianz der Variablen durch den gemeinsamen Faktor erklärt wird. Für die explorative Faktorenanalyse existieren unterschiedliche Methoden der Berechnung (Extraktion) von Faktoren. Meist werden die sogenannte Hauptkomponentenanalyse oder die Hauptachsenanalyse als Extraktionsmethoden genutzt. Zur besseren Interpretierbarkeit explorativer Faktorenlösungen wird zudem häufig eine Rotation durchgeführt, die zu einer prägnanteren Verteilung der Faktorladungen auf den extrahierten Faktoren führt. Auch für die Rotation stehen unterschiedliche Verfahren zur Auswahl.

Faktorenanalyse, konfirmatorisch Die konfirmatorische Faktorenanalyse setzt ein theoretisches Modell voraus, wobei vor der Berechnung die Anzahl der Faktoren festgelegt und die Variablen eindeutig den einzelnen Faktoren zuge-

ordnet werden. Die Überprüfung der Modellannahmen erfolgt über die empirischen Varianzen und Kovarianzen der dem Modell zugrunde liegenden Variablen, die mit den geschätzten, das heißt den modellimplizierten Varianzen und Kovarianzen verglichen werden. Anhand statistischer Informationskriterien, sogenannter Gütemaße, kann aus diesem Vergleich abgeleitet werden, wie gut das aufgestellte Modell zu den empirischen Daten passt. ➟ Strukturgleichungsmodell.

F-Test Der Test prüft, ob sich die Abweichungen vom Mittelwert oder die Varianzen einer Variable in zwei unabhängigen Stichproben signifikant voneinander unterscheiden. F-Tests finden oft Anwendung, um die Annahme der Varianzgleichheit bei t-Tests für unabhängige Stichproben oder bei Varianzanalysen (ANOVA) zu prüfen. ➟ Varianzanalyse.

Item Methodische Bezeichnung für eine einzelne Frage, Aussage oder Aufgabe in einem Fragebogen, die von einer Person konkret bearbeitet wird. In der Regel werden mehrere Items genutzt, um ein ➟ Konstrukt zu messen, beispielsweise eine positive oder negative Einstellung gegenüber einer sozialen Gruppe, einem Merkmal, einer Situation oder Vorstellung, zu der die Befragten meist auf einer mehrstufigen Antwortskala ihre Ablehnung oder Zustimmung angeben sollen. Unterschiedliche Items können unterschiedlich schwierig zu beantworten sein. Ein Item ist umso schwieriger, je weniger oder seltener Personen es beantworten, und umso leichter, je mehr oder häufiger Personen diesem etwa zustimmen. Für die Güte einer Skala kann es sich als sinnvoll erweisen, Items unterschiedlichen Schwierigkeitsgrads einzusetzen, um die Unterschiede zwischen den Personen bestmöglich zu erfassen.

Indikator Eine beobachtbare, manifeste ➟ Variable, die herangezogen wird, um ein nicht direkt messbares, ➟ latentes Konstrukt zu erfassen.

Korrelation Bezeichnung für Zusammenhänge zwischen Variablen oder Konstrukten. Meist sind damit sogenannte Produkt-Moment-Korrelationen nach Pearson gemeint, die einen linearen Zusammenhang von intervall- oder metrisch skalierten Variablen prüfen. Wie eng ein solcher Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen ist, gibt der Korrelationskoeffizient r an, der einen Wert

zwischen -1 und +1 annehmen kann. Der Wert -1 zeigt einen perfekt negativen, der Wert +1 einen perfekt positiven Zusammenhang an. Der Wert 0 zeigt an, dass kein Zusammenhang vorliegt. Positive Korrelationen zeigen an, dass die Werte beider Variablen tendenziell gemeinsam ansteigen, sprich je höher (oder niedriger) die Ausprägung der Variable a ist, desto höher (oder niedriger) ist sie bei der Variable b. Umgekehrt zeigen negative Korrelationen an, dass die Werte der einen Variable tendenziell ansteigen, wenn die Werte der anderen Variablen absinken. Je höher die Ausprägung bei Variable a, desto niedriger ist sie bei Variable b. Eine Korrelation gibt Auskunft über die Stärke und Richtung des Zusammenhangs zwischen zwei Variablen a und b. Wenn die Werte der Variablen a und b unabhängig voneinander sind, dann liegt kein Zusammenhang vor. Dabei ist von einer Korrelation nur auf die Grundgesamtheit (hier: Wohnbevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren) zurückzuschließen, wenn diese statistisch signifikant ist. Ein signifikanter Korrelationskoeffizient sollte darüber hinaus auch praktisch bedeutsam sein. ➟ Signifikanz.

Konstrukt, latentes Ein psychisches oder soziales Phänomen, das selbst nicht direkt beobachtbar (manifest) ist, aber aus empirisch gemessenen ➟ Indikatoren und deren Ausprägungen erfasst werden kann. ➟ Faktorenanalyse.

Mittelwertskala Eine Zusammenfassung von Items – die gemeinsam ein ➟ latentes Konstrukt bilden beziehungsweise eine Dimension davon messen – zu einer ➟ Skala, indem alle Einzelwerte der Skala summiert und durch die Anzahl der Werte geteilt werden. Eine Mittelwertskala hat denselben Wertebereich wie die Einzelitems. Wenn diese jeweils von 1 bis 5 reichen, liegt auch die Mittelwertskala zwischen 1 und 5. Zudem kann eine Mittelwertskala auch dann berechnet werden, wenn einzelne Antworten fehlen.

Prozent, gültige Geben den Anteil gültiger Fälle an, also die Befragten, bei denen bezogen auf ein ➟ Item oder ein ➟ Konstrukt vollständige Antworten vorliegen. Nicht berücksichtigt werden dabei Personen, die etwa mit »weiß nicht« geantwortet oder keine Angabe gemacht haben, ebenso wie alle Fälle, bei denen aufgrund einer Zusammenfassung von Items (➟ Mittelwertskala) keine vollständigen Antworten vorliegen oder auch, weil Befragten im ➟ Split-Design ein Teil der Fragen nicht zur Beantwortung vorgelegt wurde.

Quasi-intervallskaliert Jede Variable kann einem bestimmten Skalenniveau zugeordnet werden, das darüber Auskunft gibt, welche Eigenschaften und welchen Informationsgehalt die Variablen haben. Dies bestimmt wiederum, welche Rechenoperationen und statistischen Tests mit den Variablen zulässig sind. Dabei haben metrische Werte den höchsten Informationsgehalt und erlauben die meisten Vergleichsaussagen und statistischen Berechnungen, wie Korrelations- und Regressionsanalysen. Als metrische Werte werden Werte bezeichnet, die mindestens intervallskaliert sind. Intervallskaliert bedeutet, dass der Abstand zwischen den Werten als gleich groß angenommen werden kann. Ein weitverbreitetes Problem in der Sozialforschung ist jedoch, dass nur sehr wenige Variablen tatsächlich intervallskaliert sind und viele Variablen streng genommen nur ordinalskaliert sind, das heißt zwar eine Abstufung der Antworten ermöglichen, aber keine Aussagen über die absoluten Abstände zwischen den Werten. Daher kann auch nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass die Befragten die Abstände zwischen den einzelnen Antwortkategorien immer als gleich auffassen. Zur Messung von Einstellungen erlauben sogenannte Likert-Skalen, die aus mehreren Aussagen in Folge bestehen, denen die Befragten auf einer – hier in der Regel fünfstufigen – Antwortskala mehr oder weniger zustimmen oder die sie ablehnen können, die Werte der Skala so zu behandeln, als ob die Abstände der Skalierung gleich groß seien ➟ Skalenindex. In der Forschungspraxis gilt dieses Skalenniveau als quasi-intervallskaliert.

Randomisierung Zufällige Aufteilung von Befragten auf verschiedene Untersuchungsgruppen oder auch zufällige Anordnung von ➟ Items. Durch die Randomisierung wird die Wahrscheinlichkeit von Interviewabbrüchen und einer Verzerrung des Antwortverhaltens verringert, wie es etwa durch ➟ Reihenfolgeeffekte entstehen kann.

Regression, linear Oberbegriff für die Berechnung von Regressionsgleichungen, -geraden und -koeffizienten, die zur Erklärung und Vorhersage der Ausprägungen einer abhängigen Variable (Kriteriumsvariable) aufgrund der Ausprägungen einer oder mehrerer unabhängiger Variablen (Prädiktorvariablen) genutzt werden. Die Grundidee ist, dass die unabhängigen Variablen erklären, warum die Werte in der abhängigen Variable variieren. Die vermutete Beziehung zwischen den Variablen ist linear. Dabei können mit Hilfe von Regressionsana-

lysen Aussagen über Ursachen- und Wirkungszusammenhänge getroffen werden. Die Regression zeigt den gerichteten Einfluss eines An- oder Abstiegs der Prädiktorvariablen auf die Kriteriumsvariable an und testet diesen auf die statistische Signifikanz. Demgegenüber gibt eine ➟ Korrelation erst mal nur an, inwieweit zwei Variablen zusammenhängen. Jedoch sind Korrelations- und Regressionsanalysen eng miteinander verknüpft, da eine Erklärung oder Vorhersage von Prädiktorvariablen auf eine Kriteriumsvariable nur sinnvoll ist, wenn die betreffenden Variablen signifikant miteinander korrelieren.

Reihenfolgeeffekte Können bei Vorlage mehrerer Fragen und Antwortmöglichkeiten auftreten und zur Verzerrung der Ergebnisse führen. Dabei haben die Position, Reihenfolge sowie der Kontext der gestellten Fragen und Items in einem Fragebogen einen Einfluss auf die Interpretation und Bewertung seitens der Befragten. Um dies zu verhindern, können die Fragen randomisiert oder in einem Split (Zufallsauswahl aus der Stichprobe) variiert werden. ➟ Randomisierung.

Reliabilität Zentrales Gütekriterium sozialwissenschaftlicher Messungen, das allgemein die Zuverlässigkeit angibt, mit der ein Erhebungsinstrument zum Beispiel Einstellungen misst (interne Konsistenz). Zuverlässig ist die Messung dann, wenn sie auch in anderen Befragungen unter gleichen Bedingungen das gleiche Messergebnis erzielt. Einstellungen, wie sie in der vorliegenden Studie gemessen wurden, sind mittels einer einzigen Frage schlecht präzise messbar. Daher werden in der Regel ➟ Skalen und Indizes aus mehreren Items benutzt, die Einstellungen besser abbilden können. Ein Standardmaß zur Bestimmung der Reliabilität von Skalen ist ➟ Cronbachs Alpha (α). Bei Kurzskalen, die nur zwei Items einschließen, wird die Split-Half-Reliabilität (r_{tt}) angegeben. Bei diesem statistischen Test werden die Items respektive Skala zufällig in zwei parallele Hälften geteilt und ermittelt, wie stark die Antworten der Befragten miteinander korrelieren.

Signifikanz Wenn sich zwei Gruppen in ihrem Antwortverhalten augenscheinlich unterscheiden, ist dieser Zusammenhang nicht zwangsläufig auch statistisch bedeutsam. Statistische Tests prüfen dazu, mit welcher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass die Unterschiede beziehungsweise Zu-

sammenhänge tatsächlich bestehen und nicht nur zufällig bestehen. Um einen Zusammenhang als signifikant zu bezeichnen, soll die Wahrscheinlichkeit, dass kein Zusammenhang besteht, möglichst gering sein. Diese Irrtumswahrscheinlichkeit p liegt dann unterhalb eines festgelegten Signifikanzniveaus (➡ ***/**/*). Ist ein Unterschied mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit signifikant, darf für den Zusammenhang auf die zugrunde liegende Grundgesamtheit in der Bevölkerung geschlossen werden. Die Wahrscheinlichkeitsberechnungen sind dann sinnvoll, wenn die Repräsentativität der Stichprobe gegeben ist, was in den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährleistet ist. Je nach Art des Unterschiedes (zum Beispiel Mittelwerte, Häufigkeiten, Korrelationen oder Regressionen) wird die statistische Signifikanz mit unterschiedlichen Testverfahren berechnet.

Split-Design Eine strukturelle Randomisierung im Fragebogen, die es ermöglicht, verschiedene Teile eines Fragebogens jeweils nur einer zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten vorzulegen, um bei durchschnittlich gleicher Befragungsdauer eine größere Anzahl an Fragen zu integrieren und diese auf die Stichprobe zu verteilen. Diese Randomisierung hat den Nachteil, dass die statistischen Analysen der verschiedenen Teile des Fragebogens nicht verbunden werden können und auf einer kleineren Anzahl an Befragten basieren.

Skala/Index Zusammenführung mehrerer Einzelitems zu einer einzigen Variablen, von der aufgrund von Faktoren- und Reliabilitätsanalysen angenommen werden kann, dass sie ein ➡ latentes Konstrukt abbildet. Skalen und Indizes können multiplikativ über die Berechnung von Mittelwerten (➡ Mittelwertskala) oder additiv über die Aufsummierung der Werte aller Items (➡ Summenskala) gebildet werden. Eine Skala bildet dabei typischerweise eine einzelne Dimension ab, wohingegen ein Index mehrere Dimensionen eines Konstrukts umfasst. Die Zusammenführung der Werte bietet zuverlässigere Informationen als einzelne ➡ Items, da Einflüsse zufälliger Messfehler ausgeglichen werden. Dazu erlaubt insbesondere der Einsatz einer Likert-Skala die Messung einer Einstellung aus Items mit gleichen Charakteristika, wie einer 5-stufigen Antwortvorgabe, gleichen Abständen zwischen den Antwortkategorien und gleicher Zielsetzung der Operationalisierung. Die entsprechenden

Likert-Items repräsentieren dabei unterschiedliche Intensitäten des gemessenen Merkmals.

Stichprobenneutrale Ausfälle Bei stichprobenneutralen Ausfällen handelt es sich um eine (neutrale) Bereinigung des Samples, die im Gegensatz zu Abbrüchen oder Verweigerungen von Interviews keine Verzerrung der Stichprobe zur Folge hat. Stichprobenneutrale Ausfälle sind bei einer telefonischen Befragung Einheiten, die aufgrund des zufälligen Generierens von Telefonnummern angewählt wurden, jedoch nicht zur relevanten Zielpopulation gehören, da beispielsweise die Nummern nicht vergeben oder erreichbar waren.

Strukturgleichungsmodell Mithilfe dieser Technik können zuvor theoretisch hergeleitete Beziehungen zwischen verschiedenen abhängigen und unabhängigen ➟ Variablen empirisch getestet werden. Strukturgleichungsmodelle stellen dabei eine Verbindung von ➟ Faktoren- und Regressionsanalyse dar. Damit lässt sich gleichzeitig die Faktorenstruktur der zugrunde liegenden ➟ Items und die Beziehungen zwischen den Faktoren (➟ latente Konstrukte) überprüfen. Dem Strukturgleichungsmodell liegt ein lineares Gleichungssystem zugrunde, welches über bestimmte Schätzverfahren mit speziellen Computerprogrammen gelöst wird. Die Modellierung und die Ergebnisse können zusätzlich grafisch in einem sogenannten Pfaddiagramm angezeigt werden. Anhand statistischer Kennwerte kann dann beurteilt werden, wie gut das aufgestellte theoretische Modell zu den empirischen Daten passt (Modellfit).

Summenskala Eine Zusammenfassung von Items – die gemeinsam ein ➟ latentes Konstrukt bilden oder eine Dimension davon messen – zu einer ➟ Skala über die Addition aller Antworten zu den Items. Dadurch erweitert sich der Wertebereich der Skala vom Produkt der Anzahl der Items und deren geringster Ausprägung bis zu deren höchster Ausprägung. Wenn zum Beispiel drei Items, die einzeln Werte von 1 bis 5 abbilden, zu einer Summenskala zusammengefasst werden, erstreckt sich deren Wertebereich von 3 bis 15.

Validität Gültigkeit einer Messung, die angibt, in welchem Maße durch ein Erhebungsinstrument inhaltlich tatsächlich das gemessen wird, was gemessen werden soll. Dabei bedeutet beispielsweise, dass eine hohe ➟ Reliabilität nicht

zwangsläufig auch eine gute Validität der Messung ist, wenngleich beides zentrale Gütekriterien sozialwissenschaftlicher Messungen sind. Die Validität kann auf drei verschiedene Weisen bestimmt werden: als Inhaltsvalidität, Kriteriumsvalidität und Konstruktvalidität. Zur Prüfung der Inhaltsvalidität wird für die Messung von sozialen Einstellungen und politischen Ideologien, wie es in den Mitte-Studien umgesetzt wird, insbesondere die Formulierung und Evidenz der ➟ Items näher betrachtet. Oftmals geht dies im ersten Schritt auf eine Einschätzung von Expert:innen in dem Fach- oder Forschungsbereich zurück. Nach der Datenerhebung wird die inhaltliche und auch interne Validität der Items mittels ➟ Faktorenanalyse auf die für sie angenommene Eindimensionalität geprüft, also ob die Items einen Faktor substanziell erfassen. Die Kriteriumsvalidität bezieht sich wiederum auf externe Einflüsse und Aspekte, von denen angenommen wird, dass sie mit dem zu messenden Einstellungsmerkmal mehr oder minder stark zusammenhängen. Dies kann unter anderem die Überprüfung erwarteter Unterschiede im Antwortverhalten bestimmter Personengruppen bedeuten, vor allem aber auch die Bestimmung von ➟ Korrelationen zu anderen, manifesten Merkmalen und Konstrukten, die eine inhaltliche Nähe zum validierenden Messinstrument haben können. Beispielsweise dürften hier rechtsextreme Einstellungen mit einer deutlichen Präferenz der Befragten für die Wahl einer rechten Partei einhergehen. Besteht ein eindeutiger Bezug der interessierenden Einstellungen zu theoretisch bedeutsamen Facetten eines Konstrukts, kann dies zudem als Bestätigung für Konstruktvalidität angesehen werden. Statistisch geprüft wird dabei, ob die Items einer ➟ Skala die latente Dimension oder das latente Konstrukt erfassen, welche/s auch theoretisch als relevant erachtet wird. ➟ Strukturgleichungsmodell.

Variable Allgemeine Bezeichnung für ein bestimmtes Merkmal, das bei Untersuchungseinheiten verschiedene Ausprägungen annehmen kann. Sie ist das, was gemessen wird. Manifeste Variablen können empirisch durch eine Frage oder Beobachtung direkt operationalisiert beziehungsweise festgestellt werden (z. B. Alter oder Geschlecht). Latente Variablen sind nicht direkt beobachtbar und schätzen ein zugrunde liegendes, unbeobachtetes ➟ Konstrukt (z. B. Einstellungen oder theoretische Konzepte). Sie sind auch ein alternativer Begriff zu Faktoren in der ➟ Faktorenanalyse.

Varianzanalyse Verfahren zur Überprüfung von Mittelwertunterschieden zwischen Gruppen, bei denen die Ausprägungen einer oder mehrerer unabhängiger Variablen im Hinblick auf eine oder mehrere (mindestens intervallskalierte) abhängige Variable(n) verglichen werden. Wenn die untersuchten Gruppen voneinander unabhängig sind, also wenn zum Beispiel nicht die gleiche Gruppe wiederholt befragt wurde oder ein Experiment durchlaufen hat, wird eine Varianzanalyse für unabhängige Stichproben durchgeführt. Damit könnte hier beispielsweise der Einfluss der unabhängigen Variable Bildung mit den Abstufungen niedrig, mittel und hoch auf die abhängige Variable rechtsextremer Einstellungen untersucht werden. Als Ergebnis würde angegeben werden, ob statistisch signifikante Unterschiede zwischen den drei Bildungsgruppen vorliegen und wie viel Prozent der Streuung der Einstellungsvariable um den Mittelwert durch die unabhängige Variable erklärt werden kann (Varianzaufklärung).

Zufallsstichprobe Nach Zufallsprinzipien gezogene Stichprobe auf Basis von Vollständigkeit der Auswahlgrundlage aller Einheiten, sodass die einzelne Wahrscheinlichkeit, aus der Grundgesamtheit in die Stichprobe gezogen zu werden, gleich oder zumindest bekannt ist.

Literaturverzeichnis

Achour, Sabine (2023). Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 355–376). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Achour, Sabine/Buresch, Elke/Eikel, Angelika/Reitschuster, Reinhold/Schröder, Eva/Töreki, Christian (2020). *Orientierungs- und Handlungsrahmen für das übergreifende Thema Demokratiebildung*. Ludwigsfelde: Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg.

Achour, Sabine/Denk, Albert/Girnus, Luisa (2025, i. E.). *Rechtspopulistische und rechtsextreme Interventionen im Naturschutz. Handreichung für Funktionstragende in Umweltverbänden*. Bonn: Bundesamt für Naturschutz.

Achour, Sabine/Overwien, Bernd/Schmidt, Jonas (2025, i. E.). BNE, politische Bildung und Demokratiebildung – Querschnittsaufgaben: Was sie trennt und was sie eint. In: Carrapatoso, Astrid/Bergmüller-Hauptmann, Claudia/Inkermann, Nilda/Kenner, Steve/Reinhardt, Volker (Hg.), *Handbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Frankfurt am Main.

Achour, Sabine/Schmitz, Hagen (2025). Demokratiebildung in der postnationalsozialistischen Gesellschaft. In: Achour, Sabine/Sieberkrob, Matthias/Pech, Detlef/Zelck, Johanna/Eberhard, Philip (Hg.), *Demokratiebildung und Fachdidaktik* (Bd. 1, S. 113–126). Frankfurt am Main: Wochenschau.

Achour, Sabine/Sieberkrob, Matthias/Pech, Detlef/Zelck, Johanna/Eberhard, Philip (2025). *Handbuch Demokratiebildung und Fachdidaktik* (Bd. 1). Frankfurt am Main: Wochenschau.

Adler, Paul S. et al. (2023). Authoritarianism, Populism, and the Global Retreat of Democracy: A Curated Discussion. *Journal of Management Inquiry 32(1)*, S. 3–20.

Adorno, Theodor W. (2024[1971]). *Erziehung zur Mündigkeit: Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969* (Aufl. 29). Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Aktion Mensch e. V. (2025). *Aktion Mensch-Umfrage: Mehrheit der Menschen mit Behinderung wurde in den letzten Jahren diskriminiert* (Pressemitteilung 13.8.2025). https://www.mynewsdesk.com/de/aktion-mensch-ev/documents/pressemitteilung-aktion-mensch-umfrage-zu-diskriminierung-punkt-pdf-450230 [Aufruf am 7.9.2025].

Alexander, Amy C./Inglehart, Ronald F./Welzel, Christian (2016). Emancipating Sexuality: Breakthroughs into a Bulwark of Tradition. *Social Indicators Research 129(2)*, S. 909–935.

Alexander, Amy C./Welzel, Christian (2017). The Myth of Deconsolidation: Rising Liberalism and the Populist Reaction (ILE Working Paper Series, No. 10). Hamburg: University of Hamburg, Institute of Law and Economics.

Altemeyer, Bob (1996). *The authoritarian specter*. Cambridge: Harvard University Press.

Amadeu Antonio Stiftung (2024). *(R)echte Männer und Frauen – Analysen zu Geschlecht und Rechtsextremismus*. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/06/Echte-Maenner-Netz-FINAL.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Amadeu Antonio Stiftung (2025). *Soziale Arbeit im #OnlineRealLife – Digital Streetwork von A bis Z*. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/02/DigitalStreetwork_AbisZ_web.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.

an der Heiden, Matthias et al. (2025). *RKI-Wochenbericht zur hitzebedingten Mortalität (Stand: Kalenderwoche 30/2025 (21.7. bis 27.7.2025)*. https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/12878/RKI-Wochenbericht_Hitzemortalit %c3 %a4t_KW30_2025-08-07.pdf?sequence=1&isAllowed=y [Aufruf am 7.8.2025].

Arbeit und Leben (2023). *EMOTIONEN im Raum*. https://www.arbeitundleben.eu/fileadmin/user_upload/downloads/HR2023-web.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Arndt, Susan (2011). »Rasse«. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk* (S. 660–664). Münster: Unrast-Verlag.

Arnold, Sina/Kiefer, Michael (2024). Instrumentalisierte Feindschaften. Antisemitismus unter Muslimen und antimuslimischer Rassismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte 74(25–26)*, S. 25–30.

Arzheimer, Kai (2012). Working Class Parties 2.0? Competition between Centre Left and Extreme Right Parties. In: Rydgren, Jens (Hg.), *Class politics and the radical right* (S. 75–90). London: Routledge.

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024). *Bildung in Deutschland 2024. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu beruflicher Bildung*. Bielefeld: wbv Publikation.Babka von Gostomski, Christian/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 5* (S. 102–128). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Backhaus, Insa/Kino, Shiho/La Torre, Giuseppe/Kawachi, Ichiro (2019). Right-wing populism and self-rated health in Europe: a multilevel analysis. *Journal of Epidemiology and Community Health 73(12)*, S. 1116–1121.

BAG W – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2025). *Gewalt gegen und unter Wohnungslosen in Deutschland, seit 1989*. https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/STA/STA_25_Gewalt_seit1989_Mai2025pdf.pdf [Aufruf am 8.8.2025].

Baier, Dirk/Krieg, Yvonne/Kliem, Sören (2022). Rechtsextreme Gewalt im Jugendalter. In: Milbradt, Björn/Frank, Anja/Greuel, Frank/Harding, Maruta (Hg.*), Radikalisierung im Jugendalter: Phänomene, Herausforderungen, Prävention* (S. 265–278). Opladen: Barbara Budrich.

Bangel, Christian (2022). #baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten. *Aus Politik und Zeitgeschichte 72(49–50)*, S. 4–9.

Bauer, Mareike F./Rösch, Viktoria (2023). Self-Care, Mental Health und Antifeminismus – visuelle Strategien antifeministischer Influencerinnen auf TikTok und Instagram. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Wissen schafft Demokratie* (Bd. 14: Netzkulturen und Plattformpolitiken, S. 60–77). Jena: IDZ.

Baviskar, Siddhartha/Malone, Mary Fran T. (2004). What Democracy Means to Citizens — and Why It Matters. *Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe/ European Review of Latin American and Caribbean Studies (76)*, S. 3–23.

Becker, Helle (2025). Politische Bildung in und mit Unternehmen. Ein neues Handlungsfeld? *Außerschulische Bildung 57(3)*, S. 52–56.

Becker, Rolf/Gilgen, Sandra/Anhalt, Elmar (2024). Bildungsvorstellungen im sozialen Wandel – eine Kohortenanalyse für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1958 bis 2018*. In: Hochman, Oshrat/Stanciu, Adrian/Hadjar, Andreas (Hg.), *40 Jahre ALLBUS – Die deutsche Gesellschaft im Wandel* (S. 15–51). Wiesbaden: Springer VS.

Beelmann, Andreas (2020). A Social-Developmental Model of Radicalization: A Systematic Integration of Existing Theories and Empirical Research. Inter*national Journal of Conflict and Violence 14(1)*, S. 1–14.

Behrens, Rico/Besand, Anja/Breuer, Stefan (2021). *Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Beierlein, Constanze/Kovaleva, Anastassyi/László, Zsuzsa/Kemper, Christoph/Rammstedt, Beatrice (2015). *Kurzskala zur Erfassung der Allgemeinen Lebenszufriedenheit (L-1)*. Mannheim/Köln: GESIS – ZIS.

Berg, Anne Espeland/Jungblut, Jens/Ravik Jupskås, Anders (2023). We Don't Need No Education? Education Policies of Western European Populist Radical Right Parties. *West European Politics 46(7)*, S. 1312–1342.

Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas (2019). Zwischen Demokratiebefürwortung und Ungleichwertigkeitsbehauptungen: Einstellungen zur Demokratie. In: Zick, Andreas/ Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 223–240). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38(2)*, S. 223–246.

Best, Volker/Decker, Frank/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023). *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Alina Fuchs und Jochen Dahm. Bonn.

Birsl, Ursula (2008). Wenn Frauen die Wahl haben… Zum Wahlverhalten von Frauen seit 1919. In: Ferner, Elke (Hg.), *90 Jahre Frauenwahlrecht!* (S. 70–92) Berlin: Vorwärts-Buch.

Birsl, Ursula (2020). Paradoxien und Aporien des Antifeminismus. Eine demokratietheoretische Einordnung, In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* (S. 43–58). Bielefeld: transcript.

Birsl, Ursula (2023). Wenn Feminismus zum »absoluten Feind« wird – zu den Konturen eines antisemitischen Antifeminismus. In: *Wissen schafft Demokratie* (Bd. 13: Antifeminismus & Hasskriminalität, S. 34–45). Jena: IDZ.

BKA – Bundeskriminalamt (2024). *Bundeslagebilder – Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2023.html?nn=237578 [Aufruf am 6.10.2025].

Blasius, Jorg/Reuband, Karl-Heinz (1995). Telefoninterviews in der empirischen Sozialforschung: Ausschöpfungsquoten und Antwortqualität. *ZA-Information 37*, S. 64–87.

Bläsius, Julia/Bollrich, Elisabeth/Overmeyer, Jonathan (2025). *Abgebaut, abgehängt, abgewählt. Wie kann Daseinsvorsorge die Demokratie stärken?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung/Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (2017). *Nationaler Aktionsplan. Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der deutsche Beitrag zum UNESCO-Weltaktionsprogramm.* Berlin.

BMI – Bundesministerium des Innern (2025a). *Verfassungsschutzbericht 2024*. Berlin.

BMI – Bundesministerium des Innern (2025b). *Bundesweite Fallzahlen 2024 politisch motivierte Kriminalität*. Berlin.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023). *Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland*. Berlin.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024). *Gleichwertigkeitsbericht 2024*. Berlin.

Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2021). Wissen und Werte im Widerstreit. Zum Verhältnis von Expertise und Politik in der Corona-Krise. *Leviathan 49(1)*, S. 111–132.

Bourne, Angela K./Rijpkema, Bastiaan (2022). Militant Democracy, Populism, Illiberalism: New Challengers and New Challenges. *European Constitutional Law Review 18(3)*, S. 375–384.

Brandau, Anna-Mira/Zillessen, Friedrich (2025). *Fatal zentral: Warum die Bundeszentrale für politische Bildung besser geschützt werden sollte*. https://verfassungsblog.de/bundeszentrale-fuer-politische-bildung-besser-schuetzen/ [Aufruf am 6.10.2025].

Brandes, Holger (2008). Hegemoniale Männlichkeiten in Ost- und Westdeutschland. In: Scholz, Sylka/Willms, Weertje (Hg.), *Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt* (S. 59–77). Münster: LIT Verlag.

Bröckling, Ulrich (2007). *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brosi, Annabell (2021). *Politische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – Stand der Beziehung*. https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Fotos/Transfermaterial/Brosi_2021_Polbil-und-BNE-Stand-der-Beziehung.pdf [Aufruf am 7.10.2025].

Bundesinstitut für Risikobewertung (2020). *BfR Corona-Monitor* (5. Mai 2020). https://www.bfr.bund.de/cm/343/200505-bfr-corona-monitor.pdf [Aufruf am 13.10.2025].

Bundesnetzagentur/Löschel, Andreas/Grimm, Veronika/Matthes, Felix/Weidlich, Anke (2024). *Monitoringbericht 2024 der Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring*. Berlin.

Butterwegge, Christoph (1995). Der Rechtsextremismus und die Krise des Sozialen. *Sozialer Fortschritt 44(6)*, S. 138–144.

Çağlar, Gülay/Drath, Charlotte/Hammer, Dominik/Matlach, Paula/Schwarz, Karolin (2025). *Mapping the Germanosphere. A Pilot Study* (SCRIPTS Working Paper No. 57). https://www.scripts-berlin.eu/publications/working-paper-series/Working-Paper-57-2025/SCRIPTS_Working_Paper_57_WEB.pdf [Aufruf am 1.10.2025].

Carvacho, Héctor/Zick, Andreas/Haye, Andrés/González, Roberto/Manzi, Jorge/Kocik, Caroline/Bertl, Melanie (2013). On the relation between social class and prejudice: The roles of education, income, and ideological attitudes. *European Journal of Social Psychology 43(4)*, S. 272–285.

Chancel, Lucas/Bothe, Philipp/Voituriez, Tancrède (2023). *Climate Inequality Report 2023. World Inequality Lab Study 2023/1*. https://wid.world/www-site/uploads/2023/01/CBV2023-ClimateInequalityReport-2.pdf [Aufruf am 10.10.2025].

Çınar, Melike (2025). Hier können doch alle mitmachen?! Communitybasierte politische Bildung als Teil der aufsuchenden Arbeit. Siyasi katılım – Erhöhung der politischen Teilhabe türkeistämmiger Berliner*innen. In: Gill, Thomas/Stapf-Finé, Heinz/Wallentin, Annette (Hg.), *Handbuch aufsuchende politische Bildung* (S. 162 – 171). Frankfurt am Main: Wochenschau.

Claassen, Christopher (2020). Does Public Support Help Democracy Survive? *American Journal of Political Science 64(1)*, S. 118–134.

Claassen, Christopher et al. (2025). Conceptualizing and measuring support for democracy: A new approach. *Comparative Political Studies 58(6)*, S. 1171–1198.

Claus, Robert (2014). *Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Coester, Marc (2020). Hassverbrechen gegen wohnungslose Menschen. *wohnungslos 62(2)*, S. 50–55.

Connell, Raewyn (2015). *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.

Cooley, Alexander (2015). Authoritarianism Goes Global: Countering Democratic Norms. *Journal of Democracy 26(3)*, S. 49–63.

Coppedge, Michael et al. (2024). *V-Dem – Varieties of Democracy. Codebook* (v14). University of Gothenburg: V-Dem Institute. https://v-dem.net/documents/38/V-Dem_Codebook_v14.pdf [Aufruf am 10.10.2025].

Cremer, Hendrik (2023). *Warum die AfD verboten werden könnte*. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Dahl, Robert A. (1971). *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven/London: Yale University Press.

Davis, Nicholas T./Gaddie, Keith/Goidel, Kirby (2022). *Democracy's Meanings: How the public understands democracy and why it matters*. University of Michigan Press.

Davis, Nicholas T./Goidel, Kirby/Zhao, Yikai (2021). The meanings of democracy among mass publics. *Social Indicators Research 153(3)*, S. 849–921.

De Bruin, Agnes/Picavet, H. Susan J./Nossikov, Anatoly (1996, Hg.). *Health interview surveys: towards harmonization of methods and instruments* (WHO Regional Publications – European Series No. 58). Genf: World Health Organization.

De Genova, Nicholas (2016). The ›native's point of view‹ in the anthropology of migration. *Anthropological Theory 16(2–3)*, S. 227–240.

De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (2019, Hg.). *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*. London: Cambridge University Press.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/unter Mitarbeit von Geißler, Norbert (2006). *Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Grave, Tobias/Rothe, Katharina/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012). Erziehungserfahrung, politische Einstellung und Autoritarismus. Ergebnisse der »Mitte«-Studien. In: Kluge, Sven/Lohmann, Ingrid (Hg.), *Jahrbuch für Pädagogik 2012. Schöne neue Leitbilder* (S. 267–304). Frankfurt am Main: Peter Lang.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024, Hg.). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (Leipziger Autoritarismus Studie 2024). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schliessler, Clara/Dilling, Marius/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar (2023). *Verschwörungsmentalität, COVID-19 und Parteipräferenz: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung* (EFBI Policy Paper 2021–1). Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.

Decker, Oliver/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2018). Das autoritäre Syndrom heute. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, S. 117–156). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Degner, Juliane (2022). *Vorurteile haben immer nur die anderen*. Berlin: Springer.

Degner, Juliane/Dalege, Jonas (2013). The Apple Does Not Fall Far From the Tree, or Does It? A Meta-Analysis of Parent–Child Similarity in Intergroup Attitudes. *Psychological Bulletin 139(6)*, S. 1270–1304.

Denk, Albert/Siebert, Johanna (2024). *»Grüne Eliten gegen den Volkswillen«: Populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik*. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/populismus_factsheet_v2.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Deppisch, Larissa/Osigus, Torsten/Klärner, Andreas (2023). *»Gefühle des Abgehängtseins« in ländlichen Räumen?* Braunschweig: Thünen-Institut.

Deprez, Kas/Persoons, Yves (1987). Attitude. In: Ammon, Ullrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J./Trudgill, Peter (Hg.), *Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft* (Bd. 1, S. 125–132). Berlin/Boston: De Gruyter Mouton.

der rechte rand (2020, Hg.). *Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre »Institut für Staatspolitik«*. Hamburg: VSA.

Detering, Heinrich (2019). *Was heißt hier »wir«? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten*. Berlin: Reclam.

Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (2012). *Politikkompetenz. Ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS.

Deutscher Beamtenbund und Tarifunion (2024). dbb Bürgerbefragung »Öffentlicher Dienst 2024«. Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung. https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2024/240626_130624_Buergerbefragung_Oeffentlicher_Dienst_2024.pdf [Aufruf am 10.10.2025].

Devine, Daniel/Gaskell, Jennifer/Jennings, Will/Stoker, Gerry (2020). *Exploring trust, mistrust and distrust* (Working Paper). University of Southampton, ESRC TrustGov Project.

Dewey, John (2011). *Demokratie und Erziehung, Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik* (5. Aufl.). Herausgegeben von Jürgen Oelkers. Weinheim: Beltz.

Deyda, Jonas (2023). *Weaponized Neutrality: Wie der Sächsische Rechnungshof versucht, die Zivilgesellschaft an die Kandare zu nehmen*. https://verfassungsblog.de/weaponized-neutrality/ [Aufruf am 5.9.2025].

DeZIM – Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (2022). *Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor* (NaDiRa). Berlin: DeZIM.

Diehl, Paula (2017). *Was ist Populismus? Bundeszentrale für politische Bildung*. https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/260878/was-ist-populismus/ [Aufruf am 9.10.2025].

Diehl, Paula (2018). Twisting representation. In: de la Torre, Carlos (Hg.), *Routledge Handbook of Global Populism* (S. 129–144). London: Routledge.

Diermeier, Matthias (2020). Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft 30*(4), S. 539–568.

Diez, Georg (2025). *Kipppunkte. Von den Versprechen der Neunziger zu den Krisen der Gegenwart*. Berlin: aufbau.

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Bach, Stefan/Engelhardt, Rebecca/Felder, Lars/Haan, Peter/Schmacker, Renke (2025). *Regionalisiertes Klimageld entlastet Haushalte in ländlichen Räumen – Problem der Härtefälle bleibt* (DIW Wochenbericht 27/28), S. 421–433.

Dohm, Hedwig (1902). *Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung*. Berlin: Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung.

Dolezalek, Corinna/Brodersen, Wyn/Schmidt, Luisa (2024*). Evaluationsmethoden wirkungsorientierter digitaler politischer Bildung. Ein Leitfaden für die Praxis*. Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Evaluationsmethoden_digitale_politische_Bildung.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Döring, Nicola (2023). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (6. Aufl.). Berlin: Springer.

Douglas, Karen/Sutton, Robbi M./Cichocka, Aleksandra (2017). The Psychology of Conspiracy Theories. *Current Directions in Psychological Science 26(6)*, S. 538–542.

Dowling, Melissa-Ellen (2025). Far-right populism in alt-tech: A challenge for democracy? *New Media & Society 27(4)*, S. 2068–2086.

Duriez, Bart/Soenens, Bart/Vansteenkiste, Maarten (2008). The intergenerational transmission of authoritarianism: The mediating role of parental goal promotion. *Journal of Research in Personality 42(3)*, S. 622–642.

Duyvendak, Jan Willem (2011). *The politics of home: Belonging and nostalgia in Western Europe and the United States*. New York: Palgrave.

Duyvendak, Jan Willem/Kešić, Josip (2022): *The Return of the Native. Can Liberalism Safeguard Us Against Nativism?* Oxford: Oxford University Press.

Easton, David (1965). *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.

Ebert, Thomas (2015). *Soziale Gerechtigkeit. Ideen – Geschichte – Kontroversen* (Schriftenreihe, Bd. 1571, 2. Aufl.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Economist Intelligence Unit (2024). *Democracy Index 2024. What's wrong with representative democracy?* https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024/ [Aufruf am 18.9.2025].

Eid, Michael/Schmidt, Katharina (2014). *Testtheorie und Testkonstruktion* (Bachelorstudium Psychologie). Göttingen: Hogrefe.

Ekardt, Felix (2025). *Postfossile Freiheit. Warum Demokratie, Umweltschutz, Wohlstand und Frieden nur gemeinsam gelingen*. Paderborn: Bonifatius.

Elias, Norbert/Scotson, John L. (1990). *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Emmelkamp, Julie/Asscher, Jessica J./Wissink, Inge B./Stams, Geert Jan J. M. (2020). Risk factors for (violent) radicalization in juveniles: A multilevel meta-analysis. *Aggression and Violent Behavior 55(101 489)*.

Eppert, Kerstin/Wilke, Mareike/Zimmermann, David (2025). *Handreichung: Toxische Männlichkeit auf Schulhöfen?* https://conflict-a.de/wp-content/uploads/2025/02/2024-12-04_Handreichung_ConflictA-Talk.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Expertenrat für Klimafragen (2025). *Zweijahresgutachten 2024. Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz)*. https://expertenrat-klima.de/fileadmin/ERK/Berichte/ERK2025_Zweijahresgutachten-2024.pdf [Aufruf am 29.9.2025].

Fachkommission Integrationsfähigkeit (2020). *Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit*. Berlin: Bundeskanzleramt.

Fahrig, Katharina (2020). *Rechte Jugendliche und ihre Familien. Eine Perspektiven triangulierende Rekonstruktion biografischer Hintergründe* (Studien zur Kindheits- und Jugendforschung, Bd. 4). Wiesbaden: Springer VS.

Farrokhzad, Schahrzad/Jagusch, Birgit (2024). *Extrem rechte und rassistische Gewalt. Auswirkungen – Bewältigungsstrategien – Konsequenzen.* Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Faulbaum, Frank/Mokros, Nico (2023). Die empirische Grundlage der Mitte-Studie 2022/23 – Methodik und Design. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 35–51). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Fend, Helmut (2006). *Neue Theorie der Schule: Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Ferguson, Niall (2024, 12. Dezember). *The vibe shift goes global.* https://www.thefp.com/p/niall-ferguson-the-vibe-shift-goes-global-assad-putin-trump [Aufruf am 6.10.2025].

Ferrín, Mónica/Kriesi, Hanspeter (2016, Hg.). *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Ferrín, Mónica/Kriesi, Hanspeter (2025, Hg*.). How Europeans View and Evaluate Democracy Revisited: Ten Years Later*. Oxford: Oxford University Press.

Fischer, Jannik M. K./Farren, Diego/Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter (2024). *Verunsicherte Männlichkeit? Der Einfluss männlicher Bedrohungsgefühle auf rechtsextreme Einstellungen bei jungen Männern* (MOTRA-Spotlight 06/24). Hamburg: MOTRA-Verbund.

Forsa (2024). *Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter. Gewalt an der Schule und gegen Lehrkräfte. Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Befragung*. https://www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2025-01-24_forsa-Bericht_Deutschland_Gewalt_an_Schule_u_gegen_Lehrkraefte.pdf [Aufruf am 8.8.2025].

Forschungsgruppe Anti-Asyl-Agitation (2020). *Radikalisierungsverläufe im Kontext von Anti-Asyl-Agitation. Abschlussbericht an das Bundesministerium des Innern*. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld/Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/studie-radikalisierungsverlaeufe-anti-asyl-agitation.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [Aufruf am 8.10.2025].

Forsthoff, Ernst (1938). *Der Staat als Leistungsträger*. Stuttgart/Berlin: Kohlhammer.

Fraser, Kathleen C./Nejadgholi, Isar/Kiritchenko, Svetlana (2021). Understanding and countering stereotypes: A computational approach to the stereotype content model. https://aclanthology.org/2021.acl-long.50.pdf [Aufruf am 14.10.2025].

Frei, Nadine/Schäfer, Robert/Nachtwey, Oliver (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34(2)*, S. 249–258.

Frei, Norbert/Maubach, Franka/Morina, Christina/Tändler, Maik (2019). *Zur rechten Zeit: Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Berlin: Ullstein.

Frenkel-Brunswik, Else (1950). Parents And Childhood As Seen Through The Interviews. In: Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, Robert N. (Hg.), *The Authoritarian Personality* (S. 337–389). New York/Evanston/London: Harper & Row Publishers.

Frevert, Ute (2015). Glaube, Liebe, Hass: Die nationalsozialistische Politik der Gefühle. In: Nerdinger, Winfried (Hg.), *München und der Nationalsozialismus* (Katalog des NS-Dokumentationszentrums, S. 482–489). München: C.H. Beck.

Friedlingstein, Pierre et al. (2025). Global Carbon Budget 2024. *Earth System Science Data 17(3)*, S. 965–1039.

Fritzsche, Christopher (2021). Antifeminismus als ›Männerproblem‹? Eine sozialpsychologische Diskussion. *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1(2)*, S. 242–255.

Frohn, Hans-Werner/Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Inkinen, Saara (2025). *Neurechte Interventionen in den Naturschutz. Analysen und Ableitung von Handlungsbedarfen*. Bonn: Bundesamt für Naturschutz.

Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003). *Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt*. Opladen: Leske + Budrich.

Gabler, Sabine/Häder, Sabine (2009). Die Kombination von Mobilfunk- und Festnetzstichproben in Deutschland. In: Weichbold, Martin/Bacher, Johann/Wolf, Christof (Hg.), *Umfrageforschung: Herausforderungen und Grenzen* (S. 239–252). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Geschke, Daniel (2021). *Diskriminierung und Hassgewalt gegen wohnungslose Menschen*. Jena: IDZ. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ_Forschungsbericht_Diskriminierung_und_Hassgewalt_gegen_wohnungslose_Menschen.pdf [Aufruf am 7.8.2025]

Gill, Thomas (2023). Solidarität in Zeiten der Differenz – Perspektiven der politischen Bildung. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hg.), *Partizipation und politische Teilhabe mit allen: Auftrag politischer Bildung. Vom Klassenrat zum zivilen Ungehorsam* (S. 253–263). Frankfurt am Main: Wochenschau.

Gill, Thomas/Stapf-Finé, Heinz/Wallentin, Annette (2025, Hg.). *Handbuch aufsuchende politische Bildung*. Frankfurt am Main: Wochenschau.

Girnus, Luisa/Grün-Neuhof, Julia (2025). Genderfragen in der Demokratiebildung. In: Achour, Sabine/Pech, Detlev/Sieberkrob, Mathias/Eberhard, Philip (Hg.), *Demokratiebildung und Fachdidaktik* (Bd. 1, S. 153–162). Frankfurt am Main: Wochenschau.

Giudici, Anja (2020). Seeds of authoritarian opposition: Far-right education politics in post-war Europe. *European Educational Research Journal 20(2)*, S. 121–142.

Giudici, Anja/Gruber, Oliver/Pultar, Anna/Schnell, Philipp (2024). Far-right parties and the politics of education in Europe. *Journal of Contemporary European Studies 33(1)*, S. 1–14.

Glick, Peter (2002). Sacrificial Lambs Dressed in Wolves' Clothing: Envious Prejudice, Ideology, and the Scapegoating of Jews. In: Newman, Leonard S./Erber, Ralph (Hg.), *Understanding Genocide: The Social Psychology of the Holocaust* (S. 113–142). New York: Oxford University Press.

Goodhart, David (2017). *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: Hurts & Co.

Grande, Edgar/Saldivia Gonzatti, Daniel (2024). Die Vertrauenslücke. Wachsendes Misstrauen als Gefahr für die Demokratie. *WZB-Mitteilungen (183)*, S. 10–14.

Grande, Edgar/Saldivia Gonzatti, Daniel (2025). A revolt of the distrustful? Political trust, political protest and the democratic deficit. *Journal of European Public Policy 32(8)*, S. 1986–2014.

Grob, Urs (2009). Die Entwicklung politischer Orientierungen vom Jugend- ins Erwachsenenalter – Ist die Jugend eine spezifisch sensible Phase in der politischen Sozialisation? In: Fend, Helmut/Berger, Fred/Grob, Urs (Hg.), *Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der LifE-Studie* (S. 329–372). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Groh-Samberg, Olaf/Mau, Steffen/Schimank, Uwe (2014). Investieren in den Status: Der voraussetzungsvolle Lebensführungsmodus der Mittelschichten. *Leviathan 42(2)*, S. 219–248.

Groß, Eva/Hövermann, Andreas (2014). Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte? In: Zick, Andreas/Klein, Anna (Hg.), *Fragile Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 102–118). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Groß, Eva/Hövermann, Andreas/Nickel, Amelie (2023). Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), Distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 (S. 243–257). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Ha, Kien Nghi (2012). Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. In: Steyerl, Hito/Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación (Hg.), *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik* (2. Aufl., S. 56–107). Münster: Unrast.

Häder, Michael (2019). *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung* (4. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.

Haerpfer, Christian/Inglehart, Ronald/Moreno, Alejandro/Welzel, Christian/Kizilova, Kseniya/Diez-Medrano, Juan/Lagos, Marta/Norris, Pippa/Ponarin, Eduard/Puranen, Bi (2022, Hg.). *World Values Survey: Round Seven – Country-Pooled Datafile Version 6.0*. Madrid/Vienna: JD Systems Institute & WVSA Secretariat.

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Schwerthelm, Moritz/Schumacher, Nils/Zimmermann, Gillian (2021). *Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will*. Frankfurt am Main: Wochenschau.

Halstead, J. Mark (2005[1996]). Liberal Values and Liberal Education. In: Halstead, J. Mark/Taylor, Monica J. (Hg.), *Values in Education and Education in Values* (S. 17–32). Abingdon: Routledge Falmer.

Hamburger, Franz (2022). Deutschland armes Bildungsland – Schule und Bildung in den Wahlprogrammen von Parteien. In: Fuhrmann, Laura/Akbaba, Yalız (Hg.), *Schule zwischen Wandel und Stagnation* (S. 21–50). Wiesbaden: Springer.

Hanss, Daniel et al. (2025). Evidence for motivated control? Climate change related distress is positively associated with domain-specific efficacy beliefs and climate action. *Journal of Environmental Psychology 106(102 695)*.

Haselbach, Solveig/Beckmann, Laura/Kliem, Sören/Krieg, Yvonne (2024). Ethnic minority contact and the similarities between adolescent-reported parental and self-reported far right-wing attitudes. *Journal of Child and Family Studies 33(5)*, S. 1466–1482.

Häusler, Alexander/Küpper, Beate (2019). Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 147–172). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Hebenstreit, Jörg/Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Pollak, Reinhard/Reiser, Marion/Sand, Matthias/Zissel, Pierre (2024). *Deutschland-Monitor 2024. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?* https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/DeutschlandMonitor_24_Endfassung.pdf [Aufruf am 15.10.2025]

Hedtke, Christoph/Budnik, Maria/Grossmann, Katrin/Krahmer, Alexander (2024). Wie werden lokale Konflikte eigentlich »lokal«? *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 9(2)*, S. 126–143.

Heider, Bastian/Novack, Tessio/Scheunert, Pauline/Scholz, Benjamin (2025). *Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland. Demokratiestützende Aspekte der Daseinsvorsorge*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Jonathan Overmeyer. Bonn.

Heinisch, Reinhard/Wegscheider, Carsten (2020). Disentangling How Populism and Radical Host Ideologies Shape Citizens' Conceptions of Democratic Decision-Making. *Politics and Governance 8(3)*, S. 32–44.

Heitmeyer, Wilhelm (2002–2011). *Deutsche Zustände. Folge 1–10*. Berlin/Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*. Berlin: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm/Buse, Heike/Vossen, Johannes (1992). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim/München: Juventa.

Heller, Ayline/Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2024). Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 207–228).

Hellmann, Jens/Rees, Jonas (2023). Anspruchshaltung, politische Position und Zuschreibung von Ungleichwertigkeit. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 315–326). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Henninger, Annette (2020). Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* (S. 9–39). Bielefeld: transcript.

Henningsen, Bernd (2021). Der Prozess gegen Anders Behring Breivik. Norwegen 2012. In: Groenewold, Kurt/Ignor, Alexander/Koch, Arnd (Hg.), *Lexikon der Politischen Strafprozesse*. https://www.lexikon-der-politischen-strafprozesse.de/wp-content/uploads/2021/04/Breivik-Prozess.pdf [Aufruf am 1.8.2025].

Hensel, Alexander/Jasser, Greta (2024). Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den »Masterplan« zur »Remigration«, Rechtsextremismus und die AfD. *Demokratie-Dialog 14*, S. 60–69.

Herold, Maik/Joachim, Janine/Otteni, Cyrill/Vorländer, Hans (2023). *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*. Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie.

Hertel, Thorsten (2020). *Entziffern und Strafen. Schulische Disziplin zwischen Macht und Marginalisierung*. Bielefeld: transcript.

Hill, Tim/Murphy, Stephen/Canniford, Robin (2025). Resonant Awakenings: The Social Lives of Conspiracy Theorists. *Sociology* (Open Access).

Hillje, Johannes (2022). *Das »Wir« der AfD: Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus*. Frankfurt am Main: Campus.

Hillje, Johannes (2025). *Mehr Emotionen wagen*. München: Piper.

Hirndorf, Dominik (2024). *Wovor sich die Deutschen fürchten… Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Bedrohungsgefühlen in der deutschen Bevölkerung* (Monitor Wahl- und Sozialforschung). Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hochschild, Arlie R. (2017). *Fremd in ihrem Land*. Weinheim: Campus.

Hohnstein, Sally/Greuel, Frank/Figlestahler, Carmen (2021). »Vom rechten Rand wieder eher ein stückweit in die Mitte« – Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit als institutionelle De- und Resozialisierungsinstanz? Gesellschaft – Individuum – Sozialisation. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung 2(2)*, S. 1–16.

Hölzel, Tina/Jugel, David (2019). *»Da kannst du Freunde verlieren!«. Politische Bildung, Emotionen und Bindung – Zur Aufklärung eines fachdidaktischen Irrtums*. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/10299_Politische_Bildung_mit_Gefuehl_Du %20kannst_Freunde_verlieren_1.pdf [Aufruf am 6.10.2025].

Hopf, Christel (1993). Rechtsextremismus und Beziehungserfahrungen. *Zeitschrift für Soziologie 22(6)*, S. 449–463.

Hopf, Christel/Hopf, Wulf (1997). *Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation*. Weinheim/München: Juventa.

Hövermann, Andreas (2025). *Die Verdoppelung des AfD-Elektorats. Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025* (WSI Study Nr. 42). Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Hövermann, Andreas/Groß, Eva (2016). Menschenfeindlicher und rechtsextremer – die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 102–118). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Hudde, Ansgar (2025). *Die Polarisierung der Geschlechter. Der moderne Gender-Gap im Wahlverhalten bis 2025*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Hussain, Saba/Yunus, Reva (2021). Right-wing populism and education: introduction to the special section. *British Educational Research Journal 47(2)*, S. 247–263.

Illouz, Eva (2024). *Explosive Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

infratest dimap (2025). *NRW-KommunalwahlTREND September 2025. Repräsentative Studie im Auftrag des WDR*. https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/nordrhein-westfalen/laendertrend/2025/september/ [Aufruf am 9.10.2025].

Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald F./Norris, Pippa (2016). *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash* (HKS Faculty Research Working Paper Series, RWP16–026). Cambridge: Harvard Kennedy School.

Jäger, Siegfried (1997). Die Anstifter der Brandstifter? Zum Anteil der Medien an der Eskalation rassistisch motivierter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. In: Scheffer, Bernd (Hg.), *Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen* (S. 73–98). Opladen: Leske + Budrich.

Janusch, Holger/Mucha, Witold/Schwanholz, Julia/Reichwein, Alexander/Lorberg, Daniel (2022). Introduction: Turning Points, Typology, and Puzzles. In: Dies. (Hg.), *Turning Points: Challenges for Western Democracies in the 21st Century* (S. 1–13). Berlin: Walter de Gruyter.

Jasser, Greta/Rothermel, Ann-Kathrin (2024). Die Manosphere: Männlichkeit(en), Misogynie und Rechtsextremismus. In: Virchow, Fabian/Hoffstadt, Anke/Heß, Cordelia/Häusler, Alexander (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (o. S.). Wiesbaden: Springer VS.

Joshi, Devin K. (2013). The protective and developmental varieties of liberal democracy: a difference in kind or degree? *Democratization 20(2)*, S. 187–214.

Jost, John T./Banaji, Mahzarin R. (1994). The Role of Stereotyping in System-Justification and the Production of False Consciousness. *British Journal of Social Psychology 33(1)*, S. 1–27.

Jost, John T./Hunyady, Orsolya (2005). Antecedents and Consequences of System-Justifying Ideologies. *Current Directions in Psychological Science 14(5)*, S. 260–265.

Jost, Pablo/Mack, Matthias/Hillje, Johannes (2024). *Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse über das Heizungsgesetz – und was wir politisch daraus lernen können*. Berlin: Das Progressive Zentrum.

Jugel, David/Hertel, Celina M. (2024). *Demokratische Bildung im ländlichen Raum. Eine JoDDiD-Studie zu Potenzialen, Herausforderungen und Strategien außerschulischer politischer Bildung jenseits städtischer Perspektiven* (JoDDiD-Studie Nr. 2). Dresden: John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie.

Jugel, David/Lewerenz, Rico (2022). *Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Eine Feldexploration*. Dresden: John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie.

Kämper, Heidrun Deborah (2024). *Die Sprache der Rechten: Was sie reden und was sie sagen*. Berlin: Reclam.

Kannan, Viji Diane/Pacheco, Julianna/Peters, Kelly/Lapham, Susan/Chapman, Benjamin P. (2022). The relationship between health and political ideology begins in childhood. *SSM–Population Health 19* (101 214).

KAS – Konrad-Adenauer-Stiftung (2025). *Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung. Fallbeispiele für den Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa*. https://www.kas.de/documents/252038/33607021/Zwischen+Abgrenzung,+Einbindung+und+Tolerierung.pdf/148bd829-d44b-d7eb-ab16-a5ec3b9ad65a?version=2.0&t=1758183168549 [Aufruf am 17.10.2025].

Kavanagh, Nolan/Menon, Anil/Heinze, Justin (2021). Does Health Vulnerability Predict Voting for Right-Wing Populist Parties in Europe? *American Political Science Review 115(3)*, S. 1104–1109.

Kawakami, Kerry/Amodio, David M./Hugenberg, Kurt (2017). Intergroup perception and cognition: An integrative framework for understanding the causes and consequences of social categorization. *Advances in Experimental Social Psychology 55*, S. 1–80.

Kersten, Jens (2022). Begriffsgeschichte und rechtlicher Rahmen. In: Neu, Claudia (Hg.), *Handbuch Daseinsvorsorge* (S. 18–25). Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.

KfN – Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (2025). *Aggressionen gegen Politiker*innen: Erste Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung*. Hannover: KfN.

Khanal, Shaleen/Zhang, Hongzhou/Taeihagh, Araz (2025). Why and how is the power of Big Tech increasing in the policy process? The case of generative AI. *Policy and Society 44(1)*, S. 52–69.

Kiesl, Hans (2022). Gewichtung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 473–481). Wiesbaden: Springer VS.

Kiess, Johannes (2023). Die Verbreitung rechtsextremer Einstellung in Deutschland. In: Virchow, Fabian/Hoffstadt, Anke/Heß, Cordelia/Häusler, Alexander (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (o. S.). Wiesbaden: Springer VS.

Kiess, Johannes/Dilling, Marius/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024). Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.). *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen* (S. 101–132). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Klärner, Andreas (2025). *Bundestagswahl 2025 – Wie wählen Menschen in ländlichen Räumen? Faktencheck* (Podcast) Braunschweig: Thünen-Institut.

Kleeberg-Niepage, Andrea (2012). Zur Entstehung von Rechtsextremismus im Jugendalter – oder: Lässt sich richtiges politisches Denken lernen? *Journal für Psychologie 20(2)*, S. 1–30.

Klein, Anna (2014). Mitten in einer entleerten Demokratie? In: Zick, Andreas/Klein, Anna (Hg.), *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 85–101). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Kleist, J. Olaf/Weiberg, Mirjam/Schöll, Anja (2023). *Mehr Demokratie fördern! Mehrheit sieht Demokratie unter Druck und befürwortet längerfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft* (DeZIM Briefing Notes 10) Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

KMK – Kultusministerkonferenz (2016*). Gemeinsames Projekt der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Bonn.

Knäble, Jonas/Brelling, Lisanne/Rettenberger, Martin (2021). Theorien und Erklärungsmodelle von Radikalisierungsprozessen im Kontext des Rechtsextremismus. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 15(2)*, S. 99–108.

Kocyba, Piotr/Bohmann, Ulf (2025, Hg.). *Rechte Gewalttaten in Deutschland*. Bielefeld: transcript.

König, Pascal D./Siewert, Markus B./Ackermann, Kathrin (2022). Conceptualizing and Measuring Citizens' Preferences for Democracy: Taking Stock of Three Decades of Research in a Fragmented Field. *Comparative Political Studies 55(12)*, S. 2015–2049.

Körber-Stiftung (2024). *Demokratie in der Krise 2024* (Grafiken). https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/48932/grafiken_demokratie_in_der_krise_2024.pdf [Aufruf am 13.10.2025].

Koschmieder, Carsten/Koschmieder, Julia (2019). Wider das Märchen von der Neutralität. Wie Schule mit der AfD umgehen sollte. In: Achour, Sabine/Elverich, Gabi/Jordan, Annemarie/Schedler, Jan (Hg.), *Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung* (S. 99–109). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Kotz, Maximilian/Levermann, Anders/Wenz, Leonie (2024). The economic commitment of climate change. *Nature 628*, S. 551–557.

Kracher, Veronika (2024). Tradwives statt trans Girls. Zur Essentialisierung von Weiblichkeit im antifeministischen Social-Media-Aktivismus. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.), *(R)echte Männer und Frauen – Analysen zu Geschlecht und Rechtsextremismus* (S. 28–34). Berlin.

Krause, Daniela/Zick, Andreas (2013). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Kurzskalen. In: Kemper, Christoph J./Brähler, Elmar/Zenger, Markus (Hg.), *Psychologische und sozialwissenschaftliche Kurzskalen. Standardisierte Erhebungsinstrumente für Wissenschaft und Praxis* (S. 100–136). Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

Krause, Laura-Kristine/Gagné, Jérémie/Hawkins, Stephen/Hüsson, Falco (2021). *Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA*. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-10/Studie_Beziehungskrise_B %C3 %BCrger_und_ihre_Demokratie.pdf [Aufruf am 13.10.2025].

Kroenke, Kurt/Spitzer, Robert L./Williams, Janet B./Monahan, Patrick O./Löwe, Bernd (2007). Anxiety disorders in primary care: prevalence, impairment, comorbidity, and detection. *Annals of Internal Medicine 146(5)*, S. 317–325.

Krosnick, Jon A./Fabrigar, Leandre R. (1997). Designing rating scales for effective measurement in surveys. In: Lyberg, Lars/Biemer, Paul/Collins, Martin/De Leeuw, Edith/Dippo, Cathryn/Schwarz, Norbert/Trewin, Dennis (Hg.), *Survey Measurement and Process Quality* (S. 141–164). Hoboken, NJ: Wiley.

Krosnick, Jon A./Judd, Charles M./Wittenbrink, Bernd (2019). The Measurement of Attitudes. In: Albarracín, Dolores/Johnson, Blair T. (Hg.), *The Handbook of Attitudes* (Bd. 1, 2. Aufl., S. 45–105). New York/Abingdon: Routledge.

Kruglanski, Arie W./Bélanger, Jocelyn J./Gunaratna, Rohan (2019). *The Three Pillars of Radicalization: Needs, Narratives, and Networks*. Oxford: Oxford University Press.

Krüppel, Jonas/Yoon, Dahlnym/Mokros, Andreas (2023). Clarifying the link between anxiety and conspiracy beliefs: A cross-sectional study on the role of coping with stressors. *Personality and Individual Differences 202* (111 966).

Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021). Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in*

Deutschland 2020/21 (S. 43–74). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Küpper, Beate (2017). Rechtspopulismus im ländlichen Raum. *Ländlicher Raum 68(2)*, S. 30–31.

Küpper, Beate (2025). Populismus. In: Endreß, Martin/Rampp, Benjamin (Hg.), *Handbuch für politische Soziologie*. Baden-Baden: Nomos.

Küpper, Beate/Reinecke, Jost/Mokros, Nico/Zick, Andreas (2025, i. E.). Validation of a Model of Right-Wing Extremist Attitudes Based on a Repeated Cross-Sectional Survey in Germany. *Measurement Instruments for the Social Sciences 7* (Open Access).

Küpper, Beate/Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2023). Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023* (S. 91–136). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Küpper, Beate/Zick, Andreas (2011). Macht Armut menschenfeindlich? Zusammenhänge in acht europäischen Ländern. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 9* (S. 84–105). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Küpper, Beate/Zick, Andreas (2024). Demokratiedistanz in der Mitte. *Aus Politik und Zeitgeschichte 74(27)*, S. 32–40.

Küpper, Beate/Zick, Andreas (2024). Messung rechtsextremer Einstellungsmuster. In: Virchow, Fabian/Hoffstadt, Anke/Heß, Cordelia/Häusler, Alexander (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (o. S.). Wiesbaden: Springer VS.

Landwehr, Claudia (2020). Backlash against the procedural consensus. *The British Journal of Politics and International Relations 22(4)*, S. 598–608.

Landwehr, Claudia/Ojeda, Christopher/Stallbaum, Lea (2025). Institutional Design Preferences Among German and US Citizens: Results from a Factorial Survey Experiment. *Political Studies.*

Landwehr, Claudia/Ojeda, Christopher/Weingärtner, Paul (2025). A quiet and invisible challenge. Depressive symptoms and the evaluation of democratic institutions. *Electoral Studies 95(102.928)*.

Landwehr, Claudia/Steiner, Nils D. (2017). Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conceptions of Democracy. *Political Studies 65(4)*, S. 786–804.

Lang, Kati (2014). *Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte*. Baden-Baden: Nomos.

Laux, Thomas/Lindenauer, Theresa (2024). *Engagiert und gefährdet. Ausmaß und Ursachen rechter Bedrohungen der politischen Bildung in Sachsen* (OBS-Arbeitspapier 68). https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP68-Engagiert-und-gefaehrdet.pdf [Aufruf am 7.10.2025].

Leber, Tina/Mertens, Fabian/Küpper, Beate (2024). Bedrohungserleben in der Demokratiearbeit. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 9(1)*, S. 74–91.

Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016). *Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit und Pädagogik*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Lembke, Ulrike (2023). *Verfassungswidrige Sprachverbote*. https://verfassungsblog.de/verfassungswidrige-sprachverbote/ [Aufruf am 6.10.2025].

Leppenies, Philipp (2022). *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

LeVan, A. Carl (2024). Democracy: Definitions and Debates. Cambridge: Polity Press.

Levin, Shana/Sidanius, Jim/Rabinowitz, Joshua L./Federico, Christopher (1998). Ethnic Identity, Legitimizing Ideologies, and Social Status: A Matter of Ideological Asymmetry. *Political Psychology 19(2)*, S. 374–404.

Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel (2024). *Die Tyrannei der Minderheit: Warum die amerikanische Demokratie am Abgrund steht und was wir daraus lernen können*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Levsen, Sonja (2020). *Demokratisierung der Schulkultur.* https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/319089/demokratisierung-der-schulkultur/ [Aufruf am 2.9.2025].

Lewandowsky, Marcel/Jankowski, Michael (2023). Sympathy for the devil? Voter support for illiberal politicians. *European Political Science Review 15(1)*, S. 39–56.

Liebig, Stefan/May, Meike (2009). Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte 47*, S. 3–8.

Lijphart, Arend (2012). *Patterns of Democracy*. Yale University Press.

Lindholm, Annika/Lutz, Georg/Green, Eva (2025). Life Dissatisfaction and the Right-Wing Populist Vote: Evidence from the European Social Survey. *American Behavioral Scientist 69(5)*, S. 604–624.

Lipset, Seymour Martin (1959). Some social requisites of democracy: Economic development and political legitimacy. *American Political Science Review 53(1)*, S. 69–105.

Lobato, Roberto M./García-Coll, Josep/Martín-Criado, José M./Moyano, Manuel (2023). Impact of psychological and structural factors on radicalization processes: A multilevel analysis from the 3N model. *Psychology of Violence 13(6)*, S. 479–487.

Logvinov, Michail (2017). *Rechtsextreme Gewalt. Erklärungsansätze – Befunde – Kritik*. Wiesbaden: Springer VS.

Löwe, Bernd/Kroenke, Kurt/Gräfe, Kerstin K. (2005). Detecting and monitoring depression with a two-item questionnaire (PHQ-2). *Journal of Psychosomatic Research 58(2)*, S. 163–171.

Löwe, Bernd/Wahl, Inka/Rose, Matthias/Spitzer, Carsten/Glaesmer, Heide/Wingenfeld, Katja/Schneider, Antonius/Brähler, Elmar (2010). A 4-item measure of depression and

anxiety: Validation and standardization of the Patient Health Questionnaire-4 (PHQ-4) in the general population. *Journal of Affective Disorders 122(1–2)*, S. 86–95.

Löwenthal, Leo/Guterman, Norbert (1949). *Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator.* New York: Harper & Brothers.

Lozano, Luis M./Garcia-Cueto, Eduardo/Muniz, Jose (2008). Effect of the number of response categories on the reliability and validity of rating scales. Methodology: *European Journal of Research Methods for the Behavioral and Social Sciences 4(2)*, S. 73–79.

Lynen von Berg, Heinz (2000). *Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990–1994)* (Forschung Politikwissenschaft, Bd. 72). Opladen: Leske + Budrich.

Maaz, Kai/Marx, Alexandra (2024). *SchuMaS – Schule macht stark. Sozialraumorientierte Schul- und Unterrichtsentwicklung an Schulen in schwierigen Lagen*. Münster: Waxmann.

Manow, Philip (2024). *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*. Berlin: Suhrkamp.

Manzi, Claudia/Roccato, Michele/Paderi, Fabio/Vitrotti, Sara/Russo, Silvia (2017). The social development of right-wing authoritarianism: The interaction between parental autonomy support and societal threat to safety. *Personality and Individual Differences 109*, S. 1–4.

Massing, Peter (2020). Kompetenzorientierung im Politikunterricht. In: Achour, Sabine/Frech, Siegfried/Massing, Peter/Straßner, Veit (Hg.), Methodentraining für den Politikunterricht. Frankfurt am Main: Wochenschau.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

McDermott, Monica L. (2025). Tough an der Wahlurne. Zur Rolle von Männlichkeit in der amerikanischen Politik. *Aus Politik und Zeitgeschichte 75(20)*, S. 24–29.

Merkel, Wolfgang (2024). Wie resilient ist unsere Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte 74(27)*, S. 18–25.

Metten, Anne/Bayerlein, Michael (2023). Existential anxieties and right-wing populism in Europe—why people unconcerned by globalisation vote against it. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 17(1)*, S. 1–30.

Mohrenberg, Steffen/Huber, Robert A./Freyburg, Tina (2021). Love at first sight? Populist attitudes and support for direct democracy. *Party Politics 27(3)*, S. 528–539.

Mokros, Nico/Rump, Maike/Küpper, Beate (2021). Antigenderismus: Ideologie einer »natürlichen Ordnung« oder Verfolgungswahn? In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 246–261). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Mokros, Nico/Stöver, Merle (2025). Empirische Untersuchungen von Motiven und Mustern der Vorurteilsgewalt gegenüber wohnungslosen Menschen. *wohnungslos 67(2)*, S. 56–61.

Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 149–184). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Möller, Kolja (2024) *Volk und Elite. Eine Gesellschaftstheorie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007). *Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *European Journal of Political Research 52(4)*, S. 541–563.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018). Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda. *Comparative Political Studies 51(13)*, S. 1667–1693.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2019). *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Bonn: Dietz.

Mühlfried, Florian (2019). *Misstrauen. Vom Wert eines Unwertes* (2. Aufl.). Ditzingen/Leipzig: Reclam.

Müller, Jan-Werner (2017). *Was ist Populismus?* Berlin: Suhrkamp.

Müller, Tim/Fetz, Karolina/Uca, Nevin/Klose, Christoph/Kleffmann, Nora/Talmatzky, Mira (2023). *Determinanten radikalisierungsbezogener Resilienz im Jugendalter. Entwicklung eines Interventionstoolkits zur Förderung der Resilienz gegenüber rechtsextremen und radikal-islamistischen Ideologien. Ergebnisbericht und Handreichung für Praktiker:innen der Extremismusprävention*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integration und Migrationsforschung/Humboldt-Universität zu Berlin.

Münkler, Herfried (2018). Die Entstehung der Mitte – Ein Paradigma in Politik und Gesellschaft. In: Schöneck-Voß, Nadine M./Ritter, Sabine (Hg.), *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten* (Reihe Gesellschaft der Unterschiede, Bd. 44, S. 29–38). Bielefeld: transcript.

Negt, Oskar (2004). Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen. In: Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hg.), *Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung* (S. 196–213). Schwalbach, Ts.: Wochenschau.

Neu, Claudia (2006). Territoriale Ungleichheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte 37*, S. 8–15.

Neu, Claudia/Küpper, Beate (2023). Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 335–354). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Neubauer, Luisa (2025). *Was wäre, wenn wir mutig sind?* Hamburg: Rowohlt.

Neupert, Paul (2019). Wohnung ist Schutz! Dokumentation und Analyse von Gewalttaten gegen wohnungslose Menschen. In: Jordan, Rolf (Hg.), *»… ohne Wohnung ist alles nichts!«* (S. 221–230). Berlin: BAG W-Verlag.

Neupert, Paul (2024). Gewalt gegen wohnungslose Menschen. *wohnungslos 66(3)*, S. 74–80.

Nikolai, Rita/Gawert, Moritz/Saur, Line (2024). The Alternative for Germany and its school policy positions. On Education. *Journal for Research and Debate 7(20)*.

Nord, Marina/Angiolillo, Fabio/Good God, Ana/Lindberg, Staffan I. (2025). State of the world 2024: 25 years of autocratization – democracy trumped? *Democratization, 32(4)*, S. 839–864.

Obaidi, Milan/Bergh, Robin/Ozer, Simon/Sindermann, Cornelia (2025): Toward an Integrated Psychological Model of Violent Extremism. *European Review of Social Psychology* (Open Access).

OECD (2023). *Equity and Inclusion in Education: Finding Strength through Diversity*. Paris: OECD Publishing.

Oesterreich, Detlef (1974). *Autoritarismus und Autonomie. Untersuchungen über berufliche Werdegänge, soziale Einstellungen, Sozialisationsbedingungen und Persönlichkeitsmerkmale ehemaliger Industrielehrlinge* (Bd. 2). Stuttgart: Klett.

Oesterreich, Detlef (1996). *Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion.* Opladen: Leske + Budrich.

Oesterreich, Detlef (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In: Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindervater, Angela (Hg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–90). Opladen: Leske + Budrich.

Ostapczuk, Martin/Musch, Jochen/Moshagen, Morten (2008). A randomized-response investigation of the education effect in attitudes towards foreigners. *European Journal of Social Psychology 39(6)*, S. 920–931.

Otteni, Cyrill/Weisskircher, Manès (2022). AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35(2)*, S. 317–335.

Payne, Stanley (2001). *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*. Berlin: Propyläen.

Petersen, Thomas (2023). *Protest und die Sorge vor Einwanderung* (Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 196 vom 24. August 2023). https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_August2023_Einwanderung.pdf [Aufruf am 12.10.2025].

Petersen, Thomas (2025, 21. August). *Deutsche sind kaum bereit für schmerzhafte Reformen*. https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-deutsche-sind-kaum-bereit-fuer-schmerzhafte-reformen-110646130.html [Aufruf am 21.8.2025].

Pettigrew, Thomas F. (2011). *Deprovincialisation*. Encyclopedia of Peace Psychology.

Pfahl-Traughber, Armin (2022). *Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten*. Bonn: Dietz.

Pickel, Susanne/Celik, Kazim/Decker, Oliver (2024). Verwahrloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 181–206). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Pieper, Janna L. (2025, i. E.). Landwirtschaft unter Transformationsdruck – Vom Gefühlskollektiv zur (populistischen) Bauernprotestbewegung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen 38(4)*.

Pirro, Andrea L. P. (2023). Far right. The significance of an umbrella concept. *Nations and Nationalism 29(1)*, S. 101–112.

Pohl, Rolf (2012). Männer – das benachteiligte Geschlecht? *Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik 48(3)*, S. 296–324.

Pollich, Daniela (2012). Gewalt gegen Wohnungslose – Ergebnisse einer Opferbefragung. In: Specht, Thomas (Hg.), *Armut, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Deutschland. Ein Reader zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und Armut* (S. 545–564). Bielefeld: BAG W-Verlag.

Pratto, Felicia/Sidanius, Jom/Levin, Shana (2006). Social Dominance Theory and the Dynamics of Intergroup Relations, Taking Stock and Looking Forward. *European Review of Social Psychology 17(1)*, S. 271–320.

Quasthoff, Uta (1987). Linguistic Prejudice/Stereotypes. In: Ammon, Ullrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J./Trudgill, Peter (Hg.), *Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft* (Bd. 1, S. 785–799). Berlin/Boston: De Gruyter Mouton.

Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022). *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.

Quenzel, Gudrun/Albert, Mathias/Schneekloth, Ulrich (2024). Jugend 2024: Pragmatisch im Spannungsfeld zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. In: Albert, Mathias/Quenzel, Gudrun/de Moll, Verian, Frederick (Hg.), *19. Shell Jugendstudie. Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt* (S. 269–275). Weinheim/Basel: Beltz.

Raabe, Tobias/Beelmann, Andreas (2011). Development of ethnic, racial, and national prejudice in childhood and adolescence: a multinational meta-analysis of age differences. *Child Development 82(6)*, S. 1715–1737.

Rahner, Judith (2020). Tödlicher Antifeminismus: Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit als Motivkomplex rechtsterroristischer Attacken, In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* (S. 337–352) Bielefeld: transcript.

Rasmussen, Palle (2025). Right-wing populist education policy in a social democratic welfare state context. *Journal of Contemporary European Studies 33(1)*, S. 61–74.

Rat für deutsche Rechtschreibung (2023, 15. Dezember). *Geschlechtergerechte Schreibung: Erläuterungen, Begründung und Kriterien*. https://www.rechtschreibrat.com/geschlechtergerechte-schreibung-erlaeuterungen-begruendung-und-kriterien-vom-15-12-2023/ [Aufruf am 7.10.2025].

Reckwitz, Andreas (2024). *Verlust*. Berlin: Suhrkamp.

Rees, Jonas H./Papendick, Michael/Zick, Andreas (2021). This Ain't No Place for No Hero: Prevalence and Correlates of Representations of Victims, Helpers, and Perpetrators During the Time of National Socialism in German Families. *Journal of Pacific Rim Psychology 15*, S. 1–15.

Rees, Yann/Rees, Jonas H./Zick, Andreas (2021). Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 112–129). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Reeves, Richard V. (2022). *Of Boys and Men. Why the Modern Male Is Struggling, Why It Matters, and What to Do About It.* Washington D. C.: Brookings Institution Press.

Reif, Anne/Guenther, Lars/Tschötschel, Robin/Brüggemann, Michael (2024). *Rückschlag für den Klimaschutz. Wandel der Einstellungen und Kommunikation zu Klimawandel und Klimapolitik von 2015 bis 2023*. https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2024/MP_14_2024_Rueckschlag_fuer_den_Klimaschutz.pdf [Aufruf am 15.10.2025].

Reinders, Heinz (2001). *Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendezeit. Forschungsstand, theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen* (Forschung Erziehungswissenschaft, Bd. 132). Opladen: Leske + Budrich.

Reinecke, Jost (2022). Grundlagen der standardisierten Befragung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 949–967). Wiesbaden: Springer VS.

Reuband, Karl-Heinz (2022). AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften 28(1)*, S. 67–94.

Reuband, Karl-Heinz (2023). Gibt es eine »alarmierende« Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung? Widersprüchliche Befunde, offene Fragen und die Corona-Zeit als Sonderfall der Entwicklung. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften 29(3)*, S. 377–419.

Reuband, Karl-Heinz (2024). Die Entwicklung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in ostdeutschen Bundesländern und Berlin. Der Stellenwert von Corona-Krise und AfD-Wählerpotential. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften 30(1)*, S. 59–81.

Reuband, Karl-Heinz (2025). Der Aufstieg der AfD in der Wählergunst. Rechtspopulistische Einstellungen und Vertrauen in die Bundesregierung als Einflussfaktoren. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften 31(1)*, S. 184–220.

Reusswig, Fritz/Küpper, Beate (2023). Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die Distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023* (S. 289–313). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2025). Ambivalenzsteigerung und Konfliktverschärfung. Die Folgen des Ukraine-Kriegs für die deutsche Energiewende. In: Radtke, Jörg/Canzler, Weert (Hg.), *Energiewende nach der Zeitenwende. Energiepolitik in Zeiten der Polykrise* (S. 19–52). Wiesbaden: Springer VS.

Richter, Hedwig/Ulrich, Bernd (2024). *Demokratie und Revolution. Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Riebe, Jan (2024). »Ideologieprojekt Inklusion«: Positionierungen der AfD zu Inklusion als Ausdruck ihres rechtsextremen Weltbildes. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Wissen schafft Demokratie* (Bd. 15: Behindernde Gesellschaft, S. 30–45). Jena: IDZ.

Rippl, Susanne (2004). Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 24(1)*, S. 17–32.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2022). *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse*. Stuttgart: Kohlhammer.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2024). Abgehängt oder autoritär? Motive der Sympathisant*innen rechtspopulistischer Einstellungen und Politikangebote. In: Virchow, Fabian/Hoffstadt, Anke/Heß, Cordelia/Häusler, Alexander (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (o. S.). Wiesbaden: Springer VS.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian/Kindervater, Angela (2022). Politische Sozialisation. In: Zmerli, Sonja/Feldman, Ofer (Hg.), *Politische Psychologie. Handbuch für Studium und Wissenschaft* (Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen, Perspektiven, Bd. 1, 2. Aufl., S. 83–102). Baden-Baden: Nomos.

Robert Bosch Stiftung (2024). *Deutsches Schulbarometer. Befragung Lehrkräfte. Ergebnisse zur aktuellen Lage an allgemein- und berufsbildenden Schulen*. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-04/Schulbarometer_Lehrkraefte_2024_FORSCHUNGSBERICHT.pdf [Aufruf am 10.8.2025].

Rodríguez-Pose, Andrés (2018). The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). Cambridge Journal of Regions, *Economy and Society (11)1*, S. 189–209.

Rothmund, Tobias/Arzheimer, Kai (2022). Politische Ideologien. In: Zmerli, Sonja/Feldman, Ofer (Hg.), *Politische Psychologie. Handbuch für Studium und Wissenschaft* (Politische Psychologie: Themen, Herausforderungen, Perspektiven, Bd. 1, 2. Aufl., S. 149–174). Baden-Baden: Nomos.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal/Van Hauwaert, Steven M. (2020). The populist citizen: Empirical evidence from Europe and Latin America. *European Political Science Review 12(1)*, S. 1–18.

Sainz, Mario/Jiménez-Moya, Gloria (2023). Group Dominance, System Justification, and Hostile Classism: The Ideological Roots of the Perceived Socioeconomic Humanity Gap That Upholds the Income Gap. International Review of Social Psychology 36 (1), S. 1–17.

Salmela, Mikko/Von Scheve, Christian (2017). Emotional roots of right-wing political populism. *Social Science Information 56(4)*, S. 567–595.

Salomo, Katja (2019). The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. *Political Geography 69*, S. 103–117.

Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2024). *Krisen, Unsicherheit und (extrem) rechte Einstellungen. Über die Anziehungskraft anti-demokratischer Politik in ungewissen Zeiten*. https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/556128/krisen-unsicherheit-und-extrem-rechte-einstellungen/ [Aufruf am 12.10.2025].

Santarius, Tilman/Weissenberger, Lukas (2025). *Droht ein Rückschritt in der Klimapolitik? Geschäftsstelle des Deutschen Klima-Konsortiums*. https://www.deutsches-klima-konsortium.de/news/klimaschutz-wahlprogramme-bundestagswahl-wissenschaft/ [Aufruf am 18.9.2025].

Sauer, Birgit (2017). Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. *Politische Vierteljahresschrift 58(1)*, S. 1–20.

Sauer, Birgit (2024). *Autoritär-rechte Männlichkeiten*. https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/555723/autoritaer-rechte-maennlichkeiten/ [Aufruf am 10.8.2025].

Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023). *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Weinheim: Campus.

Schaffner, Brian F./Hershewe, Thomas/Kava, Zoe/Strell, Jael (2025). Do conservatives really have better mental well-being than liberals? *PLoS One 20(4)*.

Scharpf, Fritz W. (1999). *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford: Oxford University Press.

Scholz, Sylka (2008). »Sozialistische Helden«. Hegemoniale Männlichkeit in der DDR. In: Scholz, Sylka/Willms, Weertje (Hg.), *Postsozialistische Männlichkeiten in einer globalisierten Welt* (S. 11–35). Münster: Lit Verlag.

Schöngart, Sarah/Nicholls, Zebedee/Hoffmann, Roman/Pelz, Setu/Schleussner, Carl-Friedrich (2025). High-income groups disproportionately contribute to climate extremes worldwide. *Nature Climate Change 15*, S. 627–633.

Schubarth, Wilfried/Gruhne, Christina/Zylla, Birgitta (2017). Werte machen Schule. Lernen für eine offene Gesellschaft. Stuttgart: W. Kohlhammer.

Schulz, Wolfgang/Vormberg, Julia/Hahlweg, Kurt (2021). Welches Bild haben Jugendliche von ihren Eltern? Prävalenzen, Prädiktoren und Zusammenhänge im Längs- und Querschnitt. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 70(3)*, S. 198–216.

Schumacher, Jörg/Eisemann, Martin R./Brähler, Elmar (1999). Rückblick auf die Eltern: Der Fragebogen zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten (FEE). *Diagnostica 45(4)*, S. 194–204.

Schumann, Frank/Brook, Peter/Heinze, Martin (2022). Not in their right mind? Right-wing extremism is not a mental illness, but still a challenge for psychiatry. *Frontiers in Sociology 7(830 966)*.

Schwenck, Anna (2024). *Flexible authoritarianism. Cultivating ambition and loyalty in Russia*. Oxford: Oxford University Press.

Schwind, Hans-Dieter et al. (1990, Hg.). *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt* (Bd. 1). Berlin: Duncker & Humblot.

Sidanius, Jim/Pratto, Felicia (1999). *Social Dominance. An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*. Cambridge: Cambridge University Press.

Sigl, Johanna (2018). *Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer. Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende Untersuchung*. Wiesbaden: Springer VS.

Simon, Mara/Kohl, Raphael (2023). Antifeminismus und naturalisierte Differenzvorstellungen – Ergänzungen zur Messung antiegalitärer Überzeugungen. *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 3(1)*, S. 83–101.

Soenens, Bart/Vansteenkiste, Maarten (2020). Taking adolescents' agency in socialization seriously: The role of appraisals and cognitive-behavioral responses in autonomy-relevant parenting. *New directions for child and adolescent development (173)*, S. 7–26.

Srowig, Fabian/Roth, Viktoria/Pisoiu, Daniela/Seewald, Katharina/Zick, Andreas (2018). *Radikalisierung von Individuen. Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze* (PRIF

Report 6/2018, Reihe Gesellschaft Extrem). Frankfurt am Main: Leibniz-Institut/Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Stark, Toralf/Wegscheider, Carsten/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2017). *Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt? Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Steber, Martina (2024). Einleitung. In: Bresselau von Bressendorf, Agnes/Finger, Jürgen/Gott, Bernhard/Keller, Sven/Seefried, Elke/Steber, Martina (Hg.), *Kipppunkte: Momente des Wandels im 20. Jahrhundert* (S. 11–21). Göttingen: Wallstein.

Steinkopf, Leander/Bauer, Gerrit/Best, Henning (2010). Nonresponse und Interviewer-Erfolg im Telefoninterview. Empirische Untersuchungen zum Einfluss stimmlicher Eigenschaften der Interviewer. *Methoden – Daten – Analysen 4(1)*, S. 3–26.

Stögner, Karin (2014). *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden: Nomos.

Stögner, Karin (2017). »Intersektionalität von Ideologien« – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. *Psychologie und Gesellschaftskritik 41(2)*, S. 25–45.

Stöss, Richard (2010). *Rechtsextremismus im Wandel* (3. Aufl.). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf [Aufruf am 15.8.2025].

Stöver, Britta/Reuschel, Saskia/Wolter, Marc Ingo/Daßler, Jannik/Bernardt, Florian (2025). *Die Kosten des Klimawandels für Deutschland 2025–2050* (GWS Research Report, No. 2025/1). Osnabrück: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung.

Streeck, Wolfgang (2015). *Buying Time: The Delayed Crisis of Democratic Capitalism*. London: Verso.

Strick, Simon (2021). *Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld: transcript.

Stroppe, Anne-Kathrin (2023). Left behind in a public services wasteland? On the accessibility of public services and political trust. *Political Geography 105(102 905)*.

Sturgis, Patrick/Roberts, Caroline/Smith, Patten (2014). Middle Alternatives Revisited: How the neither/nor Response Acts as a Way of Saying »I don't know«? *Sociological Methods & Research 43(1)*, S. 15–38.

Subramanian S. V./Perkins, Jessica M. (2010). Are Republicans healthier than Democrats? *International Journal of Epidemiology 39(3)*, S. 930–931.

SWK – Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (2024). *Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung. Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz*. https://www.swk-bildung.org/content/uploads/2024/06/SWK-2024-Stellungnahme_Demokratiebildung.pdf [Aufruf am 19.3.2025].

Teune, Simon/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021). *Energiewende? – ja! Aber… Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung* (DEMOKON Research Paper II). https://www.demokon.de/files/uploads/2023/06/demokon-rp-2.pdf [Aufruf am 9.10.2025].

Thomsen, Jens P. F./Olsen, Mark (2016). Re-examining Socialization Theory. How Does Democracy Influence the Impact of Education on Anti-Foreigner Sentiment? *British Journal of Political Science 47(4)*, S. 915–938.

Titze, Karl/Wollenweber, Susanne/Nell, Verena/Lehmkuhl, Ulrike (2005). Elternbeziehung aus Sicht von Kindern, Jugendlichen und Klinikern. Entwicklung und klinische Validierung des Elternbild-Fragebogens (EBF-KJ). *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 54(2)*, S. 126–143.

Tocqueville, Alexis de (2021[1835/40]). *Über die Demokratie in Amerika*. Ditzingen: Reclam.

TUI-Stiftung/YouGov (2025). Junges Europa 2025. Ergebnisbericht. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/07/2025_0630_YouGov_Ergebnisbericht_TUI_Stiftung_Junges_Europa_2025_DE_final.pdf [Aufruf am 28.10.2025].

Turner, Rhiannon N./Hewstone, Miles (2012). Die Sozialpsychologie des Vorurteils. In: Pelinka, Anton/Sir Peter Ustinov Institut (Hg.), *Vorurteile. Ursprünge, Formen, Bedeutung* (S. 317–363). Berlin/Boston: De Gruyter.

Virchow, Fabian/Häusler, Alexander/Döring, Maurice (2020). *Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen* (CoRE-NRW Kurzgutachten 3). https://www.bicc.de/Publikationen/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf~dr1156 [Aufruf am 6.9.2025]

von Weizsäcker, Ernst-Ulrich (1989). *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Wachs, Sebastian/Koch-Priewe, Barbara/Zick, Andreas (2021, Hg.). *Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen*. Wiesbaden: Springer Nature.

Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane/Blumtritt, Jörg (2001). *Fremdenfeindlichkeit – Auf den Spuren extremer Emotionen*. Opladen: Leske + Budrich.

Wahring, Iris V./Simpson, Jeffry A./Van Lange, Paul A. M. (2024). Romantic Relationships Matter More to Men than to Women. *Behavioral and Brain Sciences*, S. 1–64.

Wegener, Duane T./Clark, Jason K./Petty, Richard E. (2019). Cognitive and Metacognitive Processes in Attitude Formation and Change. In: Albarracín, Dolores/Johnson, Blair T. (Eds.), *The Handbook of Attitudes* (Bd. 1, 2. Aufl., S. 291–331). New York/Abingdon: Routledge.

Wehling, Hans-Georg (1977). Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Siegfried, Schiele/Herbert, Schneider (Hg.), *Das Konsensproblem in der politischen Bildung* (S. 173–184). Stuttgart: Klett.

Weiser, Melanie/Fröhlich, Paulina/Jost, Pablo/Fecher, Hannah (2025). *How to sell democracy online (fast)*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/dpz_how_to_sell_democracy_online__fast__NEU.pdf [Aufruf am 7.10.2025].

Wieland, Joachim (2019). *Was man sagen darf: Mythos Neutralität in Schule und Unterricht. Hintergrundpapier zu »Politische Bildung in der Schule«*. https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15341.pdf [Aufruf am 10.8.2025].

Wihl, Tim (2020). Mit Ridder gegen Ridder denken. Eine Neufassung der »streitbaren Demokratie«. *Kritische Justiz 53(2)*, S. 216–224.

Windschitl, Paul D./Wells, Gary L. (1996). Measuring Psychological Uncertainty: Verbal Versus Numeric Methods. *Journal of Experimental Psychology: Applied 2(4)*, S. 343–364.

Wippermann, Carsten (2016). *Männer-Perspektiven. Auf dem Weg zu mehr Gleichstellung? Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragung der Bevölkerung, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Berlin/Penzberg.

Wippermann, Carsten (2023*). Männerperspektiven. Einstellungen von Männern zur Gleichstellung und Gleichstellungspolitik. Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesforums Männer – Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e. V.* Berlin/Penzberg.

Wodak, Ruth (2018). Vom Rand in die Mitte – »Schamlose Normalisierung«. *Politische Vierteljahresschrift 59(2)*, S. 323–335.

Wodak, Ruth (2020). *Politik mit der Angst: Die schamlose Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse* (2. Aufl.). Wien: Edition Konturen.

World Meteorological Organization (2025). *WMO Ozone and UV Bulletin*. https://library.wmo.int/records/item/69628-no-3-september-2025 [Aufruf am 7.10.2025].

Wübben Stiftung Bildung (2025). *Schule im Brennpunkt 2025. Eine Befragung des impaktlab der Wübben Stiftung Bildung*. https://www.wuebben-stiftung-bildung.org/schule-im-brennpunkt-2025/ [Aufruf am 10.8.2025].

Wuttke, Alexander/Schimpf, Christian/Schoen, Harald (2023). Populist Citizens in four European Countries: Widespread Dissatisfaction goes with Contradictory but Pro-democratic Regime Preferences. *Swiss Political Science Review 29(2)*, S. 246–257.

Zaslove, Andrej/Geurkink, Bram/Jacobs, Kristof/Akkerman, Agnes (2021). Power to the people? Populism, democracy, and political participation: a citizen's perspective. *West European Politics 44(4)*, S. 727–751.

Zaslove, Andrej/Meijers, Maurits (2023). Populist Democrats? Unpacking the Relationship Between Populist and Democratic Attitudes at the Citizen Level. *Political Studies 72(3)*, S. 1133–1159.

Zick, Andreas (2019). Die Macht der Vorurteile für die Radikalisierung der Mitte. In: Zentralrat der Juden in Deutschland (Hg.), *Perspektiven jüdischer Bildung. Diskurse – Erkenntnisse – Phänomene* (Bd. 2, S. 378–404). Berlin: Hentrich & Hentrich.

Zick, Andreas (2020). Rassismus. In: Petersen, Lars-Eric/Six, Bernd (Hg.), *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen* (2. Aufl., S. 125–135). Weinheim/Basel: PVU/Beltz.

Zick, Andreas (2021a). Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen 2020/21* (S. 17–31). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas (2021b). Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.), Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21 (S. 181–212). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas (2023). Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, Albert/Reinhardt, Anna Cornelia/El-Mafaalani, Aladin (Hg.), *Handbuch Diskriminierungsforschung* (2. Aufl., S. 43–68). Wiesbaden: Springer VS.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023, Hg.). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der Mitte 2022/23*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2018/19. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 53–116). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2020). Jung, feindselig, rechts!? Menschenfeindliche, rechtspopulistische und -extreme Orientierungen im intergenerativen Vergleich. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 23(6)*, S. 1149–1178.

Zick, Andreas/Klein, Anne (2014, Hg.). *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2006). Politische Mitte. Normal feindselig. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 4* (S. 124–145). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2016). *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Dietmar Molthagen und Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021, Hg.). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019, Hg.). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Legge, Sandra (2009). Nichts sehen, nichts merken, nichts tun. Mangelnde Zivilcourage gegen Rechtsextremismus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 7* (S. 168–189). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Lampe, Dirk/Nowak, Anna C./Ress, Jonas (2025). *Mehr streiten? Über was? Konfliktwahrnehmungen und Meinungen zur Demokratie in Deutschland. Vorabergebnisse aus dem Konfliktmonitor für Deutschland*. Bielefeld: ConflictA/IKG.

Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 53–89). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Önal-Sandal, Elif (2023). Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 (S. 219–242). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Srowig, Fabian/Roth, Viktoria/Pisoiu, Daniela/Seewald, Katharina (2019). Individuelle Faktoren der Radikalisierung zu Extremismus, Gewalt und Terror: Zur Forschungslage. In: Daase, Christoph/Deitelhoff, Nicole/Junk, Julian (Hg.), *Gesellschaft extrem. Was wir über Radikalisierung wissen* (S. 45–90). Frankfurt am Main: Campus.

Die Autorinnen und Autoren

Sabine Achour, Prof. Dr. phil., Politikwissenschaftlerin und Latinistin, ist Professorin für Politische Bildung und Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet zu den Themen Ideologien der Ungleichwertigkeit, soziale Ungleichheit, Diversität und Inklusion. Sie ist Herausgeberin der Zeitschriften »POLITIKUM« und »Wochenschau für den Politikunterricht«. Seit 2012 ist sie Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) in Berlin und in diversen Beiräten tätig.

Kathrin Ackermann, Prof. Dr. rer. soc., ist Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin. Sie ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Siegen. Zu ihren Forschungsgebieten gehören die empirische Demokratieforschung, Partizipationsforschung sowie politische Einstellungs- und Verhaltensforschung. Kathrin Ackermann verbindet in ihrer Forschung politikwissenschaftliche Zugänge mit psychologischen und soziologischen Ansätzen und publiziert regelmäßig zu Einstellungen zur Demokratie, politischer Partizipation sowie Freiwilligenarbeit und Sozialkapital.

Ursula Birsl, Prof. Dr. disc. pol., ist Diplom-Sozialwirtin und Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Demokratieforschung und Demokratietheorie an der Philipps-Universität Marburg. Sie arbeitet zur Entwicklung von etablierten Demokratien und deren weltanschaulichen Gegenbewegungen wie Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus und Antifeminismus. Sie ist unter anderem Mitherausgeberin der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex) und Sprecherin des Hessischen Forschungsverbunds »Herausforderungen der Demokratie in Zeiten ihrer Regression: Zeiten, Räume und Diskurse« (DemoReg), der vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur gefördert wird.

Marco Eden, B. A., B. A., in letzten Zügen des M. A., hat Soziologie, Politikwissenschaften, Psychologie und Wirtschaft studiert. Er arbeitet seit 2019 am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), wo er seit 2025 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mitherausgeber die FES-»Mitte-

Studie« 2024/25 koordiniert. Sein Forschungsinteresse verbindet politische Soziologie, Ungleichheits- und Demokratieforschung mit quantitativen Methoden. Er interessiert sich für den interdisziplinären Zusammenhang zwischen Demokratie, neoliberalem Kapitalismus und Rechtspopulismus sowie deren Wechselwirkung mit Strukturen sozialer Ungleichheit. Hierfür beschäftigt er sich auch mit vergleichender politikwissenschaftlicher Forschung und politischer Theorie.

Eva Groß, Prof. Dr. phil., studierte in München Soziologie, in Hamburg Internationale Kriminologie und promovierte an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Von 2008 bis 2015 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Von 2015 bis 2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der kriminologischen Forschungsstelle des LKA Niedersachsen und trat im Dezember 2018 eine Professur für Kriminologie und Soziologie an der Hochschule der Akademie der Polizei in Hamburg an. Ihre Forschungsschwerpunkte sind vorurteilsmotivierte Kriminalität, Dunkelfeldforschung, empirische Polizeiforschung, Kriminalitätswahrnehmungen, die Ökonomisierung des Sozialen und Antisemitismus.

Anja Höppner, M. A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politikdidaktik/Politische Bildung am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Neben Politik/Politischer Bildung hat sie Sonderpädagogik mit den Fachrichtungen Gebärdensprachpädagogik/Hören und Kommunikation sowie Deaf Studies studiert. Sie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen an der Schnittstelle von Inklusion, Politik und politischer Bildung sowie dem Thema Demokratiebildung.

Ilka Kammigan, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg und am Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Dort lehrt sie Methoden der quantitativen Sozialforschung und Kriminologie und forscht zu demokratiebezogenen Einstellungen in der Polizei sowie zu Rassismus und Diskriminierung im Polizeikontakt. Sie studierte Rechtswissenschaften und Internationale Kriminologie und promovierte im

Fach Internationale Kriminologie an der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Methoden quantitativer Sozialforschung, Dunkelfeldforschung, Jugenddelinquenz sowie Vorurteils- und Diskriminierungsforschung.

Beate Küpper, Prof. Dr. phil., Dipl.-Psych., ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein. Sie arbeitet zu den Themen Rechtspopulismus, Vorurteile und Diskriminierung, Diversity und Integration insbesondere an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis. Sie war Mercator Fellow und ist derzeit Mitglied des Beirats Demokratieforschung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur und der Redaktion der Zeitschrift »Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit« für Wissenschaft und Praxis (Wochenschau Verlag). Sie ist seit 2014 Autorin und seit 2016 Mitherausgeberin der FES-»Mitte-Studie«.

Astrid Mayerböck, Dr. phil., Dipl.-Psych., ist Projektleiterin und Gesellschafterin bei uzbonn, Gesellschaft für empirische Sozialforschung und Evaluation. Dort leitete sie die Erhebung der FES-»Mitte-Studie« 2024/25, wie auch schon 2020/21. Sie betreut seit vielen Jahren nationale und internationale Umfrage- und Evaluationsprojekte, bis 2011 am Zentrum für Evaluation und Methoden (ZEM) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. In ihrer Promotion befasste sie sich mit Strategien internationaler empirischer Forschung und Datenäquivalenz. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Arbeitsmarktforschung sowie der Forschung zu betrieblicher Mitbestimmung. Bei uzbonn betreut sie unter anderem Studien zur Digitalisierung der Beschäftigung, mit Fokus auf Chancen und Herausforderungen der Nutzung von KI aus Perspektive von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen.

Nico Mokros, M. A., hat Erziehungswissenschaft und Psychologie studiert. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und Mitherausgeber koordinierte er das Projekt der FES-»Mitte-Studie« in den Jahren 2022/23 und 2024/25. Bereits seit 2018 ist er Autor in der Studienreihe und bringt deren Ergebnisse vielfach in die Öffentlichkeit, Wissenschaft und Praxis ein. Seit 2021 lehrt er an der Universität

Bielefeld zu politischer Sozialisation, Radikalisierung und Einstellungsforschung. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen sowie der Entstehung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Darüber hinaus richtet er als angehender Psychotherapeut für Kinder und Jugendliche den Blick auf die Entwicklung von jungen Menschen und verbindet damit die Frage, wie individuelle und gesellschaftliche Faktoren zusammenwirken.

Claudia Neu, Prof. Dr. oecotroph., ist Professorin für Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demografischer Wandel, Daseinsvorsorge und Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen. Darüber hinaus beschäftigt sie sich mit Raumbezügen von Einsamkeit. Ihre empirische Forschung dreht sich unter anderem um die Bedeutung von sozialen Orten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie war langjährige Vorsitzende des Sachverständigenrates »Ländliche Entwicklung« beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat sowie stellvertretende Vorsitzende des Beirats der Akademie für Raumordnung.

Amelie Nickel, M. A., studierte Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und der Universität Hamburg. Von 2021 bis 2024 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Seit 2024 forscht sie an der Hochschule der Akademie der Polizei in Hamburg zu Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontakt mit der Polizei. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Anomie, Vorurteils- und Diskriminierungsforschung, Forschung zu sozialer Ungleichheit und Polarisierung sowie den Methoden der quantitativen Sozialforschung.

Anna Christina Nowak, Dr. PH, hat Public Health an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld studiert und dort zur gesundheitlichen Versorgung von Geflüchteten promoviert. Derzeit arbeitet sie am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zur gesellschaftlichen Wahrnehmung von Konflikten und zur Aufarbeitung der Coronapandemie. Zudem ist sie als Academic Lecturer für empirische Methoden in den Gesundheitswissenschaften tätig.

Jost Reinecke, Prof. Dr. rer. soc., Dipl.-Soz. Wiss., war Professor für Soziologie in Trier, ab 2004 Professor für Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung in der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und ist seit 2025 Seniorprofessor an der gleichen Fakultät. Er hat über theoretische Ansätze und methodische Konzepte zur Erklärung von Interviewer- und Befragtenverhalten in Gießen promoviert und über die empirische Umsetzung von Rational-Choice-Theorien in Münster habilitiert. Er hat an den Universitäten Bielefeld, Dresden, Duisburg, Münster und Trier gelehrt, war Mitglied im Vorstand des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld und dessen stellvertretender Direktor. Von 2006 bis 2012 war er an der Langzeituntersuchung »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« beteiligt sowie Mitglied im gleichnamigen Graduiertenkolleg an den Universitäten Bielefeld und Marburg. Er war unter anderem Mitglied im Forschungsverbund »Rassismus in öffentlichen Institutionen« (InRa) und im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) sowie im Beirat des German Social Cohesion Panel (SCP) an der Universität Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Methodologie und Anwendung von Klassifikations- und Strukturgleichungsmodellen für Quer- und Längsschnittdaten, Verfahren zur mehrfachen Ersetzung von fehlenden Werten, die Entwicklung der Jugendkriminalität im Längsschnitt sowie die Messung und Modellierung fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungsmuster.

Fritz Reusswig, Dr. phil. habil., Dipl.-Soz., hat Soziologie und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main studiert und dort mit einer Arbeit über Hegels System promoviert. Nach Mitarbeit am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt ist er seit 1995 Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Er hat über Klima und Konsum an der Universität Potsdam habilitiert und ist Lehrbeauftragter für Umweltsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Zentrum seiner Arbeit stehen Transformationsprozesse zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung sowie der gesellschaftliche Klimadiskurs. Ebenso gehören die Themen Klima, Konflikte und Populismus zu seinen Schwerpunkten.

Elif Sandal-Önal, Ph. D., ist Politikwissenschaftlerin und Sozialpsychologin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der

Universität Bielefeld. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Politik der Unsicherheit, den alltagsweltlichen Bedeutungen von Demokratie und Frieden, politischen Emotionen sowie dem Zusammenhang zwischen kollektiver Erinnerung und Zukunftsvorstellungen. Sie interessiert sich außerdem für die Normalisierung rechter Einstellungen unter Migrant:innen.

Mara Simon, M. A., studierte Sozialwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Nach einer Mitarbeit am Deutschen Zentrum für empirische Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht und lehrt sie derzeit an der Europa-Universität Flensburg. Zu ihren Schwerpunkten gehören quantitative Methoden, Geschlechterverhältnisse sowie Rechtspopulismus/extreme Rechte. In ihrer Promotion an der Philipps-Universität Marburg beschäftigt sie sich mit der quantitativen Einstellungsforschung, mit Fokus auf Methodenkritik und der Verknüpfung theoretischer, qualitativer und quantitativer Ansätze.

Andreas Zick, Prof. Dr. rer. nat., phil. habil., Dipl.-Psych., ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und der Konfliktakademie (ConflictA) an der Universität Bielefeld, wo er auch eine Professur für Sozialisation und Konfliktforschung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft innehat. Er hat über Vorurteile und Rassismus an der Philipps-Universität Marburg promoviert und sich zur Psychologie der Akkulturation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Fach Psychologie habilitiert. Er hat an den Universitäten Bielefeld, Bochum, Dresden, Jena und Wuppertal gelehrt. Im Jahr 2016 hat er den Communicator-Preis des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) erhalten. Im Jahr 2022 hat er den Nevitt Sanford Lifetime Award der International Society for Political Psychology (ISPP) erhalten. 2025 bekam er für sein Engagement das Bundesverdienstkreuz. Er ist seit 2014 Autor und Herausgeber der FES-»Mitte-Studie«.